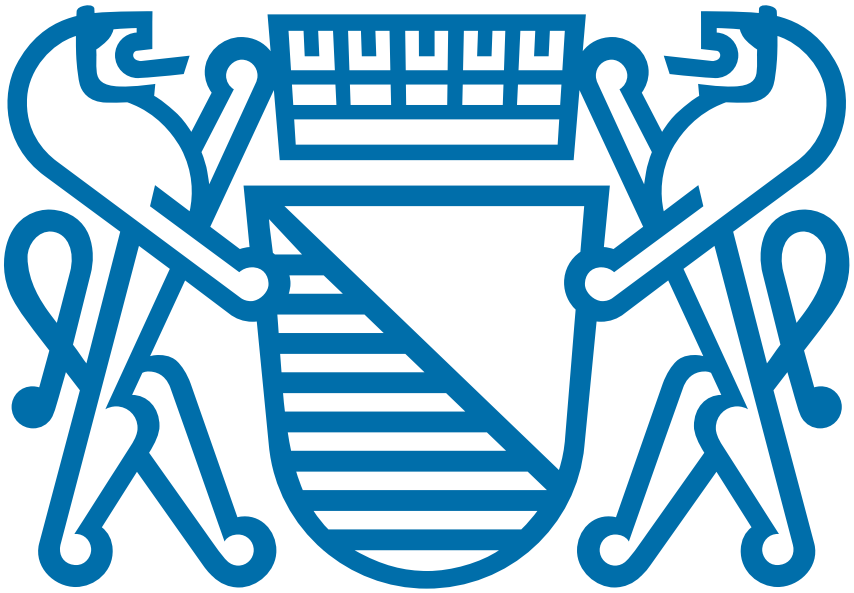
Stadt Zürich

Beilage zu GR Nr. 2020/102

Geschäftsbericht 2019



Impressum

Herausgeberin
Stadt Zürich
Stadtrat
Postfach, 8022 Zürich

Telefon 044 412 31 16
www.stadt-zuerich.ch/geschaeftsbericht

April, 2020

Auflage
70 Exemplare, gedruckt auf RecyStar
(100 % Altpapier ohne optische Aufheller)

Redaktionelle Bearbeitung
Stadtkanzlei und Departementssekretariate

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht 2019

Stadtrat	**2**
Allgemeine Verwaltung	**9**
Präsidialdepartement	**27**
Finanzdepartement	**69**
Sicherheitsdepartement	**103**
Gesundheits- und Umweltdepartement	**131**
Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	**169**
Hochbaudepartement	**215**
Departement der Industriellen Betriebe	**265**
Schul- und Sportdepartement	**297**
Sozialdepartement	**331**
Sozialbehörde	**369**

1. Vorwort

2019 war mit den Klima- und Frauenstreik-Bewegungen ein ausgesprochen politisches Jahr. Der Stadtrat verstärkt seine Anstrengungen in beiden Bereichen. Den Klimaschutz will der Stadtrat konkret und mit Tempo vorantreiben. Auf die Forderungen der Klimastreik-Bewegung antwortete der Stadtrat mit konkreten Massnahmen – dazu gehören ein Anschubprogramm zum Ersatz von fossilen Heizungen, der Ausbau der Fernwärme und die vollständige Umstellung der stadteigenen Fahrzeugflotte auf erneuerbare Energien. Wie beim Klimaschutz, wo sich der Stadtrat seit Jahren dafür einsetzt, Energieverbrauch und Treibhausgas-Emissionen auf dem Stadtgebiet zu senken, treibt er auch die Gleichstellung voran. Mit dem aktualisierten Gleichstellungsplan fördert die Stadt Zürich die Gleichstellung von Frauen und Männern, Lesben, Schwulen, Bisexuellen, intergeschlechtlichen und Trans-Menschen.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2019 zeigen: Zürich ist als Wohn- und Lebensort weiterhin sehr beliebt. Die überwiegende Mehrheit der Zürcherinnen und Zürcher lebt gerne in der Stadt. Die Lebensqualität in Zürich wird sowohl von internationalen Rankings als auch von den Zürcherinnen und Zürchern sehr hoch bewertet.

Zürich wächst weiter: Szenarien zeigen, dass bis 2040 etwa 520 000 Personen in Zürich wohnen könnten – rund 90 000 mehr als heute. Auch die Zahl der Arbeitsplätze wird entsprechend zunehmen. Der Stadtrat will die soziale Durchmischung auch im wachsenden Zürich erhalten und das Wachstum qualitätsvoll gestalten. Bei der Überarbeitung der kommunalen Richtpläne hat der Stadtrat zusätzliche Akzente gesetzt, unter anderem zur Verbesserung des Stadtklimas. Die Richtpläne wurden im Herbst 2019 an den Gemeinderat zur Festsetzung überwiesen.

Das Wachstum findet nicht nur in der Stadt Zürich statt, sondern auch in der Agglomeration. Die Eröffnung der ersten Etappe der Limmattalbahn im Sommer 2019 steht beispielhaft für die partnerschaftliche Zusammenarbeit über die Stadt- und Gemeindegrenzen hinweg. Sie wird in einem zusammenwachsenden urbanen Umfeld weiter an Bedeutung gewinnen.

Die Stimmberechtigten stimmten im Berichtsjahr sämtlichen Vorlagen des Stadtrats zu. Damit kann die Stadt unter anderem die klimafreundliche Energieversorgung voranbringen, preisgünstige Wohnungen bauen und Schulraum für die wachsende Zahl der Schulkinder schaffen.

Die Demokratie stärken: Knapp ein Drittel der Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher besitzt kein Schweizer Bürgerrecht und kann bei Abstimmungen und Wahlen nicht mitentscheiden. Bei der grössten Altersgruppe, den 30- bis 39-Jährigen, sind es sogar fast fünfzig Prozent. Der Stadtrat hat beim Kantonsrat eine Behördeninitiative eingereicht mit der Forderung, dass die Gemeinden des Kantons Zürich künftig darüber entscheiden können, ob sie das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene einführen wollen. Er ist überzeugt, dass die Einführung dieses Rechts die Demokratie und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken kann.

Im Namen des Stadtrats:

Corine Mauch, Stadtpräsidentin

Dr. Claudia Cuche-Curti, Stadtschreiberin

Der Stadtrat von Zürich (v. l. n. r.): Peter Saile (Rechtskonsulent), Claudia Cuche-Curti (Stadtschreiberin), Richard Wolff, Andreas Hauri, Daniel Leupi, Corine Mauch (Stadtpräsidentin), Raphael Golta, Filippo Leutenegger, Michael Baumer, Karin Rykart, André Odermatt. (Aufnahmeort: Impact Hub Zürich)

2. Langfristige Planung und Strategie-Schwerpunkte

Die «Strategien Zürich 2035» umfassen die aus heutiger Sicht zentralen Herausforderungen, die in den nächsten rund fünfzehn Jahren auf Zürich zukommen. Diese Herausforderungen hat der Stadtrat in acht Handlungsfelder gebündelt und 25 strategische Ziele definiert. Die Strategie-Schwerpunkte, die der Stadtrat jeweils mit Beginn der neuen Legislatur festlegt, dienen der Umsetzung der «Strategien Zürich 2035» in den nächsten Jahren (vgl. dazu Geschäftsbericht 2018).

Nachfolgend wird das im Berichtsjahr Erreichte zusammengefasst.

Neue und optimierte Instrumente für die Wohnpolitik einsetzen
Der Stadtrat hat die Anpassung seiner Erwerbskompetenzen bei Immobilien dem Gemeinderat zuhanden der Stimmberechtigten beantragt. Nachdem die kantonale Verordnung zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus am 1. November 2019 in Kraft gesetzt wurde, kann die kommunale Umsetzung beginnen. Der Stadtrat will nun Massnahmen definieren, damit private Investoren Mehrausnutzungen realisieren und gleichzeitig zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum beitragen. Die Wohnbauaktionen sollen durch einen auch inhaltlich umfassenderen Fonds de Roulement abgelöst werden. Für beide Instrumente soll bis Mitte 2020 ein Vorschlag vorliegen. Bei Verlängerungen und Neuvergaben von gemeinnützigen Baurechten und in Verhandlungen zu Mehrausnutzungen konnte trotz etlichen auslaufenden älteren Darlehen in den Jahren 2016–2019 ein leichter Zuwachs an subventionierten Wohnungen erreicht werden. Liegenschaften Stadt Zürich informierte im März 2019 die bestehende Mieterschaft über die Inkraftsetzung der neuen Vermietungsverordnung und das neue Mietreglement mit Vorschriften zu Wohnsitz, Belegung und wirtschaftlichen Verhältnissen. Die formelle einseitige Vertragsänderungsanzeige wird im Frühjahr 2020 erfolgen. Mitte 2020 wird der Stadtrat den zweiten Bericht zur Umsetzung des wohnpolitischen Grundsatzartikels publizieren.

Tagesschule 2025 zum Lebensraum Schule weiterentwickeln
Das Projekt «Lebensraum Schule» besteht aus den Projekten Tagesschule 2025 und Betreuung Freizeit. Letzteres wurde im November 2019 initialisiert. Ziel ist, die ungebundenen Betreuungsangebote, die an die Tagesschule anschliessen, an die gesellschaftlichen Bedürfnisse anzupassen. Im Projekt wird die Zusammenarbeit mit schuleigenen, schulnahen und externen Kooperationspartnern weiterentwickelt. An der Nahtstelle zwischen Tagesschule und Freizeit werden die beiden Projekte verzahnt. Das angestrebte Modell Betreuung Freizeit soll freiwillig, verlässlich, für die Eltern bezahlbar und für die Stadt Zürich finanzierbar sein sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Im Projekt Tagesschulen 2025 haben im Sommer 2019 12 weitere Schulen ihren Betrieb aufgenommen. Seit August 2019 besuchen rund 5070 Schülerinnen und Schüler eine der 18 Tagesschulen 2025. Der Betrieb lief gemäss Rückmeldungen auch in den neuen Tagesschulen 2025 gut an.

Sicherheit beim Velofahren erhöhen
Neu werden schnell realisierbare Massnahmen im Expressverfahren umgesetzt: 2019 konnte so an fünf Stellen die Sicherheit für Velofahrende verbessert werden. Auch in «normalen» Bauprojekten wird ein stärkerer Fokus auf die Sicherheit für Velofahrende gelegt. Die Bestandsaufnahme der rund 80 Mischflächen, also Flächen, die sich Fussgängerinnen, Fussgänger und Velofahrende teilen, wurde im Berichtsjahr abgeschlossen, und rund ein Dutzend konnte bereits entflochten werden. Die Stadtpolizei erarbeitet eine moderne Präventionskampagne mit aufeinander abgestimmten präventiven und repressiven Massnahmen mit dem Ziel, die Unfälle, insbesondere auch von E-Bike-Lenkenden, langfristig zu reduzieren. Sie wird 2020 gestartet und drei Jahre laufen. Die Dienstabteilung Verkehr hat zusammen mit den Verkehrsverbänden die breit angelegte Kampagne «Grosi an Bord!» zur Verbesserung des Klimas unter allen Verkehrsteilnehmern bereits 2019 lanciert. Mit der Überarbeitung des Masterplans Velo wurde begonnen. Er wird unter anderem dem Sicherheitsaspekt mehr Gewicht geben und im Herbst 2020 vorliegen.

Drei Strategie-Schwerpunkte zur Umsetzung der «Strategie Smart City Zürich»
Die Chancen und Herausforderungen von Digitalisierung und Stadtwachstum bearbeitet der Stadtrat mit den folgenden drei Strategie-Schwerpunkten:

Digitale Stadt
Der Stadtrat hat im März für den Strategie-Schwerpunkt «Digitale Stadt» sechs Themenbereiche beschlossen: die Forcierung digitaler Prozesse in der Verwaltung und gegenüber der Bevölkerung, die Förderung der offenen Verwaltungsdaten, den Ausbau der Datensicherheit und der Geoinformatik sowie die Stärkung der Digitalisierungskompetenzen bei den Mitarbeitenden. Erste Ergebnisse gibt es in der Schulinformatik, bei der Digitalisierung stadtinterner HR-Prozesse und beim Ausbau der Online-Services für die Bevölkerung. Mit einem neuen stadtinternen Service für «Internet der Dinge»-Anwendungen profitiert die Stadtverwaltung von moderner Informationstechnologie. Die stadtweite Zusammenarbeit zu Digitalisierungsthemen konnte intensiviert und die Kommunikation des digitalen Angebots gegenüber der Bevölkerung gestärkt werden.

Zukunftsformen der integrierten öffentlichen Mobilität erlebbar machen
Im Rahmen der Strategie «eBus VBZ» soll der öffentliche Verkehr bis 2030 weitgehend elektrifiziert werden. Die Beschaffung von acht elektrisch angetriebenen Quartierbussen wurde Ende 2019 ausgeschrieben. Nach der Kreditfreigabe konnten im November die Projektierungsarbeiten zur Elektrifizierung der Linien 69 und 80 begonnen werden. Das gesamtstädtische Projekt Mobilitätsplattform für die Urbanregion Zürich wird nach erfolgtem Ausschreibungsverfahren mit den Partnern umgesetzt. Die digitale Plattform soll im Sommer 2020 online sein und verkehrsmittelübergreifendes Reisen vereinfachen. Die Stadt ergänzt den Linienverkehr situativ mit nachfragegesteuerten Transportmöglichkeiten und testet damit erstmals den Bedarfsverkehr im ÖV. Seit der Gemeinderat im Juni 2019 den Objektkredit für den zeitlich begrenzten Pilotbetrieb gutgeheissen hat, arbeiten die VBZ an der Realisierung des Projekts. Ab Herbst 2020 können Bürgerinnen und Bürger das neuartige Angebot im Raum Altstetten/Albisrieden nutzen. Daneben arbeiten die Stadt Zürich und die VBZ zusammen mit anderen ÖV-Unternehmen an der Festlegung von Rahmenbedingungen für Tests im Bereich automatisiertes Fahren.

Smarte Partizipation erproben
Es werden neue Formen und Instrumente der digitalen Partizipation erprobt und bei Eignung zur Verfügung gestellt. Die Erfahrungen mit ersten städtischen E-Partizipationsprozessen – zur Schnittstelle Stadt und Quartiere sowie zur Altersstrategie – wurden ausgewertet und ausgetauscht. Eine Weblösung für den verwaltungsinternen Wissensaustausch ist in Arbeit. Die Bedarfsklärung für die von verschiedener Seite geforderte «Digitale Plattform Quartiere» ist mit den Anspruchsgruppen erfolgt. Das Pilotprojekt zum «Participatory Budgeting» wurde zusammen mit dem federführenden Quartierverein Wipkingen und interessierten Organisationen im Hinblick auf den Projektstart Anfang 2020 konkretisiert. Seitens Stadt geht es dabei um das Ausloten der Einsatzmöglichkeiten.

Die Strategie-Schwerpunkte sind nicht an die vierjährige Legislatur gebunden. Mit ihnen werden bereits bestehende Programme forciert und gezielt einzelne neue Aktivitäten lanciert. Zur detaillierten Planung und Umsetzung der einzelnen Strategie-Schwerpunkte informieren die verantwortlichen Departemente und Dienstabteilungen.

www.stadt-zuerich.ch/strategien2035
www.stadt-zuerich.ch/ssp

3. Kennzahlen Stadtrat

3.1 Geschäfte des Stadtrats

	2015	2016	2017	2018	2019
Sitzungen	60	60	59	59	59
Behandelte Geschäfte im Protokoll					
Allgemeine Geschäfte	1 099	1 089	1116	1 156	1176
Bürgerrechtsgeschäfte	1 699	1 946	2317	2 725	2792
davon Weisungen an Gemeinderat					
Allgemeine Geschäfte	83	92	89	100	113
Vorlagen an Stimmberechtigte	9	13	11	9	7

3.2 Initiativen und parlamentarische Vorstösse

	Erledigt			Neueingänge			Unerledigt		
	2017	2018	2019	2017	2018	2019	2017	2018	2019
Initiativen									
– Volksinitiativen (VI) (zustande gekommen)	3	3	2	3	3	1	6	6	5
– Einzelinitiativen Stimmbürger (EIS) (vorläufig unterstützt)	–	1	2	1	1	–	2	2	–
Globalbudgetanträge [1]	–	1	–	–	1	–	–	–	–
Motionen [1]	6	5	10	11	24	26	36	55	71
Postulate [1]	72	71	61	75	91	114	343	363	416
Interpellationen	18	11	28	18	19	24	5	13	9
Schriftliche Anfragen	116	106	105	120	106	112	28	28	35
Total	**215**	**198**	**208**	**228**	**245**	**277**	**420**	**467**	**536**

[1] überwiesen

3.3 Konjunktur und Steuerertrag

Abkühlung der internationalen Konjunktur
Die internationale Konjunktur hat sich im Laufe des Jahres 2019 merklich abgekühlt. Während das Wachstum in den USA noch relativ stabil blieb, ging die Prosperität in den meisten EU-Ländern zurück: Die deutsche Wirtschaft wuchs beispielsweise noch um 0,6 %. Global war die Nachfrage nach Investitionsgütern schwach, was sich in der Industrieproduktion, aber auch im Welthandel niederschlug. Im Gegensatz dazu war der private Konsum in vielen Ländern eine konjunkturelle Stütze. Die Erwerbslosigkeit ist in vielen grossen Euro-Ländern auf einem sehr tiefen Niveau. Insgesamt dürfte im Euro-Raum ein BIP-Wachstum von 1,2 % resultieren. Das Vereinigte Königreich zeigte eine weitere Abschwächung der Konjunktur. Insbesondere die Unklarheiten rund um den Brexit hemmten die Investitionstätigkeit. Auch in den USA kamen die Impulse aus dem Konsum. Die schwache internationale Konjunktur sowie der Handelskonflikt mit China führten zu schwachen Exporten. Insgesamt wird mit einem BIP-Wachstum von 2,3 % gerechnet. Auch in anderen Ländern war eine Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik zu spüren: Die chinesische Wirtschaft dürfte deutlich schwächer wachsen als in den vergangenen Jahren. In Japan zeigt sich eine Verlangsamung der konjunkturellen Dynamik; in Indien war das Wachstum abermals schwächer als im Vorjahr. Im Gegensatz dazu zeigten Russland und Brasilien eine Beschleunigung des Wachstums.

Verlauf Schweiz
Die wirtschaftliche Dynamik in der Schweiz hat sich im Jahr 2019 deutlich verlangsamt. Dabei zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen. Insbesondere die Chemie- und Pharmabranche zeigte ein starkes Wachstum. Konjunkturempfindliche Branchen wie die Maschinenindustrie oder die elektrischen Ausrüstungen zeigten dagegen rückläufige Umsatzzahlen. Im Baugewerbe waren die Umsätze in den ersten drei Quartalen praktisch gleich wie in der entsprechenden Periode des Vorjahres. Der Detailhandel entwickelte sich sehr verhalten – Zahlen zum vierten Quartal liegen aber auch hier zum Zeitpunkt der Textredaktion noch nicht vor. Der Arbeitsmarkt zeigt sich in der Schweiz robust: Die Beschäftigung nahm im Laufe des Jahres 2019 in vielen Branchen zu, die Zahl der Arbeitslosen und diejenige der Erwerbslosen gingen weiter zurück. Einzig bei den Stellensuchenden aus der Industrie und bei der Kurzarbeit zeigen sich Zeichen einer konjunkturellen Abkühlung. Lizenzeinnahmen in Verbindung mit Sportanlässen werden der Wertschöpfung am Sitz der entsprechenden Verbände zugerechnet. Der Sitz von FIFA, UEFA und IOC befindet sich in der Schweiz. Dies führt in Jahren mit Olympischen Spielen und internationalen Fussball-Meisterschaften zu Verzerrungen im Schweizer BIP. Für das Berichtsjahr wird für die Schweiz ein BIP-Wachstum von 0,9 % erwartet. Bereinigt um die Sportanlässe beträgt der Wert 1,4 %.

Verlauf Region Zürich
Nach einem recht positiven 2018 war das letzte Jahr für den Finanzsektor wieder schwieriger. Die Wertschöpfung dürfte über das ganze Jahr gesehen leicht zugenommen haben. Der Tourismus entwickelte sich im vergangenen Jahr erfreulich: Auch für 2019 ist ein neuer Rekord an Logiernächten zu erwarten. Die Auslastung blieb – trotz einem erneut grösseren Angebot an Zimmern und Betten – praktisch konstant. Der Arbeitsmarkt hat sich auch in der Stadt Zürich positiv entwickelt: Die vollzeitäquivalente Beschäftigung hat in den ersten drei Quartalen 2019 um fast 2 % zugenommen. Das ist mehr als im Kanton Zürich und als in der Schweiz. Die Arbeitslosigkeit ist in allen drei Gebieten gesunken. Der Sitz der FIFA befindet sich in Zürich, deshalb führte die Fussball-Weltmeisterschaft im Jahr 2018 hier zu einer grossen Wertschöpfung. Im Jahr 2019 fiel diese weg, sodass die Wertschöpfung in dieser Branche stark zurückging. Infolgedessen ist das BIP der Stadt Zürich in den ersten drei Quartalen des Jahres 2019 um 0,6 % gesunken. Für das gesamte Jahr ist ebenfalls ein leichter Rückgang zu erwarten (2018: +3,7 %). Unter Ausschluss der Sportanlässe hätte ein leichtes Wachstum resultiert.

Aussichten
In den Jahren 2020 und 2021 ist mit einer verhaltenen Entwicklung der weltweiten Wirtschaftsleistung zu rechnen. Dies betrifft den Euro-Raum wie auch die USA und wichtige asiatische Länder gleichermassen. Die Dynamik im Schweizer Aussenhandel wird im Jahr 2020 trotzdem nicht nachlassen: Die Austragung verschiedener Sportgrossveranstaltungen treibt die Dienstleistungsexporte in die Höhe. Demgegenüber ist

mit einem Rückgang der Warenexporte zu rechnen. Die weiter sinkende Auslastung der Produktionskapazitäten führt zu einer schwachen Investitionsdynamik. Für das Jahr 2020 wird in der Schweiz ein BIP von 1,7 % prognostiziert. Bereinigt um die Sportanlässe rechnet man mit 1,4 %.

Für die kommenden Monate sind die Unternehmen der Finanzbranche im Kanton Zürich zuversichtlich. Sie erwarten eine deutlich stärkere Nachfrage und eine klare Verbesserung ihrer Geschäftslage. Aufgrund steigender Leerstände dürfte der Wohnbau in der Schweiz in den kommenden Jahren trotz günstigen Finanzierungsbedingungen leicht zurückgehen. In der Stadt Zürich zeichnet sich nach wie vor kein Überangebot an Wohnraum ab. Da praktisch kein Bauland mehr vorhanden ist und im letzten Jahrzehnt viele Industrieareale umgenutzt wurden, werden neue Wohnungen meist im Rahmen von Wohnersatzneubauten realisiert.

Die Erwartungen für die Zinsentwicklung in Europa und in der Schweiz sind sehr ähnlich: Sie dürften in den Jahren 2020 und 2021 negativ bleiben. Die Inflation dürfte deutlich unter 1 % betragen. Die Beschäftigung könnte in der Schweiz etwas steigen. Trotzdem ist mit einer leichten Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die Prognoserisiken liegen weiterhin primär im internationalen politischen Umfeld. Dabei stehen die Spannungen im Nahen Osten sowie der schwelende Handelskonflikt zwischen den USA und China im Vordergrund. Im Inland bestehen weiterhin die Risiken im Zusammenhang mit dem Rahmenabkommen mit der EU sowie das Risiko einer starken Korrektur im Immobiliensektor.

Steuerertrag (in Mio. Fr.)	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Gemeindesteuerfuss (in %)	119	119	119	119	119
Steuern natürliche Personen	1 429,5	1 508,3	1 477,4	1 546,0	1 644,3
Steuern juristische Personen	819,8	943,3	773,9	986,3	888,6
Quellensteuern	141,2	189,9	223,3	150,2	119,7
Grundsteuern	196,7	251,6	394,9	239,9	321,1
Übrige Steuern	25,6	61,3	27,2	22,7	25,5
Gesamttotal	**2 612,8**	**2 954,4**	**2 896,7**	**2 945,1**	**2 999,2**

Einzelheiten sind im Geschäftsbericht des Finanzdepartements auf Seite 72 unter Kapitel «2. Jahresschwerpunkte» zu finden.

3.4 Personalkennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Mitarbeitende total	**28310**	**27494**	**27411**	**27883**	**28608**
davon Frauen	15697	15161	15096	15320	15836
davon Männer	12613	12333	12315	12563	12772
Ø FTE / Stw.-Ä.[1]	**20894**	**20871**	**20946**	**21100**	**21553**
Führungskader total	**4244**	**4262**	**4251**	**4149**	**4068**
davon Frauen	1872	1880	1883	1773	1713
davon Männer	2372	2382	2368	2376	2355
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)[2]					
Funktionsstufe	**Frauen | Männer**	**Frauen | Männer**	**Frauen | Männer**	**Frauen | Männer**	**Frauen | Männer**
FS 16–18	– –	24,8 75,2	28,4 71,6	27,8 72,2	30,5 69,5
FS 14–15	– –	27,8 72,2	30,3 69,7	29,2 70,8	31,2 68,8
FS 12–13	– –	42,2 57,8	41,8 58,2	42,9 57,1	42,3 57,7
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 % (Vollzeitstellen)					
Total	**14038**	**13974**	**13892**	**14035**	**14216**
Frauen	4789	4765	4683	4700	4788
Männer	9249	9209	9209	9335	9428
Frauen (in %)	34,1	34,1	33,7	33,5	33,7
Männer (in %)	65,9	65,9	66,3	66,5	66,3
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 % (Teilzeitstellen I)					
Total	**7905**	**8218**	**8378**	**8734**	**9042**
Frauen	6096	6275	6394	6617	6848
Männer	1809	1943	1984	2117	2194
Frauen (in %)	77,1	76,4	76,3	75,8	75,7
Männer (in %)	22,9	23,6	23,7	24,2	24,3
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)					
Total	**8853**	**7418**	**6842**	**6992**	**7347**
Frauen	6478	5573	5162	5280	5581
Männer	2375	1845	1680	1712	1766
Frauen (in %)	73,2	75,1	75,5	75,5	76,0
Männer (in %)	26,8	24,9	24,6	24,5	24,0
Lernende[3]					
Total	**1208**	**1246**	**1257**	**1273**	**1327**
davon Frauen	751	756	757	766	774
davon Männer	457	490	500	507	553

[1] Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP-HCM-Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.
[2] exkl. Mitarbeiterkreise 12 Behördenmitglied, 30 Lehrpersonal SVL, 32 Kindergärtner/In, 33 Lehrpersonal FSV Viventa, 34 Musiklehrer/In
[3] 50 Berufliche Grundausbildung

Definitionen:
Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

In den jeweiligen Zahlen sind die folgenden Mitarbeiterkreise (MaKrs) berücksichtigt: 11 Stadtrat, 12 Behördenmitglied, 20 Verwaltungs- und Betriebspersonal, 21 Landwirtschaftspersonal, 23 Saisonale Mitarbeitende, 24 Schulzahnärztinnen/-ärzte (ab 2016 im MaKrs 20 inkl.), 25 Hortpersonal, 26 Berufsfeuerwehr, 27 Dolmetscher/Dozenten PZZ (bis 2015), 29 VPB mit öfftlich-rechtlichem Vertrag, 2X Fahrpersonal VBZ (ab 2016 im MaKrs 20 inkl.), 30 Lehrpersonal SVL, 32 Kindergärtner/In, 33 Lehrpersonal FSV Viventa, 34 Musiklehrer/In, 35 Schwimmlehrerinnen/-lehrer mit Leitung (ab 2016 im MaKrs 20 inkl.), 36 Schwimmlehrerinnen/-lehrer ohne Leitung (ab 2016 im MaKrs 20 inkl.), 37 VikarIn Schwimmlehrer (bis 2015), 40 Chefarzt, 41 Kaderarzt mit Honorar, 42 Kaderarzt ohne Honorar, 43 Kaderärztin/-arzt Verwaltung (ab 2016 im MaKrs 20 inkl.), 44 Assistenzarzt, 45 Assistenzarzt mit Facharzttitel, 46 Spitalarzt

Allgemeine Verwaltung

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Allgemeine Verwaltung

1.	**Stadtschreiberin und Stadtkanzlei**	**11**
1.1	**Aufgaben**	**11**
1.2	**Jahresschwerpunkte**	**11**
1.3	**Kennzahlen**	**13**
2.	**Gemeinderatsbeschlüsse (Sachgeschäfte)**	**16**
3.	**Rechtskonsulent**	**21**
3.1	**Aufgaben**	**21**
3.2	**Jahresschwerpunkte**	**21**
4.	**Kennzahlen Allgemeine Verwaltung**	**24**
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**25**

1. Stadtschreiberin und Stadtkanzlei

1.1 Aufgaben

Die Stadtkanzlei (SKZ) ist die administrative Drehscheibe für den Stadtrat. Darüber hinaus erbringt sie Dienstleistungen für die Stadtverwaltung und die Bevölkerung. Als eigenständige Organisationseinheit untersteht sie direkt dem Stadtrat. Ihre über 50 Mitarbeitenden erbringen ihre Leistungen in den Bereichen Abstimmungen und Wahlen, Kanzleidienste, Kommunikation, Weibeldienste und Zentrale Dienste.

Die Stadtkanzlei
- führt die Volksabstimmungen und -wahlen durch und bereitet die Stillen Wahlen zuhanden des Stadtrats vor
- bereitet die Sitzungen des Stadtrats vor
- veröffentlicht und versendet die Stadtratsbeschlüsse
- unterstützt die Kommunikation des Stadtrats
- bearbeitet die Gesuche um Einbürgerungen
- sorgt für die Veröffentlichung der amtlichen Mitteilungen im Amtsblatt und führt die Amtliche Sammlung
- koordiniert die Medienarbeit, die städtische Website und Social-Media-Aktivitäten und betreut diese in Teilen auch redaktionell
- stellt die Grundlagen für einen einheitlichen städtischen Auftritt bereit
- verteilt die Post in der ganzen Stadtverwaltung
- betreut die Sitzungen des Stadtrats und des Gemeinderats

Die Stadtkanzlei wird von der Stadtschreiberin geführt. Als Protokollführerin nimmt die Stadtschreiberin an allen Sitzungen des Stadtrats mit beratender Stimme teil.

Die Stadtschreiberin führt im Auftrag des Stadtrats jährlich drei Konferenzen der Dienstchefinnen und Dienstchefs durch. Dieses Führungsinstrument des Stadtrats dient der Koordination, Abstimmung und Information über strategische und departementsübergreifende Themen auf oberster Kaderstufe. Für die Departementssekretärinnen und -sekretäre organisiert die Stadtschreiberin regelmässig einen fachlichen Austausch.

1.2 Jahresschwerpunkte

Gezielte Information der Stimmberechtigten zu Proporzwahlen
Bei den Gemeinderatswahlen 2018 waren 25,7 % der eingegangenen Wahlzettel «ungültig eingelegt» worden. Die grosse Mehrheit der ungültig eingelegten Wahlzettel ist darauf zurückzuführen, dass Stimmberechtigte mehr als einen Wahlzettel einlegten.

Für das Wahljahr 2019 forderte deshalb der Gemeinderat Massnahmen, insbesondere zuhanden der Neuwählenden. Die Stadtkanzlei realisierte anlässlich der im Frühling stattfindenden Kantonsrats- und Regierungsratswahlen zwei Massnahmen:
- Auf dem Deckblatt des Wahlzettel-Büchleins wurde der unübersehbare Hinweis «Nur 1 Wahlzettel einlegen, sonst ist Ihre Stimme ungültig» angebracht.
- An die rund 5000 Neuwählenden (junge Erwachsene, die am Wahltag im 19. Lebensjahr standen, sowie Neueingebürgerte, die seit den städtischen Wahlen 2018 ins Stimmregister eingetragen wurden) versandte die Stadtschreiberin im Vorfeld des Unterlagenversands einen persönlichen Brief, der die Möglichkeiten und Stolpersteine bei Wahlen in leicht verständlicher Form aufzeigte. Um die Aufmerksamkeit der Adressierten zu steigern, wurde die Botschaft durch einen kleinen Comic der Illustratorin Kati Rickenbach ergänzt.

Die zwei Massnahmen zeigten Wirkung: Der Anteil der ungültig eingelegten Wahlzettel betrug bei den Kantonsratswahlen 2019 nur noch 3,8 %.

Dieser Brief mit Comic wurde auch im Hinblick auf die Nationalratswahlen im Herbst an die potenziellen Neuwählenden, die seit Frühling ins Stimmregister aufgenommen wurden, versendet. Der Comic wurde auch via Social Media und im Tagblatt als Wahlhilfe veröffentlicht. Der Anteil der ungültig eingelegten Wahlzettel betrug bei diesem Wahlgang in der Stadt 7,0 %. Die gegenüber den Gemeinderatswahlen 2018 verbesserten Werte deuten auf die Wirksamkeit dieser Massnahmen hin. Der gegenüber den Kantonsratswahlen höhere Wert bei den Nationalratswahlen ist auf die deutlich höhere Stimmbeteiligung zurückzuführen.

Die Stadtkanzlei wird diese beiden Massnahmen auch künftig bei Proporzwahlen einsetzen.

Ablösung Geschäftsverwaltungssystem Actis
Das 2010 eingeführte Geschäftsverwaltungs- und Sitzungsmanagementsystem des Stadtrats ist in die Jahre gekommen und kann aus technischen und betrieblichen Gründen nicht nachhaltig weiterentwickelt werden. Actis korrespondiert nicht ideal mit anderen digitalen Systemen, die die Stadt benutzt, und entspricht aus Sicht der Anwenderinnen und Anwender

nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Zudem sind die Wartungskosten hoch, da es sich bei Actis um eine Individualentwicklung handelt. Deshalb soll das bestehende Produkt in den folgenden zwei bis drei Jahren mit einem neuen, standardisierten und zeitgemässen System mit langfristiger Strategie ersetzt werden. Dazu wurde 2019 in Zusammenarbeit mit der OIZ das Projekt «Regis» gestartet.

Das Geschäftsjahr 2019 stand vor allem im Zeichen der Initialphase dieses Projekts, in der eine umfassende Situations- und Marktanalyse durchgeführt wurde. Nebst erkenntnisreichen Referenzbesuchen bei verschiedenen Verwaltungen auf kommunaler, kantonaler und Bundesebene wurden die Bedürfnisse und Anforderungen der städtischen Anwenderinnen und Anwender durch Einzelinterviews eruiert und in zwei Workshops mit Vertretenden aller Departemente abgeglichen. Die Erkenntnisse dieser Analysen fliessen in eine Studie ein, die die Handlungsmöglichkeiten und Varianten zur Ablösung von Actis aufzeigen soll. Im Anschluss daran soll durch eine Ausschreibung im ersten Halbjahr 2020 ein neues, geeignetes System evaluiert werden; die Einführung des neuen Geschäftsverwaltungssystems ist für das Jahr 2022 vorgesehen.

Weiterentwicklung städtisches Erscheinungsbild
Das städtische Erscheinungsbild (CD) wurde in der vorliegenden Form Mitte der Nullerjahre entwickelt und 2005 mit der «Richtlinie zum städtischen Erscheinungsbild» vom Stadtrat beschlossen (vgl. www.stadt-zuerich.ch/erscheinungsbild). Ergänzungen oder Anpassungen wurden seit der Inkraftsetzung nur sehr zurückhaltend vorgenommen.

Eine Vorstudie Ende 2017 ergab, dass mit den hohen Freiheitsgraden im aktuellen CD eine zu grosse Vielfalt resultiert und keine einheitliche Linie im visuellen Auftritt der Stadt erkennbar ist. Vonseiten der Anwenderinnen und Anwender wurde bemängelt, dass die Richtlinie in manchen Bereichen unklar ist, und an anderen Orten, insbesondere in digitalen Anwendungen, Regelungen fehlen. Ausserdem wurden bedienungsfreundlichere und einfachere Vorlagen gewünscht. Mit dem aktuellen Projekt wird das städtische Erscheinungsbild nun modernisiert, vereinfacht und vereinheitlicht.

Die Entwicklung des modernisierten Erscheinungsbilds und der neuen Richtlinie erfolgt rollend. Nach einer umfassenden Bestandsaufnahme und einer ersten Konzeptionsphase im ersten Halbjahr wurde den Dienstabteilungen eine Beta-Version des weiterentwickelten Erscheinungsbilds mit neuen Vorlagen, die die wesentlichen Kommunikationsbedürfnisse abdecken, zur Erprobung zur Verfügung gestellt. Diese Pionierphase dauert noch bis Februar 2020. Der intensive Dialog mit den Pionierabteilungen ist für alle Seiten herausfordernd. Er zeigt deutlich, dass die angestrebte Transformation zu einem vielfältigen, aber deutlich einheitlicheren, Erscheinungsbild eine intensive und breite Informationsoffensive und enge Begleitung erfordert.

Die flächendeckende Umsetzung soll auf einer leicht bearbeitbaren und ergänzungsfähigen Online-Dokumentation in der 2. Jahreshälfte starten.

Entwicklung der Einbürgerungszahlen
Im Berichtsjahr gingen im Vergleich zu den beiden Vorjahren weniger Einbürgerungsgesuche bei der Stadtkanzlei ein – total 1860 Gesuche im ordentlichen Verfahren. Dies sind 1422 Gesuche bzw. 43 % weniger als im Vorjahr. Der Rückgang gegenüber 2018 fällt deshalb so gewichtig aus, da im Vorjahr ausserordentlich viele Gesuche bearbeitet werden mussten. Zudem greifen im Berichtsjahr auch die seit Anfang 2018 geltenden Bestimmungen, wonach nur noch Personen mit einer Niederlassungsbewilligung ein Einbürgerungsgesuch einreichen können. Auch die Zahl der im Berichtsjahr infolge der Nichterfüllung der Einbürgerungskriterien abgeschriebenen Gesuche ging zurück. Insgesamt wurden 278 Gesuche abgeschrieben, was 15 % aller eingereichten Gesuche entspricht. Weiterhin zogen mehrheitlich Personen ihr Gesuch aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse wieder zurück, gefolgt von Personen, die aufgrund Sozialhilfebezugs oder unbezahlter Betreibungen die Einbürgerungskriterien nicht erfüllten.

Auch im Berichtsjahr wandten sich die Stadtpräsidentin und die Stadtschreiberin – wie bereits 2017 – in einem gemeinsamen Schreiben an ausländische Personen, die die formalen Einbürgerungskriterien erfüllten. In diesem Schreiben wurden allerdings nur Personen berücksichtigt, die im Besitz einer Niederlassungsbewilligung sind und erst vor Kurzem die erforderlichen Wohnsitzfristen erfüllten. Dieses Vorgehen wurde aufgrund einer Studie des Immigration Policy Labs (IPL) der ETH Zürich gewählt, die das im Jahr 2017 versandte Schreiben wissenschaftlich auswertete und zum Schluss kam, dass eine aktive Information über die Möglichkeit zur Einbürgerung vor allem bei den Personen das Interesse an einer Einbürgerung erhöht, die erst seit Kurzem die notwendigen Grundvoraussetzungen erfüllen. Ein solches Schreiben soll deshalb nun regelmässig dieser Personengruppe zugestellt werden.

1.3 Kennzahlen

Stadtratsbeschlüsse

	2015	2016	2017	2018	2019
Stadtratsbeschlüsse	1 099	1 089	1 116	1 156	1 176
Anzahl neue Erlasse [1]	7	11	20	20	16
Anzahl geänderte Erlasse [1]	44	29	39	41	37
Anzahl aufgehobene Erlasse [1]	2	1	10	5	15

[1] Einschliesslich Geschäfte zuhanden des Gemeinderats.

Information der Öffentlichkeit

	2015	2016	2017	2018	2019
Medienmitteilungen (einschliesslich Stadtratsbulletins)	458	449	502	477	436
Verkehrsmeldungen	61	59	58	55	42
Medieneinladungen (zu Medienkonferenzen, Besichtigungen u. ä.)	88	75	63	87	68

Abstimmungen

	2015	2016	2017	2018	2019
Urnengänge mit Sachvorlagen	4	4	4	4	4
Sachvorlagen insgesamt [1] (Bund, Kanton, Gemeinde)	31	29	29	31	15
Kommunale Sachvorlagen [1]	10	15	15	15	9
Durchschnittliche Stimmbeteiligung (in %)	50,3	43,0	43,0	41,3	37,8

[1] Volksinitiativen mit Gegenvorschlag und Stichfrage werden als drei Vorlagen gewertet.

Kommunale Abstimmungsresultate

Daten	Vorlagen	Ergebnis	
		Ja	Nein
10. Februar	Neubau Alterszentrum und Wohnsiedlung Eichrain, Quartier Seebach, Objektkredit von 131,91 Millionen Franken	**76 625**	12 269
	Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Objektkredit von 128,7 Millionen Franken	**77 427**	10 841
19. Mai	Neue kommunale Wohnsiedlung Leutschenbach, Quartier Seebach, Objektkredit von 213,205 Millionen Franken	**69 953**	23 494
	Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei, Quartier Enge, Objektkredit von 20,97 Millionen Franken	**80 302**	13 060
	Neubau Schulanlage Freilager mit Energiezentrale, Quartier Albisrieden, Objektkredit von 63,3 Millionen Franken	**78 501**	14 496

17. November	Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)»	**56844**	24653
	Liegenschaft Röschibachstrasse 24/26, Quartier Wipkingen, Instandsetzung und Umbau für das Sozialzentrum Hönggerstrasse, Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 59,8 Millionen Franken	**55991**	24602
	Neubau der Schulanlage Allmend im Gebiet Manegg, Quartier Wollishofen, Bau einer Passerelle, Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 57,318875 Millionen Franken	**73065**	8946
	Vereinbarung zwischen dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich über Errichtung und Betrieb des Forensischen Instituts Zürich (FOR)	**71516**	8796

Detaillierte Resultate zu Abstimmungen und Wahlen: www.stadt-zuerich.ch/abstimmungen

Ersatzwahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Gemeinderat (Nachrücken)	13	10	10	8	11
Stadtrat	–	–	–	–	–
Kreisschulpflegen/Kreisschulbehörden (davon Stille Wahlen)	16 (14)	20 (20)	15 (10)	2 (2)	12 (10)
Notarinnen/Notare (davon Stille Wahlen)	–	3 (3)	–	–	–
Stadtamtsfrauen/Stadtammänner	–	–	–	–	–
Friedensrichterinnen/Friedensrichter	–	–	1 (0)	–	1 (0)

Detaillierte Resultate und weitere Einzelheiten zu Abstimmungen und Wahlen: www.stadt-zuerich.ch/abstimmungen

Initiativen und Petitionen

	2015	2016	2017	2018	2019
Volksinitiativen (neu eingereicht)	2	3	4	2	1
Einzelinitiativen (vom Gemeinderat vorläufig unterstützt)	–	–	2	–	–
Petitionen (durch Stadtkanzlei erfasst)	9	9	9	17	12

Geschäfte Gemeindebürgerrecht

Anzahl Bürgerrechtsgesuche	**2015**		**2016**		**2017**		**2018**		**2019**	
	Aufn.	**Abl.**	**Aufn.**	**Abl.**	**Aufn.**	**Abl.**	**Aufn.**	**Abl.**	**Aufn.**	**Abl.**
Einbürgerung von ausländischen, nicht in der Schweiz geborenen Personen	1094	1	1202	2	1597	–	2033	1	2221	7
Einbürgerung für im Ausland geborene Jugendliche gemäss § 21 Abs. 3 Gemeindegesetz	106	–	113	–	101	–	119	–	67	–
Einbürgerung von ausländischen, in der Schweiz geborenen Personen	323	–	419	–	425	–	414	–	288	–
Schweizerinnen und Schweizer mit Gesuch um Aufnahme in das Stadtbürgerrecht	136	–	179	–	168	–	131	–	173	–
Total Aufnahmen / Ablehnungen	**1659**	**1**	**1913**	**2**	**2291**	**–**	**2697**	**1**	**2749**	**7**
Weitere Gesuche										
Abschreibungen Gemeindeamt (GAZ)		29		29		26		22		34
Entlassungen aus dem Stadtbürgerrecht		5		–		9		5		2
Entlassungen aus dem Kantons- und Stadtbürgerrecht		4		–		–		–		–
Entlassungen aus dem Schweizer-, Kantons- und Stadtbürgerrecht		2		2		–		–		–
Erleichterte Einbürgerungen für ausländische EhepartnerInnen von SchweizerInnen		471		558		631		650		271
Durch Stadtschreiberin abgeschriebene Gesuche		128		131		114		374		278
Total durch Stadtkanzlei bearbeitete Gesuche		**2299**		**2635**		**3071**		**3749**		**3341**

2. Gemeinderatsbeschlüsse (Sachgeschäfte)

2019 wurden 116 (2018: 89) Sachgeschäfte des Stadtrats durch den Gemeinderat verabschiedet.

Datum	Titel	GR Nr.
9. Januar	Präsidialdepartement, «Verein Zürcher Volksfeste», Anpassung GR Nr. 2009/136, Anpassung Eigenleistungen, Bewilligung Einnahmeverzicht	2018/371
	Kultur, «Zurich Film Festival», Beiträge 2019–2022	2018/372
	Tiefbauamt, Baulinienvorlage Wildenweg, Festsetzung	2018/291
	Tiefbauamt, Negrellisteg, Abschnitt Kanonengasse bis Klingenstrasse, Neubau Gleisüberführung für Fussverkehr, Objektkredit	2018/379
16. Januar	Liegenschaftenverwaltung, neue kommunale Wohnsiedlung «Leutschenbach», Quartier Seebach, Objektkredit	2018/273
	Liegenschaftenverwaltung, Ersatzneubau Wohnsiedlung Salzweg, Quartier Altstetten, Erhöhung Projektierungskredit	2018/336
	Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Mythenquai 20–28», Zürich-Enge, Kreis 2	2018/270
23. Januar	Liegenschaftenverwaltung, Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich», Umsetzung betreffend Gewerberäume, Objektkredite zur Übertragung von Gewerbeliegenschaften ins Verwaltungsvermögen und Erlass einer Gewerbevermietungsverordnung, Abschreibung eines Postulats	2018/250
	Immobilien Stadt Zürich, Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei, Mythenquai 73, Quartier Enge, Objektkredit und Erhöhung Projektierungskredit	2018/337
6. Februar	Immobilien Stadt Zürich und Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, Neubau Schulanlage Freilager mit Energiezentrale, Quartier Albisrieden, Objektkredit	2018/311
	Sozialdepartement, Schulsozialarbeit, Erhöhung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben, Kompetenzdelegation für weitere Erhöhung an den Stadtrat, Abschreibung der Motion der AL-Fraktion, GR Nr. 2018/109	2018/326
	Präsidialdepartement, Rad-Strassen-Weltmeisterschaften 2024, Kandidatur als Austragungsort und Objektkredit	2018/418
27. Februar	Liegenschaftenverwaltung, Erwerb des Grundstücks Grubenackerstrasse 92, Quartier Seebach, Vertragsgenehmigung, Nachtragskredit	2018/443
	Amt für Städtebau, privater Gestaltungsplan «Rafaelschule», Zürich-Hirslanden, Kreis 7	2018/354
	Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Bachtobelstrasse, Zürich Wiedikon, Kreis 3	2018/438
6. März	Sozialdepartement, Verein Pinocchio, Beratungsstelle für Eltern und Kinder, Beiträge 2019–2021	2018/421
	Sozialdepartement, Verein Caritas Zürich, Angebote «Legitimationskarte KulturLegi» und «Zürich unbezahlbar», Beiträge 2019–2021	2018/422
	Städtische Gesundheitsdienste, Verein Zürcher Aids-Hilfe (ZAH), Beiträge 2019–2022	2018/373
	Sicherheitsdepartement, Zweiter Bericht über die Entwicklung des Prostitutionsgewerbes in Zürich	2018/269
13. März	Sportamt, Hallenbad Altstetten, Bewilligung eines jährlichen Betriebsbeitrags sowie eines Investitionsbeitrags für die Jahre 2019–2023	2018/380
27. März	Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Zonenplanänderung «Sportzentrum Oerlikon» und Aufhebung des Gestaltungsplans «Sportanlage Oerlikon», in Zürich-Oerlikon, Kreis 11	2018/334
	Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Sportzentrum Oerlikon, Ersatzneubau mit Bade-, Eis- und Rasensportanlage, Werkhof und öffentlichen Freiflächen, Projektierungskredit	2018/324
3. April	Motion von Marcel Savarioud und Karin Weyermann betreffend Schliessung der Lücken in der Palliative Care-Versorgung der Stadt Zürich unter Berücksichtigung der nationalen Strategie, Bericht und Abschreibung	2018/408
10. April	Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung betreffend nicht bewilligungspflichtige sexgewerbliche Salons (Kleinstsalons)	2018/437

Datum	Titel	GR Nr.
	Elektrizitätswerk, Netznutzungstarife 2020, Neuerlass E-Mobilitätstarife; Totalrevision ZH-NNA, ZH-NNB1, ZH-NNC, ZH-NNC-U und Teilrevision ZH-NNC-A; Aufhebung ZH-NNB2	2018/447
	Hochbaudepartement, Volksinitiative «Eine Europaallee genügt – jetzt SBB-Areal Neugasse kaufen», Teilgültigkeit und Umsetzungsvorlage ohne Gegenvorschlag	2018/258
	Liegenschaftenverwaltung, Erwerb der Grundstücke In Böden 169, Wehntalerstrasse 518–522 und In Böden, Quartier Affoltern, Vertragsgenehmigung, Nachtragskredit	2018/501
17. April	Motion der SP-, FDP- und CVP-Fraktionen betreffend Kulturinstitutionen mit Subventionsverträgen über eine unbeschränkte Zeitdauer, Ergänzung der Verträge mit einer Bestimmung über eine Kürzung der Beiträge bei einem Bilanzfehlbetrag der Stadt, Bericht und Abschreibung	2017/59
	Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Reduktion des Wohnanteils von 90 Prozent auf 0 Prozent, Oberer Heuelsteig, Freie-/Englischviertelstrasse, Zürich-Hottingen, Kreis 7	2018/374
15. Mai	Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaft Röschibachstrasse 24/26, Quartier Wipkingen, Instandsetzung und Umbau für das Sozialzentrum Hönggerstrasse, Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit	2018/487
22. Mai	Finanzdepartement, Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)», Ablehnung	2018/122
	Elektrizitätswerk, Energietarife 2020, Totalrevision Energietarif ewz.ökopower und Rückvergütung naturemade zertifizierter Strom, Teilrevision ewz.basis, Erlass eines neuen Energietarifs, Aufhebung ewz.wassertop und ewz.solartop	2018/472
	Motion von Martin Luchsinger, Isabel Garcia und 1 Mitunterzeichnenden betreffend Umsetzung einer departementsübergreifenden Smart-City-Strategie, Bericht und Abschreibung, Konzept und Nachtragskredit 2019 für die Umsetzung	2018/456
5. Juni	Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Hochschulgebiet Zürich-Zentrum, Festsetzung	2018/69
	Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Sportanlage Witikon, Quartier Witikon, Ersatz des Garderobengebäudes und Neuordnung der Rasensportanlage, Projektierungskredit, Abschreibung einer Motion	2018/419
	Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaft Jungholzstrasse 43, Quartier Oerlikon, Verlängerung des Mietvertrags für die Fachschule Viventa	2018/446
	Amt für Städtebau, Immobilien Stadt Zürich und Liegenschaftenverwaltung, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Zonenplanänderung Schulanlage Entlisberg in Zürich-Wollishofen und Zonenplanänderung ABZ in Zürich-Leimbach sowie Tausch von 403 m² Land der Schulparzelle Bruderwies in Zürich-Leimbach gegen die Liegenschaften Owenweg 19 und Moosstrasse 30 in Zürich-Wollishofen, Vertragsgenehmigung und Objektkredit	2018/266
12. Juni	Tiefbauamt, Rämistrasse, Abschnitt Bellevue bis Heimplatz, Realisierung von durchgehenden Velorouten sowie attraktiven Fusswegverbindungen, Projektierungskredit, Abschreibung einer Motion	2018/11
	Tiefbauamt, Albisriederstrasse, Abschnitt Altstetter- bis Freilagerstrasse, Landerwerb, Trottoir, Schutzinsel, Bäume, Kaphaltestellen, Verkehrsregelungsanlage, Objektkredit	2018/433
19. Juni	Human Resources Management, Teilrevision des Personalrechts betreffend Erhöhung der Sparbeiträge an die Pensionskasse	2018/444
	Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2018	2019/117
	Finanzverwaltung, Rechnung 2018, Genehmigung	2019/79
	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Klärwerk Werdhölzli, Photovoltaik-Anlagen, Objektkredit	2019/87
	Liegenschaftenverwaltung, Immobilien Stadt Zürich, Soziale Dienste und Sportamt, Zentralwäscherei, Neue Hard 12 und Josefstrasse 219, Industriequartier, Vereinbarung zur vorzeitigen Aufhebung eines Baurechtsvertrags und bauliche Massnahmen, stadtinterne Überlassung sowie Betriebskosten, Vertragsgenehmigung und Objektkredit, Einnahmeverzicht, Nachtragskredit	2019/35
	Verkehrsbetriebe, Pilotprojekt «VBZ FlexNetz», Objektkredit	2018/434

Datum	Titel	GR Nr.
	Einzelinitiative von Niklaus Strolz betreffend Verlegung der Glasfaserkabel, Überprüfung des Vertrags mit Swisscom, Bericht und Antrag	2019/89
	Finanzdepartement, Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen, Wahlvorschlag eines Mitglieds des Stiftungsrats für den Rest der Amtsdauer 2018–2022	2019/115
26. Juni	Human Resources Management, Teilrevision des Personalrechts betreffend Beendigung Arbeitsverhältnis	2018/265
	Stadtkanzlei, Geschäftsbericht 2018	2019/118
	Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Baugarten», Zürich-City, Kreis 1	2018/436
3. Juli	Elektrizitätswerk, Instandsetzung und Optimierung ewz-Areal Herdern, Erhöhung Projektierungskredit	2019/150
	Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Thurgauerstrasse, Zürich-Seebach	2018/89
10. Juli	Finanzverwaltung, Nachtragskredite I. Serie 2019	2019/174
	Finanzdepartement, Tertialberichte I-2019 zu den Globalbudgets	2019/240
	Stadtentwicklung Zürich, Verein «ZGF – Zürich Game Festival», Beiträge 2020–2024, Weiterführung und Erhöhung	2018/370
	Sozialdepartement, Bericht zum Betrieb und Grundschulunterricht der Kinder und Jugendlichen im Bundesasylzentrum Duttweiler-Areal, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse	2018/473
	Motion von Christina Hug und Balthasar Glättli, betreffend Anpassung der BZO, Bericht und Abschreibung	2014/32
	Immobilien Stadt Zürich, Binzmühlestrasse 156, Quartier Oerlikon, Neubau einer Wache Nord mit Zentraler Einsatzlogistik für Schutz & Rettung Zürich, Erhöhung Projektierungskredit	2019/126
	Vereinbarung zwischen dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich über Errichtung und Betrieb des Forensischen Instituts Zürich	2018/457
21. August	Immobilien Stadt Zürich, Garderoben- und Clubgebäude Hönggerberg, Quartier Höngg, Ersatzneubau, Objektkredit	2019/116
	Immobilien Stadt Zürich und Liegenschaften Stadt Zürich, Neubau der Schulanlage Allmend im Gebiet Manegg, Quartier Wollishofen, Bau einer Passerelle, Übertragung Grundstück vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit und Erhöhung Projektierungskredit	2019/170
28. August	Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Änderung Ergänzungsplan Kernzone City, Kreis 1, Änderung Art. 51 Bauordnung	2018/435
	Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ), Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2018	2019/173
4. September	Tiefbauamt, Am Wasser, Abschnitt Tobeleggweg bis Europabrücke, Erneuerung von Kanalisation, Werkleitungen und Strassenbau, Verzicht auf das Bauvorhaben	2019/88
18. September	Motion von Albert Leiser und Andreas Kirstein betreffend Revision der Verordnung über die Preise zur Abwasserbewirtschaftung (VPA) und der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ) zur Verringerung und langfristigen Stabilisierung der Finanzreserven, Antrag auf Fristerstreckung	2017/263
	Immobilien Stadt Zürich, Amtshaus Walche, Instandsetzung, gebundene Ausgaben, räumliche Optimierungen, Objektkredit	2019/69
	Sozialdepartement, Verein Limita (Fachstelle zur Prävention sexueller Ausbeutung), Beiträge 2020–2023	2019/187
	Sozialdepartement, Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Beiträge 2020–2022, Abschreibung Postulat, GR Nr. 2018/450	2019/237
2. Oktober	Schulamt, Musikschule Konservatorium Zürich und Sportamt, Verordnung über das Arbeitsverhältnis des Lehr- und Therapiepersonals der städtischen Volksschule, Neuerlass	2018/502
	Tiefbauamt, Baulinienvorlage Uetlibergtangente–Binz, Festsetzung	2019/78

Datum	Titel	GR Nr.
	Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Falletsche/Leimbach, Quartier Leimbach, Neubau Schulprovisorium, Objektkredit	2019/175
	Immobilien Stadt Zürich, Erstellen von «Züri Modular»-Pavillons auf den Schulanlagen Bachtobel, Manegg, Wollishofen, Bungertwies und Turner, Objektkredite	2019/186
	Immobilien Stadt Zürich, Neubau eines Provisoriums für die Schulen Letten und Nordstrasse sowie die Betreuung Imfeldstrasse 6 auf der Lettenwiese, Quartier Wipkingen, Objektkredit, Nachtragskredit	2019/266
	Finanzdepartement, Instandsetzung und Umbau von Kongresshaus und Tonhalle, Zusatzkredit für Investitionsbeitrag an Kongresshaus-Stiftung Zürich für bauseitige Mehrkosten (4,7 Millionen Franken), für Darlehen an Kongresshaus-Stiftung Zürich für bauseitige Mehrkosten (4,7 Millionen Franken) und für einmaligen Beitrag an die Tonhalle-Gesellschaft Zürich wegen Verschiebung Eröffnungstermin (3,7 Millionen Franken)	2019/207
23. Oktober	Stadtkanzlei, Abschreibungsanträge Postulate, Geschäftsjahr 2018	2019/119
	Liegenschaften Stadt Zürich, Verkehrsbetriebe, Teilersatz Tramdepot Hard mit neuer kommunaler Wohnsiedlung, Industriequartier, Objektkredit, Erhöhung Projektierungskredit	2019/241
	Amt für Städtebau, privater Gestaltungsplan «Areal Hardturm – Stadion» mit Umweltverträglichkeitsprüfung, Zürich-Escher Wyss, Kreis 5	2019/235
30. Oktober	Sportamt, Sportanlage Heerenschürli, Erstellung eines Trainingszentrums durch den FC Zürich (FCZ Campus), Abgabe von Land im Baurecht, Gewährung eines Darlehens und eines Investitionsbeitrags, Objektkredit	2019/125
	Kultur, Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2020–2023, Kenntnisnahme	2019/171
	Kultur, Verein Theaterhaus Gessnerallee, Verein zur Förderung des Theaters an der Winkelwiese, Theater am Neumarkt AG, Neufestsetzung Beiträge ab 2019 (Erhöhung Einnahmeverzichte)	2019/209
	Kultur, Verein Spontankonzerte/Hombis Salon, Beiträge 2020–2023	2019/265
6. November	Postulat von Andreas Kirstein betreffend Bericht über die institutionelle Neuordnung der städtischen Energieproduzenten, Energieverteiler und ihre Netzstrukturen, Bericht und Abschreibung	2018/141
	Postulat von Marcel Bührig und Sven Sobernheim betreffend Verkehrspriorisierungssystem SESAM für VBZ-Fahrzeuge und Einsatzfahrzeuge von Schutz & Rettung, Ersatz durch ein GPS-basiertes System, Bericht und Abschreibung	2019/185
	Sozialdepartement, Verein Kanzbi – Interkulturelle Bibliothek für Kinder und Jugendliche, Beiträge 2020–2022, Abschreibung der Motion (GR Nr. 2018/460)	2019/269
13. November	Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2019	2019/359
	Finanzdepartement, Tertialbericht II/2019 zu den Globalbudgets	2019/405
	Sozialdepartement, Verein mannebüro züri, Beiträge 2020–2023	2019/302
	Sozialdepartement, Verein Zürcher Stadtmission, Café Yucca, Beiträge 2020–2023	2019/350
	Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaft Mürtschenpark, Quartier Altstetten, Miete und Ausbau für den Schulunterricht, Objektkredit, Kreditübertragung	2019/238
	Liegenschaften Stadt Zürich, Tauschvertrag mit der Gewerkschaftlichen Wohn- und Baugenossenschaft GEWOBAG betreffend Übernahme der Wohn- und Gewerbeliegenschaft Rümlangstrasse 85–91, Zürich-Seebach, und Abgabe von zwei Liegenschaften in Wettswil a. A., Vertragsgenehmigungen, Nachtragskredit	2019/323
	Motion der Grüne-Fraktion betreffend gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung des Heimplatzes, Bericht und Abschreibung	2019/239
20. November	Amt für Städtebau, Öffentlicher Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiet B Schule/Quartierpark», Zürich-Seebach, Festsetzung	2018/88
	Liegenschaften Stadt Zürich, Wohnhaus Magnusstrasse 27, Quartier Aussersihl, Kauf ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit, Projektierungskredit, Nachtragskredit	2019/242

Datum	Titel	GR Nr.
27. November	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Teilrevisionen der Verordnung über die Preise zur Abwasserbewirtschaftung (VPA) und der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ), Bonusverlängerung	2019/360
	Kultur, Camerata Zürich, Beiträge 2020–2023	2019/262
	Kultur, Forum Alte Musik Zürich, Beiträge 2020–2023	2019/263
	Kultur, Zürcher Sängerknaben, Beiträge 2020–2023	2019/264
	Kultur, Verein Kunsthalle Zürich, Beiträge 2020–2023	2019/284
	Kultur, Verein Theater STOK, Beiträge 2020–2023	2019/298
	Kultur, Verein «Zürich tanzt», Beiträge 2020–2023	2019/299
	Kultur, Verein sogar theater, Beiträge 2020–2023	2019/320
	Kultur, Verein zur Förderung des Theaters an der Winkelwiese, Beiträge 2020–2023	2019/321
	Kultur, Verein Theater Stadelhofen, Beiträge 2020–2023	2019/322
	Kultur, Stiftung Tram-Museum Zürich, Beiträge 2020–2023	2019/340
	Kultur, Stiftung Mühlerama, Beiträge 2020–2023	2019/341
	Kultur, Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien (SIKJM), Beiträge 2020–2023	2019/342
	Kultur, Literaturhaus Zürich, Beiträge 2020–2023	2019/343
	Kultur, Zurich Jazz Orchestra, Beiträge 2020–2023	2019/357
	Kultur, Jazz Verein Moods, Beiträge 2020–2023	2019/387
	Kultur, Verein Filmclub Xenix, Beiträge 2020–2023	2019/407
4. Dezember	Elektrizitätswerk, Zwischenbericht zum Leistungsauftrag ewz für das Erbringen von Telekommunikationsdienstleistungen für die Periode 2015–2018	2019/285
	Sozialdepartement, Pro Senectute Kanton Zürich, Übergangsweisung Betriebsbeitrag 2020	2019/361
	Liegenschaften Stadt Zürich, Verkauf der Liegenschaft Hägi in Mettmenstetten-Rossau, Genehmigung des Kaufvertrags, Bewilligung eines Einnahmeverzichts infolge Schenkung	2019/324
11. Dezember	Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2020–2023	2019/386
13. Dezember	Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2020 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudgets)	2019/388
18. Dezember	Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2020	2019/389

3. Rechtskonsulent

3.1 Aufgaben

Der Rechtskonsulent nimmt an den Sitzungen des Stadtrats mit beratender Stimme teil, prüft alle Stadtratsgeschäfte in rechtlicher Hinsicht und führt oder begleitet die ihm vom Stadtrat übertragenen Prozesse. Er beurteilt Rechtsfragen zuhanden der Gesamtbehörde, insbesondere aus den Gebieten des Verwaltungsrechts und des gesamten öffentlichen Rechts. Er kann vom Stadtrat und mit dessen Zustimmung auch vom Gemeinderat mit Rechtsgutachten beauftragt werden. Darüber hinaus übernimmt er die amtliche Vorprüfung von Volksinitiativen. Sein Stellvertreter leitet die Städtische Schätzungskommission zur Beratung des Stadtrats und der Dienstabteilungen in Grundstücksgeschäften und vertritt die Stadt in Verfahren wegen formeller oder materieller Enteignung.

3.2 Jahresschwerpunkte

Amtliche Vorprüfung von Volksinitiativen
Der Rechtskonsulent führte nach vorgängiger informeller Prüfung eine amtliche Vorprüfung durch (2018: 2).

Mitberichte zu Einsprachen
Der Rechtskonsulent erstellte zu 48 Einsprachen (2018: 58) einen Mitbericht (vgl. Tabelle).

Juristische Abklärungen und Arbeiten an der Gesamtrevision der Gemeindeordnung
Der Rechtskonsulent befasste sich mit kürzeren und längeren Stellungnahmen zu verschiedenen Fragen, etwa zur Ausgestaltung von Rahmenkrediten, zur kreditrechtlichen Handhabung bei Schaffung von zusätzlichem Personal und zum Auf- oder Ausbau von Verwaltungsabteilungen, zur Totalrevision von Stiftungsstatuten, zu Richtlinien zum Strassengesetz, zur Einheit der Materie und zum Vermengungsverbot, zur begleitenden parlamentarischen Oberaufsicht, zu städtischen Lohnnebenleistungen und zum einheitlichen Aufbau von Entscheid-Dispositiven.

Der Arbeitsschwerpunkt des Rechtskonsulenten lag im Berichtsjahr bei der Gesamtrevision der Gemeindeordnung. Am 27. Februar 2019 verabschiedete der Stadtrat auf Antrag des Rechtskonsulenten einen Vernehmlassungsentwurf. Die eingegangenen Stellungnahmen zeigten eine grosse Zustimmung zum Vorgehen des Stadtrats und zum vorgelegten Entwurf. Zu einzelnen aufgeworfenen Fragen nahm der Stadtrat in der Juniklausur Stellung. Der Rechtskonsulent und der Rechtskonsulent-Stellvertreter überarbeiteten anschliessend die Weisung und den GO-Entwurf und stellten dem Stadtrat Antrag, worauf der Stadtrat am 4. September 2019 die Weisung und die Totalrevision der Gemeindeordnung verabschiedete. Im November fand eine erste Beratung im Büro des Gemeinderats statt. Aufgrund des Zeitplans des Büros sollte es möglich sein, den GO-Entwurf mit den Anträgen des Büros dem Plenum so rechtzeitig zur Beratung zu überweisen, dass die Volksabstimmung im Juni 2021 stattfinden kann. Auf diese Weise wäre gewährleistet, dass die Stadt Zürich rechtzeitig innerhalb der Übergangsfrist des Gemeindegesetzes eine neue Gemeindeordnung hat, die mit dem neuen Gemeindegesetz übereinstimmt.

Nachfolge Rechtskonsulent
Da Rechtskonsulent Dr. iur. Peter Saile Ende März 2020 altershalber aus den Diensten der Stadt Zürich ausscheidet, hat der Stadtrat nach einem aufwendigen Auswahlverfahren schliesslich den bisherigen Stellvertreter, PD Dr. iur. Andrea Töndury, Rechtsanwalt, per 1. März 2020 zum neuen Rechtskonsulenten gewählt. Daher musste auch die Funktion des Rechtskonsulent-Stellvertreters neu besetzt werden. Der Rechtskonsulent hat dem Stadtrat für diese Funktion auf eine öffentliche Ausschreibung hin Dr. iur. Kaspar Plüss zur Wahl vorgeschlagen. Der Stadtrat wählte den Kandidaten am 2. Oktober 2019 zum neuen Rechtskonsulent-Stellvertreter. Amtsantritt des neuen Stellvertreters ist der 1. April 2020.

Schätzungsgeschäfte
Mit STRB Nr. 614 vom 3. Juli 2019 verabschiedete der Stadtrat eine neue Geschäftsordnung für die Schätzungskommission. Die alte und abgelöste Rechtsgrundlage stammte im Wesentlichen aus dem Jahr 1955 (STRB Nr. 1415/1955 mit Revision STRB Nr. 729/2007). Die neue Geschäftsordnung trat am 1. August 2018 in Kraft (AS 721.110). Unter dem Vorsitz des Rechtskonsulent-Stellvertreters behandelte die Schätzungskommission an 16 ordentlichen Sitzungen (2018: 16) und mit 2 Zirkulationsbeschlüssen insgesamt 58 Schätzungsgeschäfte (2018: 75) sowie 9 Bagatellgeschäfte (2018: 11) in einem vereinfachten Verfahren. Die Geschäftslast normalisierte sich. Sie sank gegenüber dem Vorjahr um 22,6 %, nachdem sie in den Jahren zuvor stark angestiegen war. 32 Schätzungsgeschäfte betrafen Käufe, Verkäufe und Baurechte (2018: 47). Die Schätzungssumme der von der Schätzungskommission in diesem Bereich behandelten Geschäfte betrug insgesamt 792,686 Millionen Franken (2018: 897,477 Millionen Franken).

Enteignungsverfahren
Ende 2019 waren drei vom Rechtskonsulenten mitbetreute Verfahren rechtshängig. Das bereits in den letzten Jahresberichten erwähnte Verfahren vor der Eidgenössischen Schätzungskommission für den Kreis 10 des Kantons Zürich (ASTRA vs. Stadt Zürich, SK Nr. 2016-005) wurde von der Kommission sistiert, um den Parteien eine Einigungslösung zu ermöglichen. In zwei Verfahren, die Enteignungsforderungen wegen Unterschutzstellungen betreffen, wurden Einigungsverhandlungen nach Abtretungsgesetz durchgeführt. In einem Verfahren wurde beim Statthalter um Anordnung des Schätzungsverfahrens ersucht, im anderen Verfahren steht dieser Schritt bevor.

Einsprachen nach Themengruppen

Personal	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Abfindung	3	–	–	–
Änderung der Anstellung	–	–	5	–
Arbeitszeugnis Anpassung	–	–	1	–
Auszahlung Ferienguthaben	–	–	1	–
Funktionsstufenwechsel / Lohnnachzahlung	–	–	2	–
Kündigung / Entlassung / Freistellung	5	8	14	11
Lohnfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	2	–	–	–
Lohnmassnahmen	–	–	2	–
Gebühren				
Abfall-/Abwasser-/Hauszuleitungsgebühren	1	2	–	1
Abschleppgebühren	2	2	–	2
Anschlussgebühren für Bezug elektrischer Energie / Rückforderung Stromsparfonds	1	1	2	–
Aufenthalt im Pflegezentrum	1	1	–	–
Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Grunds	1	1	–	–
Kostenverrechnung Aufenthalt in der Zentralen Ausnüchterungsstelle (ZAS)	–	1	3	4
Rettungsdiensteinsatz	3	4	1	2
Entzug / Erteilung / Nichterteilung einer Betriebsbewilligung				
Betriebsbewilligung Kinderkrippe	1	2	5	–
Entzug / Nichterteilung der Bewilligung zur Benutzung öffentlichen Grunds	2	–	1	3
Patent (Gastwirtschaft)	2	1	4	–
Taxibetriebsbewilligung	1	1	1	–
Verkehrsanordnungen	9	13	5	9
Beitragsleistungen (Elternbeiträge / Stipendien / Alimentenbevorschussung / Projektfinanzierung u. a.)	16	6	2	4

Diverse	2016	2017	2018	2019
Akteneinsicht	1	1	–	1
Begehren um Neubeurteilung eines Neuerlasses, Zwischenentscheid Verfahrensleitung	–	–	3	–
Bewilligung Kundgebung	–	–	–	1
Bewilligung Schwimmunterricht	–	–	–	1
Bewilligungszeiten Weihnachtsdekoration	1	–	–	–
Echtzeit-Übertragungen	–	–	–	2
Einbürgerungsgesuch Ablehnung	–	–	1	–
Gesuch um Durchführung öffentliche Ausschreibung	–	–	–	1
Hundesteuer	1	–	–	–
Informationszugang / Öffentlichkeitsprinzip	–	1	1	1
Installation Glasfaseranschluss	1	1	–	–
Krippenaufsicht	1	2	1	–
Meldeverhältnis	–	–	1	–
Nichtzulassung Taxifachprüfung	–	–	–	1
Parkierungsbewilligung	–	–	1	–
Personendaten	1	1	–	1
Rechtsverzögerung	–	–	–	1
Waffenerwerbsschein	1	–	1	1
Widerrechtlichkeit Polizeikontrolle	1	1	–	1
Total behandelte Einsprachen	58	51	58	48

4. Kennzahlen Allgemeine Verwaltung

	2015	2016	2017	2018	2019[1]
Mitarbeitende total	**277**	**281**	**278**	**289**	**289**
davon Frauen	142	144	144	155	157
davon Männer	135	137	134	134	132
Ø FTE / Stw.-Ä.[2]	**251**	**241**	**240**	**240**	**246**
Führungskader total	**59**	**53**	**51**	**52**	**50**
davon Frauen	21	18	16	16	15
davon Männer	38	35	35	36	35
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)					
Funktionsstufe	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**
FS 16–18	– –	33,3 66,7	33,3 66,7	33,3 66,7	33,3 66,7
FS 14–15	– –	16,7 83,3	16,7 83,3	18,2 81,8	18,2 81,8
FS 12–13	– –	35,7 64,3	33,3 66,7	35,5 64,5	39,4 60,6
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 % (Vollzeitstellen)					
Total	**182**	**186**	**177**	**179**	**180**
Frauen	70	71	68	69	70
Männer	112	115	109	110	110
Frauen (in %)	38,5	38,2	38,4	38,5	38,9
Männer (in %)	61,5	61,8	61,6	61,5	61,1
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 % (Teilzeitstellen I)					
Total	**76**	**71**	**74**	**80**	**88**
Frauen	54	52	52	59	68
Männer	22	19	22	21	20
Frauen (in %)	71,1	73,2	70,3	73,8	77,3
Männer (in %)	28,9	26,8	29,7	26,3	22,7
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)					
Total	**20**	**27**	**31**	**36**	**27**
Frauen	18	23	26	31	23
Männer	2	4	5	5	4
Frauen (in %)	90,0	85,2	83,9	86,1	85,2
Männer (in %)	10,0	14,8	16,1	13,9	14,8
Lernende					
Total	**24**	**25**	**21**	**18**	**17**
davon Frauen	18	17	13	12	12
davon Männer	6	8	8	6	5
Personalaufwand	40 561 978	39 520 612	39 372 351	40 916 394	40 938 582
Sach- und übriger Betriebsaufwand	7 056 487	7 481 720	7 201 418	7 635 595	9 359 645
Übriger Aufwand	12 234 444	11 488 549	11 370 169	11 893 857	9 838 649
Total Aufwand	59 852 909	58 490 881	57 943 938	60 445 846	60 136 876
Bruttoinvestitionen[3]	–	–	–	–	–

[1] Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2
[2] Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP HCM Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.
[3] Investitionsausgaben des Verwaltungsvermögens

Definitionen:
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeiterkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind.
Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt.
Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

5. Parlamentarische Vorstösse

keine

Präsidial-departement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Präsidialdepartement

1.	**Vorwort der Stadtpräsidentin**	**29**
2.	**Jahresschwerpunkte**	**30**
3.	**Kennzahlen Präsidialdepartement**	**31**
4.	**Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen**	**32**
4.1	**Departementssekretariat**	**32**
4.1.1	Aufgaben	32
4.1.2	Jahresschwerpunkte	32
4.2	**Kultur**	**33**
4.2.1	Aufgaben	33
4.2.2	Jahresschwerpunkte	33
4.2.3	Kennzahlen	36
4.3	**Museum Rietberg**	**37**
4.3.1	Aufgaben	37
4.3.2	Jahresschwerpunkte	37
4.3.3	Kennzahlen	38
4.4	**Bevölkerungsamt**	**39**
4.4.1	Aufgaben	39
4.4.2	Jahresschwerpunkte	39
4.4.3	Kennzahlen	41
4.5	**Statistik Stadt Zürich**	**42**
4.5.1	Aufgaben	42
4.5.2	Jahresschwerpunkte	42
4.5.3	Kennzahlen	44
4.6	**Stadtarchiv**	**45**
4.6.1	Aufgaben	45
4.6.2	Jahresschwerpunkte	45
4.6.3	Kennzahlen	50
4.7	**Stadtentwicklung Zürich**	**51**
4.7.1	Aufgaben	51
4.7.2	Jahresschwerpunkte	51
4.7.3	Kennzahlen	56
4.8	**Projektstab Stadtrat**	**58**
4.8.1	Aufgaben	58
4.8.2	Jahresschwerpunkte	58
4.8.3	Kennzahlen	59
4.9	**Fachstelle für Gleichstellung**	**60**
4.9.1	Aufgaben	60
4.9.2	Jahresschwerpunkte	60
4.9.3	Kennzahlen	61
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**62**

1. Vorwort der Stadtpräsidentin

Corine Mauch. (Bild: Dominique Meienberg)

«Vielfältige Angebote und Leistungen für ein lebenswertes Zürich»

Die überwältigende Mehrheit der Zürcherinnen und Zürcher lebt, wohnt und arbeitet gerne in der Limmatstadt. Das zeigen die Ergebnisse der 2019 veröffentlichten Bevölkerungsbefragung. Es ist eine schöne Auszeichnung – auch für die Arbeit der gesamten Stadtverwaltung. Mit ihren vielfältigen Angeboten und Diensten leisten die Abteilungen im Präsidialdepartement dazu wichtige Beiträge.

Zürich ist eine lebendige Kulturstadt. Im Berichtsjahr hielt die Kulturabteilung mit dem Kulturleitbild 2020–2023 die Schwerpunkte und Akzente der städtischen Kulturpolitik für die kommenden Jahre fest und legte eine wichtige Grundlage für ein inspirierendes und breites Kulturangebot. 2019 wurden zudem gleich zwei wichtige Kulturinstitutionen wieder für die Bevölkerung zugänglich: Der instand gesetzte Pavillon Le Corbusier und das neue Tanzhaus wurden feierlich eröffnet. Das Zürcher Theater Spektakel feierte sein 40-jähriges Bestehen.

Nicht wegzudenken aus der Kulturstadt Zürich ist auch das Museum Rietberg. Im vergangenen Jahr bekräftigte es erneut seine Bedeutung als international ausstrahlendes Kunstmuseum. Die Abschieds-Ausstellung des langjährigen Direktors Albert Lutz «Spiegel – der Mensch im Widerschein» erreichte fast 40 000 Eintritte.

Die Weiterentwicklungen der Dienstleistungen des Bevölkerungsamts widerspiegeln die vielseitigen und sich ändernden Bedürfnisse der Stadtbevölkerung. Im Berichtsjahr wurde zum Beispiel die Einführung von fünf neuen Traulokalen beschlossen, es wurden rund 320 neue Grabplätze für muslimische Bestattungen eingeweiht und das Angebot an Online-Services weiter ausgebaut.

Die Digitalisierung als Querschnittsaufgabe beschäftigt zahlreiche Dienstabteilungen der Stadt Zürich. Das Stadtarchiv hat 2019 beispielsweise die Digitalisierung der Geschäftsberichte weiter vorangetrieben und sich mit der Archivierung von digitalen Publikationen beschäftigt.

Für die departementsübergreifende Koordination der Zusammenarbeit im Bereich Smart City und die Umsetzung der in der «Strategie Smart City Zürich» geschaffenen Instrumente zur Innovationsförderung ist das neue «Smart City»-Team bei Stadtentwicklung Zürich zuständig. Mit der Projektreihe «Stadt der Zukunft» legt die Stadtentwicklung jeweils einen Schwerpunkt ihrer Arbeit. 2019 veröffentlichte sie den Schlussbericht zum Projekt ZRH3039, das die Lebenswelt der 30- bis 39-jährigen Zürcherinnen und Zürcher genauer untersuchte.

Wichtige Einblicke geben dem Stadtrat und den städtischen Dienstabteilungen die Ergebnisse der eingangs erwähnten Bevölkerungsbefragung. Gemeinsam mit der Stadtentwicklung führte Statistik Stadt Zürich 2019 die zehnte Bevölkerungsbefragung durch und lieferte ein wichtiges Stimmungsbarometer zur Zufriedenheit der Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher. Des Weiteren widmete sich die Statistikabteilung im Berichtsjahr der Publikationsreihe «Quartierspiegel». Die von einem breiten Publikum geschätzten Publikationen zu den Zürcher Stadtquartieren werden überarbeitet und mit einer digitalen Ausgabe ergänzt.

Am Frauenstreik und der Zurich Pride waren im Juni 2019 Tausende Männer und Frauen auf der Strasse für die Gleichstellung aller Geschlechter. Auch die Stadt Zürich verstärkt ihr Engagement in diesem Bereich weiter. Im Berichtsjahr legte die Fachstelle für Gleichstellung zusammen mit den Departementen die Schwerpunkte und Ziele für den Gleichstellungsplan 2019–2022 fest. Erste Projekte wurden bereits aufgegleist.

Viele velo- und sportbegeisterte Zürcherinnen und Zürcher durften sich 2019 freuen: Im März vergab der Schweizer Radsportverband die Rad- und Para-Cycling-Strassen-Weltmeisterschaften 2024 an Stadt und Kanton Zürich. Der Projektstab Stadtrat war federführend bei der Ausarbeitung des erfolgreichen Bewerbungsdossiers. Stadt und Kanton Zürich sowie Swiss Cycling gründeten einen Trägerverein für die weitere Planung und Durchführung des sportlichen Grossanlasses.

Die genannten Projekte und Ereignisse sind nur einige Beispiele dafür, wie die Abteilungen des Präsidialdepartements zu einer lebenswerten und vielfältigen Stadt beitragen. Weitere Details zu ihren Tätigkeiten im Berichtsjahr finden Sie auf den folgenden Seiten.

Die hohe Qualität der Dienstleistungen unserer Stadt wird durch den grossen Einsatz und die wertvolle Arbeit aller Mitarbeitenden getragen. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Präsidialdepartements herzlich für ihr Engagement im Jahr 2019.

Corine Mauch

Stadtpräsidentin Corine Mauch
Vorsteherin des Präsidialdepartements

2. Jahresschwerpunkte

Die Jahresschwerpunkte des Präsidialdepartements ergeben sich aus den Schwerpunkten seiner Dienstabteilungen und Fachstellen. Diese Schwerpunkte sind in den folgenden Kapiteln zu den einzelnen Organisationseinheiten dargestellt und ausgeführt. Über die prägenden Projekte und die Hauptereignisse in der Arbeit des Präsidialdepartements im Berichtsjahr gibt zudem das Vorwort der Stadtpräsidentin Aufschluss. Auf eine zusätzliche Darstellung derselben Aktivitäten wird an dieser Stelle verzichtet.

3. Kennzahlen Präsidialdepartement

	2015	2016	2017	2018	2019[1]
Mitarbeitende total	**487**	**484**	**465**	**471**	**475**
davon Frauen	323	317	296	303	308
davon Männer	164	167	169	168	167
Ø FTE / Stw,-Ä,[2]	**360**	**361**	**362**	**360**	**361**
Führungskader total	**60**	**59**	**62**	**65**	**64**
davon Frauen	25	25	24	25	28
davon Männer	35	34	38	40	36
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)					
Funktionsstufe	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**
FS 16–18	– –	50,0 50,0	50,0 50,0	44,4 55,6	70,0 30,0
FS 14–15	– –	30,0 70,0	30,0 70,0	20,0 80,0	25,0 75,0
FS 12–13	– –	50,0 50,0	49,3 50,7	48,0 52,0	52,6 47,4
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 % (Vollzeitstellen)					
Total	**219**	**217**	**214**	**213**	**208**
Frauen	120	118	116	113	112
Männer	99	99	98	100	96
Frauen (in %)	54,8	54,4	54,2	53,1	53,8
Männer (in %)	45,2	45,6	45,8	46,9	46,2
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 % (Teilzeitstellen I)					
Total	**186**	**188**	**191**	**196**	**200**
Frauen	136	132	131	138	140
Männer	50	56	60	58	60
Frauen (in %)	73,1	70,2	68,6	70,4	70,0
Männer (in %)	26,9	29,8	31,4	29,6	30,0
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)					
Total	**88**	**83**	**65**	**68**	**75**
Frauen	70	70	52	56	62
Männer	18	13	13	12	13
Frauen (in %)	79,5	84,3	80,0	82,4	82,7
Männer (in %)	20,5	15,7	20,0	17,6	17,3
Lernende					
Total	**5**	**5**	**6**	**6**	**6**
davon Frauen	4	3	3	2	4
davon Männer	1	2	3	4	2
Personalaufwand	50 001 490	50 138 730	50 899 061	51 134 929	50 346 093
Sach- und übriger Betriebsaufwand	26 273 570	27 179 322	27 889 755	28 098 644	23 154 605
Übriger Aufwand	151 017 588	154 156 831	155 579 760	158 031 634	166 925 879
Total Aufwand	227 292 648	231 474 883	234 368 576	237 265 207	240 426 577
Bruttoinvestitionen[3]	5 254 000	6 300 000	4 100 000	8 502 932	12 939 437

[1] Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2
[2] Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP-HCM-Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.
[3] Investitionsausgaben des Verwaltungsvermögens

Definitionen:
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeiterkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind.
Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt.
Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

4.1 Departementssekretariat

4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat des Präsidialdepartements besteht aus den Zentralen Diensten und dem Stab der Stadtpräsidentin. Die Zentralen Dienste erbringen Querschnittsleistungen für das gesamte Departement, etwa in den Bereichen Personal (HR), Controlling, Rechnungswesen und Logistik. Auch das Team Repräsentation, das zahlreiche Anlässe des Stadtrats und der Stadtpräsidentin organisiert und koordiniert, ist hier angesiedelt. Dem Departementssekretariat sind zudem die Stadtammann- und Betreibungsämter organisatorisch und personell unterstellt und die Friedensrichterämter administrativ zugeordnet. Der Stab der Stadtpräsidentin erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für die Departementsvorsteherin und unterstützt sie und die Dienstabteilungen des Präsidialdepartements bei der internen und externen Kommunikation sowie in rechtlichen Fragen. Die beiden Beauftragten zur Förderung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Stadt Zürich gehören ebenfalls zum Stab der Stadtpräsidentin.

4.1.2 Jahresschwerpunkte

Das Tagesgeschäft – bestehend aus Querschnittsleistungen, Kommunikation und Führungsunterstützung – stand auch im Berichtsjahr im Zentrum der Tätigkeiten der Mitarbeitenden des Departementssekretariats.

Die Mitarbeitenden des Bereichs Repräsentation haben 2019 201 Anlässe organisiert und koordiniert. 126 davon fanden im Stadthaus statt, 33 im Muraltengut. Es handelt sich dabei vorwiegend – zu etwa 80 % – um interne Anlässe. Ein Höhepunkt war die Wahlfeier für die Zürcher Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh. Ins Berichtsjahr fiel auch die Organisation des Empfangs des Zürcher Konsularkorps, zu dem die Stadt alle vier Jahre einlädt. Wie bereits 2018 fand die Einbürgerungsfeier im Berichtsjahr im Volkshaus statt und zählte rund 1000 Gäste.

Zahlreiche Personen wenden sich brieflich, per E-Mail, telefonisch oder anlässlich eines persönlichen Besuchs im Stadthaus an die Stadtpräsidentin. Die Anliegen der Zürcherinnen und Zürcher sowie von Personen aus dem In- und Ausland werden von der im Stab der Stadtpräsidentin angesiedelten Beauftragten für Bevölkerungsanliegen bearbeitet. Im Berichtsjahr wurden über 350 Anfragen zu den unterschiedlichsten Themen behandelt, von Klimafragen über Gleichstellung bis hin zur Wohnungssuche. Anliegen, die in der Zuständigkeit anderer Departemente liegen, wurden in Absprache mit oder direkt durch die entsprechende städtische Stelle beantwortet. Zudem konnte zahlreichen Personen weitergeholfen werden, indem sie an zuständige Fach- oder Beratungsstellen verwiesen werden konnten.

Die Beauftragten der Stadtpräsidentin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung beschäftigten sich im Berichtsjahr vorwiegend mit der Ausarbeitung eines Massnahmenplans. Dazu führten sie im Frühjahr eine Kick-off-Veranstaltung mit rund 40 delegierten Mitarbeitenden aus allen Departementen durch und eruierten in der Folge Massnahmen entlang zuvor definierter Handlungsfelder. Ferner haben die Beauftragten knapp 50 Anfragen aus Bevölkerung und Stadtverwaltung beantwortet und in 14 Fällen selber die Initiative ergriffen zur Optimierung von Situationen im Sinne der Hindernisfreiheit (inner- wie ausserhalb der Stadtverwaltung). Zudem gaben sie drei Interviews zu ihren Tätigkeiten, wirkten an einer Veranstaltung im Rahmen des Frauenstreiks 2019 mit und weihten auf Einladung einer Stiftung ein neuartiges Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung ein.

Stadt und Kanton Zürich, Zürich Tourismus, die Evangelisch-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich und die Reformierte Kirchgemeinde Zürich richteten die Erinnerungsfeiern und -veranstaltungen zum 500-Jahr-Jubiläum der Zürcher Reformation gemeinsam aus. Im Trägerverein «500 Jahre Zürcher Reformation» ist die Stadt Zürich mit der Stadtpräsidentin als Vorstandsmitglied und mit einem Stabsmitarbeiter als Mitglied der Geschäftsleitung vertreten. Das Programm wurde von Martin Heller und Barbara Weber gemeinsam kuratiert. Das vom Kuratorium festgelegte Programm beinhaltete erste Veranstaltungen im Jahr 2017, wobei der Grossteil der Anlässe 2018 stattfand. Letzte Veranstaltungen sind in der ersten Jahreshälfte 2019 über die Bühne gegangen. Im Laufe des Jahres 2020 wird der Trägerverein aufgelöst.

Das Programm unter der Schirmherrschaft des Trägervereins ermöglichte einen vielgestaltigen Überblick über die Geschehnisse während der Reformationszeit, über die Wirkungsgeschichte der Zürcher Reformation und ihre Relevanz bis in die Gegenwart. Der Schweizer Spielfilm des Zürcher Regisseurs Stefan Haupt über die Person Huldrych Zwingli und das Projekt «Zwingli-Stadt 2019» des Grossmünster-Pfarrers Christoph Sigrist ergänzten das Programm des Trägervereins. Der Zwingli-Film wurde zum eindrücklichen Publikumserfolg und vertiefte auch dank seiner Detailtreue die konkreten Kenntnisse. Er trug zu einem neuen Bild der Persönlichkeit Zwinglis und der Reformation bei. Die Aktion «Zwingli-Stadt 2019» setzte dem Zwingli-Jahr 2019 einen medial breit aufgenommenen und im Stadtraum gut sichtbaren Schlusspunkt.

4.2 Kultur

4.2.1 Aufgaben

Die Tätigkeit der Abteilung Kultur findet ihre Grundlage in Art. 67 der Gemeindeordnung, der dem Präsidialdepartement unter anderem folgende Aufgaben überträgt: Pflege und Förderung der Literatur, der Musik, der bildenden Künste, des Theaters, des Films und des Tanzes, Verwaltung der Museen sowie das Wahrnehmen allgemeiner kultureller Aufgaben. Die Erfüllung dieser Aufgaben ruht im Wesentlichen auf drei Säulen:

– Betreuung und Begleitung der kulturellen Institutionen, die aufgrund befristeter oder unbefristeter Rechtsgrundlagen wiederkehrende Beiträge erhalten
– Förderung von Gruppen und Einzelprojekten mit Produktions- und Defizitdeckungsbeiträgen sowie Unterstützung von Kulturschaffenden mit Werkbeiträgen, Stipendien, Preisen und Ehrengaben, mit der Überlassung von Ateliers im In- und Ausland und dem Ankauf von Kunstwerken
– Führung eigener Kulturbetriebe sowie Organisation kultureller Veranstaltungen

4.2.2 Jahresschwerpunkte

Die Weiterentwicklung der Förderung im Bereich Tanz und Theater war auch im Berichtsjahr ein Schwerpunkt der Kulturabteilung. Die Stadt hat unter Einbezug der Kulturschaffenden ein beweglicheres Fördersystem im Bereich Tanz und Theater erarbeitet, das besser auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren kann. Die zentralste Neuerung ist die Konzeptförderung. Dafür beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat im Juli des Berichtsjahres einen Rahmenkredit.

Ende Januar wurde im Landesmuseum die Ausstellung über Stadt und Kanton Zürich «Einfach Zürich» eröffnet. Das Projekt wird von Stadt und Kanton Zürich getragen, das Schweizerische Nationalmuseum beteiligt sich mit einem teilweisen Mietkostenerlass. Die Ausstellung fand in den Medien breite Aufmerksamkeit. Neben der Ausstellung hat der Verein «Einfach Zürich» sein Begleitprogramm gestartet mit Veranstaltungen rund um die Geschichte des Grossraums Zürich an den verschiedensten Orten in Stadt und Kanton.

Im Mai des Berichtsjahres wurde der Pavillon Le Corbusier nach der Totalsanierung feierlich wiedereröffnet. Das Gebäude wurde, in enger Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege des Kantons, sorgfältig renoviert und dem Publikum übergeben. Das erste Betriebsjahr war sehr erfolgreich, rund 30 000 Gäste besuchten den Pavillon während der sechsmonatigen Öffnungszeit.

Am 5. Juni 2019 wurde das Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2020–2023 der Öffentlichkeit präsentiert. Der Gemeinderat diskutierte das Leitbild an einer grossen Kulturdebatte am 30. Oktober und nahm es mit einem Stimmenverhältnis von 92 zu 16 zustimmend zur Kenntnis.

In der Folge behandelte der Gemeinderat 19 Beitragsweisungen an Kulturinstitutionen der Stadt Zürich. 18 davon betrafen die Weiterführung von Beiträgen für vier Jahre von bereits bestehenden und etablierten Institutionen. Der Gemeinderat bewilligte zudem einen vierjährigen Beitrag für eine neue Institution: Hombi's Salon in Zürich-Nord. Der Konzertort, der vom ehemaligen Berufssänger Christoph Homberger betrieben wird, hat sich zu einem lebendigen kulturellen Treffpunkt im Quartier entwickelt.

Der Zürcher Kunstpreis 2019 wurde an den Musiker und Kulturunternehmer Nik Bärtsch verliehen und an einer Feier im Jazzclub Moods übergeben. Die Auszeichnung für besondere kulturelle Verdienste ging an den Comic-Verleger David Basler.

Corine Mauch übergibt im Namen des Stadtrats den Preis für besondere kulturelle Verdienste 2019 an David Basler. (Bild: Julius Hatt)

Theater
Im Ressort Theater wurden 68 Gesuche um zweijährige und dreijährige Förderung, Produktions- und Recherchebeiträge eingereicht. Davon wurden 26 gutgeheissen, sprich, mehr als ein Drittel der Projekte wurde gefördert. 60 % des Theaterkredits wurden für Produktionsbeiträge gesprochen, 29 % für mehrjährige Beiträge. Die übrigen Mittel wurden für Recherche- und Gastspielbeiträge vergeben. Die zweijährige Förderung erhalten für die Spielzeiten 2019/20 und 2020/21 die Regisseurin und Autorin Katharina Cromme sowie die Musiktheatergruppe ox&öl. In der dreijährigen Förderung befinden sich neben der Kinder- und Jugendtheatergruppe Kolypan (seit 2019) neu ab 2020 Matterhorn Produktionen sowie die Theaterschaffenden Corsin Gaudenz und Dimitri de Perrot. 2019 wurden zudem die Beiträge für die Häuser «sogar theater», Theater Stadelhofen, Theater STOK und Theater Winkelwiese vom Gemeinderat und für das Theater Keller62 vom Stadtrat um vier Jahre verlängert.

Für sein Engagement im Bereich Nouveau Cirque mit besonderem Auge für die Nachwuchsarbeit wurde dem Zirkus Chnopf eine Anerkennungsgabe von 25 000 Franken verliehen.

Theater Spektakel
Das Theater Spektakel löste in seiner 40. Ausgabe seinen Anspruch, ein Festival für alle zu sein, vielgestaltig ein: Internationales Theater, ein Fokusprojekt Tanz, ein Jubiläumsfest für alle, Zirkus, Konzerte, wissenschaftliche Vorträge, Klanginstallationen und Workshops zum Thema Inklusion bereicherten die Jubiläumsausgabe. Während 18 Tagen war auf der Landiwiese eine Vielzahl von Kulturen und Communitys beheimatet.

25 000 Besucherinnen und Besucher, die eine der 155 kostenpflichtigen Veranstaltungen verfolgten, eine Auslastung von 87 % und insgesamt über 150 000 Gäste zeigen, dass das Programm und die Ausrichtung des Festivals auch nach 40 Jahren regen Zuspruch finden.

Die Bemühungen, das Festival noch stärker auf ein diverses Publikum auszurichten und so möglichst vielen Menschen eine Teilhabe zu ermöglichen, wurden vorangetrieben: So wurde das Angebot von partizipativen Veranstaltungen ausgebaut, der neu konzipierte Spielort Zentral mit seinem Strassenkunstprogramm erwies sich als niederschwelliger Publikumsmagnet, und auf struktureller Ebene wurden die Mitarbeitenden in fünf Workshops für das Thema Interkulturalität sensibilisiert.

Theater am Hechtplatz
Den Hauptpfeiler der Programmation bildete in diesem Jahr das Deutschschweizer Kabarettschaffen mit Uraufführungen von Helga Schneider und Bänz Friedli oder Zürcher Premieren von Joachim Rittmeyer oder Simon Chen. Deutlicher als bisher fanden auch Umsetzungen von literarischen Stoffen (Eric-Emmanuel Schmitts «Kleine Eheverbrechen», «Novecento» des Italieners Alessandro Baricco) im Programm statt oder Produktionen mit sozialkritischem Hintergrund wie die Komödie «Willkommen» des Berliner Duos Lutz Hübner und Sarah Nemitz oder das Mel-Brooks-Musical «Young Frankenstein», eine Eigenproduktion, die lustvoll die Grenzen von Forschung und Technologie auslotet. Insgesamt füllten 35 Produktionen das Haus mit unterschiedlichen Inhalten. An 272 Vorstellungen haben 51 291 Zuschauerinnen und Zuschauer im Theatersaal Platz genommen, was einer Auslastung von 80 % entspricht.

Die bewährten Kooperationen mit der Zürcher Märchenbühne, Radio SRF 1 sowie die häuserübergreifende Zusammenarbeit mit dem Bernhard Theater, dem Millers Theater und dem Theater Rigiblick wurden weitergeführt.

E-Musik
2019 lagen dem Ressort 253 Gesuche zur Beurteilung vor. 233 Gesuche für Musiktheaterbeiträge, Konzerte und Kompositionsaufträge wurden auf Antrag der Musikkommission positiv bewertet und mit Beiträgen und Defizitgarantien zwischen 500 und 75 000 Franken gefördert. Die Komponistin Lara Stanic und das Zürcher Barockorchester erhielten jeweils ein Werkjahr, das Atelier-Stipendium Berlin wurde dem Komponisten Carlos Hidalgo zugesprochen. Die von der Kulturabteilung produzierte Reihe «Serenaden» war mit 2595 Besucherinnen und Besuchern sehr gut besucht, das «Musikpodium» stellte wiederum das zeitgenössische Schweizer Musikschaffen ins Zentrum. Im November fand das Festival «Focus Contemporary» in Zusammenarbeit mit dem Tonhalle-Orchester Zürich, Collegium Novum und der Zürcher Hochschule der Künste statt. Es war die letzte Ausgabe dieses Formats, da künftig die Tage für Neue Musik wieder jährlich stattfinden werden. Seit 1. April 2019 ist Diana Lehnert die neue Leiterin des Ressorts. Sie folgte auf René Karlen, der in Pension ging.

Die beiden Musikerinnen von Ikan Hyu bei ihrem Auftritt im Rahmen des Stadtsommers am 27. Juli 2019 auf der Stadionbrache Hardturm. (Bild: Tatjana Rüegsegger)

Jazz/Rock/Pop
Beim Ressort Jazz/Rock/Pop wurden im Jahr 2019 rund 350 Gesuche eingegeben. Etwas über 50 % dieser Gesuche wurden positiv beantwortet und mit Beiträgen zwischen 190 und 20 000 Franken unterstützt. Die gesprochenen Beiträge werden von den Musikerinnen und Musikern respektive Vermittlerinnen und Vermittlern für Musikproduktionen, Tourneen, Festivals und Konzerte eingesetzt.

Sibylle Aeberli, Janine Cathrein und Tapiwa Svosve erhielten je ein mit 48 000 Franken dotiertes Werkjahr. Das Atelier-Stipendium New York wurde an Catia Lanfranchi und David Daniel vergeben, für das Atelier in Berlin wurde die Bewerbung von Réka Csiszér berücksichtigt.

Bei der Konzertreihe Stadtsommer traten insgesamt zehn Zürcher Bands an fünf unterschiedlichen Orten in der Stadt auf, darunter zum ersten Mal auf der Stadionbrache Hardturm. Die gesamte Reihe war sowohl aus künstlerischer Sicht als auch vom Publikumsinteresse her ein grosser Erfolg.

Literatur
Zürcher Literaturschaffende wurden mit drei Werkjahren (Alice Grünfelder, Judith Keller, Werner Rohner), zwei halben Werkjahren (Simone Baumann, Kati Rickenbach) und acht Auszeichnungen (Matthias Gnehm, Johanna Lier, Julia Kohli, Yves Raeber, Isolde Schaad, Ruth Schweikert, Barbara Stengl) prämiert. Die Öffnung des Fördergefässes Werkjahr für Eingaben aus den Bereichen Graphic Novel Kinder- und Jugendliteratur sowie für Übersetzungen hat zu einer Verdopplung der Gesuche geführt. Mit Druckkostenzuschüssen unterstützt wurden 22 belletristische Neuerscheinungen von Zürcher Autorinnen und Autoren sowie 21 Sachbücher zu Zürcher Themen (Turicensia). Neben dem Literaturhaus, das in diesem Jahr sein 20-jähriges Bestehen feierte, und dem Buchfestival «Zürich liest» wurden sieben literarische Veranstaltungen oder Lesungsreihen anderer Organisationen unterstützt, darunter das beliebte Openair Literatur Festival im Alten Botanischen Garten.

Innerhalb des Projekts «Writers in Residence» waren Georgi Gospodinov aus Bulgarien und Aura Xilonen aus Mexiko zu Gast.

Bildende Kunst
Im Bereich Bildende Kunst sind 300 Gesuche eingereicht worden. Davon konnten 63 positiv beantwortet werden.

Es wurden insgesamt 13 Werk- oder Auslandatelier-Stipendien vergeben. Daneben wurden ein Stipendium für Kunstvermittlung (Redaktion Kunstbulletin) und ein Werkjahr (Lena Maria Thüring) verliehen. Von 24 Kunstschaffenden sind Werke angekauft und 49 Gesuche um Beiträge für Projekte, Kunsträume oder Kunstpublikationen positiv beurteilt worden.

Das Atelier Hermann Haller zeigte in der Ausstellung «Catwalk» vier künstlerische Positionen (Klaus Lutz, Hermann Haller, CKÖ und Yves Netzhammer), die sich mit dem Atelierraum und seiner Wahrnehmung auseinandersetzten. Die Ausstellung wurde durch Rahmenveranstaltungen ergänzt. Das Atelier verzeichnete 2019 mit 5167 Besucherinnen und Besuchern ein Rekordjahr. Es ist davon auszugehen, dass der Erfolg einerseits auf das Ausstellungskonzept mit bekannten zeitgenössischen Kunstschaffenden zurückzuführen ist, andererseits auf die Wiedereröffnung des nahe gelegenen Pavillon Le Corbusier.

Gruppenbild der Empfängerinnen und Empfänger der Kulturellen Auszeichnungen 2019. (Bild: Julius Hatt)

Helmhaus
Das Helmhaus begab sich 2020 auf die Suche nach Kunst, die ebenso vielfältig ist wie die Menschen in Zürich. Die Ausstellung «Of Color» schloss im Frühling Ästhetik mit Ethik kurz. «Träume werden wahr» zeigte darauf Werke von fünf Künstlerinnen, die ihrer Imagination freien Lauf liessen. «Die schönsten Schweizer Bücher 2018» und die «Kunststipendien der Stadt Zürich 2019» suchten im Sommer nach Auszeichnenswertem. Die Doppelausstellung «Auf der Suche»/«nach Zürich» fand im Herbst und Winter 30 Zürcher Kunstschaffende mit Wurzeln in Algerien, Kolumbien, dem Iran, Italien, Mexiko, Pakistan, Peru, Serbien, Spanien, Sri Lanka, dem Sudan, Südkorea, Syrien, der Ukraine und Ungarn – in Zürich. 36974 Menschen besuchten das Helmhaus. 149 Kulturschaffende präsentierten ihre Arbeit. 65 Gespräche, 43 Führungen, 11 Workshops wie auch Lesungen und Vorträge vertieften die Themen – insgesamt gab es 143 Veranstaltungen.

Ausstellungen im Stadthaus
Im Stadthaus wurde bis Ende Februar 2019 die im Herbst 2018 eröffnete Ausstellung «Schatten der Reformation. Befreiung und Verfolgung» anlässlich des Jubiläums «500 Jahre Zürcher Reformation» gezeigt. Im Herbst wurde die Ausstellung «Privatsphäre – geschützt, geteilt, verkauft» eröffnet. Die bis Ende Februar 2020 dauernde Ausstellung warf anhand von Beispielen aus der Gegenwart und der Vergangenheit Schlaglichter auf ein wichtiges Thema unserer Zeit und zeigte Widersprüche in unserem Verhältnis zu Privatheit. Ein vielfältiges Begleitprogramm ergänzte die Ausstellung.

Tanz
Das zentrale Tanz-Ereignis des Jahres war die Fertigstellung des Ersatzneubaus Tanzhaus. Mit einem grossen Eröffnungsprogramm wurde das Tanzhaus vom 6. bis 8. September 2019 gefeiert. Die 7. Ausgabe des Festivals ZÜRICH TANZT war erneut ein voller Erfolg.

Im Freien Kredit im Ressort Tanz gingen 64 Gesuche ein. Auf Antrag der Tanzkommission wurden 16 grössere Beiträge in Form von Betriebs-, Produktions-, Recherche- und Plattformbeiträgen gutgeheissen. Die übrigen Mittel wurden für Aufführungs- und Wiederaufnahmebeiträge eingesetzt. Finanziell unterstützt wurde auch das Produktionsbüro artFAQ, gemeinsam mit dem Ressort Theater.

In den gemeinsam von Stadt, Kanton und Pro Helvetia abgeschlossenen kooperativen Fördervereinbarungen sind noch bis Ende 2020 die Gruppen Martin Zimmermann, Simone Aughterlony und Alexandra Bachzetsis.

Im Rahmen der kulturellen Auszeichnungen erhielten der Tänzer Romain Guion, die Dramaturgin Mona de Weerdt und das Internationale Zürcher Tanzfestival YEAH YEAH YEAH je eine Auszeichnung, der Performance-Künstler Oliver Roth bekam ein Werkstipendium.

Das neue Tanzhaus. (Bild: Simon Menges)

Filmpodium
2019 zeigte das Filmpodium in 920 öffentlichen Vorstellungen 372 Filme und Kurzfilmprogramme. Neben Retrospektiven zu Schauspielerinnen und Schauspielern wie Edward G. Robinson, Simone Signoret und Toshiro Mifune oder Filmschaffenden wie Francis Ford Coppola, François Truffaut, Youssef Chahine, Billy Wilder und Luis Buñuel waren auch thematische Reihen zu sehen, etwa zum frühen deutschen Tonfilm. Die Präsentation von Stummfilmen mit Livemusik hatte wie immer einen prominenten Stellenwert, ebenso Einführungen, Referate und der Austausch mit zahlreichen Gästen; besonders erwähnenswert ist hier die Ringvorlesung aus Anlass von «30 Jahre Seminar für Filmwissenschaft an der Universität Zürich». Im April wurde der 70. Geburtstag des Filmpodium-Kinos gefeiert, das 1949 unter dem Namen «Studio 4» eröffnet wurde.

Das Filmpodium hat mit Events, Kooperationen und anderen Massnahmen seine Bemühungen um neues Publikum weitergeführt, was sich in stabilen Eintrittszahlen (31 873; pro Vorstellung: 34) niederschlägt.

4.2.3 Kennzahlen

Produktionsbeiträge und Defizitdeckungsgarantien (in Fr.)

	2015	2016	2017	2018	2019
Theater	1 803 150	1 841 750	1 856 556	1 958 350	1 936 200
E-Musik	796 490	786 116	791 300	795 984	784 544
Jazz/Rock/Pop	857 213	918 348	894 253	897 620	968 488
Literatur	222 200	226 600	273 800	236 000	250 150
Bildende Kunst	287 000	240 900	277 400	215 500	224 300
Tanz	1 065 000	1 073 750	1 080 000	1 059 300	1 098 500
Film [1]	3 260 813	3 981 813	4 753 813	4 734 313	4 738 497
Diverses	360 877	441 500	317 150	287 313	275 900
Total	**8 652 743**	**9 510 777**	**10 244 272**	**10 184 380**	**10 276 579**

[1] In der Tabelle ausgewiesen ist der Beitrag der Stadt an die Zürcher Filmstiftung. Darüber hinaus leistet der Kanton Zürich im Rahmen des Zentrumslastenausgleichs einen jährlichen Beitrag an die Filmstiftung in Höhe von 3 Millionen Franken. Dieser wird ebenfalls von der Stadt Zürich ausbezahlt.

Besuchszahlen bei Veranstaltungen der Kulturabteilung

	2015	2016	2017	2018	2018
Theater am Hechtplatz	57 453	62 243	68 610	56 496	51 291
Theater Spektakel	27 600	26 500	26 000	26 000	25 000
Helmhaus	34 366	54 936	36 929	35 770	36 974
Stadthaus-Ausstellungen	5 600	5 100	500 [1]	5 000	8 300
Filmpodium-Kino	35 958	32 172	31 887	32 064	31 873

[1] Keine Ausstellung.

4.3 Museum Rietberg

4.3.1 Aufgaben

Das Museum Rietberg ist ein zeitgemässes, international ausstrahlendes Kunstmuseum, das die Verbundenheit der Stadt Zürich mit den Völkern der Welt bezeugt. Es vermittelt Verständnis und Interesse für fremde Weltanschauungen und Werte und schärft den Blick für die Rollen von Frauen und Männern in den verschiedenen Kulturen. Das Museum erfüllt einen wichtigen Kulturauftrag und erhöht die touristische Attraktivität der Stadt.

Die Sammlung ist die Basis für sämtliche Aktivitäten des Museums und begründet das Ansehen, das es weltweit geniesst. Sie erfordert eine fachgerechte Pflege, wissenschaftliche Bearbeitung sowie den Ausbau und die aktive Bewirtschaftung der Kunstbestände.

Das Museum schafft ein Bildungs- und Veranstaltungsangebot für ein breites Publikum: lokale Bevölkerung und Tourismus, Gruppen (Schulen) und spezialisierte Einzelpersonen (Fachleute, Studierende).

Das Museum pflegt und betreibt den Rietberg-Komplex, eine einzigartige Kombination aus aussereuropäischer Kunst (Museumsbetrieb), berühmter Geschichte (Richard Wagner und Villa Wesendonck), schützenswerter Natur (Park) und, seit 2007, einem attraktiven Museumsneubau.

Die grösste Wirkung in der Öffentlichkeit (hohe Besuchszahlen, internationales Ansehen und touristische Attraktivität) erreicht das Museum mit seinen Sonderausstellungen.

4.3.2 Jahresschwerpunkte

2019 besuchten 90 547 Personen das Museum. Die grossen Sonderausstellungen im Werner-Abegg-Saal erreichten folgende Besuchszahlen:

- «Nächster Halt Nirvana – Annäherungen an den Buddhismus» (13. Dezember 2018 bis 31. März 2019): 30 468 (ab 1. Januar 2019, insgesamt: 35 117)
- «Spiegel – Der Mensch im Widerschein» (17. Mai bis 22. September 2019): 39 031
- «Fiktion Kongo – Kunstwelten zwischen Geschichte und Gegenwart» (22. November 2019 bis 15. März 2020): 6941 (bis 31. Dezember 2019)

Im Novartis-Saal, in den Sammlungsräumen und in der Park-Villa Rieter waren folgende Ausstellungen zu sehen:

- «Familienbande – Die indischen Maler Manaku und Nainsukh» (4. Oktober 2018 bis 17. Februar 2019)
- «Farbe bekennen – Textile Eleganz in Teheran um 1900» (23. November 2018 bis 14. April 2019)
- «Eine Frage der Provenienz – Einblicke in die Sammlungsgeschichte» (1. Dezember 2018 bis 29. September 2019)
- «ZeitRäume – Zeitgenössische Miniaturmalerei aus Pakistan» (21. Februar bis 16. Juni 2019)
- «Traumbild Ägypten – Frühe Fotografien von Pascal Sebah und Émile Béchard» (20. Juni bis 20. Oktober 2019)
- «Surimono – Gedichtblätter der Shijō-Schule» (24. Oktober 2019 bis 9. Februar 2020)
- «Gitagovinda – Indiens grosse Liebesgeschichte» (24. Oktober 2019 bis 16. Februar 2020)

Bei der Hauptkennzahl des Museums, den Besuchszahlen, wurde das budgetierte Ziel von 95 000 leicht unterschritten. Zu Beginn des Jahres hat die gemeinsam vom Kuratorium und der Kunstvermittlung erarbeitete Ausstellung «Nächster Halt Nirvana – Annäherungen an den Buddhismus» die Besuchserwartungen übertroffen. Insbesondere konnte auch bei Kindern, Jugendlichen und Familien dank der vielfältigen, didaktisch hervorragend aufbereiteten Ausstellung Interesse geweckt werden. Die zweite grosse Ausstellung «Spiegel – Der Mensch im Widerschein» erreichte fast 40 000 Eintritte. In den Schweizer Medien (Tagesschau-Berichte in allen Landesteilen, Tagespresse) sowie in deutschen, französischen und italienischen Zeitungen und Illustrierten erschienen prominente Ausstellungsbesprechungen. Erstmals wurde mit dieser Ausstellung die weltweite Kulturgeschichte des Spiegels umfassend dargestellt. Von über 100 leihgebenden Institutionen von Mexiko über Europa, Südafrika bis Japan waren Spiegel und Kunstwerke aus fünf Jahrtausenden zu sehen. Bereichert wurde die Schau mit zeitgenössischer Kunst, Fotografie und Projektionen von Spiegelszenen aus über 50 Spielfilmen. Das Sommerfest im Rieterpark zu den Themen «Spiegel» und «Gottfried Keller» war – wohl aufgrund des extrem heissen Wetters – weit weniger besucht als frühere Veranstaltungen dieser Art. Die dritte grosse, im November eröffnete Ausstellung «Fiktion Kongo – Kunstwelten zwischen Geschichte und Gegenwart» war eine aktuelle Stellungnahme des Museums zu der im Jahr 2019 in Politik und Medien viel diskutierten Frage der «Entkolonialisierung» afrikanischer Kunst in westlichen ethnologischen Museen. Zum einen dokumentierte die Schau die vom deutschen Kunstethnologen Hans Himmelheber 1938/39 unternommene Reise in den Kongo. Sie zeigte seine Fotografien und Reiseerinnerungen und beleuchtete die Frage, wie Himmelheber die Kunstwerke erworben hatte. Im Vorfeld der Ausstellung wurden kongolesische Kunstschaffende eingeladen, sich mit den Fotografien und Dokumenten von Himmelheber auseinanderzusetzen und diese kritisch zu beleuchten. Mit diesem Konzept wurde ein Weg aufgezeigt, wie sich das Museum Rietberg dank des Mitwirkens von zeitgenössischen Künstlerinnen und Künstlern mit seiner Sammlung in diesen aktuellen kulturpolitischen Diskurs einbringen kann. Es bestärkt das Museum Rietberg in seinem Ansatz, Kooperationen mit Ursprungsgesellschaften, Institutionen und Kunstschaffenden in Asien, Afrika und Lateinamerika einzugehen und weiterzuentwickeln. So konnte das Museum, unter anderem aufgrund des 2018 unterzeichneten Memorandum of Understanding mit der pakistanischen Regierung, bereits 2019 weitere Projekte realisieren, darunter eine Ausstellung in der Park-Villa Rieter mit Kunstwerken von Studierenden des National College of Arts in Lahore, Pakistan. Die Ausstellungen in der Park-Villa stellten die neu erworbenen Sammlungen von früher Fotografie aus Ägypten sowie Holzdrucken aus Japan vor.

Die Sonnengöttin Amaterasu tritt aus der Höhle: Installation der zeitgenössischen Modedesignerin Kazu Huggle im Rahmen der Ausstellung «Spiegel – Der Mensch im Widerschein». (Bild: Rainer Wolfsberger / Museum Rietberg)

Mit Fördermitteln der Robert H. N. Ho Family Foundation und der Ernst Göhner Stiftung wurde unter dem Titel «Kunst sehen, Religion verstehen» das Angebot für Schulklassen im Bereich «Buddhismus» weiter ausgebaut.

Für Ausstellungen, Publikationen, Veranstaltungen und die Kunstvermittlung erhielt das Museum Spenden und Sponsoring-Mittel von folgenden Institutionen und Unternehmen:

Rietberg-Gesellschaft, Rietberg-Kreis, Parrotia-Stiftung, Max Kohler Stiftung, Vontobel-Stiftung, Clariant Foundation, The Robert H. N. Ho Family Foundation, Meiyintang Foundation, Ernst Göhner Stiftung, Elena Probst-Fonds der Stiftung Accentus, Swiss Re, EDA – Schweizer Botschaft in Pakistan, Bundesamt für Kultur (BAK), Schweizer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Ganesha-Stiftung, UBS Kulturstiftung, Hamasil-Stiftung, Solidaritätsfonds Zentralamerika und Afrika, Japan Tobacco International, Credit Suisse, Pestalozzi Rechtsanwälte, Rahn+Bodmer Co., Diethelm Keller Management AG, Volkart Stiftung.

Insgesamt 5,8 Stellen, insbesondere für zeitlich begrenzte Projekte, wurden von Privatpersonen, der Rietberg-Gesellschaft, der Ho Foundation, der Ernst Göhner Stiftung sowie dem Schweizerischen Nationalfonds finanziert.

Im Berichtsjahr verzeichnete die Sammlung 626 Neueingänge, ein Grossteil davon (572) als Schenkungen und Legate. Die Schwerpunkte lagen bei Grafiken und Textilien aus Japan sowie Malerei aus Indien. Der Versicherungswert der Neuzugänge beläuft sich auf über 2,5 Millionen Franken. Die wichtigsten Schenkerinnen und Schenker sind: Gisela Müller und Erich Gross, Eva und Konrad Seitz, Barbara und Eberhard Fischer, Catharina Dohrn sowie Nanni Reinhart-Schinz. 16 peruanische Keramiken kamen als Legat von Ulrich Frey in die Sammlung. Dank der Unterstützung des Rietberg-Kreises konnten die Kuratorinnen und Kuratoren drei indische Bilder, eine afrikanische Maske, ein japanisches Nô-Gewand und ein iranisches Bild erwerben. Mit den Mitteln aus dem Legat von Gabriele Louise Aino Schnetzer gelang der Ankauf von zwei indischen Bildern sowie 16 japanischen Nô-Gewändern. Das Museum verfügt seit 2019 wieder über ein städtisches Ankaufsbudget. Dieses nutzten die Kuratorinnen und Kuratoren, um eine chinesische Tuschemalerei aus dem 18. Jahrhundert sowie Werke zeitgenössischer Kunstschaffender aus Indien, Pakistan und Indonesien zu erwerben.

Aus den Sammlungsbeständen des Museums wurden insgesamt 45 Objekte an andere Institutionen ausgeliehen: Rubin Museum of Art, New York; Museo Nazionale Romano, Rom; Museo Civico Archeologico, Bologna; Museo delle Culture Lugano (MUSEC); Historisches und Völkerkundemuseum, St. Gallen; Landesmuseum Zürich; Zentralbibliothek Zürich; Musée de l'Europe / Palexpo Genève.

15 Dauerleihgaben befinden sich in folgenden Institutionen: Wereldmuseum, Rotterdam; Museum für Asiatische Kunst, Berlin; Stiftung Deutsches Hygiene-Museum, Dresden; Antikenmuseum und Sammlung Ludwig, Basel; Zoo Zürich; Kunsthaus Zürich.

Die Rietberg-Gesellschaft, der Förderverein des Museums, verzeichnet einen Mitgliederbestand von 4711 – gegenüber dem Vorjahr ein leichter Rückgang von 14 Mitgliedern.

Der Stadtrat von Zürich wählte auf Empfehlung der von der Stadtpräsidentin geleiteten Berufungskommission Annette Bhagwati aus Berlin zur neuen Direktorin des Museums. Sie trat ihr Amt am 1. November 2019 an. Albert Lutz, der das Museum während 21 Jahren geführt hatte, ging am 30. November in Pension.

4.3.3 Kennzahlen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Museums haben für insgesamt 2006 Gruppen Museumsführungen oder Anlässe organisiert. Diese lassen sich unterteilen in 319 öffentliche und 606 private Führungen, 611 diverse Anlässe und 470 Workshops und Angebote im Schul- und Freizeitbereich, davon 327 für Schulen.

Detaillierte Listen und Objektbeschreibungen zu sämtlichen Geschenken und Ankäufen, ausführliche Berichte über die Ausstellungen und Veranstaltungen sowie über die Publikationen werden im Jahresbericht der Rietberg-Gesellschaft und auf der Website des Museums publiziert.

Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Gesamtbesuchszahlen	76545	117311	138541	112567	90547

4.4 Bevölkerungsamt

4.4.1 Aufgaben

Die Vision des Bevölkerungsamts lautet «Topleistungen für Züri». In das Bevölkerungsamt der Stadt Zürich sind das Bestattungs- und Friedhofamt, das Personenmeldeamt, das Zivilstandsamt und die Stimmregisterzentrale eingegliedert.

Die Haupttätigkeiten des Personenmeldeamts und des Zivilstandsamts sind das Registrieren, Bewirtschaften und Beurkunden von Personendaten und zivilstandsamtlichen Ereignissen der Einwohnerinnen und Einwohner und der Bürgerschaft. Diese Tätigkeiten bilden eine Grundlage für alle bevölkerungsbezogenen Verwaltungstätigkeiten der Stadt Zürich. Über die Bestätigung der persönlichen Verhältnisse, die Identifikation im In- und Ausland sowie die Beurkundung der familienrechtlichen Stellung wird die administrative Voraussetzung für die Bewegungsfreiheit der Menschen geschaffen.

Das Bestattungs- und Friedhofamt bürgt für würdevolle Bestattungen und Gräberbesorgungen und lässt die Hinterbliebenen und Trauernden den Umgang mit dem Todesfall als pietätvoll erleben.

Die Stimmregisterzentrale beglaubigt die Unterschriften der Stimmberechtigten, die eine Initiative oder ein Referendum unterzeichnet haben, und ist dafür verantwortlich, dass die Stimmrechtsausweise fristgerecht verpackt und verschickt werden.

4.4.2 Jahresschwerpunkte

Im Bevölkerungsamt ist im Jahr 2019 vieles sehr erfreulich gelaufen. Kleine Schritte bringen das Amt der Vision «Topleistungen für Züri» Stück für Stück näher. So wurden auch im letzten Jahr wieder neue Online-Services eingeführt und damit der Kundschaft die Behördengänge erleichtert. Immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner nutzen die Online-Services des Bevölkerungsamts, zum Beispiel die elektronische Umzugsmeldung und die elektronische Trautermin-Reservation. Damit das Bevölkerungsamt den Kundenbedürfnissen auch in Zukunft nachkommt, vollzieht es den digitalen Wandel proaktiv, in Kooperation mit anderen Akteuren. Mit der Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie setzt das Bevölkerungsamt ein wichtiges Zeichen, um für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein. Digitalisierung und Kundenorientierung schliessen sich nicht aus. In Ergänzung zum digitalen Angebot wird der persönliche Kundenkontakt – insbesondere für komplexe Beratungsgespräche und dort, wo aus gesetzlichen Gründen notwendig, – weiterhin wichtig sein und gepflegt.

Ganz im Sinne des Führungsgrundsatzes «Verschieden sind wir stark» hat sich das Kader des Bevölkerungsamts im Berichtsjahr mit dem Thema «Vielfalt» auseinandergesetzt. Das Thema kommt für das Amt nicht von ungefähr: Die Bevölkerung der Stadt Zürich wie auch die Mitarbeitenden im Bevölkerungsamt selbst sind vielfältig – und das in zunehmendem Masse. Im Jahr 2020 wird das Bevölkerungsamt weiter an diesem Thema arbeiten, um voneinander zu lernen und das Potenzial der Diversität proaktiv zu nutzen. Im Rahmen des Gleichstellungsplans 2019–2022 bekennt sich das Bevölkerungsamt weiterhin zur Förderung aller Geschlechter, ermöglicht Teilzeitarbeit auf allen Stufen und fördert Mitarbeitende unabhängig vom Geschlecht in den BVA-Berufsbildern. Und einmal mehr haben unsere Lernenden ihre Lehre erfolgreich abgeschlossen.

Im Sommer 2019 ging der langjährige Direktor des Bevölkerungsamts, Sergio Gut, in Pension. Seine Nachfolgerin, Sarah Keller, hat die Amtsleitung am 1. September angetreten.

Bestattungs- und Friedhofamt
Im Tages- und Kerngeschäft konnte das Amt seine Dienste wiederum zur Zufriedenheit der Bevölkerung anbieten. Die vielen positiven Rückmeldungen bestätigen, dass das Angebot richtig ausgerichtet ist. Damit dies weiterhin gewährleistet ist, werden die Kundenbedürfnisse laufend beobachtet und allfällige Anpassungen vorgenommen. So wurde dieses Jahr zum Beispiel neu eine Online-Terminreservation eingeführt: Angehörige können ihren Termin für die persönliche Bestattungsberatung via Website rund um die Uhr reservieren. Mit dem Online-Tool werden die Wartezeiten für die Angehörigen minimiert. Zusätzlich verkürzt sich das Beratungsgespräch aufgrund der bereits im Voraus erhaltenen Angaben zur verstorbenen Person.

Im Krematorium Nordheim wurde mit der Modernisierung der gesamten Einäscherungsanlage begonnen. Die Anlage wird auch ökologisch auf den neuesten Stand gebracht. Ein grösseres und komplexes Bauvorhaben, das einiges vom Projektteam und vom Betrieb abverlangt. Trotz der erschwerten Bedingungen konnten alle Kremationen wie geplant durchgeführt werden. Über 7200 Einäscherungen wurden für die Stadt Zürich und rund 60 umliegende Gemeinden ausgeführt. Etwa 9 von 10 Verstorbenen lassen sich kremieren. Die Wiederverwertung von metallischen Stoffen aus dem Kremationsprozess ist ein wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeit. Die Entnahme von Edelmetallen aus der Asche erfolgt nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Angehörigen. Seit der Einführung des Reglements über das Bestattungswesen und die Friedhöfe im September 2018 geben über zwei Drittel der Angehörigen in der Stadt Zürich ihr Einverständnis für die Entnahme der Edelmetalle.

Seit Jahren liegen Gemeinschaftsgräber im Trend: Über 40 % der Zürcher lassen sich mittlerweile im Gemeinschaftsgrab bestatten. Diesem Umstand wurde 2019 mit einem weiteren Gemeinschaftsgrab auf dem Friedhof Höngg Rechnung getragen. Auch dem Bedürfnis, Namensinschriften bei Gemeinschaftsgräbern anzubringen, wird fortlaufend mit einem erweiterten Angebot nachgekommen. Zudem wurden dieses Jahr drei weitere Themenmietgräber als Gemeinschaftsgräber – Birnenhain, Baumhain, Rebstock – realisiert.

Neues Gemeinschaftsgrab Friedhof Höngg. (Bild: Stadt Zürich)

Themenmietgrab Rebstock. (Bild: Stadt Zürich)

Erweiterung Muslimgrabfeld Friedhof Witikon. (Bild: Stadt Zürich)

Für pietätvolle Beisetzungen gemäss islamischer Begräbniskultur wurden die muslimischen Grabstätten im Friedhof Witikon um rund 320 Grabplätze erweitert. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, totgeborene oder kurz nach der Geburt verstorbene Kinder muslimischen Glaubens im Gemeinschaftsgrab für die ganz Kleinen beizusetzen.

Auch in diesem Jahr organisierte das Amt wieder zahlreiche Führungen, Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen auf Friedhöfen. Erwachsene, Jugendliche, Kinder und auch Gäste aus dem Ausland schätzten das vielseitige Angebot. Die Ausstellung «Die letzte Ordnung. Tote hinterlassen Dinge» lockte sehr viele Besucherinnen und Besucher in das Friedhof Forum.

Personenmeldeamt

Im Rahmen des Projekts «Konzentration der Kräfte» wurde das Kreisbüro 12 (Schwamendingen) erfolgreich ins zentral gelegene Kreisbüro 11 beim Bahnhof Oerlikon integriert. Die ursprünglich zwölf Kreisbüros werden bis 2024 schrittweise zu den drei regionalen Standorten City, Zürich-Nord und Zürich-West zusammengefasst. Während der erweiterten Öffnungszeiten des Stadtbüros im Stadthaus am Samstagvormittag wurden 1320 Dienstleistungen erbracht. So konnten Einwohnerinnen und Einwohner aus der ganzen Stadt bequem ihr Meldeverhältnis regeln, eine Identitätskarte bestellen oder einen Ausweis verlängern.

Mit dem E-Umzug haben sich im Berichtsjahr 4883 Personen, die nach Zürich zugezogen sind, via Internet angemeldet. Zudem wurden über 20 393 Wohnungswechsel innerhalb der Stadt Zürich online gemeldet; dies entspricht rund 45 % aller innerstädtischen Umzüge. Mitte Juni wurde eine weitere elektronische Dienstleistung für die Verlängerung des Wochenaufenthalts in Betrieb genommen. Die E-Verlängerung eines Wochenaufenthalts richtet sich ausschliesslich an Studierende, die von dieser Möglichkeit bereits 455 Mal Gebrauch machten.

Auf Ende Jahr hat das Bundesamt für Statistik die Plattform für elektronische Ein- und Auszugsmeldungen von Logisgebenden eingestellt. Der Kanton Zürich hat mit fachlicher Unterstützung des Bevölkerungsamts ein neues Portal aufgebaut, das auch von anderen Kantonen genutzt werden kann. Zu grossem Aufwand haben die Wirren zur Rechnungsstellung für die Radio- und Fernsehabgabe durch die Erhebungsstelle Serafe geführt. Da die Ermittlung der Rechnungsempfängerinnen und -empfänger bei der Erhebungsstelle aufgrund ungeeigneter Grunddaten erfolgt, ergibt sich für die Einwohnerdienste in der ganzen Schweiz ein zusätzlicher Aufwand bei der Verifizierung der Rechnungsempfängerinnen und -empfänger.

Zivilstandsamt

Am 25. September 2019 hat der Stadtrat die Erweiterung des Angebots der Traulokale gutgeheissen. Diese wurde auch von der kantonalen Aufsichtsbehörde bestätigt. Ab 1. April 2020 können Paare zusätzlich zu den bereits bestehenden Traulokalen neu auch im Hotel Widder, über den Dächern von Zürich im Restaurant Clouds (Prime Tower), in den ehemaligen Fabrikhallen des Papiersaals, unter den Viaduktbögen sowie im Dolder Grand heiraten und sich eintragen lassen. Kurz nach Aufschaltung der Online-Termine gingen bereits die ersten Buchungen ein.

Eine weitere Neuerung, an der das Zivilstandsamt 2019 gearbeitet hat, betrifft das Wegfallen der 10-tägigen Wartefrist beim Trauen: Ab 1. Januar 2020 können Eheschliessungen gemäss nationaler Gesetzgebung direkt nach positivem Abschluss des Ehevorbereitungsverfahrens erfolgen. Wie sich diese gesetzliche Änderung auf das Verhalten der Kundschaft auswirken wird, wird zeitnah analysiert. Das Trauangebot wird gegebenenfalls angepasst, um die Kundenzufriedenheit auch weiterhin hochzuhalten.

Apropos Kundenzufriedenheit: In den vergangenen zwölf Monaten wurde die SMS-Befragung zum Trauen wieder rege genutzt; dem Zivilstandsamt wurde von den Traupaaren ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Die Paare schätzen das Zivilstandsamt, die individuellen Trauungen und die wunderschöne Atmosphäre im Trauzimmer oder in den Aussenlokalen. Auch über den Instagram-Account des Zivilstandsamt gehen viele positive Rückmeldungen ein. Der Account ist sehr beliebt

und zählte im Berichtsjahr bereits mehr als 800 Followerinnen und Follower.

Auch 2019 konnten wieder diverse Schnittstellenpartner einen Einblick ins Zivilstandswesen gewinnen. So waren beispielsweise Vertreterinnen und Vertreter der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gemeindeamts des Kantons Zürich sowie des Eidgenössischen Amts für das Zivilstandswesen vor Ort und haben hinter die Kulissen des Zivilstandsamts Zürich geschaut. Und auch 2019 haben wiederum drei Mitarbeiterinnen des Zivilstandsamts die Prüfung im Zivilstandswesen mit eidgenössischem Fachausweis erfolgreich bestanden.

Stimmregisterzentrale
Die Führung des kantonalen Auslandschweizerregisters klappt bestens. Die Stadt beliefert im Namen des ganzen Kantons Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer mit Wahlmaterial, nimmt Anmeldungen vor, pflegt Mutationen und Löschungen und wird für diese Leistungen vom Kanton entschädigt.

Für die sechs Urnengänge in der Stadt Zürich und die vier Urnengänge für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer wurden insgesamt rund 1,5 Millionen Stimm- und Wahlunterlagen verpackt und versandt. Mehr als 230 000 Stimmberechtigte in der Stadt und 29 000 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in 180 Ländern werden jeweils bedient. Bei der brieflichen Stimmabgabe wurden pro Urnengang durchschnittlich 77 400 Abstimmungskuverts manuell auf die zwölf Stadtkreise verteilt und an die neun Wahlkreise zur Auszählung weitergeleitet. Die Stimmregisterzentrale hat über 118 000 Unterschriften aus Initiativen und Referenden fristgerecht beglaubigt sowie die Wahlvorschläge für die Kantonsrats-, National- und Ständeratswahlen geprüft.

4.4.3 Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Zuzüge natürlicher Personen	44 257	43 730	44 892	44 265	44 152
Umzüge natürlicher Personen	44 918	44 879	47 226	46 614	45 571
Wegzüge natürlicher Personen	41 142	41 087	39 937	40 956	41 814
Auszüge aus dem Personenregister	47 022	45 539	52 218	49 805	50 064
E-Government-Transaktionen	139 570	150 411	149 707	156 005	159 742
Anträge für Pässe und Identitätskarten	13 545	13 204	12 282	11 413	11 464
Beurkundungen in den Zivilstandsregistern	36 809	34 286	36 700	36 890	36 552
Ausgefertigte Dokumente aus den Registern	54 645	56 398	50 970	49 560	50 385
Bestattungen in Zürich von Einwohnenden	3 408	3 162	3 305	3 196	3 177
Einäscherungen (inkl. umliegender Gemeinden)	7 046	6 462	7 313	6 644	7 293
Vereinbarungen über Bestattungswünsche	18 071	18 601	19 176	19 612	5 485[1]
Gräber- und Nischenbestand	45 376	43 743	42 846	41 455	39 627
Abgabe neuer Mietgräber	206	243	215	242	169
Beisetzungen in Gemeinschaftsgräbern	1 323	1 214	1 299	1 310	1 270

[1] Ab 2019 werden nur noch die effektiv gültigen, beim Bevölkerungsamt hinterlegten Bestattungswünsche ausgewiesen.

4.5 Statistik Stadt Zürich

4.5.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Statistik Stadt Zürich erfüllt insbesondere folgende Aufgaben:

- Vorbereitung, Durchführung und Analyse von Erhebungen
- Versorgung der Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit mit statistischen Informationen (Medienmitteilungen, Analysen, Jahresberichte)
- Führung und Weiterentwicklung des städtischen Data-Warehouse
- Führung und Weiterentwicklung des Gebäude- und Wohnungsregisters der Stadt Zürich
- Erteilung von Auskünften, Ausführung kundenbezogener Spezialauswertungen und Erbringung von Dienstleistungen für andere Dienststellen und -abteilungen, für kantonale und eidgenössische Stellen sowie für Dritte
- Wahrnehmung der Interessen und Verpflichtungen der Stadt Zürich gegenüber eidgenössischen und regionalen Stellen sowie gegenüber Fachgremien für die Belange der Statistik
- Koordination der Tätigkeiten der Statistik innerhalb der Stadtverwaltung
- Koordination der Tätigkeiten im Bereich offene Verwaltungsdaten innerhalb der Stadtverwaltung

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Auch im Berichtsjahr definierte das Tagesgeschäft massgeblich die Tätigkeit der Mitarbeitenden. Dazu gehört das Beantworten von Kundenanfragen, die Bereitstellung und Pflege statistischer Daten zwecks stadtinterner und externer Nutzung sowie die Analysetätigkeit in den Kernthemen Bevölkerung, Wirtschaft sowie Bauen und Wohnen.

Die Pensionierung des stv. Dienstchefs und die frühzeitige Pensionierung der Dienstchefin prägten massgeblich die Tätigkeit der Geschäftsleitung. Die Leitung der Dienstabteilung übernahm Michael Grüebler als 1. stv. Dienstchef a. i. und Mauro Baster als 2. stv. Dienstchef a. i.

Angebot
Die Bedürfnisse der Kundschaft von Statistik Stadt Zürich sind in stetigem Wandel. Dazu gehört auch der immer lauter werdende Wunsch nach kleinräumigen Informationen. Aus diesem Grund wurde im Berichtsjahr die Überarbeitung der Publikationsreihe «Quartierspiegel» gestartet. Die bisherige Printausgabe von 2015 soll durch ein digitales Angebot im Web ergänzt werden. Erste Tabellen wurden Ende 2019 veröffentlicht, weitere folgen laufend. Das neue digitale Angebot ermöglicht eine zielgerichtete Überarbeitung der druckbaren Ausgabe für 2020: Diese soll kompakter, fokussierter und damit stärker auf die Bedürfnisse unserer Kundschaft ausgerichtet sein. Die beiden Produkte – das Web-Angebot und die überarbeitete Printausgabe – erfüllen unterschiedliche Bedürfnisse: den Wunsch nach digitalen Daten zur Weiterverarbeitung einerseits, nach einem attraktiven Printprodukt mit Überblickscharakter für ein breites Publikum andererseits. Um die Daten im Web und Print schnell und ressourcenschonend aktualisieren zu können, wird die Produktion durch Automatisierung unterstützt.

Der für 2018 geplante Ersatz des Statistischen Jahrbuchs durch ein neues Informationsportal konnte im Vorjahr nicht planmässig abgeschlossen werden. Deshalb wurde im Berichtsjahr das digitale Angebot an statistischen Informationen in bisheriger Form weiter ausgebaut und der Kundschaft zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig erfolgten eine Auslegeordnung und Analyse der Projektabhängigkeiten. Dies ermöglicht einen auch aus technischer Sicht nachhaltigen Start von Massnahmen zur Umsetzung eines neuen Informationsportals.

Mit Hochdruck wurde im Berichtsjahr an den Arbeitsplatzszenarien gearbeitet. Diese werden dem Stadtrat voraussichtlich im 1. Halbjahr 2020 präsentiert. Ebenso wurde die Mietpreisstrukturerhebung weitergeführt. Diese schafft eine Datengrundlage zum Vergleich von Mietpreisen innerhalb der Stadt Zürich. Der Kernfokus war im Berichtsjahr die Akquise von Datenlieferanten sowie die Weiterentwicklung der Berechnungsmethodik. Beide Tätigkeiten werden die Dienstabteilung auch 2020 noch beschäftigen.

Dienstleistungen
Zum ersten Mal wurde die städtische Bevölkerungsbefragung als Kooperation zusammen mit der Stadtentwicklung Zürich durchgeführt. Die eigentliche Befragung in sieben Sprachen – online und auf Papier – sowie die Auswertungen wurden im Berichtsjahr durchgeführt. Die Veröffentlichung der Ergebnisse – unter anderem im Rahmen einer Medienkonferenz – erfolgte gemeinsam mit der Abteilung Stadtentwicklung.

Auch im Berichtsjahr wurden für Genossenschaften wieder «Siedlungsberichte» erstellt. Diese auf einzelne Siedlungen zugeschnittenen Berichte fassen eine Fülle von Informationen zur jeweiligen Wohnbevölkerung zusammen. Diese Tätigkeiten stehen jährlich an und werden durch Automation unterstützt. Im Gegenzug erhält Statistik Stadt Zürich von den Genossenschaften Mietpreisangaben.

Ein Auftrag von Statistik Stadt Zürich ist die Koordination von Statistikakteurinnen und -akteuren innerhalb der Stadtverwaltung. Um die Vernetzung dieser Akteure zu fördern, wurde der erste «StaDtistik»-Anlass durchgeführt. Über 90 Teilnehmende erhielten an neun Marktständen Einblick in statistiklastige Projekte anderer Dienstabteilungen. Dabei standen der Austausch und die Nutzung von Synergien im Vordergrund. Die Veranstaltung stiess auf durchwegs positive Resonanz. Das Format wird deshalb weitergeführt.

Infrastruktur
Das Gebäude- und Wohnungsregister der Stadt Zürich (GWZ) dient als Datenbasis für Statistik, Forschung und Planung sowie zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben. Über die Jahre haben sich die Anforderungen an dieses System geändert, auch seitens des Bundesamts für Statistik. Deshalb wurde bereits 2018 mit den Vorarbeiten für eine Ablösung – GWZ 2.0 – begonnen. Im Berichtsjahr wurde diese Ablösung durch den Stadtrat bewilligt. Die Detailspezifikation konnte grösstenteils im Berichtsjahr erarbeitet und die Vergabe abgeschlossen

werden. Die Arbeiten verlaufen planmässig und versprechen nebst Erfüllung der geänderten Anforderungen auch eine Reduktion der Betriebskosten sowie einen besseren Service für die Nutzerinnen und Nutzer.

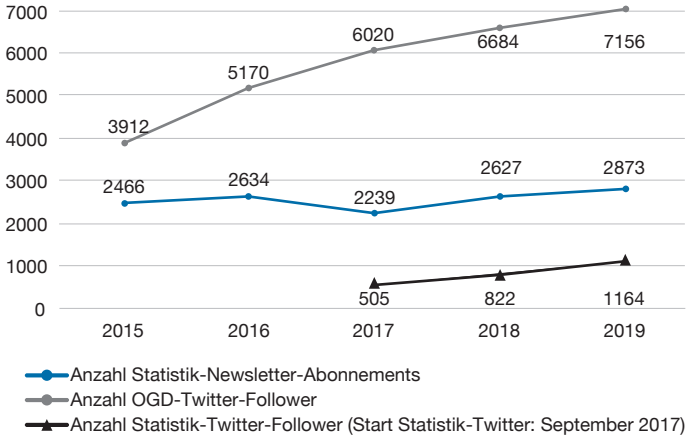
Bedingt durch das Ende des Lebenszyklus von Windows Server 2008 musste auch Statistik Stadt Zürich ihre Server bis zum Ende des Berichtsjahres auf Windows Server 2016 migrieren. Dabei wurde ein Teil der Server, die nicht mehr benötigt wurden, ordnungsgemäss ausser Betrieb genommen. Die Migration der restlichen Server erfolgte dank sorgfältiger Planung ohne Komplikationen und termingerecht.

Der Open-Data-Katalog der Stadt Zürich erhielt ebenfalls ein Update: Die angepasste Benutzeroberfläche verbessert den Zugriff über mobile Geräte. Da viele Kundinnen und Kunden mit mobilen Geräten auf den Katalog zugreifen, wird diese Änderung sehr geschätzt. Die wohl grösste Neuerung ist aber die verbesserte Suchfunktion: Sie findet jetzt auch Teilbegriffe und sucht in allen verfügbaren Metadaten. Das Auffinden gesuchter Datensätze wird dadurch deutlich vereinfacht.

4.5.3 Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Medienmitteilungen	26	31	35	24	17
Anzahl Statistik-Newsletter-Abonnements	2466	2634	2239	2627	2873
Anzahl Datensätze im OGD-Portal	251	289	337	356	534
Anzahl OGD-Twitter-Follower	3912	5170	6020	6684	7156
Anzahl Twitter-Follower (Start: September 2017)	–	–	505	822	1164

Statistik-Abonnements und Twitter-Follower



4.6 Stadtarchiv

4.6.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Stadtarchiv erfüllt insbesondere folgende Aufgaben:

– Übernahme, Bewertung, Erschliessung, dauerhafte Erhaltung und Vermittlung archivwürdiger Unterlagen der städtischen Organe sowie von privater Herkunft
– Beratung der städtischen Organe bei Umsetzung und Betrieb des Records Management
– Erteilung von Auskunft über das Archivgut sowie dessen Zugänglichkeit an Amtsstellen und Private
– Dokumentation der Geschichte der Stadt Zürich
– Führung der öffentlichen Turicensia-Bibliothek
– Betrieb eines öffentlich zugänglichen Lesesaals

4.6.2 Jahresschwerpunkte

Die Schwerpunkte des Stadtarchivs im Jahr 2019 lagen wiederum auf dem archivischen Kerngeschäft der Beratung, Übernahme, Erschliessung und Vermittlung von Akten sowohl im analogen als auch in dem sich im Aufbau befindlichen digitalen Bereich. Der Aufbau des digitalen Archivs als organisatorische und technische Transformation im Stadtarchiv ist auch im Rahmen des städtischen Strategie-Schwerpunkts «Digitale Stadt» bzw. der «Strategie Smart City Zürich» zu sehen.

Die Bearbeitung von Akteneinsichtsgesuchen, insbesondere derjenigen der Betroffenen von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen oder Fremdplatzierungen vor 1981, aber auch von Personen, die ihre Familiengeschichte erforschen möchten, sowie von Mitarbeitenden an Forschungsprojekten, war auch 2019 ein wichtiger Teil der Arbeit des Stadtarchiv-Teams.

Vorarchiv / Aktenübernahmen
Im Berichtsjahr wurden rund 264 Laufmeter Akten aus der Stadtverwaltung und 132 Laufmeter von privater Seite übernommen.

Die grösste Ablieferung mit einem Umfang von rund 34 Laufmetern wurde vom Schulpsychologischen Dienst der Schulgesundheitsdienste übernommen. Weitere umfangreiche Ablieferungen stammten von den Departementssekretariaten des Finanz-, Sicherheits- und Sozialdepartements (jeweils rund 26 Laufmeter). In digitaler Form wurden wiederum Ablieferungspakete aus dem Polizei-Informationssystem POLIS sowie von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) übernommen.

Von den 2019 abgelieferten 132 Laufmetern Akten der Spezial- und Kulturarchive betrafen allein 120 Laufmeter das Archiv der Firma Jelmoli AG Zürich. 1833 gründete Johann Peter Jelmoli ein Unternehmen und Versandgeschäft für günstige Kleiderwaren, das 1896 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. 1899 eröffnete Franz Jelmoli, letzter Firmenchef aus der Familie, mit den Grands Magasins Jelmoli S.A. in der Zürcher Altstadt das erste Warenhaus in der Schweiz. Jelmoli expandierte zum grössten nationalen Warenhausunternehmen. Ab Ende der 1980er-Jahre begann der Umbau. Das Filialnetz wurde gestrafft, das Warenhausgeschäft auf das Stammhaus in Zürich konzentriert. 1995 wurden die Grand Magasins Jelmoli zur Jelmoli Holding, die 2009 an die Swiss Prime Site überging.

Lieferautos vor dem Warenhaus Jelmoli, 1921. (Bild: Stadtarchiv Zürich)

Records Management
Das Kompetenzzentrum Records Management führte im Berichtsjahr wiederum zahlreiche Beratungen in Dienstabteilungen und Departementen durch. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der Prüfung und Abnahme von Ordnungssystemen und Organisationsvorschriften.

Über den Stand der Umsetzung der Records Management Policy wurde der Gesamtstadtrat im Februar im Rahmen einer Stadtratssitzung informiert. Die Berichterstattung umfasste den in einer stadtweiten Umfrage erhobenen Ist-Zustand sowie eine darauf beruhende Prognose über die fristgerechte Umsetzung von Records Management in der Stadtverwaltung.

Ende 2019 wurde erneut eine Umfrage bei den Verwaltungseinheiten lanciert, um den aktuellen Stand der Umsetzung von Records Management zu eruieren. Die Ergebnisse werden dem Stadtrat im kommenden Jahr in schriftlicher Form präsentiert.

Gemeinsam mit Organisation und Informatik der Stadt Zürich (OIZ) wurde die 10. Tagung zum Thema Records und Enterprise Content Management veranstaltet. An dieser wurden die neue Version der Richtlinie Metadaten sowie die stadtweit standardisierte Lösung zur Dossierverwaltung «G-Dossier 1.0» vorgestellt, zudem das neue Schulungsangebot für Records-Management-Verantwortliche, das ab 2020 gebucht werden kann. Die Tagung wurde von rund 50 Personen aus der Stadtverwaltung besucht.

Im Fachintranet RM / ECM wurden neu Fragen und Antworten zum Thema Führung digitaler Unterlagen publiziert. Akten werden zunehmend in digitaler Form geführt. Damit sind neue Herausforderungen für die Verwaltungseinheiten verbunden. Es gilt, rechtliche Fragen zu beantworten sowie Aspekte der Wirtschaftlichkeit und der Risikobeurteilung zu berücksichtigen. Die Hilfestellung im Fachintranet soll es den Verwaltungseinheiten und den zuständigen Rechtsdiensten ermöglichen, konkret zu entscheiden, ob und in welchem Ausmass Unterlagen ausschliesslich digital geführt werden oder ob aus Gründen der Beweiskraft nach wie vor analoge Dokumente erforderlich sind.

Archivierungen
In der Aktenerschliessung wurde die Bearbeitung der 2018 abgelieferten Zivilstandsregister der Stadt Zürich abgeschlossen (35 Laufmeter). Damit kann das Stadtarchiv Interessierten künftig im Rahmen der gesetzlichen Schutzfrist Auskunft aus den archivierten Geburts-, Ehe- und Todesregistern erteilen.

Zu den weiteren im Berichtsjahr zu erwähnenden Archivierungsarbeiten von Unterlagen aus der Stadtverwaltung zählt die Verzeichnung von Akten der Stadtkanzlei (11 Laufmeter), des Departementssekretariats des Finanzdepartements (26 Laufmeter), der ehemaligen Einwohner- und Fremdenkontrolle (6 Laufmeter), der Direktion des Tiefbauamts (8 Laufmeter) und des Laufbahnzentrums (41 Laufmeter). Demnächst abgeschlossen ist die seit Längerem laufende Archivierung der Akten der Zentralen Verwaltung des Sozialdepartements (150 Laufmeter). Eine Serie Akten der ehemaligen Töchterschule der Stadt Zürich ist noch in Bearbeitung (12 Laufmeter). Weitergeführt wurde zudem die Bewertung von schon seit Längerem im Stadtarchiv vorhandenen Akten, unter anderem von Archivbeständen des Finanz-, des Hochbau- und des Sozialdepartments.

Die automatisierte Übernahme aufbereiteter und kontrollierter elektronischer Abgabeverzeichnisse von Verwaltungseinheiten der Stadt Zürich in die Archivdatenbank wurde fortgesetzt. Dies betraf etwa Aktenserien des Departementssekretariats der Industriellen Betriebe (18 Laufmeter), der Schulgesundheitsdienste (34 Laufmeter) und der Kindes- und Erwachsenenbehörde KESB (117 Laufmeter).

Unter den Spezial- und Kulturarchiven wurde die kürzlich eingegangene erste Ablieferung des Archivs des Cabaret Voltaire abgeschlossen (12 Laufmeter). Das Haus an der Spiegelgasse 1 im Zürcher Niederdorf ist massgebend für den vor über 100 Jahren entstandenen Dadaismus. 2004 wurde dort ein von der Stadt subventioniertes Kulturhaus eingerichtet.

Weit fortgeschritten ist die Archivierung der Akten der Zoo Zürich AG (27 Laufmeter). Der 1929 in Zürich-Fluntern eröffnete Zoo ist ein beliebtes Ausflugsziel. So hatte er 2018 rund 1,3 Millionen Besucherinnen und Besucher. Die Tiergarten-Gesellschaft als offizieller Förderverein zählt allein rund 40 000 Mitglieder.

Die Digitalisierung der Bürgerbücher der Stadt Zürich wird voraussichtlich bis Ende 2020 zu Ende gebracht. Von den gescannten über 200 Pfarrbüchern sind gegenwärtig etwa zwei Drittel als E-Paper vorhanden. Die Digitalisate dieser für die Familienforschung wichtigen Quellen werden später online aufgeschaltet und damit der Öffentlichkeit direkt zugänglich gemacht.

Digitalisierungsprojekte
Digitalisierungen bzw. Retro-Digitalisierungen dienen dem Stadtarchiv zur Sicherung, effizienteren Auffindbarkeit und breiteren, zeit- und ortsunabhängigen Vermittlung von Inhalten.

Gemeinsam mit der Stadtkanzlei hat das Stadtarchiv im Berichtsjahr am Projekt der Digitalisierung der Geschäftsberichte des Stadtrats weitergearbeitet. Ziel des seit 2018 laufenden Projekts ist es, die physischen Berichte von 1859 bis 1997 zu digitalisieren, sie mit den bereits digital vorhandenen Geschäftsberichten ab 1998 zusammenzuführen und diese dann sowohl der Stadtverwaltung als auch dem interessierten Publikum digital und durchsuchbar zur Verfügung zu stellen. Die technische Umsetzung der Schnittstelle zum Archivinformationssystem wurde in Zusammenarbeit mit der OIZ im 4. Quartal gestartet, sodass die Veröffentlichung der Geschäftsberichte im ersten Halbjahr 2020 erfolgen kann.

Ein zweites grösseres Projekt betraf die Digitalisierung von über 30 000 Registerkarten des Jugendamts, die als Findmittel Zugang zu den Fallakten ermöglichen. Um die Aktensuche zu vereinfachen, beschloss das Stadtarchiv, die Karten in sein Archivinformationssystem einzuarbeiten. Da die Menge der zu analysierenden Registerkarten aber zu gross war, um sie manuell in die Archivdatenbank einzugeben, suchte das Stadtarchiv nach einer Lösung zur automatisierten Informationsextraktion. Zusammen mit dem ETH-Start-up Turicode wurden die gescannten Karteikarten mit einer Texterkennungs-Software mittels Machine Learning verarbeitet, sodass die dort vorhandenen Informationen strukturiert ins Archivinformationssystem integriert werden können. Damit kann das Stadtarchiv die Effizienz und Genauigkeit der Suchabfragen erhöhen und gleichzeitig Zeit und Ressourcen sparen.

Archivinformatik
Für den bestehenden Online-Archivkatalog (Query) des Stadtarchivs hat der Softwareanbieter des Archivinformationssystems das Nachfolgeprodukt scopeXplore auf den Markt gebracht. Das Stadtarchiv hat im ersten Quartal 2019 die Funktionalität dieser Lösung in einer Testinstallation geprüft. ScopeXplore tritt neu im Responsive Webdesign in Erscheinung und ist mit verbesserten Such- und Ansichtsmöglichkeiten ausgestattet. Ein besonderer Fokus liegt dabei in der Darstellung von digitalen, vorwiegend audiovisuellen Archivalien. Es hat sich nach intensiven Tests aber herausgestellt, dass scopeXplore in der Version 1.0 für das Stadtarchiv nicht zureichend ausgereift ist und das heutige Query zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ablösen kann. Rückmeldungen an den Software-Anbieter wurden in neueren Versionen des Tools berücksichtigt, sodass ein späterer Einsatz nicht auszuschliessen ist.

In zwei gemeinsamen Sitzungen mit den Internetdiensten der Stadt Zürich, der OIZ und der von den grössten Schweizer Archiven gegründeten Koordinationsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen (KOST) wurden Möglichkeiten zur Archivierung von digitalen Publikationen diskutiert. In einem ersten Schritt hat man sich darauf geeinigt, einen Weg zu finden, wie man die strukturierten Publikationen, die auf der Website der Stadt Zürich als «Publikationen und Broschüren» gekennzeichnet sind, an das Stadtarchiv abliefern kann. Dazu wurden in zwei Workshops mit der OIZ erste Wege skizziert, wie ein automatisierter Export der Informationen aus dem städtischen Content-Management-System (CMS) erfolgen kann, sodass in einem zweiten Schritt ein Submission Information Package (SIP) für das digitale Langzeitarchiv des Stadtarchivs erstellt werden kann. Diese Arbeit soll 2020 weitergeführt und erste Tests sollen im kommenden Jahr ausgeführt werden können.

Die Entwicklung einer Ablieferungsschnittstelle vom städtischen Records-Management-System ELOenterprise (ELO) an das Stadtarchiv wurde in einem gemeinsamen Vorhaben

zwischen Stadtarchiv und OIZ angegangen. Es wurden zahlreiche Workshops mit der OIZ und unter Einbezug externer Beratungsunternehmen («docuteam», KOST) durchgeführt, in denen die fachlichen Anforderungen diskutiert wurden. In der zweiten Hälfte 2019 wurde ein Projektmanagementplan erarbeitet mit dem Ziel, ein gemeinsames Verständnis der Ausgangslage und des Umfangs sowie des Vorgehens zu entwickeln. Daraus hervorgegangen ist die Erkenntnis, dass es sich nicht um eine Schnittstelle rein technischer Art handelt, sondern dass die «Digitale Ablieferung» als Gesamtprozess berücksichtigt werden muss. Dieser erweiterte Blickwinkel führt zu einer grösseren Komplexität des Vorhabens und damit verbunden zu einer längeren Laufzeit. Die Weiterentwicklung dieses Projekts wird das Stadtarchiv in den nächsten Jahren stark beschäftigen.

Die Zusammenarbeit mit der 2018 gegründeten Arbeitsgruppe scopeOAIS, die sich mit Prozessen, Datenmodellen und konkreten Anwendungsfragen der digitalen Archivierung beschäftigt, wurde weiter gefördert. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind neben dem Stadtarchiv Zürich sechs Schweizer Staatsarchive sowie ein Vertreter der bereits erwähnten KOST. Die zwei zentralen Themen der Gruppe sind einerseits der Prozess der Ablieferung von digitalen Dossiers an das zuständige Archiv und andererseits der Zugang zu archivierten Daten über einen digitalen Lesesaal. Darüber hinaus will die Arbeitsgruppe ein Forum für weitere Fragen aus der Systemanwendung bieten und eine einheitliche Implementierung gegenüber Software-Anbietern fördern.

Das für die elektronische Archivierung wichtige Teilprojekt des Aufbaus eines digitalen Archivmagazins konnte mit der offiziellen Freigabe der Lösung seitens der Datenschutzstelle im Januar 2019 nun auch formell abgeschlossen werden. In der zurzeit im Stadtarchiv genutzten Version des Archivinformationssystems (scopeArchiv 5.2) ist der von der oben genannten Arbeitsgruppe entwickelte und veröffentlichte Standard noch nicht implementiert. Dies wird erst mit der Version 5.3 möglich. Aus Kapazitätsgründen ist diese Migration für die erste Jahreshälfte 2020 geplant.

Fach-IT
Das Records-Management-System ELO konnte termingerecht auf die Version 11 migriert werden. Die Umstellung verlief weitgehend problemlos.

Sämtliche Arbeitsplätze des Stadtarchivs wurden 2019 gemäss geplantem Software-Lifecycle auf SIBAP 3 (Windows 10) migriert. Bei dieser Gelegenheit wurde die eingesetzte Hardware an sämtlichen Arbeitsplätzen grundsätzlich überprüft und bei Bedarf optimiert (z. B. Austausch Desktop-PC mit Notebook). Im Zuge der Migration wurde zudem die zusätzlich installierte Software auf allen Geräten bereinigt (Kostenoptimierung).

Für den städtischen Kreditoren-Workflow wurden im ELO des Stadtarchivs die entsprechenden Anpassungen vorgenommen sowie die organisatorischen Prozesse analog zur digitalen Abwicklung umgesetzt. Der Rechnungseingang im Stadtarchiv kann somit seit Oktober 2019 über den städtischen Kreditoren-Workflow SKWF bearbeitet werden.

Zudem war die Fach-IT des Stadtarchivs während des gesamten Jahres massgeblich an verschiedenen Digitalisierungs-Projekten beteiligt. Insbesondere bei der Digitalisierung der Geschäftsberichte des Stadtrats in Zusammenarbeit mit der Stadtkanzlei, der Digitalisierung der Registerkarten des Jugendamts und der Digitalisierung der Pfarr- und Bürgerbücher.

Raumbewirtschaftung
Im Aussenlager St. Antonius muss im 5. Untergeschoss eine defekte Kompaktusanlage ersetzt werden. Zudem wird im 6. Untergeschoss eine über 30 Jahre alte Kompaktusanlage und die restlichen noch verbleibenden Palettengestelle abgebaut und durch eine neue und grössere Kompaktusanlage ersetzt. Die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten fanden im dritten Quartal 2019 statt. Im Dezember des Berichtsjahres starteten die Arbeiten und werden Ende des ersten Quartals 2020 beendet sein. Damit sind nun sämtliche Räume im Aussenlager St. Antonius vollständig mit Kompaktusanlagen ausgestattet.

Vermittlung und Öffentlichkeitsarbeit
Die Eingabefrist für den Solidaritätsbeitrag für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 lief Ende März 2018 ab. Im Berichtsjahr nahm die Zahl der Gesuche von Betroffenen von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen deshalb ab. Weil aber in Politik und Öffentlichkeit von einer Verlängerung der Frist ausgegangen wird, erreichten das Stadtarchiv weiterhin zahlreiche Einsichtsgesuche von Betroffenen. Den grössten Teil der Anfragen erhielt das Stadtarchiv wie im Vorjahr über die kantonalen Anlaufstellen, insbesondere über das Staatsarchiv Zürich.

Noch stärker als im Vorjahr führte die mediale Berichterstattung und die wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas dazu, dass Personen, die in späteren Jahren von behördlichen Massnahmen betroffen waren, die Möglichkeit nutzten, ihre Akten im Lesesaal des Stadtarchivs einzusehen. Da es sich bei den Sozialakten um äusserst heikle Personendaten handelt, mussten sowohl die Gesuche als auch die gefundenen Unterlagen sorgfältig auf datenschutzrechtliche Bestimmungen hin überprüft werden. Aufgrund der neuen, verbesserten Informationslage bezüglich fürsorgerischer Massnahmen stieg zudem die Komplexität der Anfragen; so hatten die Einsichtsnehmenden oft Rückfragen, die weitere Recherchen bedingten.

Aufgrund der Revision des Adoptionsgesetzes wurden im Laufe des Berichtsjahres in allen Kantonen zum Zweck der Herkunftssuche von adoptierten Kindern sowie von leiblichen Eltern, Geschwistern und Halbgeschwistern adoptierter Kinder sogenannte «Zentralbehörden Adoption» eingerichtet. Die für die Herkunftssuche relevanten Unterlagen zur Adoption finden sich in den Akten der Stadtzürcher Sozialbehörden, insbesondere in den Akten der Vormundschaftsbehörde der Stadt Zürich. Dieser Umstand führte zu einem weiteren Anstieg der Einsichtsgesuche in die im Stadtarchiv aufbewahrten Sozialakten.

War das Stadtarchiv schon immer ein wichtiger Ort für soziale Studien im Bereich fürsorgerische Massnahmen, hat sich das Forschungsinteresse in diesem Jahr im Rahmen des nationalen Forschungsprogrammes «Fürsorge und Zwang – Geschichte, Gegenwart, Zukunft» noch verstärkt. Diese Forschungsprojekte bedurften teilweise einer sehr intensiven Betreuung.

Insofern hat sich die Prognose des Stadtarchivs, dass sich die Einsichtsgesuche auf einem deutlich höheren Niveau als vor der Einführung des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung

der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) im Jahr 2016 einpendeln würde, bisher bewahrheitet.

Die Zahl der zu bearbeitenden Anfragen um Akteneinsicht ist dementsprechend auch 2019 hoch geblieben. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 156 Gesuche behandelt (2016: 120, 2017: 241, 2018: 266).

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurde am 20. Februar 2019 die eigene Ausstellung des Stadtarchivs über den fotografischen Nachlass von Emil Acklin mit einer kleinen Finissage beendet. Die am 3. Oktober 2018 eröffnete Ausstellung fand in den Räumlichkeiten am Neumarkt 4 statt und wurde sehr zahlreich besucht. Die ebenfalls dem fotografischen Werk Emil Acklins gewidmete Nummer der Zeitschrift «arché» wurde wegen des grossen Interesses zweimal nachgedruckt.

Auch in diesem Berichtsjahr unterstützte das Stadtarchiv zahlreiche Ausstellungen mit Leihgaben, digitalisierten Originaldokumenten, Beratungen und Recherchen. Hervorzuheben ist dabei die erfolgreiche Ausstellung «Papagena und andere schräge Vögel» des winzigen, aber feinen Musée Visionnaire am Predigerplatz. Eine wichtige Rolle darin spielte das Zürcher Original Walter Baumann – genannt Walbaum –, Dichter, Sänger, Maler, Bäcker und Schauspieler und vor allem Lebenskünstler. Er war berühmt für seine Auftritte, wo er spontan Verse schmiedete – ein Slam-Poet vor seiner Zeit:

Myn Name-n-isch Buume.
Ich weiss was ich will; …
Ich chume vo Züri.
Vilicht will' i zvill …

Sein Nachlass wird im Stadtarchiv Zürich aufbewahrt. Daraus zeigte das Musée Visionnaire zahlreiche Bilder, Gedichte und Zeichnungen, die dann auch als passende Merchandise-Artikel wie Bierdeckel und Occasions-Geschirr rasenden Absatz fanden.

Walter Baumann alias Walbaum auf seiner Vespa im Niederdorf. (Bild: Stadtarchiv Zürich)

Dem Zentrum für Architektur an der Höschgasse 3 in Zürich stellte das Stadtarchiv Zürich für die Ausstellung «Nach Zürich. Kontroversen zur Stadt – ein Anarchiv» (4. April bis 25. August 2019) im Museum Bellerive diverse Pläne zur Verfügung. Die Ausstellung beleuchtete die Meilensteine der Stadtentwicklung: die Anlage der Parks am See unter der Leitung von Arnold Bürkli, der genossenschaftliche Wohnungsbau des Roten Zürich, die Modernisierung der Nachkriegszeit mit ihren Metropolenträumen und teilweise gescheiterten Verkehrsprojekten, der Bau der S-Bahn und die grossflächige Urbanisierung zum heutigen Metropolitanraum und schliesslich die Gentrifizierung und innere Verdichtung der letzten zwei Jahrzehnte.

Im Bernischen Historischen Museum ist bis Sommer 2020 die Ausstellung «Homo migrans. Zwei Millionen Jahre unterwegs» (7. November 2019 bis 28. Juni 2020) zu sehen, an der auch das Stadtarchiv Zürich mit einer Leihgabe beteiligt ist. Die Ausstellung gibt anhand von elf Themenbereichen beispielhaft einen Überblick über Migrationsbewegungen zwischen der Altsteinzeit und heute in der Schweiz.

Das Stadtarchiv Zürich stellte auch 2019 Materialien für Publikationen und Fernsehsendungen aus ihrem Archivgut zur Verfügung.

Die von Lea Wolgensinger und ihrem Sohn Balz Strasser herausgegebene Monographie «Mit vier Augen. Das Fotoatelier Luzzi und Michael Wolgensinger» veranschaulicht das Schaffen des Fotografen Michael Wolgensinger (1913–1990), der zu den wichtigsten Schweizer Fotografen der Nachkriegszeit gehört. Mit Reportagen, Porträts, Reise-, Sach-, Industrie- und Architekturaufnahmen sowie mit Theaterfotografie schuf er bis um 1980 ein reiches Werk; ab 1940 entstanden auch preisgekrönte Filme. Das Ehepaar Wolgensinger eröffnete 1936 ein Atelier, das zum Treffpunkt der Zürcher Künstler- und Theaterszene wurde. Viele der Abbildungen stammen aus dem im Stadtarchiv Zürich aufbewahrten Fotoarchiv von Michael Wolgensinger (VII.271.), das die Tochter Lea Wolgensinger dem Stadtarchiv Zürich 2012 schenkte.

Was als historischer Roman über Katharina von Zimmern (1478–1547), die letzte Äbtissin des Frauenklosters Fraumünster, angedacht war, erschien im vergangenen Jahr als wissenschaftlich fundierte Publikation mit dem Titel «Die Äbtissin, der Söldnerführer und ihre Töchter. Katharina von Zimmern im politischen Spannungsfeld der Reformationszeit». Die Publikation stammt aus der Feder der Reformations-Historikerin Christine Christ-von Wedel und entstand unter Mitarbeit der beiden Historikerinnen Irene Gysel und Jeanne Pestalozzi sowie der Handschriftenkonservatorin Marlis Stähli. In fünf Kapiteln wird der Lebensgeschichte Katharinas und ihres Ehemanns und Söldnerführers Eberhard von Reischach (1466[?]–1531) sowie deren Nachkommen nachgegangen und diese in den historischen Kontext eingebettet. Insbesondere taucht eine junge Frau auf, die während Katharinas Äbtissinnenzeit zur Welt kam und deren Sohn behauptete, sie stamme vom Paar Reischach–Zimmern ab. Diverse Materialien aus dem Archivgut des Zürcher Stadtarchivs fanden in dieser Publikation Verwendung und belegen unter anderem die Übergabe des Fraumünsterstifts durch die Äbtissin Katharina von Zimmern an den Rat der Stadt Zürich vom 8. Dezember 1524 (I.A.501.), die lebenslange jährliche Pensionszahlung von der Stadt Zürich an die ehemalige Äbtissin Katharina beispielsweise von 1539 (III.B.328.) oder den Grundstücksverkauf an Regula Schwarz – die vermutlich uneheliche Tochter von Katharina – vom 21. November 1522 in Zürich (I.A.497.).

Das Schweizer Fernsehen zeigte in der Sendung «Kulturplatz» diverse Aufführungsfotos aus dem Archiv des Schauspielhauses, das im Stadtarchiv Zürich aufbewahrt wird. Unter dem

Titel «Lilo Pulver wird 90 – ihr Leben und Werk» ehrte das Schweizer Fernsehen Liselotte Pulver am 28. August 2019 mit einer Jubiläumssendung. Darin ist sie – noch am Anfang ihrer erfolgreichen Karriere – unter anderem auf einem Foto aus dem Jahr 1949 in der Rolle des Euphorion, Sohn von Helena und Faust, in Goethes Faust II im Schauspielhaus Zürich zu sehen. Und im Beitrag über «Die kleine Niederdorfoper» vom 11. Dezember 2019 gab es einen geschichtlichen Rückblick unter anderem mit einem Foto von Ruedi Walter in seiner Paraderolle als Bauer Heiri in der Uraufführung Silvester 1951 im Schauspielhaus Zürich.

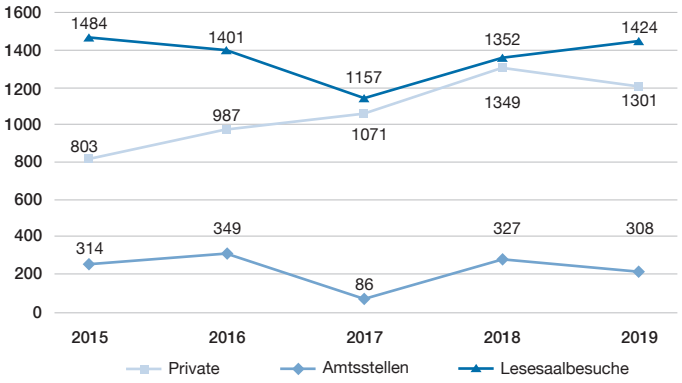
2019 wurde Anna Pia Maissen, Direktorin des Stadtarchivs, von der Gesellschaft zu Fraumünster (GzF) zur Patin ihres Ehrenbuches gewählt. Diese Ehre wird – wie es bei der GzF heisst – verdienten Zürcher Frauen verliehen, die dann die Gesellschaft bei ihren Aktivitäten durchs Jahr begleiten, so auch als Ehrengast am Zürcher Sechseläuten. Das Stadtarchiv veranstaltete im Gegenzug einen «Abend im Stadtarchiv» mit einer Einführung in das Kerngeschäft des Archivs und einer Führung mit zahlreichen Beispielen aus den Archivbeständen.

Wie jedes Jahr führte das Stadtarchiv weitere individuell gestaltete Archivrundgänge für Interessierte aus der Stadtverwaltung, den Zürcher Hochschulen und der Öffentlichkeit durch. Besonders zu erwähnen ist der Besuch einer Gruppe Schülerinnen und Schüler der ersten Klasse des Gymnasiums Rämibühl anlässlich ihrer Projektwoche «Stadt des Wissens» Ende September 2019. Sie erstellte anhand von Interviewfragen sowie einer kurzen Archivführung ein Porträt des Stadtarchivs als Ort des Wissens und präsentierte ihre Resultate in einer öffentlichen Veranstaltung an der Schule.

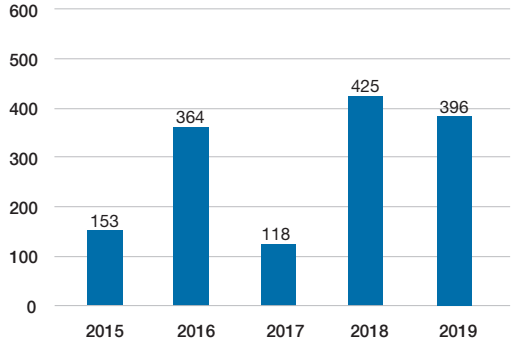
4.6.3 Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Ablieferungen (Laufmeter)	153	364	118	425	396
Lesesaalbesuche	1 484	1 401	1 157	1 352	1 424
Schriftliche Anfragen	1 255	1 336	1 463	1 676	1 609

Schriftliche Anfragen und Lesesaalbesuche 2015–2019



Ablieferungen 2015–2019 (in Laufmeter)



4.7 Stadtentwicklung Zürich

4.7.1 Aufgaben

Die Stadtentwicklung Zürich (STEZ) umfasst fünf Bereiche: Der Bereich Gesellschaft und Raum befasst sich mit sozialräumlichen und sozioökonomischen Entwicklungsfragen und bearbeitet Grundlagen-, Konzept- und Koordinationsaufgaben. Die Integrationsförderung koordiniert und vernetzt Integrationsbestrebungen der Stadt Zürich und ist Anlaufstelle für integrationsspezifische Anliegen. Sie berät und begleitet Integrationsprojekte von Dritten und bietet Integrationskurse, Erstinformation und Beratungen an. Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung sind Bestandspflege für Unternehmen, Unterstützung von Ansiedlungen und Innovation, Standortförderung und Standortpromotion. Bei den Aussenbeziehungen werden regionale, nationale und internationale Beziehungen gepflegt und Projekte mit Bezug nach aussen durchgeführt. Seit dem Berichtsjahr betreut und verfolgt das Smart-City-Team die Umsetzung der in der «Strategie Smart City Zürich» geschaffenen Instrumente zur Innovationsförderung, begleitet den Strategie-Schwerpunkt «Smarte Partizipation erproben» und koordiniert die städtische Kooperation im Bereich Smart City.

Die Stadtentwicklung hat die Aufgabe, aktiv Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, einen regelmässigen Kontakt mit der Bevölkerung und mit privaten Akteurinnen und Akteuren zu pflegen und in den verschiedenen Bereichen periodisch Veranstaltungen durchzuführen. Dazu hat STEZ im Berichtsjahr die dritte Auflage des bereichsübergreifenden Projekts «Stadt der Zukunft» gestartet, das im Frühjahr 2020 mit einer kleinen Veranstaltungsreihe abgeschlossen wird. Thema ist dieses Mal das Innen- und das Aussenbild von Zürich. «Zürich – Einblicke von aussen»: Wer hat welches Bild von Zürich? Wie unterscheiden sich die Innen- und die Aussenwahrnehmung? Was halten Zürcherinnen und Zürcher, aber auch Menschen in anderen Städten und Gemeinden im In- und Ausland von Zürich? Und wie hat sich das Bild von Zürich entwickelt? Ziel des Projekts, in dessen Rahmen neben dem Austausch in Dialog- und Diskussionsformen mit wichtigen Stakeholdern und Zielgruppen auch wieder eine Studie erarbeitet wird, ist es, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, was Zürich aus der Wahrnehmung von innen und insbesondere von aussen lernen kann. Dies soll es der Stadt Zürich unter anderem ermöglichen, ihren Auftritt und ihre Kommunikation in verschiedenen Kontexten bewusster und zielgruppengerechter zu gestalten.

2019 ist auch der Schlussbericht des zweiten Projekts in der Reihe erschienen: «ZRH3039». Er zieht ein Fazit aus der Auseinandersetzung der STEZ mit der grössten Altersgruppe der Stadt und identifiziert drei Themenfelder, in denen mögliche Weiterentwicklungen der städtischen Dienstleistungen geprüft werden sollen: Die Stadt braucht mehr Teilhabe, die gesellschaftliche Vielfalt braucht mehr Gestaltungsraum und neue Lebensrealitäten erfordern veränderte Angebote.

Seit 2019 kümmert sich die STEZ auch um das Event-Portfolio der Stadt. Innerhalb der Stadtverwaltung ist das Büro für Veranstaltungen (BfV), das zur Verwaltungsabteilung der Stadtpolizei gehört, als Kompetenzzentrum zuständig für die Bewilligung von Veranstaltungen und Festanlässen. Das BfV koordiniert im Rahmen einer stadtinternen Vernehmlassung die Anforderungen von bis zu 26 involvierten Dienststellen. Diese Anzahl variiert je nach Art, Umfang und Örtlichkeit der geplanten Veranstaltung.

Neue (Gross-)Veranstaltungen oder bestehende Veranstaltungen mit Diskussionsbedarf werden seit dem Berichtsjahr dem neu geschaffenen Veranstaltungsorgan zur Beurteilung vorgelegt. Das Veranstaltungsorgan besteht aus den Direktorinnen und Direktoren der STEZ, der Kultur, des Sportamts und der Leitung des BfV. Es stellt die Vernetzung der verschiedenen Bedürfnisse innerhalb der Stadtverwaltung und mit dem Stadtrat sicher und nimmt eine inhaltliche Prüfung der Gesuche vor. Die Geschäftsstelle des Veranstaltungsorgans ist bei der Stadtentwicklung angesiedelt und erarbeitet Empfehlungen zuhanden der Sicherheitsvorsteherin oder des Gesamtstadtrats für konkrete Bewilligungsgesuche. Die Beurteilungskriterien basieren auf den Veranstaltungsrichtlinien (AS 551.280) und der Quartierverträglichkeitsstrategie (STRB Nr 1188/2001).

4.7.2 Jahresschwerpunkte

Gesellschaft und Raum
Der Bereich bearbeitet vielfältige Aufgaben in den Arbeitsfeldern «Wohnen», «Arbeiten», «Nahversorgung und Zentrumsentwicklung», «Nutzung öffentlicher Raum» sowie «Schnittstelle Stadt–Quartiere». Er erarbeitet Grundlagen, führt Impulsprojekte durch, bringt sozialräumliche Aspekte in Planungsvorhaben ein und erfüllt Koordinations- und Sonderaufgaben.

Im Arbeitsfeld «Wohnen» fungiert der Bereich als Geschäftsstelle der Wohndelegation des Stadtrats und der wohnpolitischen Gremien. In diesem Rahmen organisiert er den «Echoraum Wohnen» als Austauschplattform zwischen der Stadt und wichtigen privaten Akteurinnen und Akteuren des Wohnungsmarkts. Im Rahmen der Leitung des Strategie-Schwerpunkts «Wohnpolitik: Neue und optimierte Instrumente» werden verschiedene Teilprojekte koordiniert, die sich mit rechtlichen, finanziellen und raumplanerischen Aspekten sowie mit dem Monitoring der Wohnpolitik beschäftigen. Für das sozialräumliche Monitoring wurden Kompetenzen für kleinräumige Analysen aufgebaut. Die vom Gemeinderat als ergänzende Grundlage zum öffentlichen Gestaltungsplan «Ueberlandpark» verlangte Abschätzung der sozialräumlichen Auswirkungen des Infrastrukturbaus auf sein Umfeld («Sozialbericht Ueberlandpark») wurde veröffentlicht. Des Weiteren wurden die Ergebnisse der zehnten Bevölkerungsbefragung publiziert. Die Befragung erfolgte erstmals hauptsächlich online. Das Fokusthema war diesmal «Einkaufen und postalische Versorgung».

Im Aufgabenfeld «Arbeiten» lag ein Schwerpunkt im Aufbau der «Made in Zürich Initiative». Die Stadt hat den Verein 2018 zusammen mit Privaten zur Verbesserung der Sichtbarkeit und zur Stärkung des Werkplatzes gegründet und leistet bis 2022 eine gestaffelt abnehmende Anschubfinanzierung. Die Anzahl der Mitglieder hat sich im Berichtsjahr auf inzwischen 80 Firmen verdoppelt. Ein weiterer Schwerpunkt war das Schlachthof-Areal: Unter Federführung des Bereichs wurden die Arbeiten an einer Nutzungsstrategie aufgenommen. Weitere Aufgaben waren die Tätigkeit als Geschäftsstelle der Wirtschaftsdelegation des Stadtrats, die Beteiligung an den

Planungen der SBB-Areale Werkstadt (Produktion) und Hardfeld (Logistik) sowie die Mitarbeit beim städtischen Gesamtverkehrs- und Logistikkonzept.

Im Arbeitsfeld «Nahversorgung und Zentrumsentwicklung» wurde die Mitarbeit bei «Pop Up City» weitergeführt. Das Projekt untersucht die Vermittlungsprozesse von temporären Nutzungen. Ferner wurde zusammen mit Liegenschaften Stadt Zürich ein Pilotprojekt zur Frage von geeigneten Konzepten für die Quartierversorgung von morgen gestartet. Zum Arbeitsfeld gehört auch die Vertretung der städtischen Interessen bei Änderungen im Poststellennetz.

Zum Arbeitsfeld «Nutzung öffentlicher Raum» gehörte die zweite Ausschreibung für den Weihnachtsmarkt auf dem Sechseläutenplatz und der Start des Auswahlverfahrens für das überzeugendste Gesamtkonzept. Das «Zürcher Wienachtsdorf» war der erste Weihnachtsmarkt auf dem umgestalteten Platz. Die Rahmenbewilligung dafür lief Ende des Berichtsjahres ab.

Am 19. Januar und 29. Juni 2019 wurden im Rahmen der Überprüfung der Schnittstelle Stadt–Quartiere zwei grosse Mitwirkungsveranstaltungen durchgeführt. (Bild: Samuel Schalch)

Zu den laufenden Tätigkeiten an der Schnittstelle Stadt-Quartiere gehören die Betreuung der Quartiervereine und Ortsmuseen sowie Beratungen zu Mitwirkungsprozessen. Auf Projektebene begannen die Arbeiten zum Strategie-Schwerpunkt «Smarte Partizipation erproben». Dabei werden das Potenzial der E-Partizipation ausgelotet und Erfahrungen ausgewertet und vermittelt. Gemeinsam mit Quartierorganisationen hat die Stadt unter Federführung des Bereichs ihre Schnittstelle zur Bevölkerung in den Quartieren analysiert. Die Ergebnisse dieses Mitwirkungsverfahrens bilden die Grundlage für politische Entscheide über allfällige Optimierungen.

Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung führte die enge Zusammenarbeit mit der Standortförderung des Kantons im Bereich der Ansiedlung neuer Unternehmen wie auch in der Clusterpolitik weiter.

Das Start-up-Förderprogramm «Kickstart Innovation» (ehemals «Kickstart Accelerator») der branchenübergreifenden Initiative «digitalswitzerland» wurde zum vierten Mal in Zürich durchgeführt. Die Wirtschaftsförderung beteiligte sich zusammen mit anderen Dienstabteilungen der Stadt im Themenbereich Smart City. Sie stellte dabei den Ideenaustausch und Kooperationen zu Smart-City-Themen zwischen teilnehmenden Start-ups und städtischen Dienstabteilungen sicher. «Ludicious – Zürich Game Festival» befindet sich weiterhin auf Kurs. Die fünfte Ausgabe vom Januar 2019 war geprägt von einer noch stärkeren Internationalisierung – sowohl hinsichtlich der für die Wettbewerbe eingereichten Spiele als auch hinsichtlich der anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Game-Industrie sowie der Festivalinhalte. In der öffentlich zugänglichen Ausstellung konnte man die für die Wettbewerbe nominierten Spiele sowie weitere Arbeiten der Partneruniversitäten besichtigen und sogar auch spielen. Die mit 4000 bis 8000 Franken dotierten Awards gingen an die Spiele «Light Them All» aus der Schweiz und «VR Giants» aus Österreich. Im Juli 2019 hat der Gemeinderat einen städtischen Beitrag von jährlich 100 000 Franken an den Trägerverein des Festivals bewilligt. Der Beitrag gilt für die Jahre 2020 bis 2024 und ist an Beiträge gleicher Höhe von Pro Helvetia gekoppelt. Die Wirtschaftsförderung hat Einsitz im Vorstand des Festival-Trägervereins.

Im Rahmen des Engagements für den Finanzplatz Zürich organisierte die Wirtschaftsförderung Anfang Februar 2019 erneut eine Aussprache zwischen der Stadt Zürich (vertreten durch die Stadtpräsidentin und den Finanzvorstand), hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern des Finanzplatzes Zürich, des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen, der Schweizerischen Nationalbank sowie Mitgliedern der Kantonsregierung.

Die Themen «Nachhaltigkeit» und «Fintech» gewinnen im Finanzsektor zunehmend an Bedeutung. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Zürich organisierte im Mai 2019 in Zusammenarbeit mit dem Verein Swiss Sustainable Finance den öffentlichen Anlass «Nachhaltigkeit und technologischer Wandel – zwei Trends, eine Chance für den Finanzplatz Zürich?». Die gut besuchte Veranstaltung im Zürcher Kaufleuten ging der Frage nach, welche Möglichkeiten digitale Technologien bei der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft bieten und wie der Finanzplatz diese beiden Trends erfolgreich kombinieren kann. Der Anlass bot zudem eine Plattform für die Vernetzung von Vertreterinnen und Vertretern aus den beiden Bereichen «Nachhaltige Finanzen» und «Fintech».

Stadtpräsidentin Corine Mauch im Austausch mit Vertretern des Finanzplatzes Zürich am Anlass «Nachhaltigkeit und technologischer Wandel – zwei Trends, eine Chance für den Finanzplatz Zürich?». (Bild: Samuel Schalch)

Die traditionell von der Wirtschaftsförderung organisierten Kontaktlunches des Stadtrats mit Vertreterinnen und Vertretern der Zürcher Wirtschaft wurden auch 2019 sehr geschätzt. Der Stadtrat lud die Zürcher Handelskammer sowie die Detailhandel- und die Game-Branche ein.

Die Anzahl der Unternehmen, die mit Unterstützung der Wirtschaftsförderung in Zürich angesiedelt wurden, verblieb auf dem Niveau des Vorjahres.

Berichterstattung über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU

Gestützt auf den KMU-Artikel in der Gemeindeordnung, sind die Vereinfachung von Verfahren und die Überprüfung der Regulierungsdichte auch nach Aufhebung des KMU-Forums (2011 bis 2015) für die Stadt eine Daueraufgabe. Dabei ist die Regulierungsfolgeabschätzung (RFA) ein wichtiges Instrument. 2019 wurden insgesamt 29 Weisungen auf ihre Verträglichkeit für KMU überprüft. Der regelmässige Austausch mit dem Gewerbe und den KMU in den bereits bestehenden und gut etablierten Gremien bildet eine weitere Massnahme im Sinne des KMU-Artikels. Der Geschäftsanfall der von der Wirtschaftsförderung betreuten Informationsstelle bewegte sich 2019 im Rahmen der Vorjahre.

Veranstaltungen

Im Berichtsjahr fand mit dem traditionellen Züri Fäscht ein wiederkehrender Schwerpunkt statt. Das grösste Schweizer Volksfest lockte zum wiederholten Male über zwei Millionen Festfreudige in die Stadt. Ein besonderer Schwerpunkt im Veranstaltungskalender bildete der Jubiläumsanlass des Zurich Pride Festivals. Die Veranstaltung feierte ihr 25-jähriges Bestehen auf dem Sechseläutenplatz.

Zu Beginn des Berichtsjahres sprach der Gemeinderat 7,85 Millionen Franken zur Durchführung der Rad-Strassen-WM 2024 (einschliesslich Begleitmassnahmen). Im Frühjahr erfolgte der positive Vergabeentscheid des Schweizer Radsportverbands Swiss Cycling zuhanden Stadt und Kanton Zürich. Die weiteren Vorbereitungen für den Grossevent und die Begleitmassnahmen laufen seitdem auf Hochtouren.

2018 fand in Zürich erstmals ein Formel-E-Rennen statt. Im Berichtsjahr entschied sich der Stadtrat gegen die erneute Durchführung eines Zürcher «E-Prix» im Jahr 2020. Das Rennen hätte auf dem Hönggerberg stattfinden sollen, die ETH beurteilte die dafür nötigen baulichen Eingriffe auf ihrem Campus aber als unverhältnismässig und nicht nachhaltig.

Aussenbeziehungen

Das Festivalzentrum von «Zürich meets Seoul» befand sich auf dem Dach des Architekturmuseums gegenüber dem Rathaus von Seoul: der an eine grosse aufgeklappte, glänzend weisse Muschel erinnernde Sun-Path-Pavillon von Christian Wassmann, eine Kunstinstallation im öffentlichen Raum, wie sie in Korea vielerorts zu sehen ist. Im Rahmen der Reihe «Zürich meets Your City» lockte die urbane und innovative Schweiz vom 28. September bis 5. Oktober in der koreanischen Hauptstadt Seoul nicht nur mit zeitgenössischer Kunst und Jazz, sondern auch mit wissenschaftlichen Symposien, Tagungen und Workshops zu Themen wie Blockchain, Smart City und der Rolle der Frau in der Stadt(entwicklung) oder mit einem viel beachteten Event zur Berufsbildung. Der Auftritt von Stadt und Kanton Zürich, Zürich Tourismus und den Zürcher Hochschulen sowie der Stadt Winterthur fand grossen Anklang: Rund 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die über 30 Kultur- und Wissenschaftsveranstaltungen. Mit dem Webauftritt und auf Social Media erreichte das Festival zusätzlich über acht Millionen Personen. Nach Seoul kam auch wiederum eine offizielle Delegation von Stadtrat, Regierungsrat, Uni-, ETH- und ZHAW-Leitung sowie der Stadt Winterthur, angeführt von der Zürcher Regierungspräsidentin Carmen Walker-Späh und Stadtpräsidentin Corine Mauch. Der Besuch und das Festival «Zürich meets Seoul» bekräftigten die im Oktober 2018 unterzeichnete Absichtserklärung der beiden Stadtregierungen zur Förderung des Austauschs in den Bereichen E-Government, Wissenschaft, Kultur und Tourismus. Zum ersten Mal reiste auch eine Zürcher Businessdelegation mit nach Seoul, die sich mit zahlreichen lokalen Unternehmen wie SK Telecom, Hyundai und Samsung Electronics traf.

Eröffnung des Festivals am 28. September 2019 in Seoul mit dem Zürcher Jazzmusiker Christof Stiefel. (Bild: Stadt Zürich)

Die Projektpartnerschaft mit der südlibanesischen Stadt Tyros fokussierte 2019 auf den Bereich Mobilität. Dieses Thema war in einem breit abgestützten Assessment als eines der drängendsten Probleme auf lokaler Ebene identifiziert worden. Infolge der Syrienkrise und der starken Bevölkerungszunahme hat der Druck auf das Verkehrssystem in Tyros erheblich zugenommen. Eine Verbesserung der Mobilitätssituation hilft der gesamten Bevölkerung. Sie kann zu einer Aufwertung des öffentlichen Raums sowie zu einer besseren Anbindung der peripheren Wohnorte der Flüchtlinge, einer besseren Erreichbarkeit und Vernetzung wichtiger Versorgungs- und Dienstleistungszentren in der Stadt führen und trägt zu mehr Sicherheit im öffentlichen Raum sowie zur wirtschaftlichen Entwicklung (etwa im Tourismus-Sektor) bei. In einem Workshop im Juli 2019 in Zürich vertiefte sich die Delegation aus Tyros und von UN-Habitat in den Mobilitätsalltag der Stadt Zürich und

erarbeitete in vier Workshops zusammen mit den Zürcher Fachexpertinnen und -experten Grundlagen zu den Themen Langsamverkehr, öffentlicher Verkehr und Parkierung. Diese Erkenntnisse fliessen in zwei konkrete Projekte in Tyros ein: ein Bus-Shuttle-System von Parkzentren an der Peripherie in die Innenstadt und ein Veloverleihsystem.

Augenschein der Delegation aus Tyros bei einem Veloverleih-Container in Zürich. (Bild: Stadt Zürich)

Im Zuge ihres internationalen Engagements in der Unterstützung von Stadt zu Stadt wurde die Stadtpräsidentin von EDA/Deza und den Open Society Foundations angefragt, im Leadership Board des Mayors Migration Council (MMC) Einsitz zu nehmen. Das Ziel des MMC ist es, ein Netzwerk von Städten zu Migration und Integration aufzubauen und durch die gegenseitige Unterstützung ihre politische Position in diesen Themen zu stärken.

Der Newsletter «Zürich International» erschien auch 2019 fünfmal in Deutsch und Englisch. Das Engagement im nationalen und regionalen Bereich – in der Metropolitankonferenz, in Form regelmässiger Treffen mit anderen Gemeinden aus dem Kanton Zürich oder in der Mitarbeit im Dachverband Region Zürich und Umgebung (RZU) und dem Schweizerischen Städteverband – wurde erfolgreich fortgeführt. Dazu betreute der Bereich Aussenbeziehungen eine steigende Anzahl politischer und Fachdelegationen aus dem In- und Ausland. So besuchte unter vielen anderen Carrie Lam, die CEO von Hongkong, Zürich im Januar 2019 im Vorfeld des WEF, aber auch politische und fachliche Vertretungen von Singapur bis Amsterdam liessen sich in Zürich zu Themen der Stadtentwicklung, der Wohnpolitik, Smart City, Partizipation und vielem mehr informieren.

Integrationsförderung
Im September 2019 beschloss der Stadtrat die integrationspolitischen Ziele für die Jahre 2019–2022. Sie stehen unter dem Titel «Zürich ist gelebte Vielfalt» und wurden in departementsübergreifenden Diskussionen und einer verwaltungsinternen Vernehmlassung vorbereitet. Publiziert wurden zudem ein Kurzbericht zur Umsetzung der Ziele 2015–2018 sowie ein erläuterndes Arbeitspapier mit Hintergrundinformationen und Beispielen zu den neuen Zielsetzungen.

Vom 6. bis 21. September 2019 fanden in Zürich erstmals «Interkulturelle Wochen» statt. Diese gehen zurück auf einen Entscheid des Gemeinderats im Jahr 2017 und wurden auf Basis der durchgeführten Submission vom Verein About Us realisiert. An den über 100 Veranstaltungen nahmen rund 6000 Personen teil. Die für Projektfinanzierungen ergänzend zur Verfügung stehenden Integrationskredite wurden ausgeschöpft.

Zum Sommersemester 2019 trat das neue städtische Sprachförderkonzept in Kraft. Damit werden nun sämtliche öffentlich ausgeschriebenen städtisch subventionierten Deutschkurse von der Integrationsförderung verwaltet. Realisiert wurden 186 Semesterkurse (fast alle mit Kinderbetreuung) mit insgesamt 2105 Teilnehmenden. Die 2019 aufgeschaltete neue Deutschkursdatenbank ermöglicht eine gezielte Suche nach dem individuell geeigneten Kurs.

Mit ihren operativen Angeboten im Bereich Erstinformation erreichte die Integrationsförderung 2019 mehrere Tausend Personen: 1540 Neuzugezogene besuchten eine Begrüssungsveranstaltung, 1258 Personen erhielten am Welcome Desk eine Kurzberatung und 2676 Personen besuchten ein sprachgruppenspezifisches Informationsangebot. Dazu kamen die im Auftrag der Integrationsförderung realisierten speziellen Informationsangebote (z. B. ein Infostand auf dem Kanzleiflohmarkt) sowie die spezifisch für Personen aus dem Fluchtbereich konzipierten Informationsangebote.

Die jährliche Zürcher Migrationskonferenz thematisierte 2019 Orte der Integration ausserhalb von Regelstrukturen und spezifischen Förderungen. Sie wurde von rund 250 Fachleuten besucht. Am Vernetzungstreffen mit den Migrantenorganisationen nahmen etwa 200 Personen teil. Und ungefähr 50 Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft trafen sich zu einem Austauschtreffen zur städtischen Arbeit gegen Rassismus. Zugunsten der städtischen Mitarbeitenden wurden zudem vier Veranstaltungen zu integrationsrelevanten Themen durchgeführt, eine dritte Runde von Qualitätszirkeln gestartet und ein städtisches Fachintranet aufgebaut. Der Newsletter der Integrationsförderung erschien acht Mal, er hat 1600 Abonnentinnen und Abonnenten.

Zum Thema Antidiskriminierung war die Integrationsförderung mit verschiedenen Fachartikeln und Referaten präsent. Mehrfach öffentlich aufgegriffen wurden auch Fragen zum interreligiösen Zusammenleben, dies nicht zuletzt mit einer Veranstaltung und einer gemeinsam mit Statistik Zürich realisierten Publikation zur aktuellen Religionslandschaft in Zürich.

Aktiv war die Integrationsförderung zudem in verschiedenen kantonalen, nationalen und internationalen Gremien, insbesondere mit Bezug auf die Weiterentwicklung der Integrationspolitik sowie im Themenbereich Sans papiers. Ergänzend dazu kam der europäische Austausch mit anderen Städten zu Fragen des zivilgesellschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten und die Führung der Geschäftsstelle des Ausländerinnen- und Ausländerbeirats der Stadt Zürich.

Erstmals seit vielen Jahren war die Integrationsförderung 2019 mit dem Konkurs bzw. der Auflösung von ihr mit Leistungen beauftragten Trägerschaften konfrontiert. In beiden Fällen gelang es jedoch, übergangslos ein neues Angebot bereitzustellen und finanzielle Verluste für die Stadt zu verhindern.

Smart City Zürich
Nachdem die «Strategie Smart City Zürich» am 28. November 2018 vom Stadtrat als Antwort auf die Motion GR Nr. 2016/166 verabschiedet worden war (STRB Nr. 998/2018),

nahm der Gemeinderat im Mai 2019 das Strategiepapier zustimmend zur Kenntnis und bewilligte die notwendigen Nachtragskredite für den Start der Umsetzung. Damit konnten die vorgesehenen Stellen für das Smart-City-Team und dessen Leitung (total 400 Stellenprozente, verteilt auf sechs Personen) ausgeschrieben und schrittweise besetzt werden. Per 1. Januar 2020 ist das Team vollzählig.

Die Digitalisierung fordert die Stadt Zürich nicht nur heraus – sie bietet auch neue Möglichkeiten zur ressourcenschonenden Bewältigung des Wachstums oder der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen. Für die Stadt Zürich bedeutet «smart», Menschen, Organisationen und Infrastrukturen so zu vernetzen, dass sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Mehrwert geschaffen wird. Die Vernetzung von Daten, Sensoren und Applikationen erlaubt neue und effizientere Lösungen für die Nutzerinnen und Nutzer der städtischen Infrastrukturen ebenso wie für deren Betreibende. Die gute Vernetzung mit der Bevölkerung stärkt Partizipationsmöglichkeiten und den Kontakt mit der Verwaltung.

Bereits heute unternimmt die Stadt Zürich viel für die Digitalisierung. Zahlreiche Projekte in den verschiedenen Bereichen sind bereits umgesetzt oder in Planung. Mit «Smart City Zürich» erhalten diese laufenden Aktivitäten und geplanten Massnahmen einen gemeinsamen Rahmen. Für die Umsetzung stützt sich «Smart City Zürich» in den kommenden Jahren einerseits auf die drei Strategie-Schwerpunkte des Stadtrats «Digitale Stadt», «Zukunftsformen der integrierten öffentlichen Mobilität» und «Smarte Partizipation erproben». Andererseits schafft die Strategie spezifische Instrumente zur Innovationsförderung und zu Kooperationen. Ein Innovationskredit stellt für innovative neue Projekte innerhalb der Stadtverwaltung die Anschubfinanzierung sicher – die Ausschreibung wurde Ende 2019 lanciert. Mit der «Stadtbox» erhalten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, eigene Ideen zur digitalen Transformation zu entwickeln, gegebenenfalls in einem Projekt zu konkretisieren und dieses dann zu präsentieren. Ab Ende September 2019 lief ein Pilotprojekt zur «Stadtbox» im Gesundheits- und Umweltdepartement. Aus über 40 Eingaben von Mitarbeitenden der Alterszentren, der Pflegezentren, der städtischen Gesundheitsdienste, der Stiftung Alterswohnungen und des Umwelt- und Gesundheitsschutzes wurden sieben Projektideen mit einem Zeitbudget von 70 Arbeitsstunden in drei Monaten, einem Projektbudget von 1000 Franken und der regelmässigen Unterstützung durch Innovations-Expertinnen und -Experten ausgezeichnet. Anfang März 2020 präsentieren die Auserkorenen ihre Projektentwicklungen vor einer Jury.

Die «Stadtbox» wird 2019 im GUD getestet. (Bild: Stadt Zürich)

Das «Fellowship»-Programm ermöglicht den Einbezug von Expertinnen und Experten zu ICT und Innovation aus Unternehmen oder Hochschulen. «Fellows» wirken während sechs bis zwölf Monaten in der Stadtverwaltung mit. Sie entwickeln in enger Zusammenarbeit mit Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Lösungen für anstehende Herausforderungen. So werden Wissensaustausch und Innovation gefördert. Die Identifikation von Fragestellungen für die ersten beiden Fellowships läuft bis Februar 2020.

Das «Smart City Lab» ist eine Plattform, die eine rasche Umsetzung von Projekten, auch zusammen mit externen Partnerinnen und Partnern, ermöglicht. Fachleute verschiedener städtischer Dienstabteilungen sollen für eine bestimmte Zeit zusammenkommen, um neue Ideen in konkreten Pilotprojekten zu testen. Ziel ist es, diese rasch erlebbar zu machen und aus den so gewonnenen Erkenntnissen zu lernen. Grundvoraussetzung dafür sind schnelle Entscheidungszyklen und Freiräume, um Neues zu erproben. Die ersten dieser Design-Sprints werden 2020 stattfinden.

4.7.3 Kennzahlen

Integrationsförderung

	2015	2016	2017	2018	2019
Welcome Desk	1302	1299	1351	1263	1258
Begrüssungsveranstaltungen	1635	1320	1535	1650	1540
Integrationskurse für Frauen IKF	276	231	227	267	300
Sprachgruppenspezifische Angebote (inkl. IKF)	1508	2041	2376	2289	2676
Deutschkurse	853	822	846	958	2105*

* Mit dem ab 2019 gültigen neuen Sprachförderkonzept werden auch die Niveaukurse mitgezählt.

Die Zahlen beziehen sich jeweils auf die Anzahl Personen, die das jeweilige Angebot aufsuchten oder daran teilnahmen. Nicht berücksichtigt sind unter anderem die ergänzenden Informationsangebote für Personen aus dem Flüchtlingsbereich.

Detaillierte Zahlen, auch zu anderen, hier nicht aufgeführten Angeboten und Veranstaltungen der Integrationsförderung, finden sich im Jahresbericht. www.stadt-zuerich.ch/integration

Wirtschaftsförderung

Ansiedlungen aus dem Ausland	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Firmen	19	13	13	21	21

Die Kennzahlen zu den Ansiedlungen ergeben kein vollständiges Bild der 2019 und in den Vorjahren angesiedelten Firmen. Berücksichtigt sind ausschliesslich diejenigen in der Stadt angesiedelten Unternehmen, die mit massgeblicher Unterstützung der öffentlichen Ansiedlungsorganisationen (einschliesslich Greater Zurich Area GZA) zustande kamen.

Eine erhebliche Anzahl Ansiedlungen wurde ohne grössere Unterstützung und zu einem grossen Teil auch ohne Kenntnis der Wirtschaftsförderung vollzogen. Die Anzahl der Unternehmen, die mit Unterstützung der Wirtschaftsförderung in Zürich angesiedelt wurden, blieb im Schwankungsbereich der Vorjahre.

Unternehmensstatistik

Veränderungen		2013–2014	2014–2015	2015–2016	2016–2017
Neugründungen, Zuzüge Ausland	Betriebe	4782	4263	4425	4409
	Beschäftigte	14942	19825	14082	20271
	VZÄ	11350	16406	10518	15586
Zuzüge aus übriger Schweiz	Betriebe	306	420	484	418
	Beschäftigte	1265	2256	2117	2385
	VZÄ	1011	1779	1660	1810
Schliessungen, Konkurse, Wegzüge Ausland	Betriebe	3274	3505	3919	3955
	Beschäftigte	12583	15295	12024	14696
	VZÄ	9577	12414	8678	11024
Wegzüge in die übrige Schweiz	Betriebe	427	587	671	539
	Beschäftigte	3752	2598	3868	3379
	VZÄ	3230	1994	3091	2239

Quelle: Statistik Stadt Zürich (STATENT)

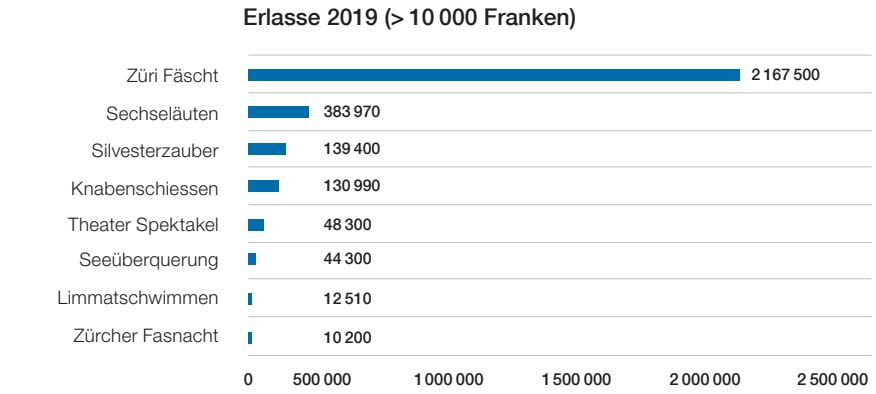
Die Gesamtschweizer Unternehmensstatistik (STATENT) erlaubt eine Auswertung zu Neugründungen und Zuzügen einerseits sowie zu Schliessungen und Konkursen andererseits. Sie erlaubt jedoch keine direkten Rückschlüsse auf Zu- oder Wegzüge aus dem oder ins Ausland. Diese sind in der grossen Zahl von Neugründungen oder Schliessungen und Konkursen enthalten. Einzig Zu- und Wegzüge in die übrige Schweiz werden gesondert ausgewiesen.

Von der STATENT erfasst werden alle Unternehmen oder Betriebe und deren Beschäftigte, die AHV-beitragspflichtig sind. Das entspricht einem Mindestlohn von 2300 Franken

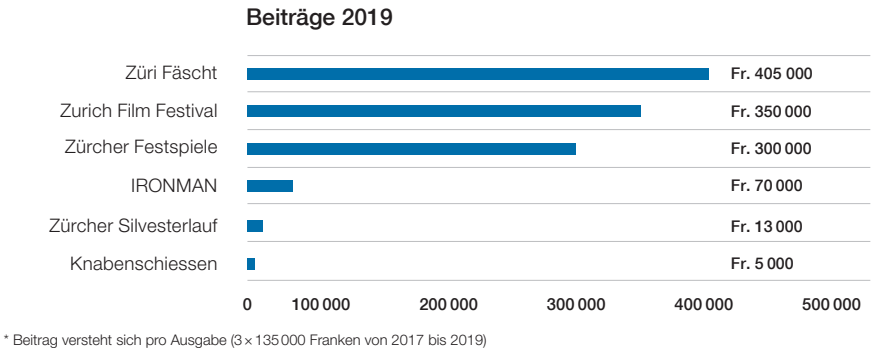
im Stichjahr 2011. Weil die Unternehmensstatistik in dieser Form neu erschienen ist, gibt es noch keine lange Zeitreihe.

Die Auswertung in den beiden oben dargestellten Tabellen ist auf Stufe der Betriebe (Arbeitsstätten) erstellt. Sie ermöglicht einen groben Überblick über Struktur und Entwicklung der Zürcher Unternehmenslandschaft zwischen 2013 und 2017. 2017 zählte die Stadt Zürich total etwa 44 500 Betriebe. Diese Betriebe beschäftigten rund 480 000 Personen. Auf vollzeitäquivalente Stellen (VZÄ) hochgerechnet, waren dies rund 370 000 Beschäftigte. Aufgrund von Neugründungen und Zuzügen aus dem Ausland entstanden 2017 in der Stadt insgesamt rund 4400 zusätzliche Betriebe mit etwa 20 000 Beschäftigten. Im gleichen Jahr wurden knapp 4000 Betriebe in Zürich geschlossen, gingen in Konkurs oder zogen ins Ausland weg. Dies betraf gegen 14 500 Beschäftigte. 539 Betriebe verliessen die Stadt Zürich und zogen in eine andere Schweizer Gemeinde.

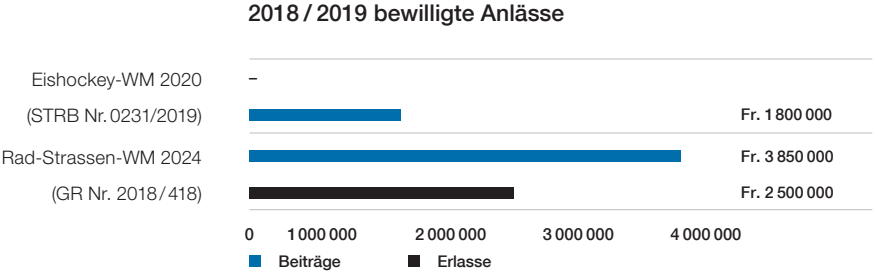
Grossveranstaltungen mit städtischer Unterstützung von mehr als 10 000 Franken



* gemäss STRB Nr. 1098/2018



* Beitrag versteht sich pro Ausgabe (3 × 135 000 Franken von 2017 bis 2019)



4.8 Projektstab Stadtrat

4.8.1 Aufgaben

Der Projektstab Stadtrat ist eine auf interdepartementale Projektarbeit spezialisierte Stabsstelle im Präsidialdepartement. Er vertritt in einem Kontext wechselseitiger Vernetzungen die gesamtstädtischen Interessen und dient als Kompetenzzentrum für strategisch relevante und komplexe Projekte. Der Stadtrat legt die konkreten Aufgaben des Projektstabs je nach Projekt fest.

4.8.2 Jahresschwerpunkte

Marina Tiefenbrunnen
Das Projekt sieht einen Bootshafen mit einer grossen öffentlichen Mole sowie Gastronomieangeboten, einem Wassersportzentrum, Regattainfrastruktur und einer Gebietsaufwertung zugunsten der Bevölkerung im Gebiet Tiefenbrunnen vor. Seit dem Jahr 2013 ist der Projektstab Stadtrat mit der Realisierung des Projekts beauftragt. Die Stadt führt die Projektarbeiten zusammen mit dem Zürcher Segel Club, dem Zürcher Yacht Club, der KIBAG AG und der Versicherungsgesellschaft Mobiliar, die sich zur «Einfachen Gesellschaft Marina Tiefenbrunnen» zusammengeschlossen haben. Im Berichtsjahr wurden intensiv die Nutzungsbedürfnisse abgeklärt. Die Erstellung des Gestaltungsplans und des Umweltverträglichkeitsberichts wurden weitergeführt. Sie werden 2020 öffentlich aufgelegt. Der grobe Zeitplan sieht vor, dass der Gemeinderat im Jahr 2021 über die künftige Trägerschaft, die Beteiligung der Stadt, den Gestaltungsplan und das für den Hafen notwendige Baurecht befinden kann.

Siegerprojekt «Emergence» des Architekturbüros WALDRAP GmbH für die Marina Tiefenbrunnen. (Visualisierung: ZUEND, Zürich)

Koch-Areal
Die Stadt Zürich hat das Koch-Areal im Jahr 2013 von der UBS erworben. Im Frühjahr 2017 wurde der Projektstab Stadtrat mit der Gesamtprojektleitung beauftragt. Im selben Jahr wurde die Bauträgerausschreibung für die Wohn- und Gewerbenutzungen durchgeführt. Im Berichtsjahr wurde die Jurierung der Architekturprojekte – unter Leitung des Amts für Hochbauten – abgeschlossen und die Siegerprojekte des Wettbewerbs in der sogenannten Dialogphase aufeinander abgestimmt. Anschliessend wurde mit der Erarbeitung der Planungsinstrumente (Gestaltungsplan und Teilrevision der Bau- und Zonenordnung) begonnen. Die Planungsinstrumente werden voraussichtlich Anfang 2021 dem Gemeinderat vorgelegt.

Bundesasylzentrum
Die Realisierung des Bundesasylzentrums (BAZ) für 360 Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal wurde, unter der Leitung des Projektstabs Stadtrat, im Jahr 2017 vom Gemeinderat behandelt und verabschiedet sowie von den Stadtzürcher Stimmberechtigten gutgeheissen. Im Sommer 2018 wurde mit den Bauarbeiten begonnen. Der Betrieb des BAZ startete am 1. November 2019.

Rad- und Para-Cycling-Strassen-Weltmeisterschaften 2024
Im März 2019 vergab der Schweizer Radsportverband Swiss Cycling die Rad-WM 2024 an Stadt und Kanton Zürich. Im Berichtsjahr wurde unter der Leitung des Projektstabs Stadtrat, zusammen mit dem Kanton Zürich und Swiss Cycling, der Trägerverein für die Rad-WM gegründet, und es wurden erste personelle Entscheidungen getroffen. Die Stadt Zürich wird insgesamt 7,85 Millionen Franken für die Durchführung der Rad-WM 2024 und für die Begleitmassnahmen zur Verfügung stellen.

Kongresshaus/Tonhalle
Der Projektstab hat die Überführung der früheren Trägerschaft in die neue Stiftung umgesetzt und nimmt Einsitz im Projektausschuss der Sanierungs- und Umbauarbeiten. Aufgrund von Planungsunschärfen, der schlechten Bausubstanz sowie Projektoptimierungen resultierten höhere Baukosten. Im Berichtsjahr wurde die durch den Projektstab erarbeitete Weisung zum Zusatzkredit vom Parlament verabschiedet. Die Wiedereröffnung von Kongresshaus und Tonhalle ist auf März 2021 verschoben worden.

Kunsthaus-Erweiterung
Der Projektstab koordiniert die städtischen Interessen am Erweiterungsbau des Kunsthauses und übt im Rahmen seiner Tätigkeit in der Baukommission die städtische Aufsicht über das Projekt aus. Im Berichtsjahr wurden die Bauarbeiten fortgeführt und der Rohbau fertiggestellt. Die Fertigstellung ist für Ende 2020 vorgesehen.

Löwenbräukunst
Die Stadt Zürich ist zu einem Drittel an der Löwenbräu-Kunst AG beteiligt und im Verwaltungsrat vertreten. Neben der Vermietungstätigkeit war der Verwaltungsrat 2019 – wie in den Jahren zuvor – mit der Behebung der restlichen Baumängel innerhalb der Garantiefrist und einem damit verbundenen, aufwendigen Gerichtsverfahren beschäftigt. Im Berichtsjahr hat der Verwaltungsrat zudem wesentliche bauliche Verbesserungsmassnahmen für einen barrierefreien Zugang sowie die Integration eines Restaurants abgeschlossen und die Neupositionierung der Dachmarke weitergeführt.

Dossiers und Programme
Neben den Projekten betreut der Projektstab Dossiers und Programme, die periodisch wiederkehren oder deren Zeitrahmen offen ist. Dazu gehört die Bestimmung neuer Strategie-Schwerpunkte des Stadtrats.

Weiteres
Der Leiter des Projektstabs ist Mitglied im Verwaltungsrat der Kongresshaus Zürich AG sowie der Schiffbau Immobilien AG und hat Einsitz in der Einfachen Gesellschaft Kunsthaus-Erweiterung (EGKE). Seine Stellvertreterin ist Mitglied des Stiftungsrats der Kongresshaus-Stiftung Zürich. Der Projektstab Stadtrat nimmt zudem gesamtstädtische

Koordinationsaufgaben im Zusammenhang mit dem Projekt «ZüriBahn» der Zürcher Kantonalbank wahr.

4.8.3 Kennzahlen

Die Projekte und Programme des Projektstabs unterscheiden sich stark in Auftrag, Umfang und Organisationsform. Diese Bandbreite widerspiegelt sich auch in den Finanzkennzahlen: Die Kennzahlen reichen von Objektkrediten der Stadt Zürich über die Beteiligungen der Stadt an öffentlich-rechtlichen Trägerschaften oder am Aktienkapital von privatrechtlichen Gesellschaften bis hin zu wiederkehrenden Beiträgen. Die untenstehende Übersicht vermittelt einen Eindruck davon, in welcher Phase die ausgewählten Projekte und Programme stehen.

Finanzkennzahlen

Projekt / Programm	Kostenvolumen Gesamtprojekt (in Fr.)	Art des Beitrags und Bemerkungen
Neue Trägerschaft, Entschuldung, Instandsetzung und Umbau von Kongresshaus und Tonhalle	240 Millionen	Davon Entschuldung bisheriger Trägerschaft: 73 Millionen Franken und Kapitalbeitrag an neue Trägerschaft für Umsetzung Bauprojekt: 165 Millionen Franken
	8,4 Millionen	Zusatzkredit 2019: 4,7 Millionen Franken einmaliger Investitionsbeitrag an die Kongresshaus-Stiftung Zürich für bauseitige Mehrkosten; 3,7 Millionen Franken einmaliger Beitrag an die Tonhalle-Gesellschaft zur Deckung der Kosten wegen der Eröffnungsverschiebung
Löwenbräu-Kunst	70 Millionen	Beteiligung am Aktienkapital: 9 Millionen Franken (gesamtes Aktienkapital Löwenbräu-Kunst AG: 27 Millionen Franken)
Bundesasylzentrum	24,5 Millionen	Objektkredit der Stadt, Rückfinanzierung durch Mieteinnahmen während Nutzung durch Bund
Marina Tiefenbrunnen	40 Millionen	Künftige Minderheitsbeteiligung der Stadt von rund 6 Millionen Franken am Eigenkapital der Marina
Koch-Areal	rund 220 Millionen	Die Baukosten der Wohnbauten und des Gewerbehauses (rund 212,8 Millionen Franken) werden von den privaten Bauträgerinnen getragen. Der Quartierpark (rund 7,2 Millionen Franken) wird durch die Stadt realisiert, die Bauträgerinnen beteiligen sich an den Kosten. Kostengenauigkeit +/–25 %
Bewerbung Rad-WM 2024	7,85 Millionen	Objektkredit für Durchführung der Rad-WM (inkl. Einnahmeverzicht) und Begleitmassnahmen. Die Leistungen der Stadt werden nur unter dem Vorbehalt des Beitrags von mindestens 2,5 Millionen Franken seitens Bund beansprucht
Kunsthaus-Erweiterung	206 Millionen	Beteiligung der Stadt von 88 Millionen Franken am Erweiterungsbau

Fortschritt der erwähnten Projekte

Projekt / Programm	Projektphase				Projekt-/ Programmabschluss
	Analyse und Planung	Ausarbeitung	Umsetzung	Evaluation	
Instandsetzung und Umbau Kongresshaus und Tonhalle					2021
Bundesasylzentrum					2020
Strategie-Schwerpunkte SSP 2018–2022 ff.					2022 (Überprüfung der SSP)
Marina Tiefenbrunnen					2025
Koch-Areal					2023
Rad-Strassen-WM 2024					2024
Kunsthaus-Erweiterung					2021

4.9 Fachstelle für Gleichstellung

4.9.1 Aufgaben

Die Zürcher Fachstelle für Gleichstellung (ZFG) hat den Auftrag, in der Stadt Zürich und in der Stadtverwaltung die rechtliche und gelebte Gleichstellung von Frauen und Männern und von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und intergeschlechtlichen Menschen in allen Lebensbereichen zu fördern. Sie führt Projekte durch und bietet Weiterbildungen an mit dem Ziel, Ungleichbehandlungen aufgrund des Geschlechts, der Geschlechtsidentität und/oder der sexuellen Orientierung abzubauen. Innerhalb der Stadtverwaltung setzt sie sich für die betriebliche Gleichstellung ein und wirkt bei personalrechtlichen Massnahmen mit. Sie ist sowohl für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt als auch für die städtischen Mitarbeitenden Anlaufstelle in Sachen Gleichstellung und berät und vermittelt bei gleichstellungsspezifischen Anfragen.

Im vorliegenden Geschäftsbericht werden ausgewählte Projekte und Aktivitäten der ZFG aufgeführt. Ausführlichere Informationen bietet die Zeitschrift «Einblicke 2019» der ZFG. www.stadt-zuerich.ch/einblicke

4.9.2 Jahresschwerpunkte

Der «Gleichstellungsplan Stadt Zürich» ist eine praxisnahe, koordinierte und nachhaltige Strategie zur Förderung und Verankerung der Gleichstellung in der Stadt Zürich und in der Zürcher Stadtverwaltung. Im Auftrag des Stadtrats steuert die ZFG den Gesamtprozess, setzt eigene Massnahmen um und unterstützt die Zuständigen in den Departementen und Dienstabteilungen bei der Umsetzung ihrer Massnahmen. Gestützt auf die Ergebnisse und Empfehlungen der Evaluation des Gleichstellungsplans 2014–2018 hat der Stadtrat im Mai 2019 entschieden, den Gleichstellungsplan weiterzuführen. Er hat die Konzeption für die Laufzeit 2019–2022 gutgeheissen. Die Fachstelle legte in Zusammenarbeit mit den Departementen die Schwerpunkte und Ziele für die nächsten vier Jahre fest. Erste Projekte sind bereits aufgegleist.

Erwerbsleben: Unbewusste Vorurteile
Unbewusste Vorurteile beeinflussen unsere Entscheidungen – auch im Erwerbsleben. Sie können beispielsweise dazu führen, dass identisches Verhalten bei Frauen und Männern unterschiedlich bewertet wird. Das kann insbesondere bei Rekrutierungen entscheidenden Einfluss darauf haben, wer welche Stelle bekommt. Die Fachstelle organisiert deshalb im Rahmen des Gleichstellungsplans sogenannte «Unconcious Bias»-Trainings. Es haben sich bereits Führungspersonen und Personalfachleute aus 15 Dienstabteilungen und allen neun Departementen der Stadt Zürich für ein entsprechendes Training angemeldet, oder sie haben es schon absolviert.

Mit dem Bereich Erwerbsleben befassen sich auch weitere Massnahmen: Der Stadtrat hat im Februar 2019 entschieden, die stichprobenartige Überprüfung der Lohngleichheit bei Firmen, die einen Auftrag der Stadt erhalten oder eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt haben, weiterzuführen. Ein Pilotprojekt hatte dafür 2018 den Grundstein gelegt. Pro Jahr werden zwölf Zufalls-Stichproben durchgeführt, die Fachstelle ist für die Überprüfungen zuständig. 2022 wird die Stadt Zürich erneut Bilanz ziehen.

In der Stadt Zürich steigt die Nachfrage nach familienergänzenden Betreuungsangeboten. Mehr als ein Fünftel der Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher ist zwischen 30 und 39 Jahre alt. Die Geburtenrate in der Stadt steigt. Die Fachstelle hat in einer Studie aufgezeigt, dass für Stadtzürcher Familien Nannys immer häufiger eine Option sind für die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. Der Arbeitsmarkt Privathaushalt ist rechtlich wenig regulierbar. Die Fachstelle hat in einem Online-Ratgeber praxisnahe rechtliche Informationen für alle Beteiligten zusammengestellt.

Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung und Geschlechterrollen
Ausgehend von einem Postulat des Gemeinderats hat der Stadtrat beschlossen, Massnahmen zur Sicherung der Grundrechte von Trans-Menschen in den Gleichstellungsplan zu integrieren. Das Thema Trans wird in mehreren Massnahmen aufgegriffen. 2019 hat die Fachstelle zusammen mit dem Verein QueerAltern zur Diskriminierung von Trans-Menschen, Lesben, Schwulen und Bisexuellen im Alter ein Podiumsgespräch organisiert. Ausgewiesene Fachleute diskutierten über Strategien von Alterseinrichtungen, Diskriminierungen zu verhindern. Das Podium wurde von Andreas Hauri, Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements, eröffnet.

Seit 2017 ist das revidierte Kindesunterhaltsrecht in Kraft. Es zahlt sich vor allem bei egalitären Rollenmodellen in der Familie aus. Das Bundesgericht hat sich in zwei Urteilen dazu geäussert, ab wann und in welchem Umfang es dem betreuenden Elternteil zugemutet werden kann, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Ein von der Fachstelle organisierter Anlass mit Referat und Podiumsgespräch widmete sich der Frage, wie diese Entscheide aus Gleichstellungssicht einzuordnen sind.

Podiumsgäste Christiana Fountoulakis, Markus Theunert, Moderatorin Olivia Kühne, Yvonne Feri, Urs Gloor (v.l.n.r.). (Bild: Sabine Rock)

Geschlechtsspezifische Gewalt
Gemäss neuen Studien sind Belästigungen im öffentlichen Raum ein weitverbreitetes Problem. Wie sieht die Situation in Zürich aus? Wie kann die Stadt Zürich intervenieren? Im Mai 2019 fand eine Auftaktveranstaltung zum Thema «Sexistische und sexuelle Belästigungen im öffentlichen Raum und im Nachtleben» statt. Auf Einladung der Fachstelle nahmen über 40 Vertreterinnen und Vertreter von Fachorganisationen, Jugendeinrichtungen, der Stadtverwaltung und anderen interessierten Stellen teil. Die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung dienen der Entwicklung konkreter Massnahmen gegen

geschlechtsspezifische Gewalt im öffentlichen Raum im Rahmen des Gleichstellungplans. Im Berichtsjahr wurden die Projektorganisation und die gemeinsame Projektleitung durch die ZFG und das Sicherheitsdepartement aufgegleist.

Plakat aus dem Begleitmaterial von «be yourself!». (Bild: Reactor)

Seit Oktober 2019 bietet die ZFG das neue Lehrmittel «be yourself!» an. Im Zentrum von «be yourself!» stehen sechs Filmszenen. Sie bilden die Basis, um mit Jugendlichen Themen wie «Zu den eigenen Gefühlen stehen», «Rollenbilder» oder «Übergriffe» zu bearbeiten. Das Lehrmittel kann für 25 Franken auf der Website der Fachstelle erworben werden. Es erfreut sich einer grossen Nachfrage und wurde in den ersten drei Monaten nach seiner Publikation bereits 72 Mal bestellt.

Internes und externes Bildungsangebot
Eine von der ZFG durchgeführte Tagung im September 2019 widmete sich der Frage, wie in der Gleichstellungsarbeit gleiche Rechte für Frauen und für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans-Menschen etabliert werden können, ohne wiederum Ausschlüsse und Diskriminierung zu produzieren. Rund 150 Menschen aus den verschiedensten Gesellschaftsbereichen nahmen an der Tagung teil und diskutierten, wo gemeinsames und solidarisches Handeln möglich ist und wo es Ängste und Trennendes gibt. 2020 erscheint eine Dokumentation zur Tagung.

Die ZFG führte Ende Oktober 2019 in Kooperation mit Transgender Network Switzerland eine Weiterbildung für Berufsbildende der Stadt Zürich zum Umgang mit Trans-Lernenden durch.

Die Integrationsförderung (IF) bietet spezifisch für Frauen den Kurs «In Zürich leben» an. Zusammen mit der IF organisierte die Fachstelle eine Weiterbildung für die Kursleiterinnen zum Thema Gleichstellung. Auch die Veranstaltung «Gender und Migration» wurde in Kooperation mit der IF durchgeführt: Rund 50 Sozialberatende, Hortleitende und Berufsberatende informierten sich darüber, wie eine Gleichstellungssicht in die Beratung von zugezogenen Menschen eingebracht werden kann.

Beratungen
496 Personen ersuchten 2019 bei der Fachstelle um eine Auskunft, Beratung oder Vermittlung. Die Beratungen und Vermittlungen der Fachstelle geben über den Einzelfall hinaus auch Hinweise auf strukturelle Diskriminierungen. Von den Anfragen stammten drei Viertel aus der Stadt Zürich und ein Viertel aus der Stadtverwaltung. Die meisten Anfragen erhielt die ZFG zu sexueller und sexistischer Belästigung am Arbeitsplatz, zu Kündigungen aufgrund Schwanger- und Mutterschaft sowie zur Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Trans-Menschen. Letztere betrafen zu einem grossen Teil Fragen zur Stiefkindadoption, zu transinklusiver Sprache und Trans-Kindern in der Schule.

Unterlagen zu Veranstaltungen der ZFG werden auf der Website www.stadt-zuerich.ch/gleichstellung publiziert. Neben aktuellen Informationen zu laufenden Projekten finden sich auf der Website auch Zahlen und Fakten zur Gleichstellung sowie thematische Dossiers. Interessierte können zudem den Newsletter der ZFG abonnieren.

Den Mitarbeitenden der Stadt Zürich stehen im städtischen Intranet zahlreiche Hilfsmittel und Informationen zur betrieblichen Gleichstellung und zum Gleichstellungsplan zur Verfügung.

4.9.3 Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Auskünfte und Beratungen	399	486	557	494	496
Medienberichte	89	120	115	120	111
Teilnehmende an Veranstaltungen	1406	2801	4375	3695	2864

Erläuterungen:
Die telefonischen und schriftlichen Anfragen bei der ZFG werden als Auskünfte, Beratungen oder Vermittlungen erfasst. Der Medienindikator beinhaltet alle Berichte in gedruckten und elektronischen Medien zur ZFG und ihren Dienstleistungen.

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Motionen und Postulate[1]
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2013/427	04.12.2013 18.06.2014	Sylvie Fee Matter und Esther Straub (beide SP) Mahnmal für die Personen, welche in Zürich wegen Hexerei gefoltert und verurteilt wurden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mit einem Mahnmal der 79 Personen gedacht werden kann, die zwischen 1478 und 1701 in Zürich wegen sogenannter Hexerei gefoltert und zum Tode verurteilt wurden.

Im Mai 2018 erschienen Nachträge und Ergänzungen zur Dokumentation «Hexenmorde Zürichs und auf Zürcher Gebiet» von 2012. Darin enthalten sind Ausführungen zu bislang unbekannten Opfern, u. a. aus der Stadt Zürich. Diese neuen Erkenntnisse sind Anlass, das Anliegen des Postulats nochmals zu prüfen. Abgeklärt wird ein Mahnmal im Raum Rathaus/Rathausbrücke. Kurzfristig umgesetzt wird ein Informationsangebot über die Justizmorde auf der interaktiven Anzeige des neuen «eCityplans», auf welchem auch historische Sachverhalte abgerufen werden können. Das Informationsangebot in «Einfach Zürich» im Landesmuseum ist mittlerweile erstellt.

Postulat 2013/428	04.12.2013 18.06.2014	Samuel Dubno (GLP) und Marc Bourgeois (FDP) Auftrag zur aktiven und verbindlichen Publikation der nicht dem Datenschutz oder dem Amtsgeheimnis untergeordneten Datenbestände der Stadtverwaltung

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Publikation offener Behördendaten («Open Government Data», OGD) der Stadt Zürich durch einen verbindlichen Auftrag zur aktiven Veröffentlichung der nicht dem Datenschutz oder dem Amtsgeheimnis untergeordneten Datenbestände der Stadtverwaltung verbreitert und beschleunigt werden kann im Sinne von «Open Government Data by Default». Die Umsetzung in den einzelnen Verwaltungsbereichen soll dabei aus Kostengründen schrittweise im Rahmen ohnehin anfallender Anpassungen an der IT- und Prozesslandschaft erfolgen.

Um das geforderte Prinzip einer proaktiven Datenveröffentlichung i. S. v. «Open Government Data by Default» zu erreichen, wurden vier Massnahmen ergriffen:

1. Entwicklung einer spezifischen OGD-Strategie, die eine schrittweise, proaktive Veröffentlichung von Daten ermöglicht, die keinem Schutzbedarf unterliegen.
2. Unterstützung von Vorhaben und Strategien, die das Öffnen von Verwaltungsdaten weiter fördern.
3. Aufbau eines stadtweiten Gremiums zur Steuerung und Koordination von offenen Verwaltungsdaten mit Vertreterinnen und Vertretern aller Departemente.
4. Etablierung von – stadtweit als verbindlich erklärten – strategischen Vorgaben zur proaktiven Veröffentlichung von Verwaltungsdaten.

Die Massnahmen gemäss Ziffern 2, 3 und Ziff. 4 wurden bereits umgesetzt (Grundlage STRB Nr. 503/2015, Inkraftsetzung «Statistikstrategie und offene Verwaltungsdaten Stadt Zürich 2025» sowie STRB Nr. 998/2018, Umsetzung einer departementsübergreifenden Smart-City-Strategie). Die Massnahmen gemäss Ziffer 1 sind noch in Arbeit, sie werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2020 abgeschlossen. Nach Abschluss dieser Arbeiten wird die Abschreibung beantragt.

Postulat 2014/44	05.02.2014 03.09.2014	Alecs Recher (AL) Anonyme Erfassung der Merkmale Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung in Befragungen, bei denen diese Merkmale mutmasslich von Relevanz sind

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, in Befragungen, bei denen damit gerechnet werden kann, dass die Geschlechtsidentität oder/und die sexuelle Orientierung der Befragten von Relevanz ist, diese beiden Merkmale einfliessen zu lassen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Antwortenden ihre sexuelle Orientierung und ihre Geschlechtsidentität anonym, aber individuell korrekt angeben können.

Die nächste Mitarbeitendenbefragung (MAB) der Stadt Zürich findet voraussichtlich 2022 statt. Es wird derzeit von Human Resources Management (HRZ) geprüft, inwiefern in dieser anonymen Befragung beispielsweise Fragen zu Homo- und Transthemen am Arbeitsplatz sowie zu Belästigungen am Arbeitsplatz aufgenommen werden können. Die Mitarbeitendenbefragung wird ab 2020 neu konzipiert.

Auch bei der Gesundheitsbefragung wird derzeit seitens Fachstelle für Gleichstellung, Statistik Stadt Zürich und Schulgesundheitsdienste geprüft, wie Erkenntnisse aus der Befragung 2017 zur Gesundheit von LGBTI-Jugendlichen sinnvoll ausgewertet werden können.

[1] Abschreibungsanträge zu Postulaten wurden mit separater Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2015/19	21.01.2015 28.10.2015	Grüne-Fraktion Verhandlungen über ein «Trade in Services Agreement (TiSA)», Auswirkungen des Abkommens für die Stadt sowie Möglichkeiten für ein Engagement gegen das Vorgehen des Bundesrats

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen,

1. *welche Möglichkeit er hat, gegen den Bundesrat eine Beschwerde zu erheben, da bei den TiSA-Verhandlungen gegen fundamentale Grundsätze des sozialen Friedens und der demokratischen Ordnung verstossen wird.*
2. *welche weiteren Möglichkeiten des Engagements gegen TiSA der Stadt Zürich zur Verfügung stehen (z. B. im Rahmen eines Engagements im Städteverband).*
3. *wel*che Auswirkungen (in einem Bericht dargelegt) das TiSA-Abkommen für die Stadt Zürich haben würde.

Mit STRB Nr. 679/2015 zur (abgelehnten und als Postulat entgegengenommenen) Motion GR Nr. 2015/17 hat sich der Stadtrat bereit erklärt, dem Gemeinderat nach Abschluss der Verhandlungen und mit Bekanntgabe der Ergebnisse Bericht über die möglichen Auswirkungen des Abkommens auf die Stadt Zürich zu erstatten.

Da die Verhandlungen aktuell sistiert sind, ist zurzeit noch keine Berichterstattung über deren Ergebnisse, allfällige Auswirkungen auf die Stadt Zürich und allfällige Massnahmen von Seiten der Stadt möglich. Eine Berichterstattung (mit Weisung) wird erfolgen, sobald die Verhandlungsergebnisse und das Vorgehen von Seiten Bund bekannt sind.

Postulat 2015/343	21.01.2015 28.10.2015	Grüne-Fraktion Verhandlungen über ein «Trade in Services Agreement (TiSA)», Erklärung der Stadt zur TiSA-freien Zone

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche die Stadt Zürich im Sinne eines Signals zur TiSA-freien Zone erklärt – analog zu den weltweiten Massnahmen zu GATS anfangs des 21. Jahrhunderts, die auch Zürich unterstützt hat.

Mit STRB Nr. 679/2015 zur (abgelehnten und als Postulat entgegengenommenen) Motion GR Nr. 2015/17 hat sich der Stadtrat bereit erklärt, dem Gemeinderat nach Abschluss der Verhandlungen und mit Bekanntgabe der Ergebnisse Bericht über die möglichen Auswirkungen des Abkommens auf die Stadt Zürich zu erstatten.

Da die Verhandlungen aktuell sistiert sind, ist zurzeit noch keine Berichterstattung über deren Ergebnisse, allfällige Auswirkungen auf die Stadt Zürich und allfällige Massnahmen von Seiten der Stadt möglich. Eine Berichterstattung (mit Weisung) wird erfolgen, sobald die Verhandlungsergebnisse und das Vorgehen von Seiten Bund bekannt sind.

Postulat 2017/128	10.05.2017 30.05.2018	Andrea Leitner Verhoeven und Rosa Maino (beide AL) Beibehaltung des kostenlosen Fahrdienstes für Hinterbliebene bei Bestattungen von Angehörigen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er das städtische Angebot des kostenlosen Fahrdienstes für Hinterbliebene zur Bestattung ihrer Angehörigen, das per 1. Juni 2017 eingestellt werden soll, aufrechterhalten kann.

Postulat 2017/226	05.07.2017 30.05.2018	Christine Seidler (SP) und Mario Mariani (CVP) Formate für institutionalisierte Partizipationsprozesse für grössere und komplexe Projekte im Rahmen der Stadtentwicklung und Verdichtung unter angemessener Kostenbeteiligung von profitierenden Dritten

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der Stadtentwicklung und Verdichtung für komplexe oder grössere Projekte, stadtweite Fragestellungen oder einschneidende Quartiereingriffe, geeignete Partizipationsprozesse institutionalisiert werden können. Dabei ist bei der Finanzierung zu prüfen, ob bei diesen Prozessen eine angemessene Kostenbeteiligung der von der Entwicklung profitierenden Dritten (Investoren, Grundeigentümer etc.) sichergestellt werden kann. In diesem Zusammenhang ist dem Gemeinderat auf der Basis von laufender oder künftigen Partizipationsprozessen innerhalb von zwei Jahren ein Bericht vorzulegen, welcher Anlass, Form, Erfahrungswert, Mehrwert und Kostenbilanz darlegt.

Postulat 2017/246	12.07.2017 04.07.2018	SP- und AL-Fraktionen Escher-Keller-Jubiläum 2019, Förderung der Forschung über die Verwicklung der Familie Escher in die Sklaverei und Sichtbarmachung im Stadtbild

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Hinblick auf das Escher-Keller-Jubiläum im Jahr 2019 die historisch-kritische Forschung über die Verwicklung der Familie Escher in die Sklaverei gefördert und die Erinnerung an die von der Familie Escher von 1815 bis 1845 betriebene Sklavenhalterplantage Buen Retiro in Cuba – zum Beispiel mit einer Gedenktafel im Belvoirpark oder am Belvoir selbst – im Stadtbild sichtbar gemacht werden kann.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2017/288	30.08.2017 04.07.2018	Urs Helfenstein und Renate Fischer (beide SP) Ombudsstelle der Stadt, Erweiterung des Handlungsspielraums

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der laufenden Überarbeitung der Gemeindeordnung der Handlungsspielraum des Beauftragten bzw. der Beauftragten in Beschwerdesachen angepasst werden kann, so dass sie auch von sich aus tätig werden kann.

Postulat 2018/261	13.09.2017 04.07.2018	Christine Seidler und Jean-Daniel Strub (beide SP) Rahmenkredit zur Stärkung der Partizipation der Quartiere in der Stadtentwicklung

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zur Stärkung der Partizipation in der Stadtentwicklung eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, welche einen Rahmenkredit in geeigneter Höhe definiert, der den Stadtquartieren zur Verfügung steht. Über die nach Quartieren aufgeteilten Mittel bestimmen die Einwohnerinnen und Einwohner mittels geeigneter Beteiligungsverfahren, wobei unter anderem Participatory Budgeting-Prozesse in Betracht kommen. Wünschenswert ist, dass vorgängig ein öffentlich ausgeschriebener Ideenwettbewerb durchgeführt wird, auf dessen Grundlage die zur Anwendung kommenden partizipativen Verfahren ausgewählt werden. Diese sind für selbstdefinierte lokale Zwecke zu verwenden. Dabei ist zu prüfen, ob heute bestehende Quartierkredite in den Departementen sinnvoll integriert werden können. Vor dem Auslaufen des Rahmenkredits ist dem Gemeinderat im Hinblick auf eine allfällige Weiterführung der Finanzierung über die gesammelten Erfahrungen Bericht zu erstatten.

Postulat 2017/377	01.11.2017 12.09.2018	SP-, Grüne-, AL- und CVP-Fraktionen Aktionsplan zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte von trans* Personen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit Trans-Organisationen ein umfassender Aktionsplan zur Gleichstellung und Sicherung der Grundrechte von trans* Personen erarbeitet und umgesetzt werden kann.*

Postulat 2017/407	22.11.2017 12.09.2018	Marcel Bührig und Markus Kunz (beide Grüne) Verwendung von leichter Sprache beim städtischen Internetauftritt und bei weiteren Informationsmaterialien

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, welche Teile des städtischen Internetauftritts und weiterem Informationsmaterial in so genannter leichter Sprache angeboten werden können.

Postulat 2018/60	07.02.2018 12.09.2018	Christine Seidler (SP) Realisierung eines Stadtlabors (Laborquartiers) zur Erprobung zukunftsträchtiger Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und des Wohnens

Der Stadtrat wird aufgefordert dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten für die Realisierung, für die Planung und Erstellung eines selbstverwalteten Stadtlabors (Laborquartiers). Statt des herkömmlichen Planungsrahmens sollen, optimale Rahmenbedingungen bestimmt werden, um neue Formen der Verdichtung und des Zusammenlebens, innovative und alternative Nutzungsprinzipien, Nachhaltigkeit, Bildung von Quartieridentität zu ermöglichen. Das Stadtlabor soll während zehn Jahren bestehen und wissenschaftlich begleitet werden.

Postulat 2018/61	07.02.2018 23.01.2019	Jean-Daniel Strub (SP) und Marcel Bührig (Grüne) Einrichtung eines «Zurich Innovation Fellowship Programms» in der Stadtverwaltung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Stadtverwaltung ein Zurich Innovation Fellowship Programm eingerichtet werden kann. Zurich Innovation Fellows sind talentierte junge Spezialistinnen und Spezialisten aus den Bereichen IT, Design oder Innovation aus innovationskräftigen Unternehmen oder mit anderweitig einschlägigen unternehmerischen Erfahrungen mit starkem Innovationsbezug. Im Rahmen dieses Programms sollen stets mindestens zwei Fellows während eines Jahres in einer Querschnittsfunktion der Verwaltung eingebunden werden. Dort tragen sie zur strategischen Entwicklung und zur konkreten Umsetzung von (Pilot-)Projekten bei und stärken den direkten Know How- und Ideen-Transfer zwischen den beteiligten Partnerinnen und Partnern aus der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Sektor.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/78	28.02.2018 31.10.2018	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Vorlage eines Berichts zur Reorganisation der Verwaltung

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat einen Bericht zur Reorganisation der Verwaltung vorzulegen.

1. Diese Reorganisation der Verwaltung erfüllt folgende Grundsätze:

a. Die Verwaltungseinheiten (Dienstabteilungen) werden wo notwendig wie folgt neu strukturiert:
i. Umsetzung des Prinzips «eine Dienstabteilung ist für ein Thema verantwortlich»;
ii. Die Aufgaben der Dienstabteilungen, die Querschnittfunktionen wahrnehmen (OIZ, HR, Immo etc.) oder Service-Leistungen (Kommunikation, Fahrzeugbeschaffung etc.) erbringen, werden einheitlich und für alle Dienstabteilungen verbindlich geregelt;
b. Die Dienstabteilungen werden nach sachlichen Kriterien auf die Departemente verteilt. Den Departementen werden Anstalten und Beteiligungen zugeordnet, die zu ihrem Verantwortungsbereich gehören.
c. Die Zentrale Verwaltung des Departements ist für die strategische Führung der Dienstabteilungen (inkl. Gemeindebetriebe) sowie der dem Departement zugeordneten Anstalten und Mehrheitsbeteiligungen zuständig. Der Personalbestand der Zentralen Verwaltungen wird dementsprechend angepasst.

2. Die Verwaltungsreform ist so zu planen, dass sie mit der Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes auf den 1. Januar 2022 bzw. den Legislaturwechsel im Mai 2022 operativ umgesetzt werden kann.

3. Die Verwaltungsreform ist am Grundsatz der bestmöglichen demokratischen Verankerung und Legitimation der Verwaltungstätigkeit auszurichten.

Postulat	28.03.2018	Mario Mariani (CVP), vertreten durch Matthias Wiesmann (GLP) und Reto Vogelbacher (CVP), vertreten durch Shaibal Roy (GLP)
2018/125	21.08.2019	Datenaustausch zwischen den Stadtammann- und Betreibungsämtern im Rahmen der Strukturbereinigung

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der Strukturbereinigung die heutigen Stadtammann- und Betreibungs-Ämter Daten untereinander austauschen können. Insbesondere soll ein Betreibungsregisterauszug sämtliche Betreibungen in der Stadt und nicht nur die des entsprechenden Stadtammannkreises enthalten.

Postulat	18.04.2018	Jean-Daniel Strub (SP) und Andreas Kirstein (AL)
2018/160	21.08.2019	Gewährleistung der Einhaltung von Art. 1 des Redaktionsstatuts des Tagblatts der Stadt Zürich betreffend der inhaltlichen Ausrichtung der Wochenzeitung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass Artikel 1 des Redaktionsstatuts des Tagblatts der Stadt Zürich jederzeit eingehalten wird. Sollte dieser Artikel verletzt werden, ist der bis 31.12.2022 geltende Vertrag der Stadt Zürich mit der Tagblatt der Stadt Zürich AG vom 7. März 2017 umgehend unter Berufung auf Ziffer 9 (S. 10) des Vertrags zu kündigen. Unter Berufung auf die gleiche Ziffer soll der Vertrag umgehend gekündigt werden, falls die neue Eigentümerschaft der Tagblatt der Stadt Zürich AG grossflächige Entlassungen auf der Redaktion der Zeitung plant oder eine vermehrte, die Einhaltung der Vorgaben des Redaktionsstatuts bezüglich Sachlichkeit und Neutralität gefährdende redaktionelle Zusammenarbeit mit anderen Gratiszeitungen in der Stadt Zürich vorangetrieben wird.

Postulat	20.06.2018	Andrea Leitner Verhoeven (AL)
2018/240	21.08.2019	Offenlegung der Verbindungen eines Unternehmens zur Sklaverei bei Geschäftsbeziehungen mit der Stadt

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Aufrechterhaltung von Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen von ihrem Engagement zur Offenlegung der Verbindungen des Unternehmens zur Sklaverei abhängig gemacht werden kann.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2018/278	11.07.2018 31.10.2018	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Einführung einer städtischen Identitätskarte für alle Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner (Züri City Card)

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Vorlage zur Einführung einer städtischen Identitätskarte für alle Stadtbewohner*innen (sogenannte Züri City Card) vorzulegen.*

*Die Züri City Card soll allen Einwohner*innen der Stadt Zürich ungeachtet von Herkunft und Aufenthaltsstatus ausgestellt werden und gegenüber Behörden (insbesondere der Polizei) und Privaten als Identitätsnachweis dienen. Der Aufenthaltsstatus spielt keine Rolle, er soll nicht auf dem Ausweis vermerkt werden und die städtischen Behörden sollen auf die Prüfung des Aufenthaltsstatus verzichten.*

*Der Stadtausweis soll nicht nur für die Identitätsfeststellung eingesetzt werden können, sie soll auch vergünstigten Zugang zu Kulturinstitutionen, Sportangebote, Bibliotheken usw. ermöglichen. So soll sichergestellt werden, dass die Identitätskarte für alle Stadtbewohner*innen attraktiv ist.*

Alle City Card-Daten sollen verschlüsselt gespeichert werden. Diese Daten dürfen ohne richterliche Anordnung nicht weitergegeben werden. Informationen zum Aufenthaltsstatus müssen bei einer Anmeldung für die Züri City Card nicht angegeben werden.

Postulat 2018/329	05.09.2018 21.08.2019	Marcel Bührig und Balz Bürgisser (beide Grüne) Digitale Veröffentlichung aller Beschlüsse des Stadtrats und der Schulpflege

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie alle Beschlüsse des Stadtrats und der Schulpflege – mindestens seit 1998 – online und digital verfügbar gemacht werden können, sofern keine rechtliche Geheimhaltungspflicht vorliegt oder ein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse der Veröffentlichung entgegensteht.

Postulat 2018/415	31.10.2018 21.08.2019	Maria del Carmen Señorán und Dubravko Sinovcic (beide SVP) Zusammenarbeit zwischen den politischen Kreisparteien und dem Bevölkerungsamt für den Versand von Informationsmaterial

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Zusammenarbeit zwischen den politischen Kreisparteien sowie dem Bevölkerungsamt betreffend Versand von Informationsmaterial, unter Wahrung des Datenschutzes, ermöglicht werden kann. Politische Kreisparteien sollen wie die Quartiervereine die Möglichkeit haben, via Bevölkerungsamt an JungbürgerInnen, NeubürgerInnen und NeuzuzügerInnen zu gelangen.

Postulat 2018/425	07.11.2018 30.10.2019	Urs Helfenstein (SP) und Matthias Wiesmann (GLP) Anreicherung des Willkommenspakets der Stadt mit Informationen und Gutscheinen für Kultur-, Sport- und weitere Angebote

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das «Willkommenspaket» der Stadt Zürich für NeuzuzügerInnen durch Abgabe von weiteren Informationen und Gutscheinen für Kultur-, Sport- und weitere Angebote angereichert werden kann.

Postulat 2018/426	07.11.2018 30.10.2019	Corina Gredig (GLP) und Jean-Daniel Strub (SP) Ergänzung der IT-Strategie der Stadt 2020–2024 mit der Stossrichtung 7 «Civic Tech»

Der Stadtrat wird beauftragt, die Ergänzung der IT-Strategie der Stadt Zürich 2020-2024 um eine siebte «Stossrichtung» zu prüfen. So soll die Stossrichtung 7 «Civic Tech» sicherstellen, dass Informations- und Kommunikationstechnologien für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Prozessen eingesetzt werden.

Postulat 2018/427	07.11.2018 30.10.2019	Vera Ziswiler und Michael Kraft (beide SP) Geeignete Würdigung des Landesstreik-Jubiläums

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie anlässlich des hundertjährigen Jubiläums eine geeignete Würdigung (Denkmal, Platz, Strasse, Informationsangebot, etc.) des Landesstreiks in Zürich geschaffen werden kann.

Motion 2018/477	05.12.2018 30.10.2019	SP- und AL-Fraktionen Erhöhung des Beitrags an die Zürcher Filmstiftung für die Ausrichtung von Filmpreisen

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, mit welcher der Beitrag an die Zürcher Filmstiftung für die Ausrichtung von Filmpreisen im Umfang der bisherigen Kosten der Stadt erhöht wird.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/513	19.12.2018 23.01.2019	Markus Merki und Isabel Garcia (beide GLP) Offenlegung der Leistungsvereinbarungen bei der Beratung von subventionsbetreffenden Weisungen in den Spezialkommissionen des Gemeinderats

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie den Spezialkommissionen zum Zeitpunkt von Beratungen über subventionsbetreffende Weisungen die jeweilige, für die zu beratenden Subventionsdauer gültige Leistungsvereinbarung der Stadt mit der betreffenden Institution in die Kommissionsberatung miteinbezogen werden kann, bzw. der Spezialkommissionen vor der Beschlussfassung zugänglich gemacht werden kann.

Postulat 2019/58	06.02.2019 06.03.2019	Pirmin Meyer (GLP) und Marcel Tobler (SP) Standort für den Weiterbetrieb des Impact Hubs zur Förderung von Unternehmerinnen und Unternehmern in Zürich

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie dem Impact Hub zur Förderung von Unternehmerinnen und Unternehmern in Zürich ein Standort, der den Fortbestand des Impact Hubs im heutigen Umfang für einen planbaren Zeitraum sichert, zur Verfügung gestellt werden kann.

Postulat 2019/314	03.07.2019 11.09.2019	Elisabeth Schoch und Yasmine Bourgeois (beide FDP) Einbezug der Bevölkerung bei der Gestaltung des städtischen Raums und städtischer Prozesse mittels smarter Lösungen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie für die Gestaltung des städtischen Raumes und städtischer Prozesse mittels smarter Lösungen weitere Kreise der Bevölkerung in die Lösungserarbeitung einbezogen werden können.

Finanz-departement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Finanzdepartement

1.	**Vorwort**	**71**
2.	**Jahresschwerpunkte**	**72**
3.	**Kennzahlen Finanzdepartement**	**76**
4.	**Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen**	**77**
4.1	**Departementssekretariat**	**77**
4.1.1	Aufgaben	77
4.1.2	Jahresschwerpunkte	77
4.1.3	Erbschaften und Vermächtnisse	77
4.1.4	Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe im In- und Ausland	77
4.1.5	Aufsicht über gemeinnützige privatrechtliche Stiftungen	77
4.1.6	Kennzahlen	77
4.2	**IT-Controlling**	**78**
4.2.1	Aufgaben	78
4.2.2	Jahresschwerpunkte	78
4.3	**Büro für Wohnbauförderung**	**78**
4.3.1	Aufgaben	78
4.3.2	Jahresschwerpunkte	78
4.3.3	Kennzahlen	79
4.4	**Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien**	**80**
4.4.1	Aufgaben	80
4.4.2	Jahresschwerpunkte	80
4.4.3	Kennzahlen	80
4.5	**Einfach Wohnen – Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen**	**80**
4.5.1	Aufgaben	80
4.5.2	Jahresschwerpunkte	80
4.6	**Organisation und Informatik (OIZ)**	**81**
4.6.1	Aufgaben	81
4.6.2	Jahresschwerpunkte	81
4.6.3	Kennzahlen	82
4.7	**Finanzverwaltung**	**82**
4.7.1	Aufgaben	82
4.7.2	Jahresschwerpunkte	83
4.7.3	Kennzahlen	84
4.8	**Steueramt**	**86**
4.8.1	Aufgaben	86
4.8.2	Jahresschwerpunkte	86
4.8.3	Kennzahlen	87
4.9	**Liegenschaften Stadt Zürich**	**87**
4.9.1	Aufgaben	87
4.9.2	Jahresschwerpunkte	88
4.9.3	Kennzahlen	90
4.10	**Human Resources Management (HR Stadt Zürich)**	**94**
4.10.1	Aufgaben	94
4.10.2	Jahresschwerpunkte	94
4.10.3	Kennzahlen	95
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**96**

1. Vorwort

Daniel Leupi. (Bild: Thomas Burla)

Klima, Kriege und Katastrophen: Krisen wie diese füllten 2019 allzu oft die Nachrichtenticker. Für das Finanzdepartement spiegeln sich solche Themen beispielsweise in Abstimmungen und in politischen Vorstössen. Im November hat das Stimmvolk die Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut» deutlich angenommen. Die Stadt Zürich kann damit in Zukunft mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen. Erstmals wurden ausserdem im Rahmen der Anschubfinanzierung drei Projekte und Initiativen von kleinen oder neuen Organisationen aus dem Kanton Zürich unterstützt.

Weil das Thema «Bezahlbarer Wohnraum» bewegt, sind gemeinnützige Wohnsiedlungen bei der Zürcher Stimmbevölkerung in der Regel unumstritten. Entsprechend stimmte sie den Vorlagen zum Objektkredit für die neue Wohnsiedlung Leutschenbach sowie für den Neubau Alterszentrum und Wohnsiedlung Eichrain deutlich zu. Bei diesen und weiteren künftigen städtischen Siedlungen leisten Stadt und Mieterschaft unter anderem auch einen wichtigen Beitrag zum Thema «Klima»: Bewohnerinnen und Bewohner neuer Siedlungen werden dank Photovoltaik-Anlagen Strom vom Dach direkt nutzen können.

Beim Bauprojekt auf dem Koch-Areal, dem die Bevölkerung 2018 zugestimmt hatte, ist der Wettbewerb für die Vergabe des Baurechts an die Bauträger entschieden. Bis 2023 plant die Stadt zusammen mit der ABZ, der Bau- und Wohngenossenschaft Kraftwerk1 und der Immobilienentwicklerin SENN auf dem Areal rund 350 gemeinnützige Wohnungen, ein Gewerbehaus und einen Quartierpark.

Für städtische Wohnungen hat der Stadtrat im Frühjahr zudem ein Mietreglement verabschiedet, das für die reibungslose Umsetzung der Vermietungsverordnung sorgt und mehr Transparenz schafft. Mit der Einführung der E-Vermietung wurde die Vergabe der Wohnungen kundenfreundlicher. Vergebliche Anrufe, um einen Platz für eine Besichtigung zu ergattern, gehören der Vergangenheit an. Neu entscheidet ein Online-Zufallsgenerator, wer eine Wohnung besichtigen kann.

Mit dem Schwerpunkt «Digitale Stadt» leistet das Finanzdepartement einen wichtigen Beitrag zur Strategie Smart City Zürich. Die Online-Services für die Bevölkerung und für Unternehmen werden weiter ausgebaut. «Mein Konto» verzeichnet unterdessen bald 60 000 Nutzende. Auch innerhalb der Verwaltung wurden Prozesse optimiert, um die Mitarbeitenden bei ihren Aufgaben zu unterstützen. Immer wichtiger wird im Rahmen der Digitalisierung der Austausch mit Startups und Unternehmen sowie die Zusammenarbeit mit Bund und Kantonen.

Nebst Wohnen und Digitalisierung beschäftigte die Rolle der Stadt als Akteurin am Kapitalmarkt das Departement. Die Stadt Zürich hat sich 2019 erstmals durch eine Ratingagentur auf ihre Kreditbonität hin prüfen lassen. Die Einstufung «AA+ Outlook Stable» durch die Ratingagentur Standard & Poor's bestätigt die umsichtige langfristige Finanzplanung der Stadt Zürich. Diese trägt dazu bei, Risiken zu vermindern und Kosten zu senken.

Auch die Public Corporate Governance nimmt an Bedeutung zu. Im Herbst hat der Stadtrat Richtlinien zum Beteiligungsmanagement erarbeitet und die Zuständigkeiten geregelt. Ziel ist die standardisierte Steuerung und Aufsicht der zahlreichen Beteiligungen unter Einbezug des Gemeinderats. In einem nächsten Schritt wird der Stadtrat eine Beteiligungsstrategie sowie Eigentümerstrategien für die bedeutendsten Beteiligungen verabschieden.

Nicht alle Krisen lassen sich mit Massnahmen wie diesen verhindern. Aber sie tragen zu einer stabilen Zukunft der Stadt Zürich bei.

Daniel Leupi
Vorsteher des Finanzdepartements

2. Jahresschwerpunkte

Steuerentwicklung
Im Rechnungsjahr erreichten die Steuererträge mit einer Höhe von beinahe 3 Milliarden Franken (2999,2 Millionen Franken) das höchste jemals erzielte Resultat. Die erzielten Erträge übersteigen den budgetierten Wert um 37,9 Millionen Franken und liegen damit 1,28 % über dem Budget. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Werte bei den natürlichen Personen um 98,3 Millionen Franken. Bei der Grundstücksgewinnsteuer lagen die Erträge 81,2 Millionen Franken über dem Vorjahresergebnis. Die Erträge bei den juristischen Personen lagen 97,7 Millionen Franken unter dem Vorjahresergebnis, die Erträge bei der Quellensteuer lagen 30,5 Millionen Franken unter dem Vorjahresergebnis.

Die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen erhöhten sich gegenüber dem budgetierten Wert um 77,3 Millionen Franken und damit um 4,93 %. Dies ist neben höheren Erträgen aus der laufenden Periode hauptsächlich auf höhere Erträge aus den Vorjahren zurückzuführen. So fielen insbesondere die Erträge aus der nachträglichen ordentlichen Veranlagung zur Quellensteuer (NOV) ausserordentlich hoch aus, da das Kantonale Steueramt diesbezüglich viele Pendenzen erledigte.

Die Steuerertragsentwicklung bei den juristischen Personen ist stark von der Gewinnsituation der rund 250 grössten Unternehmungen in der Stadt Zürich geprägt, die allein rund 75 % des gesamten Steueraufkommens der juristischen Personen generieren. Die Erträge des laufenden Jahres fielen im Vergleich zum Budget etwas höher aus (32,3 Millionen Franken). Hingegen schlossen die Nachträge der Vorjahre im Vergleich zum Budget um 78,6 Millionen Franken tiefer ab. Bei der Steuerausscheidung weist die Differenz zum Budget ein Minus von 48,8 Millionen Franken auf. Die Entwicklung der Vorjahre und der Steuerausscheidung widerspiegeln die Geschäftsentwicklung der grössten Unternehmen und weisen naturgemäss eine starke Volatilität auf. Trotz der Zusammenarbeit mit den Unternehmungen im Budgetierungsprozess ist es schwierig, sowohl die Höhe als auch die zeitlichen Komponenten der steuerlichen Auswirkungen jeweils richtig einzuschätzen.

In der Rechnung der Quellensteuer I (ausländische Arbeitnehmende) werden zunächst die durch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im jeweiligen Rechnungsjahr entrichteten Zahlungen als Ertrag verbucht. Von dieser Summe werden jene bereits bezogenen Quellensteuererträge, die infolge der nachträglichen ordentlichen Veranlagung zur Quellensteuer neu als ordentliche Steuern in Rechnung gestellt werden, abgezogen. Somit ist die Steuerertragsentwicklung bei der Quellensteuer I geprägt von der Verarbeitung der Arbeitgeberabrechnungen durch das Kantonale Steueramt sowie von den definitiven Einschätzungen, der sogenannten nachträglichen Veranlagung zur Quellensteuer. Gegenüber dem letztjährigen Wert wurde ein um 30 Millionen Franken tieferer Ertrag erzielt. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass in der Berichtsperiode ausserordentlich viele Korrekturen infolge der nachträglichen ordentlichen Veranlagungen erfolgten, die jedoch bei den natürlichen Personen zu Mehrerträgen bei den Steuernachträgen der Vorjahre führten.

Der Ertrag der Grundstückgewinnsteuer beträgt 321,1 Millionen Franken und liegt damit um über 100 Millionen Franken über dem budgetierten Wert. Hierbei handelt es sich um das zweithöchste jemals erzielte Ergebnis. Die Gewinne im Rahmen der Grundstückgewinnsteuer sind abhängig von der Entwicklung des Immobilienmarkts in der Stadt Zürich und sind schwer zu prognostizieren. Zudem fielen gewisse Erträge aufgrund von laufenden Rechtsfällen mit zeitlicher Verzögerung an. Ganz grundsätzlich zeigen die hohen Erträge bei der Grundstückgewinnsteuer, dass nach wie vor ein reger Liegenschaftenhandel mit hohen Verkaufspreisen in der Stadt Zürich stattfindet.

Der Gesamtsteuerertrag hat sich in den letzten zehn Jahren um rund 28 % erhöht. Dies ist auf das Bevölkerungswachstum (10 %) und auf die Zunahme der juristischen Personen im Steuerregister (32 %) zurückzuführen. Zudem haben sich die Erträge bei der Grundstückgewinnsteuer innerhalb der vergangenen Dekade fast verdreifacht.

Steuerertrag (in Mio. Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Gemeindesteuerfuss	119 %	119 %	119 %	119 %	119 %
Steuern natürliche Personen: Einkommens- und Vermögenssteuer	**1 429,5**	**1 508,3**	**1 477,4**	**1 546,0**	**1 644,3**
Laufendes Jahr (provisorische Steuerrechnung)[1]	1 169,4	1 175,7	1 204,6	1 238,2	1 271,0
Steuernachträge Vorjahre	209,7	255,5	231,7	264,6	329,0
Aktive Steuerausscheidung	70,8	100,6	59,5	67,2	65,6
Passive Steuerausscheidung	–17,4	–20,3	–15,7	–21,0	–17,7
Pauschale Steueranrechnung	–3,0	–3,2	–2,7	–3,0	–3,6
Steuern juristische Personen: Ertrags- und Kapitalsteuer	**819,8**	**943,3**	**773,9**	**986,3**	**888,6**
Laufendes Jahr (provisorische Steuerrechnung)[1]	775,0	776,5	832,7	873,1	907,3
Steuernachträge Vorjahre	80,8	207,1	–3,9	145,2	61,4
Aktive Steuerausscheidung	21,8	26,7	12,6	17,1	10,9
Passive Steuerausscheidung	–54,9	–65,8	–66,1	–48,8	–89,7
Pauschale Steueranrechnung	–2,9	–1,2	–1,4	–0,3	–1,3
Quellensteuern	**141,2**	**189,9**	**223,3**	**150,2**	**119,7**
Quellensteuer I (ausländische ArbeitnehmerInnen)	114,7	164,8	194,6	120,9	90,9
Quellensteuer II (KünstlerInnen / SportlerInnen usw.)	26,5	25,1	28,7	29,3	28,8
Grundsteuern	**196,7**	**251,6**	**394,9**	**239,9**	**321,1**
Grundstückgewinnsteuer	196,7	251,6	394,9	239,9	321,1
Übrige Steuern	**25,6**	**61,3**	**27,2**	**22,7**	**25,5**
Personalsteuer	7,2	7,3	7,3	7,4	7,5
Nachsteuer	18,4	54,0	19,9	15,3	18,0
Gesamttotal	**2 612,8**	**2 954,4**	**2 896,7**	**2 945,1**	**2 999,2**

[1] Steuerertrag des laufenden Jahres: einfache Staatssteuer mal Gemeindesteuerfuss.

Zinsentwicklung und Aktivitäten am Kapitalmarkt
Das Zielband für den Dreimonats-Libor der Schweizerischen Nationalbank (SNB), das seit dem 15. Januar 2015 (Zeitpunkt der Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 Franken gegenüber dem Euro) bei –1,25 % bis –0,25 % lag, wurde per 13. Juni durch den SNB-Leitzins ersetzt. Die SNB legte diesen auf –0,75 % fest und beliess ihn im weiteren Jahresverlauf unverändert. Geldpolitische Entscheide trifft die SNB seither durch die Festlegung der Höhe des SNB-Leitzinses.

Als Folge von erhöhten handelspolitischen Spannungen und politischen Unsicherheiten haben sich die globalen Konjunktursignale im Berichtsjahr eingetrübt. Dies führte zu einer höheren Volatilität bei den längerfristigen Zinsen und zu neuen Tiefstwerten. So erreichte der Zinssatz für 10-jährige Anleihen der Eidgenossenschaft per Mitte August einen Wert von –1,07 %. In der Folge haben sich die Konjunkturaussichten jedoch besser als erwartet entwickelt, was zu einem Zinsanstieg führte. Der oben erwähnte 10-jährige Zinssatz erholte sich im weiteren Jahresverlauf und lag per Ende Jahr bei –0,46 %. Gegenüber dem Vorjahresendwert entspricht dies einem Rückgang um 31 Basispunkte.

Zwecks Deckung des Mittelbedarfs und angesichts des vorteilhaften Zinsumfelds wurde am Kapitalmarkt eine Anleihe von 150 Millionen Franken mit einer Laufzeit von 19,5 Jahren und einem Coupon von 0,25 % aufgenommen. Die jährlichen All-in-Kosten lagen bei 0,22 %. Zur Rückzahlung gelangten eine Anleihe von 225 Millionen Franken mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Coupon von 2,75 % sowie eine Anleihe von 150 Millionen Franken mit einer Laufzeit von 5 Jahren und einem Coupon von 0,25 %. Die langfristigen Verbindlichkeiten reduzierten sich im Berichtsjahr um 225 Millionen Franken.

Finanzausgleich
Das am 1. Januar 2012 in Kraft getretene Finanzausgleichsgesetz (FAG) legt in § 29 fest, dass die Stadt Zürich einen Zentrumslastenausgleich von teuerungsindexierten 412,2 Millionen Franken erhält und davon mindestens 10,7 % zweckgebunden für die Kultur einzusetzen hat. Gleichzeitig ist Zürich in den regulären, steuerkraftabhängigen Ressourcenausgleich eingebunden. Dieser basiert auf der Bevölkerungsgrösse und der relativen Steuerkraft vor jeweils zwei Jahren.

Nachdem der Stadt im Ausgleichsjahr 2018 aufgrund einer ausserordentlich hohen Steuerkraft im Bemessungsjahr 2016 mehr Ressourcen abgeschöpft wurden, als sie Zentrumsleistungen erhielt, wird sie im Ausgleichsjahr 2019 wieder zur Nettoempfängerin. Aufgrund der Teuerung steigt der Zentrumslastenausgleich auf 404,3 Millionen Franken, und als Folge der «normaleren» relativen Steuerkraft im Bemessungsjahr 2017 sinkt die Ressourcenabschöpfung von 467,2 Millionen Franken auf 275,9 Millionen Franken.

Nach der Umstellung auf das Rechnungslegungsmodell HRM2 weist die Stadt in der Jahresrechnung beim Finanzausgleich jeweils die periodengerechten Beiträge aus. Das in der Eingangsbilanz per 1. Januar 2019 ausgewiesene Guthaben für den Nettobeitrag 2019 wurde aufgelöst, das geschätzte Guthaben für den Nettobeitrag 2020 aufgrund der kantonalen Verfügung korrigiert und das Guthaben für den geschätzten Nettobeitrag 2021 aufgrund des Bemessungsjahres 2019 neu abgegrenzt. Deshalb weichen die in der Jahresrechnung publizierten periodengerechten Finanzausgleichsbeiträge von den in der unten stehenden Tabelle ausgewiesenen im jeweiligen Jahr liquiditätswirksamen Beträgen ab.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Beträge der entsprechenden Ausgleichsjahre im Überblick:

Finanzausgleich (in Mio. Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Ressourcenabschöpfung gemäss § 14 ff. FAG	–268,9	–305,2	–325,9	–467,2	–275,9
Zentrumslastenausgleich (ZLA) gemäss § 29 Abs. 1 FAG	407,8	406,3	401,1	401,1	404,3
Total zugunsten (+) / zulasten (–) Stadt Zürich	**138,9**	**101,1**	**75,2**	**–66,1**	**128,4**
Davon zweckgebundener Kulturanteil, mindestens 10,7 % des ZLA gemäss § 29 Abs. 2 FAG	44,1	43,5	42,9	42,9	43,3

Steuervorlage 17 (SV17)
Nach dem Ja der Schweizer Stimmbevölkerung zur Steuerreform und AHV-Finanzierung im Mai haben die Stimmberechtigten im Kanton Zürich am 1. September der Änderung des Steuergesetzes zugestimmt. Die Eckpunkte waren im Kompromiss zwischen Stadt und Kanton erarbeitet und 2018 vom Regierungsrat verabschiedet worden. Um höhere Steuerausfälle zu vermeiden, hatte die Stadt Zürich diesen ersten Schritt der gestaffelten Senkung des kantonalen Gewinnsteuersatzes von 8 auf 7 %, eine bessere Gegenfinanzierung der Städte und Gemeinden sowie die weiteren Massnahmen unterstützt. Die vom Regierungsrat angedachte Senkung des Gewinnsteuersatzes in einem zweiten Schritt auf 6 % wird die Stadt Zürich frühestens in drei Jahren diskutieren, wenn feststeht, wie sich die erste Senkung auswirkt.

HR-Digitalisierung, Weiterentwicklungen Ziel- und Beurteilungsgespräch sowie Städtisches Lohnsystem
Die strategischen HR-Schwerpunkte und HR-Vorhaben 2019 bis 2022 konkretisieren die Umsetzung der HR-Strategie aus dem Jahr 2013. Der Schwerpunkt «HR-Digitalisierung» hat zum Ziel, die Prozesse im Personalmanagement zu optimieren und zu automatisieren. In einem ersten Schritt wird der Prozess des Bewerbungsmanagements mit einer stadtweiten cloudbasierten IT-Lösung digitalisiert und standardisiert. Unter «Führung» wird das Projekt «Weiterentwicklung und Einführung des Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgesprächs» (ZBG) prioritär behandelt mit dem Ziel, dieses vermehrt als dialog- und ressourcenorientiertes Führungs- und Entwicklungsinstrument zu nutzen.

Anforderungen aus Politik und Verwaltung an die Arbeitgeberin Stadt Zürich erfordern die Weiterentwicklung des Städtischen Lohnsystems. Die Lohnentwicklung soll vom Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräch (ZBG) entkoppelt, und der Mindestlohn sowie die nutzbare Erfahrung sollen erhöht werden. Die Führungsverantwortung soll gestärkt werden. Der Gemeinderat hat dazu eine entsprechende Vorlage erhalten.

Digitale Stadt
Beim Strategie-Schwerpunkt «Digitale Stadt» konnten zahlreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt oder vorangebracht werden. Darüber hinaus stand der Know-how-Transfer mit Startups und Unternehmen und die Zusammenarbeit mit Bund und Kantonen im Vordergrund. Als eines der Massnahmenpakete zur Umsetzung seiner Strategie Smart City Zürich hat der Stadtrat den Strategie-Schwerpunkt «Digitale Stadt» beschlossen, mit dem die Digitalisierung in der Stadtverwaltung weiter vorangetrieben werden soll. Im Fokus stehen unter anderem der Ausbau der Online-Services für Bevölkerung und Unternehmen und die Prozessoptimierung innerhalb der Stadtverwaltung.

Mietreglement
Der Stadtrat hat im Frühjahr ein neues Reglement über die Vermietung von städtischen Wohnungen verabschiedet. Dieses basiert auf der 2018 vom Gemeinderat verabschiedeten Vermietungsverordnung (VGV) und regelt die städtische Vermietungspraxis detailliert. Das Reglement beinhaltet klare Richtlinien betreffend Wohnsitz, Belegung, wirtschaftliche Verhältnisse der Mieterinnen und Mieter sowie Untervermietung. Es erleichtert die Umsetzung der VGV und schafft Transparenz. Die neuen Richtlinien gelten seit dem Geschäftsjahr für Mieterinnen und Mieter, die ab 1. Januar eine städtische Wohnung gemietet haben. Für ältere Mietverhältnisse werden sie ab 2024 angewendet.

E-Vermietung
Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) hat im Frühjahr die E-Vermietung eingeführt. An städtischen Wohnungen Interessierte können sich seitdem online, statt wie zuvor per Telefon, für eine Besichtigung bewerben. Ein Zufallsgenerator wählt diejenigen Personen aus, die an der Besichtigung teilnehmen können. Auch die anschliessende Wohnungsbewerbung wird online eingereicht. Den Entscheid über die Vermietung fällen wie bisher die zuständigen Bewirtschaftenden und dokumentieren diesen gemäss den Vorgaben der Vermietungsverordnung.

Die neue, kundenfreundlichere E-Vermietung läuft über den städtischen Online-Service «Mein Konto». Seit Einführung der E-Vermietung wurden 292 Wohnungen online ausgeschrieben. Pro Wohnung gingen zwischen 300 und 700 Bewerbungen für die Besichtigung ein. Erste Erfahrungen mit dem neuen Verfahren zeigten, dass bei verschiedenen Ausschreibungen ein Teil der Bewerbenden, die der Zufallsgenerator ausgewählt hatte, nicht zur Besichtigung erschien. Deshalb erhöhte LSZ die Zahl der maximal pro Besichtigung zugelassenen Personen von 30 auf 50.

Areal Hardturm
Im Mai hat der Stadtrat den privaten Gestaltungsplan für das Projekt «Ensemble» gutgeheissen. Das Projekt umfasst ein Fussballstadion für 18 000 Fans, eine Überbauung mit 174 gemeinnützigen Wohnungen der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) sowie zwei Hochhäuser mit 570 Wohnungen und Gewerberäumen der Immobilienanlagegefässe der Credit Suisse. Die eingereichten Einwendungen zum Gestaltungsplan sind in einem Bericht zusammengefasst und beantwortet.

Die Volksabstimmung vom 25. November 2018, bei der die Zürcher Stimmbevölkerung dem Projekt zugestimmt hatte, ist rechtskräftig. Der Entscheid des Verwaltungsgerichts, das eine Beschwerde gegen die Abstimmungsvorlage abgewiesen hatte, wurde nicht ans Bundesgericht weitergezogen.

Koch-Areal
Im Mai hat ein Preisgericht die vier parallel durchgeführten Wettbewerbe zu den Hochbauten (Baufelder A, B und C) sowie zum Quartierpark entschieden, dies, nachdem die Zürcher Stimmberechtigten dem Bauprojekt auf dem Koch-Areal im Juni 2018 zugestimmt hatten. Bis 2023 plant die Stadt zusammen mit der ABZ, der Bau- und Wohngenossenschaft Kraftwerk1 und der Immobilienentwicklerin SENN auf dem Areal rund 350 gemeinnützige Wohnungen – davon rund 27 für die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien –, ein grosses Gewerbehaus und einen Quartierpark. Die Vorhaben werden im Rahmen des Vorprojekts weiterentwickelt, der private Gestaltungsplan und die Baurechtsverträge mit den drei Bauträgerinnen sind in Arbeit.

Abstimmungen zu kommunalen Wohnsiedlungen
Mit 74,9 % Ja-Stimmen nahm die Zürcher Stimmbevölkerung am 19. Mai die Vorlage zum Objektkredit von 213,205 Millionen Franken für die neue Wohnsiedlung Leutschenbach an. Dem Objektkredit von 131,91 Millionen Franken für den Neubau Alterszentrum und Wohnsiedlung Eichrain stimmten 86,2 % Ja-Stimmen zu.

3. Kennzahlen Finanzdepartement

	2015	2016	2017	2018	2019[1]
Mitarbeitende total	**981**	**988**	**988**	**1010**	**1024**
davon Frauen	408	412	405	423	438
davon Männer	573	576	583	587	586
Ø FTE / Stw.-Ä.[2]	**902**	**900**	**904**	**912**	**929**
Führungskader total	**124**	**165**	**165**	**162**	**163**
davon Frauen	38	49	51	53	55
davon Männer	86	116	114	109	108
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)					
Funktionsstufe	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**
FS 16–18	– –	17,6 82,4	35,7 64,3	33,3 66,7	31,3 68,7
FS 14–15	– –	12,1 87,9	13,2 86,8	17,1 82,9	15,4 84,6
FS 12–13	– –	29,7 70,3	31,3 68,7	30,8 69,2	30,4 69,6
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 % (Vollzeitstellen)					
Total	**697**	**711**	**732**	**735**	**742**
Frauen	203	211	218	225	233
Männer	494	500	514	510	509
Frauen (in %)	29,1	29,7	29,8	30,6	31,4
Männer (in %)	70,9	70,3	70,2	69,4	68,6
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 % (Teilzeitstellen I)					
Total	**240**	**236**	**210**	**231**	**247**
Frauen	173	170	152	163	180
Männer	67	66	58	68	67
Frauen (in %)	72,1	72,0	72,4	70,6	72,9
Männer (in %)	27,9	28,0	27,6	29,4	27,1
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)					
Total	**45**	**42**	**47**	**44**	**35**
Frauen	33	31	36	35	25
Männer	12	11	11	9	10
Frauen (in %)	73,3	73,8	76,6	79,5	71,4
Männer (in %)	26,7	26,2	23,4	20,5	28,6
Lernende					
Total	**64**	**57**	**56**	**57**	**69**
davon Frauen	23	18	18	20	22
davon Männer	41	39	38	37	47
Personalaufwand	133062689	133354104	133829761	135413797	137567201
Sach- und übriger Betriebsaufwand	172061192	184878640	176734044	175101709	157062123
Übriger Aufwand	859982218	1199712545	1012769986	1007916209	725952724
Total Aufwand	1165106099	1517945289	1323333791	1318431715	1020582048
Bruttoinvestitionen[3 4]	94463185	243580510	701179541	129572561	278927365

[1] Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2
[2] Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP-HCM-Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.
[3] Investitionsausgaben des Verwaltungsvermögens | [4] 2017 einschliesslich Übertragung der Einzelwohnliegenschaften vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen aufgrund der von den Stimmberechtigten am 13. Juni 2010 angenommenen Volksinitiative für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich 630,6 Mio. Fr

Definitionen:
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeiterkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind.
Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt.
Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

4.1 Departementssekretariat

4.1.1 Aufgaben

Zu den Hauptaufgaben des Departementssekretariats gehören die Führungsunterstützung, die Koordination und die Öffentlichkeitsarbeit. Ausserdem ist es zuständig für die Ausrichtung von Beiträgen für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe.

4.1.2 Jahresschwerpunkte

Das Tagesgeschäft umfasste im Berichtsjahr Aufgaben wie die Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit, die Koordination der Planungs- und Budgetprozesse oder die Vorbereitung und Begleitung parlamentarischer Geschäfte. Zudem befasste sich das Departementssekretariat mit den bereits im Teil «Jahresschwerpunkte FD» erwähnten Projekten.

Entwicklungszusammenarbeit
Das Stimmvolk hat den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut» im November mit einem deutlichen Ja angenommen. Dies eröffnet dem Stadtrat die Möglichkeit, in Zukunft mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen.

4.1.3 Erbschaften und Vermächtnisse

Im Berichtsjahr gingen Erbschaften und Vermächtnisse im Betrag von insgesamt 4 316 642 Franken ein. Sechs Vermächtnisse in der Höhe von insgesamt 149 137 Franken hat das Finanzdepartement gemäss den testamentarischen Auflagen und Bestimmungen in die jeweiligen Fonds der entsprechenden Departemente überwiesen. Fünf erbenlose Güter im Betrag von 4 167 505 gingen in die Stadtkasse ein.

4.1.4 Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe im In- und Ausland

Entwicklungszusammenarbeit
Im Berichtsjahr standen für projektgebundene Beiträge zugunsten von Entwicklungszusammenarbeit 5 Millionen Franken zur Verfügung. Es konnten 86 Projekte von 32 Entwicklungsorganisationen unterstützt werden. Die meisten Gesuche betrafen Bildungsthemen und die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser. Erstmals wurden im Rahmen der Anschubfinanzierung drei Projekte und Initiativen von kleinen oder neuen Organisationen aus dem Kanton Zürich unterstützt.

Humanitäre Hilfe im In- und Ausland
Für die Soforthilfe im Zusammenhang mit dem Krieg in Syrien hat der Stadtrat im Berichtsjahr einen Beitrag von 150 000 Franken gesprochen. Es wurden Lebensmittel abgegeben, Hygiene-Kits verteilt und Wassertanks für die zurückkehrenden Familien installiert. Unterstützt wurden sowohl syrische Flüchtlinge im Libanon als auch kurdische Flüchtlinge in Nord- und Ostsyrien. Des Weiteren hat der Stadtrat 50 000 Franken für die von Überschwemmungen und Zerstörungen betroffene Bevölkerung in Malawi gesprochen.

4.1.5 Aufsicht über gemeinnützige privatrechtliche Stiftungen

Die Stiftungen reichen ihre Tätigkeitsberichte und die Stiftungsrechnungen Mitte des Folgejahres des abgeschlossenen Geschäftsjahres ein. Deshalb nimmt die Stiftungsaufsicht ihre Funktion mit einer Zeitverzögerung wahr. Bis Ende Jahr wurde das Stiftungs-Geschäftsjahr 2018 behandelt. Die eingereichten Unterlagen werden von der Stiftungsaufsicht und einer externen Revisionsgesellschaft begutachtet. Wo nötig, findet eine Rückmeldung an die einzelnen Stiftungen statt.

Die per Ende 2018 unter städtischer Aufsicht stehenden 84 Stiftungen wiesen eine Bilanzsumme von total 727 957 959 Franken aus (Vorjahr: 622 979 278 Franken). Die Gebühreneinnahmen für die Prüfung der Jahresrechnung betrugen 67 000 Franken (Vorjahr: 65 200 Franken).

4.1.6 Kennzahlen

(in Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Erbschaften und Vermächtnisse	1 434 389	1 517 888	1 520 569	227 624	4 316 642
Sachvermächtnisse [1]	147 000	–	30 000 [2]	–	32 500
Geldschenkungen	1 278 075	1 333 645	1 464 709	1 380 045	31 938 [3]
Naturalschenkungen	758 120	1 255 170	745 851	3 560 900	1 621 570

[1] Versicherungswerte.
[2] Berichtigung Versicherungswert gegenüber Geschäftsbericht 2017 (alt: 17 000 Franken).
[3] Differenz zu Geschäftsbericht 2018 wegen Umstellung auf HRM2 und Neugliederung der Konten.

4.2 IT-Controlling

4.2.1 Aufgaben

Das IT-Controlling ist die Geschäftsstelle der IT-Delegation des Stadtrats und unterstützt die Umsetzung der IT-Strategie mittels eines übergeordneten Bewilligungsprozesses für IT-Projekte. Als Instrument führt das IT-Controlling das Register der städtischen IT-Projekte.

Die IT-Delegation steuert die IT-Ausrichtung der Stadtverwaltung und definiert die stadtweiten IT-Ziele im Rahmen der IT-Strategie. Sie beurteilt, ob die vom IT-Controlling (Geschäftsstelle) geprüften und vorgelegten IT-Projekte mit der festgelegten IT-Strategie konform sind und ob sie den geltenden Kriterienkatalog erfüllen. Das operative IT-Projektcontrolling wird durch die Dienstabteilungen und Departemente in den jeweiligen Steuerungsausschüssen wahrgenommen.

4.2.2 Jahresschwerpunkte

Die IT-Delegation beriet an sieben Sitzungen die eingereichten IT-Projekte, das IT-Budget der OIZ und setzte sich vertieft mit den folgenden Themen auseinander:

- Projekt «Digitaler Zwilling» der Stadt und zugehörige IT-Vorhaben (Strassenraum 3D, Building Information Manager)
- IT-Security und Digitale Zertifikate (Elektronische Signaturen, Verschlüsselung, Authentisierung)
- Vorhaben der HR-IT-Roadmap (Ziel- und Beurteilungsgespräch, Städtische Lohnsteuerung)

4.3 Büro für Wohnbauförderung

4.3.1 Aufgaben

Das Büro für Wohnbauförderung ist für die Förderung des gemeinnützigen und preisgünstigen Wohnungsbaus in der Stadt Zürich zuständig. Die Förderinstrumente sind in städtischen und kantonalen Wohnbauerlassen sowie in den Richtlinien der jeweiligen Rahmenkredite (Wohnbauaktionen oder Jugendwohnkredite) definiert. Nebst der Ausübung der Mietzinskontrolle (einschliesslich Mietzinsanfechtungen) bei den geförderten Wohnbauträgern kontrolliert das Büro für Wohnbauförderung die Einhaltung der Belegungsvorschriften bei den subventionierten Wohnungen.

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Aufgrund der unverändert tiefen Zinsen am Kapitalmarkt, bei gleichzeitig kaum vorhandener Teuerung, gab es bei den unterstützten Wohnbauträgern keine generellen Mietzinserhöhungen. Dementsprechend sind, wie in den Vorjahren, nur wenige Mietzinsanfechtungen beim Büro für Wohnbauförderung zu verzeichnen. Insgesamt sind im Berichtsjahr 6 Mietzinsanfechtungen eingegangen: 16 Anfechtungsverfahren wurden formell erledigt (10 Ende 2018 hängige plus 6 im Geschäftsjahr neu eröffnete Verfahren; Vorjahr: 16). Ende Jahr waren somit keine Anfechtungsverfahren hängig.

Weitere Schwerpunkte aus dem Berichtsjahr:

- Aus der «Wohnbauaktion 2017» wurde der Baugenossenschaft Waidmatt für 20 Wohnungen im Ersatzneubau Siedlung 16 an der Riedenhaldenstrasse/In Böden in Affoltern ein unverzinsliches Darlehen von 1 837 440 Franken gewährt.
- Das Büro für Wohnbauförderung war stärker als in den Vorjahren eingespannt in diversen Arbeits- und Projektgruppen.
- Die Wohnbauförderung hat ihre Kontrolltätigkeit zur Einhaltung der Subventionsauflagen bezüglich der Belegung subventionierter Wohnungen innerhalb der gesetzlichen Zeitvorgaben ausgeübt.

Unter der Benennung «Siedlung 16» ersetzt die Baugenossenschaft Waidmatt in Affoltern in drei Etappen die bestehenden Siedlungen 5–7. Es entstehen sechs Gebäude mit 285 Wohnungen (bisher: 157), aufgeteilt in einen vielfältigen Wohnungsmix. 20 Wohnungen der Gebäude C–F (110 Wohnungen) werden subventioniert. (Architektur und Visualisierung: Enzmann-Fischer Partner AG)

4.3.3 Kennzahlen

Ausbezahlte Unterstützungsleistungen (in Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Stadt und städtische Stiftungen (Beiträge)	3716118	3936900	6361488	10803810	616830
Genossenschaften, Stiftungen, Vereine (unverzinsliche Darlehen)	11200000	3991110	3767700	10083600	3234630
Genossenschaften (Beteiligungen)	1100000	120000	32000	–	–
Jugendwohnungen (unverzinsliche Darlehen)	2724000	800000	150000	3443000	–
Weitere Kennzahlen					
Mietzinsbeschwerden	27	12	8	16	16
Subventionierte Wohnungen	6636	6699	6645	6634	6712
Subventionsrückzahlungen (Wohnungen)	252	152	136	67	66
Neu von der Zweckerhaltung kontrollierte Wohnungen	50	215	82	56	144
Verbilligungsaufhebungen (in Fr.)	160276	167146	172777	150836	144013
Bestand Zweckerhaltungsfonds (in Fr.)[1]	24039398	24174258	23789602	–	–

[1] Auflösung des Zweckerhaltungsfonds per 31. Dezember 2018 gemäss STRB Nr. 1010/2018. Der Betrag von 25566 892 Franken wurde dem allgemeinen Eigenkapital zugewiesen.

4.4 Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien

4.4.1 Aufgaben

Die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien vermietet Wohnungen und Einfamilienhäuser an Familien mit mindestens drei Kindern und bescheidenem Einkommen. Die Stiftung wurde 1924 von der Stadt Zürich gegründet. Ihr steht ein Stiftungsrat vor, der vom Vorsteher des Finanzdepartements präsidiert wird.

4.4.2 Jahresschwerpunkte

Der Stadtrat hat im März auf Antrag des Stiftungsrats Sonja Anders zur neuen Geschäftsleiterin bestimmt. Sie trat im Juni die Nachfolge von Sylvia Keller an.

Die Wohnsiedlung Letzi befand sich in der Baubewilligungsphase. Der Stiftungsrat bewilligte im November den Baukredit.

Auf dem Koch-Areal realisiert die Baugenossenschaft Kraftwerk1 eine Wohnsiedlung (Baufeld C). Vorgesehen ist, dass die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien 32 der Wohnungen (von 4½ bis 6½ Zimmer) übernimmt.

Im Juni wurde der Kredit für die ab Sommer 2020 geplante Sanierung in der Wohnsiedlung Leimbach (Ersatz von Küchen und Heizung) bewilligt.

Ende Jahr lebten in den 541 Wohnungen (4½ Zimmer und grösser) rund 485 Familien mit insgesamt rund 1781 Kindern.

Die Warteliste für Familienwohnungen mit einer Wartezeit von rund fünf Jahren umfasste Ende Jahr 384 Familien mit 3 bis 10 Kindern.

4.4.3 Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Wohnungsbestand per 31.12.	511	511	531	531	541
Kündigungen und Neueinzüge	36	27	58	32	51
Wohnungstausch intern	4	13	29	8	7
Wohnungswechsel total	**40**	**40**	**87**	**40**	**58**

4.5 Einfach Wohnen – Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen

4.5.1 Aufgaben

Die Stiftung Einfach Wohnen (SEW, www.einfach-wohnen.ch) bezweckt die Bereitstellung, Vermietung und Erhaltung preisgünstiger und ökologisch vorbildlicher Wohnungen und Gewerberäume, die über einen einfachen und nachhaltigen Standard und bescheidene Flächen verfügen. Sie orientiert sich an den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft. Die Wohnungen sollen nach dem Prinzip der Kostenmiete gemäss kantonalem Wohnbauförderungsrecht vermietet werden.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Das Geschäftsjahr war gekennzeichnet durch die Fortführung der in den Vorjahren aufgegleisten Projekte. Für das Projekt «Rotbuch-/Seminarstrasse» gab der Stiftungsrat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag und beschloss die Weiterentwicklung der Parzelle. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Hochbauten laufen die Vorbereitungsarbeiten für die Durchführung eines Wettbewerbs.

Für die Wohnsiedlung auf dem Guggach-Areal hat der Stiftungsrat das Vorprojekt (einschliesslich Kostenvoranschlag von rund 42,8 Millionen Franken) genehmigt. Parallel dazu führte die Stiftung Verhandlungen mit dem Planerteam und klärte die Schnittstellen sowie die Zusammenarbeit mit den anderen Bauträgern auf dem Areal ab.

Zahlreiche Medien berichteten im Geschäftsjahr über die Ende 2018 eröffnete temporäre Siedlung Wohnen am Vulkanplatz/Fogo. Im Rahmen des Wettbewerbs «100 Jahre Wohnbaugenossenschaften Schweiz» würdigte die Jury «die beispielhafte Initiative der Stiftung und der AOZ, ein Areal, dessen Zukunft unklar ist, klug zwischenzunutzen und zu beleben». Nationale Anerkennung als innovatives Projekt fand die Überbauung zudem in der Rede von Bundesrat Ignazio Cassis anlässlich des Globalen Flüchtlingsforums in Genf.

Der Stiftungsrat prüfte dank intensiven Evaluationen diverse Kaufoptionen. Es zeigte sich deutlich, dass der Immobilienmarkt in der Stadt Zürich noch immer angespannt ist und Käufe zu vertretbaren Preisen weiterhin kaum möglich sind. Es gelang der zuständigen Kommission jedoch, mit einem benachbarten Grundeigentümer aus dem Geviert «Dübendorf-/Altwiesenstrasse» einen Kaufrechtsvertrag mit einer Option für das Jahr 2021 abzuschliessen. Um andere gemeinnützige Wohnbauträger nicht zu konkurrenzieren, fand weiterhin ein enger Austausch statt. Mit der Stiftung PWG schloss die

SEW eine Vereinbarung über die Koordination beim Erwerb von Liegenschaften ab.

Im Bereich Finanzen galt es, Anpassungen für die Umsetzung des Rechnungslegungsmodells HRM2 vorzunehmen. Für die Geschäftsstelle suchte der Stiftungsrat aufgrund der zunehmenden Aufgaben und Projekte eine vollamtliche Leitung und gab vor Jahresende die Anstellung der neuen Geschäftsführerin Mira Porstmann per April 2020 bekannt.

Der bewirtschaftete Liegenschaftenbestand lag zum Jahresende bei 64 Wohnungen und 4 Gewerberäumen.

Der Stiftungsrat tagte an sechs Sitzungen und führte im Frühjahr sowie im Herbst eine Klausur durch.

4.6 Organisation und Informatik (OIZ)

4.6.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Organisation und Informatik (OIZ) ist verantwortlich für den Betrieb und die Weiterentwicklung der Informatik-Basisinfrastruktur. Dazu gehören unter anderem der Computerarbeitsplatz und die Telefonie, die Schulinformatik, die stadtweit eingesetzten Anwendungen sowie die IT-Infrastruktur mit den Rechenzentren, dem Netzwerk und dem Hosting. Darüber hinaus berät die OIZ die Departemente und Dienstabteilungen bei Digitalisierungsvorhaben und stellt Projektleitungen und Projektteams. Die OIZ gewährleistet die einheitliche städtische Informatikstrategie. Die Fachstelle Informationssicherheit gewährleistet den Schutz der städtischen IT-Infrastrukturen und Daten.

4.6.2 Jahresschwerpunkte

Strategie-Schwerpunkt «Digitale Stadt» zeigt Wirkung
Mit dem neuen Service «LoRa Connect» bieten OIZ und das ewz ein Netz für Anwendungen im Bereich IoT («Internet of Things») in der Stadt Zürich an. Die technische Basisinfrastruktur für die Umsetzung der HR-IT-Strategie wurde aufgebaut und der erste Service, das E-Recruiting, in ersten Dienstabteilungen eingeführt. Im Projekt «Kits Next Generation» wurde der zweite Jahrgang der 5. Klasse mit 3500 Tablets ausgerüstet. Das neu eingeführte Serviceprodukt «Cloud-Umgebung Azure» erschliesst neue Technologien für Digitalisierungsprojekte zeitnah und in kontrollierbarer Weise.

3500 Schülerinnen und Schüler der 5. Primarklasse erhielten ihr persönliches Tablet. (Bild: Donat Bräm)

Agile Softwareentwicklung
Die Softwareentwicklung wurde komplett auf agile Methoden umgestellt. Sechs Teams arbeiten selbstorganisiert Vorhaben ab, die in einem Portfolio gesammelt werden.

Abschluss Projekte «ZüriNetz 2018» und «SIBAP3-Rollout»
Das Projekt «ZüriNetz 2018» wurde erfolgreich umgesetzt: Insgesamt sind über 600 Standorte mit Glasfaserleitungen der neuesten Generation erschlossen. Mit dem Abschluss des Projekts «SIBAP3-Rollout» haben die städtischen Mitarbeitenden einen zeitgemässen Computer-Arbeitsplatz erhalten. Dafür wurden 19 500 Endgeräte umgestellt.

Mit dem Abschluss des «SIBAP3-Rollouts» haben die städtischen Mitarbeitenden einen zeitgemässen Computer-Arbeitsplatz erhalten. (Bild: Matthias Günter)

4.6.3 Kennzahlen

IT-Betrieb [1]	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl WLAN-Access-Points im Züri-Netz [2]	–	–	–	–	5487
Virtuelle iSeries-Server	8	7	6	4	3
pSeries-Server (RS/6000)	12	12	14	16	16
Virtuelle pSeries-Server	245	246	237	208	171
Windows-Server (X86)	199	101	92	72	61
Virtuelle Windows-Server	3303	3102	4716	4862	5700
Virtuelle Linux-Server	472	399	458	411	775
Solaris-Server	4	4	4	4	4
Virtuelle Solaris-Server	30	48	46	38	38
SAN-Speicherplatz (in GB netto) [3]	2311000	2671000	2512000	4354000	4554000
NAS-Speicherplatz (in GB netto) [4]	600000	600000	1190000	1445000	1790000
Clients	19420	19500	18900	19300	20700
KITS-Server	186	187	193	190	155
Virtuelle KITS-Server	136	183	217	220	227
KITS-Clients	8589	8762	9083	13346	17368
VoIP-Ports	20800	23900	25200	28100	30900
Anzahl ZOOM-Drucker [5]	3870	3889	3918	3919	3878
Anzahl ZOOM-Klicks [6] (in 1000)	91500	92350	89800	88600	82900
Anzahl UserInnen des zentralen Online-Zugangs «Mein Konto» [2]	–	–	–	–	56455

Schulung [7]	2015	2016	2017	2018	2019
Schulungstage	435	361	230	435	650
TeilnehmerInnen-Tage [8]	3045	3757	2057	5555	7770

Definitionen:
[1] Anzahl der von der OIZ im Rechenzentrum der OIZ oder an den Standorten der Departemente und Dienstabteilungen betreuten/betriebenen IT-Infrastrukturen.
[2] Diese Kennzahlen werden 2019 erstmals im Geschäftsbericht ausgewiesen.
[3] Mittels SAN-Technologie bereitgestellter Speicherplatz (SAN = Storage Area Network).
[4] Mittels NAS-Technologie bereitgestellter Speicherplatz (NAS = Network Attached Storage).
[5] Standardisierte Kopier- und Druckgeräte (ZOOM = Zürich Optimized Output Management).
[6] Anzahl bedruckte Seiten mit standardisierten Kopier- und Druckgeräten.
[7] Durch die BildungsStadt Albis durchgeführte Kurse.
[8] Einschliesslich Flying-Teacher-Einsätzen während SIBAP-II-Rollout (standardisierter Computer-Arbeitsplatz der Stadt Zürich).
Durchschnittliche Teilnehmerzahl von sieben Personen pro Schulungstag (bis 2015), effektive TeilnehmerInnen-Tage (ab 2016).

4.7 Finanzverwaltung

4.7.1 Aufgaben

Die Finanzverwaltung leitet die Prozesse für das Budget, die Finanzplanung sowie die Jahresrechnung und koordiniert die Abläufe mit den Departementen und Querschnittsämtern Human Resources Management (Personal), Organisation und Informatik (Informatik) sowie Immobilien Stadt Zürich (Raum). Zu den Kernaufgaben zählen zudem die Nachtragskredite (zwei Serien), die Tertialberichte für Dienstabteilungen mit Globalbudget, die Erwartungsrechnung und die Prüfung der Geschäfte mit finanzieller Tragweite. Ebenfalls Teil der Finanzverwaltung ist das Kompetenzzentrum für Risiko- und Versicherungsmanagement (RVZ), die Fachstelle Beschaffungskoordination (FBZ) und der Bereich Corporate Governance.

Das IT-System des Rechnungswesens unterstützt die operativen Aufgaben der Finanzverwaltung. Damit verbunden sind weitere Dienste wie Zahlungsverkehr, Bargeldverkehr (Stadtkasse), Pflege der zentralen Kreditorenstammdaten und Führen von Mandatsbuchhaltungen. Zu den Aufgaben der Finanzverwaltung zählen ausserdem die Mittelaufnahmen am Kapitalmarkt, die Bewirtschaftung der Liquidität, der Darlehen und

Beteiligungen sowie die Schulung unterschiedlicher Zielgruppen innerhalb der Stadtverwaltung in den Bereichen städtisches Finanzwesen und Finanzrecht.

4.7.2 Jahresschwerpunkte

Projekt «Neue Rechnungslegung»
Mit dem per 1. Januar 2018 in Kraft getretenen totalrevidierten Gemeindegesetz wurden unter anderem ab 1. Januar die Rechnungslegungsvorschriften angepasst. Der Stadtrat beauftragte die Finanzverwaltung mit der Umsetzung und der damit verbundenen Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2) im Rahmen des Projekts «Neue Rechnungslegung».

Die operative Einführung des neuen Kontenplans gemäss den Bestimmungen von HRM2 per 1. Januar stellte einen wichtigen Schritt im Projektverlauf dar. Für den transparenten Ausweis der Überleitung der bisherigen Bilanzwerte per 31. Dezember 2018 auf die neuen HRM2-Bilanzkonten und für den Nachweis der Ergebnisse der Anpassungen ist gemäss den Vorgaben des neuen Gemeindegesetzes durch die Gemeinden ein Bilanzanpassungsbericht zu erstellen. Dieser wurde im Berichtsjahr erstellt, von der Finanzkontrolle geprüft und vom Stadtrat Ende August genehmigt. Anschliessend wurde er vorschriftsgemäss der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons eingereicht.

Als Folge des neuen Gemeindegesetzes sind die städtischen Rechtsgrundlagen im Bereich Rechnungsführung anzupassen. Die Ausführungsbestimmungen zur bereits im Vorjahr erlassenen, totalrevidierten «Finanzhaushaltverordnung» wurden in Form des neuen «Finanzhaushaltreglements» im Berichtsjahr erarbeitet, vernehmlasst und zuhanden des Stadtrats bereinigt. Zudem wurden verschiedene weitere Fachthemen als Module für das neue «Handbuch über den Finanzhaushalt der Stadt Zürich» erarbeitet und den Departementen und Dienstabteilungen im Fachintranet zugänglich gemacht.

Mit der Erstellung des ersten Rechnungsabschlusses nach den neuen Rechnungslegungsvorschriften per Ende Berichtsjahr wird das Projekt «Neue Rechnungslegung» abgeschlossen.

Rating
Als regelmässige und bedeutende Akteurin am inländischen Kapitalmarkt hat sich die Stadt Zürich unter der Federführung der Finanzverwaltung durch die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P Global) erstmals in Bezug auf ihre Kreditbonität einstufen lassen. Unter der Mitwirkung von diversen Dienstabteilungen hat die Finanzverwaltung die massgebenden Themen wie «Institutioneller Rahmen», «Wirtschaftliche Entwicklung», «Finanzmanagement», «Haushaltsführung», «Schulden» sowie «Liquidität» aufgearbeitet. Ende August stellten die Referentinnen und Referenten die Ergebnisse den Analysten von S&P Global im Rahmen einer Management-Präsentation vor. Ende Oktober konnte das Rating «AA+ Outlook Stable» – das der zweitbesten Einstufung entspricht – veröffentlicht werden. Insgesamt bescheinigt S&P Global der Stadt Zürich eine umsichtige Haushaltsführung sowie eine gute Balance zwischen den nötigen Investitionen und den finanziellen Möglichkeiten. Das Gütesiegel für ein sehr starkes Kreditprofil und die positive Publizitätswirkung tragen namentlich dazu bei, die Investorenbasis zu vergrössern, die Refinanzierungsrisiken zu vermindern und die Finanzierungskosten zu senken.

Nachhaltigkeit
Im Zuge der laufenden Klimadebatte hat der Stadtrat in seinem Zuständigkeitsbereich sechs prioritär zu prüfende Klimaschutzmassnahmen beschlossen, wovon deren zwei der Finanzverwaltung zugewiesen wurden. Mit der Massnahme «Klima-priorisierte Beschaffung» soll vorab die Klimarelevanz der einzelnen Warengruppen abgeklärt werden. Für die bedeutenden Positionen sind danach – unter anderem gestützt auf Kennziffern – Empfehlungen zur entsprechenden Beschaffung auszuarbeiten, einschliesslich Schulungs- und Beratungsunterstützung. Die Massnahme bearbeitet primär die Fachstelle Beschaffungskoordination (FBZ) zusammen mit dem Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ). Erste Ergebnisse werden voraussichtlich im Herbst 2020 erwartet. Mit der Massnahme «Alternative Antriebe für die stadteigene Fahrzeugflotte» wird angestrebt, dass die städtischen Fahrzeuge – abhängig vom Einsatzbereich – möglichst weitgehend mit erneuerbaren Energien betrieben werden können. Wichtige Weichen wurden bereits gestellt (vgl. die nachfolgenden Ausführungen zur städtischen Fahrzeugpolitik). Auch der Bereich Kapitalbeschaffung befasst sich mit dem Thema «Nachhaltigkeit». Die Abklärungen im Hinblick auf eine mögliche Begebung eines Green Bond oder zur Durchführung einer anderen, unter ökologischen Aspekten nachhaltigen Kapitalbeschaffung wurden im Berichtsjahr vorangetrieben.

Kompetenzzentrum für Risiko- und Versicherungsmanagement (RVZ)
Die öffentlichen Submissionen der Versicherungen für die Motorfahrzeugflotte und den Kunstbestand der Stadt Zürich wurden erfolgreich abgeschlossen. Nach wie vor ist in Bezug auf die Versicherungsprämien ein Käufermarkt festzustellen. Für beide Versicherungszweige konnten zum Teil markante Prämienreduktionen erzielt werden. Der Zuschlag für die obligatorische Motorfahrzeughaftpflicht-Versicherung für die rund 2200 städtischen Fahrzeuge ging an den bisherigen Versicherer. Bei der Kunstversicherung hat eine Bietergemeinschaft von zwei Versicherungsgesellschaften das wirtschaftlich günstigste Angebot eingereicht. In diesem Bereich kommt es zu einem Versichererwechsel.

Beteiligungsmanagement (Public Corporate Governance)
Die Finanzverwaltung hat unter Beizug von Vertretungen der hauptbetroffenen Departemente sowie eines externen Experten Richtlinien zum Beteiligungsmanagement erarbeitet. Der Stadtrat verabschiedete diese Ende Oktober (STRB Nr. 941/2019). Zudem teilte er die städtischen Beteiligungen in drei Kategorien ein und regelte die departementalen Zuständigkeiten. Die Richtlinien haben insbesondere die standardisierte, stufengerechte Steuerung und Aufsicht der zahlreichen Beteiligungen unter Einbezug des Gemeinderats zum Inhalt. Die Umsetzung erfolgt schrittweise, die Verantwortung für das Gesamtcontrolling obliegt der Finanzverwaltung. Gestützt auf eine noch auszuarbeitende Beteiligungsstrategie werden vorerst für die bedeutendsten Beteiligungen durch die betreffenden Departemente Eigentümerstrategien erstellt, die vom Stadtrat zu genehmigen sind.

Fachstelle Beschaffungskoordination (FBZ)
Die FBZ hat ihre Beratungs- und Dienstleistungstätigkeit weiter ausgebaut. Zu erwähnen sind insbesondere:

– Übernahme des stadtinternen Simap-Kompetenzzentrums (elektronische Beschaffungsplattform von Bund, Kantonen und Gemeinden)
– Bereitstellung eines interaktiven Lern-Tools zum Vergaberecht
– Auf- und Ausbau des neuen Wissens-Pools zum Vergaberecht (stadtweite Sammlung von Gutachten, Merkblättern, Stellungnahmen und Weiteres)
– Erarbeitung neuer Merkblätter (Zerstückelungsverbot, Berechnung Auftragswert, Ausschreibung Rahmenverträge)
– Erstellung einer neuen Broschüre zum städtischen Beschaffungsprozess

Ergänzend hat die FBZ das Schulungsangebot ausgebaut sowie verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, so beispielsweise den Jahresanlass für die städtischen Beschaffungsstellen mit den Schwerpunktthemen «Preisabsprachen» und «Revision Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen». Mit spezifischen Informationsanlässen zu anstehenden Submissionen wurden die interessierten Dienstabteilungen einbezogen. Zwei umfangreiche, koordinierte Submissionen für Oberbekleidung (Leadbuyer VBZ) und Leuchtmittel (Leadbuyer ewz) konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Ausserdem wurde im Berichtsjahr zusammen mit den hauptbetroffenen Dienstabteilungen eine umfangreiche und komplexe Submission für Personenwagen vorbereitet. In deren Rahmen wird die Fahrzeugvielfalt – mit dem Ziel einer vermehrten Standardisierung – deutlich eingeschränkt. Die erstmals koordinierte Ausschreibung wird Anfang 2020 durchgeführt, sodass der Stadtrat voraussichtlich Mitte 2020 den Zuschlag erteilen kann. Zudem hat die FBZ verschiedene weitere Ausschreibungen von anderen Dienstabteilungen aktiv begleitet.

Städtische Fahrzeugpolitik
Die städtische Fahrzeugpolitik steht ganz im Zeichen des technologischen Wandels und dem Bestreben, die durch die Mobilität verursachte Klimabelastung zu reduzieren. Vor allem im Segment der Personenwagen wird die Auswahl an Fahrzeugen mit alternativen Antrieben, vorab mit Elektroantrieben, zudem stetig grösser. Die Fahrzeugkommission hat vor diesem Hintergrund zuhanden des Stadtrats die städtische Fahrzeugpolitik, einschliesslich Wegleitung, vorzeitig überarbeitet und insbesondere klare Vorgaben für Ersatz- und Neubeschaffungen festgehalten. So wird die Stadtverwaltung spätestens ab 2021 mit wenigen, explizit zu begründenden Ausnahmen für Spezialeinsätze nur noch Personenfahrzeuge mit alternativen Antrieben beschaffen. In diesem Kontext muss die Lade-Infrastruktur der Stadt indes rasch weiter ausgebaut werden. Die bisherigen Bestrebungen zur Beschaffung von alternativen Antrieben haben im Berichtsjahr dazu geführt, dass der Anteil der Personenwagen mit alternativem Antrieb (ohne Fahrzeuge der Blaulichtorganisationen) von 30,6 % auf 33,5 % angewachsen ist. 60 % der diesjährigen Beschaffungen in dieser Kategorie verfügen über einen Alternativantrieb.

4.7.3 Kennzahlen

Bewirtschaftete Positionen (in Mio. Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Darlehen					
Finanzvermögen	7,5	–	–	–	–
Verwaltungsvermögen	112,4	112,0	92,1	93,1	116,8
Beteiligungen					
Finanzvermögen [1]	338,0	396,7	448,9	356,1	271,3
Verwaltungsvermögen	131,2	268,2	242,8	219,6	325,1
Hypotheken PKZH	467,1	458,2	457,5	440,9	460,4
Total	**1 056,2**	**1 235,1**	**1 241,3**	**1 109,7**	**1 173,6**

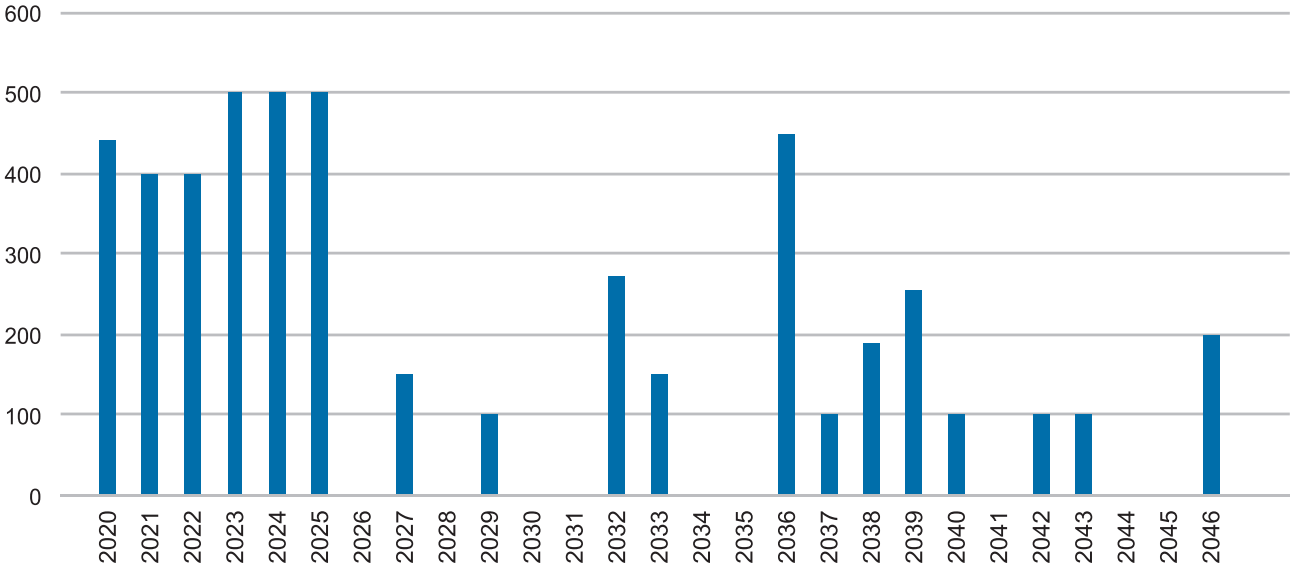
[1] Im Rahmen der Bilanzanpassung per 1. Januar 2019 wurden die beiden Beteiligungen Energie 360° AG und Parking Zürich AG vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen übertragen.

In obiger Tabelle sind die von der Finanzverwaltung bewirtschafteten Darlehen und Beteiligungen des Finanz- und Verwaltungsvermögens enthalten. Nicht berücksichtigt wurden hingegen die Positionen der Eigenwirtschaftsbetriebe, die von diesen selber verwaltet werden. Die Bewirtschaftung des Hypothekar-Portfolios der Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH) erfolgt aufgrund eines Mandatsvertrags durch die Finanzverwaltung.

Engagement am Kapitalmarkt (in Mio. Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Anleihen	5515	5315	5115	4965	4740
Kassascheine	300	200	200	100	100
Darlehen	65	65	65	65	65
Total	**5880**	**5580**	**5380**	**5130**	**4905**

Am Kapitalmarkt wurde eine Anleihe von 150 Millionen Franken mit einer Laufzeit von 19,5 Jahren aufgenommen. Zur Rückzahlung gelangten zwei Anleihen von 225 Millionen Franken und 150 Millionen Franken. Die langfristigen Verbindlichkeiten reduzierten sich um 225 Millionen Franken.

Fälligkeiten am Kapitalmarkt in Mio. Fr. nach Jahr



Die mittlere Restlaufzeit beträgt per Bilanzstichtag 9,2 Jahre.

Eigenversicherungen	2015	2016	2017	2018	2019
Prämieneinnahmen, Total in 1 000 Fr. (Motorfahrzeugkasko und Technische Risiken)	2936	3002	2315	2165	2006
Schadenzahlungen, Total in 1 000 Fr. (Motorfahrzeugkasko und Technische Risiken)	1194	877	925	1255	1542
Anzahl Schadenfälle, Total	473	378	368	509	410

Externe Versicherungen	2015	2016	2017	2018	2019
Prämienzahlungen, Total in 1 000 Fr.	1294	1294	1223	1159	1471
Vermögensversicherungen (Betriebshaftpflicht)	441	441	370	396	461
Sachversicherungen (Feuer, Gebäude-Wasser und Diebstahl für Fahrhabe sowie IT-Inventar)	853	853	853	763	1010

4.8 Steueramt

4.8.1 Aufgaben

Das Steueramt, eine Dienstabteilung mit Globalbudget, ist für den Vollzug der Staats- und Gemeindesteuern von natürlichen und juristischen Personen auf kommunaler Ebene zuständig. Zum Aufgabengebiet gehören unter anderem die Führung der Steuerregister, die Durchführung des Steuererklärungsverfahrens einschliesslich Mahnwesen, die Vornahme des Grossteils der Steuereinschätzungen von unselbstständig erwerbenden natürlichen Personen sowie das gesamte Steuerinkasso. Für juristische Personen werden das Steuererklärungsverfahren und die Veranlagung zentral durch das Kantonale Steueramt vorgenommen. Im Weiteren obliegt dem Steueramt die Veranlagung der Grundstückgewinnsteuer.

4.8.2 Jahresschwerpunkte

Digitalisierung im Steuerbereich
Das Steueramt beteiligt sich am Strategie-Schwerpunkt «Digitale Stadt» mit mehreren Projekten: dem «Steuercockpit», dem Projekt «SteVe» und dem Projekt «BLIZ».

Im Projekt «Steuercockpit» wird das Steueramt 2020 in einem ersten Schritt das Serviceangebot von «Mein Konto» ergänzen. Natürliche Personen mit Steuerpflicht in der Stadt Zürich erhalten über die sichere städtische E-Government-Plattform Zugang zu ihren Steuerinformationen. Sie können leichter mit dem Steueramt kommunizieren, bequem die Frist zur Einreichung der Steuererklärung verlängern, Ratenzahlungen beantragen, sich die ausstehenden Steuerforderungen anzeigen lassen und diese gleich mit einer Mobile-Banking-App bezahlen. Das Steueramt erwartet eine spürbare Reduktion der jährlich über 180 000 Anrufe sowie der mehr als 24 000 E-Mail-Anfragen und rund 33 000 Vorsprachen beim Kundendienst.

So könnte der Zugang zum neuen Serviceangebot für Steuerpflichtige aussehen. (Bild: OIZ)

Im Projekt «SteVe» (Steuerveranlagung) wurde die Entwicklung eines Analyse-Tools vorangetrieben, das grosse Datenmengen derart bündelt, dass die einzelne Steuerveranlagung mit zielgerichteten Informationen versehen wird und dadurch schneller vorgenommen werden kann. Dabei werden die vom Scan-Center in die Steuerfachapplikation «NEST» übermittelten Daten in Software-Agenten transferiert, die auf der Basis statistischer und mathematischer Modelle Wahrscheinlichkeiten und Metadaten erzeugen. Diese Daten werden anschliessend bei der Veranlagung eingeblendet. Fälle, die das Kantonale Steueramt einschätzen muss, werden nicht mehr manuell, sondern automatisch weitergeleitet.

Schliesslich wird das Steueramt im Bereich Grundsteuern mit dem Projekt «BLiZ» (Bewertung Liegenschaften Zürich) ab Frühjahr 2020 in der Lage sein, mittels einer neuen Software mit integriertem Dokumentenmanagementsystem und optimierten Prozessen die notwendigen Verarbeitungen zeitgemäss durchzuführen. Die Liegenschaftsbewertungen werden den heutigen Anforderungen entsprechend erstellt und über das hauseigene Druckzentrum automatisch versandt. Das bisherige Verteilen von jährlich mindestens 20 000 Papierkopien an interne und externe Stellen entfällt. Diese werden dank einer Business-Logik automatisch per E-Mail oder Dokumentenfreigabe mit den benötigten Informationen beliefert.

4.8.3 Kennzahlen

Steuerveranlagungsverfahren im Kalenderjahr	2015	2016	2017	2018	2019
Steuerpflichtige natürliche Personen im Staats- und Gemeindesteuerregister[1]	242068	244835	247071	250531	253423
davon Selbstständigerwerbende	22711	23828	22366	22893	23653
Steuerpflichtige natürliche Personen im Quellensteuerregister[2]	74860	77944	76391	77344	81080
Steuerpflichtige juristische Personen[1]	27388	28208	29265	30038	31051
Steuerveranlagungen	147462	143610	160681	171040	176057
Durch Scan-Center verarbeitete Steuerdossiers Stadt Zürich	250211	232729	236121	244815	243306
Grundstückgewinnsteuergeschäfte	2463	2565	2706	2263	2519

[1] Personen, die der unbeschränkten Steuerpflicht unterliegen.
[2] Im Kalenderjahr bearbeitete Fälle.

Steuerbezugsverfahren	2015	2016	2017	2018	2019
Schlussrechnungen	290816	293722	307260	310010	318786
Mahnungen	39843	39954	42067	42967	43492
Betreibungsbegehren[3]	11818	11926	11188	10747	10772
Fortsetzungsbegehren[3]	7952	7695	7752	7141	7210
Pfändungen[3]	2935	2811	2629	2910	2465
Verlustscheine[3]	6333	6191	5908	5652	5273

[3] Detaillierte Aufstellung zur besseren Übersicht des Verlaufs der verschieden Steuerbezugsverfahren. Anzahl der betroffenen Steuerfälle (Steuerereignisse).

4.9 Liegenschaften Stadt Zürich

4.9.1 Aufgaben

Liegenschaften Stadt Zürich betreut als Eigentümervertreterin knapp 9200 Wohnungen und rund 1000 Geschäftsräume, 60 Restaurants und 10 Parkhäuser. Sie vermietet die Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete, achtet auf eine sozial durchmischte Mieterschaft und trägt mit den Geschäftsräumen zur guten Versorgung der Quartiere mit Waren und Dienstleistungen bei. Ausserdem bewirtschaftet sie die städtischen Landreserven und Baurechte und tätigt die Immobiliengeschäfte (Käufe, Verkäufe, Landabgaben im Baurecht).

4.9.2 Jahresschwerpunkte

Gemeinnütziger Wohnungsbau auf städtischem Land

Bauherrschaft	Areal	Wohnungen	Stand
Stiftung Gemeinnütziger Wohnungsbau Letzigraben	Letzigraben, Wiedikon	36	Bezogen
Stadt Zürich	Herdern, Aussersihl	46	Im Bau
Stiftung Jugendwohnnetz Juwo	Herdernstrasse 56, Aussersihl	95 Zimmer	Wettbewerb abgeschlossen
Stadt Zürich	Hardau I, Aussersihl	125	Wettbewerb für Ersatzneubau abgeschlossen
Stadt Zürich	Tramdepot Hard, Escher-Wyss	193	Objektkredit vom Gemeinderat bewilligt
Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ)	Hardturm, Industrie	174	Gestaltungsplan für das Projekt «Ensemble» vom Gemeinderat genehmigt
Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen (SEW)	Guggach, Unterstrass	120	Gestaltungsplan vom Stadtrat z. Hd. Gemeinderat verabschiedet
Stadt Zürich	Hornbachstrasse, Riesbach	125	Im Bau
Diverse Bauträger[1]	Koch-Areal, Albisrieden/ Altstetten	350	Wettbewerb abgeschlossen
Diverse Bauträger[2]	Letzi, Altstetten	265	Erhöhung Projektierungskredit Gesamtüberbauung vom Gemeinderat bewilligt
Stiftung Studentisches Wohnen in Zürich (SSWZ)	Rosengartenstrasse, Wipkingen	130 Zimmer	Im Bau
Stadt Zürich	Salzweg, Altstetten	190	Projektierungskredit Ersatzneubau vom Gemeinderat bewilligt
Stadt Zürich	Eichrain, Seebach	128	Objektkredit von der Gemeinde bewilligt
Stadt Zürich	Leutschenbachstrasse 70–74, Seebach	369	Objektkredit von der Gemeinde bewilligt
Siedlungsgenossenschaft Eigengrund	Obsthaldenstrasse, Affoltern	150	Baubewilligung erteilt
Total Wohnungen		**2271**[3]	

[1] Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ), Bau- und Wohngenossenschaft Kraftwerk1.
[2] Liegenschaften Stadt Zürich, Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW), Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien.
[3] Nicht enthalten sind in diesem Total 225 Zimmer für Studierende und Lernende (Juwo, SSWZ).

Veränderungen in städtischen Restaurants

Die Bauarbeiten für den Ersatzneubau der «Fischerstube» haben im Oktober begonnen. Die Neuvermietung des Restaurants stiess auf grosses öffentliches Interesse. Den Zuschlag erhielt die Restaurants Commercio-Piccadilly AG, die das Lokal an und auf dem See nach der Wiedereröffnung 2021 führen wird. Schon vorher, im Frühling 2020, übernehmen Céline Tschanz und Florian Bobst vom bisherigen Patron Fabio Proh das «Falcone» in Wiedikon, dem sie den alten Namen «Falken» zurückgeben werden; die beiden Besitzer haben in den letzten Jahren dem «Hardhof» am Albisriederplatz einen guten Ruf beschert. Eine Änderung gab es auch im «Schlüssel» im Seefeld, wo Werner Frei und Roman Wyss im Frühling nach 13 Jahren an Alexandre Hannemann übergaben, der das Lokal als Quartier- und Speiserestaurant weiterführt. Neu im Gastronomie-Portfolio von Liegenschaften Stadt Zürich ist die Café-Bar «Campo» im Sockel des Amtshauses Helvetiaplatz. Ein Quartett, das sich mit der Espresso-Bar «La Stanza» oder dem «SiloSilo» auf dem Löwenbräu-Areal einen Namen gemacht hat, eröffnete das «Campo» Ende Mai. Dem Zuwachs steht ein Abgang gegenüber: Ende Jahr schloss das Restaurant «Zum Grobe Ernst». An der Stüssihofstatt 16 wird es künftig kein Restaurant mehr geben, die neue Nutzung ist noch offen. Offen ist auch, was an der Limmattalstrasse 215 geschieht. Im Zusammenhang mit dem Konkurs der Restaurantkette Desperado Swiss AG ist der dortige Ableger seit Ende November geschlossen.

«Campo» heisst die Café-Bar, die im Sockel des Amtshauses Helvetiaplatz eröffnet wurde. (Bild: Juliet Haller)

Pro-Helvetia-Standort Zürich gesichert
Nach fast zweijähriger Bauzeit wurden Instandsetzung und Umbau des Hauses «zum Lindengarten» am Hirschengraben abgeschlossen; der Stadtrat hatte dafür gebundene Ausgaben von 7,97 Millionen Franken bewilligt. Anfang Dezember fand die Schlüsselübergabe an die Mieterin Pro Helvetia statt. Damit konnte der Standort Zürich der Schweizerischen Kulturstiftung langfristig gesichert werden, die seit 1940 Mieterin dieser Liegenschaft ist. Während der Bauarbeiten wichen die Mitarbeitenden vorübergehend ins nahe gelegene, ebenfalls der Stadt gehörende Haus «zum Kiel» aus. Dank dem Umbau konnte die Stiftung sämtliche Arbeitsplätze, die vorher auf zwei Liegenschaften verteilt waren, im gleichen Gebäudekomplex konzentrieren.

Instandgesetzte «Alte Trotte» an Gross-WG vermietet
Als «10 000-Franken-WG» wurde sie in den Medien bezeichnet, die «Alte Trotte» in Wipkingen, die nach einer umfassenden Instandsetzung neu vermietet wurde; der Stadtrat hatte für die Instandsetzung 3,55 Millionen Franken bewilligt. Im Haus mit den 13 Zimmern sollte wieder eine Wohngemeinschaft einziehen; Bedingung war, dass sich mindestens zehn Personen für die Bewerbung zu einem Verein zusammenschliessen. 54 Interessengruppen nahmen an der Besichtigung im April teil, 19 Vereine bewarben sich schliesslich. Die Gruppe von Mieterinnen und Mietern, die den Zuschlag erhielt und am 1. Oktober einzog, zählt 13 Mitglieder, darunter Einzelpersonen und Paare ebenso wie Familien mit Kindern.

Aussenansicht des instandgesetzten Wohnhauses «Alte Trotte» an der Nordstrasse 331. (Bild: Ariel Huber)

Fest und Film in Affoltern
Ende Juni konnte der 50. Geburtstag der Wohnsiedlungen Unteraffoltern I und II gefeiert werden. Bewohnerinnen und Bewohner organisierten zusammen mit dem Sozialdienst von Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) ein Fest. Mit dabei waren auch sieben Mietparteien, die 1969 als Erstmieterinnen und -mieter eingezogen waren und seither dort leben. Im Juli fanden in der Siedlung und in ihrer Umgebung Dreharbeiten für den Film «Sami, Joe & Ich» statt, der 2020 in die Kinos kommen soll. LSZ hat die Filmcrew tatkräftig unterstützt; der Aufnahmeleiter meldete, es habe dank dem Einsatz von Bewirtschaftung und Hauswart «kein Problem gegeben, das nicht rasch und unkompliziert gelöst werden konnte».

Finanzvorstand Daniel Leupi mit Bewohnenden, die als Erstmieterinnen und -mieter 1969 in die Siedlung Unteraffoltern I und II einzogen. (Bild: Monika Bachmann)

Beginn der Bauarbeiten für Eishockey-Arena
Gleich vier Stadträte und ein Regierungsrat waren beim ersten Spatenstich dabei, mit dem die Bauarbeiten für die neue Eishockey-Arena der ZSC Lions in Altstetten begannen. Das Stadion wird auf städtischem Baurechtsland erstellt; die Stimmberechtigten hatten 2016 einer Vorlage zugestimmt, die u. a. die Gewährung eines Baurechts, ein Darlehen und einen jährlichen Betriebsbeitrag vorsah. An der Zeremonie wurde die Arena als Beispiel dafür gewürdigt, dass in Zürich allen Unkenrufen zum Trotz Grossprojekte fristgerecht realisiert werden können; eröffnet werden soll das neue Stadion im Juli 2022.

Strom – vom Dach in die Wohnung
Liegenschaften Stadt Zürich und das ewz haben im Berichtsjahr einen Rahmenvertrag abgeschlossen. Künftig soll der Strom, der mithilfe von Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern von Wohnsiedlungen produziert wird, nicht mehr ins allgemeine Netz eingespeist, sondern direkt von den Bewohnenden genutzt werden. Für die Mieterinnen und Mieter werden dazu Eigenverbrauchsgemeinschaften gegründet. Der Strompreis liegt maximal auf der Höhe des günstigsten Preises des ewz. Geplant sind solche Gemeinschaften u. a. für die Siedlungen Herdern, Hornbach, Eichrain und Leutschenbach, später auch für Bestandesliegenschaften.

Von LVZ zu LSZ
125 Jahre lang hiess die Dienstabteilung «Liegenschaftenverwaltung Stadt Zürich» (LVZ), am 1. Januar wurde daraus «Liegenschaften Stadt Zürich» (LSZ). Der neue Name wird der vielfältigen Tätigkeit der «Ligi» besser gerecht: Sie bewirtschaftet rund 9200 Wohnungen, in denen sie für eine gute soziale Durchmischung der Mieterschaft sorgt, sowie 1000 Gewerberäume. Sie ist für den langfristigen Werterhalt und die Weiterentwicklung des Portfolios zuständig. Mit ihren Gebäuden leistet LSZ wichtige Beiträge zu städtischen Umwelt-, Klima- und Energiezielen. Zudem verwaltet sie die städtischen Landreserven und Baurechte und verantwortet die städtischen Immobiliengeschäfte wie Käufe, Verkäufe oder Landabgaben im Baurecht.

4.9.3 Kennzahlen

Objekte	2015	2016	2017	2018	2019
Wohnungen					
in Wohnsiedlungen	6517	6577	6571	6571	6571
in Einzelliegenschaften	2613	2630	2631	2638	2618
Total Wohnungen	**9130**	**9207**	**9202**	**9209**	**9189**
davon subventioniert[1]	2238	2182	2131	2112	2086
Geschäftsräume	**1023**	**1059**	**1072**	**1083**	**1088**
Gastronomie					
Restaurants[2]	63	61	60	59	60
Verpflegungskioske	19	19	18	18	18
Sonstige Betriebe[3]	1	1	1	1	1
Parkplätze in Parkhäusern	**3013**	**2959**	**2959**	**2835**	**2896**

[1] Gesamtzahl aller subventionierten Wohnungen in der Stadt Zürich: 6645 (vgl. Teil «Büro für Wohnbauförderung»).
[2] Neueröffnung Café-Bar «Campo» am Helvetiaplatz.
[3] Bewirtschaftungsmandat Immobilien Stadt Zürich für das Restaurant im Verwaltungszentrum Werd.

Unterhalt und Erneuerung (in Mio. Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Wohnsiedlungen					
Wertvermehrende Investitionen	27,4	30,4	15,0	24,2	38,1
Unterhalt und Reparaturen	26,9	29,9	27,5	26,6	22,0
Einzelliegenschaften					
Wertvermehrende Investitionen	3,4	2,9	7,6	9,7	6,4
Unterhalt und Reparaturen	13,3	14,8	15,2	15,3	17,0
Verwaltungsvermögen					
Wertvermehrende Investitionen	0,2	0,2	–	8,3	9,5
Unterhalt und Reparaturen	0,6	0,9	1,3	0,6	0,7
Gewerbe-Immobilien					
Wertvermehrende Investitionen	9,0	1,8	1,1	0,7	0,9
Unterhalt und Reparaturen	10,4	12,1	8,6	7,0	8,9
Gastronomie (Restaurants/Kioske)					
Wertvermehrende Investitionen	0,2	0,4	2,0	0,7	0,6
Unterhalt und Reparaturen	6,6	9,9	6,6	4,3	3,0
Parkhäuser					
Wertvermehrende Investitionen	0,3	–	–	–	–
Unterhalt und Reparaturen	1,5	0,5	0,03	0,2	0,4
Total					
Wertvermehrende Investitionen	**40,5**	**35,7**	**25,7**	**43,6**	**55,5**
Unterhalt und Reparaturen	**59,3**	**68,1**	**59,23**	**54,0**	**52,0**

Abgeschlossene Renovationen über Fr. 500 000.–		Baukredit (in Mio. Fr.)
Wohnsiedlungen		
Furttal	Ersatz Nahwärmeverbund	1,6
Einzelliegenschaften		
Birmensdorferstrasse 299	Gesamtsanierung	3,4
Badenerstrasse 110	Gesamtsanierung	3,1
Neufrankengasse 6	Instandhaltung und Nutzbarmachung	3,4
Neufrankengasse 14	Instandhaltung und Nutzbarmachung	2,7
Witikonerstrasse 396 (Meyerhofscheune)	Gesamtinstandsetzung	1,2
Florastrasse 52	Gesamtinstandsetzung und Ausbau Dachgeschoss	5,3
Röschibachstrasse 4a, 8 und 10	Unterhaltsarbeiten	1,2
Nordstrasse 331	Gesamtrenovation	3,6
Gewerbe-Immobilien		
Hirschengraben 22/22a/24	Gesamtsanierung	8,0
Bahnhofbrücke 1	Dach- und Warenliftsanierung	1,2
Josefstrasse 20	Instandsetzung Fassade und Dach	1,0
Restaurants		
Restaurant Bauschänzli, Stadthausquai 2	Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten	0,7
Bar Campo, Molkenstrasse 7	Einbau Café-Bar Erdgeschoss Amtshaus Helvetiaplatz	2,0
Parkhäuser		
Parkhaus Helvetiaplatz	Sanierung und Umnutzung als teilweise öffentliches Parkhaus	7,2

Vermietungen	2015	2016	2017	2018	2019
Wohnungen	677	721	651	585	565
Neuvermietungen	451	507	449	434	394
Wohnungstäusche	127	145	149	142	125
Erstvermietung Neubauten, Käufe	99	69	53	9	46
Restaurants	2	4	3	5	4[1]
Verpflegungskioske	1	–	–	2	1[2]
Geschäftsräume	68	86	75	68	53

[1] Bauschänzli (Ausschreibung), Campo (Ausschreibung), Hornegg (Übertragung), Schlüssel (Ausschreibung).
[2] Bellevueplatz (Übertragung).

Immobiliengeschäfte (in Mio. Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Käufe	260,3	37,1	66,3	2,1	41,7
Verkäufe	5,9	40,4	18,01	1,2	0,6
Baurechtszins	24,3	23,7	23,5	21,9	20,5

Erwerb	Grösse (in m²)	Preis (in Mio. Fr.)
Stadtgebiet		
In Böden 169, Wehntalerstrasse 518–522, Affoltern; Erwerb Wohnliegenschaften und Baulandreserve	11 315	37,0
Grubenackerstrasse 92, Seebach; Erwerb Wohnhaus (Arrondierung)	1 056	4,0
Langensteinenstrasse 69, Oberstrass; Arrondierung	3 805	0,3
Bei Schindlergut-Park, Unterstrass; Arrondierung	4 849	0,4
Ausserhalb Stadt		
–	–	–
Tauscherwerb Stadtgebiet		
–	–	–
Total	**21 025**	**41,7**

Veräusserung	Grösse (in m²)	Preis (in Mio. Fr.)
Stadtgebiet		
Else-Züblin-West, Albisriederstrasse, Albisrieden; Abtretung Umgebungsfläche und öffentlicher Grund	309	0,467
Bei Bühlstrasse 6, Wiedikon; Abtretung Umgebungsfläche	48	0,03
Ausserhalb Stadt		
Wihalden, Uster; Abtretung Teilfläche für Trottoir	56	0,02
Tauschveräusserung Stadtgebiet		
–	–	–
Total	**413**	**0,5**

Baurechtsverträge		Grösse (in m²)
Im Grundbuch eingetragen		
a) Neue Verträge		
ZSC Lions Arena Immobilien AG	Vulkanstrasse, Altstetten (Eishockey-Sportarena)	28 000
Siedlungsgenossenschaft Eigengrund Zürich	Obstgartenstrasse, Affoltern (138 Wohnungen, Gewerbeflächen, Doppelkindergarten, Kindertagesstätte)	17 669
Römisch-Katholische Pfarrkirchenstiftung, St. Peter und Paul, Zürich	Werdgässchen, Aussersihl (Büroraum und Sitzungszimmer, Gemeinschaftsraum, Mehrzweckraum, Lager- und Sanitärräume)	353
b) Verlängerte Verträge		
–	–	–
c) Abgehende bzw. gelöschte Verträge (Landverkauf/Heimfall)		
ZWZ AG	Josefstrasse 219, Industrie (Wäschereigebäude, Büros und Nebenräume)	5 710
Pendent, noch nicht im Grundbuch eingetragen		
a) Bestehende Verträge		
Stadion Züri AG	Hardturm-/Förrlibuck-/Pfingstweidstrasse, Industrie (Hardturm-Areal, Fussballstadion mit rund 18 000 Plätzen)	29 580
Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ)	Hardturm-/Förrlibuck-/Pfingstweidstrasse, Industrie (174 preisgünstige und subventionierte Wohnungen, Doppelkindergarten, Gemeinschaftsraum, Atelier- und Gewerbeflächen)	10 120
Credit Suisse Funds AG, SIAT Immobilien AG, INTERSWISS Immobilien AG	Hardturm-/Förrlibuck-/Pfingstweidstrasse, Industrie (Hochhaus mit rund 300 Wohnungen, Atelier- und Gewerbeflächen)	6 165
Credit Suisse Anlagestiftung	Hardturm-/Förrlibuck-/Pfingstweidstrasse, Industrie (Hochhaus mit rund 300 Wohnungen, Atelier- und Gewerbeflächen)	8 750
Römisch-Katholische Pfarrkirchenstiftung, St. Peter und Paul, Zürich	Werdgässchen, Aussersihl (24 Alterswohnungen, Gemeinschaftsraum, Erweiterung Speisesaal, Hobby- und diverse Nebenräume)	686
b) Neue Verträge		
–	–	–
c) Verlängerte Verträge		
–	–	–
d) Abgehende Verträge (Aufhebung)		
–	–	–
e) Nachtrag		
Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft	Leutschenbachstrasse, Seebach (zusätzliche Radionutzung)	33 318

4.10 Human Resources Management (HR Stadt Zürich)

4.10.1 Aufgaben

HR Stadt Zürich koordiniert und steuert die personalpolitischen Grundlagen für den Stadtrat als Arbeitgeber, stellt entsprechende HR-Instrumente zur Verfügung und unterstützt die Umsetzung in den Departementen und Dienstabteilungen. Des Weiteren bietet HR Stadt Zürich zentral verschiedene Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowie Dienstleistungen an und stellt die Lohnauszahlungen aller städtischen Mitarbeitenden sicher.

4.10.2 Jahresschwerpunkte

Strategische HR-Schwerpunkte
Für die Periode 2019–2022 wurden als strategische Schwerpunkte die Themenbereiche «Führung», «Vielfalt» und «HR-Digitalisierung» im Rahmen der bestehenden HR-Strategie verabschiedet, die neben den aktuellen Schwerpunkten weitere Themenfelder umfasst (STRB Nr. 542/2019). Zu den HR-Schwerpunkten vgl. «2. Jahresschwerpunkte Finanzdepartement».

Weiterentwickeltes Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräch (ZBG)
Mit STRB Nr. 591/2019 verabschiedete der Stadtrat die Weiterentwicklung des ZBG. Dieses weiterentwickelte Führungsinstrument kommt für die Zielvereinbarung vom Jahr 2021 erstmals zum Einsatz und wird mittels einer cloudbasierten Lösung digital unterstützt.

Dazu erfolgten im Berichtsjahr verschiedene substanzielle Grundlagenarbeiten. So wurden zum Beispiel Informations- und Schulungsaktivitäten für die Befähigung von städtischen Mitarbeitenden über alle Hierarchiestufen hinweg aufgesetzt, die im Jahr 2020 zum Tragen kommen. Ebenso erfolgten Vorbereitungsarbeiten für die Digitalisierung dieses Prozesses (vgl. «2. Jahresschwerpunkte Finanzdepartement»).

Projekt E-Recruiting
Im Rahmen der Digitalisierung und Standardisierung des Prozesses «Bewerbungsmanagement» haben am 1. November erste Pilot-Dienstabteilungen die cloudbasierte Lösung «SuccessFactors», die an die bestehenden SAP-HCM-Systeme angebunden wird, in Betrieb genommen. Weitere Dienstabteilungen folgten am 1. Dezember. Ein stadtweites E-Recruiting vereinheitlicht den Personalgewinnungsprozess der Stadt Zürich und unterstützt und erleichtert vor allem den administrativen Aufwand für die HR-Abteilungen.

Umsetzungsmassnahmen Mitarbeitendenbefragung 2017
Zu den Ergebnissen der Mitarbeitendenbefragung hat HRZ bis Ende Jahr und ergänzend zu den dezentralen Aktivitäten elf gesamtstädtische Massnahmen umgesetzt. Unter anderem steht seit Februar allen städtischen Mitarbeitenden ein kostenloses Beratungsangebot zur Verfügung, das bei Fragen rund um die Pflege und Betreuung von Angehörigen Unterstützung bietet. Bis Ende 2021 wird das Angebot als Pilotprojekt durchgeführt und anschliessend ausgewertet. Zudem sind im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements die neuen Schulungsunterlagen und Informationen zum Thema «Schichtarbeit» zu nennen, die unter anderem für Massnahmen der Sensibilisierung oder für die Verbreitung von Wissen in den Dienstabteilungen eingesetzt werden können.

Beendigung Arbeitsverhältnis
Der Gemeinderat hat im Juni die Vorlage des Stadtrats zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit mehreren Änderungen beschlossen. Die Änderungen betreffen unter anderem die Kündigungsgründe, die Ausnahmen von der Mahnung und die Folgen von Rechtsmittelverfahren gegen Kündigungen. Die Teilrevision des Personalrechts zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen und die Ausführungsbestimmungen dazu sollen 2020 in Kraft gesetzt werden.

Lohnmassnahmen
Mit STRB Nr. 164/2019 legte der Stadtrat die Matrizes für die Jahre ab 2019 bis zur Einführung der neuen Lohnsteuerung fest. Die Matrizes 2015–2018 wurden unverändert übernommen. Der Gemeinderat stellte für individuelle Lohnerhöhungen über die Matrizes pro rata 10,5 Millionen Franken (exklusive Sozialleistungen) für den Zeitraum April bis Dezember bereit. Dies entspricht hochgerechnet einem Jahreswert für Lohnanpassungen in Höhe von 14 Millionen Franken. Zusätzlich wurden 4,6 Millionen Franken für einmalige Vergütungen bzw. Prämien zur Verfügung gestellt. Mit STRB Nr. 198/2019 regelte der Stadtrat den Vollzug der individuellen Lohnmassnahmen 2019, unter Anwendung der Matrizes mit Faktor 1, und der Prämienausrichtung. Lunch-Checks konnten mit der Lunch-Check-Karte im bisherigen Umfang bezogen werden.

Case Management
Im Berichtsjahr stiegen die Fallzahlen im Case Management um rund 3 %. Die Case Managerinnen und Case Manager waren regelmässig maximal ausgelastet. Mit einer bereichsinternen Reorganisation wurden zusätzliche Stellenprozente ins operative Beratungsgeschäft verlagert, was eine teilweise Entlastung brachte. Neben der quantitativen Zunahme gestaltete sich die Begleitung immer komplexer, etwa bei Konflikten am Arbeitsplatz oder betreffend Leistungsthemen. Trotz erschwerter Bedingungen galt weiterhin das oberste Ziel, erkrankte und verunfallte Mitarbeitende frühzeitig zu betreuen, was letztlich eine erfolgreiche Case-Management-Begleitung erst möglich macht.

Paritätische Arbeitsgruppe
Die Paritätische Arbeitsgruppe mit Vertretungen des vpod, von transfair, der Konferenz der Personalverbände (KPV), des Polizei Beamten Verbands (PBV), des Kaufmännischen Verbands Zürich (KV Zürich) und des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) sowie seitens der Stadt Zürich des Finanzdepartements und von HR Stadt Zürich hat an drei Sitzungen diverse personalrechtliche Vorlagen, Themen und Vollzugsfragen verhandelt sowie Erfahrungen ausgetauscht. An zwei weiteren Sitzungen erfolgte die konferenzielle Behandlung der Vernehmlassungsvorlagen STRB Nr. 588/2018 und STRB Nr. 589/2018 zur Teilrevision des Personalrechts oder der Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht betreffend Weiterentwicklung des Städtischen Lohnsystems (SLS).

Paritätische Schlichtungsstelle
Bei der Paritätischen Schlichtungsstelle gingen vier Schlichtungsgesuche ein. Drei erfüllten die formellen Voraussetzungen für ein Schlichtungsverfahren nicht, weshalb auf die Gesuche nicht eingetreten werden konnte. Das vierte Schlichtungsgesuch wurde kurz nach Einreichung wieder zurückgezogen und dementsprechend das Verfahren als erledigt abgeschrieben.

Berufsbildung
Die Stadt Zürich bildete im Berichtsjahr insgesamt 1294* Lernende in über 50 verschiedenen Berufen aus. Von den 403 Lernenden, die eine zwei- bis vierjährige Berufslehre absolvierten, bestanden 96 % das Qualifikationsverfahren mit Erfolg und mit einer Gesamtdurchschnittsnote von 4,8. Diese Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger fanden Anschlusslösungen**, und zwar 42 % über stadtinterne und 6 % über stadtexterne Anstellungen, 29 % bildeten sich weiter oder suchten andere Möglichkeiten und 23 % waren auf Stellensuche. Für das Berufserfahrungsjahr bewarben sich 37 Personen; 30 Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger konnten aufgenommen und lediglich 2 mussten abgewiesen werden. Zudem präsentierte sich die Stadt Zürich als Lehrstellenanbieterin im April zum ersten Mal anlässlich eines Infotags im Bildungszentrum Werd einer breiteren Öffentlichkeit.

* Quelle: Berufsbildung Stadt Zürich, Stand 31. August.
** Erhebungszeitraum Juli bis Ende August.

Infotag: 50 Lehrberufe, 70 Lehrbetriebe, 1250 Lernende und 20 Marktstände. (Bild: HR Stadt Zürich)

4.10.3 Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Lohnüberweisungen	400 593	400 262	406 302	390 804	398 612
Kursteilnehmende	6 785	6 043	6 525	7 220	7 384
Anzahl Lernende [1]	1 173	1 214	1 234	1 250	1 294

[1] Lernende, die eine Lehre mit einem eidgenössischen Fähigkeitsausweis oder Berufsattest, einer Vorlehre oder einer Integrationsvorlehre abschliessen (Höchststand per 31. August).

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Motionen und Postulate[1]
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 1998/105	08.04.1998 29.04.1998	Andrea Widmer Graf (FDP) Gebiet Leberen-Sunnau in Adliswil, Verlegung der Fussballplätze des FC Wollishofen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für die Fussballplätze des FC Wollishofen Ersatz gefunden werden kann, falls die Entwicklung im Gebiet Leberen-Sunnau in Adliswil eine Verlegung der heutigen Fussballplätze erfordert.
Bei einer Verlegung der Fussballplätze ist darauf zu achten, dass für die neuen Plätze mindestens gleichviel Land zur Verfügung steht wie heute.

Die im Baugebiet gelegenen Fussballplätze sollen in Übereinstimmung mit der Nutzungsplanung der Stadt Adliswil in die angrenzende Erholungszone verlegt werden. Die in Turniergrösse geplanten Plätze mit einem Garderobengebäude kommen teils auf Stadtzürcher, teils auf Adliswiler Boden zu liegen. Die Verlegung der Plätze erfordert eine vorgängige Umlegung des Landes in der Bau- und in der Erholungszone und eine Neuordnung der Eigentumsverhältnisse.

Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) konnte zwar mit dem hauptbetroffenen Grundeigentümer 2009 eine private Landumlegung und -erschliessung vereinbaren, die Landumlegung und -erschliessung auf privater Basis erwies sich aber schliesslich als nicht realisierbar. LSZ beantragte deshalb 2012 die Einleitung eines amtlichen Quartierplanverfahrens. Ende 2015 hat die Stadt Adliswil die Vorbereitungsarbeiten für das amtliche Verfahren aufgenommen und Ende 2017 sämtliche betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer über die bevorstehende Einleitung orientiert. Sobald der Einleitungsbeschluss der Standortgemeinde in Rechtskraft erwachsen ist, soll ein Leitbild als Grundlage für die künftige Überbauung und die Landumlegung erarbeitet werden. LSZ wird auf eine Verlegung der heute in der Bauzone gelegenen Fussballplätze in die angrenzende Erholungszone (E1/ES Sport- und Freizeitanlagen) hinwirken.

Postulat 2015/13	14.01.2015 17.06.2015	Cordula Bieri und Markus Knauss (beide Grüne) Anspruch auf eine Reduktion des Beschäftigungsgrads für Angestellte mit Betreuungspflichten, Änderung des Personalrechts (PR)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Ausführungsbestimmungen des Personalrechtes, insbesondere Art. 121 Abs. 4 AB PR, geändert werden können, so dass Angestellte mit Betreuungspflichten von Kindern bis zum vollendeten 8. Lebensjahr einen Anspruch darauf haben, ihren Beschäftigungsgrad um 20 % zu reduzieren, sofern dieser dadurch nicht weniger als 60 % beträgt. Weiter soll geprüft werden, ob bzw. wie es möglich ist vom reduzierten Beschäftigungsgrad wieder in den ursprünglichen Beschäftigungsgrad aufzustocken.

Der Stadtrat hat zu diesem Vorstoss noch keine konkreten Massnahmen beschlossen. Zur Beurteilung des Anliegens wird in einer Dienstabteilung im Sinne eines Pilotversuchs untersucht, wie Anträge auf die Reduktion des Beschäftigungsgrads nach geltendem Recht (Art. 158 der Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht, AB PR, AS 177.101) beurteilt werden und wie sich die Änderungen des Beschäftigungsgrads auf die Organisation auswirken. Ein Konzept regelt das Vorgehen. Nach Abschluss der zweijährigen Beobachtungsphase Ende 2020 werden aufgrund der Erfahrungen und erhobenen Zahlen gesamtstädtische Umsetzungsvorschläge geprüft.

Zudem steht seit 2019 ein vorerst auf drei Jahre befristetes, kostenloses Beratungsangebot für städtische Mitarbeitende mit Betreuungspflichten zur Verfügung.

[1] Abschreibungsanträge zu Postulaten wurden mit separater Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2015/300	21.01.2015 09.09.2015	Min Li Marti und Jean-Daniel Strub (beide SP) Neuregelung des Anspruchs auf einen bezahlten Vaterschaftsurlaub sowie Einführung eines unbezahlten Elternurlaubs, Änderung des Personalrechts (PR)

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche eine Änderung von Art. 70 lit. e der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR; AS 177.100) sowie der relevanten Artikel (121–134) der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (AB PR; AS 177.101) vorsieht, im Sinne, dass

1. der Anspruch der männlichen Angestellten auf bezahlten Vaterschaftsurlaub mindestens vier Wochen beträgt, wobei der heutige Anspruch der Mütter auf Mutterschaftsurlaub bestehen bleibt,
2. dieser Anspruch während eines Jahres nach der Geburt des Kindes besteht und der Vaterschaftsurlaub Teilzeit und in Raten bezogen werden kann,
3. die Elternteile, sofern sie beide städtische Angestellte sind, den kumulierten Mutterschafts- und Vaterschafts- bzw. Adoptionsurlaub unter sich aufteilen können, wobei für Mütter nach der Geburt eine Mindestbezugsdauer gemäss dem gesetzlichen Minimum gilt und der Vater mindestens vier Wochen zu beziehen hat,
4. ein Elternurlaub für städtische Angestellte (Väter und Mütter) im Sinne eines Anspruchs auf unbezahlten Urlaub von einem Jahr eingeführt wird, wobei der Elternurlaub bis spätestens fünf Jahre nach Geburt des Kindes und Teilzeit bezogen werden kann,
5. die Urlaube auch gleichgeschlechtlichen Eltern zustehen,
6. sämtliche Bestimmungen auch für den Fall der Adoption gelten.

Dieser Vorstoss wird zusammen mit dem POS betreffend Mitarbeitende mit Betreuungspflichten, Ermöglichung von längeren unbezahlten Urlauben (GR Nr. 2015/142) behandelt.

Eine erste Vorlage zur Umsetzung des Postulats wurde vom Stadtrat am 5. Dezember 2018 provisorisch zuhanden der stadtinternen Stellen und Personalverbände zwecks Vernehmlassung beschlossen (STRB Nr. 1043/2018). Am 23. Oktober wurde mit STRB Nr. 915/2019 betreffend Teilrevision des Personalrechts und der Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht betreffend Urlaube bei Mutter- und Vaterschaft eine neue Vorlage als Entwurf zur Vernehmlassung unterbreitet. Nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist wird die Weisung zuhanden des Gemeinderats erarbeitet.

Postulat 2015/142	20.05.2015 17.06.2015	Grüne-Fraktion Städtische Mitarbeitende mit Betreuungspflichten, Ermöglichung von längeren unbezahlten Urlauben

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht (AS 177.101) so ergänzen kann, dass explizit auch längere unbezahlte Urlaube möglich sind, wenn städtische Mitarbeitende Betreuungspflichten gegenüber ihren Eltern oder anderen Verwandten haben.

Dieser Vorstoss wird zusammen mit dem POS betreffend Neuregelung des Anspruchs auf einen bezahlten Vaterschaftsurlaub sowie Einführung eines unbezahlten Elternurlaubs, Änderung des Personalrechts (GR Nr. 2015/300) behandelt.

Motion 2015/382	02.12.2015 16.11.2016	Grüne- und AL-Fraktionen Aufhebung der Lohnwirksamkeit der jährlichen Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräche (ZBG), Änderung des Personalrechts

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Änderung des Personalrechts vorzulegen, mit der die Lohnwirksamkeit der jährlichen Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräche (ZBG) für die gesamte Verwaltung oder Teile der Verwaltung aufgehoben wird.

Am 25. September hat der Stadtrat die Vorlage zur Teilrevision des Personalrechts (AS 177.100) betreffend Weiterentwicklung des Städtischen Lohnsystems (SLS) an den Gemeinderat überwiesen (STRB Nr. 854/2019). Gleichzeitig mit der Vorlage zur Teilrevision des Personalrechts hat der Stadtrat die damit zusammenhängende Teilrevision der Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht (AS 177.101) unter dem Vorbehalt beschlossen, dass der Gemeinderat der Vorlage zur Teilrevision des Personalrechts zustimmt. Mit dem weiterentwickelten SLS werden u. a. die bisherige automatisierte Lohnentwicklung über Matrizen aufgehoben und die Lohnentwicklung vom Ziel- und Beurteilungsgespräch entkoppelt.

Motion 2016/328	28.09.2016 30.08.2017	SP-, SVP-, Grüne-, GLP-, AL- und CVP-Fraktionen Aushandlung eines neuen Basislandwerts mit der AG Hallenstadion unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und der neuen Nutzung auf den Auszugstermin des ZSC

Der Stadtrat wird beauftragt, auf den Termin des Auszugs des ZSC im Hallenstadion mit der AG Hallenstadion einen neuen, der Wirtschaftlichkeit der neuen Nutzung angemessenen Basislandwert auszuhandeln.

Das Geschäft ist im Gemeinderat pendent (GR Nr. 2019/354).

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2016/398	16.11.2016 30.08.2017	Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Gabriela Rothenfluh (SP) Pilotprojekt für eine Weiterbeschäftigung von Mitarbeitenden, die ihre volle Arbeitsleistung nicht erbringen können mit einer Belastung der Stellenpläne entsprechend der Leistung

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, die mit einem Pilotprojekt vorsieht, dass die städtischen Mitarbeitenden, die aufgrund ihrer persönlichen Situation (Krankheit, Unfall, Alter etc.) ihre volle Arbeitsleistung nicht mehr erbringen, trotzdem weiter beschäftigt werden können. Sie sollen in etwa mit ihrem bisherigen Pensum arbeiten können, aber nur noch entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit mit Aufgaben belastet werden. Dabei ist darauf zu achten, dass diese MitarbeiterInnen nur entsprechend ihrer real erbrachten Leistung den jeweiligen Stellenplänen belastet und für den Ausfall zusätzliches Personal engagiert werden kann.

Im Rahmen der Bearbeitung der MOT «Pilotprojekt für eine Weiterbeschäftigung von Mitarbeitenden, die ihre volle Arbeitsleistung nicht erbringen können» (GR Nr. 2016/398) werden Möglichkeiten geprüft, wie eine Weiterbeschäftigung bei gesundheitlich bedingter eingeschränkter Arbeitsfähigkeit erreicht werden kann.

Mit Beschluss vom 3. Juli erstattete der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht über dieses Pilotprojekt (GR Nr. 2019/303). Im Rahmen des Pilotprojekts sollen ab dem ersten Halbjahr 2020 geeignete Massnahmen geprüft werden, mit denen die dienstabteilungsübergreifende Koordination bei der Suche nach geeigneten Einsatzplätzen verbessert werden kann. Dazu sollen die bestehenden Instrumente des Case Managements – die Integrationsstellen – gezielt weiterentwickelt werden.

Ziel ist es, die Chancen für die berufliche Reintegration von Mitarbeitenden mit gesundheitsbedingt eingeschränkter Arbeitsfähigkeit zu erhöhen und sie dauerhaft wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Postulat 2016/434	07.12.2016 21.12.2016	GLP-Fraktion Aufnahme von Anleihen ab 2017, Aufnahme von mindestens 100 Millionen Franken in Form von Grünen Obligationen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er bei der Aufnahme von Anleihen ab 2017 vom jeweiligen durch den Stadtrat eruierten Mittelbedarf mindestens 100 Millionen Franken in Form von Grünen Obligationen aufnehmen kann. Hierbei können die Green Bonds Principles der ICMA (International Capital Market Association) oder äquivalente Definitionen verwendet werden. Insbesondere sind bei der Mittelverwendung und -zuordnung Investitionen in nachhaltige und erneuerbare Energien und somit auch der Mittelbedarf der ewz zu berücksichtigen. Des Weiteren sollen Investitionen einem gesamtstädtischen sauberen Fahrzeugpark und öffentlichen Verkehrsmitteln der VBZ zugeordnet werden. Andere gemäss Definition mögliche Investitionsformen sollten ebenfalls miteinbezogen werden.

Der Stadtrat steht der Mittelbeschaffung in Form von Grünen Anleihen nach wie vor grundsätzlich positiv gegenüber. Mit ihnen kann einem grossen Anlageinteresse nach nachhaltigen Anlagen entsprochen werden. Im Weiteren kann die Investorenbasis erweitert und damit eine bessere Diversifikation der Refinanzierungsquellen erreicht werden.

Im Berichtsjahr wurden weitere Abklärungen in diesem Bereich getroffen. So wurde beispielsweise eine Auslegeordnung zu den verschiedenen Möglichkeiten zur Begebung einer Grünen Anleihe oder zur Durchführung einer anderen, unter ökologischen Aspekten nachhaltigen Kapitalbeschaffung vorgenommen. Die Vor- und Nachteile werden sorgfältig abgewogen und die für die Bedürfnisse der Stadt Zürich geeignete Variante weiterverfolgt. Es wird 2020 konkreter absehbar sein, ob eine derartige Kapitalbeschaffung durchgeführt werden soll. Dies in Abhängigkeit des tatsächlichen Mittelbedarfs und unter Berücksichtigung der sonstigen Rahmenbedingungen sowie der anfallenden Kosten.

Motion 2017/63	22.03.2017 27.09.2017	SP-Fraktion Videoüberwachung im öffentlichen Raum, Ergänzung der Datenschutzverordnung mit einer Beratungs- und Beschwerdefunktion für die/den Datenschutzbeauftragte/n

Der Stadtrat wird beauftragt, die Datenschutzverordnung (DSV, AS 236.100) dahingehend zu ergänzen, dass dem Datenschutzbeauftragten/der Datenschutzbeauftragten bei Videoüberwachung des öffentlichen Raums durch Private die Aufgabe und Befugnis explizit zugesprochen wird, sowohl Personen, die gesetzeskonform eine Videoüberwachung installieren wollen, dahingehend zu beraten, als auch auf Reklamationen zu reagieren und entsprechende juristische und natürliche Personen über ihr allfälliges Fehlverhalten aufzuklären.

Das Finanzdepartement und der Datenschutzbeauftragte haben eine Vorlage erarbeitet, die beim GR pendent ist (GR Nr. 2019/358).

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2017/104	12.04.2017 06.06.2018	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Errichtung eines kommunalen Wohnraumfonds zur Förderung des Kaufs von Bauland und Liegenschaften durch gemeinnützige Wohnbauträger

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung mit folgendem Inhalt vorzulegen:

1. Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 wird wie folgt ergänzt:

1. Die Stadt Zürich führt einen kommunalen Wohnraumfonds gemäss Art. 14a des Gesetzes über die Wohnbau- und Eigentumsförderung.
2. Der Fonds fördert den Kauf von Bauland und Liegenschaften durch gemeinnützige Wohnbauträger mit zinsgünstigen oder unverzinslichen Darlehen und Abschreibungsbeiträgen.
3. Der Stadtrat entscheidet nach Massgabe der finanziellen Mittel über die Ausrichtung von Beiträgen aus dem Fonds und deren Höhe im Einzelfall.
4. Dem Fonds werden jährlich Beiträge von mindestens 10 Millionen Franken zugewiesen.
5. Eine solche Zuweisung entfällt in Jahren, in denen die Rechnung der Stadt Zürich einen Bilanzfehlbetrag ausweist.
6. Der Gemeinderat erlässt ein Ausführungsreglement.

2. Der Wohnraumfonds wird mit 50 Millionen Franken dotiert.

Postulat 2017/247	12.07.2017 06.06.2018	Ursula Uttinger (FDP) und Marco Denoth (SP) Verzicht auf Rezertifizierungen von freiwilligen Zertifizierungen in der Stadtverwaltung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie zukünftig auf die Rezertifizierungen von freiwilligen Zertifizierungen wie ISO 9001, ISO 14001 innerhalb der Stadtverwaltung verzichtet werden kann.

Postulat 2017/250	12.07.2017 14.11.2018	Eduard Guggenheim (AL) und Marcel Bührig (Grüne) Angebot für einen Ersatzstandort für das Chinesische Generalkonsulat nach Ablauf des Mietvertrags

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Chinesischen Generalkonsulat spätestens auf den Ablauf des bestehenden Mietvertrages hin einen angemessenen Ersatz für den heutigen Standort in der Villa an der Seestrasse 161 / Mythenquai bei 100 anzubieten oder bei der Suche nach einem solchen behilflich sein. Der bestehende Mietvertrag soll jedenfalls nicht verlängert werden.

Motion 2018/2	10.01.2018 14.11.2018	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Kompetenzübertragung von Grundstücks- und Liegenschaftskäufen zur Erfüllung kommunaler Aufgaben an den Stadtrat, Änderung der Gemeindeordnung (GO)

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für eine Änderung der Gemeindeordnung vorzulegen, wonach der Stadtrat zur Erfüllung kommunaler Aufgaben in eigener Kompetenz Grundstücke und Liegenschaften kaufen kann (z. B. für Schulen, Alterszentren, Werkgebäude, den kommunalen Wohnungsbau oder die Vergabe von gemeinnützigen Baurechten). Dabei soll der Stadtrat verpflichtet sein, der zuständigen Instanz – in der Regel innerhalb von zwei Jahren nach der Eigentumsübertragung – die Übertragung ins Verwaltungsvermögen zu beantragen.

Das Geschäft ist im Gemeinderat pendent (GR Nr. 2019/172).

Postulat 2018/441	31.01.2018 14.11.2018	Isabel Garcia und Corina Gredig (beide GLP) Einführung einer einheitlichen digitalen ID für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung für die Einführung einer einheitlichen digitalen ID für alle Stadtbewohnerinnen vorzulegen. Bei der Entwicklung dieser digitalen ID soll darauf geachtet werden, dass die persönlichen Daten nicht auf zentralen Servern oder im Internet sondern auf dem eigenen Mobiltelefon gespeichert werden und dass die Ausgabe einer solchen digitalen Identität als hoheitliche Aufgabe konzipiert ist. Es muss gewährleistet sein, dass alle städtischen Dienstleistungen auch ohne digitale ID beansprucht werden können.

Motion 2018/77	28.02.2018 14.11.2018	Stefan Urech und Peter Schick (beide SVP) Begrenzung der Abfindungsleistungen für Behördenmitglieder auf maximal zwei Jahreslöhne

Der Stadtrat wird beauftragt, die Verordnung über Abgangsleistungen für Behördenmitglieder zu überarbeiten und dabei die Höhe der Abfindungsleistungen (Artikel 5) zu reduzieren.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/288	11.07.2018 26.09.2018	Grüne-Fraktion Einstellung von Bauland- und Liegenschaftsverkäufen bis zur Einrichtung des Wohnraumfonds

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er Bauland- und Liegenschaftsverkäufe so lange einstellen kann, bis der Wohnraumfonds (überwiesene Motion 2017/104 Errichtung eines kommunalen Wohnraumfonds zur Förderung des Kaufs von Bauland und Liegenschaften durch gemeinnützige Wohnbauträger) eingerichtet ist. Ausgenommen bleiben Tauschgeschäfte.

Postulat 2018/432	10.11.2018 28.11.2018	AL-Fraktion Anpassung des Zweckerhaltungsreglements, Verwendung der Mittel des Zweckerhaltungsfonds nach den Vorgaben von Art. 14a des kantonalen Gesetzes über die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung (kommunaler Wohnraumfonds)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Gelder des Zweckerhaltungsfonds in den künftigen kommunalen Wohnraumfonds zur Förderung des Kaufs von Bauland und Liegenschaften durch gemeinnützige Wohnbauträger (Motion 2017/104) überführt werden können.

Postulat 2018/451	21.11.2018 04.12.2019	Pirmin Meyer (GLP) und Zilla Roose (SP) Realisierung eines intergenerativen Spielplatzes im Bereich der kommunalen Wohnsiedlung Leutschenbach

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Bereich des Aussenraums der kommunalen Wohnsiedlung Leutschenbach ein intergenerativer Spielplatz realisiert werden kann.

Postulat 2018/462	28.11.2018 12.12.2018	GLP-Fraktion Zentrale Koordinationsrolle und Verantwortung für Organisation und Informatik (OIZ) betreffend Steuerung sämtlicher Digitalisierungsprojekte der Stadt

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Organisation und Informatik (OIZ) eine zentrale Koordinationsrolle und Verantwortung für die Steuerung sämtlicher Digitalisierungsprojekte und der damit verbundenen Investitionsausgaben und benötigter IT-Infrastruktur in der Stadt zugeordnet werden kann. Damit soll sichergestellt werden, dass die Projekte und die Gesamtausgaben stadtweit koordiniert, geprüft und möglichst effizient eingesetzt werden. Hierfür sollen in einem ersten Schritt dafür eine angemessene Anzahl Stellenwerte für Digitalisierungsaufgaben innerhalb des Budgets 2019 kostenneutral an OIZ übertragen werden.

Postulat 2018/508	19.12.2018 16.01.2019	Grüne-Fraktion Erhöhung des Anteils ökologisch wertvoller Dachflächen auf den Souq-Häusern bei der neuen Wohnsiedlung Leutschenbach

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der neuen Wohnsiedlung Leutschenbach der Anteil ökologisch wertvoller Dachflächen auf den Souq-Häusern erhöht werden kann.

Postulat 2019/215	22.05.2019 25.09.2019	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen sowie die Parlamentsgruppe EVP Rasche Umrüstung der betriebsnotwendigen Fahrzeugflotte auf leichte und energieeffiziente Motorfahrzeuge mit alternativen Antriebsformen oder E-Cargobikes

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die kommunale Fahrzeugstrategie auf eine rasche Umrüstung der betriebsnotwendigen städtischen Fahrzeugflotte auf leichte und energieeffiziente Motorfahrzeuge mit alternativen Antriebsformen (z. B. Elektroantrieb, Biogas, Wasserstoff) oder E-Cargobikes unter Nutzung von erneuerbaren Energiequellen ausgerichtet werden kann.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/221	22.05.2019 12.06.2019	FDP-Fraktion Bericht über einen möglichen Betrieb von städtischen Fahrzeugen mit Wasserstoffantrieb und der notwendigen Tankstelleninfrastruktur

Der Stadtrat wird aufgefordert einen Bericht zu erstatten, wie die Stadt Zürich, allenfalls auch in Zusammenarbeit mit interessierten Hochschulen, standardmässig oder im Rahmen von Pilotprojekten Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb betreiben und die dafür notwendige Tankstelleninfrastruktur verfügbar machen kann.

Postulat 2019/517	27.11.2019 11.12.2019	GLP-Fraktion Zentrale Koordination und Beschaffung von Dienstkleidern

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Beschaffung von Dienstkleidern in der Stadtverwaltung zentral organisiert und vor allem koordiniert werden kann.

Postulat 2019/525	04.12.2019 11.12.2019	Rechnungsprüfungskommission (RPK) Aufführung von bestimmten Kennzahlen im Finanz- und Aufgabenplan (FAP) auf Stufe Dienstabteilung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im FAP die untenstehenden Kennzahlen tabellarisch inskünftig auf Stufe Dienstabteilung aufgeführt werden können, wenn die Dienstabteilung einen Aufwand von mindestens 50 Mio. Schweizer Franken ausweist und die Zahl der Vollzeitäquivalente 50 übersteigt:

- *Erfolgsrechnung mit Sach- und übriger Aufwand sowie Personalaufwand mit Stellenwerten; Ertrag und Saldo*
- *Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen*
- *Investitionsrechnung Finanzvermögen*

Im FAP werden aktuell Kennzahlen lediglich auf Stufe Departement publiziert. Zu ausgewählten Dienstabteilungen werden in Textform sehr unterschiedliche Angaben in sehr unterschiedlicher Tiefe, Umfang und Qualität gemacht. In der Mehrheit der Fälle sind auf dieser Basis jedoch keine seriösen Prognosen über die finanzielle Entwicklung der Dienstabteilung möglich.

Postulat 2019/527	04.12.2019 11.12.2019	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Humanitäres Hilfspaket für Binnenvertriebene in Nordsyrien

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im 1. Quartal 2020 ein humanitäres Hilfspaket für Binnenvertriebene in Nordsyrien beschliessen kann. Sichergestellt werden soll, dass die Hilfe an unabhängige Hilfsorganisationen geleistet wird, die mit den nichtstaatlichen Selbstverwaltungsstrukturen in Nordsyrien zusammenarbeitet.

Sicherheits-departement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sicherheitsdepartement

1.	**Vorwort**	**105**
2.	**Jahresschwerpunkte**	**106**
3.	**Kennzahlen Sicherheitsdepartement**	**108**
4.	**Departementssekretariat, Dienstabteilungen**	**109**
4.1	**Departementssekretariat**	**109**
4.1.1	Aufgaben	109
4.1.2	Finanzkennzahlen	109
4.2	**Stadtpolizei**	**109**
4.2.1	Aufgaben	109
4.2.2	Jahresschwerpunkte	109
4.2.3	Allgemeine Kennzahlen	112
4.2.4	Spezifische Kennzahlen	113
4.3	**Schutz & Rettung**	**113**
4.3.1	Aufgaben	113
4.3.2	Jahresschwerpunkte	113
4.3.3	Allgemeine Kennzahlen	115
4.3.4	Finanzkennzahlen	116
4.4	**Dienstabteilung Verkehr**	**117**
4.4.1	Aufgaben	117
4.4.2	Jahresschwerpunkte	117
4.4.3	Allgemeine Kennzahlen	119
4.4.4	Spezifische Kennzahlen	120
4.5	**Stadtrichteramt**	**120**
4.5.1	Aufgaben	120
4.5.2	Jahresschwerpunkte	121
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	122
4.5.4	Allgemeine Kennzahlen	122
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**124**

1. Vorwort

lic. phil. Karin Rykart. (Bild: Sicherheitsdepartement)

2019 war ein bewegtes Jahr. Mit Ereignissen, die bis in die Schweiz und nach Zürich hineinwirkten. Da war und ist das Thema Klimawandel, bei dem mir zunächst ein Pressefoto einfällt. Es zeigt Hunde, die in geschmolzenem Eiswasser im Nordwesten Grönlands einen Schlitten ziehen. Venedig stand unter Wasser, Australien brannte und in Zürich demonstrierten Tausende besorgte Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz. Selbst das Feuerwerk am Züri Fäscht wurde wegen der Klimaerwärmung von Teilen der Bevölkerung kritisiert. Aber auch weniger weltumspannende Themen beschäftigten uns. Als die Kathedrale Notre-Dame brannte, interessierten sich die Medien und die Menschen in unserer Stadt dafür, ob so eine Katastrophe auch in Zürich möglich wäre und wie unsere Einsatzkräfte auf einen solchen Fall vorbereitet sind. Andere Probleme sind bekannt und werden uns länger beschäftigen. Die Terrorattacke in London im vergangenen Dezember führte uns erneut vor Augen, dass wir auch in Zürich weiterhin wachsam sein und geeignete Massnahmen gegen terroristische Angriffe bereithalten müssen. Mit der Tötung des Terroristen al-Baghdadi zeigte sich dann auch, wie heikel die internationale Sicherheitslage einzustufen ist.

Doch auch kleinräumige Themen forderten das Sicherheitsdepartement und seine Dienstabteilungen im Jahr 2019. Das Sicherheitsdepartement konnte zusammen mit dem Sozialdepartement sowie dem Schul- und Sportdepartement und den beiden Stadtzürcher Fussballclubs GC und FCZ das Projekt «Doppelpass» erfolgreich beenden und in die bestehenden Strukturen überführen. Künftig werden sich die Stadt Zürich, die beiden Fussballclubs, der ZSC, die Staatsanwaltschaft und die Swiss Football League gemeinsam dafür einsetzen, die Gewalt im Zusammenhang mit Fussballspielen einzudämmen.

Die Stadtpolizei hat das Projekt «Polizeipräsenz in der Grossstadt» in Angriff genommen, mit dem unter anderem die Polizeiarbeit noch mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet werden und die Gewalt gegen Polizeiangehörige weiter verringert werden soll. Die Dienstabteilung Verkehr hat erfolgreich eine Smartphone-App zur Bezahlung von Parkgebühren eingeführt und zusammen mit zahlreichen Partnerorganisationen die Präventionskampagne «Grosi an Bord» lanciert, mit der das Verkehrsklima verbessert werden soll. Das Stadtrichteramt hat die Umsetzung seiner IT-Strategie und des Record Managements in Angriff genommen.

Neuen Herausforderungen einer wachsenden Stadt stellen sich die Stadtpolizei wie auch Schutz & Rettung mit ihren Standortstrategien. Diese umfassen bei der Stadtpolizei eine Teilzentralisierung und basieren primär auf den drei Standorten Amtshäuser, Förrlibuck/Mühleweg und Stützpunkt Nord. Ende Oktober 2019 wurde der Rohbau für den Neubau der Kriminalabteilung am Mühleweg fertiggestellt. Schutz & Rettung arbeitet intensiv und längerfristig daran, die Notfallgrundversorgung für das ganze Stadtgebiet durch Rettungsdienst, Berufsfeuerwehr und Milizfeuerwehr von den drei bestehenden Wachen Süd, Zentrum (Neumühlequai) und Flughafen sowie den drei neuen Wachen im Norden (mit zentraler Einsatzlogistik), Westen und Osten der Stadt aus sicherzustellen. Auch das Stadtrichteramt hat 2019 die notwendigen Vorbereitungen für den Umzug nach Zürich-Seebach ins Verwaltungszentrum Eggbühl getroffen.

Damit die Arbeit in den Dienstabteilungen optimal gelingen kann, braucht es eine sorgfältige Personalpolitik. Ein besonderes Anliegen ist es mir, dass für Frauen die Attraktivität von Berufen in der Dienstabteilung Verkehr, bei Schutz & Rettung und der Stadtpolizei weiter zunimmt. Angehörige in den Blaulichtorganisationen sind mit speziellen Belastungen konfrontiert. Deshalb müssen wir beispielsweise bei den Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitätern die Altersentlastung im Auge behalten und bei den Feuerwehrleuten der körperlichen Leistungsfähigkeit Sorge tragen. Die Anforderungsprofile an die einzelnen Berufe sind regelmässig zu überprüfen, und bei der Personalgewinnung sind neue Wege zu beschreiten. Was gestern noch über ein Zeitungsinserat funktioniert hat, erfolgt heute über die digitalen Medien. Dass wir bei all unseren Bemühungen auf dem richtigen Weg sind, zeigt die Auszeichnung von Schutz & Rettung als «Top Employer Schweiz 2019».

Das Engagement und die Leistung meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Departementssekretariat und in den vier Dienstabteilungen Stadtrichteramt, Verkehr, Schutz & Rettung und Stadtpolizei beeindruckt mich immer wieder. Mit viel Fachwissen, Ausdauer und Kreativität setzen sie sich für unsere Stadt und ihre Einwohnerinnen und Einwohner ein. Dafür spreche ich ihnen auch für das Jahr 2019 meinen grossen und herzlichen Dank aus.

Stadträtin lic. phil. Karin Rykart
Vorsteherin des Sicherheitsdepartements

2. Jahresschwerpunkte

Sport ohne Gewalt
Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Stadtzürcher Fussballclubs, der Staatsanwaltschaft und weiteren Institutionen hat sich im Projekt «Doppelpass» gegen Gewalt im Umfeld von Fussballspielen bewährt. Die Beteiligten haben 2019 beschlossen, «Doppelpass» als institutionalisiertes Gremium weiterzuführen. Die Vorstehenden des Sicherheitsdepartements, des Sozialdepartements und des Schul- und Sportdepartements, die Clubpräsidenten von ZCZ, GC und ZSC Lions treffen sich mehrmals jährlich in einer Delegation zu strategischen und politischen Fragen. Während die operativ Verantwortlichen in einem Stab «Doppelpass»-Projekte ausarbeiten oder Arbeitsgruppen für konkrete Massnahmen aufstellen. Die Beteiligten bleiben so im regelmässigen Austausch und übernehmen gemeinsam Verantwortung beim Problem der Gewalt im Zusammenhang von Sportveranstaltungen. Einerseits im präventiven Bereich, mit Massnahmen gegenüber jungen Fans, die Gewalt ablehnen oder lediglich tolerieren. Im Gegensatz zu dieser grössten Fangruppe stehen bei der Minderheit von gewalttätigen, kriminellen Fans repressive Massnahmen im Zentrum. Die Ziele der Zusammenarbeit sind neben dem Rückgang der Gewalt eine gemeinsame Haltung aller Beteiligten zum Thema Gewalt, der Austausch von Informationen, das Beschliessen gemeinsamer Massnahmen und deren Koordination sowie Ansprech- und Kommunikationsgremium gegen aussen.

Auf diese Weise wird gemeinsam am Thema weitergearbeitet, und bei Zwischenfällen kann rasch reagiert werden. Die Stadt Zürich wie auch GC und FCZ sind sich bewusst, dass das Gewaltproblem im Umfeld von Fussballspielen nicht gelöst ist. Die Stadt Zürich und die Clubs übernehmen gemeinsam Verantwortung, wo sie Einfluss nehmen können.

Polizeiarbeit in der Grossstadt
Die Stadtpolizei hat mit verschiedenen Anspruchsgruppen zu tun: der Wohnbevölkerung, Pendlerinnen und Pendlern, Besucherinnen und Besuchern des Nachtlebens, mit Touristinnen und Touristen und vielen mehr.

Die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements und die Stadtpolizei verfolgen gemeinsam das Ziel, die sichtbare Polizeipräsenz optimal auf die Bedürfnisse und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung abzustimmen. Zu diesem Zweck setzten sich das Sicherheitsdepartement und die Stadtpolizei im Rahmen des Projekts «Polizeipräsenz in der Grossstadt» vertieft mit diesen Bedürfnissen und der Wahrnehmung der Polizei im öffentlichen Raum auseinander.

Anfang Oktober 2019 führte die Firma DemoSCOPE eine Umfrage im öffentlichen Raum durch. Von den 446 Passantinnen und Passanten waren 45 % in der Stadt wohnhaft, die übrigen zum Teil häufig zum Beispiel als Pendlerinnen und Pendler, zum Teil seltener oder gar erstmals in Zürich.

97 % der Befragten gaben an, sich in Zürich sehr sicher oder eher sicher zu fühlen.

Einer überwiegenden Mehrheit ist es wichtig, im öffentlichen Raum mit der Polizei in Kontakt treten zu können. Aber für gut die Hälfte (54 %) wirkt die Polizei heute nicht so, als dürften sie diese ansprechen.

Erkenntnisse aus dieser Umfrage sind:

– Die Sichtbarkeit ist auf einem guten Stand.
– Die Ansprechbarkeit ist optimierbar.
– Leichte Tendenz für mehr Präsenz zu Fuss und am richtigen Ort.

Um detailliertere, neue Erkenntnisse zu den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gewinnen, wurde im Rahmen des Projekts eine schriftliche Befragung bei den folgenden sieben Fokusgruppen durchgeführt: Jugendliche, Quartiervereine, Bar- und Clubbetriebe, Gewerbevereine, Klientel Kontakt- und Anlaufstellen, Beratungsstellen und NGO im Bereich Migration und Prostitution sowie Polizei. Der Austausch mit diesen Fokusgruppen wird in Gesprächen Anfang 2020 auf der Grundlage der schriftlichen Antworten vertieft.

Sicher Velofahren
Neu werden schnell realisierbare Massnahmen im Expressverfahren umgesetzt: 2019 konnte so an fünf Stellen die Sicherheit für Velofahrende verbessert werden. Auch in «normalen» Bauprojekten wird ein stärkerer Fokus auf die Sicherheit für Velofahrende gelegt. Die Bestandsaufnahme der rund 80 Mischflächen, also Flächen, die sich Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrerinnen und Velofahrer teilen, wurde im Berichtsjahr abgeschlossen, und rund ein Dutzend konnte bereits entflochten werden. Die Stadtpolizei erarbeitet eine moderne Präventionskampagne mit aufeinander abgestimmten präventiven und repressiven Massnahmen mit dem Ziel, die Unfälle, insbesondere auch von E-Bike-Lenkenden, langfristig zu reduzieren. Sie wird 2020 gestartet und drei Jahre laufen. Die Dienstabteilung Verkehr hat zusammen mit den Verkehrsverbänden die breit angelegte Kampagne «Grosi an Bord!» zur Verbesserung des Klimas unter allen Verkehrsteilnehmern bereits 2019 lanciert. Mit der Überarbeitung des Masterplans Velo wurde gestartet. Er wird unter anderem dem Sicherheitsaspekt mehr Gewicht geben und im Herbst 2020 vorliegen.

Erhalt der städtischen Autonomie im Verkehrsmanagement
Noch in der letzten Legislatur hat die parlamentarische Kommission des Kantonsrats über Änderungen des Strassengesetzes beraten, die die Kompetenzen der Städte Zürich und Winterthur teilweise massgeblich beschnitten hätten. Der Kantonsrat hat die Vorlage am 26. August 2019 mit 94 : 82 Stimmen abgelehnt.

Führungsräume
In ausserordentlichen Lagen (Katastrophen) in der Stadt Zürich wird der Führungsstab der Stadt Zürich (FSZ) in den Führungsraum im Amtshaus I aufgeboten. Sollte das Amtshaus I nicht verfügbar sein, ist der Kommandoposten (KP) Rieterpark der Zivilschutzorganisation (ZSO) als Ausweichstandort vorgesehen. Dieser dient heute in Form einer Friedensnutzung auch als Not-Einsatzzentrale der Stadtpolizei. Im Kriegsfall müsste diese Not-Einsatzzentrale auf Anordnung von Bund oder Kanton rückgebaut werden.

Der KP Susenberg erfüllt heute ebenfalls eine Doppelfunktion: zum einen als Kommandoposten der ZSO und zum anderen als Kommandoposten für den Stadtrat in seiner Funktion als Ortsleitung für den Fall einer ausserordentlichen Lage.

Die Ist-Situation ist unbefriedigend, da einerseits die Not-Einsatzzentrale der Stadtpolizei im Kriegsfall nicht über einen garantierten Standort verfügt und andererseits der Stadtrat in einer ausserordentlichen Lage nicht aus einem unterirdischen Kommandoposten, sondern aus dem Stadthaus führen will.

Durch eine Funktionsrochade sollen die Friedens- und die Kriegsnutzung entflochten werden. Die ZSO soll künftig den KP Susenberg ganz nutzen. Der KP Rieterpark soll im Gegenzug aus der Funktion als Schutzanlage und damit aus der Verantwortung von Bund und Kanton entlassen werden. Damit kann der Standort Rieterpark dauerhaft durch die Not-Einsatzzentrale der Stadtpolizei belegt werden und zudem in ausserordentlichen Lagen als Ausweichstandort für den Führungsstab der Stadt Zürich dienen. 2019 wurde ein Belegungs- und Nutzungskonzept für den KP Susenberg und den KP Rieterpark erarbeitet.

Ausbildungszentrum Rohwiesen
Die Ausbildung der verschiedenen Organisationseinheiten des Sicherheitsdepartements ist heute örtlich verteilt. Teilweise entspricht die Infrastruktur nicht mehr den Anforderungen.

Das Stimmvolk der Stadt Zürich hat dem Objektkredit zum Um- und Neubau Ausbildungszentrum Rohwiesen (AZR) am 10. Juni 2018 zugestimmt. Bis voraussichtlich 2022 wird das Ausbildungszentrum fertiggestellt und betriebsbereit sein. Im um- und neugebauten AZR sollen künftig Mitarbeitende und Milizdienstleistende der im Sicherheitsdepartement vertretenen Säulen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen [Rettungsdienst], Technische Betriebe [Verkehrsmanagement] und Zivilschutz) sowie Angehörige der für die Bewältigung von Grossereignissen eingesetzten Stäbe ausgebildet werden. Zudem stärkt es durch die Bereitstellung einer professionellen Infrastruktur die überregionale Zusammenarbeit mit allen Blaulichtorganisationen. Dies ermöglicht eine Kompetenzerweiterung durch den fachlichen Austausch über die eigene Organisation hinaus und erwirtschaftet einen zusätzlichen Deckungsbeitrag.

Der Bau des AZR verläuft nach Plan. Sowohl zeitlich als auch finanziell ist das Projekt auf Kurs. Das Projektteam, bestehend aus vier Vertretenden vom Amt für Hochbauten (AHB), der Immobilienbewirtschaftung (IMMO), des Sicherheitsdepartements (SID) und des Architekturbüros, führt das Projekt und rapportiert dem Steuerungsausschuss – bestehend aus je einem Vertretenden aus AHB, IMMO und SID.

Für den Betrieb des künftigen Bildungszentrums Blaulicht (BZB) – so soll das AZR nach Inbetriebnahme heissen – wurde ein erster, sogenannter Businessplan erarbeitet.

Seit Ende 2019 führt das Projektteam «Betrieb» die betriebsrelevanten Themen und rapportiert dem Steuerungsgremium BZB. Dieses Team setzt sich zusammen aus der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements, dem Direktor von Schutz & Rettung Zürich, dem Kommandanten der Stadtpolizei, dem Departementssekretär SID, dem Leiter Betrieb BZB und dem Projektleiter AZR/SID.

Gleichstellungsplan
Zur Förderung einer angemessenen Geschlechtervertretung hat das Sicherheitsdepartement verschiedene Massnahmen im Rahmen des Gleichstellungsplans ergriffen und 2019 an der Definition der Schwerpunkte, den Zielen und Massnahmen bei der Erstellung des neuen Gleichstellungsplans 2019–2022 mitgearbeitet.

Dem städtischen Ziel, den Frauenanteil im Kader auf 35 % zu erhöhen, wurde 2019 besondere Aufmerksamkeit geschenkt und der Prozess angepasst. So müssen Stellenbesetzungen, die der Zielvorgabe zuwiderlaufen, gegenüber der Departementsvorsteherin begründet werden. Der Frauenanteil hat sich dadurch nicht verändert und bleibt ausser im Stadtrichteramt deutlich unter dem Zielwert. Einerseits waren nur wenige Kaderstellen neu zu besetzen und gleichzeitig fehlte es an qualifizierten Bewerbungen von Frauen. Hier muss der Fokus künftig darauf gelegt werden, die Attraktivität der Führungsjobs für Frauen und Männer mit Betreuungsaufgaben noch weiter zu erhöhen.

Die Stadtpolizei hat mit der Personalwerbekampagne «Mach Zürich zu deinem Revier – Komm zur Stadtpolizei» den Polizeiberuf in seiner ganzen Facette gezeigt mit dem Ziel, die Attraktivität des Polizeiberufs auch für Frauen zu erhöhen. Ob und welche Auswirkungen das auf die zukünftigen Aspirantinnen und somit potenziellen Kaderfrauen hat, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

Im Rahmen des Nationalen Zukunftstages haben die Departementsvorstehenden und weitere Führungsfrauen bei der Stadtpolizei am Spezialprogramm «Ein Tag als Chefin» teilgenommen. Interessierte Mädchen konnten auf diese Weise die Rolle einer Chefin kennenlernen.

3. Kennzahlen Sicherheitsdepartement

	2015	2016	2017	2018	2019[1]
Mitarbeitende total	**3155**	**2865**	**2879**	**2896**	**2919**
davon Frauen	1004	798	820	832	833
davon Männer	2151	2067	2059	2064	2’086
Ø FTE / Stw.-Ä.[2]	**2645**	**2654**	**2681**	**2691**	**2’703**
Führungskader total	**631**	**621**	**613**	**607**	**588**
davon Frauen	69	66	66	68	62
davon Männer	562	555	547	539	526
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)					
Funktionsstufe	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**
FS 16–18	– –	16,7 83,3	16,7 83,3	16,7 83,3	23,1 76,9
FS 14–15	– –	12,5 87,5	14,3 85,7	15,0 85,0	10,5 89,5
FS 12–13	– –	24,5 75,5	21,4 78,6	19,7 80,3	22,3 77,7
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 % (Vollzeitstellen)					
Total	**2342**	**2336**	**2342**	**2333**	**2’340**
Frauen	419	426	443	440	437
Männer	1923	1910	1899	1893	1’903
Frauen (in %)	17,9	18,2	18,9	18,9	18,7
Männer (in %)	82,1	81,8	81,1	81,1	81,3
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 % (Teilzeitstellen I)					
Total	**393**	**453**	**464**	**490**	**499**
Frauen	280	302	310	328	331
Männer	113	151	154	162	168
Frauen (in %)	71,2	66,7	66,8	66,9	66,3
Männer (in %)	28,8	33,3	33,2	33,1	33,7
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)					
Total	**482**	**116**	**115**	**126**	**129**
Frauen	338	84	81	89	91
Männer	144	32	34	36	38
Frauen (in %)	70,1	72,4	70,4	71,2	70,5
Männer (in %)	29,9	27,6	29,6	28,8	29,5
Lernende					
Total	**19**	**18**	**18**	**17**	**18**
davon Frauen	11	10	9	6	8
davon Männer	8	8	9	11	10
Personalaufwand	384347141	382900662	386732490	386575821	383356438
Sach- und übriger Betriebsaufwand	64781233	67400235	68984823	67867950	76507810
Übriger Aufwand	109319915	106872720	112485597	122352680	91714873
Total Aufwand	558448289	557173617	568202910	576796451	551579121
Bruttoinvestitionen[3]	13795680	12745031	16168095	20736033	25417973

[1] Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2
[2] Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP-HCM-Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.
[3] Investitionsausgaben des Verwaltungsvermögens

Definitionen:
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeiterkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind.
Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt.
Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

4.1 Departementssekretariat

4.1.1 Aufgaben

Zentrale Aufgabe des Departementssekretariats ist es, die Departementsvorsteherin bei ihrer Geschäftsführung zu unterstützen. Als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung hat das Departementssekretariat die verschiedenen Interessen im Auge zu behalten und den Ausgleich zu suchen. Daneben sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stabs in zahlreichen Projekten involviert. Die breite politische Thematisierung städtischer Anliegen in der Sicherheitspolitik wird mit einer transparenten, sachlichen und aktiven Kommunikation unterstützt.

4.1.2 Finanzkennzahlen

Beträge (in Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Aufwand	4 344 005	4 299 791	4 245 950	4 120 367	4 063 420
Ertrag	–107 599	–121 041	–128 671	–129 866	–84 829
Saldo	**4 236 406**	**4 178 750**	**4 117 279**	**3 990 501**	3 978 591

4.2 Stadtpolizei

4.2.1 Aufgaben

Auf dem Gebiet der Stadt Zürich sind zwei Polizeikorps tätig: die Kantonspolizei Zürich und die Stadtpolizei Zürich. Die Aufgabenteilung zwischen den beiden Polizeikorps ist im Polizeiorganisationsgesetz vom 29. November 2004 geregelt. Im sicherheitspolizeilichen Bereich handelt die Stadtpolizei ohne Einschränkungen. Im kriminalpolizeilichen Bereich stellt sie die Grundversorgung sicher. Zur Bewältigung stadtspezifischer Kriminalität verfügt sie bei Verfahren im Zusammenhang mit der Betäubungsmittelszene, mit Kinder- und Jugendproblemen und dem Sexualmilieu über umfassende Ermittlungskompetenzen. Auch in den weiteren kriminalpolizeilichen Belangen erfolgt die Erstaufnahme immer durch die Stadtpolizei.

Die Stadtpolizei Zürich arbeitet eng mit anderen städtischen Diensten zusammen, insbesondere mit dem Sozialdepartement, dem Gesundheits- und Umweltdepartement sowie dem Schul- und Sportdepartement. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass gesellschaftliche Probleme in den Städten nicht mit der Polizei allein, sondern nur im Verbund mit anderen städtischen Diensten angegangen werden können.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/stadtpolizei

4.2.2 Jahresschwerpunkte

Umsetzung Standortstrategie Stadtpolizei
Die in der Standort- und Raumbedarfsstrategie (SRBS) festgelegten Standorte der Stadtpolizei Zürich sind im kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft und öffentliche Bauten der Stadt Zürich vom 8. August 2018 enthalten. Der Stadtrat hat den nach der öffentlichen Auflage überarbeiteten Richtplan am 24. Oktober 2019 dem Gemeinderat zur Beratung überwiesen.

Für den Stützpunkt Nord ist im Richtplan ein Suchperimeter deklariert. Basierend auf dem Airgate-Gebäude wurde im Berichtsjahr ein Machbarkeitscheck erstellt. Dieser weist nach, dass der Stützpunkt Nord im Erdgeschoss und im 1. Obergeschoss grundsätzlich realisierbar wäre.

Der Hauptstandort, einschliesslich Stützpunkt West, soll an der Förrlibuckstrasse 59/61 und dem Duttweiler-Areal realisiert werden. Eine Erschliessungsstudie des Areals liegt als Entwurf vor und wurde Ende 2019 der Stadtpolizei, der Dienstabteilung Verkehr, dem Tiefbauamt, Grün Stadt Zürich und dem Amt für Städtebau zur Vernehmlassung vorgelegt.

Der Baubeginn des Neubaus für die Kriminalabteilung am Mühleweg erfolgte am 1. Oktober 2018. Ende Oktober 2019 wurde der Rohbau 1 fertiggestellt. Die Übergabe an die Bauherrschaft soll planmässig im September 2021 erfolgen. Nach den spezifischen Bereitstellungen für die polizeiliche Nutzung wird das Gebäude im 1. Quartal 2022 durch die Kriminalabteilung sowie das Kommissariat Prävention bezogen.

Forensisches Institut (FOR)
Im Zusammenhang mit der geplanten Verselbstständigung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) per 2022 hat das Stimmvolk der Stadt Zürich am 17. November 2019 die Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb des Instituts als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit 89 % Ja-Stimmen angenommen. Als Nächstes setzen sich der Zürcher Regierungsrat und der Kantonsrat mit der Vereinbarung und den nötigen kantonalen Gesetzesänderungen auseinander. Das Institut soll künftig als kantonale Polizeibehörde im Sinne des Bundesrechts gemeinsam durch den Kanton und die Stadt Zürich betrieben werden. Im FOR werden dann wie heute Polizeiangehörige beider Zürcher Korps arbeiten, die ins FOR abkommandiert werden. Die zivilen Mitarbeitenden werden beim künftigen FOR angestellt sein.

Teilzeitarbeit
Seit 2014 bietet die Stadtpolizei ihren Mitarbeitenden verschiedene Teilzeitmodelle an. Dies insbesondere mit dem Ziel, den Frauenanteil zu erhöhen. Die Angebote werden bisher noch nicht im gewünschten Mass genutzt. Die Stadtpolizei

bearbeitete das Handlungsfeld «Förderung von Teilzeitarbeit» deshalb auch im Jahr 2019 schwerpunktmässig weiter. Dem Wiedereinstieg von Polizistinnen nach dem Mutterschaftsurlaub wurde dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Per 31. Dezember 2018 arbeiten bei der Stadtpolizei Zürich 404 Personen mit einem Teilzeitpensum – davon 388 mit Beschäftigungsgrad unter 90 %. Von den 404 Personen sind 293 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 46,31 % aller angestellten Frauen. Bei den Männern sind es 111 Personen, was einem Anteil von 7,27 % entspricht.

Konkret erhöhte sich der Anteil von Teilzeitanstellungen zwischen 2009 und 2018 von 10,7 % auf 19,5 %. Eine stete Zunahme von Teilzeitanstellungen – auch bei Schichtdienststellen – ist sowohl bei zivilen Funktionen als auch bei Korpsfunktionen beobachtbar.

Die Auswertung einer repräsentativen Umfrage bei allen Mitarbeitenden im Winter 2018/19 lieferte wertvolle Erkenntnisse zum Thema Teilzeit. An der Befragung nahmen insgesamt 858 Personen teil, was einer Quote von 39,79 % entspricht (259 Frauen und 599 Männer). Aus den Resultaten lässt sich generell keine signifikante Diskrepanz von Angebot und Nachfrage bei Teilzeitwünschen ableiten, da knapp 90 % aller Befragten mit ihrem Anstellungsumfang zufrieden sind. Diese Einschätzung trifft insbesondere auch für die Frontabteilungen zu. Die gesuchtesten Teilzeitanstellungen liegen bei Pensen zwischen 80 und 100 %. Mit etwas Abstand folgt der Wunsch nach einer 60%-Anstellung. Andere oder kleinere Pensen sind wenig gefragt. Diese Wünsche entsprechen mehrheitlich auch den Angeboten, die seitens der Vorgesetzten gemacht werden können. Die Umfrage zeigt auf, dass das bestehende Teilzeitangebot dem geforderten Bedarf entspricht.

Bei der Stadtpolizei können seit 2019 alle Mitarbeitenden, einschliesslich Kader, ihr Pensum auf 80 % im Rahmen der dienstlichen Tragbarkeit reduzieren.

Umsetzung Ergebnisse aus PiuS
Das strategische Projekt PiuS «Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern» wurde im Laufe des Jahres 2018 abgeschlossen, und die Dienstanweisung «Polizeiliche Zwangsmassnahmen» ist seit dem 21. Dezember 2018 in Kraft. Im Anhang 1 dieser Dienstanweisung sind verbindliche und klare Kriterien für die Durchführung von Personenkontrollen definiert. Im Einzelnen sind dies folgende Kriterien:

– Ausschreibung und Fahndung
– Polizeiliche Lage und Bedrohung
– Konkrete Situation (Sachverhalte klären)
– Verhalten und Erscheinen einer Person
– Objektive Erfahrungswerte

Auf Basis der in der Dienstanweisung festgelegten einheitlichen Standards wurden die Schulungsunterlagen neu erarbeitet. Alle kontrollierenden Polizistinnen und Polizisten sind entsprechend den neuen Vorgaben ausgebildet.

Flankierend zur Umsetzung der einheitlichen Standards werden die Personenkontrollen weiterhin in einer eigens dafür entwickelten Applikation digital erfasst. Die Applikation Personenkontrolle (APK) wird von den kontrollierenden Polizistinnen und Polizisten seit Februar 2018 genutzt. Für das Berichtsjahr 2019 liegt erstmals eine Statistik über zwölf Monate vor. Die Statistik gibt einen Überblick über Anzahl, Ort, Zeit und Grund einer Personenkontrolle sowie darüber, ob die Kontrolle zu einer polizeilichen Massnahme geführt hat oder nicht. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 22 757 Personenkontrollen erfasst (Vorjahr: 25 830). Dank der APK kann die Stadtpolizei die Entwicklung hinsichtlich Quantität, Qualität und Wirksamkeit von Personenkontrollen verfolgen und wenn nötig weitere Optimierungen vornehmen.

Releasewechsel Einsatzleitsystem (RELS)
Im Juni 2018 nahm Schutz & Rettung (SRZ) als erste Blaulichtorganisation in der Schweiz die weiterentwickelte Version des bestehenden Einsatzleitsystems mit integrierten modernsten Karten- und Ortssuchfunktionalitäten (Rescuetrack-Karte) in Betrieb. Diese neue Funktionalität ermöglicht es SRZ, die eingeführte «Next-Best-Strategie» bestmöglich umzusetzen. In der Rescuetrack-Karte können sämtliche im Verbund eingesetzten Einsatzmittel bis in den süddeutschen Raum dargestellt und koordiniert werden. So ist garantiert, dass bei einem Notfall immer das Einsatzmittel aufgeboten wird, das die kürzeste Anfahrtszeit zum Ereignisort hat.

Die Umstellung bei der Stadtpolizei auf das neue Einsatzleitsystem erfolgte am 17. September 2019 ohne nennenswerte technische Zwischenfälle. Das System läuft stabil und wird durch Feinarbeiten und Anpassungen zusätzlich optimiert. Die Stadtpolizei Zürich ist das erste Polizeikorps der Schweiz, das operativ mit der neuen Rescuetrack-Karte tätig ist. Sie nimmt hier eine Vorreiterrolle ein. Andere Polizeikorps, wie die Kantonspolizei Zürich und die Stadtpolizei Winterthur, die im Jahr 2020 mit Rescuetrack in Betrieb gehen werden, können somit bereits von der Erfahrung der Stadtpolizei profitieren.

Die Weiterentwicklung des Einsatzleitsystems auf die Bedürfnisse der Polizei basiert auf einer intensiven Zusammenarbeit der Lieferfirma, des Informatik Dienstes (ID) und der Technischen Einsatzdisposition (TED) der Stadtpolizei Zürich. Die wichtige Vernetzung der verschiedenen Einsatzzentralen aller Blaulichtorganisationen in Zürich wird mit dem neuen Einsatzleitsystem weiter vorangetrieben und garantiert eine effiziente, organisationsübergreifende Ereignisbewältigung.

Durch den erfolgreichen Abschluss des Projekts RELS sind die Einsatzzentralen der Stadtpolizei und die Einsatzzentrale von SRZ für die Zukunft gerüstet und können den gesteigerten Anforderungen künftig weiterhin gerecht werden.

Bewilligungssystem (BeSys)
Mit Stadtratsbeschluss Nr. 971 vom 30. November 2016 wurde das Projekt «BeSys» gestartet. Einerseits umfasst das Projekt die Ablösung des bestehenden, aber in die Jahre gekommenen, von der OIZ entwickelten IT-Tools «BeVepo», andererseits die Digitalisierung sowie Optimierung der Bewilligungsprozesse bei den nutzenden Verwaltungseinheiten und den Gesuchstellenden.

Im Jahr 2017 wurden vor allem Basis-Funktionalitäten entwickelt sowie der Prozess für die Bewilligung von Standaktionen digitalisiert. Ähnlich wie bei der Platzreservation für eine Kinovorstellung kann die Kundschaft online einsehen, welche

Plätze noch frei sind und diese dann direkt reservieren. Dies erspart den Kundinnen und Kunden sowie den Mitarbeitenden des Büros für Veranstaltungen zahlreiche telefonische Rücksprachen, wie etwa für das Erheben von Alternativen zu bereits belegten Wunsch-Standörtlichkeiten. Mit der neuen, rund um die Uhr zur Verfügung stehenden Dienstleistung wurde eine eigentliche Win-win-Situation geschaffen. Neu trifft die Kundschaft die Abklärung selbst und erhält umgehend die Gewissheit, dass die gewünschten Standorte effektiv zur Verfügung stehen.

Im Frühjahr 2019 erfolgte ein technisch notwendiger Wechsel, der es ermöglicht, die noch umzusetzenden Bewilligungsformulare, die zukünftigen Bewilligungsformulare sowie Formularanpassungen mit weniger Entwicklungsaufwand zu realisieren. In einer ersten Phase wurde die Programmierung des Bereichs Finanzen/Controlling in Angriff genommen. Das «Go live» dieser Phase ist im 1. Halbjahr 2020 vorgesehen.

4.2.3 Allgemeine Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Notrufe	138095	147230	142600	156996	159461
Einsätze	57610	59100	64540	66163	65674
Einsatzstunden nach Veranstaltungsart*					
Fussball und Eishockey	31035	27849	16050	30532	25227
Konzerte	1475	2414	3506	1994	3831
Grossveranstaltungen	12424	23029	17887	19171	31116
Politische Demonstrationen und Kundgebungen	25605	14927	14364	18525	28569
Verkehrskontrollen[1]					
Motorisierter Individualverkehr (MIV)	–	–	–	807	1005
Velo	–	–	–	115	247
Personenkontrollen (APK)	–	–	–	25830	22757
Unangekündigte Hausbesuche bei erleichterten Einbürgerungen (Gesuche)	460 (614)	231 (472)	200 (870)	78 (420)	51 (340)
Verzeigungen nach PGVO	793	861	818	634	457
Wegweisung 1 (mündlich, max. 24 h)	1662	2170	1956	2091	1764
Wegweisung 2 (schriftlich, max. 24 h)	230	338	377	435	400
Wegweisung 3 (schriftlich, max. 14 Tage)	267	464	413	674	435
Gesamtkriminalität gemäss PKS (Total StGB-Delikte ohne BtMG)	45438	41721	43203	44251	43489*
Betäubungsmittel-Konsum (PKS, Übertretung)	2412	2206	2018	2055	1868*
Betäubungsmittel-Handel (PKS, leichte und schwere Fälle)	946	761	750	866	834*
Betäubungsmittel-Besitz (PKS, Übertretungen, leichte und schwere Fälle)	3506	3195	2931	3256	3115*
Ordnungsbussen Cannabis (Konsum)	1981	1841	1323	358	189
Ordnungsbussen fliessender und ruhender Verkehr	921213	1006479	971832	924755	869242
Ordnungsbussen kantonale Verordnung	161	94	107	127	104
Ordnungsbussen Gemeindeverordnung	592	608	650	619	395
ZAB Belegungszahl	530	751	873	912	927
Beschwerden Feedbackmanagement	314	340	276	286	364

* Provisorische Zahlen Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS).
[1] Die Zahlen zu den Verkehrskontrollen zeigen die Anzahl durchgeführter Kontrollen und nicht die kontrollierten Verkehrsteilnehmer an.

4.2.4 Spezifische Kennzahlen

Beträge (in 1000 Fr.)	Saldoentwicklung der Erfolgsrechnung				
Rechnung	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Aufwand	343 445	341 882	346 496	347 006	338 716
Ertrag	–122 346	–124 258	–124 425	–123 958	–123 017
Saldo	**221 099**	**217 624**	**222 071**	**223 048**	**215 699**

4.3 Schutz & Rettung

4.3.1 Aufgaben

Schutz & Rettung Zürich (SRZ) ist die grösste zivile Rettungsorganisation der Schweiz. Sie vereint unter einem Dach Rettungsdienst, Feuerwehr und Zivilschutz, die Einsatzleitzentrale für die Notrufnummern 144 und 118, die Feuerpolizei sowie die Höhere Fachschule für Rettungsberufe (HFRB).

SRZ garantiert die Grundversorgung in der Stadt Zürich und am Flughafen Zürich durch Feuerwehr und Sanität. Die Einsatzleitzentrale ist für den Feuerwehrnotruf 118 im Kanton Zürich und den Sanitätsnotruf 144 der Kantone Zürich, Zug, Schaffhausen und Schwyz zuständig. Die Organisation verfügt über das Know-how, das Personal, die nötigen Einsatzmittel und die Strukturen, um Einsätze vom Alltagsereignis über Grossanlässe bis hin zu ungeplanten Grossereignissen zu bewältigen.

SRZ arbeitet eng mit Partnerorganisationen zusammen und bildet die Berufsfeuerwehrleute aus der ganzen Deutschschweiz aus. Die Zusammenarbeit sichert das gegenseitige Verständnis über Disziplinen und Organisationen hinweg, damit im Einsatz alles zusammenpasst und SRZ den Auftrag zugunsten der Bevölkerung erfüllen kann: das Schützen und Retten von Menschen, Tieren, Sachwerten und der Umwelt – rund um die Uhr.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/srz

4.3.2 Jahresschwerpunkte

SRZ übernimmt den Betrieb der Babyambulanz des Kinderspitals Zürich
Seit dem 7. Januar 2019 ist SRZ für die Transporte der allerkleinsten Patientinnen und Patienten mit einem speziell ausgerüsteten Einsatzfahrzeug des Kinderspitals verantwortlich. Es ist eine hochspezialisierte Intensivstation auf Rädern. In der gut zugänglichen Transport-Isolette können Ärztinnen und Ärzte, Pflegende und Rettungssanitäterinnen und -sanitäter während der Fahrt lebensrettende Massnahmen durchführen. Bis anhin lag der Betrieb bei einem privaten Sanitätsdienst. Das spezialisierte Betreuungspersonal für die Neugeborenen während des Transports kommt weiterhin aus dem Kinderspital. Auch der Standort der Babyambulanz auf dem Areal des Kinderspitals Zürich bleibt unverändert.

Anpassung Vertragsgebiet Rettungsdienst
Seit dem 1. Juli 2019 erfolgt die rettungsdienstliche Versorgung der Gemeinden Bassersdorf, Lufingen, Nürensdorf, Oberembrach, Oberglatt, Winkel sowie der Städte Kloten und Opfikon durch den Rettungsdienst der Spital Bülach AG. Bisher erbrachte SRZ diese Dienstleistung auf Basis eines Zusammenarbeitsvertrags mit der Spital Bülach AG, da dem spitaleigenen Rettungsdienst lange die nötigen Kapazitäten fehlten. Bei Engpässen bleibt die Nachbarschaftshilfe durch die am Flughafen Zürich stationierten Rettungsteams von SRZ sowie die SRZ-Notarztteams für Erwachsene, Kinder und Neugeborene weiterhin gewährleistet.

Zertifizierung «Top Employer Schweiz»
SRZ hat 2019 als erste öffentliche Verwaltung in der Schweiz das Label des Top Employers Institute erhalten. Dieses zeichnet bereits seit 1991 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber weltweit aus. Es honoriert damit Unternehmen für deren überdurchschnittliche Angebote für Mitarbeitende sowie für deren Personalführung und Personalstrategie. Anders als bei der ISO-Zertifizierung, bei der das gesamte Qualitätsmanagement des Unternehmens im Vordergrund steht, stellt die Zertifizierung zum Top Employer ausschliesslich die Mitarbeitenden in den Mittelpunkt. Es werden Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ausgezeichnet, die den Mitarbeitenden ermöglichen, sich persönlich und beruflich weiterzuentwickeln.

Standortstrategie Schutz & Rettung
Am 10. Juli 2019 genehmigte der Gemeinderat mit 83 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen bei 17 Enthaltungen die Erhöhung des Projektierungskredits für die Wache Nord mit Zentraler Einsatzlogistik auf 9,3 Millionen Franken.

Am 18. September 2019 genehmigte der Gemeinderat einstimmig mit 113 : 0 Stimmen den Objektkredit für die Instandsetzung des Amtshauses Walche, in dem die Wache Zentrum der Sanität untergebracht ist.

Umsetzung Projekt «Optimierung des Rettungswesens im Kanton Zürich» der Gesundheitsdirektion
Am 1. August 2019 trat die Ergänzung der geltenden Verordnung über das Rettungswesen betreffend Regelungen zur Luftrettung in Kraft. Darin wurde festgelegt, dass auch geplante Verlegungen mit dem Helikopter über die Einsatzleitzentrale (ELZ) von SRZ und das zur Verfügung gestellte Tool «EBAK» erfolgen müssen. Die ELZ entscheidet, welches das am besten geeignete verfügbare Rettungsmittel ist und disponiert den Einsatz.

Grundstein für Neubau Ausbildungszentrum Rohwiesen gelegt
Am 27. September 2019 wurde der Grundstein für den Neubau in Form einer Zeitkapsel gelegt. Das künftige «Bildungszentrum Blaulicht BZB» (heute Ausbildungszentrum Rohwiesen AZR) bietet genügend Raum und eine moderne Infrastruktur, um die theoretische Ausbildung der verschiedenen Blaulichtorganisationen mit der Praxis zu kombinieren. Dank einer gemeinsamen Bildungsstätte der Angehörigen aller Blaulichtorganisationen wird die Zusammenarbeit im Einsatz noch mehr gestärkt. Der Bezug ist Mitte 2022 geplant.

Pager-Alarmierung vollständig verschlüsselt
SRZ und die Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) haben als erste Organisationen in der Schweiz die Pager-Alarmierung vollständig und flächendeckend Ende-zu-Ende verschlüsselt. Das bisherige Paging-System, das schweizweit im Einsatz steht, verschlüsselte zwar bereits den Transport der Meldungen bis zum Sendemast, jedoch von dort aus nicht vollständig bis zu den Empfängerinnen und Empfängern. Dazu wurden von der GVZ und den beteiligten Rettungsdiensten eine neue Pager-Generation beschafft, die die verschlüsselten Meldungen decodieren kann, sowie die technische Infrastruktur der Anbieterin umgerüstet. Das neue System erfüllt somit sowohl die Anforderungen der Rettungsorganisation nach einer korrekten und sicheren Notfallalarmierung rund um die Uhr als auch das Bedürfnis nach einer hohen Datensicherheit und dem Schutz der Patientendaten.

Einsatzleitzentrale gewinnt Hexagon Excellence Award
Die Einsatzleitzentrale (ELZ) 144/118 von SRZ hat im vergangenen Jahr mit einem umfangreichen Update des Einsatzleitsystems die technische Voraussetzung für eine noch schnellere und effizientere Alarmierung geschaffen. Für die technische Umsetzung der «Nächst-Best-Strategie» erhielt sie einen Innovationspreis. Bei einem medizinischen Notfall wird durch die ELZ immer das am besten geeignete verfügbare Rettungsmittel aufgeboten. Das System kombiniert neues Kartenmaterial mit modernsten Algorithmen und Machine Learning – das heisst, das System generiert neues Wissen aus Erfahrung. Es bearbeitet pro Sekunde bis zu 1300 Routinganfragen und berechnet so innerhalb Sekundenbruchteilen das am schnellsten verfügbare Rettungsmittel. Dabei werden Faktoren wie beispielsweise prognostizierte Ausrückzeiten der Rettungseinheiten, Baustellen, unwegsames Gelände sowie Erfahrungswerte aus früheren Blaulichtfahrten berücksichtigt. In die Berechnungen werden auch Rettungsfahrzeuge und -helikopter aus dem benachbarten In- und Ausland miteinbezogen.

Fokus auf ICT-Architektur und Informationssicherheit
Um den wachsenden Anforderungen im Zuge der Digitalisierung besser gerecht zu werden, wurden die Themen Technologiemanagement, ICT-Architektur und Datensicherheit per 1. März 2019 in einer eigenen Organisationseinheit als Stabsfunktion innerhalb der Abteilung ICT abgebildet.

Notrufumstellung auf All-IP-Technologie
Anfang November 2019 wurde die von der Swisscom längerfristig nicht mehr angebotene ISDN-Telefonie der Einsatzleitzentrale auf die All-IP-Technologie umgestellt. Die Umstellung verlief für die Anrufenden nicht spürbar und ohne technische Probleme.

4.3.3 Allgemeine Kennzahlen

Einsätze Sanität SRZ	2015	2016	2017	2018	2019
Einsätze Stadt Zürich durch Rettungsdienst SRZ (Kat. A–D) [1]	–	–	–	–	26 101
Einsätze ausserhalb der Stadt Zürich durch Rettungsdienst SRZ (Kat. A-D) [1]	–	–	–	–	8 767
Verlegungstransporte (Kat. E) [1]	–	–	–	–	3 240
Total	**35 616**	**37 082**	**36 782**	**37 952**	**38 108**
davon Einsätze mit Notärztin/-arzt	3 071	3 217	3 109	2 766 [2]	2 977

[1] Seit 1.1.2017 gilt im Kanton Zürich die neue Verordnung über das Rettungswesen mit neuen Einsatzkategorien. Insbesondere gelten für Verlegungstransporte eigene Bestimmungen. Diese Verlegungstransporte werden deshalb neu ab 2019 separat ausgewiesen. Eine nachträgliche Aufschlüsselung der Zahlen der Vorjahre nach diesem Raster ist nicht möglich. Die Gesamteinsatzzahlen bleiben vergleichbar.
[2] Seit 1. Januar 2018 hat das Spital Bülach einen eigenen Notarztdienst aufgebaut, SRZ leistet in diesem Gebiet keine entsprechenden Einsätze mehr.

Einsätze Feuerwehr	2015	2016	2017	2018	2019
Brände	678	600	626	712	661
Brandmeldeanlagen	1 171	1 175	1 210	1 228	1 270
Unfälle (Strassen, Strom, Bahn)	43	70	54	56	57
Elementarereignisse (Unwetter, Wasser)	570	384	593	506	325
Umweltgefährdung (z. B. Öl, Chemikalien)	380	379	382	389	398
First Responder	347	230	342	255	113
Tierrettungen / Insekten [1]	259	552	307	283	458
Weitere Hilfeleistungen / Rettungen	954	905	959	914	1 038
Dienstleistungen [2]	1 389	1 385	1 229	1 256	1 105
Total	**5 791**	**5 680**	**5 648**	**5 599**	**5 425**

[1] Ein Grossteil dieser Einsatzkategorie betrifft Bienenschwärme. Lassen sich diese bei heiklen Gebäuden (z. B. Kindergärten) oder auf grossen Kreuzungen nieder, werden sie von der Feuerwehr eingefangen und an ausgewählte Imkerinnen und Imker übergeben. Die Schwarmtätigkeit der Bienen hängt stark vom Wetter in den Frühlingsmonaten ab.
[2] Es handelt sich dabei um im Voraus geplante Einsätze wie beispielsweise die Feuerwache an Veranstaltungen durch Angehörige der Milizfeuerwehr.

Notrufe Einsatzleitzentrale	2015	2016[1]	2017	2018	2019
Notrufe 118 (Feuerwehr)	38 772	25 805	26 974	29 765	25 288
Notrufe 144 (Rettungsdienst)	107 108	96 827	99 215	104 269	107 817
Total	**145 880**	**122 632**	**126 189**	**134 034**	**133 105**

[1] Eingehende Anrufe, die von der zugeteilten Calltakerin oder vom zugeteilten Calltaker nicht innerhalb der vorgegebenen Frist entgegengenommen werden können, werden intern an eine andere Mitarbeiterin oder einen anderen Mitarbeiter weitergeleitet. Bis und mit 2015 wurden solche Weiterleitungen als zusätzliche Notrufe gezählt. Seit 2016 ist es technisch möglich, Weiterleitungen herauszufiltern. Die Zahlen ab 2016 sind deshalb nicht vergleichbar mit den Vorjahren.

Dispositionen der Einsatzleitzentralen	Feuerwehren 2018	Feuerwehren 2019	Rettungsdienste 2018	Rettungsdienste 2019
Stadt Zürich (einschliesslich Flughafen)	12 435	12 094	43 960	44 552
Übriges Dispositionsgebiet	13 849	12 408	70 285	71 750
Total	**26 284**	**24 502**	**114 245**	**116 302**

Kennzahlen Zivilschutz	2015	2016	2017	2018	2019
Zivilschutzangehörige (Ist-Bestand)	2 094	2 023	1 932	1 773	1 788
Diensttage	7 660[1]	9 171	8 378	7 323	7 984

[1] Aufgrund der Vorgaben des Gemeinderats aus der Budgetdebatte wurde die Dauer der Wiederholungskurse 2015 auf das gesetzliche Minimum von 2 Tagen gekürzt.

Kennzahlen Feuerpolizei	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Schlussabnahmen von Neu- und Umbauten	1 272	1 326	1 348	1 261	1 323
Anzahl Gebäudekontrollen Feuerpolizei	1 079	1 073	987	965	827

4.3.4 Finanzkennzahlen

Schutz & Rettung Beträge (in Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Aufwand	127 552 228	127 341 318	130 420 542	131 313 527	131 007 404
Ertrag	–81 029 349	–81 974 011	–84 369 793	–82 850 959	–83 327 157
Saldo	**46 522 879**	**45 367 307**	**46 050 748**	**48 462 568**	**47 680 246**

4.4 Dienstabteilung Verkehr

4.4.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Verkehr (DAV) ist für das Verkehrsmanagement in der Stadt Zürich zuständig. Dazu gehören neben der Verkehrssteuerung und -lenkung auch der Erlass von Verkehrsvorschriften, die Parkraumbewirtschaftung sowie die Signalisationen und Markierungen. Bei allen Themen hat die Verkehrssicherheit höchste Priorität – ganz besonders, wenn es um die Sicherheit der ungeschützten Verkehrsteilnehmenden geht. Vor allem beim Veloverkehr sind die Unfallzahlen besorgniserregend. Daher soll der Velosicherheit noch mehr Beachtung geschenkt werden.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/dav

4.4.2 Jahresschwerpunkte

Pilotversuch Tempo 30 nachts
Zwischen Juli und September 2018 galt im Rahmen eines Verkehrsversuchs zwischen 22.00 und 6.00 Uhr auf den Strassenabschnitten Albisstrasse, Hardstrasse, Dübendorf-/Winterthurerstrasse und Am Wasser/Breitensteinstrasse Tempo 30. Um aussagekräftige Erkenntnisse zu erhalten, wurden bereits vor Versuchsbeginn verschiedene Messungen durchgeführt. Diese Messungen wurden anschliessend während der Versuchsphase wiederholt. Zusätzlich wurden die Verlustzeiten des öffentlichen Verkehrs erhoben.

Auf allen Strecken wurde während der Nachtstunden eine um etwa 1 bis 3 dB geringere Lärmbelastung festgestellt, was als wahrnehmbar eingestuft wird. Noch deutlicher nahmen die Maximalpegel der Vorbeifahrten ab. Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die Massnahme wirksam ist, um den Strassenlärm und besonders die störenden Lärmspitzen zu reduzieren. Auf den Verkehrsablauf hatte der Versuch keine negativen Auswirkungen. Die Fahrzeiten des öffentlichen Verkehrs verlängerten sich zwar um wenige Sekunden, doch hatte dies keinen Einfluss auf den Fahrplan oder allfällige Anschlüsse. Die Geschwindigkeitsreduktion und deren positive Auswirkung wurden auch von den Anwohnenden wahrgenommen. Im Rahmen einer Befragung sprach sich eine Mehrheit von ihnen für dauerhaft «Tempo 30 nachts» aus. Rund zwei Drittel der Befragten gaben an, dass sich der Strassenlärm in der Nacht während der Versuchsphase leicht oder gar stark reduziert habe. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten stellte eine Verbesserung der Schlafqualität fest. Allerdings wurden bei der Umfrageauswertung zwischen den vier Strassenabschnitten auch signifikante Unterschiede festgestellt, die auf die Eigenheiten der entsprechenden Strecken zurückzuführen sind.

Aufgrund der positiven Ergebnisse wird Tempo 30 nachts künftig an Orten geprüft, wo eine permanente Einführung von Tempo 30 nicht möglich oder verhältnismässig ist.

Verkehrsklima-Kampagne «Grosi an Bord»
Das Klima zwischen den Verkehrsteilnehmenden wird von vielen als schlecht empfunden. Ungeduld und Aggression führen zu Risikosituationen und Unfällen. Darum haben die Stadt Zürich (Dienstabteilung Verkehr, Stadtpolizei, Tiefbauamt und VBZ) und zwölf Verkehrs- und Interessenverbände in einer starken Allianz die Kampagne «Grosi an Bord» lanciert. Darin fordert «Grosi» alle auf, mit Freundlichkeit, Gelassenheit und Rücksichtnahme einen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu leisten. Die Kampagne geht davon aus, dass eigentlich alle wissen, wie man sich auf der Strasse verhalten sollte. Dass es trotzdem nicht alle tun, liegt nicht an fehlendem Wissen, sondern an Verhaltensfaktoren, z. B. am selbstgemachten Zeitdruck. «Grosi» richtet sich an alle Verkehrsteilnehmenden. Die Kunstfigur wird den Zürcherinnen und Zürchern sowie Besucherinnen und Besuchern in unterschiedlichen Situationen und Mobilitätsformen begegnen. «Grosi» tritt dabei nicht belehrend in Erscheinung. Sie sagt einfach: «Verhalte dich im Verkehr so, als wenn ich dabei wäre». Sie wird damit zur Instanz für rücksichtsvolles Verhalten. Die Kampagne dauert fünf Jahre. Im ersten Jahr trat «Grosi» auf Plakaten, im Tram, auf Velos, Dienstfahrzeugen, Aufklebern, Behördeninformationen oder auf Social Media (Facebook, Instagram) auf.

Für weitere Angaben: www.grosi-an-bord.ch

Kampagne «Grosi an Bord». (Bild: Dienstabteilung Verkehr)

Tag der Verkehrssicherheit 2019
Am 6. November 2019 trafen sich rund 200 Verkehrsfachleute aus der ganzen Schweiz und dem umliegenden Ausland zum zweiten Zürcher Tag der Verkehrssicherheit mit dem Thema «Urbanes Verkehrsklima». Die präsentierten Daten einer Umfrage zeigten, dass 65 % der Verkehrsteilnehmenden das Verkehrsklima in der Stadt Zürich als eher schlecht oder sehr schlecht wahrnehmen. Mit der «Grosi an Bord»-Kampagne soll dieser Wert in den nächsten fünf Jahren verbessert werden. Auf einem interaktiven Podium wurde das Thema mit Personen aus der Fachwelt und Praxis diskutiert. Das Publikum wurde mit Abstimmungen in die Diskussion involviert. Einen schönen Abschluss bildete die Übergabe des Preises für Verkehrssicherheit an eine ETH-Studentin, die in ihrer Masterarbeit eine Dunkelziffer von bis zu 90 % bei Velounfällen eruierte. Das grosse Interesse am Anlass und die positiven Rückmeldungen zeigten, dass der Tag der Verkehrssicherheit

in der Fachwelt gut ankommt und bereits zu einem wichtigen Termin geworden ist. Die nächste Durchführung ist 2021 geplant.

Tempo 30: Monitoring und Verfahren Stadt Zürich
In der Stadt Zürich werden aus Lärmsanierungsgründen zahlreiche zusätzliche Strecken neu mit Höchstgeschwindigkeit Tempo 30 signalisiert. Darunter fallen auch stark befahrene kommunale sowie überkommunale Strassen. Im Auftrag von Stadträtin Karin Rykart und Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh führen deshalb die Stadt und der Kanton Zürich gemeinsam eine umfangreiche Wirkungskontrolle auf neun Tempo-30-Strecken durch. Dabei werden nicht nur die Frequenz- und Geschwindigkeitsentwicklung auf den Strecken selber beurteilt, sondern auch die Verlustzeiten für den motorisierten Individualverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel, die Belastung auf potenziellen Ausweichrouten, die Auswirkungen auf den Verkehrsfluss und die Lärmwirkung. Der Einfluss auf die Verkehrssicherheit wird im Rahmen der Wirkungskontrolle lediglich qualitativ beurteilt. Ziel des Projekts ist es, die Auswirkungen von Tempo 30 auf stark befahrenen Strassen besser zu erfassen. Im Frühling 2019 wurden die Strecken für das Monitoring definiert: Zweierstrasse, Butzenstrasse, Höngger-/Wasserwerkstrasse, Rämi-/Universitätsstrasse, Nordstrasse/Nordbrücke, Hofackerstrasse, Steinstrasse und Gsteigstrasse. Im Mai und Juni 2019 wurden die Vorhermessungen durchgeführt. Eine Umsignalisation erfolgte im Juli, eine erneute Messung wurde im September vorgenommen. Aktuell werden die Messresultate im interdisziplinären Projektteam diskutiert. Der Schlussbericht mit den Ergebnissen wird für das erste Quartal 2020 erwartet.

Im Verlauf des Jahres 2019 wurden die letzten zehn Verfügungen mit lärmschutzbedingten Geschwindigkeitsreduktionen rechtskräftig, sodass in diesem Zusammenhang derzeit keine Rechtsmittelverfahren mehr hängig sind.

Parking-App
Bei den meisten Parkuhren auf den Strassen der Stadt Zürich war eine Bezahlung der Parkgebühren lediglich mit Bargeld oder mit einer speziellen Debitkarte möglich. Seit 1. April 2019 stehen den Nutzerinnen und Nutzern der Parkplätze auf öffentlichem Grund die Apps von drei Anbietenden zur bargeldlosen Begleichung der Parkgebühren zur Verfügung. Mittlerweile werden mehr als 10 % des Umsatzes mit Parkuhren über diese Apps abgewickelt. Die Tendenz ist steigend. Diese zeitgemässe Zahlungsmöglichkeit wurde termingerecht und ohne Probleme eingeführt.

Einhausung Autobahn Schwamendingen
Mit der Einhausung Schwamendingen soll das Quartier vor den negativen Auswirkungen der Autobahn geschützt werden. Damit das Verkehrssystem auch während der Bauarbeiten funktioniert, entwickelte die Stadt Zürich ein Massnahmenkonzept, um die verkehrlichen Ziele (z. B. Verkehrssicherheit, Priorisierung des öffentlichen Verkehrs, Verkehrsfluss, Verhinderung von unkontrollierten Verkehrsverlagerungen auf Quartierstrassen) zu erreichen. Alle Verkehrsphasen werden nach diesem Massnahmenkonzept sorgfältig eingerichtet. Die Vorbereitungsarbeiten wurden durch die Dienstabteilung Verkehr 2017/18 ausgeführt. Im Januar 2019 wurde die erste Verkehrsphase eingerichtet (Sperrung der Autobahneinfahrt Aubrugg). Bald darauf folgte die Sperrung der Autobahnausfahrt Ueberlandstrasse und Bülacherkreisel. Insgesamt gibt es zehn Verkehrsphasen. Jede fordert hohe personelle Ressourcen, damit täglich über 100 000 Autos geordnet durch die Baustelle fahren und nicht unkontrolliert in Quartierstrassen ausweichen. Die Verkehrsbewegungen werden in einem umfassenden Verkehrsmonitoring aufbereitet, überprüft und wenn nötig nachgebessert. Das komplexe Bauwerk soll unfallfrei und mit wenig negativen Auswirkungen in den nächsten vier Jahren entstehen.

VELO SICURO
Das Ziel des Projekts VELO SICURO ist es, dort die Velounfälle zu reduzieren oder eine weitere Zunahme der Unfallzahlen zu vermeiden, wo ein Einfluss der Infrastruktur wahrscheinlich ist. Das Projekt beinhaltet die Verbesserung der Sicherheit der Veloinfrastruktur und umfasst zwei Handlungsfelder: Sanierung von Velounfallherden und Veloroutencheck («Velo RSI»). Das Projekt ist auf maximal vier Jahre terminiert. Im Jahr 2018 wurde ein Anstieg der verunfallten Velofahrenden von 15,6 % zum Vorjahr verzeichnet. Bei den schwer verletzten Velofahrenden wurde hingegen eine Abnahme um 18 % zum Vorjahr festgestellt.

Insgesamt wurden rund 30 Velounfallherde analysiert (Grobanalysen, Priorisierungen und Detailanalysen). Aufgrund der Erkenntnisse wurden Massnahmen geplant und umgesetzt. Diese führten bereits zu einer Verbesserung der Veloinfrastruktur und somit der Velosicherheit. Die Liste der Velounfallherde wird regelmässig aktualisiert.

Es wurden bereits Sofortmassnahmen entwickelt und teilweise umgesetzt: Roteinfärbungen, Lichtsignalanlagen, Fussgängerstreifen versetzen, Verdeutlichung der Infrastruktur, Herabsetzung der Geschwindigkeitsgrenze usw. Zusätzlich werden Verbesserungen auch in laufenden oder bevorstehenden Bauprojekten bewirkt. Alle Unfallherde werden in den nächsten drei Jahren bearbeitet und einer Wirkungskontrolle unterzogen. Im Jahr 2020 wird mit der Analyse von Velorouten gestartet. Zusätzlich wird bei Bauprojekten für die Velosicherheit sensibilisiert.

4.4.3 Allgemeine Kennzahlen

Verkehrssicherheit[1]	2015	2016	2017	2018	2019
Strassenverkehrsunfälle	4529[2]	5556	5548	5677	5528

[1] Neu im Sicherheitsbericht der Stadt Zürich. https://www.stadt-zuerich.ch/pd/de/index/das_departement/publikationen_u_broschueren/berichte.html
[2] Geänderte Praxis seit 1. Juni 2015: Jeder gemeldete Verkehrsunfall wird rapportiert, auch wenn es sich um eine Bagatelle handelt, bei der nur geringer Sachschaden entstanden ist. Daraus folgt ein Anstieg der Strassenverkehrsunfälle in der Statistik, nicht aber auf der Strasse.

Bewilligungen	2015	2016	2017	2018	2019
Anwohnerparkkarten	35295	35131	35058	34502	33712
Gewerbeparkkarten	7917	8361	8588	9060	9444
Spezialbewilligungen	6836	6569	6384	6402	6583
Tagesbewilligungen	212649	222899	229190	232824	237397
Tagesbewilligungen Handwerker/innen	69409	63776	71559	74895	74020

Kommentar
Der Verkauf der Anwohnerparkkarten ist weiter rückläufig. Dafür steigen die Verkäufe bei den Gewerbeparkkarten und Tagesbewilligungen weiter an. Die Tagesbewilligungen für Handwerker/innen und die Spezialbewilligungen liegen auf dem Vorjahresniveau.

Mischverkehrsflächen	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Flächen	–	–	–	77	70

Kommentar
Die Liste wird seit 2018 geführt. Es werden nur Abschnitte aufgeführt, die Defizite aufweisen (z. B. ungenügende Breite) und/oder gemäss dem Rechtsgutachten «Velos auf dem Trottoir» nicht zulässig sind.

4.4.4 Spezifische Kennzahlen

Finanzkennzahlen

Dienstabteilung Verkehr Beträge (in Fr.)	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Aufwand	33256000	31659000	32599000	32071000	27479000
Ertrag	–13979000	–13709000	–15762000	–18744000	–16485000
Saldo	**19277000**	**17950000**	**16837000**	**13327000**	**10994000**

Blaue Zonen	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Aufwand	16263000	16538000	16913000	23481000	16778000
Ertrag	–16263000	–16538000	–16913000	–23481000	–16778000
Saldo	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Parkgebühren	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Aufwand	15167000	15467000	16021000	17762000	15923000
Ertrag	–15167000	–15467000	–16021000	–17762000	–15923000
Saldo	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Parkgebühren	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Hochtarif	14645600	15013500	17023500	18036200	17660300
Niedertarif	6444200	6373900	6495300	6645100	6447900
davon bargeldlos	**65500**	**64100**	**73700**	**100400**	**2604400**

Kommentar
Die Einführung von Parking-Apps für das bargeldlose Bezahlen von Parkgebühren im Frühjahr 2019 verlief erfolgreich. Die Apps fanden bei den Parkierenden von Anfang an grossen Anklang. Bereits nach kurzer Zeit wurden 10 % der Parkierungsvorgänge mittels App getätigt.

4.5 Stadtrichteramt

4.5.1 Aufgaben

Das Stadtrichteramt ist zum einen eine Übertretungsstrafbehörde, die ihre Bussen selbst und eigenverantwortlich vollzieht. Zum anderen werden im Stadtrichteramt Verlustscheine für die Stadtverwaltung Zürich bewirtschaftet.

Das Stadtrichteramt als Strafverfolgungs- und Vollzugsbehörde
Das Stadtrichteramt zählt zu den Strafverfolgungsbehörden, ist in der Rechtsanwendung unabhängig und allein dem Recht verpflichtet. Die Stadtrichterinnen und Stadtrichter sowie die Fachbearbeiterinnen und Fachbearbeiter beurteilen die zur Anzeige gebrachten Übertretungstatbestände und erlassen Strafbefehle, Nichtanhandnahme- oder Einstellungsverfügungen.

Die Strafkompetenz des Stadtrichteramts ist auf Bussen bis 500 Franken beschränkt. Wird eine Busse schuldhaft nicht bezahlt und wurde eine Ersatzfreiheitsstrafe angedroht, so wird deren Vollzug bei erfolglosem oder aussichtslosem Betreibungsverfahren angeordnet. Bei Überschreitung der Bussenkompetenz ist der Fall an das Statthalteramt zu überweisen.

Das Stadtrichteramt als Kompetenzzentrum für die Bewirtschaftung der Verlustscheine der Stadtverwaltung

Das Stadtrichteramt bearbeitet sowohl Verlustscheine aus nicht bezahlten Bussen und Gebühren des Stadtrichteramts als auch Verlustscheine von Forderungen aus der übrigen Stadtverwaltung ausser den Gemeindebetrieben und dem Steueramt. Aufgabe des Bereichs «Verlustscheininkasso der Stadt Zürich» ist es, die möglichst effektive Bewirtschaftung dieser Verlustscheine sicherzustellen: Es gilt, die Schuldnerinnen und Schuldner zur Bezahlung der Verlustscheinbeträge anzuhalten, damit die ausstehenden Forderungen endgültig getilgt sind. Dazu können auch Ratenzahlungen vereinbart werden. Andernfalls können offene Forderungsbeträge erneut auf dem Weg der Betreibung geltend gemacht werden. Dadurch leistet das Stadtrichteramt wirkungsvolle Beiträge zur Kostenrechnung der Stadt Zürich.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/stadtrichteramt

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Unterschiedliche Auffassungen über die Führung zwischen der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements, der Leitenden Stadtrichterin und ihrer Stellvertreterin führten im gegenseitigen Einvernehmen zur Auflösung der Arbeitsverhältnisse. Die Stelle der Leitung des Stadtrichteramts wurde im Herbst 2019 öffentlich ausgeschrieben.

Zu den Jahresschwerpunkten des Stadtrichteramts gehörten die Vorbereitung des Umzugs nach Zürich-Seebach, die weitere Umsetzung des Records Management und der IT-Strategie.

Auch im Berichtsjahr hat sich das überdepartementale Betriebsteam Verwaltungszentrum Eggbühl (VZE) mit verschiedenen Themen auseinandergesetzt, die das Zusammenleben aller Dienstabteilungen neu regelt. Zu den Schwerpunkten gehörten der Aufbau der Notfallorganisation sowie die Erstellung eines Notfallkonzepts. Zentrale Hauptpunkte waren die Bedarfsklärung sowie die Anlagenplanung der Archive mit Berücksichtigung einer neuen Ablagesystematik, die das Records Management einschliesst. Für den reibungslosen Umzug wurde die Planung der Bürozuteilungen erstellt. Die Umzugsplanung bildet die Grundlage für die Büroeinrichtung und die Signaletik.

Mit Blick auf die am 10. Juli 2015 in Kraft getretene Management Policy startete 2018 im Stadtrichteramt das mehrjährige interne Projekt «Records Management StRA». 2019 konnten wichtige Meilensteine erreicht werden. So wurde mit dem Stadtarchiv eine neue Vereinbarung zur Aktenübernahme geschlossen. Des Weiteren wurde das Weisungs- und Vertragswesen überarbeitet, neu klassifiziert und strukturiert. Schliesslich wurde ein Leitfaden erarbeitet, der u. a. die Organisationsvorschriften sowie Regelungen zur Aufbewahrung von Akten enthält. Zudem wurden alle Personaldossiers digitalisiert.

2018 konnte das Projekt «Strategische Informatikplanung Stadtrichteramt Zürich 2022» abgeschlossen werden. Basierend auf diesen Erkenntnissen wurde Mitte 2019 das Projekt NAPSTRA (Neue Applikation Stadtrichteramt) ins Leben gerufen. In der bis zum Frühjahr 2020 dauernden Initialisierungsphase werden die Grundlagen erarbeitet, um das Projekt erfolgreich umsetzen zu können. Im Besonderen geht es darum, mögliche Umsetzungsvarianten für die Ablösung der bestehenden Fachapplikationen auszuarbeiten und zu bewerten. Mit dem Abschluss der Initialisierungsphase wird der Entscheid zur Variantenwahl getroffen und ein entsprechender Projektauftrag ausgearbeitet, einschliesslich einem entsprechenden Projektmanagementplan. Die Zusammenarbeit mit der OIZ wurde dahingehend intensiviert, und die Personalressourcen der IT des StRA wurden gestärkt.

4.5.3 Spezifische Kennzahlen

Finanzkennzahlen

Stadtrichteramt Beträge (in Fr.)	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Aufwand	18 420 600	19 985 200	21 507 560	20 841 538	16 931 428
Ertrag	–28 314 500	–29 506 700	–29 628 297	–26 491 343	–20 777 407
Saldo	**–9 893 900**	**–9 521 500**	**–8 120 737**	**–5 649 805**	**–3 845 979**

Kommentar
Gegenüber dem Vorjahr ist im Aufwand eine Minderung um rund 2,3 Millionen Franken und beim Ertrag eine Abnahme um rund 5,7 Millionen Franken zu verzeichnen. Diese Veränderungen sind hauptsächlich auf die Positionen «Gebühren von Amtshandlungen» und «Ertrag aus Bussen» zurückzuführen.

Im Rechnungsjahr 2019 konnte im Verlustscheininkasso ein Ertrag von insgesamt 2,39 Millionen Franken erwirtschaftet werden. Demgegenüber mussten 419 000 Franken abgeschrieben werden infolge Verjährung oder nachfolgender Gründe:

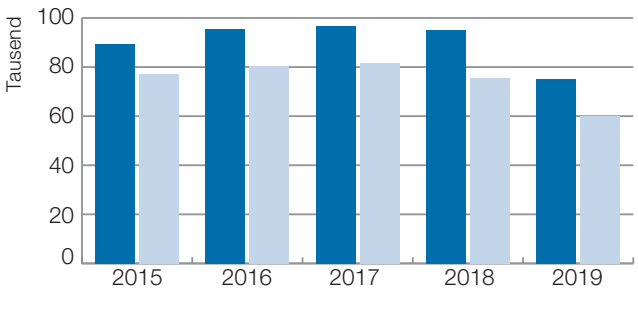
Abschreibungen für Verlustscheininkasso infolge Verjährungen: Beträge (in Fr.)	**2019**
davon keine gültige Adresse vorhanden	307 000
davon Adresse im Ausland	20 000
davon Schuldnerin/Schuldner mit Sozialhilfe	46 000
davon Todesfall	45 000
davon sonstige Gründe	1 000

4.5.4 Allgemeine Kennzahlen

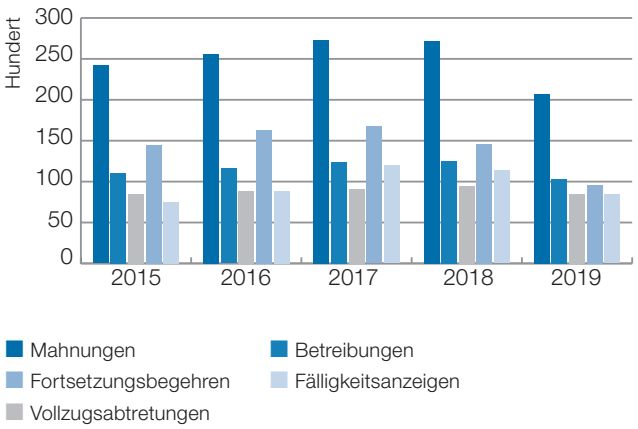
Im Jahr 2019 gingen 75 143 Geschäfte beim Stadtrichteramt ein, rund 20 000 weniger als im Vorjahr. Der Rückgang ist hauptsächlich auf die Einführung des Mahnverfahrens durch die Stadtpolizei Zürich im Rahmen des Ordnungsbussenverfahrens zurückzuführen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Anzahl der erlassenen Strafbefehle um rund 20 % abgenommen. Pensionierungen, der Einbezug von Personal in verschiedene Projekte sowie das Fehlen von Schlüsselpersonal in der Führungsebene haben zu Personalengpässen und Effizienzverlusten geführt.

Übertretungsstrafverfahren 2015–2019



Vollzug 2015–2019



	2015	2016	2017	2018	2019
Eingang Geschäfte	89484	95652	96808	94978	75143
Erledigungen					
Strafbefehle [1]	77165	80283	81761	75626	60184
Nichtanhandnahmen / Einstellungen [1]	611	766	1938	2026	1720
Überweisungen an andere Amtsstellen [2]	6317	6643	7709	6050	7260
Nicht verfügte Geschäfte	5836	7695	8183	13816	9609

Untersuchungsverfahren

	2015	2016	2017	2018	2019
Eingegangene Einsprachen	6585	6412	5963	4938	3456
Erledigungen					
Rückzüge	650	1166	1513	832	458
Einstellungen (auf Einsprache hin)	3140	466	748	532	279
Neue Strafbefehle [3]	–	–	369	346	218
Überweisungen an andere Amtsstellen [4]	–	2677	2818	3006	2587
Überweisungen an das Bezirksgericht	292	369	240	88	53

Vollzug

	2015	2016	2017	2018	2019
Mahnungen	24195	25648	27327	27165	20724
Betreibungen	11076	11605	12427	12563	10295
Rechtsöffnungsbegehren	263	232	241	297	181
Fortsetzungsbegehren	8536	8808	9078	9459	8434
Fälligkeitsanzeigen	14467	16293	16742	14608	9543
Vollzugsabtretungen [5]	7529	8826	11968	11366	8419

[1] Die Geschäfte mit Untersuchungsverfahren vor dem Erstentscheid wurden seit 2017 nicht mehr separat aufgeführt. Die entsprechenden Entscheide sind in diesen Zahlen integriert, die damit höher ausfallen.
[2] Die Überweisungen an Statthalterämter sind seit 2017 in jenen an andere Amtsstellen enthalten und werden nicht mehr getrennt aufgelistet. Dasselbe gilt für die bis 2016 unter «sonstige Erledigungen» aufgeführten Rückweisungen und Abtretungen.
[3] Die seit 2017 noch unter «sonstige Erledigungen» enthaltenen neuen Strafbefehle werden seitdem separat aufgelistet.
[4] Enthält die bis 2015 unter «Einstellungen» und seit 2017 unter «Rückweisungen an Lieferanten» wie auch die in den Vorjahren unter «sonstige Erledigungen» aufgeführten Überweisungen an andere Amtsstellen.
[5] Seit 2017 wird nicht mehr unterschieden, ob eine Abtretung an den Justizvollzug im Bereich Inkasso oder im Bereich Verlustscheininkasso ausgelöst wurde.

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Motionen und Postulate[1]
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 1985/5	04.12.1985 20.08.1986	Silvia Ramer (SP) Zähringer- und Predigerplatz, Umwandlung in eine Fussgängerzone

Der Stadtrat wird eingeladen, alle Möglichkeiten, die zur Verminderung der heutigen Verkehrsgefährdung zu Fuss gehender Bewohner und Besucher der Altstadt beitragen und zudem ganz allgemein die Situation der Fussgänger in den betreffenden Altstadtbereichen verbessern, zu prüfen, insbesondere

a) die Umwandlung des Zähringer- und Predigerplatzes in eine autofreie und fussgängerfreundliche Zone im Zusammenhang mit dem Neubau der Zentralbibliothek;
b) die Schaffung einer den Seilergraben zwischen Predigerplatz und Hirschengraben überquerenden, gut gestalteten Fussgängerbrücke.

Der Stadtrat hat die Ergebnisse seiner Prüfung in den vergangenen Jahren wiederholt dargelegt. Anträge, das Postulat abzuschreiben, lehnte der Gemeinderat jeweils ab.

Am 24. Oktober 2018 hat der Gemeinderat dem Stadtrat die Motion GR Nr. 2017/422, Attraktivere Zürcher Innenstadt für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für Velofahrende durch Aufhebung von Parkplätzen und Anpassung des kommunalen Verkehrsrichtplans, überwiesen. Diese verlangt unter anderem einen autofreien Zähringerplatz.

Der Stadtrat wird dem Gemeinderat die Ergebnisse seiner erneuten Prüfung im Rahmen der Weisung zur Motion GR Nr. 2017/422 unterbreiten.

Postulat 2007/452	29.08.2007 03.10.2007	Beatrice Reimann (SP) und Daniel Leupi (Grüne) Langstrasse, Ausdehnung des Nachtfahrverbots

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob das Nachtfahrverbot in den an die Langstrasse angrenzenden Wohnquartiere im Kreis 4 (namentlich die Gevierte der die Sihlhallen-, Roland-, Diener-, Brauer-, Hellmut- und Hohlstrasse sowie die Tell-, Zwingli- und Dienerstrasse) auch mit der Einführung des neuen Verkehrsregimes an der Langstrasse (siehe Weisung 99, GR Nr. 2007/207) weiterhin ab 22.00 Uhr beibehalten und auf bis 05.30 Uhr ausgedehnt werden kann.

Das Bauprojekt «verkehrsarme Langstrasse» wurde vom 14. September bis 15. Oktober 2018 öffentlich aufgelegt. Am 19. September 2018 wurden die zugehörigen Verkehrsvorschriften publiziert (Verfügung der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements vom 13. September 2018). Gegen das Strassenbauprojekt und gegen die Verkehrsanordnungen sind Einsprachen eingegangen. Unter anderem wurde auf dem Strassenzug Ankerstrasse/Kanonengasse Lärmsanierungsmassnahmen an der Quelle (Temporeduktionen) gefordert.

Postulat 2014/60	05.03.2014 04.06.2014	Simone Brander (SP) und Guido Trevisan (GLP) Durchgehende Veloverbindung aus dem Lettenquartier durch die Rousseaustrasse bis zur Nordbrücke

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Velolücke aus dem Lettenquartier durch die Rousseaustrasse bis zur Nordbrücke geschlossen werden kann.

Für die Umsetzung der Veloverbindung sind bauliche Massnahmen notwendig (Verschiebung des Randsteins). Die Umsetzung des vom Tiefbauamt ausgelösten Bauprojekts (Nr. 16049) ist für 2023 geplant. In der Rousseaustrasse wurde Tempo 30 im Jahr 2018 rechtskräftig und im Jahr 2019 umgesetzt. Somit sind die rechtlichen Voraussetzungen für die Führung des Velos im Gegenverkehr gegeben.

Postulat 2014/203	18.06.2014 02.07.2014	Pawel Silberring (SP) und Heinz F. Steger (FDP) Erweiterung der Gültigkeit der Jahres-Gewerbeparkkarte

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Gültigkeit der Jahres-Gewerbeparkkarte erweitert werden kann, so dass die Fahrzeuge von Montag bis Freitag auch auf weissen Parkplätzen mit Parkuhr abgestellt werden dürfen, wenn die Parkplätze eine maximale Parkdauer von 2 Stunden oder mehr aufweisen. Die Bedingungen sollen dabei ergänzt werden, so dass die Karte nur für dienstliche Einsätze verwendet werden darf.

Die Prüfung erfolgt im Rahmen der Motion GR Nr. 2017/460.

Postulat 2015/233	01.07.2015 30.09.2015	Sven Sobernheim und Samuel Dubno (beide GLP) Errichtung einer Begegnungszone auf der Löwenstrasse zwischen dem Löwenplatz und der Sihlporte

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Löwenstrasse auf dem Abschnitt zwischen Löwenplatz und Sihlporte zu einer Begegnungszone umgestaltet werden kann.

Die Prüfung ist erfolgt und das Tiefbauamt hat ein Bauprojekt ausgelöst. Der Baustart ist auf Anfang 2024 vorgesehen.

---

[1] Abschreibungsanträge zu Postulaten wurden mit separater Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2015/405	16.12.2015 02.03.2016	Roger Tognella (FDP) und Marco Denoth (SP) Umsetzung der «Standortstrategie Schutz & Rettung», Vorlage einer Weisung an den Gemeinderat, Antrag auf zweite Fristerstreckung

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat im Rahmen der kommunalen Richtplanung die «Standortstrategie Schutz & Rettung» zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der verlangte Bericht zur Standortstrategie (GR Nr. 2019 / 114) liegt vor und wurde in der Spezialkommission Sicherheitsdepartement / Verkehr (SK SID/V) des Gemeinderats beraten.

Postulat 2016/470	21.12.2016 05.04.2017	Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) Einrichtung einer Tempo-30-Zone an der Furttalstrasse innerhalb des Siedlungsgebiets

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie für die Furttalstrasse innerhalb des Siedlungsgebietes eine Tempo 30 Zone eingerichtet werden kann.

Der Stadtrat hat der Verwaltung den Auftrag gegeben, im Rahmen der «2. Welle Strassenlärmsanierung» weitere Strecken zu eruieren, wo Tempo 30 als Lärmschutzmassnahme umgesetzt werden soll. Dabei sind stadtweit die gleichen Kriterien anzuwenden. Neben der Auswirkung auf den Lärm sollen beispielsweise die Auswirkungen von Tempo 30 auf die Verkehrssicherheit, den öffentlichen und den Individualverkehr berücksichtigt werden. Zudem soll ein plausibles, nachvollziehbares Verkehrsregime für die ganze Stadt gefunden werden, so dass der heutige «Flickenteppich» aus Tempo-30- und Tempo-50-Abschnitten korrigiert werden kann. Im Rahmen dieses Konzepts wird auch die Furttalstrasse erneut überprüft.

Postulat 2018/1	10.05.2017 10.01.2018	Stephan Iten und Stefan Urech (beide SVP) Gewerbefahrzeuge, Befreiung von den Parkgebühren auf öffentlichen Parkplätzen

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wie Fahrzeuge für den gewerblichen Einsatz werktags zwischen 06.00 Uhr und 20.00 Uhr von den Parkgebühren auf den öffentlichen Parkplätzen (blaue und weisse Zone) befreit werden können.

Das Anliegen wird im Rahmen der Motion GR Nr. 2017 / 460 geprüft.

Postulat 2017/168	07.06.2017 07.02.2018	AL-Fraktion Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und des Gleichstellungsplans der Stadtpolizei Bericht zu erstatten. Im Bericht soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen der Frauenanteil im Bestand der Mitarbeitenden und in Kaderpositionen erhöht, der Anteil der Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund den Verhältnissen in der Bevölkerung angenähert und die Zahl der Beschäftigten mit einem starken Bezug zur Stadt erhöht werden können.

Ferner soll der Bericht aufzeigen, wie der Anteil anderer Minderheiten (z. B. trans Menschen, homo- und bisexuelle Personen, Mitglieder einer minoritären Glaubensgemeinschaft, etc.) innerhalb des Sicherheitsdepartements gesteigert werden kann. Im Bericht sind die quantitativen Ziele für diese Schwerpunktthemen zu definieren.*

Der Bericht wird gegenwärtig fertiggestellt. Die Abschreibung erfolgt über eine separate Weisung.

Postulat 2017/212	28.06.2017 20.09.2017	Pawel Silberring (SP) und Elena Marti (Grüne) Gestaltung der Hohlstrasse für ein sicheres Queren im Bereich der Überbauung Letzibach D

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Hohlstrasse im Bereich der neuen Überbauung Letzibach D so gestaltet werden kann, dass ein sicheres Queren für alle Bewohnende (insbesondere auch für die grosse Anzahl von älteren Personen und die vielen Kinder) gewährleistet werden kann (Mittelinsel, Lichtsignal, Tempo).

Die Prüfung erfolgte anlässlich einer vom Tiefbauamt durchgeführten verkehrstechnischen Untersuchung des Knotens Hohl-/Flurstrasse. Um die Bedürfnisse des Fussverkehrs und im Besonderen die Verkehrssicherheit für Kinder und ältere Personen ausreichend abdecken zu können, soll mit der Realisierung der beiden Überbauungsprojekte «Letziturm» und «Letzibach D» ein Fussgängerübergang mit Schutzinsel (Höhe Liegenschaft Nr. 444) erstellt werden. Der Bau des Übergangs mit Schutzinsel ist im entsprechenden Bauprojekt vorgesehen. Die Realisierung ist auf Anfang 2024 geplant. Diese Massnahme ist aus heutiger Sicht als zweckmässiger zu betrachten anstatt eine Lichtsignalanlage, die zu längeren Wartezeiten führen würde.

Das Bauprojekt Hohlstrasse im Abschnitt Luggwegstrasse 481 bis Saumackerstrasse wurde auf Grund von Einsprachen blockiert. Der in der Postulatsbegründung erwähnte Übergang auf Höhe Hohlstrasse Nr. 535 soll nur in Verbindung mit einer Busspur unter Licht genommen werden.

Die Verschiebung der Bushaltestelle «Letzibach» Fahrtrichtung stadteinwärts wurde 2019 vorgezogen gebaut; die Haltestelle wurde von ihrer Position auf Höhe Liegenschaft Nr. 535 nach Nr. 481 verschoben. Gleichzeitig wurde auf Höhe Nr. 481 der Fussgängerübergang mit einer Schutzinsel versehen, wodurch eine Kap-Haltestelle Fahrtrichtung stadtauswärts entstanden ist (ÖV-Priorisierung).

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2017/225	05.07.2017 07.02.2018	Pawel Silberring und Renate Fischer (beide SP) Umgestaltung des Parkplatzes Mythenquai bei der Unterführung Honrainweg zur Nutzung für Quartierbedürfnisse

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Bewirtschaftung und die Verkehrsführung des Parkplatzes Mythenquai bei der Unterführung Honrainweg so umgestaltet werden kann, dass zumindest ein Teil der Parkplätze nicht mehr als Langzeitparkplatz genutzt wird, sondern für Quartierbedürfnisse zur Verfügung steht. Dabei ist auch darauf zu achten, dass die Ein- und Ausfahrt so gestaltet wird, dass ein Zubringerdienst von Kindern gefahrlos möglich wird.

Das Postulat steht im Zusammenhang mit Nutzungskonflikten und gefährlichen Situationen auf dem Trottoir vor der Swiss International School an der Seestrasse 271.

Die im Vorjahr beantragte Abschreibung des Postulats aufgrund der Anordnung eines Halteverbots vor der Swiss International School und des durch die Schule geschaffenen alternativen «Eltern-Taxi»-Standorts hat der Gemeinderat abgelehnt. Dies mit dem Hinweis, dass der Standort für die «Eltern Taxis» im August oder Ende 2019 wegfallen werde und deshalb das Anliegen des Postulats wieder aktuell werde.

Aufgrund dieser neuen Ausgangslage prüft die Dienstabteilung Verkehr die Situation erneut.

Postulat 2017/228	05.07.2017 23.05.2018	Sven Sobernheim und Shaibal Roy (beide GLP) Pilotprojekt zur Einführung der «Idaho-Regelung» auf Velorouten

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er ein Pilotprojekt zur Einführung der sog. Idaho-Regelung auf Velorouten durchführen kann. Die Idaho-Regelung ermöglicht es, dass Velofahrende an einem Stoppschild analog zum Signal «Kein Vortritt» nicht mehr zwingend anhalten müssen und rote Ampeln wie Stoppschilder behandeln dürfen.

Das Sicherheitsdepartement hat 2019 in der Vernehmlassung zur Änderung der Verkehrsregeln und Signalisationsvorschriften die vorgesehene Möglichkeit des Rechtsabbiegens für den Veloverkehr trotz Rotlicht unter kontrollierten Bedingungen nach dem «Basler Modell» ausdrücklich begrüsst. Der diesbezügliche Entscheid des Bundes ist noch ausstehend.

Postulat 2017/248	12.07.2017 30.08.2017	Severin Pflüger und Christian Huser (beide FDP) Fussgängerstreifen über die Birchstrasse im Bereich des Armin-Bollinger-Wegs sowie der Margrit-Rainer-Strasse

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob über die Birchstrasse im Bereich des Armin-Bollinger-Wegs sowie der Margrit-Rainer-Strasse Fussgängerstreifen eingezeichnet werden können.

In diesem Bereich von Neu-Oerlikon ist die Einführung einer Tempo-30-Zone geplant, die auch die Birchstrasse umfasst. Die Umsetzung der Tempo-30-Zone wird zusammen mit baulichen Massnahmen erfolgen. In Tempo-30-Zonen werden grundsätzlich keine Fussgängerstreifen markiert. Es soll möglich sein, die Strasse flächig zu queren.

Die Schulinstruktion der Stadtpolizei beurteilt die Schulwege über die Birchstrasse schon im Ist-Zustand als «geeignet» (bestmögliche Bewertung). Durch die Einführung von Tempo 30 verbessert sich die Situation zusätzlich. Im Rahmen der Umsetzung von Tempo 30 wird zudem geprüft, ob punktuelle bauliche Verbesserungen der Schulwegquerungen nötig sind.

Postulat 2017/384	08.11.2017 05.09.2018	Derek Richter und Stephan Iten (beide SVP) Schaffung eines Linksabbiegers von der Schaffhauserstrasse in die Binzmühlestrasse

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, eine Möglichkeit für Linksabbieger, im Rahmen der Planung für die Etappe 3B der Anbindung Ost, von der Schaffhauserstrasse in die Binzmühlestrasse, also in östliche Richtung, zu schaffen.

Zur Beantwortung der Motion GR Nr. 2016/387 (Quartieranbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon, Projektierung und Umsetzung der Etappe 3b) sowie zur Prüfung des Postulatsanliegens wurde 2019 die Potenzialanalyse «Bahnhof Oerlikon, Schaffhauserstrasse Quartieranbindung Ost Etappe 3b» erarbeitet. Im Rahmen dieser Potenzialanalyse wurde aufgezeigt, dass es möglich ist, einen Linksabbieger aus der Schaffhauserstrasse in die Binzmühlestrasse anzubieten, wenn dieser als separate Linksabbiegespur ausgebildet wird. Dazu sind entsprechende Anpassungen an der Gestaltung des Strassenraums notwendig.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2017/460	20.12.2017 22.08.2018	SP-, SVP-, FDP- und CVP-Fraktionen Ausweitung der Gültigkeit der Gewerbeparkkarte für dienstliche Einsätze an Werktagen auf die weissen Parkplätze, Änderung der Parkkartenverordnung

Der Stadtrat wird aufgefordert eine Vorlage zur Änderung der Parkkartenverordnung vorzulegen mit dem Ziel, eine Gewerbeparkkarte zur Verfügung zu stellen, welche an Werktagen für dienstliche Einsätze neu auch das Parkieren auf weissen Parkflächen abdeckt und welche von Gewerbetreibenden mit Sitz in der Stadt Zürich zu einem gegenüber auswärtigen Mitbewerbern tieferen Preis erworben werden kann.

Motion 2018/4	10.01.2018 21.11.2018	Guy Krayenbühl und Sven Sobernheim (beide GLP) Parkierung der Fahrzeuge von Carsharing-Unternehmen auf öffentlichen Parkplätzen, Änderung der Vorschriften über die Parkierung- und Parkuhrkontrollgebühren

Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche die Vorschriften über die Parkierungs- und Parkuhrkontrollgebühren sowie die Parkkartenverordnung dahingehend anpasst, dass Fahrzeuge von Carsharing-Unternehmen und Auto-Abo-Geschäftsmodellen unkompliziert gegen eine jährliche Gebühr auf sämtlichen öffentlichen Parkplätzen der Blauen Zone parkiert werden können. Dabei ist auf einen angemessen hohen Gebührenrahmen zu achten und der durch Carsharing reduzierte Flächenverbrauch soll entsprechend kompensiert werden.

Postulat 2018/17	17.01.2018 21.11.2018	SP-Fraktion Verzicht auf neue Mischverkehrsflächen für den Velo- und Fussverkehr sowie Abbau von bestehenden Mischverkehrsflächen auf Trottoirs

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf neue Mischverkehrsflächen, auf welchen der Velo- und der Fussverkehr gemeinsam auf Trottoirs geführt wird, verzichtet werden kann. Ebenso wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, wie bestehende Mischverkehrsflächen auf Trottoirs abgebaut werden können. Zudem wird der Stadtrat auch eingeladen, im jährlichen Geschäftsbericht jeweils eine Liste mit den abgebauten sowie allfälligen neuen Mischverkehrsflächen auf Trottoirs zu publizieren.

Die Forderungen aus dem Postulat werden fortlaufend umgesetzt. Das Tiefbauamt und die Dienstabteilung Verkehr haben Standards definiert. Zudem wurde eine Liste mit allen aktuell bestehenden Mischverkehrsflächen erstellt, die entweder Defizite betreffend Sicherheit aufweisen (z. B. ungenügende Breite, keine taktile Trennung usw.) und / oder rechtlich unzulässig sind (verbindliche Veloführungen auf dem Trottoir). Eine Arbeitsgruppe ist daran, diese Mischverkehrsflächen zu sanieren. Dies geschieht entweder mit Sofortmassnahmen oder, wo dies nicht möglich ist, werden Bauprojekte ausgelöst. Die Konfliktpunkte und mögliche Lösungen werden regelmässig mit den Fuss- und Veloverbänden diskutiert.

Im Geschäftsbericht des Sicherheitsdepartements wird jährlich der aktuelle Stand an defizitären Mischverkehrsflächen aufgeführt.

Postulat 2018/18	17.01.2018 07.02.2018	Dorothea Frei (SP) und Patrick Albrecht (FDP) Jährlicher Kurzbericht zur Sicherheitssituation der Mitarbeitenden des Stadtammann- und Betreibungsamts 11 nach dem Umzug ins Verwaltungsgebäude Eggbühl

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat jährlich einen Kurzbericht zur Sicherheitssituation der Mitarbeitenden des Stadtammann- und Betreibungsamtes 11 nach Umzug ins Verwaltungsgebäude Eggbühl vorzulegen. Insbesondere sollen die Ausrückzeit, die Anzahl der Einsätze und kritische Situationen ohne (rechtzeitigen) Polizeieinsatz dokumentiert werden.

Der Umzug des Stadtammann- und Betreibungsamts 11 von der Schwamendingenstrasse an die Eggbühlstrasse ist erst für Mitte 2020 vorgesehen. Damit erübrigt sich vorläufig die Erstellung eines Berichts über die Sicherheitssituation im Rahmen des vorliegenden Postulats.

Postulat 2018/111	14.03.2018 06.03.2019	Eduard Guggenheim und Mischa Schiwow (beide AL) Angebot von Kursen für Velofahrerinnen und Velofahrer ohne Kostenfolge für die Stadt

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie zur Vermeidung von Velounfällen ein Paket mit umfassenden Massnahmen erarbeitet werden kann.

Postulat 2018/119	21.03.2018 06.03.2019	Markus Knauss (Grüne) und Simone Brander (SP) Rahmenkredit für Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen des Strassenlärms

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Rahmenkredit vorzulegen, mit dem die Verpflichtung der Stadt Zürich, seine Bevölkerung vor den Auswirkungen des Strassenlärms zu schützen, innert 5 Jahren erfüllt werden kann. Mit diesem Rahmenkredit sind als Zielgrösse 80 % der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner mit einer Massnahme an der Quelle vor schädlichem und lästigem Strassenlärm zu schützen. Als kostengünstigste Massnahme sind dabei vor allem Geschwindigkeitsreduktionen vorzusehen.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/327	06.12.2017 05.09.2018	Pascal Lamprecht (SP) und Markus Baumann (GLP) Neue Nutzung für den bisherigen Schiessstand Hasenrain

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, welche eine neue Nutzung des bisherigen Schiessstands Hasenrain in Albisrieden vorsieht. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass die Nutzung von Privaten betrieben werden kann. Die zukünftigen Aktivitäten sollen sportlicher Natur, ökologisch vertretbar und nicht lärmintensiv sein.

Mit der Überweisung der Motion GR Nr. 2019/464 wird es zu einer Änderung der Nutzungsplanung auf dem Gebiet Hasenrain kommen. Dadurch soll die bestehende Erholungszone E1 analog zum östlich anschliessenden Gebiet in eine Freihaltezone «Parkanlagen» umgewandelt werden. In diesem Zusammenhang wird die neue Nutzung für den bisherigen Schiessstand Hasenrain geprüft.

Postulat 2019/363	11.07.2018 04.09.2019	Guido Hüni und Shaibal Roy (beide GLP) Aufhebung des Schwimmverbots in der Limmat auf der Strecke oder einer Teilstrecke des Limmatschwimmens, Änderung der Allgemeinen Polizeiverordnung unter Berücksichtigung der Interessen der Limmat-Schifffahrt

Der Stadtrat wird beauftragt, Art. 16 der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) dahingehend zu ändern, damit das Schwimmen auf der Strecke oder einer Teilstrecke des jährlich stattfindenden Limmatschwimmens öfter als nur einen Tag im Jahr erlaubt ist. Dabei sollen Sicherheitsaspekte und die Interessen der Limmat-Schifffahrt gebührend berücksichtigt werden. Der Wendekreis der Limmat-Schifffahrt und die Schifffahrtsstrasse sind nach Möglichkeit anzupassen.

Postulat 2018/318	29.08.2018 12.09.2018	Stefan Urech (SVP) und Urs Helfenstein (SP) Anbringung von geschwindigkeitshemmenden Elementen auf dem Fischerweg zur Verbesserung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf dem Fischerweg geschwindigkeitshemmende Elemente und darauf hinweisende Signalisationen für E-Bikes angebracht werden können, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten.

Postulat 2018/319	29.08.2018 19.09.2018	Stephan Iten und Maria del Carmen Señorán (beide SVP) Prüfung der notwendigen Lichtsignalanlagen zur Steuerung des Verkehrs

Der Stadtrat wird aufgefordert zu überprüfen, welche Lichtsignalanlagen zur Steuerung des Verkehrs auf Stadtgebiet notwendig sind. Weiter soll geprüft werden, welche der notwendigen Lichtsignalanlagen zum Beispiel in der Nacht temporär ausgeschalten werden können.

Postulat 2018/512	19.12.2018 16.01.2019	Elena Marti und Karin Meier-Bohrer (beide Grüne) Erstellung eines Fussgängerstreifens zwischen den beiden Schulhäusern Liguster und Halde B

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Schule Liguster zwischen den beiden Schulhäusern Liguster und Halde B, an der Regensbergstrasse 112, ein Fussgänger*innenstreifen installiert werden kann.*

Postulat 2019/81	06.03.2019 17.04.2019	Nicole Giger (SP) und Andri Silberschmidt (FDP) Einführung von Mediterranen Wochen in Zürich als Pilotversuch

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, Mediterrane Wochen in Zürich als Pilotversuch einzuführen. In den Monaten Juni bis August sollen bewilligte Terrassen- und Boulevardflächen am Wochenende (Freitag- und Samstagabend) zwei Stunden länger bewirtet werden dürfen. Dabei soll es sich vorerst um einen auf zwei Jahren befristeten Pilotversuch handeln.

Postulat 2019/93	13.03.2019 17.04.2019	Sven Sobernheim (GLP) und Andri Silberschmidt (FDP) Ausgestaltung der Gebührenregeln für Free-floating Zweiradangebote hinsichtlich eines vielfältigen und effektiv nachgefragten Angebots

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie seine neuen Gebührenregeln für Free-floating Zweiradangebote so ausgestaltet werden können, damit sie ein vielfältiges, von den Nutzenden in Zürich effektiv nachgefragtes Angebot ermöglichen, welches das Ziel der integrierten öffentlichen Mobilität unterstützt, statt gefährdet. Dabei sollen maximal die Kosten, welche der Verwaltung anfallen, gedeckt werden. Insbesondere soll bei Zweiradanbietenden, welche den öffentlichen Raum nicht übermässig in Anspruch nehmen (max. 10 % Nutzung der öffentlichen Abstellflächen), keine Nutzungsgebühren anfallen. Falls Anbietende abgabenpflichtig werden, soll diese Abgabe abhängig von der Grösse der Flotte, Verteilung auf dem Stadtgebiet, Intensität der Nutzung, etc. sein. Insgesamt darf die Abgabe nicht innovationsverhindernd und nicht marktverzerrend sein.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/110	20.03.2019 25.09.2019	Pawel Silberring und Barbara Wiesmann (beide SP) Optimierung der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs optimiert werden kann. Insbesondere sollen folgende Bereiche überprüft werden:

1. *Anpassung an das Verkehrsaufkommen je nach Wochentag und Tageszeit, um auch inverkehrsarmen Zeiten die Fahrzeiten von Tram und Bus zu beschleunigen.*
2. *Abbau von Behinderungen auf Abschnitten mit Mischverkehr durch schnellere Entleerung der OeV Fahrbahn.*
3. *Einsatz von neuen Technologien für die Verkehrssteuerung zugunsten des OeV.*

Zudem soll die Zusammenarbeit mit der VBZ zur Identifizierung von weiteren Optiomierungsmöglichkeiten gesucht werden.

Postulat 2019/194	15.05.2019 13.11.2019	Patrick Hadi Huber und Simone Brander (beide SP) Bericht über Aggressionen mit LGBTI-feindlichem Charakter sowie Aufnahme der Thematik in die Grundausbildung der Justiz- und Polizeibehörden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Aggressionen mit LGBTI-feindlichem Charakter auf dem ganzen Stadtgebiet erfasst und zu Analysezwecken in einem Bericht zusammengefasst werden können. Der Stadtrat soll sich darüber hinaus beim Regierungsrat dafür einsetzen, dass auch die kantonalen Behörden eine entsprechende Statistik auf Kantonsgebiet erheben. Generell soll der Umgang mit Aggressionen mit LGBTI-feindlichem Charakter Teil der Grundausbild für die entsprechenden Justiz- und Polizeibehörden werden.

Postulat 2019/196	15.05.2019 05.06.2019	Olivia Romanelli (AL) und Pawel Silberring (SP) Weiterführung der bisherigen Praxis betreffend Erteilung von Tagesbewilligungen für die städtischen Lebensmittelmärkte

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die bisherige Praxis im Umgang mit Tagesverkäuferinnen und Tagesverkäufern an den Zürcher Lebensmittelmärkten wiederhergestellt werden kann, damit finanzielle Einbussen durch Erwerbsausfall bei den Tagesverkäuferinnen und Tagesverkäufern vermieden werden können. Zudem soll die Attraktivität und Vielseitigkeit aller Zürcher Lebensmittelmärkte mittels Vergabe von Tagesbewilligungen an Kleinstände auf einfachem und unbürokratischem Weg gesichert werden. Sollte eine permanente Lösung Zeit brauchen, so soll in der Zwischenzeit die bisherige Praxis (vor Mai 2019) gelten, um weitere Einkommensausfälle für die Betroffenen zu vermeiden.

Postulat 2019/217	22.05.2019 12.06.2019	FDP-Fraktion Ermöglichung einer freiwilligen Teilnahme von Erwachsenen an der Schüler-Veloprüfung

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sich Erwachsene freiwillig und gegen eine kostendeckende Gebühr an der Schüler-Veloprüfung anmelden und daran teilenehmen können.

Postulat 2019/256	12.06.2019 10.07.2019	Sarah Breitenstein und Pascal Lamprecht (beide SP) Einbezug der zivilen Mitarbeitenden in den Prozess während der Gründungsphase des Forensischen Instituts Zürich

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die heute bei der Stadt angestellten zivilen Mitarbeitenden während der Gründungsphase des Forensischen Instituts Zürich als selbstständige öffentlich-rechtlichen Anstalt und den ersten Betriebsjahren in den Prozess miteinbezogen und begleitet werden können. Dabei ist insbesondere die Möglichkeit der Gründung einer Personalvertretung zu prüfen, die unter anderem mit dem Erlass von Reglementen betraut oder bei deren Ausarbeitung miteinbezogen werden soll. Zudem ist den zivilen Mitarbeitenden, welche eine Überführung des Anstellungsverhältnisses zum FOR ablehnen, eine Anschlusslösung gemäss Art. 28 Abs. 2 des städtischen Personalrechts anzubieten.

Postulat 2019/293	26.06.2019 10.07.2019	Elena Marti und Katharina Prelicz-Huber (beide Grüne) Umbenennung des Platzes zwischen der Langstrasse 216 und 230 in Emilie-Lieberherr-Platz

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob der Platz zwischen der Langstrasse 216 und 230 nach der Politikerin Emilie Lieberherr benannt werden kann.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/421	25.09.2019 23.10.2019	Res Marti und Markus Knauss (beide Grüne) Verbesserung der Verkehrssituation für Zufussgehende und Velofahrende im Haltestellenbereich der Hardbrücke

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Verkehrssituation für Zufussgehende und Velofahrende im Haltestellenbereich der Hardbrücke mit einfachen Mitteln verbessert werden kann. Dafür kommen zum Beispiel farbliche Markierungen des Wartebereichs für Zufussgehende mit gelben Flächen (analog Langstrassenunterführung), eine Signalisation eines separierten Fuss-Veloweg mit einer gelben Trennlinie, eine Ampelschaltung zusätzlich zu den Bodenlichtern usw. in Frage.

Postulat 2019/480	06.11.2019 04.12.2019	Stephan Iten und Derek Richter (beide SVP) Nutzung der Busspur für Velofahrende, Pilotprojekt auf der Wehntalerstrasse

Der Stadtrat wird aufgefordert, in einem Pilotprojekt auf der Wehntalerstrasse, Abschnitt Neu-Affoltern bis Zehntenhausplatz, zu prüfen, wie Velofahrende die Busspur mitbenützen können. Nach Abschluss des Pilotprojekts soll ein Bericht erstellt werden, welche Erkenntnisse aus diesem Versuch gezogen werden können und ob auch auf anderen Abschnitten diese Art der Verkehrsführung einen möglichen Mehrwert bringen würde.

Gesundheits- und Umwelt-departement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Gesundheits- und Umweltdepartement

1.	**Vorwort**	**133**
2.	**Jahresschwerpunkte**	**134**
3.	**Kennzahlen Gesundheits- und Umweltdepartement**	**135**
3.1	**Allgemeine Kennzahlen**	**135**
3.2	**Spezifische Kennzahlen**	**136**
4.	**Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen**	**137**
4.1	**Departementssekretariat**	**137**
4.1.1	Aufgaben	137
4.1.2	Jahresschwerpunkte	137
4.2	**Stadtspital Waid und Triemli**	**138**
4.2.1	Aufgaben	138
4.2.2	Jahresschwerpunkte	138
4.2.3	Kennzahlen	140
4.3	**Pflegezentren**	**143**
4.3.1	Aufgaben	143
4.3.2	Jahresschwerpunkte	143
4.3.3	Kennzahlen	145
4.4	**Städtische Gesundheitsdienste**	**146**
4.4.1	Aufgaben	146
4.4.2	Jahresschwerpunkte	146
4.4.3	Kennzahlen	148
4.5	**Alterszentren**	**152**
4.5.1	Aufgaben	152
4.5.2	Jahresschwerpunkte	152
4.5.3	Kennzahlen	154
4.6	**Umwelt- und Gesundheitsschutz**	**155**
4.6.1	Aufgaben	155
4.6.2	Jahresschwerpunkte und Kennzahlen	155
4.7	**Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich**	**160**
4.7.1	Aufgaben	160
4.7.2	Jahresschwerpunkte	160
4.7.3	Kennzahlen	162
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**163**

1. Vorwort

Andreas Hauri. (Bild: Giorgia Müller Photography)

«Wir machen vorwärts»

Jahr zwei als Stadtrat. Ich kann auf ein ereignisreiches und bewegtes Jahr zurückblicken. In dem wir in allen zentralen Themen meines Departements – Alter, Umwelt und Gesundheit – entscheidende Entwicklungen und Massnahmen vorantreiben sowie wichtige Weichen stellen konnten.

Seit Beginn meiner Amtszeit hatten die Herausforderungen rund um die Stadtspitäler höchste Priorität. Bereits seit einem Jahr stehen das Waid und das Triemli unter einer gemeinsamen Leitung. Im 2019 konnten wir mit der konsequenten Nutzung von Synergien und der neuen abgestimmten Angebotsstrategie die Ausgangslage des Stadtspitals Waid und Triemli klar optimieren. Beide Standorte konnten ihre Wirtschaftlichkeit verbessern und weisen im ambulanten und stationären Bereich eine Zunahme aus. Es wurden aber auch schwierige Entscheide gefällt. Im Waid mussten die Personalkosten durch natürliche Fluktuation, restriktive Wiederbesetzung und stadtinterne Wechsel gesenkt werden. Das forderte viel von der Leitung sowie den Mitarbeitenden. Im Triemli konnten wir die zu hohen Anlagenutzungskosten aktiv angehen und eine Lösung finden. Der Stadtrat hat entschieden eine Wertberichtigung vorzunehmen. Ein wichtiger Schritt, der die Wirtschaftlichkeit langfristig verbessert.

Das mir besonders wichtige Klimathema hat 2019 dank der Klimajugend in Politik wie Gesellschaft stark an Bedeutung gewonnen. Auch innerhalb der Verwaltung wird in Projekten der Aspekt Klimaschutz noch stärker bewertet und das Tempo bei der Umsetzung von Massnahmen weiter erhöht. Zusätzlich sind wir daran eine Szenario-Analyse zu erarbeiten die aufzeigt, ob und in welchem Zeitraum und mit welchen Konsequenzen das verschärfte Ziel «Netto Null Treibhausgase bis 2030» umsetzbar ist.

Stark beeindruckt und gefreut hat mich der Mitwirkungsprozess und das grosse Interesse an der neuen Altersstrategie. Die Gestaltung einer altersfreundlichen Stadt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb haben wir bei der Erarbeitung der Altersstrategie 2035 neben den relevanten städtischen Dienstabteilungen auch die privaten Akteurinnen und Akteure sowie die Bevölkerung miteinbezogen. Ein Entscheid, der sich gelohnt hat und bereichernd für die gesamte Strategie war. Wir wollen mit der neuen Altersstrategie bestmögliche Rahmenbedingungen für das Leben im Alter schaffen und ein selbstbestimmtes Leben bis zum Schluss ermöglichen. Dabei gilt es neue, innovative Wege zu gehen und vor allem die Durchlässigkeit zwischen bestehenden Angeboten zu fördern. Die Strategie erscheint im Frühjahr 2020.

Es bewegt sich viel und geht vorwärts in meinem Departement. Das wird sich auch im 2020 nicht ändern.

Stadtrat Andreas Hauri
Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements

2. Jahresschwerpunkte

Klimajahr
Kein Thema hat im Jahr 2019 so bewegt wie das Klima. Global und national gingen Hunderttausende auf die Strasse, um für besseren Klimaschutz zu demonstrieren. Fast 50 politische Vorstösse wurden in der Stadt Zürich eingereicht. Im Gemeinderat wurde eine Klimadebatte geführt. Der Stadtrat hat im Mai klar Stellung bezogen und entschieden, auf ein symbolisches Ausrufen des Klimanotstands zu verzichten. Stattdessen will er in Projekten den Aspekt Klimaschutz noch stärker bewerten als bis anhin und das Tempo der Umsetzung von Massnahmen im Klimaschutz erhöhen. Unter anderem wird er in verschiedenen Bereichen weitergehende Massnahmen prüfen wie beispielsweise ein Anschubprogramm für Heizungsersatz, den Ausbau geplanter und neuer Energieverbunde, die vollständige Umstellung der stadteigenen Fahrzeugflotte auf Betrieb mit erneuerbaren Energien, die stärkere Berücksichtigung der Klimarelevanz beim städtischen Einkauf von Gütern und Dienstleistungen, die klimafreundlichere Verpflegung in den städtischen Betrieben oder die Bildung eines Klimaforums. Das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) nimmt in der Klimadebatte und im Rahmen der Beantwortung der politischen Vorstösse eine zentrale Rolle ein. Schon seit 2010 leitet und koordiniert es die stadtweite Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft. Das GUD ist nun zudem verantwortlich für die übergeordneten Klimavorstösse zu «Netto Null Treibhausgase bis 2030». Eine Szenario-Analyse wird aufzeigen, ob und in welchem Zeitraum, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Konsequenzen das verschärfte Ziel umsetzbar ist. Zudem werden durch das GUD die 50 politischen Vorstösse departementsübergreifend koordiniert.

Um das Ziel zu erreichen, braucht es nicht nur die Anstrengungen der öffentlichen Hand und der Wirtschaft, sondern gleichzeitig auch Verhaltensänderungen jedes Einzelnen. Deshalb verstärkt die Stadt Zürich die Informations- und Sensibilisierungsaktivitäten. Im Sommer 2019 hat sie dazu die Plakatkampagne «Klimaheldinnen und -helden» lanciert. Weitere Massnahmen folgen 2020.

Stadtspital Waid und Triemli auf Kurs
Seit 1. Januar 2019 hat das Stadtspital Waid und Triemli eine gemeinsame Spitalleitung. Sie trifft alle strategischen und operativen Entscheide im Hinblick auf beide Standorte. Durch Zentralisierung von Supportleistungen und der Bildung einer Organisationsstruktur über beide Standorte hinweg, können Synergien konsequent genutzt und Potenziale besser ausgeschöpft werden. Anfang 2019 wurde als wichtiger Meilenstein die neue Angebotsstrategie des Stadtspitals Waid und Triemli festgelegt. Die Angebotsstrategie baut auf den bestehenden Stärken beider Standorte auf. Das Stadtspital Waid und Triemli positioniert sich künftig mit klaren Angeboten als grosses Zentrumsspital an zwei Standorten zur umfassenden Versorgung der Bevölkerung in der Stadt und im Grossraum Zürich. Es deckt die gesamte Palette der medizinischen Versorgung mit 24-Stunden-Notfalldienst und Intensivmedizin ab. Der Standort Waid positioniert sich als schweizweit führendes Spital in der Altersmedizin. Er bietet das gesamte Spektrum von ambulanten Angeboten über die Versorgung geriatrischer Notfälle bis hin zur spezialisierten stationären Behandlung an. Die Klinik für Akutgeriatrie beteiligt sich als Teil des Universitären Geriatrie-Verbunds Zürich ausserdem an der universitären Lehre und Forschung. Der Standort Triemli profiliert sich in verschiedenen spezialisierten und hochspezialisierten Bereichen wie Tumormedizin, Herzmedizin, Frauenmedizin einschliesslich Geburtshilfe und Kindermedizin sowie Augenmedizin. Eine grosse Herausforderung für den Standort Triemli sind die hohen Anlagenutzungskosten seiner Liegenschaften. Im Laufe des Jahres wurde deshalb eine Neubewertung aller Spital-Immobilien durchgeführt. Dabei wurde der aktuelle, tatsächliche Wert (Verkehrswert) der verschiedenen Gebäude ermittelt. Der Verkehrswert wird massgeblich dadurch bestimmt, was das Spital unter den heutigen Rahmenbedingungen erwirtschaften kann. Die Neubewertung hat eine erhebliche Differenz zwischen dem bilanzierten Wert und dem Verkehrswert des Bettenhauses einschliesslich Energie-Medienzentrale Triemli ergeben. Der Stadtrat hat deshalb entschieden, rückwirkend per 1. Januar 2019 für das Bettenhaus einschliesslich Energie-Medienzentrale eine Wertberichtigung vorzunehmen.

Die strategischen Entscheidungen haben die Positionierung des Stadtspitals Waid und Triemli klar gestärkt. Beide Standorte konnten ihre Wirtschaftlichkeit und ihre Fallkosten verbessern. Gleichzeitig sind die Qualität der medizinischen Angebote und die Patientenzufriedenheit unverändert hoch.

Erarbeitung der neuen Altersstrategie
2019 wurde intensiv an der neuen Altersstrategie gearbeitet. Zentrales Element war ein breiter Mitwirkungsprozess. An zwei Grossgruppenveranstaltungen haben sich je rund 200 Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, Genossenschaften, Organisationen der Altersarbeit, der Stadtverwaltung Zürich und aus der Bevölkerung getroffen. Zahlreiche Aspekte des Alters wurden diskutiert, und es wurde gemeinsam überlegt, was es heute und künftig für ein altersfreundliches Zürich braucht. Die Interessensvertreterinnen und -vertreter einigten sich auf Trends und Entwicklungen, die für die Stadt Zürich von Bedeutung sind oder sein werden. Erste Ideen und Lösungsvorschläge wurden formuliert und verschiedenen Handlungsfeldern zugeordnet.

Vom 19. Juni bis 19. Juli 2019 wurde die Bevölkerung eingeladen, sich über die Online-Plattform www.mein-zuerich-im-alter.ch zu verschiedenen Themen zu äussern und Ideen und Anliegen einzubringen. Für Personen ohne Computer oder Internetzugang wurden Walk-Ins eingerichtet, wo sie durch Mitarbeitende des GUD bei der Eingabe ihrer Ideen und Bedürfnisse im Alter in das Online-Tool unterstützt wurden. Insgesamt sind bei der Online-Mitwirkung 1200 Beiträge und Kommentare eingegangen. Neben dem Mitwirkungsprozess wurde auch stadtintern gearbeitet. Speziell gefordert waren die Dienstabteilungen des GUD. Sie arbeiteten intensiv an verschiedenen Vorprojekten. So haben ASZ, PZZ und SAW gemeinsam ein zukünftiges Wohn-, Pflege- und Betreuungsmodell GUD formuliert. Es zeigt Zusammenarbeitsmöglichkeiten in der stationären wie ambulanten Altersversorgung auf und orientiert sich am jeweiligen Quartier. Auch erste Pilotprojekte konnten neben der Erarbeitung der neuen Strategie bereits umgesetzt werden, wie zum Beispiel die Übernahme der mediterranen Abteilung im Pflegezentrum Gehrenholz für Menschen aus dem Mittelmeerraum.

Auch Angebote zur unterstützten Wohnungssuche für Personen im AHV-Alter oder Projekte zur Generationendurchmischung wie studentisches Wohnen in den Alterszentren oder Schülercafés und Gaming4All bei der SAW sind entstanden.

Die Ergebnisse der internen Arbeit wie die Resultate des Mitwirkungsprozesses fliessen in die Erarbeitung der neuen Altersstrategie ein, die im ersten Quartal 2020 publiziert wird.

3. Kennzahlen Gesundheits- und Umweltdepartement

3.1 Allgemeine Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019[1]
Mitarbeitende total	**7258**	**7370**	**7241**	**7277**	**7287**
davon Frauen	5415	5477	5364	5345	5311
davon Männer	1843	1893	1877	1932	1976
Ø FTE / Stw.-Ä.[2]	**5924**	**6064**	**6029**	**5990**	**6015**
Führungskader total	**1032**	**1052**	**1059**	**1045**	**1025**
davon Frauen	624	640	651	639	616
davon Männer	408	412	408	406	409
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)					
Funktionsstufe	**Frauen | Männer**	**Frauen | Männer**	**Frauen | Männer**	**Frauen | Männer**	**Frauen | Männer**
FS 16–18	– –	27,8 72,2	30,2 69,8	29,3 70,7	25,5 74,5
FS 14–15	– –	31,2 68,8	35,8 64,2	36,1 63,9	40,5 59,5
FS 12–13	– –	59,6 40,4	61,0 39,0	62,4 37,6	58,9 41,1
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 % (Vollzeitstellen)					
Total	**4101**	**4106**	**4011**	**4050**	**4114**
Frauen	2586	2569	2494	2497	2520
Männer	1515	1537	1517	1553	1594
Frauen (in %)	63,1	62,6	62,2	61,7	61,3
Männer (in %)	36,9	37,4	37,8	38,3	38,7
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 % (Teilzeitstellen I)					
Total	**2545**	**2663**	**2664**	**2681**	**2643**
Frauen	2289	2378	2366	2359	2309
Männer	256	285	298	322	334
Frauen (in %)	89,9	89,3	88,8	88,0	87,4
Männer (in %)	10,1	10,7	11,2	12,0	12,6
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)					
Total	**683**	**661**	**630**	**616**	**600**
Frauen	596	576	556	548	538
Männer	87	85	74	68	62
Frauen (in %)	87,3	87,1	88,3	89,0	89,7
Männer (in %)	12,7	12,9	11,8	11,0	10,3
Lernende					
Total	**636**	**658**	**674**	**674**	**684**
davon Frauen	490	496	494	491	497
davon Männer	146	162	180	183	187
Personalaufwand	730229516	749754246	748017724	744479133	737543805
Sach- und übriger Betriebsaufwand	225014813	230749551	231064691	236641650	237662396
Übriger Aufwand	189336621	203629293	220269636	207172175	371175256
Total Aufwand	1144580950	1184133090	1199352051	1188292958	1346381457
Bruttoinvestitionen[3]	105677113	50494636	36331846	45752370	36884108

[1] Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2
[2] Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP-HCM-Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.
[3] Investitionsausgaben des Verwaltungsvermögens

Definitionen:
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeiterkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind.
Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt.
Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

3.2 Spezifische Kennzahlen

Angebot Versorgungskette

	2015	2016	2017	2018	2019
Bewohnerinnen und Bewohner (PZZ, ASZ und SAW, Stichtag 31. Dezember)	5652	5680	5540	5500	5551
Patientinnen und Patienten (SWZ und STZ, kumuliert)	31552	32689	31789	31617	32333
Aufenthalts- und Pflegetage (PZZ, ASZ, SWZ, STZ, kumuliert)	1479408	1482071	1429782	1404352	1376077
Eintritte Notfallstationen (SWZ und STZ, ohne Notfallpraxis SWZ)	66587	69360	70484	73846	74053
Austritte nach Hause/Privat					
PZZ	689	663	649	671	705
ASZ	12	10	12	11	11
SWZ	6416	6921	6032	5867	5866
STZ	18063	19121	18711	18774	19207
SAW	24	27	24	21	24
Austritte nach Hause/Privat (in %)					
PZZ	39,6	40,5	38,6	39,2	40,7
ASZ	2,6	2,3	2,8	2,7	2,6
SWZ	69,5	73,4	69,2	70,2	67,6
STZ	80,9	82,2	82,1	81,6	82,1
SAW	12,0	16,0	13,7	12,7	14,0
Spitex Zürich, Kundinnen und Kunden	9680	9680	9662	9768	9725
Spitex Zürich, verrechnete Stunden	764498	768743	782067	803660	811412
Kostendeckungsgrad GUD (in %)	88,4	87,5	86,3	88,7	77,1

Freiwillige Mitarbeit

	2015	2016	2017	2018	2019
Alterszentren	499	479	474	440	407
Pflegezentren	464	480	456	501	504
Stadtspital Triemli	86	107	77	104	80
Stadtspital Waid	64	59	58	64	64
Stiftung Alterswohnungen	55	55	86	106	105
Total freiwillige Mitarbeitende	**1113**	**1180**	**1151**	**1215**	**1160**
Einsätze in Stunden total GUD	**72775**	**72832**	**73268**	**67312**	**63095**

Weitere Informationen über das Gesundheits- und Umweltdepartement sind im Internet zu finden:
www.stadt-zuerich.ch/gud

4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

4.1 Departementssekretariat

4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat (DS) ist der Stab des Vorstehers und unterstützt ihn bei der Entwicklung von Strategien und Massnahmen sowie deren Umsetzung. Das DS sorgt als zuverlässiger Partner für einen reibungslosen Ablauf der Geschäfte zwischen den Dienstabteilungen und dem Vorsteher und ist verantwortlich für das Controlling. Als Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bevölkerung informiert das DS transparent, sachlich und aktiv. Zu den weiteren Aufgaben des DS gehören die Bedarfsplanung und der Abschluss von Leistungsvereinbarungen für die stationäre Pflegeversorgung sowie die koordinierte Beschaffung von Lebensmitteln und Non-Food-Produkten vorwiegend für die Institutionen des GUD.

4.1.2 Jahresschwerpunkte

Innovation und Digitalisierung
Das GUD hat 2019 auf die Bedeutung von Innovation und Digitalisierung reagiert und führt seit dem Berichtsjahr eine Stabstelle, die für diese Themen zuständig ist. Erste Innovations- und Digitalisierungsprojekte sind bereits angestossen worden. Ein Projekt ist die StadtBox aus der Smart-City-Strategie. Die StadtBox ist ein Intrapreneurship-Programm, das Mitarbeitenden die Möglichkeit bietet, ihre eigenen Ideen einzubringen und zu konkretisieren. Das GUD geht mit einem Pilotdurchgang für die Stadt Zürich voran und bietet den teilnehmenden Mitarbeitenden neben Zeit und Geld auch professionelle Innovations-Coaches. Ferner wurde der Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) bei dem Pilotprojekt von mobilen Komposttoiletten unterstützt. In diesem Pilotversuch ist im Sommer 2019 die Umsetzbarkeit und Ökologie von solchen mobilen Lösungen getestet und analysiert worden.

Umweltmanagement im GUD
Das GUD erfasst seit 2011 den Energieverbrauch für die Wärme- und Kälteproduktion sowie den Stromverbrauch der Liegenschaften, die durch die eigenen Dienstabteilungen und die Stiftung Alterswohnungen genutzt werden. Auf Basis des Endenergieverbrauchs, den verwendeten Wärmeenergieträgern und dem Strommix werden Primärenergieverbrauch und Treibhausgasemissionen ermittelt. Das GUD hat bereits jetzt das für 2020 gesetzte Ziel, in den eigenen Liegenschaften den Anteil der erneuerbaren Primärenergie um 14 % zu steigern, deutlich übertroffen. Ebenfalls werden seit der Inbetriebnahme der Holzschnitzelheizung im Triemli (2014) die GUD-Ziele für Treibhausgasemissionen erreicht. Das Emissionsziel bis 2020 war bei 14 000 t CO_2-eq und wurde im Jahr 2018 bereits erfüllt (12 200 t CO_2-eq). Herausforderungen für die Zukunft bleiben der Ersatz fossiler Heizsysteme insbesondere bei den SAW und den ASZ und das Halten der hohen Qualität des Stromprodukts GUD-weit. Der Heizenergiebedarf hängt massgeblich von der Qualität der Gebäudehülle ab, Sanierungen und Ersatzneubauten spielen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle.

Rehabilitationsklinik auf dem Triemli-Areal geplant
Mit dem Ziel, zum Wohl der Patientinnen und Patienten eine umfassende spital- und wohnortsnahe Rehabilitation anzubieten, hat die Stadt Zürich mit der Stiftung Kliniken Valens einen Zusammenarbeitsvertrag abgeschlossen. Der nahtlose und zeitlich optimale Übertritt aus dem Akutspital in die Rehabilitationsklinik sowie die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Ärztinnen und Ärzten, Therapeutinnen und Therapeuten sowie Pflegerinnen und Pflegern aus Akutspital und Rehabilitation wird die Behandlungsqualität weiter erhöhen. Geplant ist der Betrieb einer Rehabilitationsklinik mit 120 Betten durch die Stiftung Kliniken Valens auf dem Areal des Stadtspitals Triemli. Das Land für das Gebäude der Rehabilitationsklinik soll durch die Stadt Zürich im Baurecht abgegeben werden. Genehmigt der Gemeinderat der Stadt Zürich den Baurechtsvertrag, wird die Stiftung Kliniken Valens die Baubewilligung für das Reha-Gebäude beantragen und sich für die erforderlichen Leistungsaufträge Rehabilitation des Kantons Zürich bewerben. www.reha-triemli.ch.

4.2 Stadtspital Waid und Triemli

4.2.1 Aufgaben

Das Stadtspital Waid und Triemli ist ein grosses Zentrumsspital an zwei Standorten in der Stadt Zürich. Es ist für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung der Stadt und des Kantons Zürich ein unentbehrlicher Eckpfeiler und ein wichtiges Ausbildungsspital. Das Stadtspital deckt die gesamte Palette der medizinischen Versorgung einschliesslich Innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe, 24-Stunden-Notfalldienst sowie Intensivmedizin ab. Gemeinsam behandeln das Waid und das Triemli jährlich über 34 000 Patientinnen und Patienten stationär, führen über 220 000 ambulante Konsultationen durch und beschäftigen rund 3600 Mitarbeitende. Das Stadtspital bietet eine hochstehende Medizin für Patientinnen und Patienten aller Altersgruppen und Versicherungsklassen an. Es gehört zu den Top Ten der Schweizer Spitäler, verfügt über das grösste Notfallzentrum des Kantons Zürich und deckt über die Hälfte der Spital-Notfälle der Stadt Zürich ab.

4.2.2 Jahresschwerpunkte

- Ein Jahr Stadtspital Waid und Triemli: Zusammenführung zeigt Wirkung
- Angebotsstrategie: standortspezifische Stärken ausbauen
- Digitalisierung: vereinfachte Abläufe und bessere Behandlungsqualität
- Stärkung von Kooperationen: Mehrwert für Patientinnen und Patienten

Ein Jahr Stadtspital Waid und Triemli
Im Rahmen der Umsetzung des Programms «Stadtspital Zürich 2020» hatte der Stadtrat im Herbst 2018 entschieden, dass die beiden Stadtspitäler Waid und Triemli als ein grosses Zentrumsspital an zwei Standorten unter eine gemeinsame Leitung gestellt werden. Seit 1. Januar 2019 wird das Stadtspital Waid und Triemli durch ein gemeinsames Spitalleitungsgremium geführt. Dieses trifft alle strategischen und operativen Entscheide im Hinblick auf beide Spitäler, treibt die standortübergreifende Zusammenarbeit aktiv voran und etabliert nahtlos ineinandergreifende Prozesse. Nach einem Jahr zeigt sich eindrücklich, dass die strategische Entscheidung der Zusammenführung richtig war: Die gemeinsame Führung, die Nutzung von Synergien, die standortübergreifenden Strukturen und die abgestimmte Angebotsstrategie haben die Ausgangslage des Stadtspitals klar verbessert. Beide Standorte konnten ihre Wirtschaftlichkeit steigern und die Fallkosten senken. Waid und Triemli weisen sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich ein Wachstum aus. Alle erwähnten Massnahmen sind insbesondere für die Sicherung der kantonalen Leistungsaufträge 2023 von grosser Wichtigkeit. Gleichzeitig sind die Qualität der medizinischen Angebote und die Patientenzufriedenheit unverändert hoch.

Gemeinsame Angebotsstrategie
Im Rahmen der Zusammenführung hat das Stadtspital eine gemeinsame Angebotsstrategie definiert. Als ein Zentrumsspital deckt es an seinen beiden Standorten die gesamte Palette der medizinischen Versorgung ab. Das Waid ist zudem verantwortlich für die akutsomatische Gesundheitsversorgung der Menschen in Zürich-Nord. Als Teil des Universitären Geriatrie-Verbunds Zürich setzt sich das Waid für eine altersgerechte Medizin und Pflege sowie die diesbezügliche Lehre und Forschung ein. Es bietet das gesamte Spektrum von ambulanten Angeboten über die Versorgung geriatrischer Notfälle bis hin zur spezialisierten stationären Behandlung einschliesslich einer zertifizierten Geronto-Traumatologie und Orthopädie an. Dazu gehören auch die Diagnose und Behandlung von Nierenerkrankungen und Dialysen. Ausserdem behandelt und betreut das Waid im Zentrum für Palliative Care Menschen mit unheilbaren und chronisch fortschreitenden Krankheiten in der letzten Lebensphase. Im Jahr 2019 wurde das Angebot um gynäkologische Sprechstunden erweitert, die durch das Team der Frauenklinik Triemli erbracht werden. Das Triemli bietet neben der kompletten medizinischen Grundversorgung ein breites Spektrum der spezialisierten und hochspezialisierten Medizin an. Dabei zeichnet es sich durch seine interdisziplinären Teams zur Behandlung von komplexen Krankheitsbildern aus. Besondere Kernkompetenzen bestehen in den Bereichen Herz-, Tumor-, Frauen- und Kindermedizin sowie der Augenheilkunde.

Das Stadtspital setzt auch in Zukunft auf die Nähe zur Zürcher Bevölkerung. Das unterstreicht die erste gemeinsame Kampagne «Mis Züri. Mis Spital.», die von Mitte bis Ende 2019 aufgeschaltet wurde. Im Rahmen dieser erfolgreichen Kampagne hat das Stadtspital Patientinnen und Patienten porträtiert, die sich zu ihrer Stadt und ihrem Spital bekennen und authentisch von der hohen medizinischen Qualität und der empathischen Behandlung, die sie im Stadtspital erhalten haben, berichten.

Digitalisierung schreitet voran
Neben hohem Fachwissen, einer engen interdisziplinären Zusammenarbeit und modernen medizinischen Einrichtungen sind zukunftsgerichtete Technologien unabdingbar für eine qualitativ hochstehende Behandlung von Patientinnen und Patienten. Sie vereinfachen administrative Arbeiten und interne Abläufe und verbessern die Behandlungsqualität und Patientensicherheit. Die Digitalisierung hat für das Stadtspital Waid und Triemli eine hohe Priorität. Im Berichtsjahr startete das Stadtspital das Projekt H-SAP. Das integrierte System für die Mitarbeitenden des administrativen Bereichs führt zu einer Effizienzsteigerung in den administrativen Prozessen und zu einer besseren Datenqualität. H-SAP wurde am 1. Januar 2020 im Triemli eingeführt und anschliessend im Waid implementiert. Mit dem Projekt H-SAP wurde auch der Grundstein für die Einführung eines neuen Klinikinformationssystems (KIS) im Stadtspital gelegt. Die Ausschreibung für das neue KIS wurde planmässig im Berichtsjahr durchgeführt. Die beiden Systeme H-SAP und KIS vereinfachen künftig die standortübergreifende Zusammenarbeit und sind ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum digitalisierten Spital.

Stärkung von Kooperationen
Kooperationen gewinnen im Gesundheitswesen immer mehr an Bedeutung. Durch Kooperationen können Synergien und vorhandene Kapazitäten besser genutzt und die Behandlungsqualität weiter verbessert werden. Das Stadtspital Waid und Triemli geht Kooperationen dort ein, wo sie aus medizinischer und ökonomischer Sicht sinnvoll sind und für die Patientinnen und Patienten einen Mehrwert generieren. Ziel von Kooperationen ist ausserdem der Wissenstransfer sowie die Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Im Berichtsjahr

hat das Stadtspital unter anderem die Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital Zürich, dem Spital Zollikerberg, dem Universitäts-Kinderspital Zürich, dem Spital Affoltern, dem Kantonsspital Zug und dem Spital Schwyz weiter gestärkt.

Zertifikate belegen hohe Qualität

In seinem Bestreben für eine konsequente und nachhaltige medizinische Qualität optimiert das Stadtspital Waid und Triemli seine Leistungen und Standards stetig. Regelmässige Auszeichnungen und (Re-)Zertifizierungen durch anerkannte, unabhängige Fachinstanzen belegen den Erfolg dieses Engagements. Das Stadtspital veröffentlicht unter www.waidspital.ch/qualitaet und www.triemli.ch/qualitaet laufend die aktuellsten Qualitätsmessungen, Zertifizierungen und Qualitätsberichte. Dadurch schafft das Spital Transparenz und belegt seine hohe Qualität regelmässig. Im Berichtsjahr besonders hervorzuheben sind:

- Mitgliedschaft bei der internationalen Initiative Qualitätsmedizin (IQM) – Transparenz durch regelmässige Veröffentlichung von patientenzentrierten Outcome-Daten
- Harmonisierung des Systems zur Erfassung und Bearbeitung kritischer Patienten-Zwischenfälle über beide Standorte Waid und Triemli (CIRS)
- REKOLE®-Standard-Zertifizierung für das betriebliche Rechnungswesen
- Erstmalige Erhebung standortübergreifender Risiken und deren Gewichtung sowie Ableitung geeigneter Massnahmen in einem gemeinsamen Bericht mit dem Schwerpunkt Betriebsunterbrechungsrisiken
- Ausbau der Initiative Smarter Medicine an beiden Standorten
- Erstzertifizierung des Zentrums für Palliative Care Waid
- Erstzertifizierung des Ambulanten Perioperativen Zentrums Triemli
- Erstzertifizierung Gynäkologische Dysplasie-Sprechstunde Triemli

Stärkung Altersmedizin Waid

Das Waid nimmt in der Altersmedizin seit Jahren eine Vorreiterrolle ein. Besonders zeichnet es sich durch seine hohe Fachexpertise und langjährige Erfahrung bei typischen Alterserkrankungen in Kombination mit einer akuten Krankheit oder einem Unfall aus. Gemäss der Angebotsstrategie des Stadtspitals Waid und Triemli soll die Altersmedizin im Waid weiter gestärkt werden und schweizweite Bekanntheit erlangen. Der Entwicklungsplan zur Stärkung der Altersmedizin Waid wird gemeinsam mit den Partnern des Universitären Geriatrie-Verbunds Zürich erarbeitet. Zum Verbund gehören das Stadtspital Waid und Triemli, die Universität Zürich, das Universitätsspital Zürich und die Pflegezentren der Stadt Zürich.

Das Waid ist bekannt als das Referenzspital für mehrfach kranke, ältere Menschen. (Bild: Tobias Siebrecht / Jorma Müller

30 Jahre Herzchirurgie Triemli

Im Jahr 1989 nahm die herzchirurgische Abteilung im Triemli ihren Betrieb auf. Über die letzten 30 Jahre hat sich das Triemli in der Herzmedizin einen hervorragenden Ruf erarbeitet und verfügt über eine ausgezeichnete Qualität. Das Jubiläum wurde im Berichtsjahr mit einem Tag der offenen Tür gefeiert. Das Interesse der Bevölkerung an diesem Anlass Ende Januar 2019 war gross: Rund 5000 Besucherinnen und Besucher strömten ins Triemli. Nebst zahlreichen Attraktionen – wie der Besichtigung eines Operationssaals, einem begehbaren Herzen oder einer live kommentierten Herzoperation – informierten verschiedene Fachpersonen über wichtige Themen rund ums Herz.

Besucherinnen und Besucher bestaunen ein 4 m langes, begehbares Herz. (Bild: Stadtspital Triemli)

Zukunftsgerichte Bauprojekte beim Triemli

Das Triemli-Areal umfasst Bauten verschiedenen Alters. Der Kernbereich des Spitals wurde bereits 1970 eröffnet. Um den Bedürfnissen der Patientinnen, Patienten und Mitarbeitenden heute und in Zukunft gerecht zu werden, sind unterschiedliche Baumassnahmen notwendig. Seit Frühjahr 2019 wird das ehemalige Hauptgebäude des Triemli, der sogenannte Turm, instand gestellt. Damit werden zeitgemässe ambulante und administrative Räumlichkeiten geschaffen. Die dezentralen Büros und Untersuchungszimmer in den umliegenden ehemaligen Personalhäusern werden nach Abschluss der Bauarbeiten – voraussichtlich Ende 2021 – in den Turm integriert. Die Patientinnen und Patienten sowie die Mitarbeitenden profitieren mit der Wiedereröffnung des Turms von einer zeitgemässen und effizienten Infrastruktur, kurzen Wegen sowie einer Verdichtung auf die drei Hauptgebäude des Spitals.

Auf dem Triemli-Areal soll künftig auch eine Rehabilitationsklinik betrieben werden. Für den Bau hat der Stadtrat im September 2019 dem Gemeinderat beantragt, der Stiftung Kliniken Valens ein Stück Land im Baurecht abzugeben. Ziel ist es, zum Wohl der Patientinnen und Patienten eine umfassende spital- und wohnortsnahe Behandlungsmöglichkeit in der Stadt Zürich anzubieten.

4.2.3 Kennzahlen

Finanzielle Situation Waid
Das Waid musste für das Jahr 2019 erstmals eine Rechnungslegung nach zwei neuen Standards vornehmen: HRM2 und Swiss GAAP FER. Beide Rechnungslegungsnormen geben das True-and-fair-View-Prinzip vor und zeigen ein vollständiges und transparentes Bild der Jahresrechnung. Das Berichtsjahr schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 1,5 Millionen Franken und damit 9,5 Millionen Franken besser gegenüber dem Budget ab. Gegenüber dem Vorjahr konnte das Resultat sogar um 12,9 Millionen Franken verbessert werden. Diese Resultatverbesserung lässt sich in erster Linie auf den starken Rückgang der Personalkosten von 6,9 Millionen Franken gegenüber Budget und 4,9 Millionen Franken gegenüber Vorjahr zurückführen.

Im Jahr 2019 behandelte das Stadtspital Waid 8 930 Patientinnen und Patienten stationär. Das sind 311 (+3,6 %) Fälle mehr als im Vorjahr. Insbesondere die Chirurgische Klinik (+197 Fälle) sowie die Mitte Mai 2018 neu eröffnete interdisziplinäre Station für Palliative Care (+101 Fälle) konnten deutlich zulegen. Auch die Universitäre Klinik für Akutgeriatrie (+11) vermochte die Fallzahlen leicht zu steigern.

Der Anteil an zusatzversicherten Patientinnen und Patienten vom Vorjahr von 20,38 % konnte entgegen dem Markttrend auf 21,07 % im Jahr 2019 verbessert werden. Der CMI reduzierte sich von 1.039 im Vorjahr auf 1.029 im Jahr 2019.

Im ambulanten Bereich führte insbesondere die im Dezember 2018 neu eröffnete Dialysestation im Andreasturm in Oerlikon zu Mehrerträgen von 0,8 Millionen Franken. Die restlichen ambulanten Taxpunkte konnten um 0,80 % erhöht werden.

Finanzielle Situation Triemli
Das Triemli musste für das Jahr 2019 erstmals eine Rechnungslegung nach zwei neuen Standards vornehmen: HRM2 und Swiss GAAP FER. Beide Rechnungslegungsnormen geben das True-and-fair-View-Prinzip vor und zeigen ein vollständiges und transparentes Bild der Jahresrechnung. Es hat sich gezeigt, dass die Anlagenutzungskosten des Triemli zu hoch sind und deshalb eine Neubewertung vorgenommen werden musste. Durch die daraus resultierende Wertberechtigung für das Triemli-Bettenhaus im Umfang von rund 175,7 Millionen Franken, weist das Berichtsjahr einen Aufwandüberschuss von rund 171,1 Millionen Franken aus. Ohne die Neubewertung und weitere Sondereffekte würde ein Ertragsüberschuss von 6,2 Millionen Franken vorliegen.

Der Personalaufwand konnte um 5,3 Millionen Franken gegenüber Budget, respektive um 7,2 Millionen Franken einschliesslich Kreditübertrag für Lohnmassnahmen 2019 (1,9 Millionen Franken), reduziert werden. Die verzögerte Besetzung von budgetierten Stellen, tiefere Honorarzahlungen, weniger ausbezahlte Überbrückungszuschüsse sowie Rückgänge bei den Personalnebenkosten haben zur Reduktion beigetragen.

Im Sachaufwand konnten Einsparungen von rund 2,4 Millionen Franken gegenüber Budget umgesetzt werden. Dies hauptsächlich beim medizinischen Material. Gegenüber Vorjahr blieben die Ausgaben in etwa gleich.

Die Wertberechtigung von 175,7 Millionen Franken wiederspiegelt sich in den Abschreibungen von 2019. Mit dieser Neubewertung vom Bettenhaus konnten die ordentlichen Abschreibungen bereits in diesem Jahr um rund 6,7 Millionen Franken reduziert werden.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 25 329 Patientinnen und Patienten stationär behandelt. Entgegen dem allgemeinen Markttrend (ambulant vor stationär) stiegen die Austritte um 358 bzw. +1,4 % gegenüber Vorjahr. Insbesondere Patientinnen und Patienten ausserhalb der Stadt Zürich (Kanton Zürich +0,7 %, ausserkantonal +7,7 % und Ausland +2,8 %) suchten vermehrt das Stadtspital Triemli auf.

Der Anteil an zusatzversicherten Patientinnen und Patienten reduzierte sich leicht von 19,06 % auf 18,48 %. Gegenüber Vorjahr stieg der CMI von 1.0632 auf 1.0725. Die zusätzlichen Fälle und der verbesserte CMI führten, im Vergleich zum Vorjahr, zu höheren stationären Erträgen.

Im ambulanten Bereich führten Mehrerlöse zu einer Steigerung gegenüber Budget von 5,2 %, respektive 1,9 % gegenüber Vorjahr. Dies bestätigt wiederum den Trend zur Umschichtung von stationär zu ambulant.

Gesamthaft liegen die Erträge im Jahr 2019 tiefer als im Vorjahr. Dies ist mit dem Vorjahreseffekt zu erklären, da im Jahr 2018 14,3 Millionen Franken Projektierungskosten als Rückerstattung gebucht wurden. Somit wäre der Ertrag 2019 rund 5 Millionen besser als im Vorjahr.

Wie auch schon letztes Jahr konnte trotz einer schwierigen Marktsituation (ambulant vor stationär, fehlendes stationäres Wachstum im Markt) und den stagnierenden Tarifen das operative Ergebnis dank Sparanstrengungen und einer Leistungssteigerung verbessert werden. Die einmalige Wertberechtigung für das Triemli-Bettenhaus belastet das Rechnungsergebnis 2019 mit einem Verlust. Die zukünftige wirtschaftliche Ausgangslage kann dadurch aber massiv verbessert werden (durch jährliche Einsparungen bei den ordentlichen Abschreibungen von rund 6,7 Millionen Franken) und es kann mit tieferen Fallkosten gerechnet werden. Dies schafft eine gute Grundlage für die Vergabe der Leistungsaufträge 2023.

Stadtspital Waid

Geschlecht, Wohnort und Alter der stationären Patientinnen und Patienten										
	2015	in %	2016	in %	2017	in %	2018	in %	2019	in %
Geschlecht										
männlich	4445	48,2	4570	48,4	4308	47,8	4084	47,4	4298	48,1
weiblich	4772	51,8	4864	51,6	4698	52,2	4535	52,6	4632	51,9
Wohnort										
Stadt Zürich	7050	76,5	7117	75,4	6790	75,4	6542	75,9	6719	75,2
übriges Kantonsgebiet	1831	19,9	1963	20,8	1839	20,4	1753	20,3	1833	20,5
andere Kantone	251	2,7	263	2,8	255	2,8	246	2,9	283	3,2
Ausland	85	0,9	91	1,0	122	1,4	78	0,9	95	1,1
Alter										
0–19	2	0,0	25	0,3	36	0,4	81	0,9	112	1,3
20–39	1043	11,3	1044	11,1	948	10,5	903	10,5	961	10,8
40–59	1661	18,0	1775	18,8	1669	18,5	1568	18,2	1668	18,7
60–79	2410	26,1	2484	26,3	2499	27,7	2537	29,4	2734	30,6
80–89	2252	24,4	2434	25,8	2340	26,0	2335	27,1	2391	26,8
90 und mehr	1849	20,1	1672	17,7	1514	16,8	1195	13,9	1064	11,9
Durchschnittsalter (in Jahren)	66		66		67		68		70	

Stadtspital Triemli

Geschlecht, Wohnort und Alter der stationären Patientinnen und Patienten (gemäss DRG)[1]										
	2015	in %	2016	in %	2017	in %	2018	in %	2019	in %
Geschlecht										
männlich	10739	48,1	11157	48,0	10958	48,1	11146	48,5	11326	48,4
weiblich	11596	51,9	12098	52,0	11825	51,9	11852	51,5	12077	51,6
Wohnort										
Stadt Zürich	11781	52,8	12180	52,4	12420	54,5	12212	53,1	12 305	52,6
übriges Kantonsgebiet	7904	35,4	8259	35,5	7767	34,1	8072	35,1	8 135	34,8
andere Kantone	2462	11,0	2634	11,3	2403	10,5	2507	10,9	2 750	11,8
Ausland	188	0,8	182	0,8	193	0,9	207	0,9	213	0,9
Alter										
0–1	919	4,1	867	3,7	862	3,8	973	4,2	930	4,0
2–10	547	2,4	589	2,5	588	2,6	648	2,8	607	2,6
11–19	383	1,7	439	1,9	359	1,6	396	1,7	404	1,7
20–39	4184	18,7	4408	19,0	4400	19,3	4262	18,5	4 278	18,3
40–59	4580	20,5	4848	20,9	4481	19,7	4738	20,6	4 704	20,1
60–79	7131	31,9	7275	31,3	7367	32,3	7446	32,4	7 912	33,8
80–89	3658	16,4	3845	16,5	3710	16,3	3521	15,3	3 556	15,2
90 und mehr	933	4,2	984	4,2	1016	4,4	1014	4,4	1 012	4,3
Durchschnittsalter (in Jahren)	57		57		57		56		56	

[1] ohne gesunde Säuglinge

Stadtspital Waid

Stationäre Austritte, Pflegetage, Aufenthaltsdauer und ambulante Konsultationen	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl stationäre Austritte	9217	9434	9006	8619	8930
davon Medizin	4002	4066	3849	3796	3793
davon Chirurgie	3942	4037	3743	3531	3728
davon Akutgeriatrie	993	1028	1123	1199	1215
davon Palliative Care				93	194
Anzahl Wiedereintritte innert 18 Tagen	271	302	279	256	244
Anzahl Pflegetage	72347	71653	64727	59223	58560
davon Medizin	29615	29682	28867	26135	24665
davon Chirurgie	21681	20589	18341	17890	17634
davon Akutgeriatrie	21051	21382	17519	14273	14111
davon Palliative Care				925	2150
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (in Tagen)	8,1	7,8	7,5	7,0	6,5
Anzahl ambulante Konsultationen	42440	44236	47640	48806	47532

Sämtliche Kennzahlen richten sich nach SwissDRG und sind vor Fallzusammenführungen. Pflegetage verstehen sich exklusive Austrittstag.

Stadtspital Triemli

Stationäre Austritte, Pflegetage, Aufenthaltsdauer und ambulante Konsultationen (gemäss DRG)	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl stationäre Austritte (ohne gesunde Säuglinge)	22335	23255	22783	22998	23 403
davon Medizin	7560	7852	7619	7926	7 850
davon Chirurgie	8734	9154	9168	8992	9 681
davon Rheumatologie	767	821	689	635	494
davon Radio-Onkologie	384	376	408	397	339
davon Kinder und Jugendliche	1543	1601	1590	1791	1 734
davon Frauenklinik Maternité	3347	3451	3309	3257	3 305
Geburten	2007	2100	2209	2160	2 175
Anzahl Wiedereintritte innert 18 Tagen	668	660	664	626	606
Anzahl Pflegetage	126861	130415	121416	117111	117 239
davon Medizin	42586	44664	41383	41903	41 137
davon Chirurgie	54793	56933	53198	50644	53 054
davon Rheumatologie	6764	6525	5339	4273	3 623
davon Radio-Onkologie	3600	3543	3511	2906	2 641
davon Kinder und Jugendliche	5973	6024	5675	5794	4 977
davon Frauenklinik Maternité	13145	12726	12310	11591	11 807
Durchschnittliche Aufenthaltsda uer (in Tagen)	5,7	5,6	5,3	5,1	5,2
Anzahl ambulante Konsultationen [1]	131216	137525	155820	170376	174 654

[1] Bezieht sich ausschliesslich auf die TARMED-Position 00.0010 «Konsultation, erste 5 Min. (Grundkonsultation)

4.3 Pflegezentren

4.3.1 Aufgaben

In den Pflegezentren der Stadt Zürich (PZZ) leben mehrheitlich betagte Menschen, die intensive Pflege und Betreuung sowie ärztliche Behandlung benötigen. Rund 70 % der Bewohnerinnen und Bewohner haben eine Demenzdiagnose. Gut die Hälfte von ihnen lebt auf einer auf Demenz spezialisierten Abteilung. Die Pflegezentren führen sieben Betriebe an acht Standorten und zwölf Pflegewohngruppen. Zum Angebot der PZZ gehören Abteilungen für rehabilitative Akut- und Übergangspflege, gerontopsychiatrische Abteilungen, eine spezialisierte Abteilung für Palliative Care, eine mediterrane Abteilung für Betagte, die aus dem Mittelmeerraum zugewandert sind, sowie Abteilungen für jüngere pflegebedürftige Behinderte und eine Abteilung für Spezialpflege.

Mit ihren ambulanten Angeboten bieten die PZZ verschiedene Dienstleistungen mehrheitlich für pflegebedürftige Menschen an, die zu Hause leben: In der Memory Clinic Entlisberg werden Abklärungen, Diagnosestellungen und Beratungen für Menschen mit einer Gedächtnisstörung oder Demenz durchgeführt. Die Gerontologische Beratungsstelle für sozialmedizinische individuelle Lösungen (SiL) ist ein aufsuchendes Abklärungs- und Beratungsangebot für Demenzbetroffene. In den vier Tageszentren sind rund um die Uhr therapeutische Angebote und Betreuung möglich. Der Geriatrische Dienst der Stadt Zürich ist mit der ärztlichen Betreuung und Behandlung der Bewohnerinnen und Bewohner aller Pflegezentren betraut. Er ist neben den ambulanten Angeboten zuständig für die amtsärztlichen Einsätze für Menschen ab 65 Jahren.

Um den umfangreichen Fortbildungsbedarf der rund 2500 Mitarbeitenden und Auszubildenden abzudecken, führen die PZZ das Schulungszentrum Gesundheit Zürich. Dieses bietet hauptsächlich Schulungen und Lehrgänge zu Fach- und Führungsthemen für die PZZ und andere Institutionen im Gesundheitswesen an.

4.3.2 Jahresschwerpunkte

- Entwicklung und Ausbau der Angebote: Gerontopsychiatrie, Pflegeoasen, mediterrane Abteilung
- Demenz: Zusammenarbeit, Vernetzung, Angebotsausweitung
- Ausbildung: Ausbildungsschwerpunkt für Psychiatrie und Gerontopsychiatrie

Entwicklung und Ausbau der Angebote

Gerontopsychiatrie
Aufgrund der anhaltend grossen Nachfrage nach Angeboten der Gerontopsychiatrie eröffneten die PZZ im Berichtsjahr im Pflegezentrum Entlisberg zusätzlich eine Abteilung für gerontopsychiatrische Langzeitpflege. Zudem wurde eine zweite gerontopsychiatrische Demenzabteilung eröffnet, in der Menschen mit Demenz, die aufgrund ihres Verhaltens besondere Pflege und Betreuung benötigen, ein angepasstes Umfeld finden.

Der psychiatrische Konsiliardienst ist seit vielen Jahren etabliert. Zusätzlich zu diesem Angebot bauten die Pflegezentren einen psychiatrischen Liaisondienst auf. Damit wird eine kontinuierliche psychiatrische Betreuung aller Bewohnerinnen und Bewohner mit psychiatrischen Symptomen sichergestellt. Der gerontopsychiatrische Liaisondienst führt die psychiatrische Diagnostik durch und trifft Abklärungen zu Fragestellungen.

Ausserdem vereinbarten die PZZ im Bereich Gerontopsychiatrie eine Kooperation mit dem Bezirk Horgen: Die Pflegezentren stellen fünf Betten für Patientinnen und Patienten mit einer diagnostizierten Demenzerkrankung und/oder schweren Verhaltensauffälligkeiten zur Verfügung.

Pflegeoasen
Eine Erweiterung des Angebots in der spezialisierten Demenzpflege und -betreuung sind die Pflegeoasen. Diese Abteilungen wurden für Menschen mit schwerer Demenz eingerichtet. Die ständige Präsenz des Pflegepersonals im Mehrbettzimmer bietet Geborgenheit und Sicherheit und die Möglichkeit, auf die Bedürfnisse dieser Menschen, die keine Hilfe mehr anfordern können, einzugehen.

Mediterrane Abteilung und neue Temporärabteilung im Pflegezentrum Gehrenholz
Infolge der Schliessung des Pflegezentrums Erlenhof zogen zwölf Bewohnerinnen und Bewohner auf die neue mediterrane Abteilung des Pflegezentrums Gehrenholz um. Hier herrscht mediterranes Flair, gesprochen wird meist Italienisch, und auch die Verpflegung orientiert sich an den Gewohnheiten der Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Mittelmeerraum.

Das Pflegezentrum Gehrenholz eröffnete im Berichtsjahr eine Temporärabteilung. Diese bietet für Patientinnen und Patienten zwischen Spital- oder Reha-Aufenthalt ein auf sie abgestimmtes Angebot. Ohne Zeitdruck erhalten sie das nötige Training, damit sie ihre Alltagsfähigkeiten in den Bereichen Kraft, Ausdauer und Mobilität wiedererlangen, ehe sie nach Hause zurückkehren.

Ernährungsberatung
Auf den Abteilungen für rehabilitative Akut- und Übergangspflege ist seit dem Berichtsjahr eine Ernährungsberaterin im Einsatz. Sie führt ernährungsbezogene Fallbesprechungen und schult das Personal in der Thematik Ernährung im Alter.

Geriatrie-Netzwerk
Regelmässig organisieren die PZZ seit einigen Jahren in verschiedenen Quartieren der Stadt Zürich Geriatrie-Netzwerk-Treffs. Diese bieten Verantwortlichen, die im Bereich Alter tätig sind, eine Plattform zum fachlichen Austausch. Im Berichtsjahr wurden Treffs in weiteren Quartieren eröffnet.

Je nach Bedarf werden Angebote entwickelt oder ausgebaut. (Bild: Klaus Andorfer)

Demenz: Zusammenarbeit, Vernetzung, Angebotsausweitung
Im Berichtsjahr stand das Thema Demenz national, kantonal und in der Stadt Zürich stark im Fokus.

Zusammenarbeit mit dem Kanton
In einer gemeinsamen Medienkonferenz der Stadt und des Kantons Zürich zum Thema Demenz wurden das PZZ-Angebot der Gerontologischen Beratungsstelle SiL und sein Zwilling im Kanton, AIDA-Care, vorgestellt. Im Weiteren engagiert sich die Stadt Zürich als Partnerin im kantonalen Pionierprojekt Mäander. Mäander soll eine unabhängige Plattformorganisation werden. Das Ziel ist eine gute Lebensqualität von Menschen mit Demenz und die Befähigung der Gesellschaft im Umgang mit ihnen.

1. Zürcher Demenzsymposium
Im Juli lud das Gesundheits- und Umweltdepartement unter Federführung der PZZ zum 1. Zürcher Demenzsymposium ein. Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Kantonen und Gemeinden, aber auch Expertinnen und Experten aus der Praxis diskutierten engagiert darüber, was in den letzten sechs Jahren im Rahmen der Nationalen Demenzstrategie für Menschen mit Demenz erreicht wurde und wo es noch Handlungsbedarf gibt. Man war sich einig, dass die Demenzstrategie einen Prozess in Gang gesetzt hat, der nun weitergeführt werden muss.

Nationale Demenzstrategie
Auch bei einem Projekt der Nationalen Demenzstrategie wirkten die PZZ federführend mit. Unter der Leitung von Alzheimer Schweiz bearbeitete eine Arbeitsgruppe die von den PZZ entwickelten Qualitätsparameter Demenz, DemCare©. Diese stehen für eine gute Pflege, Behandlung und Betreuung von Menschen mit Demenz in Langzeitinstitutionen. Die Bearbeitung und Vernehmlassung der Arbeitsgruppe ist abgeschlossen, und Anfang 2020 sollen die Empfehlungen für alle Langzeitinstitutionen in der Schweiz publiziert werden.

Eröffnung Haus B Bombach
Im Berichtsjahr eröffneten die PZZ das Haus B des Pflegezentrums Bombach, ein Haus für Menschen mit Demenz. Es ist das erste Gebäude der PZZ, das nicht mit Umbaumassnahmen auf die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz hin angepasst, sondern von Anfang an dafür konzipiert und gebaut wurde. Es gibt viel Tageslicht, freundliche Farbgebung und ungehinderte, sichere Bewegungsfreiheit im ganzen Haus und im grosszügigen Aussenbereich. Damit konnten die PZZ das spezialisierte Angebot für Menschen mit Demenz weiter ausbauen.

Ausbildung
Die PZZ sind in der Branche der Langzeitpflege und Betreuung einer der grössten Ausbildungsbetriebe. Sie verfügen über Ausbildungsplätze auf Tertiärstufe A (Soziale Arbeit, Physiotherapie und Ergotherapie) und auf Tertiärstufe B (HF Pflege, Aktivierungsfachfrau/-fachmann, Fachfrau/Fachmann Langzeitpflege und Betreuung). Die berufliche Grundbildung bildet Lernende hervorragend für die Pflege aus. Sie wird anzahlmässig dominiert von 190 Lernenden Fachfrau/Fachmann Gesundheit und 45 Lernenden auf Assistenzstufe (eidg. Berufsattest Assistentin/Assistent Gesundheit und Soziales).

Im Herbst 2019 konnten die PZZ alle Ausbildungsplätze für die höhere Fachausbildung Pflege (HF) besetzen. Aktuell befinden sich 128 Studierende in Ausbildung. Die Ausbildungsverpflichtung der Gesundheitsdirektion misst im Jahr 2020 erstmals rückwirkend auf 2019 die Ausbildungsleistung im Pflegebereich. Mit insgesamt 362 Lernenden und Studierenden übertreffen die Pflegezentren die Vorgaben.

Die PZZ entwickeln das Ausbildungsangebot innerhalb ihrer Dienstabteilung weiter. Im Berichtsjahr wurde ein weiterer Ausbildungsschwerpunkt für Psychiatrie und Gerontopsychiatrie für HF-Studierende Pflege ausgearbeitet. Das Pflegezentrum Entlisberg und die Pflegewohngruppen sind hierfür Praxisausbildner. Geplant sind 18 Ausbildungsplätze, die in enger Zusammenarbeit mit internen und externen Partnerorganisationen realisiert werden (z. B. Soziale Einrichtungen und Betriebe der Stadt Zürich und Psychiatrische Poliklinik der Stadt Zürich).

Die Bildungsfachleute und die Fachpersonen auf den Ausbildungsstationen der PZZ garantieren die gute Ausbildungsqualität im Pflegebereich. Ihre Ausbildungstätigkeit wird laufend anspruchsvoller, einerseits bedingt durch die regelmässig stattfindenden Anpassungen der Bildungsverordnungen (z. B. alle fünf Jahre auf EFZ-Stufe), andererseits durch die Anpassungen der gesetzlichen Vorschriften (z. B. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz). Das Praxisfeld der PZZ verändert sich laufend, da die Krankheitsbilder und das soziale Umfeld komplexer werden. Der Ausbildungsbereich der Pflegezentren passt seine Strukturen und Prozesse den sich verändernden Bedingungen fortlaufend an.

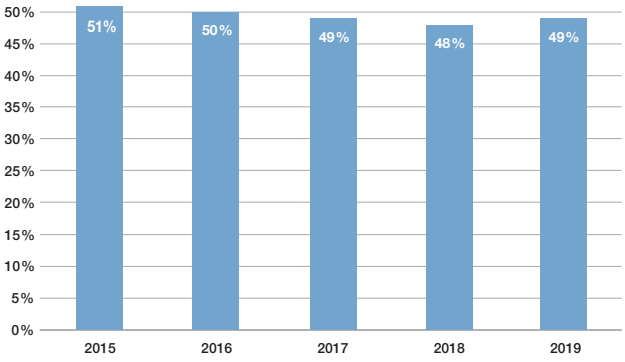
Die Pflegezentren der Stadt Zürich sind einer der grössten Ausbildungsbetriebe in der Langzeitpflege. (Bild: Klaus Andorfer)

4.3.3 Kennzahlen

Pflegezentren der Stadt Zürich	2015	2016	2017	2018	2019
Bewohnerinnen und Bewohner					
Eintritte	1 695	1 741	1 730	1 809	1 823
Austritte	1 739	1 727	1 779	1 821	1 820
davon nach Hause oder in ein Altersheim[1]	843	819	818	818	847
Anzahl Personen per 31.12.	1 532	1 546	1 497	1 485	1 488
davon in Pflegewohngruppen	100	102	102	111	115
Anteil mit Zusatzleistungen zur AHV (in %)	52,8	55,0	55,1	55,6	55,4
Durchschnittsalter	84	84	84	83	84
Anteil Frauen (in %)	70,4	70,9	70,0	69,6	70,1
Pflegestufen					
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 0 (in %)	–	–	–	0,0	0,0
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 1 (in %)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 2 (in %)	5,9	5,1	4,3	3,6	2,5
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 3 (in %)	0,8	0,6	0,6	0,5	0,4
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 4 (in %)	6,5	5,9	6,4	6,1	4,6
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 5 (in %)	13,1	12,3	11,4	10,9	10,3
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 6 (in %)	3,8	3,4	3,1	3,4	4,0
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 7 (in %)	29,4	31,1	32,5	30,2	30,0
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 8 (in %)	14,9	15,5	14,0	14,9	15,1
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 9 (in %)	20,1	20,1	21,7	23,8	26,8
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 10 (in %)	1,1	1,1	0,9	0,6	0,5
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 11 (in %)	3,2	3,5	3,3	4,1	3,8
Anzahl Pflegetage in Pflegestufe 12 (in %)	1,0	1,3	1,4	1,7	1,7
Anzahl Pflegetage in Abklärung Pflegestufe (in %)	0,1	0,1	0,3	0,2	0,1
Verrechnete Aufenthaltstage					
Pflegezentren (stationär)	560 054	561 267	547 114	545 828	534 297
Tageszentren (ambulant)	6 677	7 760	8 425	8 946	7 894
Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen am 31.12.	972	1 007	1 033	1 010	894
Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen aller Ausgetretenen zwischen 1.1. – 31.12.[1]	375	306	343	362	268
Auslastung					
Platzangebot per 31.12.					
Betten in Pflegezentren (stationär)	1 616	1 585	1 558	1 559	1 545
Plätze in Tageszentren (ambulant)	33	48	59	59	53
Auslastung in % (stationär)	**94,7**	**96,6**	**94,8**	**95,9**	**94,5**

[1] Ohne Ferienaufenthalte.

Austritte in ein bisheriges oder neues altersgerechtes Zuhause



Kommentar zu den Kennzahlen
Der Bettenbestand per Ende Jahr beträgt 1545 Betten, der durchschnittliche Bettenbestand des Jahres 2019 beträgt 1548 Betten. Die Anzahl der verrechneten Pflegetage ist mit 534 297 um 2,1 % tiefer als im Vorjahr, die Auslastung beträgt 94,5 %. Der Anteil der Personen, die nach Hause zurückkehrten oder in ein Altersheim eintraten, beträgt 49 %. Die Pflegezentren verzeichnen mit 1 823 Eintritten im Jahr 2019 erneut einen Rekordwert an Eintritten.

4.4 Städtische Gesundheitsdienste

4.4.1 Aufgaben

Im Stadtärztlichen Dienst mit den Medizinisch-Sozialen Ambulatorien Kanonengasse und Crossline/Lifeline, der Psychiatrischen Poliklinik und der Suchtfachklinik Zürich bieten die Städtischen Gesundheitsdienste (SGD) medizinische Leistungen für Menschen in schwierigen Lebenssituationen an. Die SGD setzen sich zudem für die Prävention und die Gesundheitsförderung in der Stadt Zürich ein. Ferner bearbeiten sie Fragen und Gesuche zur sozialen Krankenversicherung und zur individuellen Prämienverbilligung. Gemeinsam mit mehreren Spitex-Organisationen sorgen die SGD für eine optimale Unterstützung und Pflege zu Hause. Der Geschäftsbereich Alter unterstützt mit der Beratungsstelle Wohnen im Alter und der Fachstelle für präventive Beratung im Alter ältere Menschen bei Fragen zur Wohn- und Lebenssituation wie auch zu Gesundheitsthemen.

4.4.2 Jahresschwerpunkte

– Suchtfachklinik Zürich: Umzug und Neupositionierung
– Präventionsmassnahmen: Public Health
– Cannabisprojekt: Aktueller Stand

Suchtfachklinik Zürich – neuer Name, neuer Standort, neues Behandlungskonzept
Das Berichtsjahr stand im Zeichen des Umzugs der Suchtbehandlung Frankental, die in den letzten 35 Jahren in der Villa Simmen in Höngg zu Hause war. Am 15. Oktober 2019 erfolgte der Neustart als Suchtfachklinik Zürich an der Emil-Klöti-Strasse.

Das denkmalgeschützte Gebäude der Villa Simmen wies mit der Zeit erhebliche bauliche Mängel auf. Eine Instandsetzung und Anpassung an heutige betriebliche Anforderungen für die zeitgemässe Suchtbehandlung war nicht optimal umsetzbar. Ein alternativer Standort wurde im ehemaligen Gebäude des Schulungszentrums für Gesundheit der Stadt Zürich gefunden. Mit der Instandsetzung des Gebäudekomplexes am Käferberg hat die Stadt Zürich ideale Voraussetzungen geschaffen, um den seit Langem bestehenden kantonalen Leistungsauftrag der Gesundheitsdirektion Kanton Zürich weiterhin zu erfüllen. In einer zeitgemässen Infrastruktur mit behindertengerechten Räumlichkeiten und mit modernen Konzepten wird der kantonale Auftrag für die stationäre Behandlung von substanzgebundenen Abhängigkeitserkrankungen ausgeführt. Mit dem Einzug am neuen Standort wurde gleichzeitig die ehemalige Suchtbehandlung Frankental in Suchtfachklinik Zürich umbenannt. Die Suchtfachklinik Zürich bietet neu 31 Betten (bisher 24 Betten in der Suchtbehandlung Frankental) für die stationäre Behandlung und ein Überwachungszimmer an. Neun zusätzliche Plätze bestehen weiterhin in der Integrationswohngruppe. Zudem können 20 bis 30 ambulante Patientinnen und Patienten empfangen und bei Bedarf tagesklinisch behandelt werden.

Als Anlaufstelle für Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung führt die Suchtfachklinik Zürich die Suchtbehandlung im Kanton Zürich in die Zukunft. Das neue klinische Behandlungs- und Betriebskonzept beinhaltet stationäre, teilstationäre und ambulante Elemente und ermöglicht eine individuelle Behandlung, Betreuung und Förderung durch multiprofessionelle Teams. Entzugs- und Entwöhnungsprogramme sowie ambulante Therapien werden durch anschliessende sozialtherapeutische Behandlungsformen mit weitreichenden Integrationsangeboten ergänzt.

Die neue Suchtfachklinik Zürich an der Emil-Klöti-Strasse. (Bild: Ueli Steingruber)

Massnahmen im Bereich der allgemeinen Gesundheitsvorsorge und Prävention (Public Health)

Unterstützung der Bevölkerung bei Hitzewellen

Erfahrungen aus den vergangenen Jahren haben gezeigt, dass Hitzeereignisse ein Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung sind. Besonders für alte Menschen kann Hitze lebensbedrohlich sein. Insbesondere für die bessere Betreuung von älteren, alleinlebenden Menschen haben die SGD im Jahr 2019 erstmals ein Hitze-Telefon eingerichtet und über die Informationsplattform von «Züri60Plus» betrieben. Ausgebildete Fachleute aus Sozialberatung, Pflege und Medizin standen Anrufenden beratend zur Seite. Betroffene, Angehörige und andere Personen im Umfeld von älteren Menschen konnten durch gezielte Information und Beratung unterstützt werden. Ergänzend wurden kostenlose Hausbesuche angeboten. Das neue Angebot wurde von der Bevölkerung gut angenommen und besonders während der beiden Hitzewochen im Juni und Juli rege genutzt. Insgesamt wurden 172 Anrufe verzeichnet. Im Einführungsjahr sind keine Hausbesuche erfolgt. Das Hitze-Telefon wird im Sommer 2020 fortgesetzt. Um die breite Bevölkerung zum Thema Hitze zusätzlich zu sensibilisieren, wurde eine neue städtische Website (www.stadt-zuerich.ch/hitze) mit Tipps für Jung und Alt erstellt.

Einsatz der neuen Fachgruppe Pandemie

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 1086 vom 12. Dezember 2018 wurde eine neue Rechtsgrundlage zur städtischen Pandemievorsorgeplanung geschaffen. Unter anderem wurde der bisherige Pandemiestab GUD aufgehoben und durch die Fachgruppe Pandemie ersetzt. Diese besteht aus Vertreterinnen und Verantwortlichen aus verschiedenen städtischen Verwaltungseinheiten. Die Projektgruppe unter der Leitung der SGD bearbeitet sämtliche Themenbereiche zur allgemeinen wie auch betrieblichen Pandemievorsorgeplanung und soll im Jahr 2020 abgeschlossen werden.

Pilotprojekt Saisonale Grippeimpfung für städtische Mitarbeitende

Im Rahmen eines Pilotprojekts wurde im November 2019 die für Mitarbeitende kostenlose saisonale Grippeimpfung erstmals in Zusammenarbeit mit dem Apothekennetz Zürich angeboten. Grund für dieses Pilotprojekt war die konstante Abnahme von Impfungen in den Amtshäusern. Durch das neue Angebot erhöht sich die Flexibilität für die Mitarbeitenden, sich in Impfapotheken zu einem individuell gewählten Termin impfen zu lassen. Durch das neue Angebot konnte die Impfquote 2019 gegenüber 2018 um insgesamt 38 % gesteigert werden. Aufgrund dieses positiven Ergebnisses wird das Pilotprojekt ab 2020 in den Regelbetrieb überführt.

Gesundheitsversorgung von vulnerablen Personengruppen

Die Sprechstunden der Medizinisch-Sozialen Ambulatorien ermöglichen marginalisierten Personen einen niederschwelligen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Insbesondere in der gynäkologischen Sprechstunde des Ambulatoriums Kanonengasse ist eine jährlich zunehmende Nachfrage zu verzeichnen. Auch die Nachfrage an präventiver, gesundheitlicher Beratung ist markant angestiegen und brachte die Pflegefachfrauen des Behandlungsteams an ihre Kapazitätsgrenzen. Um diesen Bedarf zu decken, müsste die ärztliche Sprechstunde um einen Wochentag ausgebaut werden.

Das Ambulatorium Kanonengasse vertreibt HIV- und Hepatitis-Präventionsmaterial. Die Abgabe erfolgt an verschiedene städtische und kantonale Institutionen sowie an die eigenen Patientinnen und Patienten und wird durch den Betrieb von neun Spritzenset-Automaten auf Stadtgebiet ergänzt. Die bereits erfolgte Kürzung des kantonalen Beitrags für das Ambulatorium Kanonengasse gefährdet dieses wichtige Angebot für die öffentliche Gesundheit.

Cannabisprojekt: Aktueller Stand

Zurzeit wird die Gesetzesänderung betreffend Cannabis auf Bundesebene beraten. Anfang 2019 hat der Bundesrat dem Parlament die Botschaft für die gesetzliche Grundlage hinsichtlich Pilotversuchen mit Cannabis überwiesen. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) ist im Frühling 2019 auf die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes eingetreten. An der Juli-Sitzung führte sie die Detailberatung durch. Mit Stichentscheid des Präsidenten hat die SGK-NR im Herbst einen Nichteintretensentscheid beschlossen. Ende 2019 hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, auf eine entsprechende Gesetzesvorlage einzutreten. Das Geschäft geht somit wieder zurück in die Gesundheitskommission.

4.4.3 Kennzahlen

Spitex Zürich	2015	2016	2017	2018	2019*
Verrechnete Stunden	**764498**	**768743**	**782067**	**803660**	**811412**
KLV-Stunden (pflegerische Leistungen)	471982	487060	511066	528657	539164
AÜP-Stunden (Akut- und Übergangspflege)	907	1031	779	985	397
N-KLV-Stunden (hauswirtschaftliche Leistungen)	291609	280652	270222	274018	271851
Kundinnen/Kunden	**9680**	**9680**	**9662**	**9768**	**9725**
unter 65 Jahre	2225	2251	2342	2352	2412
65–79 Jahre	2655	2672	2644	2709	2676
80 Jahre und älter	4800	4757	4676	4707	4637
Frauen (in %)	68	67	67	67	66

kispex[1]	2015	2016	2017	2018	2019
KLV-Stunden	17945	16836	13 920	14842	15152
Anzahl Kinder	52	63	69	69	70

Städtische Beiträge (in Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019*
Spitex Zürich (Pflege und Hauswirtschaft)	49463338	52695683	55039311	58340648	61507701
kispex (Pflege)	1371581	1322203	1097439	882484	864257
Kommerzielle (Pflege)[2]	6649958	6252671	8850814	8292876	10361795
Freiberufliche (Pflege)[3]	1389252	1626590	1746411	2081113	2149108
Auswärtige[4]	93911	96294	138297	128220	146401
Total	58968041	61993440	66872272	69725340	75029262

Gesamter Spitex-KLV-Markt in der Stadt Zürich 2019	Spitex Zürich	kispex	Kommerzielle	Freiberufliche	Auswärtige
Anzahl Kundinnen und Kunden	7548	70	1881	955	186
Kundinnen/Kunden (in %) des Spitex-KLV-Marktes	70,9	0,7	17,7	9	1,7
Anzahl Stunden	539164	15152	359230	51521	4079
Stunden (in %) des Spitex-KLV-Marktes	55,6	1,6	37,1	5,3	0,4
Anzahl Stunden pro Kundin und Kunde	71,4	216,5	191	53,9	21,9

Definitionen:
* Zahlen gemäss Jahresabschluss einschliesslich Abgrenzungen, effektive Stunden/Beiträge im Folgejahr.
[1] kispex = Kinder-Spitex des Kantons Zürich.
[2] Kommerzielle = Spitex-Organisationen ohne kommunalen Leistungsauftrag.
[3] Freiberufliche = selbstständig tätige Pflegefachpersonen.
[4] Auswärtige = Personen mit Wohnsitz in der Stadt Zürich, die ausserhalb betreut werden.

Kommentar zu den Kennzahlen
Durch das Stundenwachstum bei den pflegerischen Leistungen resultierte sowohl bei den Vertragspartnern wie auch bei den nicht beauftragten Leistungserbringern (Kommerzielle und Freiberufliche) eine Zunahme der städtischen Beiträge. Die prozentual starke Zunahme der städtischen Beiträge an kommerzielle Leistungserbringer beruht zudem auf höheren Normdefiziten, welche von der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich festgelegt werden.

Beratungsstelle Wohnen im Alter	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl telefonische Anfragen	15813	15543	15967	15231	15578
Anzahl Besprechungen	2539	2587	3014	2727	2799
Anzahl kundenbezogene E-Mails	5991	6078	6093	5973	6075

Fachstelle für präventive Beratung im Alter	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Kundinnen und Kunden	989	1147	1103	1187	1381
davon Frauen (in %)	65	61	63	62	61
Anzahl Hausbesuche	632	1003	1013	1007	1256
Anzahl Telefonberatungen	1342	1685	1866	2123	2366
Beratungen pro Kundin und Kunde	2	2,3	2,6	2,6	2,6

Krankenversicherung

Prämienverbilligung	2015	2016	2017	2018	2019
Berechtigte	123014	127437	114019	99229	100371
Kinder bis 18 Jahre	29144	29852	26862	26326	26902
Junge Erwachsene 19–25 Jahre	17309	17377	16671	15976	16229
Erwachsene 26 Jahre und älter	76561	80208	70486	56927	57240
Gesuche von Zuziehenden	5932	6614	6693	5392	5289
Anspruchskorrekturen wegen veränderter Verhältnisse	10826	11271	10221	9979	10611

Suchtbehandlung Frankental*

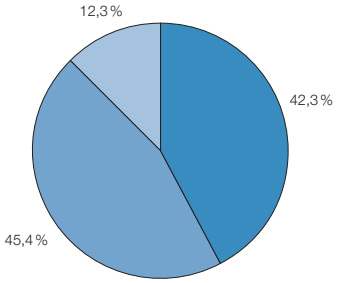
Klinische Behandlungen	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Eintritte	135	156	171	163	146
Bettenbelegung (in %)	83	88	89	99	87
Aufenthalt in Tagen (Ø)	27	25	23	27	25

*ab 15. Oktober 2019 Suchtfachklinik Zürich.

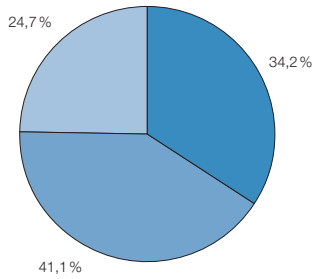
Sozialtherapeutische Behandlungen	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Eintritte	29	16	14	12	14
Bettenbelegung (in %)	72	74	80	74	76
Aufenthalt in Tagen (Ø)	233	345	294	284	239

Herkunft der KlientInnen und PatientInnen der Suchtbehandlung Frankental

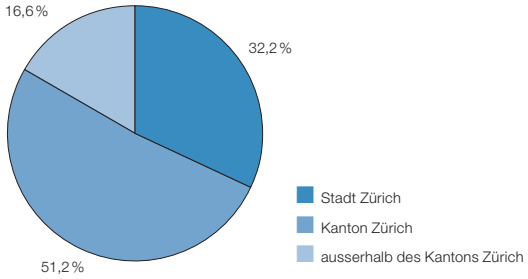
Entzug & Intervention



Stationäre Therapie



Integration



Ambulatorium Kanonengasse

	2015	2016	2017	2018	2019
Ambulante Konsultationen nach Angebot	11 363	13 744	14 221	14 768	13 759
allgemeinmedizinische Konsultationen	8 235	10 317	11 377	11 785	10 256
gynäkologische Konsultationen	2 084	2 343	1 837	1 874	2 229
zahnärztliche Konsultationen	1 044	1 084	1 007	1 109	1 274
Patientinnen und Patienten ganzes Ambulatorium	3 376	3 106	2 995	2 242*	2 578
davon Frauen (in %)	42	47	53	52	58
Patientinnen und Patienten im Methadonprogramm (Stichtag 31.12.)	65	60	58	62	68

* Die Zählweise der PatientInnen enthielt bis und mit 2017 Redundanzen, die ab 2018 ausgemerzt wurden. Die Abnahme der Patientenzahl von 2017 zu 2018 betrug effektiv nur 12 %.

Vertrieb Präventionsmaterial

(in Stückzahl)	2015	2016	2017	2018	2019
Spritzen	330 600	384 600	495 600	420 600	455 600
Nadeln	542 400	514 300	658 200	610 200	745 800
Sets im Automatenverkauf	24 247	26 010	17 393	16 988	15 648
Kondome (Zahlen wurden erst ab 2016 erfasst)		265 700	301 100	307 550	263 550

Das Präventionsmaterial wird an diverse Institutionen in der Stadt und im Kanton Zürich sowie auch an die KlientInnen des Ambulatoriums Kanonengasse verteilt.

Ambulatorien Crossline und Lifeline

	2015	2016	2017	2018	2019
Total Behandlungstage	63 717	64 112	63 977	61 022	61 244
davon heroingestützte Behandlungstage	44 950	42 746	42 723	38 299	36 303
davon übrige opioidgestützte Behandlungstage	18 767	21 366	21 254	22 723	24 941
(Methadon, Buprenorphin, retardiertes Morphin)	–	–	–	–	–
Anzahl behandelte Patientinnen und Patienten	**205**	**210**	**212**	**202**	**212**

Psychiatrische Poliklinik

	2015	2016	2017	2018	2019
Patientinnen und Patienten	1642	1971	2065	2295	2432
davon Frauen (in %)	45	48	45	45	46
Neue Patientinnen und Patienten	728	1013	1060	1226	1335
Patientinnen und Patienten von					
Soziale Dienste	813	842	841	751	706
Soziale Einrichtungen und Betriebe	158	161	143	157	167
Stadtspital Waid	219	247	237	228	291
Stadtspital Triemli	117	364	369	556	565
andere (einschliesslich Suchtfachstelle Zürich)	340	357	475	603	703
Total Konsultationen	7266	7527	7337	7648	7972
Versäumte Sitzungen	2068	1846	1641	1774	1669

Team Kompass	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Patientinnen und Patienten	479	504	534	552	599
Anzahl mobile Interventionen/Hausbesuche	304	516	532	496	626
Anzahl ambulante Gespräche	368	600	526	457	567
3 wichtigste Zuweisergruppen Berichtsjahr (Anzahl Zuweisungen)	KlientInnen (97), Angehörige/Laien (61), KESB (55)				

Anlaufstelle des Stadtärztlichen Dienstes

	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Meldungen	913	826	732	595	570
PZZ (Zielperson über 65 Jahre)	295	258	187	159	176
SAD (Zielperson unter 65 Jahre)	618	568	545	436	394
Interventionen SAD					
Hausbesuche	100	146	129	100	96
Fürsorgerische Unterbringung (FU)	13	16	7	3	4
telefonische Interventionen	215	159	220	162	66
andere Art der Interventionen (Gutachten usw.)	246	221	168	126	165
kein Handlungsbedarf	44	26	21	45	63

4.5 Alterszentren

4.5.1 Aufgaben

In 23 Zentren, darunter in drei spezialisierten Häusern, bieten die Alterszentren der Stadt Zürich (ASZ) hochaltrigen Menschen im 4. Lebensalter Sicherheit, Gemeinschaft, Privatsphäre und Lebensqualität. An erster Stelle steht die grösstmögliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner, genauso wie die Förderung und Erhaltung der körperlichen und geistigen Gesundheit. Dafür stehen vielseitige Dienstleistungen und individuell wählbare Aktivitäten zur Verfügung. Mit sozialen Aktivitäten und quartierbezogenen Angeboten können Begegnungen zwischen Jung und Alt gepflegt und so Einsamkeit und Isolation entgegengewirkt werden. Die Alterszentren bieten dort Hilfe und Entlastung von Alltagsaufgaben, wo sie gewünscht werden, und gewährleisten bei Bedarf eine fachgerechte Betreuung und professionelle Pflege. Seit Anfang der 1990er-Jahre gehört die Pflege bis ans Lebensende zum Auftrag der Alterszentren. Damit wird sichergestellt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner auch bei einem erhöhten Betreuungs- und Pflegebedarf, wenn immer möglich, in ihrem vertrauten Umfeld bleiben können und damit eine gute Lebensqualität bis ans Lebensende erwarten dürfen.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

- Generationenübergreifende Projekte: Studentisches Wohnen, Freiwilligenarbeit
- Digitalisierung: Software für Gastronomie, Aktivierungstische für an Demenz erkrankte Menschen
- Zufriedenheitsbefragung: stabil, hohe Werte
- Bautätigkeiten: Bezug AZ Trotte, Umzug AZ Mathysweg
- Aus- und Weiterbildung: Trainingsraum zur Fehlererkennung, Sensibilisierung sexuelle Belästigung

Generationenübergreifende Projekte
Der Kontakt zwischen Generationen und ein unvoreingenommener Umgang miteinander ist bei ASZ durch ihre offenen Häuser selbstverständlich. Sämtliche Restaurants sind für die Quartierbevölkerung öffentlich zugänglich und werden gerne besucht. Einige Häuser bieten ausserdem Mittagstische für Schülerinnen und Schüler an.

Neu kam im Berichtsjahr das Pilotprojekt «Studentisches Wohnen» hinzu. In zwei Alterszentren der Stadt Zürich wohnen seit Herbst 2019 sechs Studierende in ehemaligen Personalwohnungen. Indem sie Einsätze für die Bewohnerinnen und Bewohner leisten, können die Studierenden ihre Miete reduzieren. So können Jung und Alt in einem Alterszentrum unter einem Dach wohnen. Mit den Studierenden wird die Nachbarschaftshilfe in den Alterszentren gelebt. Sie helfen den Bewohnerinnen und Bewohnern bei Computerproblemen, organisieren Lesekreise, Spiel- oder Kochabende. Wünscht jemand eine Begleitung für eine Theater- oder Konzertaufführung, können die Studierenden angefragt werden – die Möglichkeiten sind zahlreich.

ASZ verfolgt die Vision einer solidarischen Gesellschaft, die durch freiwilliges und ehrenamtliches Engagement einen wichtigen Beitrag zur Wohn- und Lebensqualität von hochaltrigen Bewohnerinnen und Bewohnern leistet. Das überarbeitete Konzept für die Freiwilligenarbeit bei ASZ, das seit Mitte 2019 umgesetzt wird, sieht eine bessere Vernetzung mit den lokalen Quartierorganisationen vor und lädt neue Freiwillige ein, durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit in einem Alterszentrum einen generationenübergreifenden, sozialen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Es stehen künftig vermehrt die besonderen Interessen, Kompetenzen und Fähigkeiten der Freiwilligen im Zentrum mit dem Ziel, den Zugang zu jüngeren Menschen zu öffnen. Das neue Konzept unterstützt einen partizipativen Gedanken und die Botschaft, dass Freiwilligenarbeit Spass macht, Sinn stiftet, Kontakte mit anderen Menschen ermöglicht und individuelle Weiterentwicklung gewährleistet.

Digitalisierung
Der fortschreitenden Digitalisierung wird auch bei den Alterszentren der Stadt Zürich Rechnung getragen.

Mit «Pauli's Kitchen Solution» wurde eine neue Software in den Küchen der Alterszentren eingeführt und geschult. Die Software erleichtert zahlreiche Vorgänge wie beispielsweise die Verwaltung von Rezepten, die Menükalkulation oder die Erstellung von Menüplänen. Zudem ist sie an die Einkaufsplattform «Hogashop» der Stadt angebunden, wodurch weitere Vorteile entstehen (z. B. beim Einkauf, bei der Budgetierung oder der Inventur).

Um den heutigen Bedürfnissen nach Internet-Zugang vermehrt nachzukommen, werden in einer ersten Phase die öffentlich zugänglichen Bereiche wie Restaurant/Cafeteria, Mehrzweckräume usw. mit einem zeitgemässen, stabilen und sicheren WLAN ausgestattet.

Als innovative Aktivierungshilfe verfügen die ASZ nach einer Pilotphase seit Dezember 2019 über vier DeBeleefTV-Aktivierungstische. Diese interaktiven Tische ermöglichen durch vielfältige Programme auf digitaler Basis eine spielerische Auseinandersetzung und Verbindung von Hochaltrigen oder Menschen mit Demenz mit ihrer Aussenwelt. Sie werden vor allem in der Tagesbetreuung eingesetzt und können von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Pflege aufgrund ihres intuitiven Aufbaus einfach in den Alltag integriert werden. Für fragile oder an Demenz erkrankte Bewohnerinnen und Bewohner ist der Aktivierungstisch eine unkomplizierte, leicht zugängliche und spielerische Erfahrung.

Die spielerische Auseinandersetzung mit dem DeBeleefTV bringt den Beteiligten schöne Erfahrungen. (Bild: Marco Vannotti)

Stürze sind im Alter ein allgegenwärtiges Thema und können gravierende Folgen haben. So ist die Sturzprävention ein wichtiges Thema für ASZ. Diverse Alterszentren, so auch das neu eröffnete Alterszentrum Trotte, haben Trainingsgeräte «Dividat Senso» angeschafft. Das Training mit den verschiedenen Geräten unterstützt die Bewegungskoordination, geistige Flexibilität und Konzentration.

Zufriedenheitsbefragung
Die unabhängige Zufriedenheitsbefragung vom Zentrum für Gerontologie der Universität Zürich im Berichtsjahr zeigte, dass die Bewohnerinnen und Bewohner gerne in den städtischen Alterszentren leben. Bei allen Angeboten und Dienstleistungen sowie Fragen rund ums Leben im Alterszentrum zeigen sich hohe bis sehr hohe Zufriedenheitswerte. Zentral dafür ist der wertschätzende Kontakt mit den Mitarbeitenden. So gaben beispielsweise 90,3 % der Bewohnerinnen und Bewohner an, dass sie von den Mitarbeitenden stets mit Respekt und Würde behandelt werden, und 91,8 % sagten aus, dass ihre Privatsphäre gewahrt werde. Im Vergleich zur Erhebung 2016 sind die erreichten Zufriedenheitswerte weiter angestiegen oder stabil geblieben.

Bautätigkeit
Anfang Mai 2019 wurde das Alterszentrum Trotte in Zürich-Wipkingen fertiggestellt und bezogen. Das Haus ist sowohl im baulichen als auch im betrieblichen Sinne zeitgemäss konzipiert und bietet eine hohe Aufenthaltsqualität und attraktiven Raum für Begegnungen. Ein öffentliches Restaurant und der grosszügig angelegte Garten schaffen für das Quartier einen Mehrwert. Der Neubau umfasst 85 Einzelzimmer- und 4 Zweizimmer-Appartements. Speziell ist u. a. der sogenannte Snoezelenraum, ein Raum zum Kuscheln und Dösen, in dem bequem liegend oder sitzend, umgeben von leisen Klängen und Melodien, Lichteffekte betrachtet werden. Der Aufenthalt in diesem Raum soll auf Menschen mit Demenz je nach Bedarf beruhigend oder aktivierend wirken. Der Neubau des Alterszentrums Trotte leistet auch einen wichtigen Beitrag zu den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft. Als Wärmequelle für die Heizung dient ein Erdsondenfeld, das im Gegenzug während sommerlicher Hitzeperioden für eine sanfte Kühlung des Gebäudes sorgt.

Im Juli 2019 fand der Umzug der Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Alterszentrum Mathysweg in das temporäre Alterszentrum Triemli statt. Der Start des Ersatzneubaus ist erfolgt. Das in Albisrieden gelegene Alterszentrum wird nach dem Bezug des Neubaus Wohnraum für 121 Bewohnerinnen und Bewohner bieten sowie vielfältige Begegnungsorte für Jung und Alt. Der Bezug des neuen Alterszentrums ist für Ende 2022 vorgesehen.

Das neu eröffnete Alterszentrum Trotte in Zürich-Wipkingen. (Bild: Birgit Groh)

Aus- und Weiterbildungsschwerpunkte
Eine Arbeitsgruppe aus dem Bereich Betreuung und Pflege hat in den Zentren Bürgerasyl Pfrundhaus und Mathysweg während je zweier Wochen zwei sogenannte «Rooms of Horror» von der Stiftung Patientensicherheit eingerichtet und betreut. Der «Room of Horror» ist ein Trainingsraum, in dem Pflegende und Betreuende das Erkennen von Fehlern und Risiken in der täglichen Arbeit üben, mit dem Ziel, die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern. Die Mitarbeitenden aus verschiedenen Bereichen haben die spielerische Auseinandersetzung mit Fehlern und Risiken sehr geschätzt. Mit der Teilnahme an der Aktion der Stiftung Patientensicherheit hat ASZ mit einem neuen, interessanten Instrument experimentiert.

Im September des Berichtjahres führte die ASZ gemeinsam mit der Fachstelle für Gleichstellung und dem Forumtheater «Reactor» zwei Workshops zum Thema «Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz» durch. Ziel des Workshops war, die Aufgaben und Pflichten der Führung rund um die Thematik der sexuellen und sexistischen Belästigungen zu sensibilisieren.

Im Berichtsjahr haben 81 Lernende das Qualifikationsverfahren erfolgreich bestanden. Davon schloss eine Assistentin Gesundheit und Soziales EBA als Kantonsbeste ab. Im Sommer starteten 215 Lernende bei ASZ in ein neues Lehrjahr in zehn verschiedenen Berufen.

4.5.3 Kennzahlen

Alterszentren Stadt Zürich	2015	2016	2017	2018	2019
Bewohnerinnen und Bewohner					
Eintritte	430	396	375	367	403
davon Eintritte AZ Standard	395	364	351	341	383
davon Eintritte AZ mit spezieller Ausrichtung	35	32	24	26	20
Übertritte innerhalb Alterszentren Stadt Zürich	19	52	27	29	25
Austritte	469	435	434	414	420
davon Austritte AZ Standard	430	416	407	388	396
davon Austritte AZ mit spezieller Ausrichtung	39	19	27	26	24
Eintritte temporäre Gäste	64	66	89	81	88
Austritte temporäre Gäste	71	70	82	60	76
Anzahl Personen per 31.12.	1910	1872	1828	1782	1765
Anteil mit Zusatzleistungen zur AHV (in %)	52,1	54,0	54,2	56,4	56,0
Durchschnittsalter	87,3	87,2	87,4	87,4	87,2
Anteil Frauen (in %)	74,3	75,1	75,4	75,0	74,6
Pflegebedürftigkeit					
Anteil Personen BESA 0 (in %)	33,0	32,1	32,1	29,5	29,0
Anteil Personen BESA 1 (in %)	18,6	18,8	18,0	18,7	18,7
Anteil Personen BESA 2 (in %)	14,5	14,2	14,6	14,1	15,1
Anteil Personen BESA 3 (in %)	8,2	8,1	8,6	9,7	9,0
Anteil Personen BESA 4 (in %)	6,6	6,4	6,5	7,7	7,0
Anteil Personen BESA 5 (in %)	5,8	5,6	5,2	6,0	6,5
Anteil Personen BESA 6 (in %)	4,2	5,3	4,9	4,9	4,9
Anteil Personen BESA 7 (in %)	3,4	3,4	3,4	3,5	4,2
Anteil Personen BESA 8 (in %)	2,8	2,8	3,1	3,0	2,7
Anteil Personen BESA 9 (in %)	1,7	1,8	1,7	1,6	1,7
Anteil Personen BESA 10 (in %)	0,8	1,1	1,2	0,9	0,9
Anteil Personen BESA 11 (in %)	0,3	0,3	0,4	0,3	0,2
Anteil Personen BESA 12 (in %)	0,1	0,1	0,3	0,2	0,1
Verrechnete Aufenthaltstage / Aufenthaltsdauer					
Total verrechnete Aufenthaltstage	720146	718736	696525	682190	665981
davon AZ Standard	686192	683903	659761	644674	630467
davon AZ mit spezieller Ausrichtung	29541	31057	32751	32520	31992
davon temporäre Gäste	4413	3776	4013	4996	3522
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren	4,7	4,3	4,5	5,2	4,6
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer temporär in Wochen	4,8	7,8	5,3	4,3	4,8
Platzangebot und Auslastung					
Platzangebot in Betten per 31.12.	2135	2052	1990	1964	1968
davon AZ Standard	2023	1940	1878	1852	1856
davon AZ mit spezieller Ausrichtung	112	112	112	112	112
Total Auslastung (in %)	**93,6**	**94,3**	**94,6**	**95,2**	**93,2**

4.6 Umwelt- und Gesundheitsschutz

4.6.1 Aufgaben

Der Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) fördert den Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschutz sowie Energieeffizienz und erneuerbare Energien in der Stadt Zürich. Er orientiert sich an den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft und leitet die stadtweite 2000-Watt-Organisation.

Der UGZ hat in der Stadtverwaltung eine führende Rolle bei den Themen Umwelt, Klima, Energie und Gesundheitsschutz und sorgt für den Vollzug von übergeordnetem Umweltrecht, so zum Beispiel in den Bereichen Luftreinhaltung und Lärmschutz. Ebenfalls zu seinem Aufgabengebiet gehören die Lebensmittelkontrolle, die Schlachttier- und Fleischuntersuchung im Schlachthof sowie der Betrieb öffentlicher Toiletten. Bei Bauvorhaben bietet er Beratungen an in den Bereichen Umwelt, Klima, Energie, Gesundheitsschutz und Behindertengleichstellung. Er kontrolliert und begleitet Gebäudeschadstoffsanierungen. Zuhanden der Behörden übernimmt der UGZ Controllingaufgaben in den Bereichen Energieeinsatz, Umwelt- und Gesundheitsschutz.

4.6.2 Jahresschwerpunkte und Kennzahlen

- 2000-Watt-Gesellschaft: Verstärkung Klimaschutz und Szenarien für Netto-Null Treibhausgase
- Lärmschutz: Erarbeitung Lärmschutzstrategie
- Nachhaltige Ernährung: Finalisierung und Verabschiedung Strategie nachhaltige Ernährung
- Klimaanpassung: Co-Leitung der Fachplanung Hitzeminderung und Koordination der Umsetzungsagenda

2000-Watt-Gesellschaft: Verstärkung Klimaschutz und Szenarien für Netto-Null Treibhausgase
In seiner Petitionsantwort zuhanden der Klimastreikenden hat sich der Stadtrat im Mai 2019 dafür ausgesprochen, verstärkende Klimaschutzmassnahmen zu prüfen: Anschubprogramm für den Ersatz fossil betriebener Heizungen, Ausbau von Energieverbunden, Umstellung stadteigener Fahrzeugflotte auf alternative Antriebe, klimafreundlichere Beschaffung, klimafreundlichere Verpflegung in städtischen Betrieben und Bildung eines Klimaforums. Auch die Klimaschutzkommunikation wurde verstärkt: z. B. Online-2000-Watt-Rechner, Quartierkarten der Möglichkeiten, Klimahelden-Plakate, Sonderbeilage in den Quartierzeitungen, Climathon, Medienarbeit zur Energie- und Treibhausgasstatistik sowie diverse Informationsveranstaltungen.

Für die Beantwortung der Motion und der zwei Postulate zur Forderung Netto-Null CO_2 bis 2030 starteten die Arbeiten für die Entwicklung von Dekarbonisierungsszenarien für die Jahre 2030, 2040 und 2050. Die Szenarien-Analyse wird aufzeigen, ob und in welchem Zeitraum, innerhalb welcher Systemgrenzen, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchem Nutzen und Kosten ein verschärftes Klimaziel umsetzbar ist.

Die Lebensqualität in der Stadt Zürich heute und in Zukunft sichern: Der UGZ setzt sich für den Umwelt- und Klimaschutz im urbanen Umfeld ein. (Bild: Markus Weber)

Lärmschutzstrategie
Der UGZ hat in Zusammenarbeit mit anderen Dienstabteilungen eine umfassende und langfristig ausgerichtete Lärmschutzstrategie erarbeitet. Sie fördert die Gesundheit und die Lebensqualität der Bevölkerung sowie die Standortattraktivität der Stadt Zürich. Der Strassenverkehrslärm soll primär an der Quelle reduziert und Synergien zwischen der Verkehrs- und Siedlungsplanung genutzt werden. Der UGZ strebt eine frühzeitige und durchgängige Abstimmung der Lärmschutzanliegen über alle Planungs- und Projektierungsprozesse an. Beim Alltagslärm geht es darum, zwischen Ruhebedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner und einer lebendigen Stadt abzuwägen. Dazu braucht es partnerschaftliche und pragmatische Ansätze sowie die Sensibilisierung aller Anspruchsgruppen. Die Lärmschutzstrategie wird voraussichtlich Anfang 2020 dem Stadtrat vorgelegt.

Strategie nachhaltige Ernährung Stadt Zürich
Im Juli 2019 hat der Stadtrat die Strategie nachhaltige Ernährung Stadt Zürich verabschiedet. Sie wurde unter Leitung des UGZ dienstabteilungsübergreifend und im Austausch mit externen Stakeholdern erarbeitet. Die Strategie versteht Nachhaltigkeit als mehrdimensionale Herausforderung: Nachhaltige Lebensmittel sind nicht nur umweltverträglich und gesund, sondern werden auch ethisch verantwortungsvoll hergestellt, ohne die Wirtschaftlichkeit zu vernachlässigen. Dabei liegt der Blick auf der gesamten Wertschöpfungskette – vom Feld bis zum Teller und zur Entsorgung. Um eine möglichst grosse Wirkung zu erzielen, sind drei Handlungsansätze zentral:

1. Lebensmittelverluste minimieren
2. Gesunde und umweltfreundliche Ernährung stärken
3. Nachhaltige Produkte vorziehen

Konkret heisst das: Bis 2030 reduziert die Stadt Zürich Lebensmittelverluste markant, ihr Menüangebot ist gesund und umweltschonender gestaltet, und sie beschafft mehr nachhaltige Produkte. Ein Monitoring gibt Auskunft über die Zielerreichung. Um die städtischen Verpflegungsbetriebe bei der Umsetzung zu unterstützen, startete im Herbst 2019 im Rahmen der Energieforschung Stadt Zürich ein Projekt, bei dem umweltfreundliche, ausgewogene und beliebte Rezepte erarbeitet werden.

Programm Klimaanpassung: Fachplanung Hitzeminderung und Umsetzungsagenda
Die Fachplanung Hitzeminderung (ehemals Masterplan Stadtklima) löst die bisherigen Grundlagen aus der Klimaanalyse 2011 ab. Sie stellt umfangreiche Grundlagen für die Hitzeminderung im Stadtgebiet bereit und konkretisiert den Handlungsbedarf und die Handlungsansätze bezüglich ihrer Wirksamkeit. Der UGZ trug wesentlich zur Fachplanung Hitzeminderung bei. Einerseits auf der organisatorischen Ebene als Co-Leitung, andererseits auf der fachlichen Ebene bei der Erarbeitung konkreter Kapitelinhalte. Die Umsetzungsagenda 2020–2023 legt dar, mit welchen Massnahmen die Fachplanung Hitzeminderung in den verschiedenen Dienstabteilungen implementiert wird und wie die weitere Koordination, der Austausch und das Reporting gewährleistet werden sollen. Die Umsetzung der Massnahmen liegt mehrheitlich in der Verantwortung der betroffenen Dienstabteilungen. Der UGZ ist für deren Koordination und für die übergeordnete Kommunikation verantwortlich. Vier Massnahmen liegen in der Kompetenz des UGZ: Verankerung der Hitzeminderung in behördenverbindlichen Instrumenten, Pilotprojekt «Klimaanpassung Zürich-West», Koordination der Beratung und Information zur Hitzeminderung für Planende und Bauende sowie Prüfung eines Tools zur Modellierung der Wirksamkeit von hitzemindernden Massnahmen. Die Fachplanung Hitzeminderung wird im ersten Quartal 2020 dem Stadtrat vorgelegt.

Nachhaltige Beschaffung
Der UGZ berät Dienstabteilungen bei der Festlegung ökologischer und sozialer Kriterien bei Submissionen und entwickelt nachhaltige Standards. Im Fokus stehen dabei erweiterte soziale Kriterien und das Offenlegen der Lieferkette bei Textilausschreibungen. Mit dem neuen «Nachhaltigkeitsrechner Textilien» können der CO_2-Fussabdruck von Textilien errechnet und die dank nachhaltigen Kriterien eingesparten CO_2-Emissionen ausgewiesen werden. Zudem startete der UGZ zusammen mit der Fachstelle Beschaffungskoordination das Projekt «Klimapriorisierte Beschaffung». Das Ziel ist es, herauszufinden, welche Produktgruppen besonders klimarelevant sind und welche Massnahmen bereits zur CO_2-reduzierten Beschaffung beitragen. Ferner wird das Potenzial von weiteren kurzfristig realisierbaren Klimaschutzmassnahmen eruiert. Zudem hat sich der UGZ dafür eingesetzt, dass die Stadt Zürich an Nachhaltigkeitsauszeichnungen teilnimmt. So wurde die Stadt Zürich am «Procura+ Award 2019» unter 28 Städten in der Kategorie «Nachhaltige Beschaffungsinitiative» mit dem ersten Preis und von Solidar Suisse zum dritten Mal für ihre globale soziale Verantwortung ausgezeichnet.

Teilrevision Massnahmenplan Luftreinhaltung
Aufgrund der grossen Bevölkerungsdichte bei vergleichsweise hoher Luftbelastung kann die Stadt Zürich verschärfte Massnahmen zur Verbesserung der Luftqualität erlassen. Diese sind im «Massnahmenplan Luftreinhaltung» verankert. Änderungen in der eidgenössischen Luftreinhalteverordnung (LRV), aber auch die Anpassung an den heutigen Stand der Technik machten eine Teilrevision des seit 2011 gültigen Massnahmenplans nötig. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf den Holzfeuerungen mit einer Wärmeleistung bis 70 kW. Der UGZ hat im Einvernehmen mit dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) beschlossen, bei dieser Feuerungskategorie ein Pilotprojekt durchzuführen. Dieses Projekt ermöglicht es dem UGZ, den realen Ausstoss an Partikeln im Verhältnis zum in der LRV genannten Grenzwert zu bestimmen.

Luftqualität
Bei vielen Schadstoffen werden heute in Zürich die Grenzwerte für die Luftbelastung eingehalten. Bei den Schadstoffen mit Grenzwert-Überschreitungen hat sich die Situation deutlich verbessert: Im Jahr 2019 konnten witterungsbegünstigt die tiefsten Belastungen seit Messbeginn registriert werden. Weiterhin systematisch zu hoch ist jedoch die Belastung durch Stickstoffdioxid an den Hauptverkehrsachsen. Auch die Feinstaub-Belastung (PM2,5) liegt in einem grossen Teil des Siedlungsgebiets über dem Grenzwert.

Luftschadstoffkonzentrationen an der Messstation Stampfenbachstrasse

Luftschadstoff	2018	2019
Feinstaub PM10 [1]	17,9 µg/m³	15,1 µg/m³
	Langzeitgrenzwert: eingehalten	Langzeitgrenzwert: eingehalten
	Kurzzeitgrenzwert: überschritten	Kurzzeitgrenzwert: eingehalten
Feinstaub PM2.5	11,9 µg/m³	10,2 µg/m³
	Langzeitgrenzwert: überschritten	Langzeitgrenzwert: überschritten
Stickstoffdioxid NO_2	28,5 µg/m³	26,3 µg/m³
	Langzeitgrenzwert: eingehalten	Langzeitgrenzwert: eingehalten
	Kurzzeitgrenzwert: eingehalten	Kurzzeitgrenzwert: eingehalten

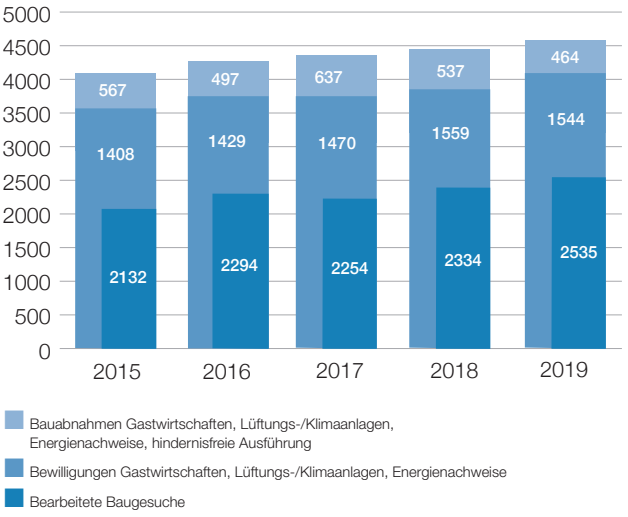
[1] Messwerte von 2018 beeinflusst durch die Grossbaustelle Stampfenbachstrasse.

Ozonbelastung – Überschreitungsstunden

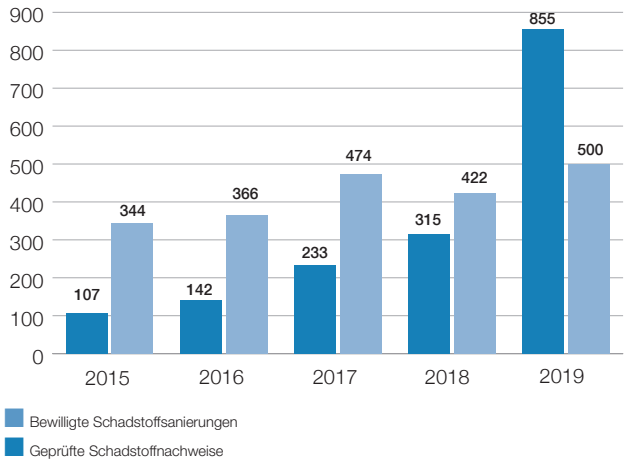
Standort	2018	2019
Stampfenbachstrasse	312 Stunden	170 Stunden
Stadtrand	674 Stunden	379 Stunden

Digitalisierung im Baubewilligungsverfahren
Der UGZ hat die wichtigsten Massnahmen zur Vorbereitung der Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens eruiert. Es wurden Interviews mit den Verantwortlichen der Städte Basel, Luzern, Winterthur und Zug geführt, um neue Erkenntnisse aus deren Planung und Umsetzung zu gewinnen. In der Stadt Zürich werden künftig einige Prozesse digitalisiert, um einerseits das Bewilligungsverfahren für die Kundschaft zu vereinfachen und andererseits die Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung zu optimieren. Da es jedoch bis heute in der Schweiz keine Rechtsgrundlage zur elektronischen Identifikation gibt, fordert die kantonale Bauverfahrensverordnung weiterhin Papierdossiers.

Baugesuche, Bewilligungen, Abnahmen
Die Anzahl der Baugesuche und der daran anschliessenden Verfahren mit Bewilligungen und Abnahmen ist über die letzten Jahre gestiegen und weiterhin zunehmend. Im Jahr 2019 hat der UGZ erstmals mehr als 2500 Baugesuche bearbeitet. Gründe für den Anstieg sind die weiterhin hohe Bautätigkeit sowie die seit November 2018 geänderten gesetzlichen Grundlagen in der Bau- und Zonenordnung.



Gebäudeschadstoffe
Der Vollzug von Art. 16 VVEA (Abfallverordnung) führte zu einer Verdreifachung der zu prüfenden Schadstoffnachweise im Baubewilligungsverfahren. Auch die Schadstoffsanierungen haben um etwa 15 % zugenommen.



Schädlingsberatung und -bekämpfung
Die Bekämpfung invasiver Arten war 2019 ein grosses Thema: Auch in diesem Jahr musste gegen die Ameisenart Lasius neglectus vorgegangen werden. Neu kam die invasive Ameisenart Tapinoma magnum hinzu. Sie wurde auf einem kleinen Gebiet in Zürich entdeckt. Gleichzeitig überwachte und bekämpfte der UGZ wieder die Asiatische Tigermücke bei der Bus Station Zürich (ehemals Carparkplatz Sihlquai) und erstmals auch in Wollishofen. Beim Monitoring und bei der Bekämpfung waren neben dem UGZ auch der Kanton Zürich und die Anwohnenden involviert. Das Thema erhielt eine grosse Medienpräsenz, was zu über 500 Anfragen führte. Um die Telefon- und Sprechstundenberatung zu entlasten, wurde die App «Züri wie neu» um die Kategorie Schädlinge erweitert. Eine weitere Herausforderung war die hohe Anzahl an aussergewöhnlichen Todesfällen, bei denen eine Spezialreinigung organisiert werden musste.

Schädlingsprävention und -beratung	2015	2016	2017	2018	2019[2]
Beratungen (inkl. Bagatellanfragen)	2119	1839[1]	1507[1]	2048	2270
Vorträge / Schulungen	16	14	11	16	12
Situationsabklärungen	69	43	36	51	29
Nagerbekämpfung (einschliesslich Arealüberwachung) auf öffentlichem Grund	45	34	53	36	29
Desinfektionen nach aussergewöhnlichen Todesfällen	55	31	31	39	52
Anfragen zu Bettwanzen	118	164	131	144	137
Aufwand Monitoring und Bekämpfung Asiatische Tigermücke (Std.)	61	190	249	246	434
Aufwand Bekämpfung Ameisenart Lasius neglectus (Std.)	10	93	160	170	142
Aufwand Bekämpfung Ameisenart Tapinoma magnum (Std.)[3]	–	–	–	–	18

[1] Seit 1.1.2016 können Anfragen ohne Adressangabe nicht mehr erfasst werden. In den vorangegangenen Jahren waren es jeweils 320 bis 550 Anfragen jährlich.
[2] Aus organisatorischen Gründen war die Schädlingsprävention und -beratung im Dezember 2019 geschlossen. Die Kennzahlen umfassen deshalb nur 11 Monate.
[3] Seit April 2019 ist das Vorkommen dieser Ameisenart in der Stadt Zürich bekannt.

Organisatorische Veränderungen
Anfang 2019 wurde das städtische Arbeitsinspektorat vom Kanton übernommen. Aus Gründen der Effizienz verblieb im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Kanton und Stadt die Planbegutachtung im UGZ. Im Januar 2020 wird das städtische Lebensmittelinspektorat in das Kantonale Labor integriert. Die Pilzkontrolle, die Dusch- und Badewasserkontrolle sowie die Eigenkontrolle der Stadt als Verpflegungsanbieterin verbleiben im Rahmen der hoheitlichen und rechtlichen Pflichten der Stadt im UGZ.

Im August 2019 wurden die bisher bei Schutz & Rettung Zürich angesiedelten Themen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie Sicherheit im öffentlichen Raum (BfU) zum UGZ überführt. Das Team Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sorgt für die systematische Umsetzung der gesetzlichen Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften beim städtischen Personal. Mit dem Wechsel zum UGZ können zahlreiche Synergien mit thematisch verwandten Bereichen wie Raumklima, Lärmschutz, Lufthygiene oder Risikobeurteilungen besser genutzt werden.

Lebensmittelinspektorat
Die Anzahl kontrollpflichtiger Betriebe hat leicht zugenommen. Die Vorbereitungen für den Wechsel zum Kanton banden Ressourcen, weshalb weniger Kontrollen durchgeführt werden konnten.

Lebensmittelkontrolle	2015	2016	2017	2018	2019
Total Betriebe	5042	5115	5152	5524	5565
Total Inspektionen	4432	4233	3691[1]	3600	3264
Massnahmen					
Benutzungsverbote	21	13	16	13	8
Betriebsschliessungen	9	8	5	4	8
Strafanzeigen	28	28	25	26	12
Proben					
Anzahl beprobter Betriebe total	612	550	574	637	585
Anzahl beprobter Betriebe (Bakteriologieproben)	374	326	310	292	318
Total Probenerhebungen	2434	2289	2525	2819	2158
davon Bakteriologieproben (B-Proben)	1608	1438	1442	1377	1446
Strafanzeigen aufgrund schlechter B-Proben	58	36	43	45	38

[1] Die Kontrollintervalle wurden schweizweit harmonisiert. Die Aufwendungen für die einzelnen Kontrollen haben deutlich zugenommen.

Veterinärdienste
Die Amtstierärztinnen und -tierärzte der Veterinärdienste überwachen die Einhaltung der Tierschutzvorschriften, untersuchen alle Tiere auf ihre Gesundheit und kontrollieren das Fleisch und die Organe. Nur Tiere mit einer lückenlosen Dokumentation ihrer Vorgeschichte dürfen angeliefert werden. Für Forschungs- und Unterrichtszwecke beziehen Schulen, Universitäten und Institute Tierorgane. Die Anzahl an bestellten Organen nahm im Berichtsjahr deutlich zu (www.stadt-zuerich.ch/fleischkontrolle).

Schlachtvolumen	2015	2016	2017	2018	2019
Schlachtgewicht (in Mio. kg)	26,48	27,74	27,23	24,36	23,09
Anzahl Tiere	245513	254514	263721	225163	225773
Ungeniessbare Tiere	214	212	204	173	101
Bestellte Organe für Forschung und Lehre	1305	1397	1357	1356	1502
Zoonosen					
Rinderfinnenbefälle	48	47	43	61	64
BSE-Check[1]	9821	9704	9960	13965	11779
Trichinenuntersuchungen im eigenen Labor	204889	213448	193511	124272	122948
Monitoring Rückstände und Antibiotikaresistenzen					
Anzahl Proben	325	215	649	124	116
Monitoring Tiergesundheit					
Anzahl Proben	909	888	2 483[2]	5864	6490

[1] Kein einziger BSE-Fall in den letzten 10 Jahren.
[2] Seit der Implementierung des Untersuchungsprogramms RiBeS (Rinderbeprobung am Schlachthof) wurden jährlich mehr Proben durchgeführt, was epidemiologisch zu immer aussagekräftigeren Zahlen führt.

ZüriWC
Die 107 ZüriWC-Anlagen werden täglich von mehr als 10000 Menschen besucht, pro Jahr sind es rund 4 Millionen. Im Jahr 2019 stiessen die mobilen Komposttoiletten (Kompotoi) auf grosses Interesse. Diese wurden während der warmen Jahreszeit an verschiedenen Orten in der Stadt aufgestellt, etwa auf Plätzen, in Parkanlagen und im Stadtwald. Die Reaktionen aus der Bevölkerung waren überwiegend positiv.

4.7 Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich

4.7.1 Aufgaben

Die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) ist eine öffentlich-rechtliche Stiftung der Stadt Zürich und dem Gesundheits- und Umweltdepartement organisatorisch zugeordnet. 1950 gegründet, ist sie stetig gewachsen und umfasst heute 34 Siedlungen mit über 2000 Wohnungen und rund 2200 Mieterinnen und Mietern. Ein breites Angebot von Dienstleistungen – Hauswartung, Spitex (Pflege und Hauswirtschaft), Sozialdienst, 24-Stunden-Pikettdienst sowie eine hauseigene Wäscherei – ermöglicht eine eigenverantwortliche, selbstbestimmte Lebensform im Alter. Das Angebot richtet sich an Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich ab 60 Jahren. Für Mieterinnen und Mieter der subventionierten Wohnungen bestehen besondere Voraussetzungen wie Einkommens- und Vermögenslimiten.

Die Mitglieder des SAW-Stiftungsrats werden vom Stadtrat gewählt. Die Funktion des Präsidenten nimmt kraft seines Amtes als Vorsteher des GUD Stadtrat Andreas Hauri wahr.

4.7.2 Jahresschwerpunkte

– Digitalisierung und Communitybuilding: Lebensqualität im Alter durch Vernetzung – analog und digital
– Spitex Zürich SAW: Demenz geht uns alle an
– Bau: Neue Wohnungen in Wiedikon und Sanierung der Gründungssiedlung

Digitalisierung und Communitybuilding: Lebensqualität im Alter durch Vernetzung – analog und digital
Mit zunehmendem Alter werden Netzwerke immer wichtiger. Sie helfen gegen Einsamkeit und bieten Sicherheit, wenn die Bezugspunkte zur Aussenwelt rarer werden. Die Verbindungen zu Freunden, Familie und Nachbarn gewinnen an Bedeutung. Die SAW fördert den Zugang zu diesen «analogen», sozialen Netzwerken auf vielfältige Weise. Sie nutzt aber auch digitale Netzwerke, um ihre Mieterinnen und Mieter miteinander ins Gespräch zu bringen und um die Sicherheit und Lebensqualität in den Siedlungen zu erhöhen.

Wie bereits in der 2018 verabschiedeten «Vision und Strategie» festgelegt, fördert die SAW aktiv die soziale und digitale Vernetzung der Mieterinnen und Mieter. Sie testet laufend neue technologische Entwicklungen, die einen möglichst langen Verbleib in der eigenen Wohnung unterstützen.

Mit einem Pilotprojekt während der ersten Monate nach dem Einzug der Mieterinnen und Mieter in die neue SAW-Siedlung Erikastrasse testete die SAW verschiedene Vernetzungsangebote, die das Gemeinschaftsleben fördern. Als bauliche Massnahme und Voraussetzung erhielt das Erdgeschoss neben dem lichten Innenhof vier Begegnungszonen: Direkt neben dem Gemeinschaftsraum befindet sich eine Lese-Ecke mit Büchern und gemütlichen Salonmöbeln, die zu Begegnungen einlädt. In einer anderen Zone finden sich Fitnessgeräte, die jederzeit zum Trainieren zur Verfügung stehen. Dazwischen liegt die offene Waschküche, in der auch gebügelt – und geplaudert – werden kann.

Als technische Grundlage für die digitale Vernetzung wurde allen Mieterinnen und Mietern auf Wunsch ein iPad zur Verfügung gestellt, auf dem sie die beiden Apps «HomeBeat» und «WashMaster» installieren konnten. Über «WashMaster» kann ein Teil der Waschmaschinen reserviert und bedient werden. «HomeBeat» dient zur Verständigung: In vier thematisch gruppierten Chats können Nachrichten ausgetauscht, Veranstaltungen geplant oder Aushänge für die Gemeinschaft gepostet werden. Auch Störungen werden direkt der Hauswartung gemeldet, und umgekehrt werden auch die Nachbarn informiert, sobald das Problem behoben ist. Gut die Hälfte der Mieterinnen und Mieter nutzt die Apps aktiv, chattet miteinander und informiert sich bequem von der Wohnung aus über Meldungen und Veranstaltungen der SAW.

Neben diesen technischen und baulichen Angeboten kam dem persönlichen Austausch hohe Bedeutung zu: Besonders geschätzt wurden die «Mietendentreffen», anlässlich derer sich Mitglieder aus der Geschäftsleitung sowie die Verantwortlichen für Bau, Hauswartung und Spitex den Fragen der Mieterinnen und Mieter stellten. Mindestens so angeregt verliefen die wöchentlichen «Gipfelitreffen», bei denen sich die Mieterinnen und Mieter besser kennenlernten. In mehreren «iPad-Cafés» wurde Support beim Gebrauch der Tablets angeboten. Aus diesen anfänglich begleiteten Angeboten ist ein reges Siedlungsleben gewachsen. Regelmässig findet ein von den Mieterinnen und Mietern ins Leben gerufener Mittagstisch statt. Und auch das in Eigeninitiative entstandene Malatelier im Gemeinschaftsraum findet regen Zuspruch.

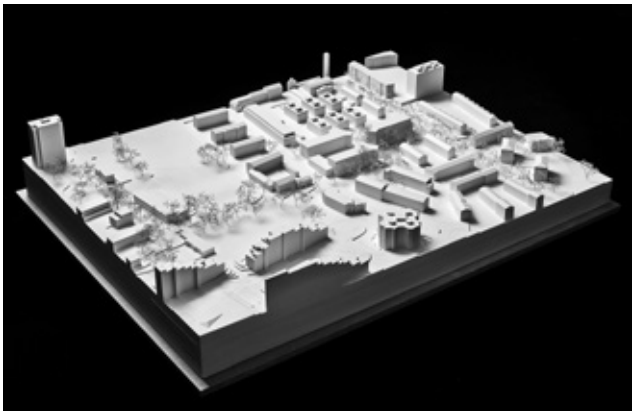
Die Lese-Ecke mit Bibliothek und Blick in den grünen Innenhof der neu erröffneten SAW-Siedlung Erikastrasse bietet zahlreiche Begegnungsmöglichkeiten. (Bild: Georg Aerni)

Spitex Zürich SAW: Demenz geht uns alle an
2019 wählte die Spitex Zürich SAW das Thema Demenz als internen Jahresschwerpunkt. An den Inputveranstaltungen für Spitexfachpersonen ging es darum, einheitliche Haltungs- und Handlungsgrundlagen gemäss dem zentrierten Ansatz nach Tom Kitwood zu erhalten (Krankheitsbild, Möglichkeiten der Kontaktaufnahme und Kommunikation, Umgebungsgestaltung). Ziel war jedoch, auch Nichtfachpersonen für die Thematik zu sensibilisieren und aufzuzeigen, dass ein auffälliges Verhalten manchmal auch ein frühes Zeichen einer demenziellen Entwicklung sein kann. Alle Mitarbeitenden konnten sich an Inputveranstaltungen mit den speziellen Herausforderungen dementer Menschen auseinandersetzen. Zusätzlich etablierte die Spitex Zürich SAW im Pflege- sowie im Hauswirtschafts- und Betreuungsteam sogenannte «ThementrägerInnen Demenz». Diese erhielten externe Schulungen und während eines Morgens einen Einblick in die Arbeit der Gerontologischen Beratungsstelle SIL. Dies nicht zuletzt, um die

wichtigsten Stakeholder persönlich kennenzulernen und die Zusammenarbeit zu fördern. Durch die fachliche Weiterentwicklung der Mitarbeitenden der Spitex Zürich SAW kann die Qualität im Umgang mit Menschen, die an Demenz erkrankt sind, gesteigert werden.

Bau: Neue Wohnungen in Wiedikon und Sanierung der Gründersiedlung

Am 25. März 2019 wurde an der Erikastrasse die erste SAW-Siedlung in Zürich-Wiedikon eröffnet. Die 56 hellen 1,5- bis 3,5-Zimmer-Wohnungen verfügen über grosse Balkone, die grösstenteils zum Innenhof ausgerichtet sind. Das gemeinschaftliche Zusammenleben wurde während der ersten Monate bewusst gefördert (siehe oben). Begonnen hat im vergangenen Jahr auch die teilweise Sanierung der Gründungssiedlung Espenhof Süd in Albisrieden. Der Siedlungsteil Süd ist im Inventar der kunst- und kulturhistorischen Schutzobjekte der Stadt Zürich erfasst und wird unter Beibehaltung der Kleinwohnungen umfassend renoviert. Für den Siedlungsteil Espenhof Nord ist die Inventarentlassung unter Bedingungen in Aussicht gestellt. Damit wird der Weg frei für einen Ersatzneubau mit zeitgemässen Alterswohnungen und eine Verdoppelung der bisherigen Wohnfläche. Aus dem anonymen Architekturwettbewerb ging die Eingabe der Arbeitsgemeinschaft Bollhalder Eberle + Theres Hollenstein mit planetage Landschaftsarchitekten GmbH als Siegerprojekt hervor. Geplant sind rund 150 altersgerechte 1,5- bis 3,5-Zimmer-Wohnungen, ein grosser Gemeinschaftsraum, ein Spitexbüro, eine Pflegewohngruppe oder -tagesstätte sowie ein Kindergarten und Gewerberäume. Sie können voraussichtlich 2025 bezogen werden. Neu erarbeitet wurde 2019 die «SAW Liegenschaftenstrategie 2030». Zusammen mit dem «Erneuerungsplan 2019–2028» schafft sie eine zeitliche und inhaltliche Orientierung als Basis für die Umsetzungs- und Finanzplanung. Ihre strategischen Zielsetzungen umfassen unter anderem eine signifikante Erhöhung des Wohnungsbestands, ökologische Nachhaltigkeit und neue Wohnformen.



Architekturmodell des Siegerprojekts von ARGE Bollhalder Eberle + Theres Hollenstein im Architekturwettbewerb zum Ersatzneubau der SAW-Siedlung Espenhof Nord. (Bild: Lukas Walpen)

Finanzzahlen

Erfolgsrechnung

Der Gesamtertrag ohne Nebenbetriebe betrug 36,3 Millionen Franken. Davon erwirtschaftete die Vermietung der Wohnungen 78 %, die Spitex 19 %, und der übrige Ertrag betrug 3 %. Der Personalaufwand bildete den grössten Aufwandsposten (12,4 Millionen Franken); davon entfiel rund die Hälfte auf den Personalaufwand für den Bereich Spitex (6,2 Millionen Franken). Die Einlagen in den Erneuerungsfonds (5,1 Millionen Franken) und die Amortisationen (5,2 Millionen Franken) waren durch den im 2019 gewachsenen Immobilenbestand leicht höher als in den Vorjahren. Für den Unterhalt der Liegenschaften wurden 4,4 Millionen Franken aufgewendet und der Finanzsaldo, bei welchem es sich vor allem um die Zinskosten für das Fremdkapital handelt, betrug 2,1 Millionen Franken. Der Jahresgewinn der SAW liegt bei 0,5 Millionen Franken und wird anteilmässig den Reservekonten der SAW und der Spitex zugewiesen.

4.7.3 Kennzahlen

Am 31. Dezember 2019 umfasste die SAW-Mieterschaft insgesamt 2233 Personen. Das Durchschnittsalter lag bei 77 Jahren. Bei Mietbeginn waren die Mieterinnen und Mieter im Durchschnitt 71 Jahre alt. Die durchschnittliche Mietdauer betrug im Berichtsjahr 8 Jahre.

Altersstruktur SAW-Mieterschaft

	2015	2016	2017	2018	2019
50–59 Jahre (in %)	1,6	1,4	1,4	1,6	1,5
60–69 Jahre (in %)	19,8	21,7	7,2	6,8	20,3
70–79 Jahre (in %)	33,0	35,5	49,5	51,0	37,7
80–89 Jahre (in %)	35,0	34,0	34,3	33,5	32,9
90–99 Jahre (in %)	10,5	7,4	7,5	7,1	7,5
100 Jahre und älter (in %)	0,1	–	–	–	–

Die Spitex Zürich SAW bietet in jeder Siedlung Pflege und Hilfe im Haushalt an. 2019 waren 88 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (60 in Vollzeitstellen) im Bereich Spitex beschäftigt. Dies entspricht 52 % des gesamten Personalbestands der SAW. Insgesamt leistete die Spitex 106 257 Einsätze bei 748 Kundinnen und Kunden. Verrechnet wurden 32 405 krankenkassenpflichtige und 21 322 hauswirtschaftliche Stunden. Bei den krankenkassenpflichtigen Stunden bildete die Grund-pflege mit 46,9 % den Hauptanteil, dicht gefolgt von der Behandlungspflege mit 46,4 %. Die Anzahl Stunden für die Abklärungen betrug 6,7 %.

Weitere Informationen zur Stiftung Alterswohnungen:

www.wohnenab60.ch

Anmeldungsgründe für eine Alterswohnung

	2015	2016	2017	2018	2019
Wohnungsverlust / Kündigung / Sanierung (in %)	27,0	27,0	25,0	23,0	27
Bauliche Hindernisse (in %)	31,0	27,0	25,0	25,0	19
Ungünstige Nachbarschaft[1] (in %)	3,0	2,0	2,0	–	wird seit 2018 nicht mehr erhoben
Wohnung zu teuer / zu gross (in %)	11,0	11,0	13,0	8,0	11
Andere Gründe (in %)	28,0	33,0	35,0	11,0	7
Soziale Gründe[2] (in %)	–	–	–	7,0	8
Vorsorgliche Anmeldung[2] (in %)	–	–	–	26,0	28

[1] Nur bis 2017 erhoben.
[2] Wird neu zusätzlich erhoben.

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Motionen und Postulate[1]
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2013/23	23.01.2013 21.08.2013	SP-, Grüne-, und GLP-Fraktionen Einführung von Tempo 30 auf kommunalen Strassen, auf welchen die Lärmgrenzwerte überschritten werden

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf jenen kommunalen Strassen, auf welchen beim Lärm die Immissionsgrenzwerte überschritten werden, Tempo 30 einführen kann. Ausnahmen sind möglich, wenn es sich um Strassen mit wenig Anwohnerinnen und Anwohnern handelt, sowie wenn der öffentliche Verkehr durch Tempo 30 übermässig beeinträchtigt würde.

Die Frist zur Sanierung des Strassenverkehrslärms ist am 31. März 2018 abgelaufen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden für die ganze Stadt Lärmsanierungsprojekte erarbeitet und öffentlich aufgelegt. Diese erste ordentliche Strassenlärmsanierung sah als Lärmschutzmassnahme vor allem Tempo 30 vor. Auf den Einbau von lärmarmen Belägen (LAB) wurde mangels Langzeit-Erfahrungen bisher grundsätzlich verzichtet. Die bisherige Praxis zur Anordnung von Tempo 30 folgte einer konzeptionell abgestützten, abschnittsweisen Beurteilung der Strassen. Dabei wurde die Höchstgeschwindigkeit auf verkehrlich übergeordneten Strassen (mit Ausnahme von Quartierzentren) und auf Abschnitten, bei denen eine Herabsetzung auf Tempo 30 zu Folgekosten für den öffentlichen Verkehr geführt hätten, in der Regel bei Tempo 50 belassen. Der die Stadt Zug betreffende Bundesgerichtsentscheid 1C_589/2014 und die Rückweisung des Lärmsanierungsprojekts «Innenstadt (Kreise 1, 4 und 5)» durch das Baurekursgericht hat aber gezeigt, dass diese Praxis vor Gericht nicht standhält. Zudem bezeichnet das Bundesamt für Umwelt (BAFU) in der Zwischenzeit lärmarme Beläge als Stand der Technik.

Im Rahmen dieser ersten Welle der Strassenlärmsanierung (SLS 1) wurde auf rund 120 Strassenabschnitten – 65 davon kommunal – Tempo 30 aus Lärmschutzgründen angeordnet. Allerdings profitieren davon nur rund 25 000 von stadtweit rund 140 000 Personen, die von übermässigem Strassenlärm betroffen sind. Zudem ergibt sich aus dem abschnittsweisen Vorgehen tendenziell ein Flickenteppich von unterschiedlichen Geschwindigkeitsregimes. Mit einer zweiten Welle der Strassenlärmsanierung (SLS 2) möchte die Stadt Zürich nun deutlich mehr Personen von übermässigem Lärm entlasten und damit einen Beitrag für einen konsequenten Lärmschutz und eine hohe Standortattraktivität leisten sowie die Synergien mit der Verkehrssicherheit und einer verbesserten Verkehrsqualität ausschöpfen.

Wie bisher soll dabei als primäre Massnahme auf Tempo 30 gesetzt werden. Neu soll vermehrt auch eine Kombination mit lärmarmen Belägen (LAB) eingesetzt werden. Gewünscht ist zudem eine netzbezogene Betrachtung über alle Strassenabschnitte, an denen Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte auftreten, und eine verbindlichere Strategie für die Anordnung von Tempo 30 und LAB. Insbesondere ist dabei der Einsatz von Tempo 30 auf verkehrlich übergeordneten Strassen und auf Strecken mit Folgekosten für den ÖV zu evaluieren. Als Grundlage für die politische Diskussion werden dazu mehrere stadtweite Szenarien entwickelt. Dabei werden alle aus volkswirtschaftlicher Sicht relevanten Kosten und Nutzen einbezogen. Die bislang im Vordergrund stehenden ÖV-Folgekosten werden so in einen Gesamtkontext gestellt.

Postulat 2016/407	23.11.2016 07.12.2016	Elisabeth Schoch und Raphael Kobler (beide FDP) Synergien und Einsparungen für das Triemli- und das Waidspital durch eine Zusammenarbeit mit der neuen Kantonsapotheke

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob eine Zusammenarbeit mit der neuen Kantonsapotheke Synergien und allfällige Einsparungen für das Triemli und das Waidspital bringt.

Die Gesundheitsdirektion (GD) hat sich nach einer externen Analyse und einem breiten Vernehmlassungsverfahren dafür entschieden, die Kantonsapotheke Zürich (KAZ) zu verselbständigen. Im Rahmen der Vorabklärungen ist für alle an einer Beteiligung interessierten Spitäler klargeworden, dass ein Verkauf an das Universitätsspital Zürich (USZ) als beste Lösung erachtet wird. Diese Lösung wurde vorgezogen, um klare und einfache Besitz- und Entscheidungsfindungsstrukturen zu schaffen. Die KAZ soll in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden und die Aktien hernach dem USZ übertragen werden. Eine spätere Veräusserung der Aktien an Dritte soll möglich bleiben, unter Gewährleistung der Mehrheitsbeteiligung des USZ. Die GD hat einen entsprechenden Gesetzesvorschlag erarbeitet und am 11. Juli 2018 dem Kantonsrat überwiesen. Wo er von der kantonsrätlichen Kommission (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, KSSG) vorberaten wird. Am 18. September 2019 gab der Regierungsrat der Gesundheitsdirektion zudem grünes Licht für den Verkauf der Kantonsapotheke zum Preis von 27,5 Millionen Franken an ihren zukünftigen Hauptaktionär, das Universitätsspital Zürich (RRB Nr. 845/2019). Vorbehalten bleibt die Zustimmung des Kantonsrats. Aktuell ist eine mögliche Zusammenarbeit des Stadtspitals Waid und Triemli mit der Kantonsapotheke in Prüfung.

Motion 2017/376	01.11.2017 27.06.2018	AL-Fraktion Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung für ein Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, nach dem Vorbild des Genfer Modells CAMSCO («Consultations Ambulatoires Mobiles des Soins Commmunautaires») vorzulegen.

[1] Abschreibungsanträge zu Postulaten wurden mit separater Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/42	17.01.2018 30.01.2019	Elisabeth Schoch und Albert Leiser (beide FDP) Erstellen einer Strategie für die Alters- und Pflegezentren unter Einbezug der Nachfrage nach alternativen Wohnstrukturen und einer Überprüfung der Sanierungspläne der städtischen Alterszentren

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Strategie bezüglich der Alters- und Pflegezentren zu erstellen und dem Gemeinderat zu unterbreiten. Dabei ist zu prüfen, ob ein allfälliger Überbestand an Alterszentren in eine andere (gemeinnützige) Nutzung überführt werden kann. Insbesondere ist auch zu überprüfen, inwieweit die geplanten, baulichen Massnahmen der Stadt Zürich den zukünftigen Bevölkerungsbedürfnissen entsprechen. Ausserdem soll diese Strategie eine Überprüfung der aktuell in Umsetzung befindlichen generellen Sanierungspläne der städtischen Alterszentren vor dem Hintergrund der Bevölkerungsveränderungen beinhalten.

Postulat 2018/21	17.01.2018 30.01.2019	Raphael Kobler (FDP) und Markus Hungerbühler (CVP) Förderung und Unterstützung des Engagements der privat-gemeinnützigen Alters- und Pflegeheime

Der Stadtrat *wird gebeten zu prüfen, auf welche Weise das Engagement privat-gemeinnütziger Alters- und Pflegeheime unterstützt, gefördert sowie – insbesondere angesichts der Ergebnisse der sog. OBSAN-Studie «Statistische Grundlagen zur Pflegeheimplanung 2013–2035» – langfristig sichergestellt werden kann. Dies schliesst namentlich folgende Wirkungsbereiche mit ein:*

- *Berücksichtigung der Bedarfs- und Interessenlage privat-gemeinnütziger Leistungserbringer bei Umsetzung der (jetzigen) städtischen Altersstrategie*
- *Etablierung eines branchenspezifischen Kommunikationsgefässes zwecks regelmässigen Erfahrungs- und Informationsaustauschs von Vertretern der städtischen sowie der privat-gemeinnützigen Institutionen*
- *Institutionalisierter Dialog zwischen der Verwaltung und (einzelnen/betroffenen) privat–gemeinnützigen Einrichtungen – mitunter hinsichtlich der Planung von etwaigen zusätzlichen Alters- und Pflegezentren, von Ersatzneubauten und von Instandsetzungen bestehender städtischer Betriebe*
- *Bündelung der Anstrengungen zur Überwindung des Fachkräftemangels; verstärkte Kooperation bei der Aus- und Weiterbildung neuer wie angestammter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter*
- *Punktuelle finanzielle Unterstützung etablierter privat-gemeinnütziger Alters- und Pflegeheime, bspw. durch die Gewährung zinsloser Darlehen zur Sanierung der baulichen Infrastruktur*
- *Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit (Erzeugung eines differenzierten Altersbildes innerhalb der Bevölkerung; Rekrutierung neuer Pflegefachkräfte; Marketing* u.v.m.)

Wie eingangs angemerkt, ist obige Aufzählung nicht abschliessend zu verstehen

---

Postulat 2018/59	07.02.2018 03.04.2019	Marco Denoth und Patrick Hadi Huber (beide SP) Gratistests für sexuell übertragbare Infektionen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Stadt Zürich Gratistests für sexuell übertragbaren Infektionen angeboten werden können.

Postulat 2018/289	11.07.2018 31.10.2018	Corina Gredig (GLP) und Marion Schmid (SP) Generationenübergreifende Betreuungsinstitution für Kinder und ältere Menschen im Neubau der Wohnsiedlung Eichrain

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der Eichrain-Überbauung eine generationenübergreifende Betreuungsinstitution realisiert werden kann, in welcher Kinder und ältere Menschen kombiniert gemeinsam betreut werden. Über die Umsetzung soll Bericht erstattet werden.

Postulat 2018/298	22.08.2018 30.01.2019	Marcel Savarioud und Dorothea Frei (beide SP) Aktualisierung der Altersstrategie unter Einbezug aller möglichen Leistungserbringenden

Der Stadtrat wird aufgefordert die Altersstrategie aus dem Jahre 2012 zu aktualisieren und auf eine breitere Basis zu stellen, mit Einbezug aller möglichen Leistungserbringenden. Insbesondere sollen in der anstehenden Überarbeitung der Altersstrategie:

- *Eine Bedarfsanalyse nach Plätzen in Alters- und Langzeitinstitutionen erstellt werden, dies in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anbietern (städtische wie auch privat-gemeinnützige und rendite-orientierten)*
- *Strategien und Massnahmen aufgeführt werden, wie die ältere Bevölkerung im privaten Umfeld sowie in Altersinstitutionen betreut und begleitet werden sollen. (Generationenvertrag, Freiwilligeneinsätze usw.)*

Unabhängig von diesen grundsätzlichen Überlegungen sind im Rahmen der konkreten Massnahmenvorschläge zudem folgende Punkte aufzunehmen:

- *Förderung alternativer und flexibler Wohnformen und des Service-Wohnens*
- *Möglichkeiten zur Unterstützung von Angehörigen und Freiwilligen in der Betreuung und Pflege ihrer Angehörigen*
- *Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an Einzelzimmern in den Pflegezentren*
- *Massnahmen, wie in der integrierten Altersversorgung die Vernetzung und Koordination zwischen den verschiedenen Anbietern verstärkt werden kann*
- *Möglichkeiten, wie der Wunsch auf ein Sterben zuhause bzw. in der gewohnten Umgebung realisiert werden kann*

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/299	22.08.2018 30.01.2019	Susanne Brunner und Rolf Müller (beide SVP) Vermeidung von gesundheitlichen Risiken in den Alterszentren und Pflegeeinrichtungen aufgrund hoher Temperaturen während den Sommermonaten

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er bei alten Menschen, die in ihrer Privatwohnung oder in Institutionen leben, sicherstellen kann, dass Bewohnerinnen und Bewohner keinen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind, welche durch anhaltend hohe Temperaturen während der Sommermonate verursacht werden.

Motion 2018/328	05.09.2018 03.04.2019	GLP-Fraktion Umsetzung eines Massnahmenplans für eine Hitzevorsorge der Stadt

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung für die Umsetzung eines departementsübergreifenden Massnahmenplans für eine Hitzevorsorge der Stadt Zürich vorzulegen. Nebst Massnahmen für einen hitzeangepassten öffentlichen Raum sollen auch die Verwaltung und die städtischen Betriebe berücksichtigt werden. Im Massnahmenplan sollen ebenfalls Handlungsfelder und langfristige Zielsetzungen zusammen mit den benötigten Ressourcen ausgewiesen werden, und sämtliche bereits bestehenden Klima-Analysen und Arbeiten bezüglich Klimaerwärmung gesamthaft gesteuert werden.

Postulat 2018/358	19.09.2018 25.09.2019	Matthias Probst (Grüne) und Florian Utz (SP) Sicherstellung einer Wahlmöglichkeit betreffend mindestens einer warmen vegetarischen Mahlzeit in städtischen Kantinen und Restaurants

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass in Kantinen und Restaurants, welche von der Stadt oder in deren Auftrag betrieben werden, den Kundinnen und Kunden jeweils mindestens eine warme vegetarische Mahlzeit angeboten werden kann.

Postulat 2018/361	19.09.2018 25.09.2019	Matthias Probst (Grüne) und Guido Hüni (GLP) Systematische Erfassung und Reduzierung der Umweltauswirkung von Mahlzeiten i n städtischen Kantinen und Restaurants

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Umweltauswirkung von Mahlzeiten in Kantinen und Restaurants, welche von der Stadt oder in deren Auftrag betrieben werden, systematisch erfasst werden können und die durchschnittliche CO_2-Menge pro konsumiertem Menu auf 1 kg reduziert werden kann.

Postulat 2018/384	03.10.2018 30.01.2019	Monika Bätschmann (Grüne) und Marion Schmid (SP) Schaffung einer Fachstelle für Altersfragen

Der Stadtrat wird aufgefordert im Rahmen der geplanten Überprüfung/Überarbeitung der Alterstrategie zu prüfen, ob die Stadt Zürich eine Fachstelle für Altersfragen schaffen kann.

Postulat 2018/387	03.10.2018 30.01.2019	Marcel Bührig (Grüne) und Isabel Garcia (GLP) Schaffung eines Lehrstellenverbunds im Ausbildungsbereich Pflege und Betreuung

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflege und Betreuung die Studierenden HF und Lernenden Fachperson Gesundheit I Fachperson Betreuung durch eine Verbundlösung Gelegenheit erhalten, ihre erlernten Fertigkeiten (Skills) in weiteren Betrieben gezielt anzuwenden.

Postulat 2018/388	03.10.2018 30.01.2019	Marcel Bührig und Markus Kunz (beide Grüne) Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Gesundheits- und Umweltdepartement für die Dienstabteilungen Alterszentren (ASZ) und Pflegezentren Zürich (PZZ) ein Stellenpool mit Pflegefachkräften, d.h. diplomierten Pflegefachpersonen HF, Fachpersonen Gesundheit (FaGe) und Fachpersonen Betreuung (FaBe), aufgebaut werden kann. Zudem ist dem Gemeinderat ein Bericht über die Hintergründe und Ursachen dieser Situation vorzulegen, der aufzeigt, wie sich die personelle Situation in der Pflege darstellt (Abwesenheitsquoten, Fluktuation im Vergleich), wo und warum befristeter Ersatz nötig wird und nach welchen Kriterien er gewährt wird.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/413	31.10.2018 30.01.2019	Ernst Danner (EVP) und Raphael Kobler (FDP) Erarbeitung einer Altersstrategie unter Berücksichtigung von Zielen in den Bereichen integrierter Dienstleistungen, Verbesserung von Synergien, dezentralen Angeboten, Anlaufstellen und der Finanzierung

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die vom Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements geplante Revision der Altersstrategie unter Berücksichtigung der folgenden Ziele ausgestaltet werden kann:

- *Die Altersstrategie umfasst ein Konzept für integrierte Dienstleistungen in den Bereichen soziale Einbindung, Wohnen, Betreuung und Pflege im Alter.*
- *Die Altersangebote von öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Anbietern werden so aufeinander abgestimmt, dass die grösstmögliche Selbstständigkeit im Alter bzw. soweit möglich und von den Betroffenen erwünscht, der Verbleib in der bisherigen Umgebung gewährleistet ist. Dabei sollen Synergien zwischen ambulanten und stationären Angeboten gezielt verbessert werden.*
- *Die städtischen Dienstleistungen werden soweit sinnvoll dezentral in den Stadtkreisen bzw. Stadtgebieten angeboten. Die dezentralen Alterszentren vereinen alle Aspekte von Wohnen, Betreuung und Pflege und sind baulich, organisatorisch und personell in die örtlichen Strukturen eingebunden. Die zentralen und dezentralen Organisations- und Führungsstrukturen werden aufeinander abgestimmt und optimiert.*
- *Dezentrale Anlaufstellen koordinieren und vermitteln zusammen mit der Fachstelle «Wohnen im Alter» die Wohn-, Betreuungs- und Pflegedienstleistungen der öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Anbieter und unterstützen die Betroffenen.*
- *Die Finanzierung der Dienstleistungen wird – in Ergänzung zu den bundes- und kantonalrechtlichen Regelungen – so ausgestaltet, dass im Alter für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt jene Lösungen möglich sind, die den persönlichen Bedürfnissen entsprechen und die grösstmögliche Eigenständigkeit fördern. Dabei übernimmt die Stadt eine Vorreiterrolle für die Entschädigung von Betreuungsaufgaben für Angehörige und von altersgerechten Anpassungen der Wohnung.*

Postulat 2018/449	21.11.2018 30.01.2019	Marion Schmid und Marcel Savarioud (beide SP) Vorlage eines Berichts über die finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang mit der angestrebten Verlagerung von der stationären Altersversorgung hin zum Wohnen zu Hause

*Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat zusammen mit der Überarbeitung der Altersstrategie einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt, wie sich die angekündigte Verlagerung (vom stationären Bereich hin zu vom Leben zu Hause unterstützt mit Spitex-Leistungen) auf die Finanzierung der Unterstützung (Pflege, Betreuung, Hauswirtschaft und Ähnliches) auswirkt. Dabei sind die finanziellen Auswirkungen sowohl aus der Perspektive der Leistungsbezüger*innen als auch aus der Perspektive der öffentlichen Hand und der Versicherungen als Kostenträger zu beleuchten.*

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- *Wie gross wird der Anteil der älteren Bevölkerung geschätzt, die bei einem Ausbau der ambulanten Versorgung zusätzlich zu Hause leben könnte? Wie viele stationäre Plätze könnten aufgrund reduzierter Nachfrage abgebaut werden? Welcher Mehraufwand würde dies bei den Spitex-Leistungen und anderen Dienstleistungen ergeben. Welchen Minderaufwand im stationären Bereich.*
- *Welche zusätzlichen Anforderungen stellt eine solche Verlagerung an spezifische Angebote (z. B. geriatrische Rehabilitation, Akut- und Übergangspflege, ambulante psychiatrische Betreuung ...) und wie kann deren Finanzierung für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden?*
- *Welche Auswirkungen hätte diese Verlagerung auf die einzelnen Kostenträger (Leistungsbezüger*innen, öffentlichen Hand, Versicherungen)?*
- *Welche Auswirkungen hätte diese Verlagerung auf die Stadtkasse, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Zusatz- und Ergänzungsleistungen?*
- *Wie wird gewährleistet, dass diese Verlagerung nicht zu Lasten der Angehörigen (durch Pflege und Betreuungsaufgaben sowie finanzielle Unterstützung) oder der Leistungsbezüger*innen geht?*
- *Wie wird gewährleistet, dass alle Bevölkerungsschichten die notwendige Unterstützung zu Hause finanzieren können und nicht aus finanziellen Gründen von Leistungen ausgeschlossen bleiben oder gegen ihren Willen in eine Langzeitinstitution eintreten müssen?*

Postulat 2018/453	21.11.2018 30.01.2019	Corina Gredig und Guy Krayenbühl (beide GLP) Generationendurchmischter Wohnraum als Standard bei städtischen Bauprojekten im Rahmen der Umsetzung der Altersstrategie

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der Umsetzung der Altersstrategie dafür gesorgt werden kann, dass in Zukunft bei städtischen Bauprojekten und der Vergabe von Baurechten generationendurchmischter Wohnraum zum Standard wird. Ziel der Massnahme ist es, den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen für SeniorInnen deutlich zu erhöhen.

Postulat 2018/479	05.12.2018 12.12.2018	AL-Fraktion Massnahmen zur Entlastung der Rechnungen der Stadtspitäler

Der Stadtrat wird aufgefordert, weitere Massnahmen zur Entlastung der Rechnungen der Stadtspitäler zu prüfen. Um den Stadtspitälern gleich lange Spiesse wie den anderen Spitälern zu geben, sind folgende Massnahmen zu evaluieren und beschleunigt umzusetzen:

- *Rückgabe der nicht mehr für den Spitalbetrieb benötigten Liegenschaften;*
- *Neubewertung des Anlagevermögens;*
- *Marktgerechte Preise bei internen Verrechnungen (IT, Bau, Miete);*
- *Vergütung der für die Stadt erbrachten gemeinwirtschaftlichen Leistungen;*
- *Rahmenkredite für Kooperationen;*
- *Einführung von Stellenpools für den zweckmässigen Einsatz des Personals in den beiden Stadtspitälern.*

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/53	30.01.2019 06.03.2019	David Garcia Nuñez und Christina Schiller (beide AL) Aufbau eines Angebots für die psychiatrisch-psychotherapeutische Beratung und Behandlung von Sexarbeitenden im Ambulatorium Kanonengasse

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der stadtärztliche Dienst im Ambulatorium Kanonengasse ein niederschwelliges, spezifisches Angebot für die psychiatrisch-psychotherapeutische Beratung und Behandlung von Sexarbeitenden aufbauen und betreiben kann. Das Angebot soll die spezifische mobile Situation von Sexarbeitenden berücksichtigen und neben klassischen Beratung- und Behandlungsformen auch digitale Therapiemöglichkeiten beinhalten.

Motion 2019/106	20.03.2019 22.05.2019	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen und die Parlamentsgruppe EVP Festlegung einer stringenten Klimapolitik in der städtischen Verfassung mit dem Ziel einer Reduktion des CO_2-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner auf Null bis ins Jahr 2030

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für eine Änderung der Gemeindeordnung vorzulegen, die eine stringente Klimapolitik in der städtischen Verfassung festlegt. Die Stadt Zürich setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Ziel, bis ins Jahr 2030 eine Reduktion des CO_2-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr auf netto Null zu erreichen. Sie setzt sich dabei bei Kanton und Bund für die notwendigen Rahmenbedingungen ein und bezieht die Wirtschaft und Private aktiv mit ein. Der Artikel 2ter sowie die Übergangsbestimmung Artikel 122 sollen so formuliert werden, dass die notwendigen Grundlagen für eine Umsetzung kommunaler Massnahmen klar und widerspruchsfrei verankert sind.

Postulat 2019/107	20.03.2019 22.05.2019	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen und die Parlamentsgruppe EVP Bericht über die Ziele und Massnahmen der Roadmap 2000-Watt-Gesellschaft hinsichtlich dem Ziel einer Reduktion des CO_2-Ausstosses auf Null pro Einwohnerin und Einwohner bis 2030

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat in einem Bericht die Ziele und Massnahmen der Roadmap 2000-Watt-Gesellschaft so darzulegen, dass das Ziel der Reduktion des CO_2- Ausstosses auf netto Null pro Einwohnerin und Einwohner bis 2030 umgesetzt ist. Der Bericht soll aufzeigen, wie durch konkrete Massnahmen in den fünf Stossrichtungen und Handlungsfeldern die Roadmap umgesetzt werden kann. Die Massnahmen und die Erreichung der Ziele sollen hinsichtlich der sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimension der Nachhaltigkeit geprüft und bewertet werden.

Postulat 2019/135	10.04.2019 22.05.2019	FDP-Fraktion Bericht über die geplanten, möglichen und notwendigen Massnahmen zur Zielerreichung bezüglich 2000-Watt-Gesellschaft, Klimaneutralität bis 2030 und 2050

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat hinsichtlich folgender möglicher Zielsetzungen:

a. 1 Tonne CO_2 bis 2050, gemäss geltender Gemeindeordnung
b. Klimaneutralität bis 2050 (gemäss Gletscher-Initiative)
c. Klimaneutralität bis 2030

in einem Bericht, gegliedert nach Departement, je die konkret geplanten, die möglichen sowie die seiner Ansicht nach zur jeweiligen Zielerreichung notwendigen Massnahmen der Stadt Zürich aufzeigen. Der Bericht soll dabei die direkten und indirekten Folgen, den Nutzen, namentlich die Netto-CO_2-Bilanz der jeweiligen Massnahme, die direkten und indirekten sozialen Auswirkungen und die resultierenden Kosten detailliert und überprüfbar darlegen. Soweit auf Massnahmen anderer staatlicher Ebenen verwiesen wird, sind auch die aus solchen Massnahmen resultierenden Kosten und Nutzen im Bericht entsprechend zu berücksichtigen.

Motion 2019/211	22.05.2019 25.09.2019	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen und die Parlamentsgruppe EVP Fonds für die Förderung des Umstiegs von Öl- und Gasheizungen auf eine CO_2-freie Wärmeproduktion

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, damit der Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf CO_2-freie Wärmeproduktion gefördert werden kann. Zielvorgabe ist der Ersatz aller Öl- und Gasheizungen bis 2030. Es soll vermieden werden, dass ein städtisch geförderter Heizungsaustausch als Grund für eine Mietzinserhöhung angeführt werden kann. Ausgenommen davon sind Gasheizungen in Gebieten, in welchen eine CO_2-freie Wärmeproduktion nicht möglich ist. Bereits bestehende Fördermassnahmen, insbesondere die Fördergelder für den Ersatz von Öl- und Gasheizungen beim Anschluss an einen Wärmeverbund bis Juni 2020 und die 2000-Watt-Förderbeiträge für Wärmepumpen, werden in das Programm integriert. Das bereits bestehende Informations- und Beratungsangebot intensiviert. Wenn das neue kantonale Energiegesetz wirksame Anforderungen an energetische Sanierungen bei Bestandesbauten festschreibt und selbst Fördermassnahmen vorsieht, so ist das Programm anzupassen. Das Programm wird aufgelöst, wenn 95 % aller Öl- und Gasheizungen in den in Frage kommenden Gebieten ersetzt sind oder dauerhaft auf CO_2-freie Wärmeproduktion umgestellt haben.

Tiefbau- und Entsorgungs-departement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

1.	**Vorwort**	**171**
2.	**Jahresschwerpunkte**	**172**
3.	**Kennzahlen Tiefbau- und Entsorgungsdepartement**	**173**
4.	**Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen**	**174**
4.1	**Departementssekretariat**	**174**
4.1.1	Aufgaben	174
4.2	**ERZ Entsorgung + Recycling Zürich**	**174**
4.2.1	Aufgaben	174
4.2.2	Jahresschwerpunkte	174
4.2.3	Spezifische Kennzahlen	177
4.3	**Geomatik + Vermessung**	**178**
4.3.1	Aufgaben	178
4.3.2	Jahresschwerpunkte	178
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	181
4.4	**Grün Stadt Zürich**	**182**
4.4.1	Wirkungsziele	182
4.4.2	Produkte	182
4.4.3	Organisation	186
4.4.4	Steuerungsvorgaben und Kennzahlen	188
4.5	**Tiefbauamt**	**191**
4.5.1	Aufgaben	191
4.5.2	Jahresschwerpunkte	191
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	196
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**197**

1. Vorwort

Dr. Richard Wolff. (Bild: Sicherheitsdepartement)

«Wämm siis Klima? Oises Klima! Wämm siini Zuekunft? Oisi Zuekunft!»

Dieser Weckruf der Klimajugend wird mir wohl als Erstes in Erinnerung kommen, wenn ich künftig an das Jahr 2019 zurückdenke.

Die Klimaerwärmung war aber nicht nur auf der Strasse DAS dominierende Thema, sondern ebenso in der städtischen Politik. Beispiele dafür sind der neue kommunale Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLöBA) sowie der kommunale Richtplan Verkehr. Sie enthalten beide für die Verwaltung verbindliche Vorgaben, wie die Stadt in den nächsten 10 bis 20 Jahren nicht nur qualitätsvoll, sondern auch klimawirksam verdichtet werden soll.

Viele der Vorgaben aus den beiden Planwerken betreffen das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED). Es zeigt sich, dass das TED ein eigentliches Klimadepartement ist. Was die TED-Dienstabteilungen tun, wirkt sich in vielen Bereichen ganz direkt auf das (Stadt-)Klima aus.

So hat beispielsweise Grün Stadt Zürich den Auftrag, bestehende Frei- und Grünräume zu sichern und neue zu schaffen, wo die Versorgung ungenügend ist und wo die Stadt verdichtet wird. Dabei sollen die Grünräume für die städtische Flora und Fauna vernetzt, die Lebensqualität für die Menschen in den Quartieren erhöht sowie die unerwünschten Effekte der sich wandelnden Klimabedingungen gemildert werden. Mit welchen Instrumenten diese Ziele erreicht werden sollen, hat Grün Stadt Zürich mit dem überarbeiteten «Grünbuch der Stadt Zürich» anschaulich dargelegt.

Für das Tiefbauamt leiten sich aus dem kommunalen Verkehrsrichtplan klimawirksame Ziele bezüglich der Stadt- und Verkehrsplanung ab. Im Zentrum steht die Quartiererschliessung mit einem feinmaschigen Netz für den Fuss- und Veloverkehr. Tempo 30 und Begegnungszonen in den Quartieren und Quartierzentren tragen zur Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner bei. Grünflächen, Bäume und Brunnen bringen Kühlung. Damit ist es angenehmer, auf Plätzen sowie an Strassen und Wegen zu verweilen und sich zu begegnen.

Um die Erhebung, Pflege und Bereitstellung der Daten, die zur Planung und Umsetzung der oben genannten Ziele nötig sind, kümmert sich Geomatik + Vermessung (GeoZ). Dank diesen Geodaten wissen Bauende, wo und wie sie ihre Gebäude erstellen müssen, um beispielsweise die Kaltluftströme auf ihrem Weg von den Hügelflanken in die Innenstadt nicht zu behindern. Auch die Datensätze, die zeigen, auf welchen Dächern umweltfreundliche Solarzellen am effizientesten zu platzieren sind, bietet GeoZ an.

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich leistet ebenfalls einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Dies in erster Linie mit der Produktion von klimafreundlicher Fernwärme. Bereits heute produziert ERZ Wärme für umgerechnet 170 000 Haushalte. Dieses Angebot baut ERZ stark aus. Die neue Verbindungsleitung zwischen den Werken Hagenholz und Josefstrasse erschliesst ein grosses zusätzliches Gebiet für die Fernwärme. Beträchtliche Mengen an CO_2-neutraler Energie gibt es durch den kontinuierlichen Ausbau der Bioabfallsammlung und die anschliessende Gewinnung von Biogas sowie durch die Gasgewinnung aus Klärschlamm.

Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement wird es nicht bei den genannten Klimamassnahmen belassen. Die Planung weiterer Massnahmen ist im Gange. Wir setzen alles daran, Klimaschutz und Klimaanpassung zu verstärken.

Stadtrat Dr. Richard Wolff
Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements

2. Jahresschwerpunkte

Die Jahresschwerpunkte des Departements ergeben sich aus den Schwerpunkten seiner Dienstabteilungen, die im Folgenden aufgeführt sind.

3. Kennzahlen Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

	2015	2016	2017	2018	2019[1]
Mitarbeitende total	**1 708**	**1 703**	**1 705**	**1 727**	**1 786**
davon Frauen	320	321	323	331	361
davon Männer	1 388	1 382	1 382	1 396	1 425
Ø FTE / Stw.-Ä.[2]	**1 620**	**1 591**	**1 598**	**1 599**	**1 656**
Führungskader total	**301**	**291**	**291**	**287**	**298**
davon Frauen	33	36	36	33	44
davon Männer	268	255	255	254	254
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)					
Funktionsstufe	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**
FS 16–18	– –	14,3 85,7	16,7 83,3	7,1 92,9	21,1 78,9
FS 14–15	– –	5,6 94,4	5,6 94,4	10,5 89,5	11,8 88,2
FS 12–13	– –	23,9 76,1	22,5 77,5	24,2 75,8	28,2 71,8
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 % (Vollzeitstellen)					
Total	**1 422**	**1 406**	**1 395**	**1 408**	**1 449**
Frauen	154	147	137	138	152
Männer	1 268	1 259	1 258	1 270	1'297
Frauen (in %)	10,8	10,5	9,8	9,8	10,5
Männer (in %)	89,2	89,5	90,2	90,2	89,5
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 % (Teilzeitstellen I)					
Total	**246**	**262**	**273**	**275**	**294**
Frauen	137	148	159	163	178
Männer	109	114	114	112	116
Frauen (in %)	55,7	56,5	58,2	59,3	60,5
Männer (in %)	44,3	43,5	41,8	40,7	39,5
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)					
Total	**59**	**51**	**56**	**70**	**69**
Frauen	33	30	31	34	37
Männer	26	21	25	36	32
Frauen (in %)	55,9	58,8	55,4	48,6	53,6
Männer (in %)	44,1	41,2	44,6	51,4	46,4
Lernende					
Total	**92**	**102**	**100**	**109**	**105**
davon Frauen	20	22	19	26	24
davon Männer	72	80	81	83	81
Personalaufwand	202 726 579	201 224 119	200 877 442	199 380 608	200 686 424
Sach- und übriger Betriebsaufwand	238 210 043	225 106 041	191 138 920	193 489 815	177 163 544
Übriger Aufwand	277 201 227	253 531 471	299 949 458	278 921 290	368 094 992
Total Aufwand	718 137 849	679 861 631	691 965 820	671 791 713	745 944 960
Bruttoinvestitionen[3]	229 373 211	202 023 852	219 343 021	239 904 851	303 842 959

[1] Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2
[2] Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP-HCM-Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.
[3] Investitionsausgaben des Verwaltungsvermögens

Definitionen:
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeiterkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind.
Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt.
Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

4.1 Departementssekretariat

4.1.1 Aufgaben

Die Hauptaufgaben des Departementssekretariats sind die Führungsunterstützung der Dienstabteilungen bei Geschäften, die dem Stadt- und Gemeinderat unterbreitet werden. Ausserdem nimmt es Querschnittsaufgaben in den Bereichen Finanzen, Controlling, IT und Kommunikation wahr. Einen besonderen Schwerpunkt stellt im Berichtsjahr die Umsetzung der Massnahmen aus der ERZ-Untersuchung dar.

4.2 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich

4.2.1 Aufgaben

ERZ ist eine Akteurin der Kreislaufwirtschaft und leistet wichtige Beiträge zum Umwelt- und Klimaschutz. Dies, indem sie den Abfall der Stadtbevölkerung sammelt, im Werk Hagenholz verbrennt und dabei saubere Energie gewinnt.

Zur Lebensqualität in der Stadt trägt auch die Stadtreinigung bei, die Strassen, Trottoirs und Parkanlagen sauber hält. Das Abwasser aus Zürcher Haushalten und Betrieben wird über das von ERZ unterhaltene Kanalisationsnetz ins Klärwerk Werdhölzli geleitet. Hier reinigt ERZ das Abwasser mit modernen Technologien und lässt es anschliessend in die Limmat abfliessen. In der Klärschlammverwertungsanlage wird auch der gesamte entwässerte Klärschlamm des Kantons verbrannt und daraus Strom und Wärme gewonnen.

Im Bereich erneuerbare Energien hält ERZ wichtige Beteiligungen: an der Fernwärme Zürich AG, der Biogas Zürich AG sowie der Holzheizkraftwerk Aubrugg AG. Für die vom Umweltschutzgesetz geforderte Vermeidung von Abfall setzt sich ERZ mit Informationen und Schulungen ein.

4.2.2 Jahresschwerpunkte

Entsorgungslogistik
Der Geschäftsbereich Entsorgungslogistik holt den Abfall der Stadtbevölkerung ab und führt diesen der korrekten Verwertung zu. ERZ leistete 2019 über 1,9 Millionen Leerungen von Containern und sammelte rund 14 745 t Bioabfall ein. ERZ holt auch das Glas und das Kleinmetall ab, das die Stadtbewohnerinnen und -bewohner an den 165 Wertstoff-Sammelstellen einwerfen. Zudem verantwortet der Geschäftsbereich die Papier- und Kartonsammlung und betreibt das Cargo-Tram sowie das E-Tram.

2019 startete ERZ an drei VBZ-Haltestellen den Versuch der Sammlung von Alu-Getränkedosen, PET-Getränkeflaschen sowie Papier. Der Versuch soll aufzeigen, ob Wertstoffe an stark frequentierten Orten sortenrein und mit vertretbarem Aufwand gesammelt werden können. Die im Berichtsjahr erhobenen Zwischenresultate waren vielversprechend.

Für den Test stellte ERZ an den Haltestellen Limmatplatz, Bellevue und Stauffacher total 19 Recyclingstationen zur Verfügung. (Bild: ERZ)

Das dreitägige Züri Fäscht mit seinen 2,5 Millionen Besucherinnen und Besuchern beanspruchte auch ERZ stark. Für die Reinigung des Festareals waren die Geschäftsbereiche Entsorgungslogistik und Stadtreinigung Anfang Juli mit rund 150 Mitarbeitenden und 80 Fahrzeugen im Einsatz. Zusätzlich stellten sie über 2000 Behälter für die Entsorgung von Abfall und Wertstoffen zur Verfügung.

Stadtreinigung
Die Stadtreinigung ist verantwortlich für die Reinigung des öffentlichen Raums. Dies umfasst in Zürich 8,2 Millionen m^2 Strassenfläche, Trottoirs und Plätze sowie 1,5 Millionen m^2 Parkanlagen. Der Geschäftsbereich bewirtschaftet zudem über 4000 Abfallbehälter, die teilweise mehrmals pro Tag geleert werden. Zum Aufgabengebiet gehört auch der Winterdienst, die Umsetzung der Veloordnung sowie das Entfernen von Graffitis an Kunstbauten wie Brücken oder Tunnelwänden.

Im Berichtsjahr sammelte die Stadtreinigung insgesamt 8701 t Wischgut ein. Dabei handelt es sich um Abfall aus öffentlichen Behältern sowie um Abfall und Laub von Strassen und Gehwegen. Während der kalten Jahreszeit von 2018/19 leistete die Stadtreinigung 22 grosse und 34 kleinere Winterdiensteinsätze. Der Salzverbrauch lag mit 2145 t unter dem langjährigen Durchschnitt von 3013 t.

Für die Leerung der Abfallbehälter im öffentlichen Raum setzt ERZ seit Mitte 2019 auch auf elektrobetriebene Lieferwagen. Total 40 Elektro-Lieferwagen werden in den nächsten Jahren die bisher benzinbetriebene Flotte der Stadtreinigung von ERZ ersetzen. Mit der Beschaffung der neuen E-Fahrzeuge kann ERZ den CO_2-Ausstoss, den Treibstoffverbrauch und die Lärmemissionen ihrer Flotte stark senken.

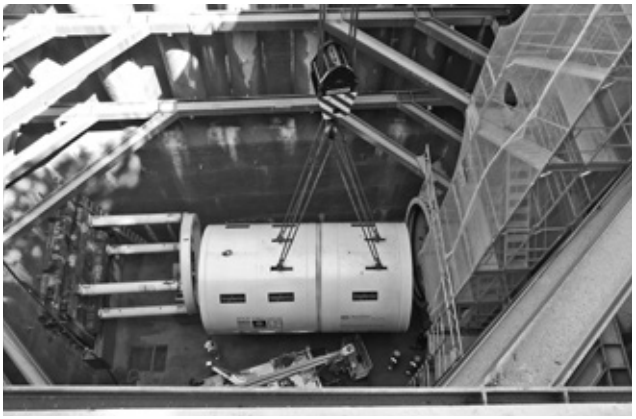
Mit einem aufgeladenen Akku kann ERZ einen E-Lieferwagen während eines ganzen Arbeitstags einsetzen. (Bild: ERZ)

Kehrichtheizkraftwerk
Im Berichtsjahr wurden im Werk Hagenholz 244 683 t Kehricht verbrannt. Daraus wurden 450 052 MWh Fernwärme und 103 211 MWh elektrischer Strom produziert. Gegenüber dem Vorjahr konnte die Auslastung aufgrund der guten Verfügbarkeit des Energieträgers Abfall erhöht werden. Mit der Energetischen Nettoeffizienz (ENE) von 0,98 verfügt die moderne Anlage in Zürich-Nord über einen exzellenten Wirkungsgrad.

Die Schlacke sowie die Rückstände aus der Rauchgasreinigung des Kehrichtheizkraftwerks Hagenholz enthalten Rohstoffe wie Metall oder Glas, die ERZ zusammen mit Partnerfirmen zurückgewinnt. So schliessen sich die Wertstoffkreisläufe, und der Einsatz natürlicher Ressourcen kann verringert werden.

Fernwärme
ERZ produziert so viel Fernwärme, wie 170 000 Haushalte benötigen. Die Fernwärme von ERZ ist ein Mix aus mehreren Primärenergien: Abwärme der Kehrichtheizkraftwerke und Holz sind CO_2-neutral, fossiles Erdgas sowie Heizöl kommen nur im Winterhalbjahr zur Abdeckung von Spitzenlasten zum Einsatz. Durch den Einsatz von Fernwärme spart die Stadt Zürich gegenüber einem reinen Öleinsatz bereits heute über 200 000 t an CO_2-Äquivalenten ein.

Dank dem Ja der Stimmberechtigten zur Erweiterung der Fernwärmeversorgung konnten 2019 die Arbeiten für den Bau der rund 6 km langen, unterirdischen Verbindungsleitung zwischen den Werken Hagenholz und Josefstrasse starten. Durch die Erweiterung der Fernwärmeversorgung wird die Stadt Zürich ab 2050 jährlich zusätzlich rund 12,4 Millionen Liter Heizöl sparen und 36 000 t CO_2-Emissionen vermeiden können.



Für den Bau der Verbindungsleitung wurde im Juli eine 100 t schwere Tunnelbohrmaschine in den 20 m unter Tag liegenden Schacht Milchbuck eingebracht. (Bild: ERZ)

Entwässerung
Der Geschäftsbereich Entwässerung erstellt, betreibt und unterhält rund 1000 km städtische Kanalisation und schützt so Grundwasser, Bäche und den Zürichsee vor Verschmutzungen. Er ist zudem verantwortlich für den Unterhalt der städtischen Fliessgewässer; davon ausgenommen sind Limmat, Glatt und Sihl, für die der Kanton zuständig ist.

Damit das Abwasser rasch und sicher abfliessen kann, betreibt die Entwässerung einen 24-Stunden-Pikettdienst. Die Fachleute kümmern sich um verstopfte Leitungen und Strasseneinläufe sowie um andere kleinere oder grössere Probleme. Im Berichtsjahr waren die Teams 64 Mal im Einsatz. ERZ überwacht den Zustand des Netzes permanent, um Schäden rechtzeitig erkennen und beheben zu können. Dafür wurden 2019 insgesamt 218 km Leitungen gespült und rund 73 km Leitungen mit Kameraaufnahmen untersucht. Dank diesen regelmässigen Leistungen erreicht das Kanalnetz der Stadt Zürich eine durchschnittliche Lebensdauer von 100 Jahren.

Der Geschäftsbereich ist auch eine Bewilligungsinstanz der Stadt. Als solche beurteilt er bei Bauvorhaben die Entwässerung und verfügt über ein Archiv mit Kanalisationsplänen von über 40 000 Liegenschaften.

Die Einhausung von 1,7 km Autobahn in Schwamendingen beanspruchte 2019 auch ERZ sehr stark, da die Kanalisationsleitungen neu gebaut werden mussten. Die Bauarbeiten konnten jedoch grösstenteils im Herbst 2019 abgeschlossen werden.

Klärwerk Werdhölzli
Im Jahr 2019 reinigte das Klärwerk fast 71,4 Millionen m^3 Abwasser der Stadt Zürich und der sechs angeschlossenen Vertragsgemeinden. Zudem nimmt das Klärwerk flüssige Rückstände wie Fette, Produktionsabwasser und Klärschlamm aus externen Anlagen und von Unternehmen zur Reinigung entgegen. Das Klärwerk führte 4874 t Fett und Produktionsabwasser der Faulung für die nachgelagerte Energiegewinnung zu. Der Biogas Zürich AG wurden 8,16 Millionen m^3 Klärgas zur Aufbereitung als Biogas verkauft. 87 432 t entwässerter Klärschlamm aus der Stadt und dem Kanton Zürich wurden in der zentralen Klärschlammverwertungsanlage verwertet.

Im August 2019 starteten die Bauarbeiten für die Erneuerung der Schlammbehandlungsanlagen, die voraussichtlich bis 2024 andauern werden. Mit der Erneuerung wird sichergestellt,

dass die Kapazitäten für die Behandlung des Schlamms auch bei einer wachsenden Stadtbevölkerung bis mindestens 2050 vorhanden sind.

Damit sich der Überschussschlamm in den Vorklärbecken besser absetzen kann, wird auch eine neue Dosierstelle für Flockungshilfsmittel gebaut. (Bild: ERZ)

Kulturwandel

Der Bericht zur Administrativuntersuchung, die der Stadtrat zu den Unregelmässigkeiten bei ERZ in Auftrag gab, wurde im April 2019 abgeschlossen und veröffentlicht. Im Zuge der Untersuchung erteilte der Stadtrat ERZ verschiedene Aufträge, von denen viele bereits erfüllt wurden. So wurde die Geschäftsleitung zum Jahresanfang verkleinert, neu strukturiert und neu besetzt. Neu organisiert wurden auch das Beschaffungswesen und das Controlling, um so deren Unabhängigkeit sicherzustellen. Der Stadtrat beauftragte ERZ zudem mit der Neuplatzierung der beim Seminarzentrum ara glatt gehaltenen Emus, der Auflösung des Oldtimermuseums und dem Vorlegen von Massnahmen zu den defizitären Restaurant- und Werkstattbetrieben. Weil die Verluste bei den Werkstattbetrieben nicht eliminiert werden konnten, wurde die Abteilung reorganisiert und zum Jahresende teilweise geschlossen. Der angestrebte Kulturwandel beinhaltet auch die Klärung des Rollenverständnisses der verschiedenen Funktionen, die Einführung einer Dialogplattform für die Mitarbeitenden und die Vorarbeiten für die Erstellung eines neuen Leitbilds, das ERZ als städtische Dienstabteilung positioniert.

4.2.3 Spezifische Kennzahlen

	2016	2017	2018	2019
Abwasserreinigung (in Mio. m^3)	80,4	72,4	67,9	71,4
Klärschlamm 30 % Trockensubstanz (in t)	29 974	29 969	30 431	30 620
Zentral verwerteter Klärschlamm (in t)	84 131	83 936	79 760	87 432
Wischgut von öffentlichem Grund (in t)	9 129	9 220	9586	8 701
Gesammelte Wertstoffe (in t)				
Papier	15 563	14 354	13 752	13 053
Karton	5 463	5 630	5 637	6 296
Glas	11 808	11 860	12 172	12 164
Elektrogeräte	1 157	1 238	1 229	1 257
Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz				
Verwerteter Kehricht (in t)	243 543	240 052	244 184	244 683
Energieproduktion ERZ				
Wärme[1] (in MWh)	899 959	914 949	886 156	927 934
Strom[1] (in MWh)	213 151	188 614	188 625	183 175
Biogas[2] (in Nm^3)	7 713 908	7 914 506	7 627 518	8 154 903

[1] Aus den Kehrichtheizkraftwerken Hagenholz und Josefstrasse, Holzheizkraftwerk Aubrugg und Klärwerk Werdhölzli.
[2] Aus Klärgas des Klärwerks Werdhölzli.

4.3 Geomatik + Vermessung

4.3.1 Aufgaben

Geomatik + Vermessung (GeoZ) ist verantwortlich für die Vermessung der Stadt Zürich. Dazu gehören die laufende Nachführung der amtlichen Vermessung (z. B. Grenzmutationen, Vermessung neu erstellter Gebäude), die Baupolizeivermessung (Grenzabstandsberechnungen, Angabe von Schnurgerüsten auf Baustellen) sowie die Ingenieurvermessung (z. B. Deformationsvermessungen an Brücken).

Für die stadtweite Koordination im Bereich Geoinformation und Geoinformationstechnologie ist der Geschäftsbereich GIS-Zentrum zuständig. Allen Dienstabteilungen und Betrieben, aber auch der Bevölkerung und der Wirtschaft werden die wertvollen Geodaten und Karten einfach und aktuell zur weiteren Nutzung zur Verfügung gestellt. Dazu betreibt GeoZ die zentralen Komponenten der städtischen Geodateninfrastruktur mit vielfältigen Produkten und Dienstleistungen.

Weitere Aufgaben sind der Betrieb der beiden PrintShops, die Aufträge in den Bereichen Layout, Grafik und Print für die Stadtverwaltung ausführen. Die Umsetzung des Corporate Design der Stadt Zürich wird unterstützt. Für die Vereinfachung der Auftragsabwicklung steht ein Webshop mit verschiedenen Dienstleistungen und Produkten zeitunabhängig zur Verfügung.

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Unsere Lernenden und das neue Berufsbild Medientechnologin/Medientechnologe
Die Ausbildung junger Menschen hat bei GeoZ einen hohen Stellenwert. Angeboten werden Lehrstellen als Geomatikerin/Geomatiker EFZ, Polygrafin/Polygraf EFZ, Kauffrau/Kaufmann EFZ und neu auch als Drucktechnologin/Drucktechnologe EFZ bzw. Medientechnologin/Medientechnologe EFZ. In diesem Jahr konnte GeoZ vier erfolgreiche Berufsabschlüsse verzeichnen: drei Geomatiker und ein Kaufmann. Aktuell absolvieren zwölf Lernende ihre Berufslehre bei GeoZ. Für den Sommer 2020 werden vier neue Lehrstellen besetzt, ein/-e Kauffrau/Kaufmann, zwei Geomatikerinnen/Geomatiker sowie ein/-e Medientechnologin/Medientechnologe. Das Berufsbild Drucktechnologin/Drucktechnologe wurde überarbeitet, im Zusammenhang mit der Digitalisierung aktualisiert und heisst seit Sommer 2019 Medientechnologin/Medientechnologe.

Lernende mit Stadtrat Richard Wolff und Dienstchef Gerhard Schrotter. (Bild: GeoZ)

Gestaltung des Geschäftsbereichs Vermessung
Der Geschäftsbereich Vermessung besteht seit 2004 unverändert. Die Strategie von GeoZ sieht vor, dass die Organisation des Geschäftsbereichs zu überprüfen und allenfalls anzupassen ist. Die Mitarbeitenden des Geschäftsbereichs Vermessung konnten in einem partizipativen Verfahren ihre Ideen und Gedanken zur Organisation des Geschäftsbereichs einbringen. Dabei wurden die verschiedenen Aufgaben- und Verantwortungsbereiche analysiert, reflektiert und Varianten zu einer Reorganisation des Geschäftsbereichs erarbeitet.

Workshop im Rahmen der Neugestaltung des Geschäftsbereichs Vermessung. (Bild: GeoZ)

Thematische Vermessung Fabrikkanal Wollishofen
Für eine Situationsaufnahme rund um den Fabrikkanal in Wollishofen wurde GeoZ von ERZ Entsorgung + Recycling Zürich beauftragt, Grundlagendaten zu erheben. Dazu gehörten die Aufnahmen von diversen Querprofilen im offenen Bereich des Kanals sowie in den Tunnelabschnitten und Tunnelportalen, das Erfassen der bestehenden Brücken und Mauern und einiger Geländeprofile.

Die besondere Herausforderung bestand darin, dass die Vermessungen im knietiefen Wasser und bei beschränkter Arbeitshöhe vorgenommen werden mussten und für den Transport der Gerätschaften sogar ein Floss zum Einsatz kam.

Situationsaufnahmen für eine thematische Vermessung am Fabrikkanal Wollishofen. (Bild: GeoZ)

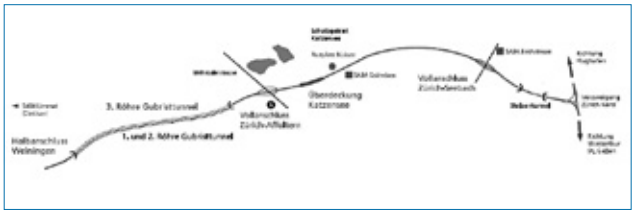
Nachführungsauftrag im Rahmen der Landneuordnung A1 Nordumfahrung

Im Zuge der Neugestaltung der Nordumfahrung A1 in Affoltern und Seebach muss die Parzellarordnung neu strukturiert werden, damit für die anstehenden Um- und Ausbauten entlang der Autobahn das benötigte Land bereitgestellt werden kann.

Der auf die Stadt Zürich entfallende Teil der Landneuordnung erstreckt sich auf die Bereiche Überführung Schaffhauserstrasse bis Überführung Glatttalstrasse (in Zürich Seebach) und Überführung Bärenbohlstrasse bis Querung der SBB-Linie südlich der Wehntalerstrasse (in Zürich Affoltern).

Der Grossauftrag für die Nachführung der amtlichen Vermessung wird seit 2019 über eine Laufzeit von mehreren Jahren abgewickelt. Im Jahr 2019 wurden etwa 2900 Situationspunkte entlang der Autobahn neu vermessen und vier grössere Liegenschaftsmutationen mit gesamthaft 19 beteiligten Grundstücken durchgeführt. Für die Festlegung der neuen Grenzen waren zahlreiche Abnahmen der Verpflockung mit den betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern notwendig, die damit das Einverständnis zum verpflockten Grenzverlauf gaben.

Da die Arbeiten entlang der Stadtgrenze durchgeführt wurden, wurde mit den Nachführungsgeometern der anstossenden Gemeinden der Detaillierungsgrad der Aufnahmen und die Anlage der benötigten Fixpunktnetze koordiniert.



Projekt «Autobahn A1 Nordumfahrung». (Bild: Bundesamt für Strassen [ASTRA], autobahnschweiz.ch)

Zentrales Bezugsportal für städtische und kantonale Geodaten

Im Rahmen des Projekts «Geoportal im Internet» konnte GeoZ im Sinne der Smart-City-Initiative der Stadt Zürich das zentrale Bezugsportal für städtische und kantonale Geodaten im Internet aufschalten. Insgesamt sind über 370 Datensätze verfügbar. 320 Datensätze sind ohne Nutzungsbeschränkungen direkt und automatisiert auf dem Portal visualisiert und können entweder als ganze Datensätze oder in Ausschnitten bezogen werden. Daran beteiligt sind über 30 städtische Dienstabteilungen und Fachstellen, die ihre Daten über diesen neuen Kanal der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Über das neue Portal können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studierende, aber auch Unternehmen und weitere Interessierte alle Geodaten rund um die Uhr an einem zentralen Ort beziehen. Für die Stadtverwaltung reduziert sich der Aufwand für die Bereitstellung. Damit werden auch die Vorgaben der Geoinformationsgesetzgebung für einen einfachen öffentlichen Zugang zu den Daten erfüllt.

Der neue Service ist bei der Öffentlichkeit sehr gut angekommen. In den ersten vier Wochen wurden durchschnittlich 36 Bezüge pro Tag ausgeliefert. stadt-zuerich.ch/geoportal

Geodaten im Internet. (Bild: GeoZ)

Neue Strategie für «GIS Stadt Zürich»

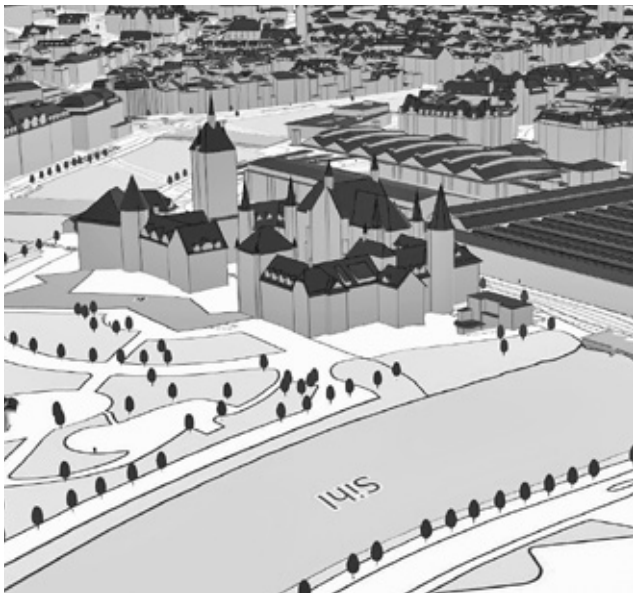
Im Januar 2019 hat der Stadtrat die überarbeitete Strategie für den koordinierten Einsatz von Geoinformation und Geografischen Informationssystemen (GIS) beschlossen. Sie bezweckt

- die Koordination und Vernetzung aller Akteurinnen und Akteure im Bereich der Geoinformation,
- das Verhindern von Doppelspurigkeiten bei Datenerfassung und Systemeinführung,
- die Sicherstellung der Verfügbarkeit von Geodaten und Geodiensten sowie deren beschreibende Metadaten,
- die aktive Steuerung von übergreifenden GIS-Projekten,
- die strategische Steuerung der Weiterentwicklung der gesamten städtischen Geodateninfrastruktur

für eine effiziente und effektive Nutzung von Geoinformation und Geoinformationstechnologie für Verwaltung, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft. Gleichzeitig hat der Stadtrat die bestehende Organisation von «GIS Stadt Zürich» bestätigt und die strategische GIS-Steuerung und die operative GIS-Koordination mit deren Umsetzung beauftragt. Diese erfolgt in einer rollenden jährlichen Planung mittels Umsetzungsprogrammen. Für die Perioden 2019 und 2020 wurden unter anderem folgende Massnahmen verabschiedet und sind teilweise bereits umgesetzt:

- Geoportal im Internet
- Geodaten einfacher für die CAD-Nutzenden verfügbar machen

– Aufbau Innovationsmanagement
– Reduktion Datenhaltung auf PostgreSQL/PostGIS
– Erweiterung des «Digitalen Zwillings» um weitere Themen



Komponenten des «Digitalen Zwillings». (Bild: GeoZ)

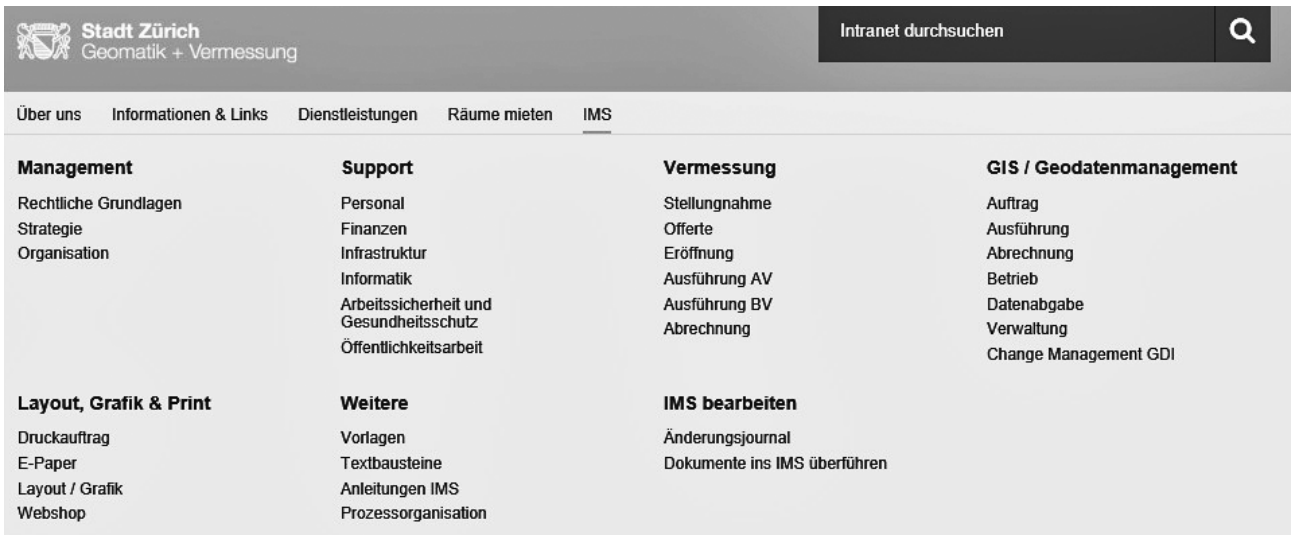
«Züriblau» und Digitalisierung im Print
Die Dienstleistung «Züriblau» hat Fahrt aufgenommen. Sie unterstützt die Umsetzung des Corporate Design der Stadt Zürich. «Züriblau» steht im Austausch mit verschiedenen Fachleuten aus der Kommunikation und trägt zum Wissensaustausch bei. Die professionelle und innovative Umsetzung des Erscheinungsbildes der Stadt in Layout, Grafik, Bild und Illustration wird gefördert. So setzt «Züriblau» interaktive PDF, E-Paper und Webinhalte um, die zum Beispiel bewegte Bilder, Videos, Pop-ups oder schaltflächenbasierte Inhaltsverzeichnisse enthalten. Auch barrierefreie PDF sollen vermehrt ermöglicht werden. Unsere Mitarbeitenden nehmen dabei eine wichtige Rolle bei der Erarbeitung des neuen Erscheinungsbildes der Stadt Zürich ein und übernehmen bei der Einführung und Umsetzung eine Drehscheibenfunktion.

Die Digitalisierung in der Stadtverwaltung trägt dazu bei, dass im PrintShop sehr viele Pläne und Dokumente aus unterschiedlichsten Dienstabteilungen und Departementen eingescannt und abgelegt werden müssen. Eine wichtige Aufgabe, die von den Mitarbeitenden effizient und mit viel Herzblut wahrgenommen wird.

Records Management und Integriertes Managementsystem
Die folgenden zwei Projekte sind massgeblich für die Optimierung der Prozesse bei GeoZ: Die Umsetzung Records Management und die Umsetzung des Integrierten Managementsystems auf eine neue Plattform.

Der Stadtrat hat mit dem STRB Nr. 670/2015 die «Records Management Policy» genehmigt. In einem ersten Umsetzungsschritt haben die Organisationseinheiten bis spätestens Ende 2022 Zeit, die in der Policy genannten Instrumente zu schaffen und die Grundsätze und Organisationsprinzipien auf unstrukturierten Unterlagen anzuwenden. GeoZ hat Records Management ab November 2019 abteilungsweise eingeführt.

Bei einer internen Umfrage wurde festgestellt, dass das Integrierte Managementsystem von GeoZ sehr geschätzt wird, jedoch die Suchfunktion enorm eingeschränkt ist. Aus diesem Grund wurde eine Lösung gesucht, die einfacher und schneller in der Handhabung ist. Diese wurde mit einer SharePoint-Lösung gefunden und dieses Jahr erfolgreich umgesetzt.



Integriertes Managementsystem auf neuer SharePoint-Plattform. (Bild: GeoZ)

4.3.3 Spezifische Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Geleistete Arbeitsstunden für die Nachführung der amtlichen Vermessung	14 350	12 800	13 800	16 100	15 100
Anzahl Grenzmutationen	87	71	73	46	72
Neue oder veränderte Gebäude	1 547	1 590	1 350	1 332	1 957
Intranet: aufbereitete Anzahl Karten amtliche Vermessung online pro Monat	149 430	187 129	201 445	177 068	151 307
Stadtplan im Internet: Anzahl Sessionen pro Monat	84 066	75 166[1]	28 220[2]	25 570	28 890

[1] Die Kennzahl bezieht sich auf den Zeitraum vom 1.1.2016 bis 31.7.2016.
[2] Neue standardisierte Zählmethode: Anzahl «Page Views17» (seit 1.8.2016).

4.4 Grün Stadt Zürich

2019 war das erste Jahr, für das nach neuer Produktestruktur sowie neuen Kennzahlen und Steuerungsgrössen budgetiert und das nun nach ebendieser Struktur abgeschlossen wird. Der Geschäftsbericht von Grün Stadt Zürich ordnet sich darum neu nach den überarbeiteten Produktegruppen. Ebenfalls werden im Geschäftsbericht neu die Steuerungsgrössen und Kennzahlen entsprechend dem Globalbudget publiziert.

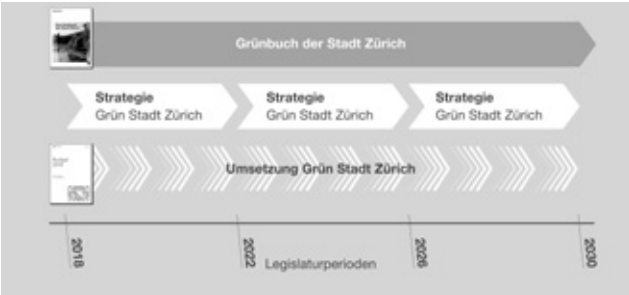
4.4.1 Wirkungsziele

Grün Stadt Zürich strebt mit ihren Leistungen zwei Wirkungen an:

1. Grün Stadt Zürich trägt mit Grün- und Freiräumen zur hohen Lebensqualität in allen Quartieren der Stadt Zürich bei. Die Grün- und Freiräume mildern zudem unerwünschte Effekte der sich wandelnden Klimabedingungen.
2. Grün Stadt Zürich trägt zur Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt, zum Erhalt und zur Verbesserung ihrer Lebensräume sowie zum Schutz und zur Vernetzung unbebauter und unversiegelter Flächen in der Stadt Zürich bei. Grün Stadt Zürich setzt sich damit auch für den Erhalt der natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft ein.

Dabei geht Grün Stadt Zürich haushälterisch mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen um, unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verantwortung.

Das Grünbuch der Stadt Zürich
Im Juni erschien «Das Grünbuch der Stadt Zürich» in komplett überarbeiteter Form. Es zeigt, wie sich die Grün- und Freiräume der Stadt Zürich künftig entwickeln sollen und hält die bis 2030 angestrebten Ziele und Massnahmen von Grün Stadt Zürich fest. Im Hauptteil werden die Ziele und Massnahmen zu 16 Produkten des Globalbudgets sowie zu acht sogenannten Querschnittsthemen formuliert und mit Infografiken und Beispielbildern illustriert. Ganz neu ist der aus drei Teilplänen bestehende Grün- und Freiraumplan, der erstmals das Freiraumsystem der Stadt Zürich sowie wichtige strategische Anliegen zur Vernetzung der Grün- und Freiräume zusammenfasst. stadt-zuerich.ch/gruenbuch



Das Grünbuch der Stadt Zürich ist neu so strukturiert, dass die Umsetzung jährlich über das Globalbudget und den Jahresbericht ausgewiesen werden kann. (Bild: GSZ)

4.4.2 Produkte

Produktegruppe Park- und Grünanlagen
Im Baumkataster wurden bisher nur die Strassenbäume vollumfänglich erfasst. Die Bäume, die in Parkanlagen, Friedhöfen und Sportanlagen wachsen, sind Ende 2019 ebenfalls vollumfänglich erfasst worden. Dabei zeigte sich, dass die bisherige Schätzung von 50 000 Anlagenbäumen zu hoch gegriffen war. Aktuell wachsen in den Anlagen rund 40 000 und an den Strassen rund 22 000 Bäume.

Parkanlagen
2019 konnte keine neue Parkanlage eröffnet werden, die Eröffnung des Parks auf dem Schütze-Areal steht jedoch kurz bevor.

Die Parkanlagen wurden von grösseren Naturereignissen verschont. Das Züri Fäscht war jedoch auch 2019 eine grosse Belastung für die Seeanlagen. Dank intensiviertem Baumschutz, Beaufsichtigung und einer witterungsbedingt geringeren Belastung fielen die sichtbaren Schäden kleiner aus als bei der letzten Ausgabe 2016. Die langfristigen negativen Auswirkungen solcher Belastungen, insbesondere auf die Bäume, sind kaum abschätzbar.

Friedhöfe
Erste wichtige Erkenntnisse aus der Studie «Die ökologische Bestattung» wurden umgesetzt. Seit 2019 wird nur noch torffreier Friedhofsflor eingekauft. Neu kann von der Kundschaft ab 1. November 2019 für Reihengräber zudem auch eine ökologische Dauerbepflanzung anstelle des Wechselflors bestellt werden.

Die Erweiterung des Grabfelds für Musliminnen und Muslime im Friedhof Witikon konnte termingerecht abgeschlossen werden. Die Rückmeldungen aller Beteiligten waren ausnahmslos positiv.

Die Erweiterung des Grabfelds für Menschen muslimischen Glaubens fügt sich nahtlos in den Friedhof Witikon ein. (Bild: GSZ)

Sport- und Badeanlagen
Der Einsatz von Mährobotern soll weiter ausgebaut werden.

Erstmals steht das Freibad Letzigraben der Bevölkerung über den Winter als Parkanlage zur Verfügung, sie wird tagsüber nicht mehr geschlossen. Zusammen mit dem Sportamt wurde eine Ökobilanzierung für Sportanlagen in Auftrag gegeben, die die lokalen Bedingungen der Stadt Zürich berücksichtigt.

Weitere Freiräume
Es wurden weitere Objekte zur Pflege übernommen, beispielsweise Konzessionsflächen des ewz entlang der Limmat.

Grün Stadt Zürich beteiligt sich am schweizweiten Projekt «iTree» zur Bewertung der Ökosystemleistung von Stadtbäumen.

Mit Nisthilfen an Rosskastanien entlang des Neumühlequais wurde versucht, den Befall und die Schädigung der Bäume durch die Rosskastanien-Miniermotte einzuschränken. Der Versuch war bisher erfolgreich und wird weitergeführt. Blau- und Kohlmeisen, natürliche Frassfeinde der Motten, haben die Nisthilfen rege genutzt und den Bestand der Schädlinge reduziert.

Produktegruppe Wald, Landwirtschaft und Pachten
Für den Geschäftsbereich war es ein intensives Jahr. Durch das Wachstum der Stadt fallen Gartenflächen weg, neue werden geplant und umgesetzt. Der Klimawandel setzt den Wäldern zu, und die Füchse im Stadtgebiet leiden stark an der Milbenkrankheit Räude.

Wildschonrevier
Zwei neue **Wildhüter,** davon eine Nachfolgeregelung aufgrund Pensionierung und eine Verstärkung des Teams, haben ihre Arbeit bei GSZ aufgenommen.

So kann das Wildschonrevier nun auf die anstehenden Herausforderungen (Wildschweine, neue invasive Tierarten usw.) reagieren. Die Abgangszahlen werden pro Jagdjahr (Anfang April bis Ende März) in tabellarischer Form auf der Website von GSZ aufgeführt.

Die **Fuchs**population in der Stadt ist wie in den Vorjahren stark der Milbenkrankheit Räude ausgesetzt und wird dementsprechend kleiner. Ein Ende der Krankheit ist nicht absehbar, deshalb werden sich die Wildhüter auch weiterhin verstärkt diesem Thema widmen müssen. Die Fallzahlen sind 2019 nochmal massiv angestiegen.

Von der Räudemilbe befallener und gezeichneter Fuchs. (Bild: Adobe Stock, Ronald Rampsch)

Durch **Wildschweine** ist es zu Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen gekommen.

Zudem wurden auch in diesem Jahr **Waschbären** gesichtet. Ein Tier musste erlegt werden. Die im Geschäftsbericht 2018 angestellte Vermutung, dass sich diese neue invasive Tierart zunehmend in der Stadt Zürich ausbreitet, wurde dadurch bestätigt.

Der geschützte **Biber** breitet sich innerstädtisch weiter aus. So wurde er in diesem Jahr erstmals im Schanzengraben gesichtet.

Wald
Im Waldrevier Nord trat Patrik Rhyner die Nachfolge als Revierförster von Emil Rhyner an, der nach 38 Jahren pensioniert wurde.

Der Stadtzürcher Laubmischwald hat die Wetterextreme der letzten Jahre vergleichsweise gut gemeistert. Es gab keine flächigen Ausfälle im Stadtwald, und es mussten auch keine Wälder aus Sicherheitsgründen gesperrt werden. Doch die Fichten- und Eschenbestände sind weiterhin einem starken Druck (Borkenkäfer, Eschentriebsterben) ausgesetzt. Das Forstpersonal war deshalb mit Borkenkäferbekämpfung und Sicherheitsholzerei stark beschäftigt. Mit Beteiligung der Stadt Zürich wurde im März 2019 auf dem Hönggerberg das **Waldlabor** gegründet. Es dient der Waldforschung und als Plattform, um der Bevölkerung die Waldbewirtschaftung näherzubringen. waldlabor.ch

Landwirtschaft
Die landwirtschaftlichen Pachtverträge wurden harmonisiert. Dabei wurden Flächen aktualisiert und die Pachtzinsen der revidierten eidgenössischen Pachtzinsverordnung angepasst.

Ende 2022 wird die Pachtfamilie des städtischen Pachtbetriebs Huebhof in Schwamendingen pensioniert. Gemäss «Landwirtschaftsbericht 2016» ist vorgesehen, den Huebhof künftig als Quartierhof zu betreiben. Auf dem Adlisberg soll an zentraler Lage der vorübergehend stillgelegte Landwirtschaftsbetrieb neu aufgebaut werden. Damit will Grün Stadt Zürich die biologische Bewirtschaftung des Grün- und Erholungsraums vom Wehrenbach bis zum Zürichberg sicherstellen. Für die erforderlichen Bauten wurde eine Machbarkeitsstudie aus agronomischer Sicht erstellt. Eine vertiefte Prüfung aus landwirtschaftlicher und baurechtlicher Sicht ist im Jahr 2020 vorgesehen. Die Planung des gesamten Landwirtschaftsgebiets von Schwamendingen bis Wehrenbach erfolgt im «Bericht Stadtlandwirtschaft 2020». Anwohnerschaft und Nutzende auf dem Adlisberg wurden im April 2019 über die Absicht informiert.

Der **Juchhof** hat das zweite Umstellungsjahr zur biologischen Produktion abgeschlossen. Im Laufe des Jahres 2020 wird die Zertifizierung als Biobetrieb erfolgen. Auch die Umstellung auf pilzwiderstandsfähige Sorten im Rebberg am Chillesteig geht voran.

Im Ackerbau sorgten Weizen, Sonnenblumen, Sojabohnen, Mais, Braugerste und Zuckerrüben für abwechslungsreiche Ackerflächen. Wettertechnisch waren Frühjahr und Sommer gut bis sehr gut, der nasse Herbst brachte Unsicherheiten bei der Aussaat der Herbstkulturen. Die Erträge aus Acker- und Rebbau waren gut bis sehr gut.

Der Juchhof konnte zudem zwei lokal tätige Produktionsfirmen als Kundschaft gewinnen. Dank hochwertiger Braugerste und Wein gibt es in der Stadt neu Wermut und Bier mit Zutaten aus lokalem Anbau. Das veranlasste auch verschiedene Medien, darüber zu berichten.

Unter dem Namen **«Stadtpur»** werden neu Produkte gekennzeichnet, die aus lokaler Hofproduktion stammen. Sie sollen an Märkten und in den Hofläden eine Orientierungshilfe bieten, damit Käufer auf qualitativ hochstehende, lokal produzierte oder verarbeitete Produkte zugreifen können. «Stadtpur» ist eine umgesetzte Massnahme aus der «Ernährungsstrategie» der Stadt Zürich.

«Stadtpur» – gemeinsame Kennzeichnung von Produkten aus lokaler Hofproduktion. (Bild: GSZ)

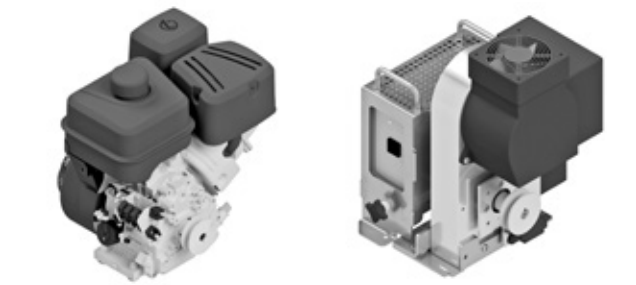
Gärten und Pachten
Wegen des Neubaus einer Schulanlage und eines Alterszentrums mussten Gartenareale im Freilager Ost und im Eichrain weichen. Grün Stadt Zürich begleitete und unterstützte die Vereine bei dem aufwendigen und emotional schweren Schritt der Arealräumungen im Herbst 2019.

Im neuen Gartenareal Dunkelhölzli konnten die ersten Nutzungen starten, sowohl in Form von Kleingärten als auch Gemeinschaftsgärten. Das Gesamtprojekt entwickelt sich gemäss der Planung, die Baueingabe kann demnächst erfolgen. Auch im Areal Dreiwiesen konnte eine Arealerweiterung ausgearbeitet werden, die 2020 umgesetzt wird. Zudem konnte neues Ackerland zur Vertragslandwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Immobilien
Die Baumassnahmen in den Landwirtschaftsbetrieben Waidhof und Gfellerhof wurden abgeschlossen. Der Objektkredit für das Bauprojekt «Quartierhof Höngg» wurde vom Stadtrat bewilligt, und das Baugesuch wurde eingereicht. Für die Instandsetzung des schutzwürdigen Ensembles an der Dunkelhölzlistrasse 19/21 konnte das Projekt zusammen mit dem AHB und der Denkmalpflege gestartet werden.

Dienstleistungen
Der Fahrzeug- und Aggregate-Park wird kontinuierlich auf neue umweltfreundliche Antriebssysteme umgestellt. So wird der neue Lastwagen mit einem reinen Gasmotor der neuesten Generation betrieben, der an der betriebseigenen Biogas-Tankstelle mit 100 % Biogas betankt werden kann.

Aktuell werden zwei Prototypen eines Elektro-Aggregats getestet. Diese Aggregate sollen künftig die im Kommunalbereich häufig eingesetzten Viertakt-Benzinmotoren ablösen können. Die Feldtests unterstützen eine private Produktentwicklung, die von der Klimastiftung Schweiz gefördert wird.



Aus Viertakt (links) wird Gleichstrom (rechts). Prototypen elektrischer Antriebseinheiten sind bei Grün Stadt Zürich im Einsatz. (Bild: Ökozentrum Langenbruck)

Produktegruppe Naturförderung und Bildung
In allen Produkten konnte 2019 eine Steigerung erreicht werden: mehr Besuchende, mehr Grün, mehr Biodiversität und mehr Naturschutzobjekte in der Stadt.

Grüne Bildung
Die erste Veranstaltung der diesjährigen 20. Ausgabe der NahReisen wurde von Stadtrat Richard Wolff mit einer Würdigung der erfolgreichen Zusammenarbeit von Grün Stadt Zürich und Migros Kulturprozent eröffnet.

Die Ausstellung «Grün am Bau» in der Stadtgärtnerei und der Sukkulenten-Sammlung Zürich ist weiterhin gut besucht. Die Rückmeldungen zu den Begleitveranstaltungen sind durchgehend gut bis sehr gut. Auch die Fachtagung «Energie-Gründach und Grünfassade», die in Zusammenarbeit mit dem ewz in der Stadtgärtnerei durchgeführt wurde, stiess auf sehr grosses Interesse.

Sukkulenten-Sammlung
Am 6. November konnte der 55 555. Besuch gezählt werden. Dies zeigt, dass sukkulente Pflanzen weiterhin im Trend liegen. So waren auch Grossanlässe wie die «Königin der Nacht», «Die lange Nacht der Zürcher Museen» und der Kakteenmarkt sehr gut besucht.

Stadtgärtnerei
Das Vertikalgrün an den Gebäuden von Werkstätten und Logistik wird nach der Ausstellung bestehen bleiben und neu durch Mitarbeitende der Stadtgärtnerei gepflegt. Auf dem Gelände der Stadtgärtnerei wurden 250 m^2 Fläche entsiegelt und neu mit Schotterrasen versehen. Die ersten Versuche, Zierpflanzen entgegen den üblichen Standards mit torffreier Erde zu produzieren, waren erfolgreich.

Die Marktveranstaltungen von der Marktwoche bis zum Martinimarkt waren allesamt sehr gut besucht. Der Tomatensetzlingsmarkt feierte sein 15-Jahre-Jubiläum und hat alle Rekorde gebrochen. Dies sowohl bezüglich der Besucherzahlen als auch des Setzlingsverkaufs.

Viel Freude und Zuspruch für die Marktwoche in der Stadtgärtnerei – nicht nur beim Gemüse. (Bild: Moritz Engi)

Das Subtropenhaus (Madagaskarhaus) wird im Januar 2020 wiedereröffnet. Die Betreuung übernimmt die Sukkulenten-Sammlung Zürich.

Naturschulen
Mit 889 Anlässen für Schulklassen wurden mehr Anlässe als geplant durchgeführt. Dies war möglich, weil mehr Klassen am Waldputz teilnahmen und in den Wald- und Allmendschulen die Kapazitäten optimal genutzt werden konnten.

Naturschutz
Im Rahmen der Faunakartierung wird jährlich auf einem Zehntel des Stadtgebiets das Vorkommen von Tierarten untersucht. Nach zehn Jahren konnte nun erstmals eine Veränderung in einem Gebiet festgestellt werden. Am Uetliberg sind deutlich mehr Kleintiere nachgewiesen worden als noch vor zehn Jahren. Dies stellt auch der Waldbewirtschaftung ein sehr gutes Zeugnis aus. Das Vorkommen der Brutvögel rechts der Limmat hat sich in den letzten zehn Jahren ebenfalls deutlich gesteigert. Wie die Vergleiche im Siedlungsgebiet ausfallen, wird sich in den kommenden Jahren zeigen.

Erfreut sich der Waldpflege am Uetliberg – der Grosse Schillerfalter. (Bild: GSZ)

Das Projekt **«Mehr als Grün»** dient der ökologischen Aufwertung von Flächen. Dies konnte beispielsweise beim Schulhaus Aemtler, auf einer Grünfläche beim Schulhaus Döltschi, beim Bahnhof Stadelhofen und beim Quartierhaus 6 umgesetzt werden. Es umfasst aber auch Kurse zum Anlegen und Pflegen von Ruderalflächen und Staudenpflanzungen sowie die Beratung von Baugenossenschaften.

Die **Bekämpfung von invasiven Neophyten** verlief ebenso intensiv wie in den Vorjahren. Für die Öffentlichkeit wurde ein Informationsstand am Vielfaltsmarkt in Oerlikon sowie eine Tauschaktion im Familiengartenareal Susenberg durchgeführt.

Die **Orchideenwiese** auf den Dächern des Seewasserwerks Moos konnte **unter Schutz gestellt** werden. Zudem wurde das Naturschutzgebiet am Fischerweg entsprechend dem Nutzungskonzept Werdinsel aufgewertet.

Produktegruppe Planung und Beratung
Die Entwicklung der Stadt heute und morgen erfordert intensive Planung von und Beratung für Grün- und Freiräume. Dies prägte alle Produkte der Freiraumplanung bis zur Gartendenkmalpflege.

Freiraumplanung
Für die Überarbeitung des kommunalen Richtplans Verkehr und die Erstellung des Richtplans Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLöBA) konnten wichtige Beiträge für die Ökologie, den Freiraum für die Bevölkerung und das Stadtklima für die Stadtentwicklung beigesteuert werden.

Das Berechnungsmodell zur **Freiraumversorgung** der Stadt Zürich wurde aktualisiert und damit die aktuelle Situation sowie die Prognose für 2040 neu berechnet. Mit den aktuell geplanten Freiräumen sollte trotz Bevölkerungswachstum der Anteil der gut und genügend versorgten Bevölkerung von heute 81 % auf 86 % im Jahr 2040 gesteigert werden können.

Die **Fachplanung Hitzeminderung** (ursprünglich «Masterplan Stadtklima») wurde auf die neuen, vom Kanton zur Verfügung gestellten Daten aktualisiert und steht vor dem Abschluss. Der Stadtrat wird die Fachplanung Hitzeminderung mit Umsetzungsprogramm voraussichtlich im ersten Quartal 2020 behandeln.

Die Berechnung der Freiraumversorgung in der Stadt Zürich wurde aktualisiert und ist Grundlage für die Freiraumplanung und -entwicklung. (Bild: GSZ)

Bäume tragen zur Lebensqualität in der Stadt bei und sind ein zentrales Element für die Hitzeminderung. Sie sind zunehmend Thema in der Bevölkerung und Politik. Das Konzept «Bäume in der Stadt» ist in Arbeit und wird voraussichtlich Mitte 2020 vom Stadtrat behandelt.

Freiraumberatung
Die intensive Planungs- und Bautätigkeit auf dem Stadtgebiet hat die Aktivitäten der Freiraumberatung im Jahr 2019 geprägt. Neben den regulären Beratungen in zahlreichen Normalbauvorhaben und Arealüberbauungen können beispielhaft die Mitarbeit in der Entwicklung des Josef-Areals (Nachnutzung u. a. als Quartierpark) und der Teilrevision der Sonderbauvorschriften Neu-Oerlikon (Umsetzung in planungsrechtliche Vorgaben für private und öffentliche Freiräume) hervorgehoben werden.

Die wachsende Stadt führt zu einem Ausbau der städtischen Infrastruktur. So wurden unter anderem die Vorbereitung und Durchführung der Wettbewerbe für die Schulanlagen Saatlen

und Borrweg begleitet. Auch der Ausbau des Fernwärmenetzes in Altstetten und zwischen Hagenholz und dem Josef-Areal wurde hinsichtlich Schonung des Baumbestands in der Planungs- und Bauphase intensiv betreut.

Gartendenkmalpflege
Anlässlich des 60-Jahre-Jubiläums der «G59», der 1. Schweizerischen Gartenbau-Ausstellung, fanden vier Führungen mit dem Titel «Legendäre Ausstellungen am See» statt.

Durchgeführt wurden zwei Ganztageskurse für das Studienmodul «Handwerk in der Denkmalpflege» sowie ein Halbtageskurs im Rahmen des CAS-Zertifikatslehrgangs «Gartendenkmalpflege» der Hochschule für Technik Rapperswil zum Thema «Parkpflegewerke».

Die Fachstelle führte im Berichtsjahr 19 Schutzabklärungen durch, mit denen die Schutzwürdigkeit der betreffenden Objekte rechtlich sichergestellt wurde. Sie wurden grösstenteils durch Bauvorhaben ausgelöst. Die Verfahren sind rechtskräftig abgeschlossen, nur einzelne Fälle noch in Bearbeitung. Als Beitrag zur werterhaltenden Pflege der öffentlichen Gartendenkmäler wurden plangemäss zwei neue Parkpflegewerke erarbeitet.

4.4.3 Organisation

Personal
Grün Stadt Zürich beschäftigt 532 Mitarbeitende (Stand 31. Dezember 2019), davon 12 Praktikantinnen und Praktikanten sowie 51 Lernende (davon 2 Vorlehren) in neun verschiedenen Berufen. 19 Lernende (davon 2 Vorlehren) sind neu in die Grundausbildung bei Grün Stadt Zürich eingestiegen. 18 von 20 Lernenden haben im Berichtsjahr ihre Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen.

Mitarbeitende von Grün Stadt Zürich standen im medialen Interesse. Beispielsweise für ein Video-Porträt des Tages-Anzeigers über einem Wermut, für den Pinot-noir-Trauben des städtischen Rebbergs am Chillesteig verwendet wurden.

Wechsel in der Geschäftsleitung
Die Stelle des Geschäftsbereichsleiters Planung und Beratung und Stellvertreter der Direktorin war aufgrund von Paul Bauers Austritt infolge Pensionierung vakant. Per 1. November 2019 übernahm Ingo Golz diese Funktion, bisher Mitinhaber und Mitglied der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats von SKK Landschaftsarchitekten, Wettingen.

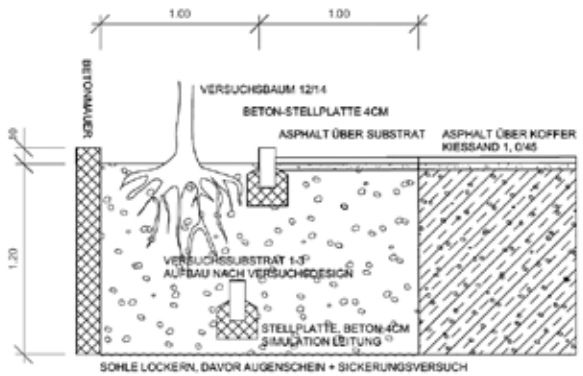
Ende Juni 2019 verliess Adrian Stolz, Leiter Geschäftsbereich Naturförderung und Bildung, Grün Stadt Zürich. Am 1. Juli 2019 übernahm er die Leitung der Dienststelle Stadtgrün der Stadt St. Gallen. Die Rekrutierung für die vakante Stelle ist erfolgt, und als Nachfolgerin wird Ingitta Scapozza, bisher Leiterin der Abteilung Projektieren und Realisieren beim Tiefbauamt des Kantons Zürich, die Stelle ab 1. Juni 2020 übernehmen.

Soziales Engagement
Innerhalb der Dienstabteilung wurden auch im Berichtsjahr wieder Teilnehmende des Arbeitsintegrationsprogramms der Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) beschäftigt. Darüber hinaus ermöglichte Grün Stadt Zürich auch Arbeitsversuche für Langzeitabwesende oder IV-Reintegrationen sowie die Beschäftigung von Personen im Asylbewerbungsverfahren.

Fachaustausch / Wissenschaft
Grün Stadt Zürich pflegt einen ständigen Austausch mit der Fachwelt. Ein wichtiges Beratungsgremium für den Stadtrat und für Grün Stadt Zürich ist die Kommission für Fragen des Naturschutzes und der Freiraumgestaltung (NFK). Sie besteht seit 1977 und ging aus der ab 1899 dokumentierten «Promenadenkommission» hervor. Das mit externen Fachpersonen besetzte Beratungsgremium tagt vier bis fünf Mal jährlich und gibt Grün Stadt Zürich wertvolle Rückmeldungen zu strategischen Geschäften. Im Berichtsjahr wurden u. a. der Kommunale Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLöBA), die Fachplanung Hitzeminderung und das Konzept «Bäume in der Stadt» behandelt.

Grün Stadt Zürich pflegt zudem eine intensive **Zusammenarbeit mit Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Institutionen.** So leistete Grün Stadt Zürich bereits vor Jahren einen Beitrag zum Projekt **«Better Gardens»**. Das Projekt untersuchte, wie Gärtnerinnen und Gärtner ihre Gärten bewirtschaften und welche Faktoren sie bei ihren Entscheidungen beeinflussen. Weiter wurde erforscht, welche Auswirkungen die gewählten Bewirtschaftungsarten auf die Qualität des Bodens und die Artenvielfalt sowie auf die eigene Lebensqualität haben. bettergardens.ch

Es werden aber auch konkrete Forschungsprojekte angestossen. So wurde 2019 die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) beauftragt, über fünf Jahre ein für Zürich **standortgerechtes Baumsubstrat** und eine **neue Bauweise** zu erforschen, um dieses Substrat auch unter asphaltierten Strassen einzusetzen und damit den durchwurzelbaren Raum zu vergrössern. Damit sollen die Lebensbedingungen von Stadtbäumen in der Stadt Zürich künftig weiter verbessert werden.



Auszug aus dem Forschungsauftrag für einen neuartigen Ansatz, um den Strassenbäumen in Zürich besseren und grösseren Wurzelraum zu schaffen.

Referate, Tagungen, Publikationen
Im Januar fand auf Einladung von Grün Stadt Zürich ein **Fachaustausch** zum Thema «Parknutzungen in Friedhofsarealen» statt. Nach einem Einleitungsreferat aus freiraumplanerischer Sicht wurden einige konkrete Projekte vorgestellt und diskutiert: die Transformation des Stadtfriedhofs Thun zu einem multifunktionalen Freiraum, die Erfahrungen des Bremgartenfriedhofs, von dem ein Teil zu einem Quartierpark (Friedbühlanlage) umgenutzt wurde, sowie der Quartierpark im Alten Friedhof Bruggerstrasse in Baden mit zum Teil noch in Betrieb stehenden Gräbern.

Im Oktober fand in der Stadtgärtnerei in Zusammenarbeit mit dem ewz eine gut besuchte **Fachtagung** zum Thema «Energie-Gründach und Grünfassade» als Begleitveranstaltung der Ausstellung «Grün am Bau» statt. Fachpersonen aus Forschung, Entwicklung und Praxis stellten dabei gelungene Projekte vor, in denen Dachbegrünungen mit Photovoltaik-Anlagen kombiniert werden.

Gut kombiniert, kann Dachbegrünung eine Photovoltaik-Anlage kühlen und damit deren Wirkungsgrad erhöhen. (Bild: ewz)

Am 19. September wurde für eine niederländische Delegation im Rahmen ihrer dreitägigen Studienreise zum Thema «Sustainable cities» eine Führung durch verschiedene Grünanlagen sowie die Präsentation des Grünflächenmanagements durchgeführt. Die Organisation der Studienreise für die «Vereniging Stadswerk Nederland», «Rioned Foundation», «Royal Dutch Water Network», «Vereniging GDO» und «Waternet» übernahmen die Stadt Zürich und die Niederländische Botschaft in Bern.

Am 6. Mai 2019 nahm Christine Bräm, Direktorin von Grün Stadt Zürich, im Rahmen des Architekturforums Ostschweiz an einer Podiumsdiskussion zum Thema Stadtklima teil.

Im Rahmen der Debatten «Welches Zürich wollen wir?» im Zentrum Architektur Zürich (ZAZ) nahm Barbara Holzer, Leiterin Freiraumplanung, am 6. Juni 2019 an der Diskussion zum Thema «Offener öffentlicher Raum» teil. Christine Bräm vertrat Grün Stadt Zürich an der Schlussdebatte am 27. Juni 2019.

4.4.4 Steuerungsvorgaben und Kennzahlen

1 Park- und Grünanlagen / Steuerungsvorgaben	2019
Gärtnerisch gepflegte Parkanlagen (in m^2)	2 481 676
Direkte Bewirtschaftungskosten (in Fr. pro m^2)	
davon Parkanlagen	6,90
davon Friedhöfe	14,26
1 Park- und Grünanlagen / zusätzliche Kennzahlen	**2019**
Gärtnerisch gepflegte Friedhofanlagen (in m^2)	1 290 245
Gärtnerisch gepflegte Sportanlagen (in m^2)	1 386 624
Direkte Bewirtschaftungskosten (in Fr. pro m^2)	7,02
Gärtnerisch gepflegte Badeanlagen (in m^2)	256 381
Direkte Bewirtschaftungskosten (in Fr. pro m^2)	7,07
Weitere gärtnerisch gepflegte Freiräume (in m^2)	3 254 925
Anzahl Strassenbäume	22 263
Direkte Bewirtschaftungskosten (in Fr. pro Strassenbaum)	158,63

2 Wald, Landwirtschaft und Pachten / Steuerungsvorgaben	2019
Bruttokosten des Produkts Wald (in Fr. pro ha)	3 378
Landwirtschaftliche Nutzfläche im Eigentum von GSZ (in ha)	610
davon Bioflächen	481
Anzahl Aktivmitglieder Kleingartenareale in der Zuständigkeit von GSZ	5 355
Anzahl Aktivmitglieder Gemeinschaftsgärten in der Zuständigkeit von GSZ	1 474
2 Wald, Landwirtschaft und Pachten / zusätzliche Kennzahlen	**2019**
Wildschonrevier: Erfüllungsquote (Minimum) kantonaler Abgangsplan (in %)	
Rehwild	93
davon Anteil Fallwild	29
Anzahl durch Hunde gerissene Wildtiere	9
Waldfläche in der hoheitlichen Zuständigkeit von GSZ (in ha)	2 065
davon im Eigentum der Stadt Zürich	1429
davon mit Vorrang biologische Vielfalt	534
[1] Erlös aus dem Holzverkauf ab Waldstrasse (in Fr.)	981 141
Landwirtschaftliche Nutzfläche in der Stadt Zürich (in ha)	847
davon Ackerlandfläche	316
davon Biodiversitätsförderfläche, Qualitätsstufe 1	283
davon Biodiversitätsförderfläche, Qualitätsstufe 2	129

Fläche Gartenland in der Zuständigkeit von GSZ (in ha)	153
davon Kleingartenareale	127
davon Gemeinschaftsgärten	13
davon gärtnerisch genutzte Einzelpachtflächen	13
Anzahl Immobilienobjekte im Eigentum von GSZ	42
davon in Eigennutzung	9
Fahrzeugflotte: CO_2-Ausstoss (in t)	493

3 Naturförderung und Bildung / Steuerungsvorgaben	**2019**
Anteil ökologisch wertvoller Fläche im Siedlungsgebiet (in %)	10,3
Anteil bekämpfter Standorte mit invasiven Neophyten auf stadteigenen Flächen (in %)	81
Fläche Naturschutzobjekte gemäss § 205 PGB (in ha)	113,0
Fläche im Inventar der kommunalen Naturschutzobjekte gemäss § 203 PBG (in ha)	479
Anzahl von GSZ durchgeführte oder mitfinanzierte Naturschulanlässe	889
Anzahl von GSZ durchgeführte oder mitfinanzierte Bildungsanlässe für Erwachsene	134
3 Naturförderung und Bildung / zusätzliche Kennzahlen	**2019**
Anzahl von GSZ durchgeführte Bildungsanlässe für Erwachsene	84
Anzahl von GSZ mitfinanzierte Bildungsanlässe für Erwachsene	50
Besuche Stadtgärtnerei	101 000
Besuche Sukkulenten-Sammlung	62 000
Verhältnis Naturschulanlässe zur Anzahl Schulklassen der Stadt Zürich (in %)	52
Anzahl von GSZ durchgeführte Naturschulanlässe	748
Anzahl von GSZ mitfinanzierte Naturschulanlässe	141
Naturschutz: Anzahl Schutzabklärungen (Naturschutzobjekte und Gebäudebrüter)	40
Investitionsbeitrag an die Stiftung Wildnispark Zürich (in Fr.)	0
Betriebsbeitrag an die Stiftung Wildnispark Zürich (in Fr.)	2 500 000

4 Planung und Beratung / Steuerungsvorgaben	**2019**
[2] Freiraumversorgungsgrad der Wohnbevölkerung (in %)	
Anteil gut	62
Anteil genügend	19
Anteil ungenügend	14
Anteil schlecht	5
[2] Freiraumversorgungsgrad der Arbeitsbevölkerung (in %)	
Anteil gut	38
Anteil genügend	19
Anteil ungenügend	23
Anteil schlecht	20

4 Planung und Beratung / zusätzliche Kennzahlen	2019
Bodenbedeckung der Stadt Zürich nach Flächenkategorien (in ha)	
davon Landwirtschaftsflächen	999
davon Grünflächen	2 227
davon Bestockte Flächen	2 186
davon Gewässer	510
davon Gebäude	1 100
davon Verkehrsflächen	1 271
davon Befestigte Freiflächen	895
Unterbaute Bodenfläche in der Stadt Zürich (in ha)	310
Freiraumberatung: Anzahl Baugesuche	1 173
davon GDP-Inventarobjekte nach § 203 PBG	143
davon KSO-Inventarobjekte (Naturschutzobjekte) nach § 203 PBG	28
Anzahl Beratungen für Infrastrukturbauten	363
Gartendenkmalpflege: Anzahl GDP-Inventarobjekte nach § 203 PBG	948
Anzahl Schutzabklärungen	15

[1] Höherer Ertrag aus Verkauf von Energie- und Stammholz infolge des Borkenkäferbefalls.
[2] Erhebung erfolgt im 4-Jahres-Rhythmus, das nächste Mal im 2022.
Abweichungen zu den Zielwerten siehe Rechnung der Stadt Zürich.

4.5 Tiefbauamt

4.5.1 Aufgaben

Die gut 300 Mitarbeitenden, Lernenden und Trainees des Tiefbauamts erarbeiten und setzen Stadtraum- und Mobilitätsstrategien um. Sie gestalten Stadträume und sind für die Erhaltung und den Neubau von Strassen, Plätzen und Kunstbauten zuständig. Auch ist die Fachstelle Kunst im öffentlichen Raum (KiöR) beim Tiefbauamt angegliedert. Das Tiefbauamt koordiniert die Baubedürfnisse aller städtischen Dienstabteilungen sowie kantonaler, nationaler und privater Partner im öffentlichen Strassenraum, dessen Untergrund und auf Plätzen in der Stadt Zürich. Neben dem Geschäftsbereich «Finanzen + Dienste», der die Baukoordination, das Rechnungswesen, Controlling, Informatik + Qualitätsmanagement und den Rechtsdienst umfasst, setzt sich das Tiefbauamt aus vier operativen Geschäftsbereichen zusammen.

Der Geschäftsbereich «Verkehr + Stadtraum» stellt die Weichen für eine stadtverträgliche Mobilität und hohe Gestaltungs- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Hierbei baut der Geschäftsbereich auf seine Kompetenzen in stadträumlich-gestalterischen sowie verkehrsplanerisch-funktionalen Fragestellungen. Seine Arbeit stützt sich auf die beiden Strategien «Stadtverkehr 2025» und «Stadträume Zürich».

Der Geschäftsbereich «Planung + Projektierung» entwickelt die baulichen Massnahmen für eine stadtverträgliche Mobilität in konkreten Bauprojekten. Die Projektleitenden integrieren die Infrastrukturbedürfnisse der Partnerbetriebe in die Bauprojekte, wie beispielsweise die Erneuerung von Abwasserkanälen, Wasser-, Gas- und Fernwärmeleitungen sowie die Anlagen des öffentlichen Verkehrs. Sie pflegen Kontakte mit der Bevölkerung, Quartiervereinen, dem Gewerbe und Interessenverbänden, um entsprechende Anliegen in die Projektentwicklung mit aufzunehmen.

Der Geschäftsbereich «Realisierung» setzt die ausgearbeiteten Bauprojekte um. Die Projektleitenden dieses Geschäftsbereichs schreiben die Bauvorhaben gemäss Submissionsrecht aus, informieren die Anwohnenden und das Gewerbe über die bevorstehenden Bauvorhaben und nehmen in der Bauphase die Rolle der Gesamtprojektleitung ein.

Der Geschäftsbereich «Werterhaltung» ist zuständig für das Anlagenmanagement der städtischen Strassen, Plätze, Fuss- und Velowege sowie für Kunstbauten wie Brücken, Tunnel, Stützmauern, Unterführungen und Bachdurchlässe. Basierend auf regelmässigen Zustandserhebungen werden Unterhalts-, Reparatur- oder Erneuerungsmassnahmen ausgelöst. Rund 100 Mitarbeitende arbeiten auf den vier Werkhöfen und gewährleisten mit ihren Bauleistungen die Sicherheit und Gebrauchstauglichkeit der Verkehrswege.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Neuorganisation der Geschäftsbereiche
Der ehemalige Geschäftsbereich Projektierung + Realisierung (P+R) wurde Mitte Jahr in zwei Geschäftsbereiche geteilt: den Geschäftsbereich Planung + Projektierung und den Geschäftsbereich Realisierung. Die Aufteilung erfolgte entlang des Hauptprozesses Infrastrukturbauten an der Nahtstelle zwischen dem bewilligten Projekt und der Ausführung des Projekts. Mit Thomas Jesel übernahm eine ausgewiesene Führungskraft mit langjähriger Berufserfahrung in einem grossen, international tätigen Ingenieurbüro die Leitung des Geschäftsbereichs Planung + Projektierung. Daniel Tremp, der seit November 2018 interimistisch den Geschäftsbereich Projektierung + Realisierung geleitet hat und langjährige Berufserfahrung im Tiefbauamt mitbringt, übernahm die Leitung des Geschäftsbereichs Realisierung.

Verkehrs- und Stadtraumplanung

Ansprüche an den öffentlichen Raum
Die Abstimmung und Optimierung der verschiedenen Nutzungsansprüche an den öffentlichen Raum ist eine grosse Herausforderung des Tiefbauamts. Wie können die Ansprüche nach guter Erschliessung, mehr Schatten und Grün, genügend Aufenthalts- und Zirkulationsflächen, sicheren und hindernisfreien Veloverbindungen sowie an einen verlässlichen öffentlichen Verkehr im begrenzten öffentlichen Raum umgesetzt werden? Wie können die Bedürfnisse nach weniger Lärm, zusätzlicher Boulevardgastronomie, barrierefreien Zugängen oder die Interessen des Gewerbes nach Kundenparkplätzen und Anlieferungsflächen unter einen Hut gebracht werden? Wie können wir den Ausbau der Fernwärme rasch vorantreiben und den anderen Bedürfnissen ebenso gerecht werden? Fragestellungen, die Projektleitende und Führungskräfte im Tiefbauamt in ihrer täglichen Arbeit intensiv beschäftigen.

Römerhofplatz. Bei der Planung für Neugestaltungen von öffentlichen Räumen zeigen sich die unterschiedlichen Interessen. (Bild: TAZ)

Strassenparkplätze auf Privatgrund kompensieren
Ein Ansatz, um Verkehrsflächen in Wohnquartieren für andere Nutzungsanforderungen freizuspielen, ist die kompensatorische Aufhebung von Blaue-Zone-Parkplätzen im Rahmen der Erstellung von Wohn-Ersatzneubauten. Vor Beginn jedes Strassenbauprojekts wird das Kompensationspotenzial ermittelt. Ein solches ist vorhanden, wenn im Rahmen von Ersatzneubauten Parkplätze neu auf Privatgrund erstellt wurden. Besteht in einer Strasse zum Beispiel der Bedarf zur Realisierung einer Baumallee, eines Velostreifens oder zusätzlicher Umschlagplätze für die Anlieferung, können Blaue-Zone-Parkplätze kompensatorisch aufgehoben werden. Im Jahr 2019 wurde nach der abgeschlossenen Pilotphase die systematische Umsetzung gestartet.

Richtplan Verkehr
Eine Priorisierung der Nutzungen öffentlicher Räume fand auch bei der Revision des kommunalen Richtplans Verkehr statt, die der Stadtrat Ende Oktober 2019 zuhanden des Gemeinderats verabschiedet hat gemeinsam mit dem kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen. Die aufeinander abgestimmten Planwerke zeigen auf, welche Ziele und Massnahmen auf kommunaler Ebene behördenverbindlich festzulegen sind, um den künftigen Herausforderungen zu begegnen, wie dem Wachstum der Wohn- und Arbeitsbevölkerung oder der Überhitzung von Gebieten im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Im Verkehr geht es auf kommunaler Stufe um die Erschliessung der Quartiere, wobei der Fokus auf dem Fuss- und Veloverkehr liegt. Als neues Element werden «Fussverbindungen mit erhöhter Aufenthaltsqualität» eingeführt. Diese verbessern die Zugänglichkeit zum Freiraumangebot im Siedlungsgebiet und zum Stadtrand oder bieten selbst durch ihre Lage und Gestaltung ein Freiraumerlebnis. Bäume, Grünstreifen, Bänke oder Wasserflächen tragen dazu bei, dass diese Strassen und Wege nicht nur zur Fortbewegung, sondern auch zum Verweilen oder für Begegnungen attraktiv sind. Dieses Fussverbindungsnetz soll in hitzebelasteten Gebieten der Stadt besonders dicht angelegt werden.

Bedürfnisse der Bevölkerung aufnehmen

Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Verkehr
Um die Projektentwicklung auf die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung auszurichten, sind Bevölkerungsbefragungen wichtig. Die Städtekonferenz Mobilität hat 2018 die Mobilität in der Stadt Zürich und weiteren Schweizer Städten untersucht und 2019 Ergebnisse veröffentlicht. Die Befragung zeigte, dass in der Stadt Zürich die generelle Zufriedenheit mit der Verkehrssituation ausgesprochen hoch ist. 72 % der Zürcherinnen und Zürcher sind damit sehr oder eher zufrieden. Insbesondere Personen, die in ihrem Alltag hauptsächlich mit dem öffentlichen Verkehr oder zu Fuss unterwegs sind, vergeben eine gute Punktzahl. Dagegen äussern sich rund 40 % der Autofahrenden wie auch der Velofahrenden kritisch und sind nicht zufrieden mit der Verkehrssituation. Dabei sticht vor allem hervor, dass gerade Personen, die mit dem Zweirad unterwegs sind, häufiger in Gefahrensituationen geraten. Rund vier von fünf Befragten halten die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs für sinnvoll. Ebenso viele sind für die Einrichtung von Begegnungszonen. Auch Tempo 30 auf Hauptverkehrsstrassen wird von zwei Dritteln der Bevölkerung als geeignete Massnahme für eine verbesserte Lebensqualität in der Stadt Zürich angesehen. Zudem werden die öffentlich zugänglichen Freiräume in der Wohnumgebung wie Plätze, Parks, Sport- und Grünanlagen äusserst positiv beurteilt.

«Metamorphosis» – für kinderfreundliche Quartiere
Neben Bevölkerungsbefragungen setzt das Tiefbauamt verschiedene Instrumente der Mitwirkung ein, um bei Quartieraufwertungen den Bedürfnissen der Wohnbevölkerung gerecht zu werden.

Im Rahmen des EU-Forschungsprojekts «Metamorphosis» wurden 2018 verschiedene Mitwirkungsaktionen mit Kindern aus den Quartieren Grünau und Tiefenbrunnen durchgeführt. Daraus sind verschiedene Ideen hervorgegangen, wovon einige 2019 bereits umgesetzt werden konnten. In der Siedlung Tiefenbrunnen bemalten die Kinder den Fussgängertunnel Altenhofstrasse neu und verwandelten ihn in eine Unterwasserwelt. Im September konnte die Begegnungszone «Wildbachstrasse» eingeweiht werden. Ein neuer Fussgängerübergang über die Bellerivestrasse ist in Planung. In der Grünau wurde durch «Metamorphosis» ein partizipativer Prozess zur Aufwertung des ehemaligen Dorfplatzes angestossen. Zusammen mit der Bevölkerung hat die Stadt Zürich das Projekt «Erzählmahl» entwickelt, das 2020 umgesetzt wird. Im Fokus steht dabei, sich auf dem alten Dorfplatz zu treffen, zu verweilen und gemeinsam zu essen. Dafür werden ein grosser Grill und ein langer Tisch aufgestellt. Zudem bieten Picknickplattformen mit Beschattung weitere Sitzmöglichkeiten. Für Kinder wird eine Matschküche eingerichtet.

Einsatz von Abstimmungsgeräten
Ein weiteres Beispiel ist der Einsatz eines Abstimmungsgeräts bei einem kleinen Platz an der Ecke Albisstrasse/Kilchbergstrasse in Wollishofen. Das Tiefbauamt hat in Zusammenarbeit mit Grün Stadt Zürich einen Vorschlag erarbeitet, wie die Aufenthaltsqualität des Plätzchens gesteigert werden kann. Der Vorschlag beinhaltet eine niedrige Staudenpflanzung und zwei zusätzliche Bäume neben dem bestehenden Baum und den Sitzbänken. Dieser wurde skizziert und die Zufriedenheit mit dem Vorschlag über ein vor Ort installiertes Abstimmungsgerät erhoben. Über das Abstimmungsgerät sind 477 gültige Stimmen eingegangen. 72 % der Stimmen sind mit dem Vorschlag zufrieden bis sehr zufrieden.

Ecke Albisstrasse/Kilchbergstrasse in Wollishofen. Abstimmungsgerät mit Entwurf für Neugestaltung im Einsatz. (Bild: TAZ)

Veloförderung

Veloparkierung an Bahnhöfen
Die Förderung des Veloverkehrs ist in der «Strategie Stadtverkehr 2025» und im «Masterplan Velo» verankert. Ausserhalb von Bauprojekten hat das Tiefbauamt weitere Schritte bei der Zugänglichkeit von Bahnhöfen gemacht: Seit September 2019 stehen 132 zusätzliche Doppelstock-Veloabstellanlagen auf der Nordseite des Bahnhofs Oerlikon kostenlos zur Verfügung. Die Veloabstellanlagen befinden sich auf dem Max-Frisch-Platz sowie entlang der Gleise auf Höhe des Emil-Oprecht-Platzes. Mit dieser Massnahme soll die überfüllte Velostation «Passage Oerlikon» entlastet werden.

Auch beim Bahnhof Wiedikon hat das Tiefbauamt weitere öffentliche Gratis-Veloabstellplätze gebaut. Beim westlichen Zugang zum Bahnhof, also von der Kalkbreite kommend, stehen 46 neue Abstellplätze mit Witterungsschutz bereit.

Da die Auslastung der Velostation Europaplatz nach zwei Betriebsjahren mit rund 55 % tiefer war, als ursprünglich geschätzt wurde, senkt die Stadt den Preis für das Jahresabonnement ab Januar 2020 von 180 Franken auf neu 120 Franken.

Veloverleihnetz komplett
Das Veloverleihnetz von «Züri Velo» geht auf einen Vorstoss im Gemeinderat zurück. Auf eine Ausschreibung der Stadt hin erhielt die PubliBike AG den Zuschlag. Im März 2018 wurden die ersten Stationen installiert. Seither hat PubliBike das Netz «Züri Velo» laufend ausgebaut. Im November 2019 wurde die 150. Station errichtet. Damit ist das Stadtnetz gemäss Vertrag mit PubliBike komplett.

Abgeschlossene Strassenbauprojekte

Koordiniertes Bauen
Auslöser für Tiefbauprojekte sind häufig Abwasserkanäle, Wasserleitungen, Strassenbeläge oder Anlagen des öffentlichen Verkehrs, die altershalber ersetzt werden müssen, aber auch neue Bedürfnisse für Fuss- und Veloverbindungen oder Plätze. Vor dem Hintergrund des koordinierten Bauens nimmt das Tiefbauamt weitere Sanierungsbedürfnisse von städtischen Werken und privaten Energie- und Telekomunternehmen auf. Im Zuge der Oberflächengestaltung prüft das Tiefbauamt bei allen Bauprojekten eine Verbesserung der Veloführung und der Fusswege und plant Strassenbäume gemäss dem städtischen Alleenkonzept ein, wo dies möglich ist. Sind Haltestellen des öffentlichen Verkehrs im Bauabschnitt, baut das Tiefbauamt diese nach den Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes aus und ermöglicht damit ein stufenloses Einsteigen in die Busse und Trams. Einige Beispiele von 2019 abgeschlossenen oder fast abgeschlossenen Bauprojekten aus unterschiedlichen Stadtquartieren sind hier aufgeführt:

Im Zuge des Ersatzes der abgenutzten Tramgleise erneuerte das Tiefbauamt im Herbst 2019 in der **Weinbergstrasse** den Belag und führte bergwärts einen neuen Velostreifen ein.

Weinbergstrasse. Mit dem Ersatz der abgenutzten Tramgleise führte das Tiefbauamt bergwärts einen Velostreifen ein. (Bild: TAZ)

In der **Wallisellenstrasse** in Schwamendingen ersetzte das Tiefbauamt 2018 die Wasserverteilleitungen und die Kanalisation und baute 2019 den Strassenoberbau mit lärmarmem Belag ein. Die Bushaltestellen «Dreispitz» und «Saatlenstrasse» stadtauswärts wurden hindernisfrei ausgebaut. Die regionale Veloroute konnte zwischen Am Glattbogen und der Autobahneinfahrt verlängert und die Velostreifen auf 1,5 m verbreitert werden.

Die **Tobelhofstrasse** ist eine wichtige regionale Verbindungsstrasse, die durch den Wald südlich des Zoos Zürich über Gockhausen nach Dübendorf führt. Damit das durch das hohe Verkehrsaufkommen verschmutzte Strassenabwasser nicht ungereinigt versickert, hat das Tiefbauamt im Zuge der Erneuerung des Strassenoberbaus eine Sammelleitung für das Strassenabwasser erstellt. Diese Leitung läuft über ein Retentionsfilterbecken, das das anfallende Wasser reinigt. Das gereinigte Wasser wird anschliessend in den Bach geleitet. Der bereits vorhandene Gehweg wurde zu einem Velo- und Fussgängerweg ausgebaut. Da der Untergrund teilweise instabil und der Hang rutschgefährdet ist, wurde eine Stützmauer gebaut. Beim Fussgängerstreifen in der grossen Kurve hat das Tiefbauamt eine Mittelinsel gebaut und an den nicht beleuchteten Stellen des Wegs eine angemessene Beleuchtung angebracht. Auf der Strecke liegen ausserdem drei Bushaltestellen, die mit hohen Haltekanten hindernisfrei ausgebaut wurden. Die Weiterführung der Sanierung und des Velowegs über die Stadtgrenze hinaus Richtung Dübendorf wird vom kantonalen Tiefbauamt gleichzeitig durchgeführt, sodass für den Velo- und Fussverkehr neu eine durchgängige Strecke über die Stadtgrenze besteht.

In der **Witikonerstrasse** erneuerte das Tiefbauamt die Abwasserkanalisation und Werkleitungen sowie den Strassenbelag. 19 neue Bäume wurden gepflanzt, die Gehwege verbreitert und die Bushaltestellen hindernisfrei ausgebaut. Im Abschnitt Waser- bis Loorenstrasse errichtete das Tiefbauamt auf einer Strecke von rund 500 m beidseitig Velostreifen. Im Abschnitt Berghalden- bis Loorenstrasse werden im Sommer 2020 der lärmmindernde Belag eingebaut und ebenfalls beidseitig Velostreifen markiert.

In der **Selnaustrasse** wurden 2019 die Gas- und Stromleitungen erneuert, die Tramgleise ersetzt und die Tramhaltestelle «Bahnhof Selnau» mit hohen Haltekanten ausgerüstet. Der Fuss- und Veloverkehr wurde, wo baulich möglich, getrennt, um die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger zu erhöhen. Zwischen Sihlamtsstrasse und Stauffacherbrücke hat das Tiefbauamt auf beiden Fahrbahnseiten Velostreifen markiert.

In der **Leimbachstrasse** hat das Tiefbauamt 2019 die Abwasserkanäle und Wasserleitungen ersetzt. Mit der Erneuerung des Strassenoberbaus werden bis Mai 2020 auf den angepassten Mittelinseln Bäume gepflanzt. Das Tiefbauamt baut die Bushaltestellen «Im Hüsli» und «Marbachweg» hindernisfrei aus und wertet den Knoten Leimbachstrasse/Maneggpromenade mit einer Trottoirüberfahrt auf. Es wird Tempo 30 eingeführt und bergwärts ein 600 m langer, durchgehender Velostreifen angelegt.

Ende August 2019 feierten die Städte Schlieren und Zürich mit dem Kanton Zürich die Eröffnung der ersten Etappe der **Limmattalbahn,** die in der ersten Etappe vom Farbhof in Altstetten bis nach Schlieren führt. Gleichzeitig mit den Tramgleisen wurden auch auf der ganzen Strecke durchgehend Velostreifen realisiert. Für den Bau beauftragt ist die Limmattalbahn AG, die ihre Bauarbeiten auf dem Gebiet der Stadt Zürich in enger Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt ausführt.

Das Tiefbauamt gestaltete die Personenunterführung beim **Bahnhof Wollishofen** im Bereich des Mythenquais, die nur Treppenaufgänge und keine Rampen aufwies, stufenlos aus und passte die öffentliche Beleuchtung an.

Der Busbetrieb der Linie 32 auf der **Wehntalerstrasse** wurde insbesondere in den Spitzenzeiten stark durch Rückstaus an den Kreuzungen behindert. Neu wurden vor den Kreuzungen separate Busspuren umgesetzt. Neben der Anpassung der Markierungen mussten mehrere Mittelinseln von Fussgängerstreifen verschoben und Fahrbahnränder angepasst werden. Beim Knoten Käferholzstrasse wurde beim bestehenden Fussgängerstreifen eine neue Mittelinsel realisiert.

Das Tiefbauamt hat die Tram- und Bushaltestellen am wichtigen Verkehrsknoten **Bucheggplatz** soweit möglich hindernisfrei ausgebaut. Die Haltekanten hatten bislang eine Höhe von 10 cm, was den autonomen Zugang zu den Bussen und Trams für Gehbehinderte sehr schwer oder unmöglich macht. Neu sind die Haltekanten 16 bis 22 cm hoch. Im gleichen Zuge wurden auch Leitungen der Strassenentwässerung ersetzt und Schäden am Belag behoben sowie die bisherigen Unterflurhydranten durch neue Überflurhydranten ersetzt.

Tiefbauprojekte ohne Oberflächengestaltung
Nicht alle Tiefbauprojekte beinhalten eine Änderung der Oberfläche. Bei den meisten 2019 abgeschlossenen Bauprojekten wurden in erster Linie die Werkleitungen und Kanäle ersetzt und die Oberfläche mit marginalen Änderungen wiederhergestellt. Ein Beispiel für ein Bauprojekt, bei dem an der Oberfläche keine Änderung vorgenommen wurde, ist die **Kanalsanierung in der Innenstadt.** Unter der St. Annagasse, Löwenstrasse und Gessnerallee befindet sich ein rund 80-jähriger begehbarer Abwasserkanal, der inwendig saniert wurde, sowie eine im Kanal aufgehängte Reinabwasserleitung, die ersetzt wurde. Daneben wurden drei zusätzliche Kanaleinstiege auf der Höhe St. Annagasse erstellt. Mit der Sanierung wurde die Lebensdauer des Kanals um rund 50 Jahre verlängert. Von den unterirdischen Bauarbeiten waren einzig die Installationsflächen bei den Einstiegen sichtbar.

Begehbarer Abwasserkanal unter der St. Annagasse in der Innenstadt. Von den unterirdischen Bauarbeiten waren nur die Installationsflächen sichtbar. (Bild: TAZ)

Ausblick auf den Ausbau der Fernwärme
In den kommenden Jahren wird mit dem Ausbau der thermischen Netze (Fernwärme und Fernkälte) ein weiterer Auslöser für Bauprojekte hinzukommen. Mit dem auf der Grundlage der städtischen Energieplanung vorgesehenen Ausbau der thermischen Netze erhöht sich das Bauvolumen in der Stadt Zürich deutlich. Um die Einschränkungen für die Bevölkerung, das Gewerbe und den Verkehr möglichst tief zu halten und Ressourcen zu schonen, ist der Ausbau der thermischen Netze wo immer möglich und sinnvoll mit anderen Baubedürfnissen zu koordinieren. Dies ist eine grosse Herausforderung, mit der sich das Tiefbauamt 2019 intensiv befasst hat und auch in Zukunft beschäftigen wird.

Quartieraufwertung

Hohe Zufriedenheit mit neu gestalteten Plätzen
Wie neu gestaltete Stadträume bei der Bevölkerung ankommen, erhebt das Tiefbauamt nach Abschluss der Bauarbeiten anhand von Befragungen, Beobachtungen und Zählungen. 2019 veröffentliche das Tiefbauamt die Ergebnisse zur wahrgenommenen Qualität und Nutzung des neu gestalteten Hardplatzes und des Stauffachers. Die Zufriedenheit der Bevölkerung von 83 % (Hardplatz) und 93 % (Stauffacher) ist bei beiden Stadträumen hoch. Der Hardplatz besticht durch seine Unaufgeregtheit, derweil der Stauffacher eine gut genutzte Umsteigezone ist, die auf dem Vorplatz der Kirche ebenso zum Verweilen einlädt.

Marktplatz Oerlikon
Die intensive Nutzung durch Wochenmärkte und Veranstaltungen hat auf dem Natursteinbelag des gut 40-jährigen Marktplatzes Oerlikon ihre Spuren hinterlassen. Von Mai bis November 2019 hat das Tiefbauamt den Belag ersetzt und die Platzentwässerung sowie die Wasserleitung in der Edisonstrasse saniert. Da es sich um einen Platz von hoher Wichtigkeit für Oerlikon handelt, hat das Tiefbauamt Vertreterinnen und Vertreter von Quartier und Gewerbe sowie die Marktfahrervereinigung frühzeitig mit einbezogen und deren Bedürfnisse betreffend Infrastruktur auf dem Platz wie auch beim Bauablauf abgeholt. Die bekannte Färbung mit roter und dunkelgrauer Pflästerung wurde beibehalten. Der neue Natursteinbelag ist robuster und wird den Belastungen in Zukunft besser standhalten. Trotz Bauarbeiten konnte der Markt zweimal wöchentlich stattfinden.

Begegnungszonen
Ein Mittel für eine Aufwertung von Nachbarschaftszentren sind Begegnungszonen. Mit dem Tempo-20-Regime und gestalterischen Elementen wie Bäumen schaffen sie sichere Fuss- und Veloverbindungen und erhöhen die Aufenthaltsqualität. Neben der Begegnungszone «Wildbachstrasse», die im Rahmen von «Metamorphosis» errichtet wurde, ist 2019 im Bereich Bahnhaldenstrasse/Höhenring in Seebach eine neue Begegnungszone entstanden. In Altstetten hat das Tiefbauamt nach Abschluss der Kanal- und Werkleitungsbauten die bestehende Begegnungszone in der Stampfenbrunnenstrasse mit einer Baumallee, Sitzbänken und einem Trinkbrunnen ausgestattet und um die Meientalstrasse erweitert. In Albisrieden wird der Langhagweg zwischen Letzigraben und Sackzelg in eine Begegnungszone mit einseitiger Baumreihe umgestaltet.

Begegnungszone Stampfenbrunnenstrasse in Altstetten. Mit dem Tempo-20-Regime und gestalterischen Elementen erhöhen Begegnungszonen die Sicherheit zu Fuss und die Aufenthaltsqualität. (Bild: TAZ)

Ersatzneubau Rathausbrücke

Die heutige Rathausbrücke ist sanierungsbedürftig und ein Engpass für den Abfluss des Wassers aus dem Zürichsee. Deshalb muss die Brücke ersetzt und die Abflusskapazität der Limmat durch eine Änderung der Pfeilerkonstruktion sowie eine Absenkung der Limmatsohle im Brückenbereich erhöht werden. Der Ersatzneubau schafft einen attraktiven Platz über der Limmat in der Zürcher Altstadt. Das Tiefbauamt hat einen Studienauftrag für den Ersatzneubau Rathausbrücke ausgeschrieben, den das Team Bänziger Partner AG Zürich, 10:8 Architekten GmbH Zürich und F. Preisig AG Zürich für sich entschieden hat. Ihr Vorschlag für eine neue Brücke überzeugte als klar strukturierte Platzebene über der Limmat, mit ausgewogenen Aufenthaltszonen und langen Sitzbänken an beiden Brückenrändern sowie einer hohen Flexibilität für verschiedenste Nutzungen.

Rathausbrücke, auch «Gemüsebrücke» genannt. Ausstellung der Modelle zum Studienauftrag für den Ersatzneubau der Rathausbrücke. (Bild: TAZ)

Heimplatz

Im Zuge der Kunsthauserweiterung soll auch der Heimplatz neu gestaltet werden. Bessere Übergänge sowie mehr Platz für Fuss- und Veloverkehr sollen die Sicherheit erhöhen. Der Stadtrat hat 2019 einen Projektierungskredit bewilligt und für die Platzneugestaltung die Studie «Place-Jardin» zur Weiterbearbeitung empfohlen. Zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität sieht die Studie im Zentrum des Heimplatzes einen kleinen Stadtgarten mit Bäumen, Staudenbeeten, Sitzstufen, einem Trinkbrunnen und einer kleinen Espressobar vor. Der Heimplatz wird ein stark genutzter Verkehrsknoten bleiben. Nur mit einer Entflechtung der Verkehrsströme lässt sich Raum für den Fuss- und Veloverkehr gewinnen. Deshalb werden für den motorisierten Individualverkehr mehrere Abbiegebeziehungen aufgehoben. Für den Veloverkehr werden Velostreifen markiert und für den Fussverkehr werden sichere und kurze Übergänge angeboten. Die Umsetzung des Siegerprojekts «Place-Jardin» ist ab 2023 geplant.

Münsterhof

Auf Einladung der Arbeitsgruppe Kunst im öffentlichen Raum (AG KiöR) verwandelte der Berner Künstler Heinrich Gartentor den Münsterhof diesen Sommer für gut drei Wochen in eine grüne Oase. Er transportierte zwei Trauerweiden und 1100 m^2 Magerwiese auf Paletten und Sitzmöbel an. Dank der «Insel in der Stadt» erhielt der Münsterhof eine neue, poetische Dimension und funktionierte als gesellschaftlicher Treffpunkt. Zum Abschluss wurde die ganze Wiese Stück für Stück verkauft. Die gute Resonanz des Kunstprojekts bestätigte das Bedürfnis nach mehr Schatten und kühlenden Elementen auf dem Münsterhof, das besonders während der heissen Sommermonate aufkommt. Das Tiefbauamt prüft nun die Möglichkeiten, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen.

Auf Einladung der Arbeitsgruppe Kunst im öffentlichen Raum (AG KiöR) verwandelte der Künstler Heinrich Gartentor den Münsterhof diesen Sommer temporär in eine grüne Oase. (Bild TAZ)

Digitalisierung

Das Tiefbauamt geht die digitale Transformation aktiv an. Es versteht die Digitalisierung als Chance und möchte von ihr profitieren. Deshalb hat das Tiefbauamt im Jahr 2019 eine geschäftsbereichsübergreifende Gruppe von Digitalisierungsbegleitenden (kurz: «Digis») gebildet. Diese schaffen eine Brücke zwischen der IT und den Geschäftsbereichen. In IT-Projekten sind sie zugleich die Ansprechpersonen vonseiten der operativen Einheiten wie auch der IT, wenn es um die Erhebung von Anforderungen und Bedürfnissen aus den Geschäftsbereichen geht. Die Digis eigneten sich in monatlichen Workshops Kenntnisse zu neuen Technologien, Software-Anwendungen und Cultural Change an. Sie entwickelten Ideen und Projekte, wie sie neue Technologien im Arbeitsalltag in den einzelnen Geschäftsbereichen nutzen können und setzten diese teilweise bereits um.

4.5.3 Spezifische Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Projekte (inkl. Kanalbauten ERZ)	**447**	**407**	**392**	**416**	**392**
davon in Realisierung	118	111	128	119	103
davon in Projektierung	204	247	234	251	269
davon in Planung	125	49	30	46	20
Anzahl Mitarbeitende	**304**	**307**	**314**	**319**	**318**
davon Lernende	16	17	17	17	16
Investitionen kommunale und überkommunale Strassen (exkl. ERZ, VBZ, WVZ, ewz usw.)					
– Ausgaben (in Mio. Fr.)	104,2	80,0	80,3	80,1	100,9
– Einnahmen (in Mio. Fr.)	46,7	21,3	23,5	37,2	43,2

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Initiativen
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied / Kommission Geschäftsbezeichnung
Volksinitiative 2017/468	08.08.2017 25.10.2017	Initiativkomitee, vertreten durch Moira Pinkus Volksinitiative «Züri-Autofrei»

1. Die Gemeindeordnung wird wie folgt geändert:

Art. 2quinquies Absatz 2 (neu)

Das Stadtgebiet wird vom individuellen Motorfahrzeugverkehr befreit und Alternativen werden entsprechend gefördert. Die zwingenden Bestimmungen des kantonalen Rechts und des Bundesrechts bleiben vorbehalten. Erlaubt bleibt ferner der Motorfahrzeugverkehr, soweit er zur Versorgung der Bevölkerung und des Gewerbes, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste und des öffentlichen Verkehrs sowie zur Gewährleistung der Mobilität für Menschen mit Behinderung oder eingeschränkter Mobilität erforderlich ist.

Abs. 2 und 3 werden zu Abs. 3 und 4.

Art. 125 Übergangsbestimmungen
Die zuständigen Behörden haben innert nützlicher Frist nach Annahme der Initiative durch das Volk die entsprechenden Beschlüsse zur Durchsetzung der Änderungen gemäss Art. 2quinquies erlassen.
2. Der Stadtrat setzt diese Ergänzungen der Gemeindeordnung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

Der Stadtrat hat mit Weisung vom 10. Juli 2019 (GR Nr. 2019/319) die Volksinitiative «Züri Autofrei» zur Ablehnung beantragt. Am 21. August 2019 wurde das Geschäft der Spezialkommission Sicherheitsdepartement, Verkehr (SK SID/V) überwiesen und ist dort pendent. Der Entscheid des Bundesgerichts betreffend die Gültigkeit der Volksinitiative ist noch ausstehend.

Volksinitiative 2019/261	19.12.2017 07.03.2018	Initiativkomitee, vertreten durch Graff Anna Volksinitiative «Sichere Velorouten für Zürich»

1. Die Gemeindeordnung wird wie folgt geändert:

Ergänzung von Art. 2quinquies Abs. 2
Zu diesem Veloroutennetz gehören auch Veloschnellrouten, welche gegenüber Querungen in der Regel vortrittsberechtigt sind. Zudem sind diese Veloschnellrouten grundsätzlich frei vom motorisierten Individualverkehr, wobei der Stadtrat die Ausnahmen regelt, so namentlich für die Anwohnenden, das Gewerbe, die Blaulichtorganisationen sowie für mobilitätsbehinderte Personen.

Art. 126
Zur Umsetzung von Art. 2quinquies Abs. 2 Sätze 2 und 3 GO realisiert die Stadt Zürich bis spätestens 10 Jahre nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen ein Netz aus sternförmigen sowie tangentialen Veloschnellrouten mit einer Länge von insgesamt mindestens 50 Kilometern. Die Stadt Zürich veröffentlicht bis zur Erreichung dieses Ziels einen jährlichen Zwischenbericht.

2. Der Stadtrat setzt diese Ergänzung der Gemeindeordnung in Kraft.

Der Stadtrat hat mit Weisung vom 10. Juli 2019 (GR Nr. 2019/261) die Zustimmung zur Volksinitiative «Sichere Velorouten für Zürich» beantragt. Am 21. August 2019 wurde das Geschäft der SK SID/V überwiesen.

II. Unerledigte Motionen und Postulate[1]
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied / Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2001/340	20.06.2001 14.01.2004	Markus Zimmermann (SP) Limmatuferzone in Wipkingen, Aufwertung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Gebiet zwischen Bahnhof Letten und Gemeinschaftszentrum Wipkingen aufgewertet werden kann. Von besonderem Interesse ist dabei die Aufwertung der Limmatuferzone vom Bahnhof Letten bis zum GZ Wipkingen, aber auch die Wasserwerk- und Hönggerstrasse sowie der Wipkingerplatz.

Die im Rahmen der Vorprojektierung festgelegte Bestvariante mit Umsetzung der im regionalen Richtplan vorgesehenen Veloroute und des Alleenkonzepts wurde 2019 im Mitwirkungsverfahren öffentlich aufgelegt. Auf dieser Basis wird im Jahr 2020 das Bauprojekt ausgearbeitet. Tempo 30 auf der Hönggerstrasse und auf der Wasserwerkstrasse ist seit 2018 rechtskräftig und wird mit den jeweiligen Strassenbauprojekten umgesetzt. Die Studie, mit welcher die städtebauliche, stadträumliche sowie verkehrliche Situation am Wipkingerplatz geprüft werden soll, wurde 2019 gestartet und soll 2020 abgeschlossen werden. Die Verbreiterung des Limmatuferwegs wird geprüft.

Postulat 2003/183	04.06.2003 17.09.2003	Daniel Leupi (Grüne) und Robert Schönbächler (CVP) Langstrasse, sichere Verkehrsführung zwischen Hohl- und Militärstrasse

Der Stadtrat wird zu prüfen gebeten,
a. wie dem Veloverkehr in der Langstrasse (Abschnitt zwischen Hohl- und Militärstrasse) so schnell wie möglich eine legale und sichere Verkehrsführung in beiden Richtungen angeboten werden kann und
b. wie das im regionalen Richtplan vorgesehene Verkehrskonzept für die Langstrasse umgesetzt werden kann (Langstrasse autoarm mit öffentlichem Verkehr, Taxi-, Velo-, Anwohner- und Lieferverkehr/Kanonengasse bzw. Feldstrasse mit motorisiertem Durchgangsverkehr).

Mit dem Projekt «Verkehrsarme Langstrasse» erfolgt die Sperrung für den motorisierten Individualverkehr (MIV) auf dem Abschnitt Brauer- und Hohlstrasse zwischen 5.30 Uhr und 22.00 Uhr, die die durchgängige Öffnung der Langstrasse für den Veloverkehr in beiden Fahrtrichtungen ermöglicht. Die Umsetzung dieses Konzepts ist für das Jahr 2022 vorgesehen und wird begleitet von flankierenden Strassenbauprojekten im Langstrassengebiet.

Postulat 2004/201	07.04.2004 13.09.2006	Ernst Danner (EVP) Zehntenhausplatz, oberirdische Fussgängerverbindungen über die Wehntalerstrasse

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie möglichst rasch oberirdische Fussgängerverbindungen über die Wehntalerstrasse beim Zehntenhausplatz in Affoltern realisiert werden können.

Bis Ende 2019 wurde das Vorprojekt «Tram-Affoltern» erarbeitet. Dieses beinhaltet den Rückbau der bestehenden Unterführung und das Erstellen von zwei oberirdischen Querungen im Bereich der geplanten Tramhaltestelle. Eine dritte Querung auf Höhe des Gasthofs Löwen ist aufgrund der ungenügenden Breite des Strassenraums erst umsetzbar, wenn sich die bauliche Situation beim Kronenhof-Areal verändert.

Postulat 2006/222	07.06.2006 14.05.2008	Christine Seidler (SP) und Mario Mariani (CVP) Familiengärten, Ersatzstandorte

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für die Familiengärten, welche dem Bedürfnis nach notwendigen öffentlichen Grünräumen weichen müssen, geeignete Ersatzstandorte gefunden oder in den Arealen der Familiengärten teilweise öffentliche Nutzungen zugelassen werden können.

In diesem Zusammenhang wird der Stadtrat gebeten, dem Gemeinderat ein Konzept über die Nutzungsstrategie der Grünflächen der Stadt Zürich vorzulegen, welches dem Bedürfnis von öffentlichen Parkflächen und der Nutzung von Familiengärten Rechnung trägt.

Für öffentliche Grünräume mussten in der Vergangenheit nur wenige Familiengartenareale weichen. Die Mehrheit der Areale musste und muss für verschiedene Bauvorhaben geräumt werden, wie ein Teil des Vulkanareals für das Eishockeystadion, der Schulhaus-Neubau im Freilager oder städtischer Wohnungsbau an der Thurgauerstrasse. Grün Stadt Zürich ist bestrebt, wo möglich neues Gartenland zu erschliessen. Diese neuen Gartenareale können auf heute landwirtschaftlich genutzten Flächen erstellt werden. Grün Stadt Zürich realisiert momentan drei konkrete Projekte (Dunkelhölzli, Froloch, Fronwald/Glaubten). Zusätzlich gibt es Erweiterungspotenziale bei bestehenden Gartenarealen, die parallel angegangen werden (z. B. Dreiwiesen). Um weitere infrastrukturarme Gemeinschaftsgärten zu ermöglichen, werden auch Landwirtschaftsflächen für Gartenprojekte an der Schnittstelle zur Landwirtschaft (z. B. Vertragslandwirtschaft) zur Verfügung gestellt (z. B. Querbeet in Seebach). In neuen, und teilweise in bestehenden, Arealen sind kleinere Parzellen und Gemeinschaftsgärten vorgesehen, was vielen Interessierten den Zugang zu Gartenland ermöglicht. In neuen Arealen wird immer auch eine Kombination von öffentlichem Grünraum und Gartenland umgesetzt. In bestehenden Arealen sind diverse öffentliche Wegverbindungen mit Aufenthaltsqualität vorgesehen. Für die Einrichtung dieser öffentlichen Wegverbindungen und Bereichen in bestehenden Arealen werden Teile des Gartenlands beansprucht. Diverse Gartenobjekte sind auch Bestandteil des kommunalen Richtplans Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLÖBA), einerseits für öffentliche Wege und andererseits für Ersatzflächen und Erweiterungen (z. B. Probstei). Der Antrag kann abgeschrieben werden, sobald der kommunale Richtplan festgesetzt ist.

[1] Abschreibungsanträge zu Postulaten wurden mit separater Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2007/406	11.07.2007 06.10.2009	Daniel Leupi (Grüne) und Claudia Nielsen (SP) Sihl an der Lessingstrasse, Realisierung eines Stegs gemäss Richtplan

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der im kommunalen Richtplan vorgesehene Steg über die Sihl zwischen Lessingstrasse und Sihlcity so schnell als möglich realisiert werden kann.

Das Vorprojekt zum Sihlcity-Steg ist fertiggestellt. Erst mit dem Bau des Entlastungsstollens der Sihl in den Zürichsee (Projekt Kanton Zürich, voraussichtlich 2023) können die Gewässerabstände verkleinert werden, was die mit dem Postulat geforderte fussgänger- und velofreundliche Verbindung erlauben wird. Die Realisierung ist daher erst im Anschluss an die Inbetriebnahme des Entlastungsstollens möglich.

Motion 2007/510	19.09.2007 30.09.2009	Franziska Graf (SP) und Daniel Leupi (Grüne) Fahrradverleihsystem, Einführung und Trägerschaft

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, mittels der stadtweit ein einfaches, benutzerfreundliches und kostendeckendes Fahrradverleihsystem eingerichtet und dieses einer geeigneten privaten Trägerschaft für den Betrieb übergeben werden kann.

Als Vorbild sollen erfolgreiche Konzepte wie zum Beispiel jenes der Stadt Lyon dienen, angepasst an die Verhältnisse der Stadt Zürich.

Mit Weisung vom 27. September 2017 hat der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht erstattet und Antrag zur Abschreibung der Motion (GR Nr. 2017/334) gestellt. Die Zuweisung an die SK SID/V erfolgte mit Beschluss des Büros des Gemeinderats vom 23. Oktober 2017.

Postulat 2010/207	21.04.2010 26.09.2012	Bruno Sidler und Theo Hauri (beide SVP) Vereinfachung der Zufahrt zu den Liegenschaften am Max-Bill-Platz

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Zentrum Zürich-Nord die Zu- und Wegfahrt für Lastwagen und Personenwagen zu den Liegenschaften am Max-Bill-Platz (Anlieferer für die Ladengeschäfte und Benutzer des Parkhauses Nordlicht) vereinfacht von der Binzmühle- über die Birchstrasse in den Armin-Bollinger-Weg – unter Aufhebung des jetzigen Fahrverbots auf dem Teilstück der Birchstrasse zwischen der Binzmühlestrasse und dem Armin-Bollinger-Weg – angeordnet werden kann.

Die Verbesserung der Zu- und Wegfahrt zu den Liegenschaften am Max-Bill-Platz bedingt eine Änderung der Sonderbauvorschriften für das Gebiet «Neu-Oerlikon». Die zurzeit geplante Teilrevision beinhaltet hauptsächlich Anpassungen für das Teilgebiet D, nördlich des Bahnhofs Oerlikon. Da die Verbesserung der Zu- und Wegfahrt zum Max-Bill-Platz nicht im Fokus der aktuellen Gebietsentwicklung liegt, ist diese nicht Gegenstand der geplanten Teilrevision.

Postulat 2010/319	14.07.2010 25.08.2010	Hans Jörg Käppeli (SP) und Roger Tognella (FDP) Verbreiterung der Bushaltestelle Bahnhof Oerlikon Ost zur Verbesserung der Sicherheit

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Bushaltestelle «Bahnhof Oerlikon Ost» in der Schaffhauserstrasse in Fahrrichtung Sternen Oerlikon zur Verbesserung der Sicherheit deutlich verbreitert werden kann, unter Aufrechterhaltung freier Fahrwege für die Blaulichtorganisationen.

Die heutige Inselbreite zwischen dem Tram-/Bustrassee und der MIV-Spur ist knapp und soll mit dem Projekt «Quartieranbindung Ost Etappe 3b» verbreitert werden. Als Grundlage für die weitere Projektierung wurde 2019 eine Potenzialstudie erarbeitet. Die möglichen Stossrichtungen werden im Zuge der Bearbeitung der Motion GR Nr. 2016/387 aufgezeigt.

Postulat 2011/55	02.03.2011 13.04.2011	SP-, Grüne-, GLP-, AL-Fraktionen und die parlamentarische Gruppe EVP Erarbeitung Masterplan Mobilität zur Erreichung der CO_2-Emissionsziele

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, einen Masterplan «Mobilität» zu erarbeiten, der aufzeigt, auf welchem Absenkpfad die anteilsmässigen Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft und der 1-Tonnen-CO_2-Gesellschaft schrittweise über Zwischenziele alle 10 Jahre bis zum Jahr 2050 im Bereich Mobilität erreicht werden soll. Neben den theoretischen Überlegungen soll der Masterplan «Mobilität» konkrete Massnahmen beinhalten und u. a. auch aufzeigen, welche Beiträge der technologische Fortschritt und Verhaltensänderungen zur Erreichung der Ziele leisten sollen.

Die «Roadmap 2000-Watt-Gesellschaft» vom November 2016 zeigt auch für den Bereich der Mobilität auf, wo die Stadt heute steht, wo weitere Reduktionspotenziale liegen und wie die Ziele erreicht werden können. Gerade im Bereich der Mobilität zeigt sie, dass es eine sehr grosse Herausforderung darstellt, die 2000-Watt-Ziele zu erreichen. Dafür verantwortlich ist in erster Linie der Flugverkehr, der seit Jahren sehr stark wächst und trotz Effizienzsteigerungen zu höheren Pro-Kopf-Emissionen führt. Trotz deutlich sinkender spezifischer Verbräuche und Emissionen bleiben diese auch im landseitigen Verkehr lediglich stabil. Zusätzliche Massnahmen im Mobilitätsbereich sind nötig, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Jedoch ist der Handlungsspielraum für die notwendigen Massnahmen auf Gemeindeebene eingeschränkt.

Der Stadtrat anerkennt die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Klimaschutzes. Das hat er in der Interpellationsantwort vom 9. Januar 2019 zur Umsetzung des Klimaabkommens von Paris in Zürich (STRB Nr. 1/2019) und in seiner Antwort auf die Klimastreikpetition vom 22. Mai 2019 (STRB Nr. 426/2019) nochmals bekräftigt. Er prüft nun eine Verschärfung des aktuellen Zürcher Klimaschutzziels von einer Tonne CO_2 pro Person und Jahr und erarbeitet dazu verschiedene Szenarien zu «Netto-Null-Treibhausgasen». Diese Szenarien-Analyse soll aufzeigen, in welchem Zeitraum, innerhalb welcher Systemgrenzen, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Konsequenzen ein verschärftes Klimaschutzziel in der Stadt umgesetzt werden kann. Ebenso werden im Rahmen der Weiterentwicklung der Mobilitätsstrategie «Stadtverkehr 2025» Handlungsoptionen und Massnahmen zur Senkung der CO_2-Emissionen geprüft.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2012/405	06.04.2011 07.11.2012	Marianne Aubert und Hans Jörg Käppeli (beide SP) Haltestelle Klusplatz, benutzerfreundliche und behindertengerechte Gestaltung

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um die Haltestelle Klusplatz benutzerfreundlich und behindertengerecht zu gestalten. Insbesondere sind die Umsteigebeziehungen deutlich zu verbessern und die Wege zu verkürzen.

Am 3. April 2019 wurde eine Motion mit weitgehend identischem Auftrag und Wortlaut eingereicht (GR Nr. 2019/128). Es erfolgt eine Neubeurteilung der Situation am Klusplatz.

Postulat 2011/335	14.09.2011 17.04.2013	Joachim Hagger und Alexander Jäger (beide FDP) Errichtung eines automatischen, kostenpflichtigen Parkiersystems für Velos

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er an einem geeigneten zentralen Standort eine Anlage für ein automatisches Parkiersystem für Velos erstellen kann.

Derzeit sind mehrere Velostationen in Planung. Die Möglichkeit automatischer Parkiersysteme wird dabei geprüft.

Postulat 2012/54	08.02.2012 14.03.2012	Markus Knauss (Grüne) Umgestaltung des Utoquais, Realisierung eines durchgehend abgesetzten Radstreifens

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei einer Umgestaltung des Utoquais ein durchgehender abgesetzter Radstreifen in beide Richtungen realisiert werden kann.

Das Projekt Veloweg Utoquai («Komfortroute») wurde nach dem Mitwirkungsverfahren (§ 13 Strassengesetz) abgebrochen. Es werden zurzeit alternative Lösungen untersucht.

Postulat 2012/210	23.05.2012 05.06.2013	Marianne Aubert und Gabriela Rothenfluh (beide SP) Erstellung eines von der Fahrbahn abgesetzten Fuss- und Velowegs parallel zur Seebacherstrasse ab der Bahnunterführung bis zum Friedhof Schwandenholz

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie parallel zur Seebacherstrasse ab der Bahnunterführung durch das Hürstholz und über die Felder zum Friedhof Schwandenholz ein Fuss- und ein Veloweg – klar abgesetzt von der Fahrbahn – erstellt werden können. Die Fahrbahn soll dabei nicht verbreitert werden.

Die Verkehrsbelastung auf der Seebacherstrasse ist gering und die Strecke kann gut von Velofahrerinnen und Velofahrern genutzt werden. Die bestehenden Wald- und Flurwege bieten zudem eine attraktive Alternative. Ausgelöst durch die städtebauliche Entwicklung entlang der Seebacherstrasse werden die künftigen Anforderungen der verschiedenen Verkehrsmittel an die Strasse evaluiert und in einem Betriebs- und Gestaltungskonzept aufgezeigt.

Postulat 2012/213	23.05.2012 13.06.2012	Alecs Recher (AL) Schaffung einer durchgängig sicheren Verbindung für Radfahrende auf der Forchstrasse zwischen Rehalp/Stadtgrenze und Stadelhofen

Der Stadtrat wird gebeten, die Realisierung von Massnahmen zu prüfen, um für Radfahrende eine durchgängig sichere Verbindung auf der Forchstrasse zwischen der Rehalp/Stadtgrenze und dem Stadelhofen zu erreichen, ohne den Raum der FussgängerInnen zu schmälern.

Auf der Achse zwischen Rehalp und Bahnhof Stadelhofen wurden in den letzten Jahren einige Lücken geschlossen, mehrere Optimierungen für den Veloverkehr sind noch vorgesehen. An der Kreuzbühlstrasse ist zwischen der Mühlebach- und der Merkurstrasse ein Veloweg bergwärts geplant, damit vom Bahnhof Stadelhofen her der Kreuzplatz auf direktem Weg erreicht werden kann. Entlang dem Zeltweg werden Velomassnahmen stadteinwärts projektiert und an der Merkurstrasse ist ein Veloangebot in beiden Fahrtrichtungen geplant. Beide Projekte werden die Verbindung zwischen dem Kreuzplatz und Stadelhofen für Velofahrende optimieren. Im Bereich Burgwies wird 2020 eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, um die Realisierung eines neuen Viadukts zwischen August-Forel-Strasse und Forchstrasse zu prüfen.

Allerdings ist kurzfristig aufgrund der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs und der engen Platzverhältnisse eine sichere Veloführung auf der Forchstrasse zwischen Kreuzplatz und Freiestrasse nicht umsetzbar. Für diesen Abschnitt sind weitere Optionen zu prüfen.

Motion 2012/292	11.07.2012 30.10.2013	Marianne Dubs Früh und Michel Urben (beide SP) Erstellung einer durchgehenden Busspur in beiden Fahrtrichtungen auf der Wehntalerstrasse ab Haltestelle Neu Affoltern bis zur Endstation Holzerhurd

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, welche die Erstellung einer durchgehenden Busspur auf der Wehntalerstrasse ab Haltestelle Neu Affoltern bis zur Endstation Holzerhurd in beiden Fahrtrichtungen beinhaltet.

Mit Weisung vom 4. November 2015 (GR Nr. 2015/340) hat der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Motion abzuschreiben. Das Geschäft ist in der SK SID/V pendent. Das Projekt zur Umsetzung von abschnittsweisen Busspuren wurde im Herbst 2019 umgesetzt.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2012/443	28.11.2012 14.12.2012	Gabriele Kisker und Markus Kunz (beide Grüne) Umsetzung der vorgeschlagenen kompensatorischen Massnahmen zur Klimaverbesserung im Gebiet 1 der Klimaanalyse der Stadt

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die vorgeschlagenen kompensatorischen Massnahmen zur Klimaverbesserung im Gebiet 1 der Klimaanalyse der Stadt Zürich (hohe Luftschadstoffbelastung, schlechte Durchlüftungssituation, dichte Bebauung und/oder hoher Versiegelungsgrad) in einer Masterplanung festgesetzt und in geeigneter Frist umgesetzt werden können.

Der Masterplan Stadtklima (neue Bezeichnung: Fachplanung Hitzeminderung) wird voraussichtlich im März 2020 im Stadtrat behandelt.

Motion 2013/119	03.04.2013 03.07.2013	SP-, Grüne-, und AL-Fraktionen Realisierung eines Velowegs über die Hardbrücke

Der Stadtrat wird beauftragt, gestützt auf den Bericht Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr zu GR Nr. 2005/551 sowie der Machbarkeitsstudie dazu, eine kreditschaffende Weisung für einen Objektkredit zur Realisierung eines Velowegs über die Hardbrücke vorzulegen.

Die Abschreibung der Motion GR Nr. 2013/119 wurde mit Weisung vom 3. Juni 2015 vom Stadtrat beantragt. Der Gemeinderat beschloss am 1. Juni 2016 die Sistierung der Weisung GR Nr. 2015/166 betreffend Realisierung eines Velowegs über die Hardbrücke, bis ihm ein Vorprojekt für eine alternative Veloverbindung zwischen dem Polizei- und Justizzentrum (Hohlstrasse) und dem Viaduktsteg vorliegt. Aufbauend auf einer abgeschlossenen Machbarkeitsstudie ist zurzeit ein Vorprojekt für diese alternative Veloverbindung in Bearbeitung.

Postulat 2013/316	11.09.2013 26.03.2014	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Umsetzung der Städte-Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs, Erarbeitung eines Planungsinstruments zur Förderung des Fussverkehrs

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein «Masterplan Fussverkehr» oder ein Planungsinstrument im Sinne eines Masterplans (z. B. Konzept) geschaffen werden kann.

Im Rahmen der «Umsetzungsschwerpunkte Fussverkehr» geht es um die Erhaltung und Verbesserung der Qualität der Infrastruktur für Fussgängerinnen und Fussgänger in der Stadt Zürich. So wurde zum Beispiel im Jahr 2018 die Überprüfung der Sicherheit und Funktionalität der Fussgängerstreifen in der Stadt abgeschlossen. Mit der zunehmenden Innenentwicklung gewinnt der Fussverkehr sowie der Sozialraum weiter an Bedeutung und attraktive, sichere Fussverbindungen sind Voraussetzungen für die Stadt der kurzen Wege. Daher wurde im aktualisierten kommunalen Verkehrsrichtplan neben der Überprüfung aller Fusswegverbindungen die neue Kategorie «Fussverbindung mit erhöhter Aufenthaltsqualität» geschaffen. Eine strategische Planung hilft, die angestossenen Planungen weiter zu entwickeln und in den Projekten zu verankern sowie die Massnahmen auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen und Rahmenbedingungen anzupassen. Der Masterplan Fussverkehr wird voraussichtlich ab Herbst 2020 erarbeitet.

Motion 2013/392	13.11.2013 26.03.2014	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz in Altstetten realisiert. Dies sind: M01 (Optimierung Verkehrsfläche zugunsten des Fuss- und Veloverkehrs), M02 (Priorisierung Fussverkehr), M06 (Altstetterstrasse südlich Badenerstrasse aufwerten für Langsamverkehr), M08 (übergeordnete Fusswegverbindung entlang Altstetterstrasse zum Bahnhof aufwerten) und M10 (Velomassnahmen für übergeordnete Route entlang Badenerstrasse). Das Quartier ist bei der Umsetzung der QUARZ Massnahmen mit einzubeziehen.

Mit Weisung vom 9. Mai 2018 hat der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Motion abzuschreiben (GR Nr. 2018/191). Das Geschäft ist in der SK SID/V pendent.

Postulat 2014/70	12.03.2014 26.03.2014	Markus Knauss und Matthias Probst (beide Grüne) Umgestaltung der Lintheschergasse zwischen Bahnhofplatz und Schweizergasse als attraktive Verbindung für Fussgängerinnen und Fussgänger

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Lintheschergasse zwischen Bahnhofplatz und Schweizergasse als attraktive Verbindung für Fussgängerinnen und Fussgänger umgestaltet werden kann.

Das Tiefbauamt hat verschiedene Möglichkeiten für eine Aufwertung der Lintheschergasse für den Fussverkehr geprüft. Ein solches Vorhaben bedingt einen Umbau des gesamten Strassenquerschnitts, weil auch mit Aufhebung der Parkplätze die Trottoirflächen schmal bleiben und eine flächige Nutzung des Strassenraums bei hohen Randabschlüssen nicht stattfinden wird, und kann nur im Rahmen des koordinierten Bauens zusammen mit anderen Bauvorhaben umgesetzt werden. Im Rahmen des Konzeptes, das zur Beantwortung der Motion GR Nr. 2017/422 «Attraktivere Zürcher Innenstadt für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für Velofahrende durch Aufhebung von Parkplätzen und Anpassung des kommunalen Verkehrsrichtplans» derzeit erarbeitet wird, wird auch die Bedeutung und das Potenzial der Lintheschergasse für den Fussverkehr geprüft.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2014/96	26.03.2014 09.04.2014	Eva-Maria Würth (SP) und Karin Weyermann (CVP) Bahnhof Tiefenbrunnen, Verbesserung der Umgebung, der Zugänglichkeit, der Aufenthaltsqualität sowie des Quartiernutzens

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Umgebung, Zugänglichkeit sowie die Aufenthaltsqualität und der Quartiernutzen rund um den Bahnhof Tiefenbrunnen verbessert werden kann.

Insbesondere soll die Zugänglichkeit vom Quartier zum Bahnhof mit der geplanten SBB-Überbauung sowie zum See unter Einbezug der Personenunterführung behindertengerecht ausgestaltet werden bzw. überhaupt ermöglicht werden.

Im 2019 hat das Tiefbauamt eine Machbarkeitsstudie gestartet, um die Realisierbarkeit einer neuen Fussgängerverbindung (Über- oder Unterführung) zwischen Quartier, Perrons und See auf Höhe Flühgasse zu prüfen. Im Rahmen der gleichen Studie werden auch Varianten für einen behindertengerechten Ausbau der Zugänge zur bestehenden Unterführung beim Bahnhof geprüft. Das Ergebnis wird im Sommer 2020 vorliegen.

Die geplante SBB-Überbauung auf dem heutigen P+R-Areal soll direkt via Bellerivestrasse erschlossen werden. Damit könnte der Bahnhofvorplatz vom motorisierten Verkehr entlastet werden. Das Bauvorhaben der SBB ist durch private Rekurse blockiert.

Postulat 2014/155	14.05.2014 01.10.2014	Andreas Edelmann und Rebekka Wyler (beide SP) Binz-Quartier, bessere Erschliessung für den Fuss- und Veloverkehr

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Erschliessung des Binz-Quartiers für Fuss- und Veloverkehr verbessert werden kann.

Die Verbreiterung des Agnes-Robman-Wegs auf vier Meter wurde im Frühling 2018 fertiggestellt. Mit dem Projekt Uetlibergstrasse werden der Bahnhofvorplatz Binz und die Haldenstrasse bis zur Binzstrasse aufgewertet. Neu gilt Tempo 30. Die Fahrbahnbreite wird reduziert und dadurch die Querungsdistanz für den Fussverkehr verkürzt. Der Vorbereich und die Trottoirflächen in Höhe des Bahnhofs Binz werden massgeblich verbeitert und es werden zusätzliche Bäume gepflanzt. Auf der Seite Binzstrasse wird die Schutzinsel für Fussgängerinnen und Fussgänger mit einer Velofurt ergänzt. Das Projekt wurde vom Stadtrat am 7. November 2018 festgesetzt. Die Realisierung ist ab Herbst 2020 geplant. Im Rahmen des privaten Hochbaus «Tic Tric Trac» wurde eine neue Verbindung zwischen dem Agnes-Robmann-Weg resp. Borrweg und der Räffelstrasse realisiert. In einem Verkehrskonzept sollen weitere Wegoptimierungen für den Fuss- und Veloverkehr durch das Binzquartier einschliesslich einer Verbindung vom Friesenbergquartier durch das Naturschutzgebiet Binz geprüft werden.

Postulat 2014/188	11.06.2014 05.11.2014	Markus Knauss und Gabriele Kisker (beide Grüne) Ersatzlose Aufhebung der Parkplätze auf dem Prediger- und dem Zähringerplatz

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Parkplatz auf dem Zähringerplatz aufgehoben werden kann.

Auf dem Zähringerplatz bestehen 32 Parkplätze, die in der Bilanz des «Historischen Kompromisses» berücksichtigt sind. Im Rahmen der pendenten Revision des kommunalen Richtplan Verkehr beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat eine Anpassung des «Historischen Kompromisses». Mit der beantragten Änderung liessen sich die Parkplätze auf dem Zähringerplatz ohne Kompensation aufheben. Die Umsetzung des Postulats wird nach der Revision des kommunalen Richtplans geprüft.

Motion 2014/308	01.10.2014 27.05.2015	SP-, SVP-, FDP-, Grüne-, GLP-, AL- und CVP-Fraktionen Definition von Vorgaben im Rahmen einer strategischen Planung für die Anforderungen und Verkehrsströme im Raum Central / Bahnhofbrücke / Bahnhofquai / Museumstrasse

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wie in einer strategischen Planung klare Vorgaben definiert werden können, damit die mittel- und langfristigen Projekte für die veränderten Anforderungen und Verkehrsströme im Raum Central / Bahnhofbrücke / Bahnhofquai / Museumstrasse aufeinander abgestimmt werden.

Mit Weisung vom 17. Mai 2017 hat der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Motion abzuschreiben (GR Nr. 2017 / 136). Die Vorlage ist derzeit in der SK SID/V pendent.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2014/382	26.11.2014 13.12.2014	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen Vermehrte Berücksichtigung von Velomassnahmen bei Strassenbauprojekten sowie Lärmsanierung von Strassen mit Massnahmen an der Quelle

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie künftig bei Strassenbauprojekten vermehrt Velo-massnahmen vorgesehen werden können, und wie der Masterplan Velo konsequent umgesetzt werden kann. Ebenso wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, wie die Lärmsanierung von Strassen in erster Linie mit Massnahmen an der Quelle – wie es das Umweltschutzgesetz und die Lärmschutzverordnung des Bundes verlangen – erfolgen kann.

Aktuell wird eine Strategische Planung Veloförderung ausgearbeitet, die eine Weiterentwicklung des Masterplans Velo darstellt. Im Rahmen dieser Planung wird geprüft, mit welchen Massnahmen Verbesserungen für das Velo im begrenzten Strassenraum erzielt werden können. Die gewünschte Förderung des Veloverkehrs darf nicht zulasten des Fuss- und öffentlichen Verkehrs sowie zulasten des Stadtraums gehen.

2018 konnte die Stadt langwierige Rechtsverfahren erfolgreich abschliessen: Tempo 30 wurde vom Bundesgericht als wirksame und verhältnismässige Massnahme zur Strassenlärmsanierung bestätigt. Gleichzeitig ist dem Stadtrat bewusst, dass mit den bisher beschlossenen und zum Teil schon umgesetzten Temporeduktionen auf über 100 Strassenabschnitten nur rund 25 000 von rund 140 000 Anwohnenden von dieser Massnahme an der Quelle profitieren. Es werden deshalb zusätzliche Massnahmen für weitere Lärmreduktionen an der Quelle geprüft.

Postulat 2015/162	27.05.2015 16.09.2015	Eduard Guggenheim (AL) und Marc Bourgeois (FDP) Bahnhof Stadelhofen, Realisierung einer Parkieranlage für Velos auf der Gleisüberdeckung

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob zur Entlastung der massiv überbelegten Parkier-Anlage für Velos auf dem Stadelhoferplatz vor dem Bahnhof Stadelhofen sehr rasch die praktisch ungenutzte Fläche auf der Überdeckung der Geleise 2 und 3 des Bahnhofes Stadelhofen mit einfachen Abstelleinrichtungen zur Parkierung von Velos ausgerüstet werden kann, unter gleichzeitiger deutlicher Signalisierung der Zugänge zu dieser Fläche.

Da die Galerie über den Gleisen von denkmalpflegerischer Bedeutung ist, können Veloabstellplätze an diesem Ort nur sehr zurückhaltend erstellt werden. In Absprache mit den SBB und der kantonalen Denkmalpflege wurden Ende 2016 auf der Galerie rechts und links der Schanzengasse je 20 Veloabstellplätze angeordnet. Es handelt sich um ein Provisorium, das gemäss Vereinbarung mit der kantonalen Denkmalpflege nach Inbetriebnahme der neuen Velostation Stadelhofen (Neubau Haus zum Falken) aufgehoben werden muss.

Als ergänzende Übergangslösung bis zur Eröffnung der neuen Velostation wurde 2017 die bestehende Veloabstellanlage beim Mühlebachpärkli mit einem zweiten Geschoss und über 100 zusätzlichen Abstellplätzen erweitert.

Mit der Eröffnung der neuen Velostation (Neubau Haus zum Falken) wird sich ab 2022 die Veloabstellsituation im Raum Stadelhofen entschärfen.

Es wird zurzeit eine gesamthafte Überprüfung der Situation von Veloabstellplätzen durchgeführt, mit Fokus auf die städtischen Bahnstationen. Dabei werden sowohl bauliche wie auch betriebliche Massnahmen zur Optimierung der Situation geprüft.

Postulat 2016/82	16.03.2016 30.03.2016	Barbara Wiesmann und Christine Seidler (beide SP) Realisierung eines neuen Durchgangsplatzes für Fahrende

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie und wo zeitnah, gemäss dem Eintrag im regionalen Richtplan der Stadt Zürich (Kapitel Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende / Ziele) ein neuer Durchgangsplatz für Fahrende geschaffen werden kann. Insbesondere die Plätze beim Albisgüetli (Gänzilooweg, nach Strassenverkehrsamt Richtung Leimbach, nach Gebäude der Stadtpolizei/Hundekontrolle, Gänzilooweg 18, 8045) und die Industriezone am Ende der Wehntalerstrasse bieten sich als Durchgangsplatz an und sollen in die Abklärung einbezogen werden.

Grün Stadt Zürich hat 38 potenzielle Standorte geprüft und nach mehreren Abklärungen mit den involvierten kantonalen und städtischen Ämtern einen möglichen Standort am Meierwiesenweg in Altstetten evaluiert. Zeitgleich zur Standortevaluation wurde auf der betreffenden Fläche vom Kanton eine Überprüfung der Grundwasser-Schutzzonen gestartet. Die Ergebnisse der Überprüfung liegen seit 2019 vor und haben ergeben, dass der Bau eines Durchgangsplatz dort grundsätzlich möglich ist. Derzeit wird diese Fläche jedoch auch als Alternativstandort für das geplante Schulhaus Grünau geprüft.

Der im Postulat vorgeschlagene Standort Gänzilooweg wurde verworfen, weil das Erholungsgebiet von regionaler Bedeutung bereits heute stark genutzt wird und nicht durch zusätzliche intensive Nutzung und Verkehr weiter belastet werden soll. Der im Postulat vorgeschlagene Standort Industriezone Wehntalerstrasse wurde verworfen, weil er gemäss regionalem Richtplan mittelfristig als Standort für Stadtlogistik vorgesehen ist.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2016/84	16.03.2016 30.03.2016	Gabriele Kisker und Markus Knauss (beide Grüne) Kommunaler Siedlungsrichtplan, Erarbeitung der Grundlagen zur Konkretisierung und Sicherung der im Regionalen Richtplan festgelegten Vernetzungskorridore

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, die Grundlagen zu erarbeiten, damit im kommunalen Siedlungsrichtplan die im Regionalen Richtplan festgelegten Vernetzungskorridore konkretisiert und qualitativ gesichert werden können. Diese Grundlagen bilden die Basis für die Text- und Planeinträge im Entwurf zum kommunalen Siedlungsrichtplan. Der Verlauf der einzelnen Vernetzungskorridore ist räumlich darzustellen und es ist ein Sollzustand festzulegen.

Die im regionalen Richtplan definierten ökologischen Vernetzungskorridore wurden im kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLÖBA) präzisiert und um lokale Vernetzungskorridore ergänzt. An einzelnen Stellen wurde der Verlauf der Korridore des regionalen Richtplans leicht angepasst, um eine bessere Umsetzung sicherstellen zu können. Damit sind auf kommunaler Stufe alle Vorgaben für die ökologischen Vernetzungskorridore festgehalten. Die Vernetzungskorridore werden in grossräumige und lokale Vernetzungskorridore unterteilt und sind folgendermassen differenziert:

1. Grossräumige Vernetzungskorridore: Gewässer, Landschaft.
2. Lokale Vernetzungskorridore: Gewässer, Grünzug, Ruderalkorridor.

Im Richtplantext ist als Massnahme die Erstellung eines Leitbilds für die ökologischen Vernetzungskorridore mit Zielen, Defiziten und Handlungsmöglichkeiten festgehalten. Der Antrag kann abgeschrieben werden, sobald der kommunale Richtplan SLÖBA festgesetzt ist.

Postulat 2016/137	20.04.2016 08.02.2017	Marcel Tobler (SP) und Markus Hungerbühler (CVP) Bahnhof Wiedikon, Realisierung von Abgängen von der Überführung Zweierstrasse auf die Perrons

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie beim Bahnhof Wiedikon von der Überführung Zweierstrasse Abgänge auf die Perrons der S-Bahn langfristig realisiert werden können.

Dieses Jahr wurde eine Studie gestartet, mit der die Machbarkeit zusätzlicher Abgänge von der Zweierstrasse geprüft wird. In diesem Zusammenhang werden auch die Abgänge seitens Kalkbreitestrasse und in Höhe Urselweg/Stationsstrasse betrachtet.

Postulat 2016/140	20.04.2016 08.02.2017	Sven Sobernheim und Markus Baumann (beide GLP) Massnahmen zur Förderung öffentlich nutzbarer Ladestationen für Elektroautos in der Stadt

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen welche kurz- und mittelfristigen Massnahmen zur stärkeren Verbreitung öffentlich nutzbarer aber privat finanzierter und betriebener Ladestationen für Elektrofahrzeuge (Velos, Roller, Autos, etc.) in der Stadt Zürich sinnvoll sind, um Elektromobilität zu ermöglichen.

Am 13. November 2019 hat der Stadtrat dem Tiefbauamt den Auftrag erteilt, ein Gesamtkonzept Elektromobilität zusammen mit anderen Dienstabteilungen zu erstellen. Im Rahmen der Erarbeitung dieses Konzepts wird auch geprüft, ob Massnahmen seitens Stadt zur stärkeren Verbreitung öffentlich nutzbarer Ladestationen für Elektrofahrzeuge sinnvoll sind.

Postulat 2016/240	22.06.2016 06.09.2017	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen Achse Tramstrasse/Schaffhauserstrasse beim Sternen Oerlikon, Befreiung vom Durchgangsverkehr und Aufwertung des Gebiets für die Bevölkerung und das Gewerbe

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Tramstrasse 1–4 und die Schaffhauserstrasse 340 – 345 vom Durchgangsverkehr (Seebach – Unterstrass) befreit werden können und gleichzeitig der Abschnitt für die Bevölkerung und das Gewerbe aufgewertet werden kann.

Das Tiefbauamt prüft in einer Machbarkeitsstudie die Realisierungsfähigkeit der geforderten neuen Verkehrsführung. Neben der verkehrstechnischen Untersuchung liegt der Fokus auf den stadträumlichen Auswirkungen und den resultierenden Potenzialen. Die Ergebnisse liegen voraussichtlich Ende 2020 vor.

Postulat 2016/241	22.06.2016 01.11.2017	Matthias Probst (Grüne) Einrichtung einer Begegnungszone auf der Stauffacherstrasse vom Stauffacherplatz bis Helvetiaplatz

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf dem Abschnitt der Stauffacherstrasse von der Werdstrasse bis zur Ankerstrasse Tempo 30 eingerichtet werden kann.

Die Einführung von Tempo 30 auf dem erwähnten Abschnitt wird derzeit – im Rahmen der zweiten Welle zur Strassenlärmsanierung – geprüft.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2016/387	09.11.2016 20.12.2017	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Quartieranbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon, Projektierung und Umsetzung der Etappe 3b

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, der die sofortige Projektierung und Umsetzung der Etappe 3b der Quartieranbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon gemäss Volkbeschluss vom 28. November 2010 beinhaltet.

Mit Weisung vom 18. September 2019 (GR Nr. 2016/387) hat der Stadtrat die Fristerstreckung beantragt.

Motion 2016/405	23.11.2016 08.02.2017	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen Verkehrliche Gesamtplanung im Langstrassengebiet unter Berücksichtigung des Perimeters Badenerstrasse–Feldstrasse–Militär-/Schöneggstrasse–Kanonengasse/Ankerstrasse

Der Stadtrat wird beauftragt, einen Objektkredit für eine verkehrliche Gesamtplanung Langstrassengebiet im Perimeter Badenerstrasse – Feldstrasse – Militär-/Schöneggstrasse – Kanonengasse/Ankerstrasse vorzulegen. Die Planung umfasst u. a. folgende Teilprojekte:

- *behindertengerechte Gestaltung der Tramhaltestelle Helvetiaplatz an heutiger Lage möglichst nahe am Umsteigepunkt mit den Bushaltestellen an der Langstrasse*
- *Umsetzung der Verkehrsführung in der Langstrasse gemäss der vom Gemeinderat beschlossenen Weisung 2007/207 und Neugestaltung der Kreuzung Langstrasse/Stauffacherstrasse mit Aufhebung der Rechtsabbiegespur von der Stauffacherstrasse in die Langstrasse und Einrichten einer Velovorfahrt auf der Stauffacherstrasse*
- *Neugestaltung des Knotens Stauffacherstrasse/Ankerstrasse mit Reduktion auf die wesentlichen Verkehrsbedürfnisse und Nutzung der Fläche für attraktive öffentliche Räume, die durch die Verlagerung der Parkplätze ins Amtshaus Helvetiaplatz entsteht*
- *Neugestaltung der Ankerstrasse/Kanonengasse nach Verschiebung der Parkplätze ins Amtshaus Helvetiaplatz im Sinne der verkehrlichen Koexistenz*
- *Neugestaltung der Molkenstrasse*
- *Lärmsanierung mit Massnahmen an der Quelle (Geschwindigkeitsreduktion) in der Militärstrasse, Schöneggstrasse, Langstrasse, Ankerstrasse, Kanonengasse, Feldstrasse*

Massnahmen im Sinne dieser Motion (z. B. Geschwindigkeitsreduktionen oder Verkehrsführung Langstrasse gemäss Weisung 2007/207), die sich ohne grossen bauliche Veränderungen realisieren lassen, sind unabhängig von der Bearbeitungsfrist der Motion schon umzusetzen.

Der Stadtrat hat mit Weisung vom 23. Januar 2019 dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Motion abzuschreiben (GR Nr. 2019/24). Das Geschäft wurde der SK SID/V überwiesen und ist dort pendent.

Postulat 2016/463	21.12.2016 17.01.2018	Eduard Guggenheim (AL) und Mario Babini (Parteilos) Aufhebung und Ersetzung der auf dem Trottoir quer angeordneten Parkplätze an der Strasse Parkring auf dem Teilstück von der Gutenbergstrasse bis zur Aubrig- bzw. Angererstrasse

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die vollständig auf dem bestehenden Trottoir quer angeordneten Parkplätze an der Strasse Parkring auf dem Teilstück von der Gutenbergstrasse bis zur Aubrig- bzw. Angererstrasse aufgehoben und wenigstens teilweise an anderer Lage im Nahbereich ersetzt werden können. Damit soll das Trottoir wieder seiner Zweckbestimmung für zu Fuss Gehende zugeführt werden. Zudem soll das hier fehlende Teilstück des bestehenden Veloweges durch den Freudenberg-Park und die ebenfalls bestehenden Velowege in der Freigutstrasse und in der Gartenstrasse geschlossen werden.

Postulat 2016/469	21.12.2016 17.01.2018	Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) Haltestellen an der Wehntalerstrasse und Haltestelle Oberwiesenstrasse, Ausrüstung mit dem Züri-Bord

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Haltestellen in der Wehntalerstrasse und die Haltestelle Oberwiesenstrasse in der Regensbergstrasse möglichst schnell unter Wahrung der ökonomischen Verhältnismässigkeit mit Züri-Bord ausgestattet werden können.

Postulat 2017/3	11.01.2017 17.01.2018	Markus Baumann (GLP) und Marcel Müller (FDP) Realisierung eines Velowegs auf dem Abschnitt Rautistrasse-Hubertus-Albisriederstrasse bis zur Einmündung Albisriederplatz

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Abschnitt Rautistrasse–Hubertus–Albisriederstrasse bis zur Einmündung Albisriederplatz ein Veloweg realisiert werden kann – ohne den Fussweg aufzuheben.

Die Umsetzung der regionalen Veloroute im westlichen Teil des Betrachtungsperimeters erfolgt als Teil der Projekte Rautistrasse (Flurstrasse bis Zwyssigstrasse, sowie Flurstrasse bis Albisriederstrasse) und Albisriederstrasse (Albisrank bis Hubertus). Die Umsetzung separater Veloinfrastrukturen in der Albisriederstrasse zwischen Hubertus und Ämtlerstrasse/Albisriederplatz ist Gegenstand einer Machbarkeitsstudie. Weiterhin wird die Aufwertung der Alternativrouten via Brahmsstrasse und Friedhof Sihlfeld für den Veloverkehr geprüft. Die Veloinfrastruktur am Hubertus wird aktuell im Rahmen eines Velo Sicuro Projekts sowie des Strassenbauprojekts Albisriederstrasse geprüft.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2017/108	12.04.2017 17.01.2018	Karin Rykart Sutter (Grüne) Öffnung der Fussgängerüberführung «Spinne» am Bucheggplatz für Velofahrende im Rahmen der geplanten Sanierung

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der geplanten Sanierung die Fussgängerüberführung Bucheggplatz, die sogenannte «Spinne», mit einfachen Massnahmen für Velofahrende geöffnet werden kann, ohne dass der Fussverkehr Nachteile erleidet.

Postulat 2018/14	21.06.2017 17.01.2018	Marcel Bührig und Elena Marti (beide Grüne) Aufwertung des Limmatquais durch eine Stufenpromenade

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um Teile des Limmatquais auf der rechten Uferseite, zu einer Stufenpromenade aufzuwerten.

Postulat 2017/211	28.06.2017 06.09.2017	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen Studie für die Prüfung von Massnahmen betreffend einem Spurabbau an der Bellerivestrasse und der Realisierung eines attraktiven Velowegs

Der Stadtrat wird aufgefordert, in einer Studie abzuklären, welche Massnahmen ergriffen werden müssten, damit die Bellerivestrasse für den Autoverkehr im Wesentlichen nur noch zweispurig betrieben und auf der Bellerivestrasse ein attraktiver Veloweg realisiert werden kann.

Neben dem Postulat GR Nr. 2017/211 wird mit der Motion GR Nr. 2017/287 die Prüfung eines wechselseitigen Verkehrsregimes für die Bellerivestrasse verlangt.

Gegen das ursprünglich geplante Strassenbauprojekt Bellerivestrasse, Abschnitt Kreuzstrasse bis Stadtgrenze, sind zahlreiche Einsprachen eingegangen, die im Wesentlichen durchgehende Velostreifen sowie Spur- und Temporeduktionen beantragten.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Tiefbauamt für einen Neustart der Planung mit einem Beteiligungsverfahren entschieden. 2017 und 2018 wurden zur Untersuchung der betrieblichen Spielräume zwei Verkehrsgutachten erstellt. Mit den Erkenntnissen dieser Gutachten werden im laufenden Beteiligungsverfahren unterschiedliche Spurvarianten zur Diskussion gestellt. Dazu gehört auch eine Variante, die im Abschnitt zwischen der Kreuzstrasse und der Ida-Bindschedler-Strasse zwei Fahrspuren für den MIV vorsieht.

Postulat 2019/334	10.07.2017 28.08.2019	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP Realisierung eines Pilotprojekts im Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz für ein Abscheiden des CO_2 aus dem Abgas

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen und der ETHZ sowie Industrie- und Innovationspartnerschaften ein Pilotprojekt im Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz realisiert werden kann, welches energieeffizient und auf innovative Weise das CO_2 aus dem Abgas abscheidet. Das CO_2 soll anschliessend als Rohstoff für Weiterverwendung genutzt werden, z. B. als Methanol.

Motion 2017/243	12.07.2017 17.01.2018	Marco Denoth (SP) und Sven Sobernheim (GLP) Bau von Veloschnellrouten

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, welche den Bau der folgenden Veloschnellrouten vorsieht:

1. *Baslerstrasse – Bullingerstrasse – Stauffacherstrasse (bis Feldstrasse)*
2. *Kreuzplatz – Freiestrasse – Verbindung über Rämistrasse – Sonneggstrasse – Scheuchzerstrasse – Irchel – Verbindung über Schaffhauserstrasse – Oerlikonerstrasse – Zentrum Oerlikon*
3. *Bachmannweg – Riedhaldenstrasse – Binzmühlestrasse – Zelglistrasse – Affolternstrasse – Regensbergstrasse – mit Anschluss an Route Oerlikonerstrasse*
4. *Mühlebachstrasse – Zollikerstrasse*

Unter Veloschnellrouten zu verstehen sind längere und durchgängige Routen, auf welchen der Veloverkehr möglichst störungsfrei und ungehindert (genügende Breite, kreuzungsarm) vorankommt. In Gebieten, wo keine separaten Trassen möglich sind, können diese Routen örtlich auf wenig befahrenen Strassen – vortrittsberechtigt gegenüber einmündenden Strassen – geführt werden. Die Nachfrage ist hoch und deshalb muss auf längeren Abschnitten ein Kreuzen und Überholen gleichzeitig möglich sein. Der Anschluss an Veloschnellrouten in der Umgebung der Stadt Zürich ist anzustreben.

Der Stadtrat hat mit Weisung vom 18. September 2019 (GR Nr. 2017/243) Antrag auf Fristerstreckung gestellt. Das Geschäft wurde der SK SID/V überwiesen.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2017/245	12.07.2017 04.04.2018	Andreas Kirstein (AL) Erhöhung der Beteiligung der Stadt an der ZAV Recycling AG

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Weisung zur Erhöhung der Beteiligung der Stadt Zürich an der ZAV Recycling AG vorzulegen.

Motion 2017/263	23.08.2017 06.09.2017	Albert Leiser (FDP) und Andreas Kirstein (AL) Revision der Verordnung über die Preise zur Abwasserbewirtschaftung (VPA) und der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ) zur Verringerung und langfristigen Stabilisierung der Finanzreserven

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zur Anpassung der Verordnung über die Preise zur Abwasserbewirtschaftung (VPA) sowie der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung in der Stadt Zürich (VAZ) vorzulegen. Es soll in beiden Verordnungen durch eine festgelegte Rabatt-, resp. Zuschlagsregel sichergestellt werden, dass die Finanzreserven von ERZ Abwasser und ERZ Abfall deutlich verringert werden und sich langfristig pro Bereich in einem Band zwischen CHF 40 und maximal 60 Millionen bewegen.

Der Stadtrat hat beim Gemeinderat mit STRB Nr. 791/2019 eine Fristverlängerung um ein Jahr beantragt. Dieser hat der Gemeinderat mit GRB Nr. 1675/2019 zugestimmt. Weiter hat der Gemeinderat in diesem Zusammenhang mit GRB Nr. 1932/2019 einer Verlängerung der Bonusaktion auf die Infrastrukturpreise Abfall und Abwasser bis 2021 zugestimmt.

Motion 2017/264	23.08.2017 13.06.2018	Markus Knauss und Gabriele Kisker (beide Grüne) Schaffung eines Kompetenzzentrums Vertikalbegrünung

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung zur Förderung der Vertikalbegrünung vorzulegen. Folgende Ziele sollen dabei im Fokus stehen:

– Förderung der Vertikalbegrünungen bei Privaten und der öffentlichen Hand durch Beratung und Information
– Schaffung von Anreizen, um Vertikalbegrünungen zu realisieren
– Schaffung von Möglichkeiten, wie Vertikalbegrünungen auch durch die Nutzung von öffentlichem Grund realisiert werden können

---

Motion 2017/287	30.08.2017 20.12.2017	Markus Merki und Matthias Wiesmann (beide GLP) Projektierungskredit für einen dreijährigen Pilotversuch auf der Einfallachse Bellerivestrasse/Utoquai betreffend Reduktion der Fahrspuren mit einem wechselseitigen Verkehrsregime und Markierung eines beidseitigen Velowegs

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit vorzulegen, damit auf der Einfallsachse Bellerivestrasse/Utoquai, im Abschnitt Bahnhof Tiefenbrunnen bis Schöckstrasse für einen mindestens dreijährigen Pilotversuch eine Reduktion der Fahrspuren vorgenommen und ein wechselseitiges Verkehrsregime eingeführt werden kann. Der Platzgewinn durch die aufgehobene Fahrspur soll zur Markierung eines beidseitigen Veloweges genutzt werden, damit u. a. auf die einschneidenden Rodungen und baulichen Anpassungen für die geplante Veloroute in der Utoquai-Anlage verzichtet werden kann. Allfällige notwendige bauliche Massnahmen für den Pilotversuch sollen im Zuge der laufenden Sanierungsplanung Bellerivestrasse berücksichtigt und umgesetzt werden.

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 18. Dezember 2019 beantragt, auf die Umsetzung der Motion zu verzichten und den Vorstoss abzuschreiben (GR Nr. 2019/562).

Postulat 2017/305	06.09.2017 22.08.2018	Ann-Catherine Nabholz und Sven Sobernheim (beide GLP) Unterteilung der Zweiradparkplätze in Abstellplätze für Motorräder/Roller und Velos

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Unterteilung der Zweiradparkplätze in Abstellplätze für Motorräder und Roller, und separat davon Abstellplätze für Velos gefördert werden kann. Dabei soll darauf geachtet werden, dass gesamthaft die Anzahl Veloabstellplätze dadurch nicht reduziert wird.

Motion 2017/315	13.09.2017 19.09.2018	Marco Denoth (SP) Bau einer attraktiven Veloverbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, welche den Bau einer attraktiven Veloverbindung auf der Langstrasse bzw. Unterführung zwischen Zoll- und Militär-/Schöneggstrasse mit attraktiven Verbindungen in die Kreise 4 und 5 vorsieht. Der Veloverkehr soll dabei vom Fussverkehr getrennt geführt werden.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2017/317	13.09.2017 19.09.2018	Martin Götzl und Thomas Schwendener (beide SVP) Konzept für eine Unterstützung von Gewerbebetrieben bei einschränkenden städtischen Bauprojekten

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie realisiert werden kann, dass Gewerbebetriebe, insbesondere Kleingewerbetreibende, bei einschränkenden städtischen Bauprojekten unterstützt werden können. Der Stadtrat soll hierfür ein Konzept erstellen, die verschiedene Massnahmenmöglichkeiten aufzeigen wie KMU's, bei welchen durch städtische Bauarbeiten oder dergleichen der Betrieb während mehr als einem Monat behindert oder gestört wird, während dieser Zeitspanne eine nachhaltige Unterstützung angeboten werden kann.

Postulat 2017/320	13.09.2017 01.11.2017	Markus Knauss und Matthias Probst (beide Grüne) Bedarfsgerechtes Angebot an Gratisveloabstellplätzen am Hauptbahnhof Zürich

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie am Hauptbahnhof Zürich ein bedarfsgerechtes Angebot an Gratisveloabstellplätzen in der Grössenordnung von rund 2000 Plätzen rund um den Bahnhof zur Verfügung gestellt werden kann. Bis dahin ist die Gebührenerhebung in der Velostation Süd zu sistieren.

Es wird zurzeit eine gesamthafte Überprüfung der Situation von Veloabstellplätzen mit Fokus auf die städtischen Bahnstationen durchgeführt. Dabei werden sowohl bauliche wie auch betriebliche Massnahmen zur Optimierung der Situation geprüft. Die Überprüfung der Abstellplatzsituation am Hauptbahnhof ist Teil dieses Konzepts. Zudem hat der Stadtrat beschlossen, ab 1. Januar 2020 die Abonnementspreise in der Velostation Europaplatz zu senken.

Postulat 2017/326	20.09.2017 19.09.2018	Pirmin Meyer und Shaibal Roy (beide GLP) Pilotprojekt für eine Umnutzung des Raums unter der Hardbrücke zu einer Fussgängerzone und Flaniermeile während den Sommermonaten

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Raum unter der Hardbrücke von Escher-Wyss-Platz bis Bahnhof Hardbrücke in den Sommermonaten – im Sinne eines Pilotprojektes – zu einer Fussgängerzone und Flaniermeile umgenutzt und wie die dadurch entstehenden Freiräume attraktiv gestaltet sowie kreativ genutzt werden können. Dabei sind die Quartierbewohner und die angrenzenden Unternehmen im Rahmen eines partizipativen Prozesses miteinzubeziehen. Notwendige private und geschäftliche Zufahrten sollen nach wie vor möglich sein.

Motion 2017/422	29.11.2017 24.10.2018	Grüne-Fraktion Attraktivere Zürcher Innenstadt für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für Velofahrende durch Aufhebung von Parkplätzen und Anpassung des kommunalen Verkehrsrichtplans

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, die zum Ziel hat, die Zürcher Innenstadt für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für die Velofahrenden attraktiver zu machen. Zu diesem Zweck ist auch der kommunale Verkehrsrichtplan den neuen Mobilitätsbedürfnissen und Verkehrsströmen so anzupassen, dass den Zufussgehenden und Velofahrenden mehr Raum zur Verfügung steht. Dabei sind insbesondere ein autofreier Zähringerplatz, eine attraktive Gestaltung der Zollstrasse für Fuss- und Veloverkehr, ein neuer attraktiver Stadtzugang vom Shop-Ville zum Globus auf der Lintheschergasse, die Realisierung von Velorouten sowie markant mehr Veloabstellplätze (für den allgemeinen Bedarf wie für den Bedarf von Veloverleihsystemen) sowie weitere Massnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für Packet-Parks vorzusehen.

Motion 2017/435	06.12.2017 04.04.2018	Grüne-Fraktion Kostenfreie Veloabstellplätze in der Umgebung des Bahnhofs Stadelhofen

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, damit für den ausgewiesenen Bedarf an Veloabstellplätzen in der Umgebung des Bahnhofs Stadelhofen ausserhalb der neuen Velostation im Haus zum Falken, genügend Veloabstellplätze bereit gestellt werden können. Dabei ist zu beachten, dass die Veloabstellplätze gut erreichbar sind und der Stadelhoferplatz nicht weiter mit oberirdischen Velos verstellt wird. Die Abstellplätze ausserhalb der Velostation im Haus zum Falken sind grundsätzlich kostenfrei anzubieten.

Mit der Eröffnung der neuen Velostation (Neubau Haus zum Falken) wird sich ab dem Jahr 2022 die Situation betreffend Veloabstellplätze im Raum Stadelhofen entschärfen. Es wird zurzeit eine gesamthafte Überprüfung der Situation von Veloabstellplätzen durchgeführt, mit Fokus auf die städtischen Bahnstationen. Dabei werden sowohl bauliche wie auch betriebliche Massnahmen zur Optimierung der Situation geprüft. Darauf basierend wird ein Vorschlag für die Veloabstellplätze in der Umgebung des Bahnhofs Stadelhofen vorgelegt. Da dieses Konzept frühestens im Herbst 2020 vorliegen wird, hat der Stadtrat mit Weisung vom 18. Dezember 2019 (GR Nr. 2017/435) eine Fristerstreckung bis zum 4. April 2021 beantragt. Der Gemeinderat hat diesem Antrag am 8. Januar 2020 zugestimmt.

Postulat 2017/439	06.12.2017 15.12.2017	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen Attraktiver Veloweg in beiden Richtungen auf der Uraniastrasse

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Uraniastrasse – als beste Verbindungsstrecke durch die Innenstadt zwischen Limmat und Sihl – ein attraktiver Veloweg in beiden Richtungen angeboten wird.

Zurzeit wird im Rahmen einer Verkehrsstudie eine beidseitige Veloführung in der Uraniastrasse überprüft. Ein zwischen den Dienstabteilungen TAZ und DAV abgestimmtes Ergebnis ist bis Anfang 2020 zu erwarten.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2017/461	20.12.2017 28.11.2018	SP-Fraktion Einführung eines Jahresabonnements sowie Vereinheitlichung der Eintrittspreise für die Nutzung der gebührenpflichtigen städtischen Velostationen

Der Stadtrat wird aufgefordert, ein Jahresabonnement für die Nutzung von allen gebührenpflichtigen städtischen Velostationen zu schaffen und dies in einer Verordnung zu regeln. Darüber hinaus soll der Stadtrat auch einheitliche Preise für Einzeleintritte, Mehrfacheintritte und Saisonkarten für die Nutzung einzelner gebührenpflichtiger Velostationen festlegen. Der Preis für das teuerste Jahresabonnement für die stadtweite Nutzung der gebührenpflichtigen Velostationen beträgt maximal 50 Franken.

Postulat 2017/463	20.12.2017 24.01.2018	Patrick Hadi Huber (SP) und Ann-Catherine Nabholz (GLP) Ersatz der kostenlosen Veloabstellplätze im Umfeld der geplanten Zugänge zum Bahnhof Stadelhofen nach deren Aufhebung auf dem Stadelhofenplatz

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mit der Eröffnung der Velostation unter dem «Haus zum Falken» am Bahnhof Stadelhofen die Veloabstellplätze, die auf dem Stadelhofenplatz reduziert werden sollen, in gleicher Zahl im näheren Umfeld der bestehenden und geplanten Zugänge zum Bahnhof Stadelhofen neu geschaffen werden können, damit die Anzahl Gratisabstellplätze nicht verringert wird.

Motion 2018/118	21.03.2018 13.06.2018	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Rekommunalisierung der Rolf Bossard AG sowie Sicherstellung der dem Monopol der Stadt unterstellten Entsorgungsaufgaben durch Entsorgung und Recycling (ERZ)

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung oder eine Änderung der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung in der Stadt Zürich (VAZ) zu unterbreiten. Mit der Vorlage wird sichergestellt, dass

a. die dem Monopol der Stadt Zürich unterstellten Entsorgungsaufgaben von ERZ ausgeführt werden,
b. die nicht oder nur teilweise dem Monopol der Stadt unterstellten Entsorgungsaufträge so organisiert werden, dass Transportdistanzen möglichst kurz gehalten werden und der Kehricht mit grösstem energetischen Nutzen in den Kehrichtheizkraftwerken der Stadt Zürich verwertet wird.

Um die nötigen Kapazitäten und das Know-How für die künftig von ERZ auszuführenden Arbeiten zu sichern wird die Rolf Bossard AG rekomunalisiert und das gesamte Personal übernommen. Auf die Ausschreibung von Aufträgen, die ERZ aus dem Monopolbereich an die RBAG vergeben hat, wird verzichtet. Bereits an Dritte vergebene Aufträge aus dem Monopolbereich werden nicht verlängert.

Postulat 2018/134	04.04.2018 18.04.2018	Marcel Savarioud und Dorothea Frei (beide SP) Ersatz der Kehrichtabfuhrlastwagen durch Elektrofahrzeuge

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob bei der nächsten Erneuerung die herkömmlichen Kehrichtabfuhr- durch entsprechende Elektrolastwagen ersetzt werden können.

Postulat 2018/135	04.04.2018 28.11.2018	Markus Kunz (Grüne) und Helen Glaser (SP) Anschluss von möglichst vielen Gebäuden in den künftigen Fernwärmegebieten

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass in den künftigen Fernwärmegebieten möglichst viele Gebäude angeschlossen werden können, auch solche, bei denen der Fernwärmeanschluss stadtseitig kurzfristig nicht rentabel ist.

Postulat 2018/136	04.04.2018 28.11.2018	Markus Kunz (Grüne) und Helen Glaser (SP) Abdeckung der Spitzenlast der Fernwärmeversorgung ohne fossile Energieträger

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Spitzenlastabdeckung der Fernwärmeversorgung der Stadt ohne fossile Energieträger gewährleistet werden kann, damit die Fernwärmeversorgung mit der neuen Verbindungsleitung möglichst CO_2-neutral erfolgt.

Postulat 2018/137	04.04.2018 28.11.2018	Markus Kunz (Grüne) und Guido Hüni (GLP) Multifunktionale Auslegung des Fernwärmenetzes im Zusammenhang mit der Planung und Projektierung der Fernwärmeverbindungsleitung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit der Planung und Projektierung der Fernwärmeverbindungsleitung (gemäss Weisung 2017/220) sichergestellt werden kann, dass das Fernwärmenetz multifunktional ausgelegt wird, so dass auch in Zukunft, etwa bei reduzierten Temperaturniveaus, ein Betrieb möglich ist, ohne dass erhebliche Teile der zu bauenden Infrastruktur nochmals neu gebaut werden müssen.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/138	04.04.2018 28.11.2018	Guido Hüni (GLP) und Markus Kunz (Grüne) Berücksichtigung der Raumbedürfnisse neuer Technologien im Energiebereich am Werkstandort Josefstrasse

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass nach der Stilllegung der Kehrichtverbrennungsanlage am Werkstandort Josefstrasse bei der Planung der neuen Nutzung auch die Raumbedürfnisse neuer Technologien im Energiebereich mitberücksichtigt werden.

Motion 2018/144	11.04.2018 22.08.2018	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen Integrale Planung zur Entwicklung eines hochwertigen, grosszügigen und zusammenhängenden städtischen Raums für die Gloriastrasse und die angrenzenden Vorbereiche der Neubauprojekte

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung für eine Planung der Gloriastrasse und der angrenzenden Vorbereiche der Neubauprojekte von Rämistrasse, inklusive Anschlussbereiche in der Rämistrasse, bis zur Haltestelle Voltastrasse vorzulegen. Dabei bezieht die Stadt Zürich den Kanton Zürich, das Universitätsspital, die Universität Zürich und die ETH Zürich in die Planung mit ein. Diese abgestimmte integrale Planung soll gewährleisten, dass ein hochwertiger, grosszügiger und zusammenhängender städtischer Raum entsteht.

Für die Planung ist ein Konkurrenzverfahren vorzusehen.

Postulat 2018/192	16.05.2018 30.05.2018	Markus Knauss und Brigitte Fürer (beide Grüne) Pflanzung von Bäumen zwischen der Langstrasse und dem Viadukt zur Erhaltung des Grünvolumens im Kreis 5

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Kreis 5 zwischen Langstrasse und Viadukt so viele Bäume neu gepflanzt werden, damit trotz der Fällung von Bäumen das Grünvolumen mindestens erhalten wird.

Postulat 2018/205	30.05.2018 28.11.2018	Balz Bürgisser und Markus Knauss (beide Grüne) Ausarbeitung eines neuen Verkehrskonzepts für den Zoo Zürich

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass die Besucherinnen und Besucher des Zoo Zürich zur Anreise vermehrt die öffentlichen Verkehrsmittel benützen. Dazu soll ein neues Verkehrskonzept ausgearbeitet werden mit den Eckpunkten, den ÖV zum Zoo attraktiver zu gestalten und die Quartierbevölkerung in der Umgebung des Zoo vor übermässigem motorisiertem Individualverkehr zu schützen.

Postulat 2018/228	14.06.2018 20.06.2018	Rechnungsprüfungskommission (RPK) Überführung des Werkstattbetriebs von ERZ in einen Eigenwirtschaftsbetrieb oder in ein kostendeckend geführtes Profitcenter

Der Stadtrat wird gebeten, die Überführung des von ERZ geführten Werkstattbetriebs bis 2022 in einen Eigenwirtschaftsbetrieb oder in ein kostendeckend geführtes Profitcenter zu prüfen. Die Leistungen sind zu marktüblichen Tarifen zu erbringen, jedoch mittels Preiskalkulation auf Basis einer zu erstellenden Vollkostenrechnung. Synergien oder die Zusammenlegung von Aktivitäten mit anderen Werkstätten der Stadt Zürich sowie die vom Werkstattbetrieb angebotenen Leistungen sind zu prüfen. Falls Massnahmen mit Auswirkungen auf das Personal diskutiert werden, sind diese frühzeitig mit den Sozialpartnern zu besprechen, und für allfällig nicht weiterbeschäftigte Personen ist gemeinsam mit dem städtischen Case Management eine Anschlusslösung zu gewährleisten. Mit operativen Sofortmassnahmen ist das strukturelle Defizit zu reduzieren sowie städtische Vorgaben in der Rechnungslegung einzuhalten und ein Internes Kontrollsystem einzuführen.

Motion 2018/238	20.06.2018 27.02.2019	Barbara Wiesmann und Anjushka Früh (beide SP) Finanzierung der Entsorgung von Grünabfall über den Infrastrukturpreis zur Abfallbewirtschaftung

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Weisung vorzulegen, mit der die Verordnung für die Abfallbewirtschaftung in der Stadt Zürich (VAZ, AS 712.110) geändert wird, dass die Entsorgung von pflanzlichem Gartenabfall, Küchenabfall und Speisereste über den Infrastrukturpreis zur Abfallbewirtschaftung (ISP) finanziert werden kann.

Motion 2018/279	11.07.2018 27.02.2019	Barbara Wiesmann (SP) und Res Marti (Grüne) Durchgängige Veloroute zwischen Triemli und Hauptbahnhof, Schliessung der Lücke zum Bahnhof Giesshübel sowie Weiterführung am westlichen Sihlufer

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, welche die Lücken der Veloroute vom Triemli zum Bahnhof Giesshübel schliesst und die Veloroute entlang des westlichen Sihlufers zum Hauptbahnhof fortführt.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/301	22.08.2018 29.08.2018	Gabriele Kisker und Brigitte Fürer (beide Grüne) Aufwertung der Vernetzungskorridore und des Bereichs innerhalb der Waldabstandslinie im Rahmen der Bauarbeiten bei der Tennisanlage Valsana

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie und mit welchen Massnahmen, im Rahmen der Bauarbeiten zur Installierung und Verankerung der temporären Überdeckung der Tennisplätze, die zwei tangierten Vernetzungskorridore und der Bereich innerhalb der Waldabstandslinie aufgewertet werden können, damit ökologisch wertvollere Lebensräume entstehen.

Postulat 2018/342	12.09.2018 27.02.2019	Balz Bürgisser (Grüne) und Ann-Catherine Nabholz (GLP) Sicherere und attraktivere Gestaltung der Velo-Verbindung auf der Witikonerstrasse

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Velo-Verbindung auf der Witikonerstrasse sicherer und attraktiver gestaltet werden kann.

Postulat 2018/343	12.09.2018 27.02.2019	Sven Sobernheim und Isabel Garcia (beide GLP) Weiterbetrieb des Angebots «Züri rollt» bis zur Systemabnahme des Angebots «Züri Velo» von Publibike

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das bestehende Angebot «Züri rollt» mindestens solange weiterbetrieben werden kann, bis das von Publibike betriebene «Züri Velo» abgenommen ist und das System der angekündigten Überprüfung standhält.

Postulat 2018/385	03.10.2018 24.10.2018	Eduard Guggenheim (AL) und Sebastian Vogel (FDP) Sichtbarmachung der ehemaligen Funktion des Fabrikkanals Spinnerei Manegg

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Zuge der Sanierung und Revitalisierung des Fabrikkanals gemäss Weisung 2017/456 die ehemalige Funktion dieses Kanals als Energielieferant für diverse, jetzt verschwundene Fabrikanlagen beispielsweise mit einem Kunstwerk oder einem kleinen Wasserrad und eventuell der Einrichtung eines einfachen Spielplatzes für Kinder gezeigt werden kann.

Postulat 2018/389	03.10.2018 20.03.2019	Monika Bätschmann und Markus Kunz (beide Grüne) Anpassung der öffentlichen Sitzbänke an die Anforderungen Hindernisfreiheit und Alterstauglichkeit

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die öffentlichen Sitzbänke der Stadt Zürich den Anforderungen an Hindernisfreiheit und Alterstauglichkeit angepasst werden können bzw. wie untaugliche Sitzbänke ersetzt werden können.

Motion 2018/409	31.10.2018 13.11.2019	Natalie Eberle (AL) Schliessung der Lücken der Veloroute Zweierstrasse-Hauptbahnhof

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, welche die Lücken der Veloroute Zweierstrasse–Hauptbahnhof schliesst. Der Hauptbahnhof soll von der Zweierstrasse/Seebahnstrasse über die Ankerstrasse–Kanonengasse bis zur Lagerstrasse erschlossen werden.

Motion 2018/459	28.11.2018 27.02.2019	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen Ganzheitliche Betrachtung des Strassenzugs zwischen Heimplatz und Klusplatz und Überprüfung der Haltestellenanordnung

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, für die Überprüfung der Haltstellenanordnung und der ganzheitlichen Betrachtung des Strassenzuges zwischen Heimplatz und Klusplatz (ohne die beiden Plätze) mit dem Ziel am Hottingerplatz eine beidseitige Kaphaltestelle und angrenzender Platzgestaltung als attraktives Quartierzentrum zu realisieren, sowie sichere Velostreifen zu erstellen. Mit dieser Weisung soll auch, der für die Planung am Hottingerplatz nötige Projektierungskredit beantragt werden.

Postulat 2018/461	28.11.2018 14.12.2018	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen Bauprojekt am Hubertus, behindertengerechte Umsetzung sowie Verbesserung der Aufenthaltsqualität

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Bauprojekt am Hubertus so angepasst werden kann, dass es uneingeschränkt behindertengerecht erstellt wird und die Aufenthaltsqualität verbessert werden kann. Dazu sind die Tramhaltekanten auf der ganzen Länge von 43 m mit einer Höhe von 30 cm (Zürich Bord) auszubilden, die Velospuren lückenlos über den Platz zu führen und die Verkehrsfläche (Fahrbahnfläche) zu reduzieren.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/480	05.12.2018 13.11.2019	Balz Bürgisser (Grüne) und Simone Brander (SP) Unterstützung von Organisationen bei der Suche nach Landwirtschaftsland für den Anbau von Produkten nach den Grundsätzen der solidarischen Landwirtschaft

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass Organisationen in der Stadt Zürich, die nach den Grundsätzen der solidarischen Landwirtschaft unter Einbezug der Konsumentinnen und Konsumenten landwirtschaftliche Produkte anbauen, bei der Suche nach Landwirtschaftsland im städtischen Besitz und städtischer Infrastruktur durch Grün Stadt Zürich tatkräftig unterstützt werden.

Postulat 2018/507	19.12.2018 13.11.2019	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen Studie über eine sicherere und konfliktfreiere Veloführung bei Kaphaltestellen unter Einbezug der übrigen Verkehrsteilnehmenden und von Lösungen im europäischen Ausland

Der Stadtrat wird aufgefordert, in einer Studie abzuklären, wie bei Kaphaltestellen die Veloführung sicherer und konfliktfreier gestaltet werden kann. In der Studie sollen auch die Aspekte aller Verkehrsteilnehmenden gleichwertig und umfassend und die mannigfachen örtlichen Gegebenheiten der bisher umgesetzten Kaphaltestellen sowie auch Lösungen im europäischen Ausland einbeziehen. Die Studie soll dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht werden.

Postulat 2019/7	09.01.2019 18.12.2019	Markus Knauss und Res Marti (beide Grüne) Anpassung der «Velostandards Stadt Zürich» betreffend Breite der Velostreifen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die «Velostandards Stadt Zürich» angepasst werden können. Das Standardmass der Qualitätsstufe A für Hauptrouten ist auf 1.80 m fest zu legen. Alle übrigen Masse sind an dieses Standardmass anzupassen.

Postulat 2019/17	16.01.2019 23.01.2019	Brigitte Fürer und Gabriele Kisker (beide Grüne) Koordinierte Planung und Gestaltung des Aussenraums beim Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei Mythenquai 73 und der geplanten angrenzenden Begegnungszone

Der Stadtrat wir aufgefordert zu prüfen, wie das Ziel einer koordinierten Planung und Gestaltung des Aussenraumes beim Neubau «Wapo, Mythenquai 73» Wasserschutzpolizei der Stadtpolizei Zürich (Weisung 2018/337) und der vom Tiefbauamt geplanten angrenzenden Begegnungszone erreicht werden kann und die Zusammenarbeit über die Interessengrenzen der einzelnen Organisationseinheiten (Immo/Tiefbauamt) hinaus verbessert werden kann. Dabei sind die Nutzungs- und Flächenansprüche insbesondere vom Fuss- und Veloverkehr, der grünen Infrastruktur, dem ökologischen Ausgleich, «klimakompensatorischen» Massnahmen zu berücksichtigen und frühzeitig einzubeziehen. Im Weiteren ist auch eine gleichwertige Einbindung von Grün Stadt Zürich anzustreben.

Postulat 2019/26	23.01.2019 06.03.2019	Grüne-Fraktion Umsetzung der Selbstbindung der öffentlichen Hand gemäss Art. 2^{octies} der Gemeindeordnung (GO) bei allen Hoch- und Tiefbauten und in den Prozessen der Stadt

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass die Selbstbindung der öffentlichen Hand bezüglich des Artikels 2^{octies} in der Gemeindeordnung bei allen Hoch- und Tiefbauten umgesetzt und in den Prozessen der Stadt verankert wird.

Postulat 2019/43	30.01.2019 17.04.2019	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen Verschiebung der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf die Zollbrücke

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung für die Projektierung der Verschiebung der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf die Zollbrücke zu unterbreiten. Auf das aktuelle Projekt für die Sanierung der Zollbrücke mit Umgestaltung der Zollbrücke ist zu verzichten

Postulat 2019/60	06.02.2019 18.12.2019	Simone Brander (SP) und Eduard Guggenheim (AL) Erstellung der Stationen des Veloverleihs «Züri Velo» ohne Beeinträchtigung der Sicherheit des Fussverkehrs

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Stationen des Veloverleihs «Züri Velo» nicht zu Lasten der Sicherheit des Fussverkehrs, sondern möglichst auf Parkflächen des MIV zu erstellen sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/63	06.02.2019 06.03.2019	Roger Föhn und Ernst Danner (beide EVP) Optimierung des Leistungsauftrags für Entsorgung und Recycling (ERZ) betreffend Kadenz der Kartonsammlung, Ordnung an den Sammelstellen und Feiertagsplanung

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie der Leistungsauftrag für Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) wie folgt optimiert werden kann:

– Kartonsammlung alle 14 Tage
– Sammelplätze ordentlich hinterlassen
– Verschieben statt Ausfallenlassen des Sammeltags für Karton, Zeitungen und Grünabfuhr, wenn der Sammeltag auf einen Feiertag fällt

---

Motion 2019/128	03.04.2019 18.12.2019	Hans Jörg Käppeli (SP) und Ann-Catherine Nabholz (GLP) Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um den Klusplatz mit benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus, unter Mitwirkung des Quartiers neu zu gestalten. Insbesondere sind die Umsteigebeziehungen deutlich zu verbessern und die Wege zu verkürzen. Dabei ist auf ein vernünftiges Nebeneinander von MIV und ÖV zu achten. Die Veloverbindungen gemäss regionalem Richtplan sind zu realisieren.

Motion 2019/129	03.04.2019 12.06.2019	Markus Knauss (Grüne) und Ann-Catherine Nabholz (GLP) Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine kreditschaffende Weisung zu einer Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze vorzulegen. Der heute stark überdimensionierte Strassenraum ist auf zwei Spuren für den Durchgangsverkehr zu reduzieren und im Sinne eines Quartierzentrums mit einem Niedriggeschwindigkeitsszenario auszugestalten. Dabei sind sichere, ebenerdige Querungen für die Fussgängerinnen und Fussgänger anzubieten.

Postulat 2019/139	10.04.2019 15.05.2019	FDP-Fraktion Erstellung von Erdsonden unter dem öffentlichen Grund

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Erdsonden auch unter dem öffentlichen Grund erstellt werden können.

Postulat 2019/199	15.05.2019 18.12.2019	Peter Anderegg und Ernst Danner (beide EVP) Teilweise Entsiegelung und stärkere Begrünung des Leutschenbachparks in Zürich-Seebach

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Leutschenpark in Zürich Seebach teilweise entsiegelt und stärker begrünt werden kann.

Motion 2019/245	05.06.2019 18.12.2019	Luca Maggi (Grüne) und Simon Diggelmann (SP) Durchgehende Velobrücke von der Wasserwerkstrasse bis zur Limmatstrasse und dem Lettenviadukt entlang dem Dammsteg und dem Dammweg

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, welche eine durchgehende Velobrücke von der Wasserwerkstrasse bis zur Limmatstrasse und dem Lettenviadukt entlang dem Dammsteg und dem Dammweg vorsieht. Auch eine Abfahrtsrampe auf das Sihlquai ist einzuplanen. Damit wird ein durchgehendes Velonetz zwischen Hardbrücke und Bahnhof Wipkingen, sowie eine starke Verbesserung des Routennetzes von Wipkingen in die Kreise 4/5 und zum Hauptbahnhof geschaffen.

Postulat 2019/248	05.06.2019 19.06.2019	Sebastian Vogel (FDP) und Guido Hüni (GLP) Pilotversuch für die getrennte Sammlung von Wertstoffen in Zusammenarbeit mit professionellen Recycling-Organisationen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit professionellen Recycling-Organisationen (z. Bsp. Verein PET-Recycling Schweiz (PRS) und Igora-Genossenschaft) ein Pilotversuch für die getrennte Sammlung von Wertstoffen im öffentlichen Raum gestartet werden kann. Denkbar ist die Installation von jeweils drei SBB-Recyclingstationen an drei grossen Haltestellen des öffentlichen Verkehrs (z. B. Central, Bellevue, Paradeplatz). Ziel des Pilotprojekts soll sein, herauszufinden, ob die Stadt mit bescheidenem Aufwand den Anteil an wiederverwertbaren Wertstoffen (insb. PET und Aluminium) steigern kann.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/250	05.06.2019 26.06.2019	Andrea Leitner Verhoeven (AL) und Ann-Catherine Nabholz (GLP) Schaffung eines angemessenen Angebots an Veloabstellplätzen im Gebiet der oberen Bahnhofstrasse

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie und wo im Gebiet der oberen Bahnhofstrasse ein angemessenes Angebot an Veloabstellplätzen ohne Abbau von Parkplätzen geschaffen werden kann.

Postulat 2019/337	10.07.2019 13.12.2019	Mathias Egloff und Michael Kraft (beide SP) Installation von Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen über den Klärbecken der ARA Werdhölzli

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie über den Klärbecken der ARA Werdhölzli Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen installiert werden können. Dabei soll auch geprüft werden, ob ein Einsatz von faltbaren Sonnenkollektoren an diesem Standort sinnvoll ist. Falls möglich und lohnend soll die so gewonnene Energie in den nahen Anlagen der Fernwärme genutzt werden.

Postulat 2019/392	18.09.2019 13.12.2019	Gabriele Kisker und Brigitte Fürer (beide Grüne) Baumpflanzungen im Rahmen der Neugestaltung des Münsterhofs

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die in der Planung der Neugestaltung des Münsterhofes vorgesehenen Baumpflanzungen umgesetzt werden und allenfalls weitere Baumpflanzungen vorgenommen werden können.

Postulat 2019/441	23.10.2019 13.12.2019	Mathias Egloff (SP) und Guido Hüni (GLP) Realisierung einer Pilotanlage für ein Auffangen des bei der Biogasproduktion anfallenden reinen CO_2 und für Verwendung im Sinne der Substituierung von Treibhausgasen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er über seine Beteiligung an Biogas Zürich Einfluss nehmen und Investitionsbeiträge leisten kann, damit in einem Gärwerk der Biogas-Anlage eine Pilotanlage gebaut werden kann, welche in der Lage ist, das bei der Biogasproduktion anfallende reine CO_2 aufzufangen. In derselben oder einer anderswo gelegenen Versuchsanlage soll dieses CO_2 dann einer Verwendung zugeführt werden, welche durch Substituierung von Erdgas, von Kerosin oder von anderen Treib- oder Grundbaustoffen den CO_2 Ausstoss der Stadt insgesamt reduzieren hilft. Die Anlage ist so zu konzipieren, dass in der Stadt Zürich zusammen mit den Hochschulen Kompetenz und Know-how im Bereich «C02 Capture» aufgebaut wird.

Postulat 2019/528	04.12.2019 13.12.2019	Grüne-Fraktion Überarbeitung des Strassenprojekts Kasernenstrasse vor dem Sihlpostgebäude hinsichtlich Veloabstellplätze, Fuss- und Radwege, Behindertenparkplätze und Tieftempokonzept

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Strassenprojekt Kasernenstrasse vor dem Sihlpostgebäude (Lagerstrasse bis Beginn Europaallee) komplett überarbeitet werden kann. Dabei sind aufgrund der heutigen Nachfrage genügend oberirdische Veloabstellplätze anzuordnen. Die im Regionalen Richtplan vorgesehenen Radwege in beide Richtungen sind sicher, ausreichend breit und lückenlos zu erstellen. Die Fusswegverbindung von der Passage Sihlquai bis zur Lagerstrasse und zur Tram- und Bushaltestelle «Sihlpost/HB» ist deutlich grosszügiger zu konzipieren. Zu integrieren ist eine gewisse Anzahl an Behindertenparkplätzen. Auch ist sicher zu stellen, dass durch manövrierende Fahrzeuge kein Rückstau in den Kreuzungsbereich entsteht. Die Geschwindigkeit ist auf ein Tieftempokonzept auszurichten.

Postulat 2019/530	04.12.2019 13.12.2019	Florian Utz (SP) und Matthias Probst (Grüne) Prüfung aller Projekte des Tiefbauamts durch eine interne Fachperson Veloverkehr

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass alle Projekte des Tiefbauamtes von einer internen Fachperson geprüft werden, die ausschliesslich für den Veloverkehr zuständig ist. Die dafür zuständigen Fachpersonen sollen dabei gegenüber der Projektleitung mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden, wobei auf die von der Fachperson eingebrachten Velomassnahmen nur durch einen schriftlich begründeten Entscheid einer der Projektleitung übergeordneten Stelle verzichtet werden darf

Hochbau-departement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Hochbaudepartement

1.	**Vorwort**	**217**
2.	**Jahresschwerpunkte**	**218**
3.	**Kennzahlen Hochbaudepartement**	**219**
4.	**Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen**	**220**
4.1	**Departementssekretariat**	**220**
4.1.1	Aufgaben	220
4.1.2	Jahresschwerpunkte	220
4.2	**Amt für Städtebau**	**223**
4.2.1	Aufgaben und Organisation	223
4.2.2	Jahresschwerpunkte 2019	223
4.2.2.1	Raumentwicklung & Planung	223
4.2.2.2	Arealentwicklung & Planung	224
4.2.2.3	Architektur & Stadtraum	225
4.2.2.4	Archäologie & Denkmalpflege	226
4.2.2.5	Kompetenzzentren	227
4.2.2.6	Führungen und Ausstellungen	227
4.2.3	Kennzahlen Amt für Städtebau	228
4.3	**Amt für Hochbauten**	**232**
4.3.1	Aufgaben	232
4.3.2	Jahresschwerpunkte	232
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	237
4.4	**Immobilien Stadt Zürich**	**242**
4.4.1	Aufgaben	242
4.4.2	Unternehmensentwicklung	243
4.4.3	Eigentümervertretung	243
4.4.3.1	Schul-, Sport- und Gesundheitsbauten	244
4.4.3.2	Verwaltungs-, Werk-, Sozial- und Kulturbauten	245
4.4.4	Bewirtschaftung	246
4.4.5	Beratungstätigkeit	248
4.4.6	Dienstleistungen	248
4.4.7	Fachstelle Graffiti	249
4.5	**Amt für Baubewilligungen**	**249**
4.5.1	Aufgaben	249
4.5.2	Jahresschwerpunkte	249
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	251
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**254**

1. Vorwort

Dr. André Odermatt. (Bild: Juliet Haller)

«Digitale Transformation für das Zürich von morgen»

Weit oben auf der To-do-Liste des Hochbaudepartements (HBD) stand 2019 die Digitalisierung. Wir haben verschiedene Projekte vorangetrieben und umgesetzt. Dazu gehören zum Beispiel der städtische Kreditoren-Workflow und die Weiterentwicklung des Building Information Modelling (BIM) oder Gebäudedatenmodellierung, eine Planungsmethode mit virtuellen, digitalen Gebäudeinformationen. Und auch an der Digitalisierung der Baugesuche wurde weitergearbeitet. Zudem wurde ein dienstabteilungsübergreifendes Dokumentenmanagement-System (ELO) eingeführt; ein städtisches Standardprodukt, das die Effizienz und Verlässlichkeit der digitalen Zusammenarbeit und Archivierung massgeblich erhöht.

Die Aufgabe ist aber noch nicht erledigt, denn mit der Digitalisierung einher geht eine grundlegende Transformation: Eine Vielzahl von Prozessen muss hinterfragt, angepasst oder neu definiert werden, bevor es ans eigentliche Digitalisieren geht. Dieser Initialaufwand braucht Ressourcen, fachliche und personelle – gratis ist die Digitalisierung nicht zu haben. Aber es ist eine sinnvolle Investition, eine Investition in die Zukunft: Die Digitalisierung wird dabei helfen, die wachsenden Kernaufgaben im HBD noch effizienter zu bewältigen. Bis dahin sind aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stark gefordert. Denn die Herausforderungen, die der Digitalisierungsprozess mit sich bringt, landen als zusätzliche Aufgaben auf ihren To-do-Listen.

Dass die Arbeit für das Hochbaudepartement in einer wachsenden Stadt zunimmt und komplexer wird und damit auch die Aufgabenliste länger wird, ist offensichtlich. Im Jahr 2019 wurde deshalb über die Departementsgrenzen hinweg viel daran gearbeitet, dass das erwartete Bevölkerungswachstum in die richtigen Bahnen gelenkt wird. Das Resultat: der kommunale Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen. Ihn hat der Stadtrat im Herbst an den Gemeinderat überwiesen. Damit haben wir ein höchst taugliches Instrument, um die Planung der Stadt transparent und demokratisch angehen zu können. Mit der Überweisung des Richtplans kommt viel Arbeit auf die Besondere Kommission des Gemeinderats zu. Eine Arbeit, die sich lohnen wird, davon bin ich überzeugt. Denn es ist gleichzeitig ein Privileg und eine grosse Verantwortung, heute gemeinsam die Stadt von morgen zu gestalten.

Zu diesem «morgen» gehören auch die jüngsten Zürcherinnen und Zürcher – und diese brauchen Schulraum. Im Jahr 2019 ging es auch in diesem Bereich voran. Im Sommer haben wir mit den Objekten Schütze, Pfingstweid und Schauenberg gleich drei neue Schulhäuser in Betrieb genommen. Zwei weiteren Objekten, dem Schulhaus Allmend und dem Schulhaus Freilager, haben die Zürcherinnen und Zürcher in Volksabstimmungen mit jeweils über 80 % ihre Zustimmung gegeben.

Dass die Bevölkerung hinter unserer Arbeit steht, widerspiegelt sich auch in der deutlichen Zustimmung zu den weiteren Baukreditvorlagen: dem neuen Alterszentrum Eichrain, der Wohnsiedlung Leutschenbach, dem Ersatzneubau der Wache der Wasserschutzpolizei und dem Sozialzentrum Röschibach.

Damit Verwaltung, Stadtrat und Gemeinderat bei der Zusammenarbeit am gleichen Strick ziehen können, braucht es gegenseitiges Vertrauen. Gerade deshalb habe ich grossen Wert darauf gelegt, den Gemeinderat und die Öffentlichkeit im Frühling 2019 frühzeitig und offen darüber zu informieren, dass beim Projekt Kongresshaus und Tonhalle ein Zusatzkredit notwendig ist. Dies, um die bauseitigen Mehrkosten und die bereits bewilligten Projektoptimierungen zu decken sowie die Reserve zu erhöhen. Grund dafür war unter anderem, dass die Bausubstanz schlechter war als angenommen, in der Ausführung verschiedene Zielkonflikte vorhanden waren und der Detaillierungsgrad der Ausführungsplanung zum Teil unscharf war. Dank vorausschauender Planung bleibt das aber die Ausnahme und kommt sehr selten vor. Die vorgeschriebenen Reserven werden bei den städtischen Hochbauten nicht oder nur marginal gebraucht und die Kredite gesamthaft betrachtet eingehalten. Das war, ist und bleibt das Ziel, das wir bei allen unseren Projekten anvisieren. Auch in Zukunft.

Stadtrat Dr. André Odermatt
Vorsteher des Hochbaudepartements

2. Jahresschwerpunkte

Die Jahresschwerpunkte des Departements ergeben sich aus denjenigen des Departementssekretariats und der Dienstabteilungen, die unter Punkt 2 in den jeweiligen Kapiteln erscheinen. Zudem gibt der Vorsteher in seinem Vorwort einen Überblick über wichtige Ereignisse und Projekte des Berichtsjahres. Auf ein weiteres Zusammentragen derselben Inhalte wird an dieser Stelle verzichtet.

3. Kennzahlen Hochbaudepartement

	2015	2016	2017	2018	2019[1]
Mitarbeitende total	**792**	**785**	**783**	**797**	**796**
davon Frauen	432	423	417	411	415
davon Männer	360	362	366	386	381
Ø FTE / Stw.-Ä.[2]	**616**	**622**	**632**	**639**	**650**
Führungskader total	**99**	**104**	**114**	**113**	**108**
davon Frauen	29	31	34	34	34
davon Männer	70	73	80	79	74
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)					
Funktionsstufe	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**
FS 16–18	– –	50,0 50,0	55,6 44,4	66,7 33,3	63,6 36,4
FS 14–15	– –	26,9 73,1	33,3 66,7	26,9 73,1	26,1 73,9
FS 12–13	– –	32,4 67,6	29,8 70,2	30,6 69,4	33,0 67,0
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 %(Vollzeitstellen)					
Total	**390**	**386**	**393**	**404**	**412**
Frauen	119	113	116	114	131
Männer	271	273	277	290	281
Frauen (in %)	30,5	29,3	29,5	28,2	31,8
Männer (in %)	69,5	70,7	70,5	71,8	68,2
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 % (Teilzeitstellen I)					
Total	**266**	**281**	**289**	**306**	**305**
Frauen	192	204	206	215	209
Männer	74	77	83	91	96
Frauen (in %)	72,2	72,6	71,3	70,3	68,5
Männer (in %)	27,8	27,4	28,7	29,7	31,5
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)					
Total	**140**	**122**	**105**	**92**	**82**
Frauen	124	109	98	86	77
Männer	16	13	7	6	5
Frauen (in %)	88,6	89,3	93,3	93,5	93,9
Männer (in %)	11,4	10,7	6,7	6,5	6,1
Lernende					
Total	**22**	**18**	**18**	**15**	**15**
davon Frauen	8	7	5	5	4
davon Männer	14	11	13	10	11
Personalaufwand	86 299 438	86 689 578	89 047 674	89 926 056	90 342 611
Sach- und übriger Betriebsaufwand	182 394 523	174 792 196	174 992 112	177 763 579	158 889 632
Übriger Aufwand	192 001 643	195 277 486	201 055 347	231 999 920	178 451 620
Total Aufwand	460 695 604	456 759 260	465 095 134	499 689 555	427 683 863
Bruttoinvestitionen[3]	192 122 344	182 787 845	213 385 454	373 340 044	321 154 840

[1] Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2
[2] Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP-HCM-Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.
[3] Investitionsausgaben des Verwaltungsvermögens

Definitionen:
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind.
Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt.
Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

4.1 Departementssekretariat

4.1.1 Aufgaben

Juristinnen und Juristen, Informatikerinnen und Informatiker, Personal-, Finanz- und Kommunikationsfachpersonen sowie Verantwortliche der Zentralen Dienste gehören zum Departementssekretariat (DS). Sie alle unterstützen die Arbeit der Dienstabteilungen und den Vorsteher des Hochbaudepartements bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien, Projekten und Geschäften zuhanden von Stadtrat, Gemeinderat und Öffentlichkeit sowie bei deren juristischer Prüfung. Das DS gewährleistet die Koordination auf städtischer Ebene bei departementsübergreifenden Projekten und sorgt dafür, dass Synergien zwischen den Fachbereichen der Dienstabteilungen durch einen Austausch an Informationen und Erfahrungen genutzt werden.

4.1.2 Jahresschwerpunkte

Fachbereich Rechtsabteilung
Auch im Berichtsjahr 2019 lag ein Schwerpunkt der Rechtsabteilung in der Bearbeitung der noch nicht erledigten Rekurse gegen die BZO-Revision 2016. Sieben Rekursverfahren wurden grösstenteils zugunsten der Stadt Zürich rechtskräftig erledigt. Weitere sieben Rechtsmittelverfahren sind derzeit entweder beim Verwaltungsgericht (6) oder beim Bundesgericht (1) hängig. Viele Ressourcen forderte neben der Erarbeitung des kommunalen Richtplans auch die fachliche und parlamentarische Arbeit für die Gestaltungspläne «Areal Hardturm» und «Thurgauerstrasse» sowie die Zonenplanrevision «Hochschulgebiet Zürich-Zentrum». Im Vergleich zu den Vorjahren zugenommen hat die HBD-interne rechtliche Beratung zugunsten von Projekten des Amts für Hochbauten. Die Komplexität des Bauens, gerade in einer dicht besiedelten Stadt, hinterlässt hier ihre Spuren. Auch die Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative «Eine Europaallee genügt – jetzt SBB-Areal Neugasse kaufen», die der Gemeinderat in Auftrag gegeben hat, verlangte nach einer intensiven rechtlichen Bearbeitung. Für die Stadt konnte erfolgreich das Rekursverfahren gegen den privaten Gestaltungsplan «Haus zum Falken» abgeschlossen werden. Zu den laufenden Geschäften der Rechtsabteilung zählen ferner die Unterstützung aller HBD-Dienstabteilungen, die Abwicklung von Personaldienstbarkeiten zugunsten der Stadt wie auch submissions- und IT-rechtliche Fragestellungen.

Kennzahlen Rechtsabteilung	2016	2017	2018	2019
Anzahl hängige Rechtsmittelfälle	21	46	26	32
Aufwand für städtische Planungen (inkl. BZO-Revision) in Arbeitstagen	366	493	609	510

Fachbereich Kommunikation
Der Fachbereich Kommunikation wird für das ganze Departement über das Departementssekretariat gesteuert. Kommunikationsmassnahmen erfolgen in enger Zusammenarbeit mit den Dienstabteilungen.

Wie schon im Vorjahr haben Aktivitäten rund um die Erarbeitung des kommunalen Richtplans Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen die Kommunikation des Hochbaudepartements geprägt. Dazu gehörten insbesondere mehrere gut besuchte Informationsveranstaltungen auf Einladung verschiedener Quartiervereine sowie Auftritte an diversen Fachveranstaltungen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete im Berichtsjahr das Thema «Schulraum»: Mit der Vorstellung der Teilportfoliostrategie Volkschulbauten konnte der strategische Rahmen für die nachfolgende kommunikative Begleitung von gleich drei neu eröffneten Schulbauten gesteckt werden. Zwei weitere Schulanlagen (Freilager und Allmend) erhielten in der Volksabstimmung deutliche Zustimmung.

Mit kommunikativen Massnahmen begleitet wurden zudem die abgeschlossenen Sanierungen Amtshaus Helvetiaplatz, Tramdepot Elisabethenstrasse und Pavillon Le Corbusier sowie auch die Fertigstellungen Tanzhaus und Alterszentrum Trotte – Letztere kombiniert mit der Präsentation von Massnahmen zum sommerlichen Wärmeschutz.

Die mit dem Wachstum einhergehende rege Planungs- und Bautätigkeit der Stadt stösst medial auf grosse Resonanz. Das zeigt sich insbesondere an der nach wie vor zunehmenden Anzahl Medienkontakte. Der dadurch entstehende Aufwand für eine sorgfältige Bearbeitung hat sich im Berichtsjahr dementsprechend erneut erhöht.

Kennzahlen Kommunikation	2016	2017	2018	2019
Medienkonferenzen	19	23	20	22
Medienmitteilungen	72	78	84	60
Internet HBD Anzahl Besuchende	401 620	454 376	472 139	484 506
Medienkontakte	≈ 445	≈ 470	≈ 510	≈ 670[1]
Informationsveranstaltungen	31	52	74	50

[1] Detailliertere Erfassung mit neuem Tool.

Fachbereich Personal
2019 wurden 815 Personaldossiers aller Dienstabteilungen des Hochbaudepartements eingescannt. Jedes Dokument wurde geprüft, klassifiziert und für das Scanning vorbereitet. Insgesamt über 80 500 Dokumente wurden eingelesen und konnten anschliessend ab Ende August 2019 elektronisch abgerufen werden. Separate, abschliessbare Räume braucht es nicht mehr, Aufbewahrungsrichtlinien sind elektronisch hinterlegt und auf die Personaldossiers kann ortsunabhängig zugegriffen werden. Selbstverständlich ist die Datensicherheit (Art. 47 Abs. 2 Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals) in technischer Hinsicht gewährleistet.

Ein wichtiges und zentrales Thema in der ganzen Stadt bleibt das Führungsverständnis und seine Umsetzung im Alltag. So standen die Fachbereichsleitungen im September allen Mitarbeitenden des Departementssekretariats (DS) Rede und Antwort zu diesem Thema, und es gab Gelegenheit, sich auszutauschen. Die meisten der DS-Mitarbeitenden übernehmen aufgrund ihrer Rollen und Funktionen im Alltag ebenfalls temporär Führungsfunktionen, sei es beispielsweise als Leitende in IT-Projekten oder bei Rechtsfällen in den Dienstabteilungen. Deshalb ist es gerade im DS wertvoll, wenn sich nicht nur die Linienverantwortlichen dem Thema stellen. Neue Mitarbeitende erhalten bei ihrem Eintritt das Kartenset mit den städtischen Führungsgrundsätzen, um sich von Beginn an damit auseinandersetzen zu können.

Am diesjährigen Zukunftstag des Hochbaudepartments konnten 30 Kinder unterschiedliche Berufe kennenlernen und in Gruppen mittels Interviews verschiedene Mitarbeitende befragen. Spannende, kritische sowie überraschende Fragen wurden von den Kindern gestellt. Unisono waren sie begeistert vom Stadtmodell und der damit verbundenen Arbeit zur Erstellung und Pflege.

Kennzahlen Personal	2016	2017	2018	2019
Ausschöpfung Lohnbudget (in %)	100	99	99	94
Stellenwert (Vollzeitäquivalent)	31,2	31,2	30,2	27,3
Ausschöpfung Stellenwert (in %)	96	98	98	92
Fluktuation (mit Pensionierungen) (in %)	10	10	15	18
Krankheits-/Unfallrate (in %)	2,5	2,4	5,2	2,6
Frauenanteil gesamt (in %)	56	57	62	50
Frauenanteil Kader (in %)	44	47	47	47
Anteil Teilzeit gesamt (in %)	54	54	56	48

Fachbereich Geschäftsverwaltung
Im September hat das HBD die städtische Standardlösung für die Dokumentenverwaltung (ELO) gemäss den Richtlinien des Stadtarchivs eingeführt. Die Geschäftsdossiers werden bei der federführenden Dienstabteilung abgelegt, wo auch andere beteiligte Organisationseinheiten des HBD Zugriff haben. Dank dieser dienstabteilungsübergreifenden Organisationsstruktur werden doppelte Ablagen vermieden, der Datenverkehr massiv reduziert und die Zusammenarbeit zwischen den Dienstabteilungen weiter gefördert. Gewisse Anforderungen an die Ablage von grafischen Elementen und Geo-Daten, die für die Arbeit des HBD wichtig sind, erfüllt ELO leider nicht. In Zusammenarbeit mit der Organisation und Informatik (OIZ) wird nach Lösungen gesucht.

Fachbereich Informatik
Im Vorfeld der im September erfolgten Einführung der Dokumentenverwaltung ELO (siehe Fachbereich Geschäftsverwaltung) hat der Fachbereich Informatik das nötige technische Know-how aufgebaut, um die Applikation an die Bedürfnisse des HBD anzupassen. Ebenfalls wurde ein Berechtigungskonzept gemäss den technischen und organisatorischen Anforderungen erarbeitet und im System umgesetzt. Gemeinsam mit der OIZ hat der Fachbereich Informatik schliesslich die Schulungen für alle Mitarbeitenden im HBD konzipiert und koordiniert. Um das Ordnungssystem und die Berechtigungen besser verwalten zu können, hat der Fachbereich Informatik ausserdem eine entsprechende Applikation entwickelt und eingeführt. Zusammen mit der OIZ können nun weitere Anforderungen und Verbesserungen am System geprüft und umgesetzt werden.

Die städtische Migration auf die neuere Version von SharePoint wurde als Anlass genommen, um das Portfolio der auf SharePoint betriebenen Lösungen zu bereinigen. Als Ergebnis wurden noch zwei Anwendungen migriert. Damit ist der Betrieb der Anwendung für die Fahrzeugreservation bei Immobilien Stadt Zürich (IMMO) sowie der IMMO-internen Ticket-Lösung für die nächsten drei Jahre gesichert. Mittelfristig sollen auch diese Systeme abgelöst werden.

Das Planarchiv des Amts für Hochbauten verwaltet die Revisionspläne der neu erstellten oder umgebauten Gebäude in der Fachanwendung ScopeArchiv. Fünf Jahre nach ihrer Einführung wurde die Fachanwendung einschliesslich diverser Schnittstellen auf die neueste Version der Software umgestellt; dies erlaubt eine wesentliche Reduktion der Lizenzkosten ab 2020.

Auf Basis der im Vorjahr geleisteten Vorbereitungsarbeiten wurden 2019 rund 820 Arbeitsplätze im HBD mit den neuen IT-Standardgeräten der OIZ ausgerüstet. Dabei wurde das Augenmerk auf das mobile Arbeiten sowie auf die weitere Standardisierung des Betriebs gelegt, was umfangsreiche Planungsarbeiten nach sich zog. Diese logistische Herausforderung wurde ohne grosse Zwischenfälle und zur Zufriedenheit der Benutzerinnen und Benutzer ausgeführt. Es wurden innerhalb von 8 Wochen etwa 530 Notebooks, 200 Thin Clients und 90 stationäre Arbeitsstationen verteilt.

IT-Kennzahlen	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Interner Aufwand (in Mio. Fr.)	1,87	1,88	1,85	1,71
Externe Kosten (in Mio. Fr.)	1,37	1,38	1,23	1,36
Vergütungen OIZ (in Mio. Fr.)	1,99	2,14	2,28	2,97
Vergütungen GeoZ (in Mio. Fr.)	0,22	0,23	0,23	0,23
Aufwand Total Laufende Rechnung	**5,77**	**5,93**	**5,58**	**6,27**
Investitionen	–	–	–	0,14[2]
Anzahl Fachapplikationen (FAppl)	219	212	195[1]	200
davon geschäftskritische FAppl	33	30	29	21
davon neue oder erneuerte FAppl	23	34	60[1]	32
davon dringend zu erneuernde FAppl	51	24	23	20
Anzahl IT-Aufträge an HBD-Fach-IT	736	1014	1115	1180
Benutzerzufriedenheit IT Stadt Zürich	n. erhoben	n. erhoben	4,84	n. erhoben
Benutzerzufriedenheit HBD-Fach-IT	n. erhoben	n. erhoben	4,98	n. erhoben

[1] Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des neues städtischen IT-Standard-Arbeitsplatzes wurde das Portfolio 2018 bereinigt und zahlreiche Applikationen und Werkzeuge erneuert.
[2] Mit HRM2 werden Entwicklungsleistungen und Anschaffungen von Lizenzen in der Investitionsrechnung aktiviert und abgeschrieben.

4.2 Amt für Städtebau

4.2.1 Aufgaben und Organisation

Aufgaben des Amts für Städtebau (AfS) sind: die Erarbeitung planerischer Grundlagen für die städtebauliche Entwicklung Zürichs; die Koordination öffentlicher und privater Projekte; das Fördern und Sicherstellen architektonischer und baukultureller Qualität mittels geeigneter Instrumente und Beratung sowie, was den öffentlichen Raum betrifft, die enge Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt und Grün Stadt Zürich; die Dokumentation bauhistorischer Entwicklungen und die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendigen Supportprozesse.

4.2.2 Jahresschwerpunkte 2019

4.2.2.1 Raumentwicklung & Planung

Zürich wächst weiter. Es ist das erklärte Ziel der Stadtplanung, dass dieses Wachstum nachhaltig und mit Qualität geschehen kann. Den strategischen Rahmen hierfür schafft die behördenverbindliche Richtplanung. Mit der Überweisung des kommunalen Richtplans Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLÖBA) an den Gemeinderat wurde 2019 ein Meilenstein erreicht. Der intensive interdepartementale Bearbeitungsprozess und die vielen Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auflage haben zu einem gut abgestimmten und konsolidierten Orientierungsrahmen für die räumliche Entwicklung Zürichs hin zu einer Stadt mit einer halben Million Einwohnerinnen und Einwohnern geführt. Der Richtplan schafft die Voraussetzungen für dichteres Bauen an den richtigen Orten in der Stadt sowie für den Bau zusätzlicher Infrastrukturen (z. B. Freiräume und Schulen).

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden wurde 2019 konkretisiert. Im Rahmen des Projekts «Wachstum+» unter der Federführung der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) wurden mit Nachbargemeinden in ersten Gesprächen und Workshops gemeinsame Themen vertieft und Projekte aufgegleist. Das AfS koordiniert dabei die städtischen Anliegen.

Der regionale Richtplan der Stadt Zürich gilt seit dem Regierungsratsbeschluss vom Juni 2017 als festgesetzt. Die Beschwerde des Gemeinderats ist im Dezember 2019 in dritter Instanz vom Bundesgericht abgewiesen worden. Hinsichtlich Teilinkraftsetzung der BZO-Teilrevision 2016 sind per Ende 2019 sieben Rechtsmittelverfahren entweder beim Verwaltungsgericht (6) oder beim Bundesgericht (1) hängig.

Kommunale Richtplanung
Nach der öffentlichen Auflage des kommunalen Richtplans SLÖBA im Herbst 2018 wurden die Einwendungen bearbeitet und in einem Einwendungsbericht festgehalten. Dabei wurden die Richtplandokumente gemäss den (teilweise) berücksichtigten Einwendungen überarbeitet. Im Anschluss wurde der kommunale Richtplan am 24. Oktober vom Stadtrat beschlossen und dem Gemeinderat zur Behandlung überwiesen. Die Beratung in einer Besonderen Kommission hat Ende November begonnen.

Aktuelle Planungsprojekte
Die Hochhausrichtlinien von 2001 sollen überprüft und aktualisiert werden. Als Grundlage für die Aktualisierung führt das AfS eine zweistufige Testplanung im selektiven Verfahren mit externen Planungsteams durch. Dieses startete im Sommer 2019 mit acht interdisziplinären Teams, für die im Oktober die Jurierung stattfand. Im November führte das AfS zudem eine Dialogveranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik und von Fachverbänden durch. Phase zwei startet Anfang 2020 und wird Ende Jahr abgeschlossen sein. Basierend auf den Ergebnissen der Testplanung werden anschliessend die Anpassungen vorgenommen und Auswirkungen auf die Bau- und Zonenordnung geprüft.

Ziel des Projekts **Gartenstadt 2040** ist es, Grundsätze und Leitlinien für die Transformation der Zürcher Gartenstadtquartiere zu erarbeiten. Das gemeinsam mit Grün Stadt Zürich durchgeführte Studienverfahren wurde 2019 abgeschlossen und bildet die Grundlage für den laufenden Synthese- und Vertiefungsprozess.

Gartenstadtsiedlung in Zürich-Wollishofen. (Bild: Juliet Haller)

Die **Bearbeitung des Gewässerraums** anhand des Pilotprojekts Döltschibach hat begonnen. Das Ziel ist, das neue Thema auszuloten und Erkenntnisse zuhanden der späteren gesamtstädtischen Gewässerraum-Ausscheidung zu sammeln. Zudem hat der Kanton Zürich im September 2019 die Ämtervernehmlassung der Gewässerraum-Entwürfe an den kantonalen Fliessgewässern der Stadt Zürich (Glatt, Limmat und Sihl) gestartet. Dazu wird sich die Stadt Zürich im Jahr 2020 gegenüber dem Kanton äussern.

Zusammen mit Grün Stadt Zürich erarbeitet das AfS eine Planungshilfe zum **Bauen an Stadtachsen und Plätzen.** Im Sinne einer Präzisierung von § 71 und § 238 PBG wird die Planungshilfe Gestaltungshinweise für den Übergang vom Haus zur Strasse geben, um dadurch die Qualität des öffentlichen Raums zu erhöhen. Die Planungshilfe wird den beteiligten Dienstabteilungen bei der Beratung dienlich sein.

Mit dem Projekt **Fokusräume 2040** beabsichtigen AfS und Tiefbauamt gemeinsam mit weiteren Dienstabteilungen, die Strassenräume in den Gebieten, die im kommunalen Richtplan eine bauliche Verdichtung über die BZO 2016 hinaus aufweisen, vorausschauend und interdisziplinär zu entwickeln. Die Strassenräume einer Stadt sind wichtige öffentliche Räume, die als Lebensadern fungieren und nebst der Erschliessung

und Mobilität der Orientierung und dem Aufenthalt der Menschen dienen. Gleichzeitig ist der Platz in der gebauten Stadt beschränkt und die vielen Ansprüche an den Raum müssen sorgfältig priorisiert und gewichtet werden. Das Projekt stimmt daher die Themen Mobilität, Verkehr, Bebauung, Nutzung, Erholung/Aufenthalt, Stadtklima, Lärm und Sozialraum sowie Partizipation aufeinander ab. Gemeinsam werden Strassenentwürfe erarbeitet, die im Sinne einer Planungshilfe als Grundlage für die Ausarbeitung eines Bauprojekts dienen können, mit dem Ziel, hochwertige, lebenswerte Strassenräume zu schaffen.

Sozialräumliche Entwicklung
Der kommunale Richtplan SLÖBA definiert Ziele und Massnahmen für eine sozialverträgliche räumliche Entwicklung. Dazu gehört auch, das Angebot von preisgünstigen Wohnungen durch die Einführung von § 49b PBG zu erhöhen. Eine Strategie dazu wird aktuell erarbeitet, in der die Umsetzung in der Planung sowie die Kontrolle und der Vollzug betrachtet werden. Ebenfalls wird ein Vergleich mit anderen Städten angestellt. Die Strategie wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2020 abgeschlossen. Anschliessend werden die Dokumente für die öffentliche Auflage vorbereitet, später wird diese durchgeführt. Bei Bauvorhaben mit gemäss PBG erhöhten gestalterischen Anforderungen (§ 71 und § 284 PBG) setzt sich das AfS mit Unterstützung der Stadtentwicklung vermehrt für sozial relevante Aspekte ein und hat als Grundlage für die Beratung der Bauherrschaften die entsprechenden Kriterien verschärft.

4.2.2.2 Arealentwicklung & Planung

Hochschulen und Gesundheitsbauten
Das **Hochschulgebiet Zürich-Zentrum** steht vor einer grösseren Transformation, die sich über mehrere Jahrzehnte erstrecken wird. Die Grundlagen dazu wurden von Stadt und Kanton zusammen mit den im Gebiet angesiedelten Institutionen während der vergangenen Jahre erarbeitet. Das AfS ist in der Umsetzungsorganisation sowohl auf der strategischen Projektsteuerungsebene als auch in der operativen Koordinationsgruppe vertreten. 2019 hat das AfS das Festsetzungs- und Genehmigungsverfahren der BZO-Teilrevision «Hochschulgebiet Zürich-Zentrum» geleitet. Diese wurde im September 2019 genehmigt. Das AfS war in den zwei Arbeitsgruppen zu Themen des Stadtraums vertreten, einerseits zur Verbesserung der Aufstiegshilfen für Fussgängerinnen und Fussgänger unter Leitung des Gebietsmanagements HGZZ, andererseits zur Vorstudie Rämistrasse/Gloriastrasse unter Leitung des TAZ. Ausserdem wirkte das AfS mit bei der Ausarbeitung des Vertrags über die kooperative Umsetzung der 1. Entwicklungsachse. Gemäss kantonalem Richtplan sollen am **Standort Lengg** die Gesundheits- und Forschungseinrichtungen konzentriert und erweitert werden. Grundlage für die geplante Weiterentwicklung bilden der von Stadt, Kanton und den Institutionen erarbeitete Masterplan (2017) sowie der kantonale Richtplan. Im Gebietsmanagement unter der Führung des Kantons ist das AfS sowohl auf der strategischen Projektsteuerungsebene als auch in der operativen Koordinationsgruppe vertreten. 2019 hat das AfS bei der Vorbereitung der vorgesehenen städtebaulichen Verfahren für die Teilgebiete Spitalcluster und PUK/August-Forel-Areal mitgewirkt und an ersten Workshops teilgenommen. Ausserdem wirkte das AfS in der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Parkplatz- und Mobilitätsmanagementkonzepts mit und erstellte zu dessen planungsrechtlichen Sicherung eine Auslegeordnung mit Varianten. Darüber hinaus formulierte das AfS Empfehlungen zuhanden der Projektaufsicht Lengg.

Aufgrund der Konzentration der Universität Zürich auf zwei Standorte besteht für den **Standort Irchel** ein erheblicher Ausbaubedarf. Im Gebietsmanagement unter der Führung des Kantons ist das AfS sowohl in der strategischen Projektsteuerung als auch in der operativen Koordinationsgruppe vertreten. Das AfS wirkte 2019 bei der Überarbeitung des kantonalen Gestaltungsplans «Campus Irchel» nach der öffentlichen Auflage bzw. Anhörung mit. Ausserdem begleitete das AfS die Beratungen der zuständigen Kommission zur BZO-Teilrevision.

Campus Irchel der Universität Zürich. (Bild: Juliet Haller)

Die Entwürfe der BZO-Teilrevision **«ETH-Hönggerberg»** und der Sonderbauvorschriften «ETH Zürich, Campus Hönggerberg» wurden nach der 2018 erfolgten öffentlichen Auflage durch das AfS in Zusammenarbeit mit der ETH bereinigt. Mit Beschluss der Teilrevision 2016 des kantonalen Richtplans durch den Kantonsrat im Oktober 2019 sind die Voraussetzungen für die Überweisung beider Vorlagen vom Stadtrat an den Gemeinderat gegeben, sie soll im ersten Quartal 2020 erfolgen.

Areal- und Quartierentwicklungen
Im Jahr 2019 sind in der **Manegg** zahlreiche Planungs- und Bauarbeiten fortgeschritten. Zwei Wohn- und Geschäftshäuser in der Greencity wurden bezogen und der ergänzende Gestaltungsplan «Obere Allmend – Manegg» sowie die Teilrevision des ergänzenden Gestaltungsplans «Avaloq» wurden genehmigt. Auf die Teilrevision des ergänzenden Gestaltungsplans «Greencity.Zurich» zum Baufeld B5 wird hingegen zugunsten einer schnelleren Realisierung der Schulanlage Allmend verzichtet. Zudem wurde das Gebietsmanagement-Kernteam um eine Vertreterin des Büros für Sozialraum & Stadtleben erweitert, um den Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner der Manegg in den Planungen besser Rechnung tragen zu können.

Im Juli 2019 hat der Gemeinderat der Zonenplanänderung zur **Thurgauerstrasse** zugestimmt. Gleichentags hat er die beiden öffentlichen Gestaltungspläne an die zuständige Kommission zurückgewiesen. Ende November ist der öffentliche Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiet B Schule/Quartierpark» vom Gemeinderat verabschiedet worden. Der öffentliche Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C–F Wohnen/Gewerbe» ist weiterhin in der Kommission zur Beratung. Darüber hinaus hat im Juni 2019 ein gemeinsam

mit der Wohnbaugenossenschaft Grubenacker organisierter Workshop zur Quartierentwicklung Grubenacker stattgefunden. In einem offenen, kreativen Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohnern konnten wertvolle Impulse für die nächsten Entwicklungsschritte gewonnen werden.

Für die Entwicklung des **Josef-Areals** wurde unter dem Lead des AfS und in Zusammenarbeit mit weiteren Dienstabteilungen sowie externen Fachleuten am Testplanungsprogramm gearbeitet. Dazu zählten das Klären der Rahmenbedingungen und Anforderungen sowie das Präzisieren und Aufbereiten der verschiedenen Raumprogramme. Ebenfalls wurden die für das Verfahren notwendigen externen Expertinnen und Experten ausgewählt und beauftragt. Als wichtige Grundlage wurde im Rahmen der Studie «Stadt- und Sozialraum» zusammen mit ausgewählten Ansprechpersonen die Einbindung des Areals in die Nachbarschaft behandelt. Des Weiteren wurde der Beteiligungs- und Informationsprozess ausgearbeitet, der Anfang 2020 starten wird.

Das Josef-Areal im Escher-Wyss-Quartier. (Bild: Juliet Haller)

Aufgrund der kantonalen Vorprüfung, der öffentlichen Auflage und der Ämtervernehmlassung wurde die **Teilrevision Nutzungsplanung Friesenberg** überarbeitet. Ziel ist die Ermöglichung zusätzlicher preisgünstiger Wohnungen im Quartier. Der Rahmenvertrag zwischen der Familienheim-Genossenschaft Zürich (FGZ) und der Stadt, insbesondere zum subventionierten Wohnungsbau und Mehrwertausgleich, wurde weiterverhandelt. Er wurde Mitte Juni durch die FGZ-Generalversammlung zustimmend zur Kenntnis genommen und anschliessend durch den Vorstand unterzeichnet. Der Stadtrat beschloss die beiden Vorlagen sowie auch einen Vertrag zum Mehrwertausgleich mit der Evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Zürich Ende November. Parallel dazu begleitete das AfS den Weiterzug des Rechtsmittelverfahrens zur Nichtunterschutzstellung der Gründeretappen der FGZ ans Bundesgericht.

Die Bereinigung des privaten Gestaltungsplans «Areal Hardturm Stadion» nach der öffentlichen Auflage wurde durch die Bauherrschaft unter Begleitung des AfS abgeschlossen. Der private Gestaltungsplan wurde daraufhin Ende Mai 2019 vom Stadtrat an den Gemeinderat überwiesen, der diesem Ende Oktober 2019 zustimmte. Gemäss Angaben von «IG Freiräume» sind die notwendigen 2000 Unterschriften für ein Referendum eingereicht worden. Die Abstimmung findet am 17. Mai 2020 statt.

Für die Entwicklung des **Areals Dreispitz** in Zürich-Saatlen wurde der private Gestaltungsplan im Herbst 2019 öffentlich aufgelegt. Gleichzeitig wurden der Entwurf des parallel erarbeiteten Quartierplans eingereicht und die städtische Vernehmlassung und die kantonale Vorprüfung durchgeführt. Die beiden Planungsinstrumente bilden die nutzungsplanerische Grundlage für die Erneuerung des Areals mit zusätzlichen gemeinnützigen Wohnungen und öffentlich zugänglichem Grünraum.

Auf dem Areal **Guggach III** sollen gemeinnützige Wohnungen, Dienstleistungs- und Gewerbeflächen, ein Quartierpark sowie ein Schulhaus entstehen. Die dafür notwendige Umzonung wurde zwischen Mai und Juli 2019 öffentlich aufgelegt. Dabei sind keine Einwendungen eingegangen. Gleichzeitig wurden die kantonale Vorprüfung und die Ämtervernehmlassung durchgeführt. Der Stadtrat hat die Vorlage daraufhin Ende Oktober 2019 an den Gemeinderat überwiesen.

SBB-Areale
Im Jahr 2019 konnte aus zwei Gründen nicht am Masterplan für das **SBB-Areal Neugasse** weitergearbeitet werden: Erstens reichte die SBB Anfang 2019 beim Bundesamt für Verkehr ein Plangenehmigungsverfahren für Ersatzabstellgleise im Bereich des Depot G ein. Dessen Abschluss wird auf März 2020 erwartet. Die Klärung dieser bahnbetrieblichen Rahmenbedingungen ist für die Weiterarbeit am Masterplan eine Voraussetzung. Zweitens beauftragte der Gemeinderat den Stadtrat, für die Volksinitiative «Eine Europaallee genügt – jetzt SBB-Areal Neugasse kaufen» eine Umsetzungsvorlage auszuarbeiten. Bis Ende 2019 wird in Verantwortung des HBD und unter Mitarbeit des AfS die Weisung zur Umsetzungsvorlage verfasst.

Das **SBB-Areal Werkstadt** soll sich von einer monofunktionalen und geschlossenen SBB-Werkstätte zu einem Ort für die urbane Produktion, die Kreativwirtschaft und die Kulturszene entwickeln. Das Areal soll für die Bevölkerung zugänglich gemacht werden und ein zentraler Freiraum dem Quartier zur Verfügung stehen. Der Masterplan zur Entwicklung des Areals, der die gemeinsame Haltung von Stadt, Kanton und SBB abbilden soll, wurde 2019 weiterbearbeitet. Dabei ging es insbesondere um den Städtebau (Hochhaus-Standorte), den Umgang mit der denkmalgeschützten Bausubstanz sowie die Erschliessung des Areals. Das AfS koordiniert, führt die stadtinternen Gremien und ist städtischer Ansprechpartner für die SBB. Der Städtebau wurde in diesem Zusammenhang zweimal im Baukollegium, das in diesem Projekt die Rolle eines Begleitgremiums innehat, diskutiert.

4.2.2.3 Architektur & Stadtraum

Architektonische Beratung
2019 beurteilte das AfS 678 Baugesuche und führte eine Vielzahl von Beratungsgesprächen. Im Vordergrund der Beurteilung und Beratung von Um- und Neubauten steht jeweils die Frage der Einordnung des geplanten Bauvorhabens in den städtebaulichen Kontext gemäss § 238 PBG. Dabei geht es darum, wie sich eine Kubatur in die Umgebung einfügt, wie ein Haus gegliedert und materialisiert ist sowie welcher Bezug zum öffentlichen Raum besteht.

2019 begleitete das AfS zudem zahlreiche private und städtische Wettbewerbsverfahren.

Baukollegium
Bei bestimmten Bauvorhaben wird das Baukollegium der Stadt Zürich zur Qualitätssicherung beigezogen. Beurteilt werden alle Bauvorhaben auf Stadtgebiet, die gemäss § 71 oder § 284 PBG eine hohe städtebauliche und architektonische Qualität aufweisen müssen und nicht über ein Wettbewerbsverfahren erarbeitet wurden. Der Stadtrat lässt sich in diesen Fragen von externen Fachleuten beraten. Das Baukollegium tagte im Jahr 2019 insgesamt sieben Mal und behandelte 26 Geschäfte. Neben zahlreichen Arealüberbauungen behandelte es auch 2019 mehrere Hochhausanfragen. Bei Machbarkeitsstudien zu Hochhäusern besteht die Aufgabe des Baukollegiums darin, den Standort zu beurteilen, die mögliche Gesamthöhe zu ermitteln sowie den ortsbaulichen Gewinn festzustellen.

4.2.2.4 Archäologie & Denkmalpflege

Denkmalpflegekommission
Die Denkmalpflegekommission berät den Stadtrat in denkmalpflegerischen Belangen. Sie gibt Empfehlungen ab zu Unterschutzstellungen oder Entlassungen aus dem Inventar sowie zum Schutzumfang. Ausserdem beurteilt sie grössere Umbauprojekte und nimmt Stellung zu denkmalpflegerischen Grundsatzfragen. Die Kommission besteht aus verwaltungsexternen Fachleuten. 2019 tagte sie sieben Mal und behandelte insgesamt zwölf Geschäfte. Die gemäss Geschäftsordnung vorgesehene Vertretung auf Professorenstufe aus dem Institut für Denkmalpflege und Bauforschung an der ETH Zürich ist seit 2016 und bis zur Besetzung der Professur vakant.

Archäologie und Denkmalpflege
Die Archäologie und die Denkmalpflege der Stadt Zürich beurteilen und begleiten Baugesuche im Hinblick auf ihren baukulturellen Wert respektive ihr archäologisches Potenzial. Die Beratung Denkmalpflege beurteilte 2019 insgesamt 583 Baugesuche. Viele wurden baulich intensiv begleitet, beispielsweise das Tramdepot Elisabethenstrasse oder das Haus zum Lindengarten. Die Stadtarchäologie führte bei 125 von 1268 gesichteten Bauausschreibungen genauere Abklärungen durch, von denen 67 zu Bauuntersuchungen oder Ausgrabungen wie der (weiter unten erwähnten) Grabung beim Schulhaus Kern führten.

Aufgrund eines Vergleichs zwischen Stadt und Heimatschutz im Rekursverfahren zur Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO 2016) prüfte das AfS für einzelne Objekte, die vom Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) mit dem Erhaltungsziel A (Erhalt der Substanz) belegt sind, eine **Inventaraufnahme.** Darauf basierend beschloss der Stadtrat Ende März 2019, 18 Objekte (drei mitsamt der Umgebung) ins Inventar der kunst- und kulturhistorischen Schutzobjekte von kommunaler Bedeutung beziehungsweise ins Inventar der schützenswerten Gärten und Anlagen von kommunaler Bedeutung aufzunehmen.

Das **Tramdepot an der Elisabethenstrasse** wurde in den letzten drei Jahren umfassend instand gesetzt. Die höchste Bedeutung innerhalb des Komplexes hat die Wagenhalle. Um deren Zeugenschaft und Eleganz zu erhalten, entstand ein Gesamtkonzept, das die vorhandene Originalsubstanz sinnvoll mit den neuen Anforderungen vereint. Dank neuer Innendämmung wurden ökologische und denkmalpflegerische Aspekte unter einen Hut gebracht. Zudem liefert eine neue Photovoltaikanlage auf dem Dach der VBZ Strom für den Eigengebrauch.

VBZ-Tramdepot Elisabethenstrasse beim Bahnhof Wiedikon. (Bild: Juliet Haller)

Das **Haus zum Lindengarten** am Hirschengraben ist ein repräsentatives Wohngebäude, das 1725 vom vermögenden Textilkaufmann Hans Kaspar Hess-Werdmüller zwischen Stadtgraben und barocker Schanze errichtet wurde. Seit 1931 ist es im Eigentum der Stadt und seit 1940 Sitz der Stiftung Pro Helvetia. Von 2018 bis 2019 wurden im Rahmen einer Gesamtinstandsetzung die Dachwohnung zu Büros umgebaut und neue Nasszellen eingebaut. Das Projekt wurde von Archäologie und Bauberatung eng begleitet.

Das 2017 während der Instandsetzung der Schulanlage Kern entdeckte **Grab einer keltischen Frau** wurde von der Stadtarchäologie wissenschaftlich ausgewertet, und die Ergebnisse wurden im Juli 2019 publiziert. Die interdisziplinäre Auswertung ergab ein recht genaues Bild zu Alter, Lebensumständen, Kleidung und Bestattung der Frau, die um 200 v. Chr. im Raum Zürich gelebt hat. Beachtlich war das internationale Medienecho zur Auswertung, insbesondere zum Baumsarg.

Lebensbild und Grab-Rekonstruktion der keltischen Frau. (Bild: Amt für Städtebau / Atelier Oculus Zürich)

4.2.2.5 Kompetenzzentren

Plan Bild Grafik
Seit Juli 2019 stehen in Zürich 15 interaktive Stadtpläne zur Verfügung. Die sogenannten **Citypläne** bieten dank integriertem Touchscreen vielfältige Möglichkeiten für die Bevölkerung und den Tourismus: Wegbeschreibungen, Wetterprognosen oder eine umfangreiche Auswahl an Zielen. Auf der Rückseite sind die Citypläne zudem mit digitalen Werbeanlagen kombiniert, die von Clear Channel bis 2023 vermarktet werden. Dadurch werden nicht nur die digitalen Stadtpläne finanziert, sondern es entstehen zusätzlich Mehreinnahmen für die Stadt Zürich. Pro Monat verzeichnen die Citypläne im Durchschnitt rund 20 000 Abrufe – WLAN-Verbindungen und Handyaufladungen nicht mitgerechnet. Zu den meistgenutzten Points of Interest gehören Sehenswürdigkeiten, Gastronomie, Freizeit und Kultur. Im Tagesverlauf schwingt die Zeit zwischen 12 und 18 Uhr oben auf.

Cityplan am Limmatquai. (Bild: Juliet Haller)

4.2.2.6 Führungen und Ausstellungen

2019 bot das AfS 15 **öffentliche Führungen** durch Zürichs Quartiere an, 631 Personen nahmen daran teil. Zwei zusätzliche Führungen zum Plan Lumière veranstaltete das Tiefbauamt in Zusammenarbeit mit dem AfS. Weitere Führungen boten Archäologie und Denkmalpflege im Rahmen der «Europäischen Tage des Denkmals» am 14. und 15. September sowie der «Langen Nacht der Zürcher Museen» vom 7. September an. Beide Veranstaltungen waren sehr gut besucht.

4.2.3 Kennzahlen Amt für Städtebau

Richtplan- und BZO-Teilrevisionen, Sonderbauvorschriften (SBV) und Gestaltungspläne (GP)

Planungsinstrument	Aktueller Stand des Verfahrens (bis 31.12.2019)
Richtplanrevision	
Gesamtüberarbeitung regionaler Richtplan Stadt Zürich	Festsetzung Regierungsrat Kanton Zürich 21.7.2017 (Beschwerde des Gemeinderats hängig)
Kommunaler Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen	Stadtratsbeschluss 24.10.2019 an Gemeinderat überwiesen
Sonderbauvorschriften	
ETH Hönggerberg	Öffentliche Auflage 2.6.2018–31.7.2018
BZO-Teilrevisionen	
Teilrevision der Bau- und Zonenordnung 2016	Teilinkraftsetzung 1.11.2018 (laufende Rechtsmittelverfahren)
Ergänzung der Bauordnung Art. 4a	Inkraftsetzung 24.4.2019
Tennisanlage Valsana	Inkraftsetzung 22.7.2019
Oberer Heuelsteig, Freie-/Englischviertelstrasse	Inkraftsetzung 20.12.2019
Zusätzliche Änderungsbegehren gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 30. November 2016 (Nicht bewilligungspflichtige sexgewerbliche Salons)	Stadtratsbeschluss 30.10.2019 zur Inkraftsetzung
SBB-Areal Tiefenbrunnen, Gebiet mit Gestaltungsplanpflicht	Genehmigung 23.3.2018 (laufendes Rechtsmittelverfahren)
Hochschulgebiet Zürich-Zentrum	Genehmigung 16.9.2019
Sportzentrum Oerlikon	Genehmigung 7.10.2019
ABZ Leimbach	Genehmigung 12.12.2019
Schulhaus Entlisberg	Genehmigung 12.12.2019
Zusätzliche Änderungsbegehren gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 30. November 2016 (Bachtobelstrasse)	Festsetzung Gemeinderat 27.2.2019
Thurgauerstrasse	Festsetzung Gemeinderat 3.7.2019
Änderung Ergänzungsplan Kernzone City, Bahnhofstrasse 1, Ergänzung der Bauordnung mit Art. 51	Festsetzung Gemeinderat 28.8.2019
Universität Zürich-Irchel	Stadtratsbeschluss 3.4.2019 an Gemeinderat überwiesen
Areal Guggach III	Stadtratsbeschluss 30.10.2019 an Gemeinderat überwiesen
Friesenberg	Stadtratsbeschluss 27.11.2019 an Gemeinderat überwiesen
Zusätzliche Änderungsbegehren gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 30. November 2016 (20 % Kostenmiete bei Arealüberbauungen)	Öffentliche Auflage 9.6.2017–9.8.2017
ETH Hönggerberg	Öffentliche Auflage 2.6.2018–31.7.2018
Schärenmoosstrasse	Öffentliche Auflage 11.1.2019–12.3.2019

Gestaltungsplan	
Ueberlandpark (öffentlicher GP)	Inkraftsetzung 5.6.2019
Haus zum Falken	Inkraftsetzung 17.6.2019
Mythenquai 20–28	Inkraftsetzung 25.10.2019
Rafaelschule	Genehmigung 17.9.2019
Sportanlage Oerlikon (Aufhebung)	Genehmigung 7.10.2019
Obere Allmend-Manegg (ergänzender GP)	Genehmigung 16.10.2019
Avaloq (ergänzender GP)	Genehmigung 24.10.2019
Baugarten	Genehmigung 18.12.2019
Greencity, ergänzender GP Baufeld B5	Vorlage zurückgezogen[1]
Areal Hardturm – Stadion	Festsetzung Gemeinderat 23.10.2019
Thurgauerstrasse Teilgebiet B Schule/Quartierpark (öffentlicher GP)	Festsetzung Gemeinderat 20.11.2019
Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C–F Wohnen/Gewerbe (öffentlicher GP)	Stadtratsbeschluss 7.3.2018 an Gemeinderat überwiesen
Areal Dreispitz	Öffentliche Auflage 16.10.2019–18.12.2019
Altwiesen-/Dübendorfstrasse	Öffentliche Auflage 16.1.2019–20.3.2019
Ettenfeld (Aufhebung)	Öffentliche Auflage 6.11.2019–13.1.2020

[1] Siehe dazu Kapitel 4.2.2.2 (Arealentwicklung & Planung).

Quartierpläne

Nr.	Quartierplan	Aktueller Stand
221	Eierbrecht	Schlussabrechnung
464	Obsthaldenstrasse	Bau der Quartierplananlagen
468	Ruggächer	Schlussabrechnung
470	Seebacherstrasse	Vor Bau der Quartierplananlagen
485	Hurdäcker	Bau der Quartierplananlagen
488	Manegg	Bau der Quartierplananlagen
490	Ettenfeld-Süd	Bau der Quartierplananlagen
492	Vogtsrain	Bau der Quartierplananlagen
493	Loorenstrasse	Im Rekursverfahren
495	Areal Dreispitz	Entwurf Quartierplan

Architektonische Beratung/Baukollegium

	2015	2016	2017	2018	2019
Begutachtung Baugesuche	633	576	543	611	678
Geschäfte Baukollegium	33	27	32	31	26

Denkmalpflege / Denkmalpflegekommission

	2015	2016	2017	2018	2019
Geprüfte Baugesuche	476	483	534	498	583
Feststellungsbeschlüsse	16	21	15	7	10
Verfasste Objekt- / Inventarblätter Kurzgutachten und Stellungnahme	17 4	21 21	15 39	7 29	11 24
Unter Schutz gestellte Objekte	30	23	21	23	29
Schutzverordnungen	–	–	–	–	–
Aus dem Inventar entlassene Objekte	3	3	4	8	1
Erstellte Gutachten, Detailinventare Dokumentationen	14 –	20 1	18 –	22 –	15
Geschäfte Denkmalpflegekommission	12	18	21	10	12
Verfasste Ortsbildstudien	–	1	–	–	–

Reklamebewilligungen

	2015	2016	2017	2018	2019
Reklamegesuche/-bewilligungen[1]	1 100	1 100	1 000	1 000	950
Voranfragen/Beratungen[1]	600	600	550	550	450
Rechtsmittelverfahren	1	2	4	–	1
Plakatverträge öffentlicher Grund	13	13	13	12	14

[1] Bei diesen Angaben handelt es sich um Richtwerte.

Plan, Bild, Grafik

	2015	2016	2017	2018	2019
Citylpläne, Anzahl Verwendungen	–	–	–	–	120 000[1]
Citypläne, Anzahl WiFi-Verbindungen	–	–	–	–	99 300[1]

[1] Die Nutzungs-Erhebung der Ende Juni lancierten Cityplänen startete im Juli 2019.

GIS-Kompetenzzentrum HBD

	2015	2016	2017	2018	2019
Betreute Fachapplikationen	44	43	42	40	33[1]
Aufgaben und Projekte	128	131	128	129	129

[1] Rückgang aufgrund von Zusammenlegung und externer Betreuung von Fachapplikationen.

Immobilienökonomie

	2015	2016	2017	2018	2019
Geschäfte Schätzungskommission	53	51	70	74	58
Geschäfte total	103	118	106	114	96

Archäologie

		2015	2016	2017	2018	2019
AfB	Bauausschreibungen AfB insgesamt	1224	1229	1215	1194	1268
	daraus resultierende genauere Abklärungen	218	121	138	128	125
	daraus resultierende Stellungnahmen zuhanden AfB	69	56	47	48	60
TAZ	Eingang aus Baukoordination TAZ, geplante Massnahmen im öffentlichen Raum	128	127	95	109	293
	daraus resultierende positive Stellungnahmen zuhanden TAZ	19	24	15	22	108
AfS	Konkrete Objekte der Archäologie vor Ort (Vorbesprechungen Bauuntersuchungen, Ausgrabungen)	88	71	85	62	67

Unterwasserarchäologie und Dendrochronologie

	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Tauchaufträge	29	29	20	20	23
Beurteilung Baugesuche und Gutachten	21	19	24	25	28
Anzahl Aufträge Dendrochronologie	51	54	65	60	59

Baugeschichtliches Archiv

	2015	2016	2017	2018	2019
Konsultationen Lesesaal	1438	1281	1165	629[1]	525
Fotografisch dokumentierte Objekte	1400	1440	1822	1850	1750
Downloads «E-Pics»			21186[2]	18412	16768
BesucherInnen «Archäologische Fenster»:					
Brunngasse	1693	1720	1554	2185	2393
Ehgraben	9140	9668	8879	8516	8613
Lindenhof	8379	8575	9607	7642	8291
Stadtmauer	4057	3789	4147	3732	4655
Krypta Wasserkirche	2462	3327	2856	3012	2176

[1] Anpassung der Öffnungszeiten des Lesesaals ab Juli 2018.
[2] Der Online-Katalog des BAZ auf der ETH-Plattform «E-Pics» wurde im November 2017 lanciert.

4.3 Amt für Hochbauten

4.3.1 Aufgaben

Das Amt für Hochbauten (AHB) ist die Bauherrenvertretung für die Stadt Zürich in allen Projektierungs- und Bauphasen von städtischen Hochbauten. Zudem ist das AHB zuständig für die Vorbereitung und Durchführung von Architekturwettbewerben des gemeinnützigen Wohnungsbaus und von der Stadt unterstützter Institutionen, ebenso für das diesbezügliche Controlling der Bauabrechnung. Die Aufgaben umfassen:

– Architekturwettbewerbe, Wettbewerbe Kunst und Bau, Planerwahlverfahren und Unternehmersubmissionen
– Projektmanagement und Kostencontrolling in allen Phasen des Bauvorhabens
– Strategische Planungen und Machbarkeitsstudien, Zustandserfassung der Portfolios
– Erarbeitung von baulichen Strategien, Konzepten, Normen und Standards (u. a. Nachhaltigkeitsstandards)

Zwischen aktuellen Betriebsanforderungen, der langfristigen Ausrichtung eines Bauwerks, zukunftsorientierten Energie- und Nachhaltigkeitsanforderungen und begrenzten finanziellen Mitteln besteht ein hoher Abstimmungsbedarf. Das Ziel ist ein lebenswertes, urbanes Zürich mit städtebaulich und architektonisch guten und funktionalen Bauten, die einen Beitrag zur Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft leisten.

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Beitrag des AHB zur Schulraumoffensive
Im Kontext der wachsenden Stadt hatte das anhaltend hohe Planungs- und Bauvolumen der Immobilien Stadt Zürich (IMMO) auch 2019 unmittelbare Auswirkungen auf die Aufgabenerledigung des AHB. Insbesondere das Teilportfolio Schulbauten entwickelt sich durch Bevölkerungswachstum, Verdichtungsmassnahmen und Ausbau der Betreuungsquote immer dynamischer. In enger Zusammenarbeit mit der IMMO leistete das AHB im Berichtsjahr mit verschiedensten planerischen und baulichen Massnahmen einen substanziellen Beitrag, um den anhaltend hohen Flächenbedarf zu decken:

– Studien: Zur strategischen Standortsicherung des Schulraumbedarfs ist im Auftrag der IMMO eine Serie von 12 Machbarkeitsstudien in Bearbeitung. Diese betreffen verschiedene Standorte oder ganze Quartiere.
– Architekturwettbewerbe: Im Zusammenhang mit der strategischen Schulraumplanung der IMMO sind für verschiedene Quartiere in den nächsten Jahren Neubauten geplant. Im Berichtsjahr erarbeitete das AHB die Wettbewerbsprogramme zu den Projekten Saatlen, Im Isengrind und in der Ey/Triemli. Für die Schulanlage Borrweg in Zürich-Albisrieden hat das AHB einen Architekturwettbewerb im offenen Verfahren durchgeführt. Das Siegerprojekt des Architekturbüros WALDRAP GmbH aus Zürich und dem Atelier TP Tijssen, Preller Landschaftsarchitekten aus Rapperswil soll im stark wachsenden Quartier Friesenberg künftig Raum für 400 Schülerinnen und Schüler bieten.
– Anmietgeschäfte (AGILA): Durch das starke Wachstum und den erhöhten Bedarf an Betreuungsplätzen sind die vorhandenen Raumreserven in den bestehenden Schulanlagen weitgehend aufgebraucht. Zur Überbrückung des Bedarfs werden unter anderem Mietobjekte zur Verfügung gestellt. Für die Objektprüfung und Projektierung hat das AHB 2019 gemeinsam mit der IMMO und dem Schulamt einen spezifischen Prozess für diese kurzfristigen Anmietprojekte implementiert. Damit die Projekte effizient und termingerecht umgesetzt werden können, hat das AHB zudem fünf weitere Rahmenvertragsarchitekturbüros für die nächsten vier Jahre mandatiert. Im Berichtsjahr wurden 15 Projekte durch das AHB und die IMMO geprüft, davon konnten fünf realisiert und dem Betrieb übergeben werden, zehn sind noch in Bearbeitung.

Anmietprojekt Kindergarten Maneggstrasse in Zürich-Wollishofen vor und nach dem Umbau. (Bilder: Ursula Koch, Zsolt Nedeczky, Zürich)

– Schulraumprovisorien, Züri-Modular-Pavillons (ZM): Zur Ergänzung bestehender Schulanlagen sind 2019 im Auftrag der IMMO insgesamt sechs ZM auf folgenden Arealen errichtet worden: Hirzenbach, Langmatt, Sihlweid, Riedhof II, Milchbuck III und Untermoos III. Zudem wurden die ZM Friesenberg und Manegg I aufgestockt.
– Schulbauten in Projektierung und Ausführung: Im Berichtsjahr wurden im Auftrag der IMMO diverse grössere Projekte weiter vorangetrieben. Unter anderem die Schulanlagen Thurgauerstrasse (Berechnung Kostenvoranschlag), Guggach III (Phase Vorprojekt), Allmend (Genehmigung Objektkredit, Volksabstimmung 17.11.), Freilager (Baubeginn), Hofacker (Ausführung), Schütze, Pfingstweid und Schauenberg (Bauabschlüsse, Inbetriebnahmen).

Das AHB auf dem Weg zur Digitalisierung
Das in der HBD-Strategie 2028 verankerte Handlungsfeld «Digitale Stadt Zürich» bildet die Basis des AHB-Digitalisierungskonzepts. Im Berichtsjahr sind in einer Arbeitsgruppe die Grundlagen erarbeitet und von der Geschäftsleitung verabschiedet worden. Das Konzept «Digitale Transformation 2023» umfasst einen Vorgehensplan mit zehn Schwerpunktthemen. Dabei ist die Digitalisierung kein Selbstzweck, sondern soll zugunsten von Kundinnen und Kunden sowie Partnerinnen und Partnern des AHB Prozesse und Ergebnisse optimieren. Im Berichtsjahr hat das AHB folgende Digitalisierungsthemen forciert:

– Elektronischer Kreditoren-Workflow: Das AHB wird 2020 den elektronischen Kreditoren-Workflow einführen. Zur Umsetzung eines effizienten Rechnungsprüfungs-Prozesses und

zur optimalen Erfüllung der Aufgabe der treuhänderischen Baubuchhaltung wird der städtische Standard-Kreditoren-Workflow an die AHB-Bedürfnisse angepasst und erweitert. Des Weiteren werden bereits bei der Einführung die Weichen gestellt, um zukünftig E-Rechnungen verarbeiten zu können. Ziel des elektronischen Kreditoren-Workflows ist es, die Rechnungsverarbeitung und -verbuchung zu vereinfachen und die Durchlaufzeit zu optimieren. Ebenso werden Zuständigkeiten und Schnittstellen noch transparenter gemacht. Die zeit- und ortsunabhängige digitale Verfügbarkeit der Belege erleichtert die tägliche Arbeit. Im Berichtsjahr wurden konzeptionelle Arbeiten und die Programmierung der benötigten Software, verbunden mit ersten Tests, vorangetrieben.

– Building Information Modelling (BIM): Nebst dem AHB im Hochbau arbeiten in den Bereichen Tief- und Anlagenbau auch andere Dienstabteilungen an BIM-Pilotprojekten. Deshalb hat das AHB 2019 einen dienstabteilungsübergreifenden BIM-Erfahrungsaustausch initiiert, unter anderem mit Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ), Tiefbauamt Zürich (TAZ), Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) und Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz). Aufgrund der Erkenntnis, dass eine übergeordnete Koordination Sinn macht, um den Wissenstransfer und Synergien zu aktivieren, wurden zuhanden des Stadtrats entsprechende Entscheidungsgrundlagen erstellt. Diese sehen vor, im Lead des AHB und in Zusammenarbeit mit interessierten Dienstabteilungen eine stadtweite BIM-Strategie zu entwickeln und eine BIM-Koordination aufzubauen. Zudem hat das AHB im Berichtsjahr Projektierungen nach der BIM-Methode kontinuierlich vorangetrieben. Es wurden die Pilotprojekte Schulanlage Guggach III und Zentralwerkstätte VBZ gestartet. Zwei Projektleiter absolvieren ein CAS zur Digitalisierung des Bauwesens und bewegen sich diesbezüglich in einem schweizweiten Netzwerk in der Baufachwelt.

Modell der Siegerprojekte mit allen Neubauten auf dem Koch-Areal. (Bild: Susan Pop, Zürich)

Planerwahl und Architekturwettbewerbe

Im Jahr 2019 wurden 24 Planerwahlverfahren zur Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen an geeignete Projektpartnerinnen und -partner durchgeführt. Davon wurden zwölf im freihändigen Verfahren (Direktauftrag), zwei im Einladungsverfahren und eins im offenen Verfahren sowie neun im selektiven Verfahren vergeben. Die Vergaben im selektiven Verfahren haben sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Unter den Vergaben im selektiven Verfahren finden sich hauptsächlich Instandsetzungen von denkmalgeschützten Schulanlagen (Auzelg, Kornhaus), Wohn- und Geschäftshäuser sowie weitere Bauten für die städtische Infrastruktur und Verwaltung. Insgesamt 10 Wettbewerbe wurden im Jahr 2019 durchgeführt. Dies stand im Wesentlichen unter dem Zeichen von Architekturwettbewerben für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Wichtig bei der Beurteilung der Projekteingaben waren gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeitskriterien. Die acht Verfahren für die Baugenossenschaften Vrenelisgärtli, Glattal, Sonnengarten, Halde sowie Kraftwerk 1 und ABZ schaffen die Grundlage für Neubauten mit rund 800 neuen gemeinnützigen Wohnungen für unterschiedlichste Wohnbedürfnisse und Altersschichten. Besonders hervorzuheben sind die vier gemeinsam mit Grün Stadt Zürich (GSZ), der Immobilienentwicklerin SENN und den beiden gemeinnützigen Bauträgerinnen Kraftwerk 1 und ABZ parallel durchgeführten Verfahren für die Neubauten und den Park auf dem Koch-Areal. Nebst 350 Wohnungen wird dort ein neuer Quartierteil mit einem Anteil an öffentlichen Nutzungen für die Bevölkerung entstehen. Die vier Siegerprojekte wurden von einer gemeinsamen Fachjury beurteilt, um optimale räumliche Beziehungen und Synergien zwischen den Bauten und dem Park an diesem identitätsstiftenden Ort zu gewährleisten. Ferner wurde der Architekturwettbewerb für den Teilbereich «Städtebauliche Setzung, Rohbau und Hülle» der neuen Reha-Klinik Valens auf dem Areal des Stadtspitals Triemli entschieden. Insgesamt war es für die Teilnehmenden anspruchsvoll, die Neubauten an teilweise lärmexponierten Lagen gut auszurichten und im Quartier einzubetten. Ebenso wichtig war es dabei, qualitätsvolle Aussenräume nicht zuletzt in Bezug auf lokalklimatische Aspekte vorzuschlagen. Quartiervertretende waren dabei stets wichtige Beteiligte an den anonym durchgeführten Auswahlprozessen. Sämtliche Verfahrensergebnisse sind transparent aufbereitet und gut dokumentiert auf der AHB-Website für die Öffentlichkeit einsehbar.

Ersatzneubauten Schwamendinger-Dreieck für die Baugenossenschaft Glattal Zürich. (Bild: Maaars Architektur Visualisierungen, Zürich)

Schlüsselprojekte in Projektierung und Ausführung: Kommunale Wohnsiedlungen

Im Berichtsjahr konnte der Bau von preisgünstigem, kommunalem Wohnraum weiter vorangetrieben werden. Als Bauherrenvertretung leistet das AHB in enger Zusammenarbeit mit Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) einen substanziellen Beitrag zur Umsetzung des wohnpolitischen Grundsatzartikels, der besagt, den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen in der Stadt

Zürich bis zum Jahr 2050 auf ein Drittel der Mietwohnungen zu erhöhen. Momentan befinden sich folgende sechs grössere Neubausiedlungen in verschiedenen Phasen der Planung und Ausführung:

Auf dem **Areal Letzibach D** wurde die Planung der Siedlung Letzi weiter verfeinert, sodass dem Gemeinderat 2020 der Objektkredit vorgelegt werden kann. Das Projekt umfasst 265 Wohnungen, einen Kindergarten und Gewerbenutzungen. Im August erfolgte die Baueingabe, das Baubewilligungsverfahren ist noch im Gange.

Beim **Grossprojekt Tramdepot und Wohnsiedlung Hard** (insgesamt 193 Wohnungen) hat der Gemeinderat am 23. Oktober den Objektkredit von 203,5 Millionen Franken genehmigt. Die neue Tramhalle bietet zusammen mit dem denkmalgeschützten Depot-Teil Abstellplatz für insgesamt 25 Tramzüge der VBZ. Die von AHB und LSZ organisierte Quartierinformation ist auf grosses Interesse gestossen. Das Baubewilligungsverfahren dauert noch an.

Für das Projekt **Wohnsiedlung Leutschenbach** haben AHB und LSZ im Frühling eine Informationsveranstaltung im Quartier durchgeführt. Am 19. Mai genehmigte die Stimmbevölkerung den Objektkredit von 213,2 Millionen Franken mit einer deutlichen Mehrheit; der Baustart ist für Januar 2021 geplant. Die Siedlung umfasst 369 Wohnungen, Räume für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sowie vier Kindergärten mit Hort.

Wohnsiedlung und Alterszentrum Eichrain: Siehe Kapitel Gesundheitsbauten im vorliegenden Geschäftsbericht des AHB.

Die Arbeiten bei der **Überbauung Herdern in Zürich-Aussersihl** schreiten planmässig voran. Im Frühling konnte mit dem Rohbau begonnen werden, die Aufrichte erfolgte im Dezember. Dann beginnen auch die Vorbereitungen zu den Gewerken der Gebäudehülle. Es entstehen 46 Wohnungen, Gewerberäume sowie ein Kindergarten mit Betreuung.

Baustelle der Wohnsiedlung Herdern, Stand Oktober 2019. (Bild: Coneco AG, Zürich)

Bei der **Wohnsiedlung Hornbach im Quartier Zürich-Riesbach** erfolgte im Herbst die Rohbaufertigstellung. Ebenso wurden bis Ende Jahr nahezu alle Fenster eingebaut. Das Raumprogramm umfasst 125 Wohnungen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Gewerbeflächen und einen Werkhof für GSZ.

Gesundheitsbauten: Drei Baustarts und ein Bauabschluss bei Grossprojekten

Am 10. Februar hat die Stimmbevölkerung den Objektkredit von 131,91 Millionen Franken für das Projekt Neubau Alterszentrum und Wohnsiedlung Eichrain deutlich genehmigt. Der Baustart erfolgte schrittweise ab Anfang November. Die neue Überbauung wird im Minergie-P-ECO-Standard erstellt und bildet in Zürich-Seebach dereinst einen generationenübergreifenden Begegnungsort für das Quartier. Sie umfasst ein Alterszentrum für 122 Bewohnerinnen und Bewohner und eine Wohnsiedlung mit 126 bezahlbaren Wohnungen. Das Angebot der generationenübergreifenden Siedlung wird mit öffentlichen Einrichtungen wie dem Restaurant und einem Dienstleistungsangebot abgerundet. Zudem wurde seitens Eigentümervertretungen ein Bedarf für zwei Alters-Wohngemeinschaften im Alterszentrum sowie für einen städtischen Kindergarten in der Wohnsiedlung angemeldet, weshalb im Berichtsjahr eine diesbezügliche Weisung vorbereitet worden ist.

In Zürich-Altstetten wurde im August mit dem Bau für das Alterszentrum Mathysweg begonnen (Objektkredit 63,25 Millionen Franken). Der Ersatzneubau entspricht dem Standard Minergie-P-ECO und bietet künftig Wohnraum für 121 Bewohnerinnen und Bewohner. Zudem entsteht mit dem Neubau ein vielfältiges Angebot an Dienstleistungen und Räumen, die auch dem Quartier zur Verfügung stehen.

Nach langwierigen Rekursen der Anwohnerschaft und rekursbedingten Projektanpassungen konnte nach rund 3½-jähriger Bauzeit Ende April das Alterszentrum Trotte in Zürich-Wipkingen fertiggestellt werden. Der Ersatzneubau umfasst unter anderem 85 Einzimmer- und 4 Zweizimmer-Appartements. Er leistet mit dem Erdsondenfeld und dem Minergie-ECO-Standard einen wichtigen Beitrag zur Zielerreichung der 2000-Watt-Gesellschaft. Bezüglich «Sommerlicher Wärmeschutz in Alterszentren» vgl. Geschäftsbericht der IMMO, Kapitel 4.4.3.1.

Alterszentrum Trotte: Dank der klugen Setzung des Neubaus wird praktisch die Hälfte der Parzelle für die Grünanlage freigespielt. (Bild: Annet Landsmann, Zürich)

Auf dem Areal des Stadtspitals Triemli wurde im Frühling termingerecht mit der Instandhaltung des Turms begonnen. Ein

Grossteil der Schadstoffsanierung im leeren Gebäude konnte 2019 abgeschlossen werden. Aufgrund der engen Platzverhältnisse gestaltet sich die Baustellenlogistik anspruchsvoll, ebenso gewisse Einrichtungsarbeiten. Zum Beispiel musste der Baukran in einem aufwendigen Verfahren – mittels Helikopter und Schwerlastkränen – auf dem Turmdach errichtet werden. Die voraussichtliche Bauzeit dauert bis 2022.

Prägende Kulturbauten für Zürich
Das Jahr 2019 stand im Zeichen kleinerer und grösserer Projekte aus dem Portfolio Kulturbauten, bei denen das AHB als Bauherrenvertretung fungiert(e).

Im Mai wurde der Pavillon Le Corbusier termingerecht der IMMO bzw. dem Museum für Gestaltung als Betreiber übergeben. In Zusammenarbeit mit den beiden beauftragten Corbusier-Spezialisten Arthur Rüegg und Silvio Schmed konnte die Instandsetzung dieses Architekturjuwels ohne Baumängel und im geplanten Kostenrahmen abgeschlossen werden.

Der Pavillon Le Corbusier im Zürcher Seefeld nach der Instandsetzung. (Bild: Georg Aerni, Zürich)

Beim Projekt Kongresshaus und Tonhalle wurde wegen der enorm hohen und unterschätzten Ausführungskomplexität bei der Instandsetzung des ohnehin schon filigranen Bauwerks zu Jahresbeginn eine Anpassung der Kostenreserve und des Inbetriebnahmetermins zuhanden des Stadtrats vorbereitet (STRB 2019/424). Die Bausubstanz, die schlechter war als angenommen, aber auch die vielen unterschiedlichen Nutzungen bzw. deren komplexes Zusammenspiel im denkmalgeschützten bestehenden Gebäude, das heutigen Anforderungen genügen soll, hat zu einem Planungsrückstand geführt. Der Gemeinderat hat nach intensiven und zum Teil kontroversen Diskussionen im Herbst einem entsprechenden Zusatzkredit zur Absicherung der Kostenreserven zugestimmt. Die Kostenreserven sind im Berichtsjahr nicht beansprucht worden, sondern wurden vorsorglich beantragt. Das «Grand Opening» ist neu auf den März 2021 geplant. Inzwischen sind die Rohbau- und Restaurierungsarbeiten abgeschlossen und der Innenausbau läuft auf Hochtouren.

Beim zweiten Grossprojekt, der Erweiterung Kunsthaus Zürich, werden die Bauarbeiten im Hinblick auf die geplante Baufertigstellung im Dezember 2020 ebenfalls mit Hochdruck vorangetrieben. Der Festakt zur Schlüsselübergabe an die Eigentümerin «Stiftung Zürcher Kunsthaus» findet am 11. Dezember 2020 statt. Im Berichtsjahr konnten die Natursteinarbeiten der Fassaden abgeschlossen und das Fassadengerüst demontiert werden. Im Inneren schreitet der Ausbau zügig voran. Nebst Maler- und Putzarbeiten, den gesamten Raumverkleidungen und der Lichttechnik wurden auch die Bodenbeläge weitgehend verlegt.

Bauen für die 2000-Watt-Gesellschaft: Bericht 2017/2018 erschienen
Die «7 Meilenschritte» (STRB Nr. 722/2014) setzen Massstäbe zum umwelt- und energiegerechten Bauen und definieren gemäss Masterplan Energie (STRB Nr. 498/2016) die Ziele des Bauens für die 2000-Watt-Gesellschaft. Über die Zielerreichung erstattet das AHB zweijährlich Bericht (www.stadt-zuerich.ch/7-meilenschritte). Für die Bauvorhaben der Nutzungen Schulen, Alterszentren und Wohnsiedlungen kann im aktuellen Bericht die Zielerreichung gemäss Effizienzpfad Energie in einer Portfoliosicht aufgezeigt werden; bei den Wohnsiedlungen erstmals auch durch die Auswertung mehrerer Indikatoren. Dabei hat sich gezeigt: Die Bauvorhaben des Portfolios Wohnen erreichen im Durchschnitt die Zielsetzungen – sowohl diejenigen der Energieeffizienz als auch die Ziele zur erneuerbaren Energie und den Treibhausgasemissionen. Die Nutzung erneuerbarer Energie leistet einen grossen Beitrag auf dem Weg zu den 2000-Watt-Zielen: Bei rund 75 % aller Neubau- und Instandsetzungsflächen (alle Portfolios, Fertigstellung 2012 bis 2022) wird der Energiebedarf für Raumwärme und Warmwasser mit Abwärme oder Energie aus erneuerbaren Energien gedeckt. Zunehmend wichtiger wird eine Verbesserung der Energiebilanz der Baumaterialien. Durch gezielte Förderung der ECO-Bauweise versucht die Stadt Zürich, eine Reduktion dieser sogenannten grauen Energie zu erreichen. Die Schritte weisen in die richtige Richtung, sind aber nach wie vor mit grossen Herausforderungen verbunden. Aktuell wird an Grundlagen gearbeitet, wie eine Beschleunigung des Absenkpfades vorgenommen werden kann (Netto-Null, CO_2-Emissionen). Als Entscheidungsgrundlage werden Szenarien erarbeitet, die auch die Auswirkungen auf weitere ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeitsziele aufzeigen.

Im Zusammenhang mit den 2000-Watt-Zielen und dem Klimaschutz hat das AHB im Berichtsjahr mit EnergieSchweiz und der Hochschule Luzern die Studie «Luft/Wasser-Wärmepumpen im städtischen Bestand» abgeschlossen. Luft/Wasser-Wärmepumpen nehmen in der zukünftigen Energieversorgung der Stadt Zürich eine bedeutende Rolle ein. Insbesondere an Orten, wo Erdsonden nicht zulässig sind, keine Fernwärme verfügbar ist oder andere Wärmequellen wie Grund-, See- oder Flusswasser nicht zugänglich sind. Luft/Wasser-Wärmepumpen sind dann neben Holz- und Biogas-Feuerungen die einzige Möglichkeit für eine fossilfreie Wärmeerzeugung. Die städtische Energieplanung sieht vor, dass der Anteil von Luft/Wasser-Wärmepumpen von aktuell 1 % auf 12 % steigen soll. Dabei gilt es, Lösungen für die in der Studie erwähnten Hemmnisse zu finden. Unterstützend wirken unter anderem höhere Fördergelder und vereinfachte Baubewilligungsverfahren.

Kunst und Bau: Magische Lichtkunst
Unter der Projektführung der Fachstelle Kunst und Bau wurden 2019 im Rahmen von Bauabschlüssen insgesamt sechs Werke fertiggestellt. Die Arbeit für die Schulanlage Schauenberg von Raphael Hefti (*1978, Zürich/London) steht exemplarisch für ein ortsspezifisches und auf die Nutzenden zugeschnittenes Konzept. Der Künstler platzierte 12 Glasprismen über den Dachöffnungen der drei Pausenhöfe, die das Sonnenlicht brechen und farbiges Licht auf Boden und Wände projizieren. Spielerisch können die Kinder die Farbenfelder eines Regenbogens erkunden. Poetische Lichtkunst und physikalische Gesetze vereinen sich hier ganz unmittelbar. Auch die für das abgebrochene Schulhaus konzipierten Werke von Trudi Demut (*1927–2000, Zürich), «Relief I» sowie die zwei «Skulpturen I und IV», gehen eine gelungene Verbindung mit der Architektur von Adrian Streich und dem neuen Schulumfeld ein.

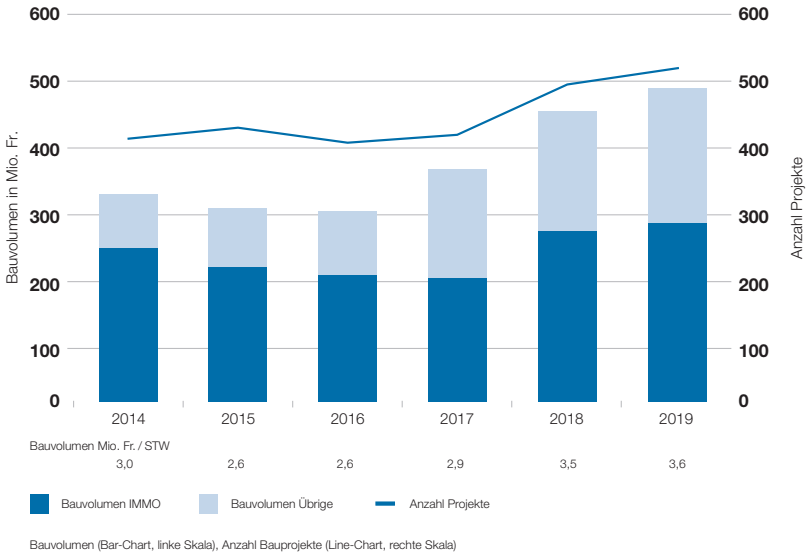
Lichtkunst zum Eintauchen, Schule Schauenberg in Zürich-Affoltern. (Bild: Marc Asekhame, Zürich)

Stadt Zürich erhält den ersten Preis für nachhaltiges Bauen
Das europäische Städtenetzwerk «Procura+» hat die Stadt Zürich mit dem «Procura+ Award» ausgezeichnet. Der Preis wurde für den innovativen und nachhaltigen Einsatz von Recyclingbeton verliehen. Lange vor der aktuellen Klimadebatte kam bei stadteigenen Gebäuden schon Recyclingbeton zum Einsatz. Das AHB hat sich bereits vor rund 20 Jahren für den Einsatz von umweltschonenden Baumaterialen engagiert.

Die Kunsthaus-Erweiterung besteht zu etwa 98 % aus Recyclingbeton und CO_2-optimiertem Zement, der weniger graue Energie aufweist als herkömmlicher Zement. (Bild: Juliet Haller)

4.3.3 Spezifische Kennzahlen

Entwicklung der Anzahl der laufenden Bauprojekte, des Bauvolumens sowie Bauvolumen pro Vollzeitstelle

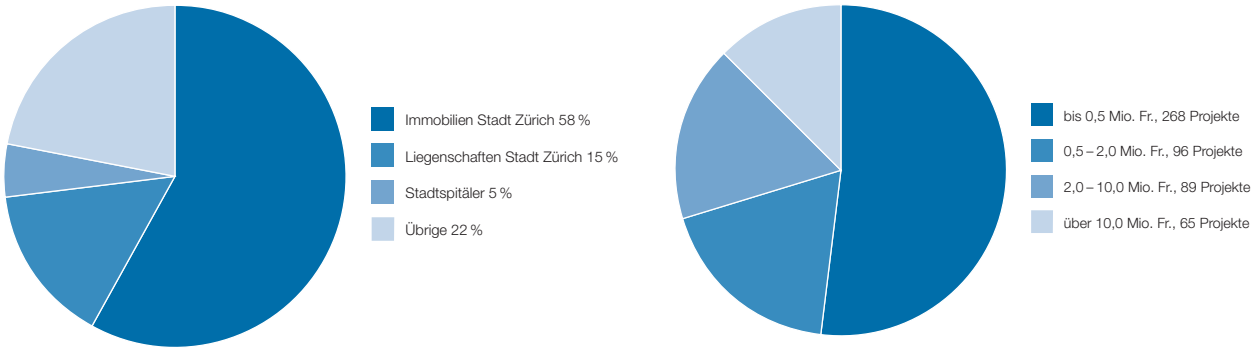


Bauvolumen (Bar-Chart, linke Skala), Anzahl Bauprojekte (Line-Chart, rechte Skala)

Das Amt für Hochbauten verzeichnete im Geschäftsjahr 2019 518 laufende Bauprojekte. Die Anzahl der Bauprojekte ist damit gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert (2018: 516; +0,4 %). Das im Geschäftsjahr umgesetzte Bauvolumen in Höhe von 491 Millionen Franken (285,4 Millionen Franken IMMO; 205,2 Millionen Franken Übrige) hat gegenüber dem Vorjahr um 41 Millionen Franken zugenommen: Zunahme +9 % gesamthaft; +10,3 Millionen Franken IMMO (+3,7 %); +30,7 Millionen Franken Übrige (+17,65 %). Das Bauvolumen liegt somit deutlich über dem Durchschnitt der Vorjahre (durchschnittliches Bauvolumen 2014–2018: 352 Millionen Franken) und ist das höchste Bauvolumen in der Geschichte des AHB überhaupt.

Parallel zu dieser Entwicklung ist trotz Stellenaufbau auch das durchschnittliche Bauvolumen pro Vollzeitstelle (STW) von 2,6 Millionen Franken (2016) auf 3,6 Millionen Franken (+38 %) im Geschäftsjahr angestiegen.

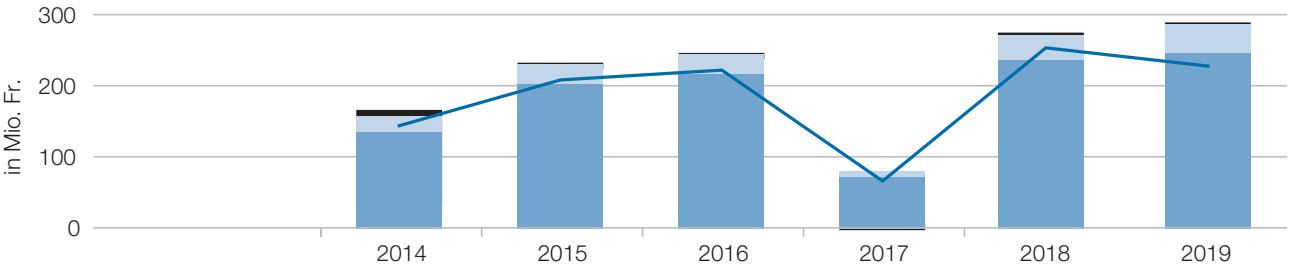
Aufteilung des Bauvolumens nach Nutzung sowie der laufenden Bauprojekte nach Kosten



Die Aufteilung des umgesetzten Bauvolumens auf die auftraggebenden Stellen zeigt, dass der grösste Anteil – wie auch in den vergangenen Jahren – mit fast zwei Drittel auf die Immobilien Stadt Zürich entfällt. Unter Einbezug der Liegenschaften Stadt Zürich wurden gesamthaft 73 % des Bauvolumens für diese beiden Dienstabteilungen umgesetzt. Die restlichen 27 % entfallen auf die Stadtspitäler und die Übrigen.

Die Aufteilung der Bauprojekte des Jahres 2019 nach Kosten zeigt, dass es sich bei 268 Projekten (Vorjahr: 278) um Kleinstprojekte mit Erstellungskosten unter 0,5 Millionen Franken, bei 185 Projekten (Vorjahr: 179) um kleine und mittlere Projekte mit Erstellungskosten zwischen 0,5 und 10 Millionen Franken und bei 65 Projekten (Vorjahr: 59) um Grossprojekte mit Erstellungskosten über 10 Millionen Franken handelt. Im Geschäftsjahr wurden somit tendenziell etwas weniger Kleinstprojekte zugunsten von mittleren und grösseren Projekten durchgeführt.

Kreditbeanspruchung der abgerechneten Bauprojekte (individueller Gesamtkredit je Bauvorhaben ≥ 1 Million Franken)



	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Kredit Total (inkl. Reserven und Teuerung)	173	245	260	78	279	287
Krediterhöhung/-minderung	10	0	0	0	3	2
Reserven (Kreditzuschläge)	20	30	25	8	33	30
Zielkosten	144	214	235	70	232	254
Zahlungen	155	222	236	64	238	230
Ausschöpfung Kredit Total	90 %	91 %	91 %	82 %	89 %	80 %
Ausschöpfung Zielkosten	108 %	104 %	100 %	92 %	102 %	91 %

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 37 Bauprojekte mit je einer Kreditsumme von mehr als 1 Million Franken abgerechnet (Vorjahr: 36 Bauprojekte). Mit Zahlungen von gesamthaft 230,3 Millionen Franken wurde die für die oben genannten 37 Bauprojekte bewilligte Kreditsumme einschliesslich Reserven und Teuerung von gesamthaft 286,7 Millionen Franken um 56,4 Millionen Franken oder 20 % unterschritten. Die Zielkosten (teuerungsbereinigte Kostenvoranschläge ohne Reserven und ohne Krediterhöhungen) wurden um 24 Millionen Franken oder 9 % unterschritten. Für das

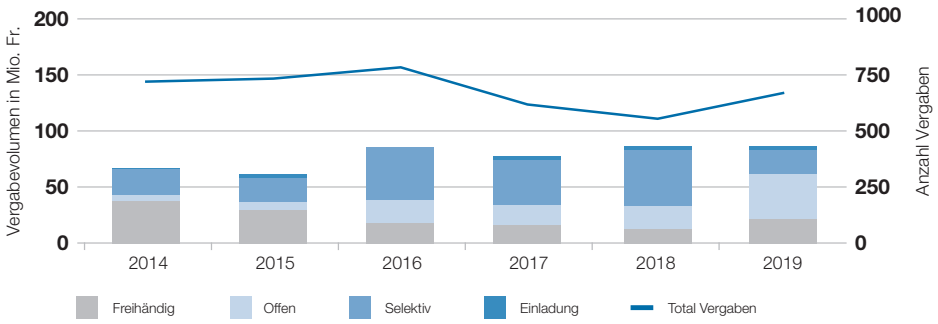
Geschäftsjahr ergibt sich somit eine Ausschöpfung der Zielkosten von 91 % bei einer durchschnittlichen Kreditsumme der ausgewerteten Bauprojekte von 7,7 Millionen Franken (2018: 7,7 Millionen Franken).

Über die zurückliegenden zehn Jahre wurden die Zielkosten durchschnittlich zu 99 % ausgeschöpft. Somit stimmen die in einer frühen Phase kalkulierten Zielkosten mit den effektiven Kosten praktisch überein, Kalkulation und Realisierung gehen Hand in Hand.

Die Einzelauswertung der 37 Bauprojekte zeigt, dass bei 28 Projekten (76 %) keine Reserven beansprucht wurden. Von den restlichen 9 Projekten (24 %), bei denen Reserven in Anspruch genommen werden mussten, wurde in einem Fall (Bahnhof Löwenstrasse Erweiterung ShopVille) der ursprüngliche Kredit von 18,9 Millionen Franken durch eine Kostenbeteiligung der SBB um weitere 2,03 Millionen Franken erhöht. Grund für die Kostenbeteiligung der SBB war eine Projektausweitung zur Nutzung von Synergien auf der Bauparzelle.

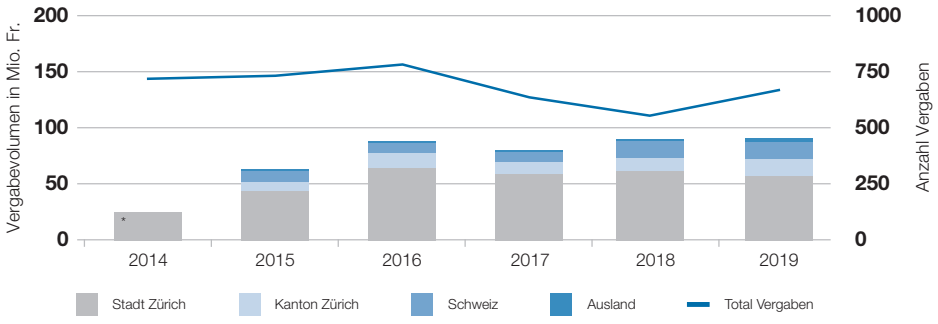
Vergabe von Planungsleistungen

Vergabevolumen nach Verfahren sowie Anzahl Vergaben



Vergabevolumen (Bar-Chart, linke Skala), Anzahl Vergaben (Linie-Chart, rechte Skala)

Vergabevolumen nach Domizil sowie Anzahl Vergaben



* Für das Jahr 2014 sind keine Daten in entsprechender Detailtiefe verfügbar.
Vergabevolumen (Bar-Chart, linke Skala), Anzahl Vergaben (Linie-Chart, rechte Skala)

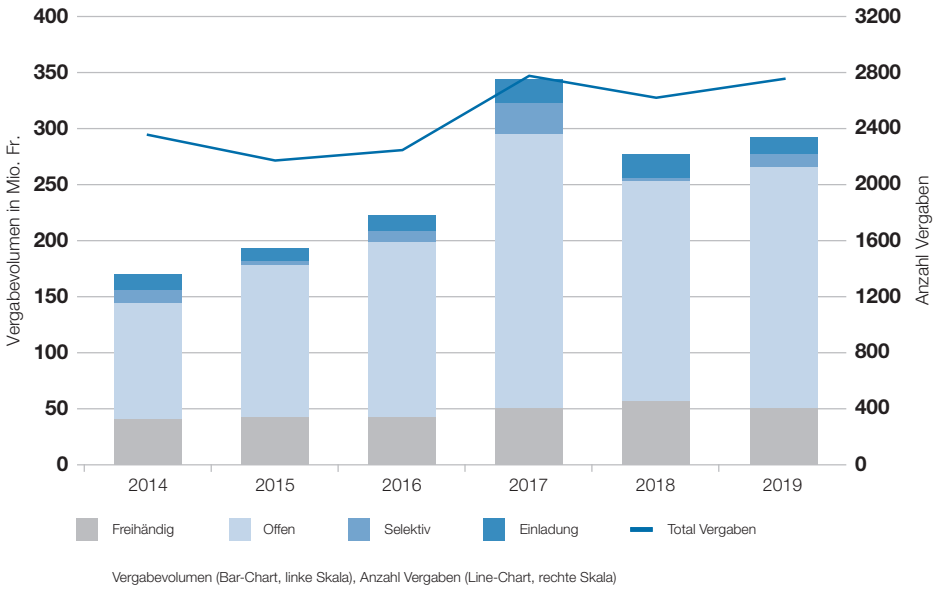
Das Vergabevolumen erhöhte sich im Jahr 2019 nochmals leicht auf ein neues Rekordhoch von 89 Millionen Franken, während die Anzahl Vergaben von Planungsleistungen im Vergleich zum Vorjahr wieder zunahm. Das liegt vor allem daran, dass mehr kleinere Planungsaufträge vergeben wurden.

Die Auswertung zeigt weiter, dass 66 % der Vergaben im Wert von 59 Millionen Franken an Firmen mit Domizil in der Stadt Zürich und 16 % im Wert von 15 Millionen Franken an Unternehmen mit Sitz im übrigen Kanton Zürich vergeben wurden. Das AHB arbeitet somit praktisch unverändert zu rund 82 % mit Dienstleistungsunternehmen aus der Stadt oder dem Kanton Zürich zusammen. Diese Auswertung bestätigt erneut, dass Zürcher Dienstleistungsunternehmen gegenüber Mitbewerbenden der übrigen Schweiz und dem Ausland absolut konkurrenzfähig sind.

Von den freihändig vergebenen Planungsleistungen wurden deren 13 im «überschwelligen» Bereich gemäss den entsprechenden Ausnahmeklauseln vergeben.

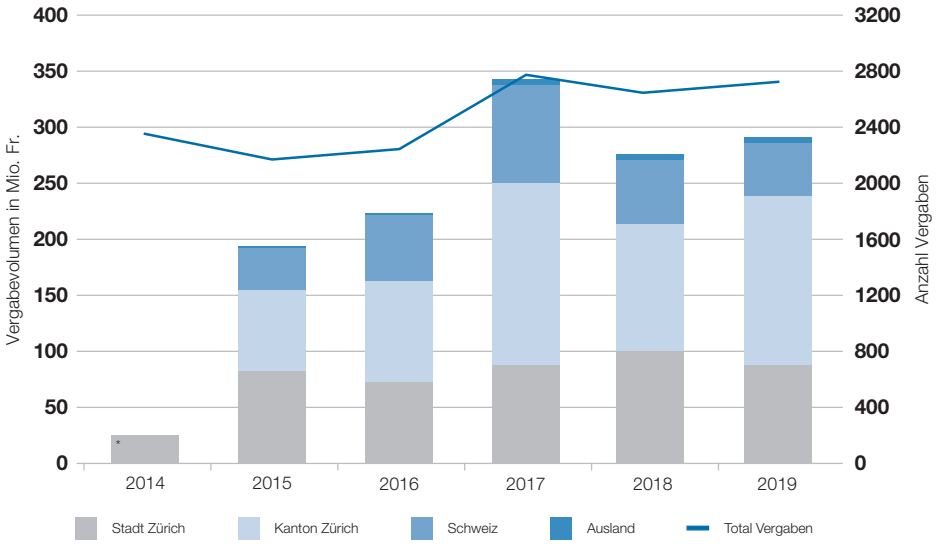
Vergabe von Bauleistungen

Vergabevolumen nach Verfahren sowie Anzahl Vergaben



Vergabevolumen (Bar-Chart, linke Skala), Anzahl Vergaben (Line-Chart, rechte Skala)

Vergabevolumen nach Domizil sowie Anzahl Vergaben

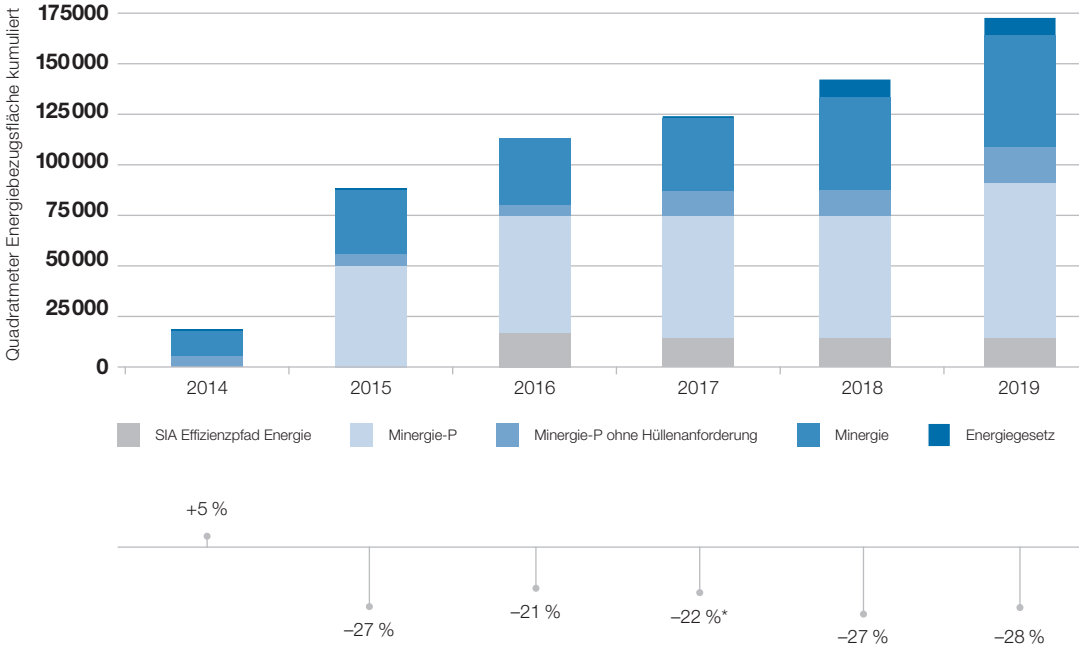


* Für das Jahr 2014 sind keine Daten in entsprechender Detailtiefe verfügbar.
Vergabevolumen (Bar-Chart, linke Skala), Anzahl Vergaben (Line-Chart, rechte Skala)

Die Anzahl der Bauvergaben bleibt weiter auf hohem Niveau. Die Auswertung zeigt ausserdem, dass 1188 Vergaben (knapp 44 %) im Wert von knapp 85 Millionen Franken an Firmen mit Domizil in der Stadt Zürich und 1099 Vergaben (40 %) im Wert von gut 147 Millionen Franken an Unternehmen mit Sitz im übrigen Kanton Zürich vergeben wurden. Das AHB arbeitet zu rund 84 % mit Unternehmen aus der Stadt oder dem Kanton Zürich zusammen. Diese Auswertung bestätigt, dass Zürcher Unternehmen gegenüber Mitbewerbenden der übrigen Schweiz und dem Ausland absolut wettbewerbsfähig sind.

Von den freihändig vergebenen Bauaufträgen wurden deren 11 im «überschwelligen» Bereich gemäss den entsprechenden Ausnahmeklauseln vergeben.

Kumulierte Flächen für Neubauten gemäss Standard Minergie-A, Minergie-P und Minergie (massgebend ist der Zeitpunkt der Fertigstellung)

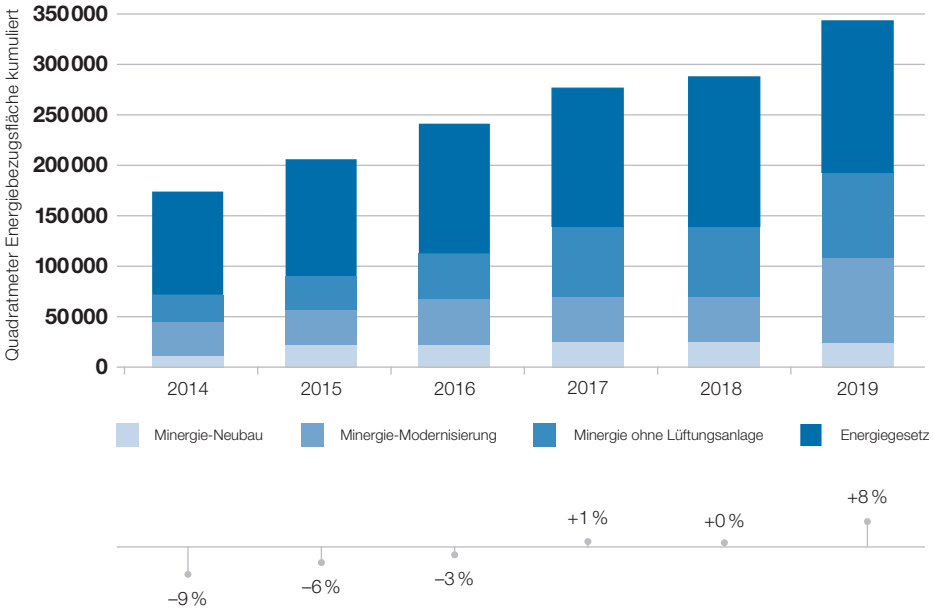


Ziel ist es, 90 % der Flächen meilenschritt-konform zu erstellen. Dargestellt ist die Abweichung von diesem Ziel.
Die Abweichung von –22 % zu –21 % (Vorjahr) beruht auf einer Korrektur der Energiebezugsfläche beim Sportzentrum Heuried.

Mit dem Alterszentrum Trotte und den Schulanlagen Schauenberg und Pfingstweid entsprechen drei der im Geschäftsjahr fertiggestellten Neubauten den Zielen der «7 Meilenschritte» zum umwelt- und energiegerechten Bauen (SIA Effizienzpfad Energie, Minergie-P, Minergie-P ohne Hüllenanforderung). Die übrigen zwei Bauten entsprechen dem Minergie-Standard. Die sechs im Geschäftsjahr erstellten bzw. aufgestockten Züri-Modular-Pavillons entsprechen mit ihrer Minergie-Zertifizierung den Anforderungen der bei Projektstart gültigen «7 Meilenschritte». Alle Bauten erreichen zusätzlich den Standard «ECO», der für ein gutes Innenraumklima und für den Einsatz ökologisch günstiger Baustoffe steht.

Kumuliert über alle Jahre hat sich der Wert im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert und liegt 28 % unter dem Ziel. Aufgrund der jüngsten Neubauprojekte, die noch im Bau und deshalb noch nicht Teil der vorliegenden Auswertung sind, wird sich die Zielerreichung markant verbessern: Für das Jahr 2023 zum Beispiel liegt der prognostizierte Wert nur noch 12 % unter dem Ziel.

Kumulierte Flächen für Instandsetzungen gemäss Standard / Grenzwert Minergie-Neubauten und Minergie-Modernisierung (massgebend ist der Zeitpunkt der Fertigstellung)



Ziel ist es, 50 % der Flächen meilenschritt-konform zu erstellen.
Dargestellt ist die Abweichung von diesem Ziel.

Im Geschäftsjahr wurden knapp 55 000 m² Energiebezugsfläche instand gesetzt, wobei neun der elf Projekte den «7 Meilenschritten» entsprechen. Es wurden zwei Gebäude gemäss den gesetzlichen Vorgaben instand gesetzt (Geschäftshaus Hirschengraben 22, Schulschwimmanlage Looren). Das Ziel, 50 % der Instandsetzungsflächen meilenschritt-konform (Minergie Neubau, Minergie Modernisierung, Minergie ohne Lüftungsanlage) zu erstellen, wurde 2019 mit 95 % sehr gut erreicht. Speziell zu erwähnen sind das Tramdepot Kalkbreite und die Schulanlage Looren. Beim Tramdepot Kalkbreite wurden die energetischen Schwächen der Bestandshülle durch eine zweite, innere Fassadenhaut verbessert und auf dem Dach eine grosse Photovoltaik-Anlage erstellt. Bei der Schulanlage Looren dagegen wurde die Dachfläche zur Förderung der Biodiversität und im Speziellen von Wildbienen genutzt.

Der hohe Zielerreichungsgrad und die grosse instand gesetzte Energiebezugsfläche zeigt sich auch in den kumulierten Werten, die im Geschäftsjahr einen Sprung von 0 % auf +8 % machen.

4.4 Immobilien Stadt Zürich

4.4.1 Aufgaben

Immobilien Stadt Zürich (IMMO) ist Eigentümervertreterin, Bewirtschafterin, Beraterin und Dienstleisterin: Sie vertritt die Stadt Zürich als Eigentümerin und Bewirtschafterin eines Grossteils der Immobilien im Verwaltungsvermögen und berät den Stadtrat und die Departemente in allen strategischen Fragen zur Ressource Raum. In den Gebäuden ist die IMMO generell für die Instandhaltung und Technik, in den Verwaltungsbauten auch für Hausdienst und Reinigung verantwortlich. Weitere Dienstleistungen sind die Beschaffung, Miete und Zuteilung sowie die Ausstattung von Verwaltungs- und Schulräumen.

Die IMMO engagiert sich für eine nachhaltige Bewirtschaftung ihres Portfolios mit einem Gebäudeversicherungswert von rund 7 Milliarden Franken: Sie berücksichtigt die politischen und finanziellen Vorgaben, betrachtet die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer und behält die langfristige Zielsetzung der Stadtplanung im Auge. Zentrale Herausforderungen der Zukunft sind neue Raumnutzungskonzepte (Effizienz), der verbreitete Einsatz erneuerbarer Energien (Konsistenz) und das kostenbewusste Planen und Bauen (Suffizienz). Gemeinsam mit ihren stadtinternen Partnerinnen und Partnern sucht die IMMO nach mehrheitsfähigen Lösungen.

4.4.2 Unternehmensentwicklung

Organisationsentwicklung IMMO 2020
Um die grossen Herausforderungen der IMMO auch zukünftig bewältigen zu können, wurde im Berichtsjahr eine Organisationsentwicklung vorbereitet, die im kommenden Jahr umgesetzt wird. Aus den beiden bestehenden Bereichen des Kerngeschäfts wird das Teilportfolio Schulbauten als eigenständiger Bereich herausgelöst. Der neue separate Investitionsplafond für die Schulen unterstützt diesen Schritt. Die übrigen Teilportfolios werden auf die Bereiche «Verwaltungs- und Sozialbauten» und «Gesundheits-, Sport-, Kultur- und Werkbauten» verteilt.

Digitalisierung
Zur Effizienzsteigerung und Verkürzung der Prozessdurchlaufzeit wurden im Berichtsjahr verschiedene Projekte realisiert: Mit der Einführung des städtischen Kreditoren-Workflows konnte eine Verkürzung der Durchlaufzeit von Rechnungen unter konsequenter Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips erreicht werden. Um Papier und Ablageflächen zu sparen sowie einen schnelleren Zugriff zu ermöglichen, wurden Mietverträge elektronisch erfasst und abgelegt. Der Aufbau eines Management Information System auf SAP-Basis unterstützt die Führung mit laufend aktualisierten Kennzahlen.

4.4.3 Eigentümervertretung

Städtische Standort- und Raumkoordination STARK
Wachstum und Verdichtung stellen die Stadt Zürich vor grosse Herausforderungen. Im Immobilienbereich fungieren in der Stadt Zürich elf Dienstabteilungen und vier Stiftungen als Eigentümervertretungen. Nur ein kontinuierlicher Austausch garantiert die bestmögliche Nutzung des vorhandenen Raum- und Flächenpotenzials. Diesen Austausch ermöglicht das STARK-Gremium, das die IMMO 2019 ins Leben gerufen hat. Ziel des Gremiums ist es, dass sich die verschiedenen Eigentümervertretungen über ihre Bedürfnisse, Vorhaben und Strategien austauschen und dabei auch mögliche Synergien von Nutzungen erkannt werden (vgl. z. B. Wache Nord und Zentrale Einsatzlogistik). Diese Transparenz ist die Grundlage einer langfristig orientierten gesamtstädtischen Standort- und Raumkoordination: vorhandene Flächen optimal nutzen, Leerstände vermeiden und die öffentlichen Bauten und Anlagen langfristig sichern.

Dienstleistungsvereinbarungen
Die Systematik der mit STRB Nr. 1058/2018 beschlossenen neuen Dienstleistungsvereinbarung (DLV) wurde 2019 der Rechnungsprüfungskommission vorgestellt und erstmals für das Budget 2020 angewendet. Der im Frühjahr geänderte städtische Zinssatz machte eine Neuberechnung aller Mieten erforderlich und bewirkt eine Reduktion der internen Verrechnung im Umfang von gut 4 Millionen Franken. Die Besprechung der neuen DLV mit den Departementen und Dienstabteilungen wurde in Angriff genommen. Sie wird im ersten Quartal 2020 abgeschlossen.

Quartieranalysen Schul- und Werkbauten
Um zusätzlichen Raumbedarf zu decken, haben die involvierten städtischen Stellen gemeinsam einen Prozess und einen Kriterienkatalog entwickelt, mit dem die verschiedenen städtischen Interessen systematisch gegeneinander abgewogen werden. Diese sogenannten «Quartieranalysen zur stadträtlichen Güterabwägung» sind jeweils in zwei Phasen aufgeteilt. In der ersten Phase wird in einer Stadtratsdelegation aus verschiedenen Szenarien eine Vorauswahl getroffen. Danach werden diese Szenarien mittels Studien vertieft geprüft und der Delegation zur abschliessenden Beurteilung vorgelegt.

Im Berichtsjahr erfolgte die Auslegeordnung für die erste Phase bezüglich der Schulbauten in den Quartieren Oerlikon und Seebach. Ausserdem wurde für das Quartier Hirzenbach im Rahmen der zweiten Phase der definitive Richtungsentscheid getroffen.

Im Bereich Werkbauten wurde die erste Phase für die Wache Ost durchgeführt und den zuständigen Departementsvorstehenden präsentiert.

Submissionswesen
2019 wurden diverse Ausschreibungen im offenen Verfahren oder im Einladungsverfahren durchgeführt. Im Dienstleistungsbereich konnten die Schädlingsprävention, die Erneuerung des Graffitischutzes an den Gebäuden sowie die Instandhaltungsarbeiten an Hebeanlagen, Löschgeräten und Gaswarnanlagen neu vergeben werden. Die aus Ausschreibungen resultierenden Verträge für das Mobiliar für Schulen, Kindergärten und Betreuung, für Wasserspender, Kaffeemaschinen, Holzpellets sowie für die Leuchten des Museums Rietberg konnten abgeschlossen werden.

Ausserdem wurde ein Controlling über die laufenden Verträge aufgebaut, die gemäss öffentlichem Beschaffungsrecht über die Beschaffungskoordination abgeschlossen wurden. Zukünftig können Leistungen frühzeitig wieder ausgeschrieben und neu vergeben werden, bevor die entsprechenden Verträge auslaufen.

Auswahlverfahren im Rahmen der Submission zur neuen Schulmobiliarlinie züri@school2. (Bild: Stefano Schifano)

Immobilienstrategie
Im Berichtsjahr wurde erstmals eine Immobilienstrategie erarbeitet. Sie definiert Rolle und Aufgabe der IMMO als Eigentümervertreterin und stellt damit die Auslegeordnung für ein professionelles Immobilienmanagement dar. Sie legt Grundsätze für die Steuerung und Entwicklung des Gesamtportfolios der IMMO fest, formuliert Vorgaben für das Teilportfoliomanagement, sichert Informationen für den Stadt- und den Gemeinderat, für Kundinnen und Kunden sowie für Partnerinnen und Partner und dient als Leitlinie für IMMO-Mitarbeitende.

Oberstes Ziel des Immobilienmanagements der IMMO ist die nachhaltige Entwicklung der Stadt Zürich. Dementsprechend

richtet die IMMO ihre Entscheidungen für die Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestands gleichermassen an ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Grundsätzen aus.

4.4.3.1 Schul-, Sport- und Gesundheitsbauten

Teilportfolio Schulbauten
Im Berichtsjahr konnten mit dem Ersatzneubau der Schulanlage (SA) Schauenberg und den beiden Neubauten SA Pfingstweid und SA Schütze gleich drei Schulanlagen dem Betrieb übergeben werden.

Im April 2019 wurde die Teilportfoliostrategie (TPS) Volksschulbauten vom Stadtrat genehmigt. In der Folge wurde zur Deckung der kurzfristigen Raumbedürfnisse die interdisziplinäre Projektgruppe Agila ins Leben gerufen (vgl. Abschnitt «Agila»). Zudem wird der jährliche Investitionsplafond in den kommenden drei Jahren sukzessive um bis zu 50 Millionen Franken erhöht, und das Teilportfolio Schulbauten erhält einen eigenen Investitionsplafond von 145 Millionen Franken. Trotz Erhöhung besteht weiterhin eine Differenz zwischen dem Investitionsplafond und dem aus der Raumbedarfsstrategie hervorgehenden Bedarf, weshalb eine Priorisierung der baulichen Massnahmen vorgenommen werden muss. Diese Priorisierung wird dadurch erleichtert, dass Güterabwägungen mit dem separaten Investitionsplafond innerhalb des Teilportfolios durchgeführt werden können. Die Priorisierung der Vorhaben für die Substanzerhaltung wird aufgrund des Gebäudezustands von der IMMO, die des Nutzerbedarfs durch die Delegation Schulen vorgenommen.

Eine von drei 2019 dem Betrieb übergebenen Schulanlagen: Schulanlage Pfingstweid. (Bild: Jürg Zimmermann)

Planung Schulbauten
Im Rahmen der Weiterentwicklung des Teilportfolios Schulbauten wurden auch 2019 diverse Strategie- und Machbarkeitsstudien beauftragt. Für die Neubauprojekte der SA Im Isengrind, Triemli/In der Ey und Saatlen stand die Beantragung der Projektierungskredite und Aufgleisung der Projektwettbewerbe im Zentrum. Zudem wurden diverse Instandsetzungsprojekte definiert und ausgelöst. Weitere Schwerpunkte betrafen die Erarbeitung der Projektgrundlagen für mehrere neue Vorhaben sowie die Prüfung und Bearbeitung zahlreicher Einmietgeschäfte.

Agila
Der durch die wachsende Anzahl Schülerinnen und Schüler erhöhte Flächenbedarf der Volksschule hat in den letzten Jahren auch zu einer markanten Steigerung der Anzahl Projekte für Kindergärten und Betreuungseinrichtungen in Mietobjekten geführt. Die Bearbeitung von über 20 Geschäften pro Jahr führte im HBD zu einem hohen Ressourceneinsatz und erfordert zudem kürzere Durchlaufzeiten. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurde 2019 unter dem Lead der IMMO die Projektgruppe Agila gebildet. Zusammen mit dem Amt für Hochbauten und dem Schulamt kann so der gesamte Planungs- und Bauprozess effizient abgedeckt werden.

Die Projektgruppe agiert im Rahmen ihrer festgelegten Grenzen selbstständig und verarbeitet die ihr zugewiesenen Projekte in einer Durchlaufzeit von etwa ein bis eineinhalb Jahren. Erste positive Auswirkungen sind spürbar. Im Berichtsjahr wurden 15 Projekte geprüft. 10 davon sind zurzeit parallel in Bearbeitung, die übrigen 5 konnten bereits realisiert werden. So wurden beispielsweise im Schulkreis Uto drei Kindergärten und eine Betreuung, deren Projektierung im Frühjahr 2019 gestartet wurde, noch vor Ende 2019 dem Betrieb übergeben.

Betreuung und Tagesschule 2025
Im Berichtsjahr wurden die Tagesschulprojekte der Schulen Altstetterstrasse, Balgrist-Kartaus, Bungertwies, Flunten-Heubeeribüel, Himmeri, Hirzenbach, Hutten, Kornhaus, Limmat, Neubühl, Nordstrasse, Pfingstweid, Schütze und Weinberg-Turner erfolgreich abgeschlossen. Somit konnten die ersten Schulen der Projektphase II rechtzeitig zu Beginn des Schuljahres 2019/20 mit dem neuen Tagesschulmodell starten. Parallel dazu wurden jene elf Bauprojekte von den Schulen genehmigt, die nächstes Jahr auf das Tagesschulmodell umgestellt werden.

Teilportfolio Sportbauten
Die TPS Sportbauten wurde 2019 erstellt. Aufgrund des darin formulierten hohen Finanzbedarfs und der daraus folgenden Evaluierung und Priorisierung konnte sie jedoch noch nicht verabschiedet werden. Die Strategie zeigt einen stark steigenden Finanzbedarf ab Mitte der 2020er-Jahre und bereits in den kommenden Jahren einen zunehmenden Ressourcenbedarf in den beteiligten Dienstabteilungen. Dabei schlägt insbesondere der Ersatzneubau des Sportzentrums Oerlikon zu Buche: Dieses Grossprojekt wird erhebliche Finanzmittel binden und eine Priorisierung für das ganze Teilportfolio nötig machen.

Der voraussichtliche Landbedarf für die Sportanlagen der wachsenden Stadt von 440 000 m^2 bis zum Jahr 2040 ist im kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen abgebildet. In verschiedenen teilportfolioübergreifenden Studien werden unter anderem auch Sportnutzungen (Hallenbad Josef, Wärmebad Käferberg und Sportzentrum Utogrund) geprüft.

Planung Sportbauten
Der Gemeinderat genehmigte im Berichtsjahr die Projektierungskredite für den Neubau des Sportzentrums Oerlikon (GR Nr. 2018/324) und den Ersatzneubau des Garderobengebäudes Witikon mit integrierter Dreifachsporthalle (GR Nr. 2018/419). Ferner wurde der Projektierungskredit für den Ersatzneubau des Garderobengebäudes Juchhof 3 vom Stadtrat genehmigt (STRB Nr. 1118/2019). Für die Instandsetzung der Saalsporthalle und den Ersatzneubau des Garderobengebäudes Allmend Brunau wurde eine gemeinsame Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Überprüft werden soll das Synergiepotenzial bei der Zusammenführung der Projekte.

Teilportfolio Gesundheitsbauten
Die TPS Pflegezentren wurde 2019 erstellt, wird jedoch erst nach Abschluss der Altersstrategie durch das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt. Die Altersstrategie macht möglicherweise eine Überarbeitung der Raumbedarfsstrategie und entsprechende Anpassungen in der TPS nötig.

Nach dem Umzug der Suchtfachklinik in die instand gesetzte Liegenschaft Emil-Klöti-Strasse 14–18 wurden die Liegenschaften Frankentalstrasse 55 und Käshaldenstrasse 28/30 an Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) übertragen.

Planung Gesundheitsbauten
Aufgrund der Überarbeitung der Altersstrategie durch das GUD wurden die Projekte der Alterszentren (AZ) Oberstrass, Grünau und Mittelleimbach sistiert. Nach Vorliegen der überarbeiteten Altersstrategie und der aktualisierten Nutzeranträge im Jahr 2020 werden die entsprechenden Vorhaben ordentlich budgetiert im Jahr 2021 wieder aufgenommen. Die Projektierung zur Instandsetzung des Rochadezentrums AZ Sonnenhof wurde abgebrochen, und die Übertragung der Liegenschaft an LSZ wurde vorbereitet. Bei den Pflegezentren (PZ) wurden die Machbarkeitsstudien für die Ersatzneubauten des PZ Bachwiesen (Haus A) und des PZ Entlisberg (Haus B) beauftragt.

Sommerlicher Wärmeschutz
Die IMMO hat in Zusammenarbeit mit den Alters- und den Pflegezentren einen umfangreichen Katalog von Massnahmen erarbeitet, die die Bewohnerinnen und Bewohner besser vor hohen sommerlichen Temperaturen schützen. Von den rund 200 konkreten Massnahmen, die für Bestandesbauten geprüft wurden, konnten im Berichtsjahr kurzfristig 60 umgesetzt werden. Bei Neubauten und umfassenden Instandsetzungen wird dem sommerlichen Wärmeschutz bereits bei der Planung grosse Beachtung geschenkt.

Der Speisesaal des 2019 eröffneten Ersatzneubaus AZ Trotte kann im Sommer mittels Free-Cooling-System temperiert werden. (Bild: Annett Landsmann)

4.4.3.2 Verwaltungs-, Werk-, Sozial- und Kulturbauten

Teilportfolio Verwaltungsbauten
Die Umsetzung der mit STRB Nr. 163/2018 genehmigten TPS Verwaltungsbauten wurde im Berichtsjahr weiterverfolgt. Zusammen mit den Departementen wurden verschiedene Szenarien analysiert, und mit STRB Nr. 525/2019 wurde das Vorgehen für die erste Phase der Umsetzung bestimmt. Die erforderlichen Instandsetzungsprojekte werden derzeit initiiert und eingeleitet. Die Instandsetzung des Verwaltungszentrums Eggbühl wird voraussichtlich im 2. Quartal 2020 abgeschlossen.

Im Berichtsjahr wurde die Villa Hohenbühl für die Zwischennutzung durch die Stadtpolizei von LSZ an die IMMO übertragen. Nach dem Bezug des instand gesetzten Amtshauses Helvetiaplatz wurde die Liegenschaft an der Ausstellungsstrasse 88 an den Kanton Zürich zurückgegeben. Weiter wurden Fremdanmietungen in der Ausstellungsstrasse 39 und 41 beendet.

Nach dem erfolgreichen Abschluss von worksmart@werd per Ende März 2019 konnte im Stadthaus ein weiteres stadtinternes Co-Working-Angebot zur Förderung von mobilem und flexiblem Arbeiten lanciert werden.

Planung Verwaltungsbauten
Der Stadtrat bewilligte im Berichtsjahr die umfassende Instandsetzung des 1933 erstellten Amtshauses Walche (STRB Nr. 114/2019). Zudem hat der Gemeinderat die Aufstockung des Gebäudes um ein Geschoss gutgeheissen, womit die erlaubte Ausnutzung ausgeschöpft werden kann: Erweitert wird unter anderem die Wache Zentrum für die Sanität von Schutz und Rettung Zürich (SRZ) sowie die Personalcafeteria. Die Wache Zentrum bleibt während der Instandsetzung in Betrieb und erhält für die Bauzeit ein Provisorium mit Anbindung an die Fahrzeughalle im Amtshaus Walche.

Das Amtshaus Walche mit dem Provisorium für Schutz und Rettung. (Bild: Fabian Schwartz)

Teilportfolio Sozialbauten
Im Berichtsjahr konnte die Instandsetzung mit Anpassungen an die betrieblichen Bedürfnisse des GZ Hirzenbach abgeschlossen werden. Im Zuge der Instandsetzung wurde das Teehaus (ehemaliger Tierstall) ausgebaut, sodass der Aussenraum künftig für Anlässe genutzt werden kann. Für die Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) wurden neue Objekte angemietet: Neufrankengasse 6 und 14 von LSZ für Wohnen und Obdach sowie eine externe Wohnungsanmiete an der Tulpenstrasse 20.

Planung Sozialbauten
2019 ist das Restaurant der SEB aus der Liegenschaft Sihlquai 240 ausgezogen. Die ebenfalls in diesem Gebäude untergebrachte Offene Jugendarbeit, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 25 Jahren aus Stadt und Region Zürich für die Durchführung von partizipativ organisierten Veranstaltungen offensteht, wird die frei werdenden Flächen übernehmen. Um die Räume optimal nutzen und die Leistungsaufträge umsetzen zu können, sind sowohl im Erdgeschoss als auch im Obergeschoss diverse Einbauten und Anpassungen notwendig.

Teilportfolio Kulturbauten
Im Berichtsjahr konnte der Ersatzneubau des Tanzhauses am Ufer der Limmat dem Betrieb übergeben werden. Auch der denkmalgeschützte Pavillon Le Corbusier im Quartier Riesbach wurde nach einer gut zweijährigen Instandsetzung wiedereröffnet. Ausserdem wurde das Sicherheitskonzept des Museums Rietberg erweitert, sodass zukünftig Exponate gezeigt werden können, die bisher aus Sicherheitsgründen nicht an das Museum Rietberg ausgeliehen worden wären.

Planung Kulturbauten
Der Nordflügel des Theaterhauses Gessnerallee ist seit dem Erwerb der Liegenschaft nur als Lagerraum nutzbar. Der Bereich soll künftig für Veranstaltungen, Proben, Diskussionen oder kommerzielle Vermietungen genutzt werden können. Er muss dazu entsprechend instand gesetzt und infrastrukturell ausgebaut werden. Der Objektkredit zum Geschäft wurde dem Gemeinderat vorgelegt (STRB Nr. 427/2019). Ausserdem sind in der Bühnenhalle die Starkstrominstallationen, die Bühnentechnik und der Bühnenboden nach 25 Jahren instand zu setzen (vgl. STRB 187/2018).

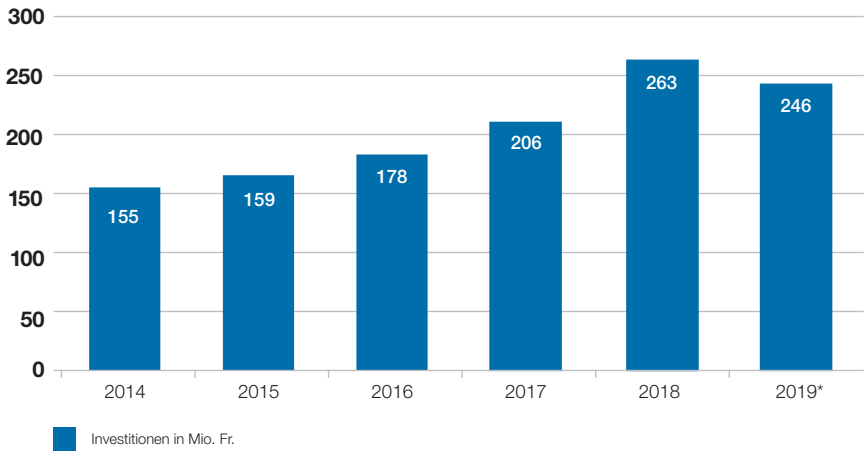
4.4.4 Bewirtschaftung

Investitionen und Unterhalt
Mit den budgetierten Mitteln in der Investitionsrechnung (246 Millionen Franken) und der Erfolgsrechnung (62 Millionen Franken) hat die IMMO im Berichtsjahr insgesamt 958 Baumassnahmen und Projekte realisiert. In der Investitionsrechnung wurden mit rund 7 % der Projekte (26 Einzelmassnahmen) 62 % des Budgets umgesetzt. In der Erfolgsrechnung entfielen 80 % des Budgets auf 27 % der Projekte (158 Einzelmassnahmen). Der Aufwandschwerpunkt liegt deshalb in beiden Kategorien bei den Kleinprojekten, deren Leitung im Vergleich mit Grossprojekten nur unwesentlich weniger Personalressourcen bindet.

Entwicklung der Anzahl Projekte 2012–2019

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Projekte in der Investitionsrechnung	**237**	**252**	**220**	**195**	**156**	**227**	**216**	**383**
davon über 2 Mio. Fr.	20	29	30	28	33	32	32	26
davon unter 2 Mio. Fr.	217	223	190	167	123	195	184	357
Projekte in der Erfolgsrechnung	**616**	**617**	**643**	**628**	**682**	**737**	**721**	**575**
davon über 0,1 Mio. Fr.	205	202	187	220	216	241	221	158
davon unter 0,1 Mio. Fr.	411	415	456	408	466	496	500	417
Total realisierte Projekte	**853**	**869**	**863**	**823**	**838**	**964**	**937**	**958**

Nettoinvestitionen 2014–2019
Die 2019 von der IMMO im Rahmen der Investitionsrechnung realisierten 383 Baumassnahmen und Projekte entsprechen einer Nettosumme von insgesamt rund 246 Millionen Franken (exklusive Übertragungen).



*Angabe gemäss Budget

Bautechnischer Zustand des IMMO-Portfolios
Die IMMO konnte den Zustand der Gebäude im Verwaltungsvermögen in den letzten Jahren durch gezielte Substanzerhaltungsmassnahmen auf gutem Niveau halten. Der durchschnittliche Zustandswert des gesamten Portfolios liegt im Berichtsjahr unverändert bei 0,78. Abzüglich jener Objekte, die aktuell instand gesetzt werden, befinden sich 83 % des IMMO-Portfolios in mittlerem bis gutem Zustand. Bei 17 % der Gebäude müssen gemäss Zustandsauswertungen kurz- bis mittelfristig Instandsetzungsmassnahmen in Angriff genommen werden. Die Investitionen zur Werterhaltung der Gebäudesubstanz entwickeln sich proportional zum wachsenden Gebäudevolumen.

Bautechnischer Zustand des IMMO-Portfolios 2014-2019

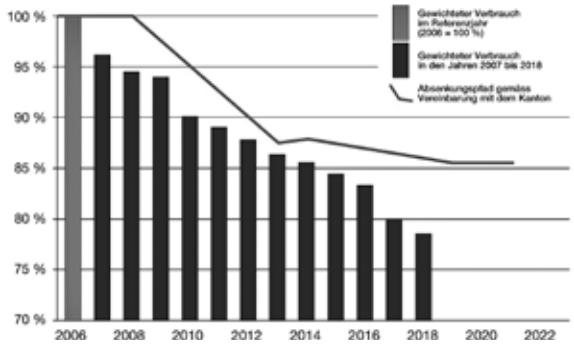
Objektzustand	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Gut (in %)	21	19	21	22	21	22
Mittel (in %)	66	66	61	62	62	61
Schlecht (in %)	13	15	18	16	17	17
Durchschnitt	0,78	0,78	0,78	0,78	0,78	0,78

Entwicklung der Kosten für Anmieten
Im Teilportfolio Schulbauten wurden 2019 unter anderem im Zentrum Friesenberg, an der Neunbrunnen-, der Roswiesen-, der Frankental- und der Schweighofstrasse sowie Im Stückler Flächen angemietet. Ausserdem wurde an der Winzerhalde erstmalig Land für Schulraumprovisorien angemietet. Des Weiteren konnten durch die Projektgruppe Agila für den Schulkreis Uto sechs neue Objekte angemietet werden (Kindergärten Sieberstrasse, Döltschihalde und Maneggstrasse, Betreuung Bürglistrasse, Erweiterung Betreuung Wegackerstrasse sowie Wengistrasse für Aufnahmeklassen). Für das Berichtsjahr ergibt sich insgesamt ein Mehraufwand von rund 760 000 Franken für Anmieten.
Im Bereich Verwaltungs-, Werk-, Sozial- und Kulturbauten konnten Anmieten an der Ausstellungsstrasse 39, 41 und 88 sowie am Sihlquai 115 beendet werden. Hinzu kommt die Übertragung des Tanzhauses an der Wasserwerkstrasse 127a/129 ins Verwaltungsvermögen bzw. dessen Umzug in IMMO-Gebäude. Die Rechnung wird andererseits insbesondere durch die Miete der Messehalle (SRZ) und von Wohnhäusern an der Neufrankengasse 6 und 14 (SEB) belastet. Zur Vermeidung von Leerstand hat die IMMO Flächen von LSZ angemietet, die wiederum von der Raumbörse übernommen wurden. Insgesamt konnten die Ausgaben für Anmietungen um rund 640 000 Franken reduziert werden.

Entwicklung der Kosten für Anmieten 2012–2019
Ab 2019 gibt es keine separaten Konten für Schule und Verwaltung mehr.

Stadtinterne Anmieten und Anmieten Dritter (in Mio. Fr.)	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Teil Verwaltung	27,2	26,4	25,5	25,3	25,5	26,1	25,7	20,3
Teil Sozialbauten	(bis 2018 in «Teil Verwaltung» enthalten)							4,7
Teil Schulen	6,8	6,9	7,0	8,0	8,4	8,6	9,1	9,9
Total	**34,0**	**33,3**	**32,5**	**33,3**	**33,9**	**34,7**	**34,8**	**34,9**

Energieoptimierung
Auch im zwölften Jahr der Betriebsoptimierung konnte der Verbrauch der energieintensivsten Gebäude im IMMO-Portfolio weiter reduziert werden. Der mit dem Kanton vereinbarte Zielwert wurde deutlich unterschritten. Seit Einführung der Betriebsoptimierung konnten insgesamt 86 000 t CO_2 und 63,8 Millionen Franken eingespart werden (summiert seit 2007). Die überwachten Gebäude decken rund die Hälfte des Energieverbrauchs der Liegenschaften im IMMO-Portfolio ab.



Reduktion des Energiekonsums bei den Grossverbraucherobjekten der IMMO.

4.4.5 Beratungstätigkeit

Finanz- und Aufgabenplan 2020–2023
Mit einem separaten Plafond für das Teilportfolio Schulbauten und der gleichzeitigen Erhöhung der Mittel konnte im Berichtsjahr der Bedarf der Departemente neu strukturiert werden. Bis 2030 stehen dem Teilportfolio Schulbauten 1,45 Milliarden Franken zur Verfügung, den übrigen Teilportfolios zusammen 1,5 Milliarden Franken. 60 % der Investitionen dienen dem Substanzerhalt und 40 % der Deckung des Nutzerbedarfs. Um die Nachhaltigkeit der Teilportfolios weiter zu verbessern, ist auch ein besonderes Augenmerk auf betriebliche Optimierungen zu legen.

Im Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2020–2023 können die bereits laufenden oder angestrebten Projekte wie geplant umgesetzt werden. Der Umfang neuer Vorhaben, die im FAP angestossen werden sollen, wächst ab 2024 stark, weshalb die IMMO dem Stadtrat in seiner diesjährigen Novemberklausur neue Wege der Investitionsplanung vorgeschlagen hat, unter anderem eine departementsübergreifende Priorisierung.

Nachhaltiges Immobilienmanagement
Mit dem Konzept «Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeitsratings», dank dem die Immobilienprozesse der IMMO nachhaltiger werden sollen und das als Grundlage für diverse Nachhaltigkeitsratings dient, wurden entsprechende Massnahmen bis 2021 definiert. Die im Vorjahr beschlossene Zusammenarbeit mit dem ewz, dank der auf IMMO-Gebäuden vermehrt Solarstrom produziert werden kann, sieht im Berichtsjahr eine sprunghafte Zunahme der Solarstromproduktion für umgerechnet 270 Einpersonenhaushalte vor. Für das Folgejahr ist bereits eine Stromproduktion für über 400 Einpersonenhaushalte geplant.

Zudem sind zwei neue Richtlinien zu Raumtemperaturen im Sommer sowie Massnahmen zur Klimaanpassung und für den sommerlichen Wärmeschutz in Vorbereitung. Damit soll der städtischen Planung zur Hitzeminderung und zu den steigenden Anforderungen aufgrund des Klimawandels entsprochen werden. Ein Pilotprojekt für eine standardisierte Nachhaltigkeitsbeurteilung des Immobilienportfolios wurde weiter vorangetrieben.

4.4.6 Dienstleistungen

Ausstattung/Umzüge
Im Berichtsjahr verabschiedete der Stadtrat das neue Mobiliar für Schulen, Kindergärten und Betreuungen züri@school2 und die neuen Steh- und Tischleuchten.

Die IMMO hat im Berichtsjahr in der Verwaltung 225 Büroarbeitsplätze mit der neuen Mobiliarlinie züri@work2 ausgestattet und 355 Arbeitsplätze mit bestehendem Mobiliar ergänzt. Für rund 530 Arbeitsplätze wurden Umzüge organisiert, und es wurden 35 Bürohilfs-, Lager- und Spezialräume rochiert, teilweise ergänzt oder neu eingerichtet.

Im Bereich der Schulen wurden der Ersatzneubau der SA Schauenberg und die beiden Neubauten SA Pfingstweid und SA Schütze mit der Mobiliarlinie züri@school2 eingerichtet. Zusammen mit der SA Looren sowie 5 Züri-Modular-Pavillons wurden insgesamt 107 Unterrichts- und 93 Zusatzräume (Bibliotheken, Schulküchen, Logopädiezimmer, Handarbeits- oder Naturkunderäume) sowie 66 Betreuungen und 41 Kindergärten eingerichtet. Hinzu kommen 280 Umzüge für Klassenzimmer, Handarbeits-, Werken- und Gruppenräume, Betreuungen und Kindergärten sowie der Umzug von 103 Arbeitsplätzen. In der Phase II des Pilotprojekts Tagesschule 2025 wurden ausserdem die Einrichtungen von 11 Schulanlagen ergänzt.

Regie-Betrieb
Im Auftrag der IMMO wurden im Regie-Betrieb 26 000 Arbeitsstunden für die Instandhaltung der städtischen Liegenschaften aufgewendet. Das Fachteam Produktion unterstützte das Präsidialdepartement bei der Ausstellung «Privatsphäre – geschützt, geteilt, verkauft» im Stadthaus. Für das Helmhaus wurden Requisitenbauten zu den Ausstellungen «of Color» und «Auf der Suche» angefertigt und montiert.

Das Fachteam Montage erstellte im Berichtsjahr im Schulhaus Riedenhalden ein 450 m^2 grosses Terrassendeck. Im Seebad Enge mussten zwei neue Aussendecks und im Seebad Utoquai das Sonnen-Liegedeck ersetzt werden. Zum 40-Jahre-Jubiläum des Theaterspektakels wurden das neue Gebäude «Zentral» und eine Openair-Bühne erstellt.

Das Festivalgelände wurde mit einem Tastmodell mit Legenden in Brailleschrift nachgebildet. Für das Züri Fäscht wurde das Organisations-Bürozentrum neu zweistöckig im Baukastensystem gebaut. Das Modellbauatelier erneuerte am Stadtmodell im Amtshaus IV je ein vollständiges Modellteil in den Quartieren Riesbach, Wollishofen und Unterstrass. Die offizielle Beflaggung umfasste im Berichtsjahr 5 Voll- und 18 Teilbeflaggungen.

Kunstsammlung Stadt Zürich
Die Fachstelle Kunstsammlung hat im Berichtsjahr mehr als 2400 Werke an städtische Mitarbeitende ausgeliehen, über 1000 Werke zurück an Lager genommen und sich an 19 externen Ausstellungen im In- und Ausland beteiligt. Zum Bei-

spiel gingen 32 Sammlungswerke an das Kunstmuseum Thurgau, das eine Retrospektive der Künstlerin Helen Dahm (1878–1968) zeigte. Darüber hinaus wurde eine Installation vom Künstlerduo knowbotiq nach Guimarães in Portugal ausgeliehen. Ferner wurde das zweijährige Projekt zur Digitalisierung und Archivierung aller vorhandenen Ankaufsunterlagen ab 1903 (Stadtratsbeschlüsse, Weisungen, Verfügungen) abgeschlossen.

Ausstellung der Bilder von Helen Dahm im Kunstmuseum Thurgau. (Bild: Andrea Stalder / Quelle: Tagblatt St. Gallen)

4.4.7 Fachstelle Graffiti

Immer häufiger werden Fassaden an Neubauten mit Holz verkleidet. Durch seine Struktur und Porosität ist Holz nicht leicht vor Graffiti zu schützen. Es quillt und schwindet bei Nässe bzw. Trockenheit und reisst so schützende Schichten auf. Zurzeit werden Bemusterungen durchgeführt, dank denen künftig bessere Aussagen in Bezug auf den Einsatz von Holzverkleidungen an Fassaden möglich sein sollen.

Die Online-Meldeplattform «Züri wie neu» wird durchschnittlich zweimal pro Tag für die Meldung von Graffiti genutzt. Die meisten Meldungen beziehen sich auf Flächen im öffentlichen Raum entlang von Verkehrs- und Gehwegen. Rund ein Drittel betrifft Flächen im Eigentum Dritter. Dort entfernt die Stadt inhaltlich störende Graffiti (rassistisch, sexistisch, personenverletztend). Im Grundsatz bleiben aber die Eigentümerinnen und Eigentümer für die Pflege der Flächen zuständig. Die Stadt unterstützt diese bei Bedarf mit dem Anti-Graffiti-Abo.

Holzverkleidung an der Schulanlage Looren. (Bild: Marc Huber)

4.5 Amt für Baubewilligungen

4.5.1 Aufgaben

Das Amt für Baubewilligungen (AfB) vollzieht die baurechtlichen Vorschriften und erfüllt dabei die Aufgaben der Baugesuchsberatung, die Prüfung der Baugesuche mit Antragstellung an die Bausektion (örtliche Baubehörde, bestehend aus drei Mitgliedern des Stadtrats) und die Bearbeitung von Rechtsmittelgeschäften. Zu seinen Aufgaben gehören auch die Erteilung verschiedener baupolizeilicher Bewilligungen, die Kontrolle der Bauausführung, der Krane und der öffentlichen Sicherheit im Umfeld der Baustellen sowie die baurechtliche Bewilligung und Kontrolle der Aufzüge.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

eBaugesucheZH
Die finale Pilotapplikation der kantonalen Plattform eBaugesucheZH wurde Ende Juni 2019 fertiggestellt. Anschliessend folgten technische Tests und von September bis Ende November wurde der Pilotbetrieb durchgeführt. Der Zugang zu eBaugesucheZH war in dieser Pilotphase nicht öffentlich. In der Stadt Zürich erfolgt die Pilotierung und der Schnittstellenbau voraussichtlich während der Einführungsphase im Jahr 2020. Im Berichtsjahr beteiligte sich das AfB vor allem am Probebetrieb der Plattform und begann mit den fachlichen Abklärungen für den Bau der Schnittstelle zwischen eBaugesucheZH und der städtischen Baumanagement-Software.

Digitalisierung
Die Anbindung an die kantonale Software eBaugesucheZH bedingt, dass das AfB seine Kernprozesse (z. B. das Baubewilligungsverfahren) digitalisiert. In diesem Jahr wurde eine Programmorganisation nach Hermes erarbeitet, dabei wurden die IT-Verantwortlichen und die städtischen Vernehmlassungsstellen miteinbezogen. Um die Schnittstelle zwischen den fachlichen und den technischen Anforderungen und Fragestellungen konkreter spezifizieren und optimieren zu können, verstärkte sich das AfB mit einem Business Analysten. Gemeinsam mit den IT-Verantwortlichen wurden die Projektziele geschärft und ein konkreter Massnahmenkatalog erstellt. Auf dieser Grundlage konnten ein Etappierungskonzept und ein Grobterminplan skizziert und diverse Anforderungsspezifikationen erarbeitet werden. Die Baumanagement-Software BAGE bleibt während der ersten Etappe das zentrale Tool der Geschäftsverwaltung im AfB. Den städtischen Fachstellen werden vermehrt Leserechte eingeräumt, um beispielsweise auf die geplante gemeinsame Dokumentenablage zugreifen zu können (digital via eBaugesucheZH eingereichte oder durch das AfB eingescannte Baugesuchsunterlagen). Zudem wurde viel Wert darauf gelegt, alle Mitarbeitenden des AfB sowie die am Baubewilligungsverfahren beteiligten Fachstellen auf die neuen Herausforderungen wie beispielsweise die Planprüfung am Monitor, die digitale Planauflage, Baukontrollen mit Tablets usw. vorzubereiten und in den Veränderungsprozess miteinzubeziehen.

Anlaufstelle in Bausachen (Helpline)
Die Auslastung der Helpline lag 2019 im Bereich der vorangegangenen Jahre. Die hohen Anforderungen des Bau- und Umweltrechts bei der Umsetzung von Bauvorhaben standen dabei im Vordergrund. Wie gewohnt gaben Belange, bei denen die einschlägigen Vorschriften den Behörden einen Ermessensspielraum einräumen, am häufigsten Anlass für Beanstandungen. In fast allen Fällen konnte in kurzer Zeit, teilweise in Kooperation mit weiteren involvierten Verwaltungsstellen, eine Lösung gefunden oder für den notwendigen Informationsaustausch gesorgt werden. Daneben konnten viele Anfragen, die nicht in den vom Reglement eng gesteckten Zeitraum zwischen Bauentscheid und Baubeginn fallen, beantwortet werden. Dies half den Bauherrschaften, den richtigen Weg zu finden und Spielräume zu erkennen, bevor überhaupt Konflikte entstanden. So konnten präventiv zukünftige Helpline-Fälle vermieden werden. Insgesamt ist die Helpline weiterhin eine sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Dienstleistungen für Bauherrschaften und ermöglicht einen direkten und einfachen Zugang zur Verwaltung. Im Hinblick auf eine mögliche Verlängerung des aktuell bis Ende 2020 befristeten Betriebs der Helpline wird auch zu prüfen sein, ob die Abgrenzung ihres Aufgabenbereichs noch sinnvoll ist oder ob sich allenfalls eine Anpassung aufdrängt.

Baubewilligungen
Im Berichtsjahr ergingen etwa 10 % mehr schriftliche Bauentscheide als in den Vorjahren. Zudem ist eine starke Zunahme von ordentlichen Langverfahren (Neubauvorhaben) zu verzeichnen. Gegenüber 2018 stieg die Anzahl dieser Geschäfte um ungefähr 40 %. Das AfB führt diese Entwicklung auf die am 1. November 2018 in Kraft gesetzte revidierte Bau- und Zonenordnung (BZO) zurück und nimmt an, dass diverse Gesuchstellende von den Vorteilen der BZO-Revision profitieren wollten und deshalb die Gesuche erst nach der Inkraftsetzung einreichten. Als Vorbereitung wurden flankierende Massnahmen wie etwa die frühzeitige Entgegennahme der Baugesuche trotz noch fehlender Inkraftsetzung der BZO und die Auslagerung von Spezialbewilligungen in das Team der Baukontrolle getroffen. Dank dem ausserordentlichen Arbeitseinsatz sämtlicher Mitarbeitenden konnten diese Gesuche in der gewohnten Qualität bearbeitet werden. Diese enorme Zusatzbelastung ist auch der Grund, warum die Fristüberschreitung in diesem Jahr auf etwa 23 % gestiegen ist.

Die Softwareapplikation Plattform Bauentscheid ist das neue Tool, um Stellungnahmen im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens und Anträge an die Bausektion zu veranlassen. Ende Oktober 2019 konnte der zweite Pilotbetrieb mit rund 60 produktiven Baugesuchen gestartet werden. Zu diesem Zweck wurden knapp 100 Pilotteilnehmende aus dem AfB und den Vernehmlassungsstellen geschult. Die Plattform Bauentscheid ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens.

Aufzugsanlagen
Infolge Pensionierung des langjährigen Abteilungsleiters übernahm der Leiter der Abteilung Baukontrolle und Support zusätzlich die Leitung der Abteilung Aufzugsanlagen. Durch die ähnlichen operativen und strategischen Themen der beiden Abteilungen, insbesondere im Sicherheitsbereich und im Aussendienst, werden Synergien nun optimal genutzt.

Die Prozesse der Abteilung Aufzugsanlagen wurden bereits in den letzten Jahren systematisch digitalisiert. Die letzte Etappe wurde 2019 mit dem Projekt «Mobiles Arbeiten im Aussendienst» gestartet und wird voraussichtlich im Frühjahr 2020 beendet sein. Die Aufzugsbewilligungsgesuche und die Planbestellungen wurden bereits im Berichtsjahr auf ein komplett medienbruchfreies elektronisches System umgestellt.

Baukontrolle
Wie bereits erwähnt, ist der Leiter der Abteilung Baukontrolle und Support seit Mitte 2019 zusätzlich für die Abteilung Aufzugsanlagen verantwortlich. Die Mehrbelastung, bedingt durch die grosse Führungsspanne, wurde durch die Einführung einer Teamleitung in der Baukontrolle abgefedert. Somit wurde nun auch in der Baukontrolle – wie in allen anderen Teams des AfB – eine Teamleitung geschaffen mit dem Vorteil, dass diese neben der Führungsfunktion nach wie vor auch im Aussendienst tätig ist.

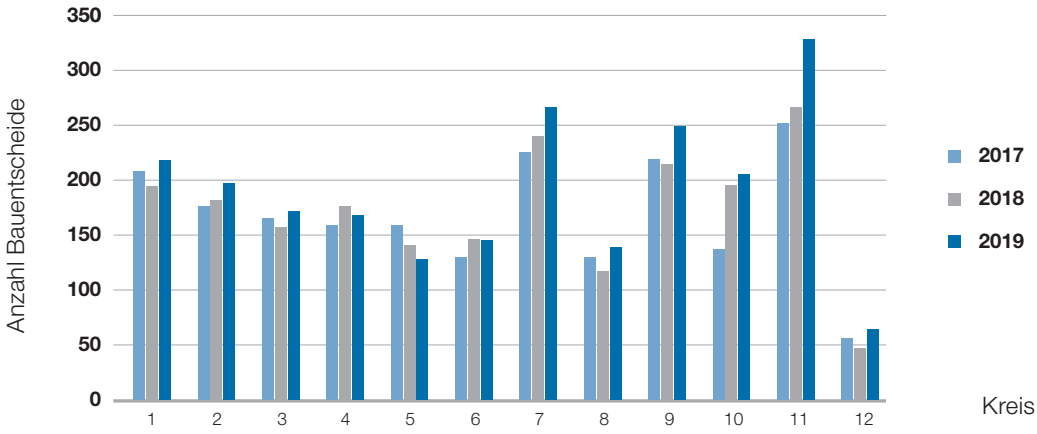
Die hohe Zahl der bearbeiteten Baugesuche hatte in diesem Jahr noch keine Auswirkung auf die Tätigkeit der Baukontrolle, da die Bauausführung erst aufgenommen werden kann, wenn die Auflagen erfüllt sind und die Ausführungsplanung fortgeschritten ist. Es ist also davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren eine sehr grosse Anzahl Bauprojekte durch die Baukontrolle zu prüfen sein wird.

4.5.3 Spezifische Kennzahlen

Kennzahlen Baubewilligungen

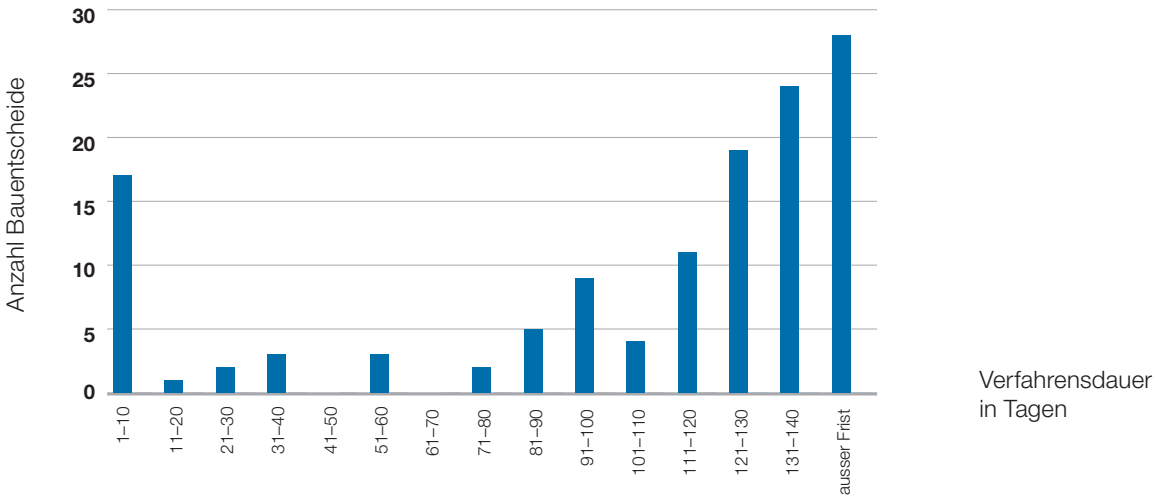
	2015	2016	2017	2018	2019
Entscheide der Bausektion des Stadtrats oder des Amts für Baubewilligungen	**3620**	**3655**	**3553**	**3560**	**3767**
Entscheide im ordentlichen Verfahren (OdV LV / SV) und im Anzeigeverfahren mit Auflagen (AZE)	2023	1998	2016	2075	2279
Bewilligungen	1889	1895	1936	1976	2187
teilweise Bewilligungen	56	43	31	51	34
Verweigerungen	25	23	18	12	16
Nichteintreten	1	3	–	–	3
Befehle	6	9	5	5	2
Vorentscheide	15	12	10	13	11
Wiedererwägungen, Feststellungen, Stellungnahmen	18	11	5	11	15
Nichteintreten auf Wiedererwägungsgesuche	13	2	11	7	11
Bewilligungen im Anzeigeverfahren ohne Auflagen (AZS)	1597	1657	1537	1485	1488
Rechtsmittelverfahren	**253**	**233**	**223**	**226**	**229**
Vernehmlassungen	252	233	223	226	226
ans Baurekursgericht	208	183	186	199	181
ans Verwaltungsgericht	28	37	24	22	37
ans Bundesgericht	15	12	13	5	8
an Diverse	1	1	–	–	–
Beschwerden					
ans Verwaltungsgericht	1	–	–	–	3
ans Bundesgericht	–	–	–	–	–
an Diverse	–	–	–	–	–

Bauentscheide nach Kreis (ohne AZS)

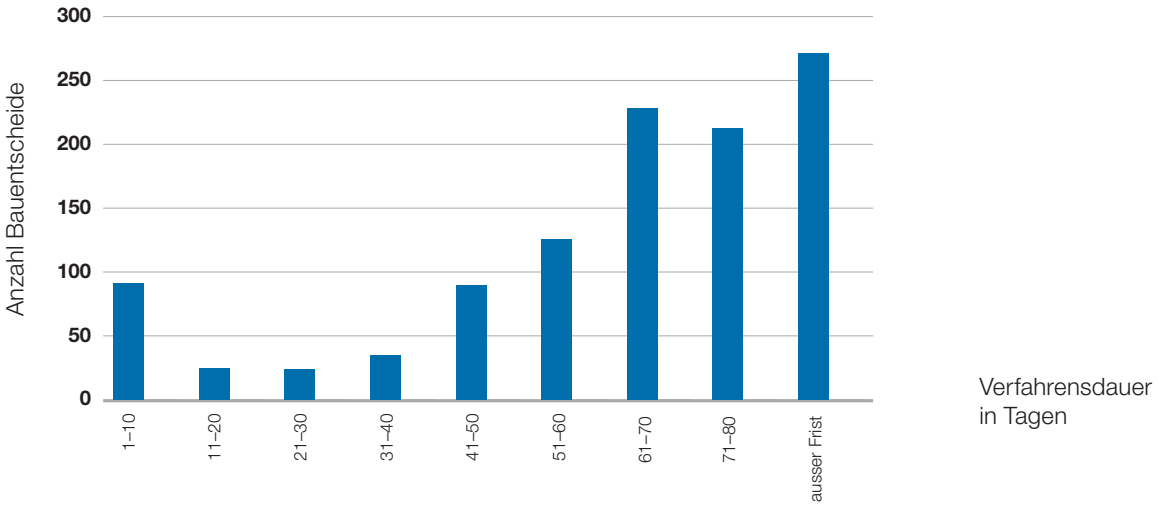


Einhalten der Fristen im Jahr 2019 bei den Baubewilligungsverfahren

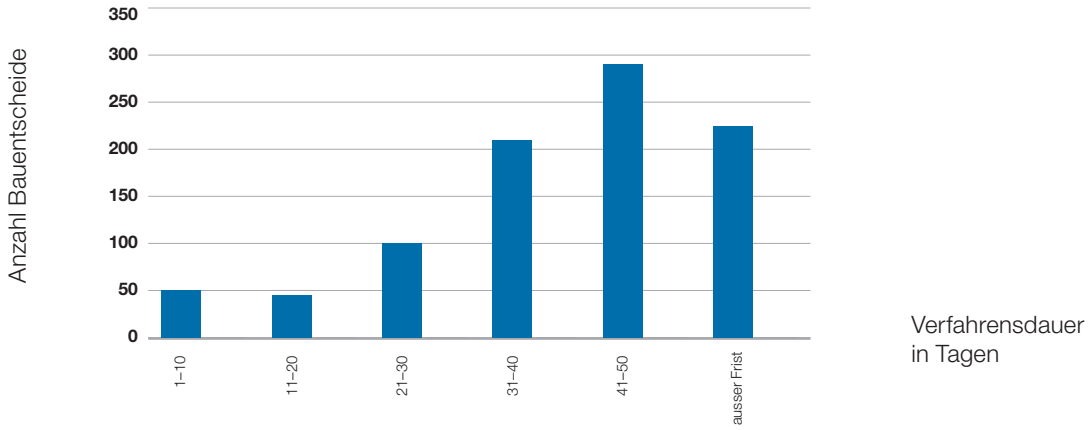
Ordentliches Verfahren lang, gesetzliche Frist = 140 Tage



Ordentliches Verfahren schnell, gesetzliche Frist = 80 Tage



Anzeigeverfahren mit Entscheid, gesetzliche Frist = 50 Tage



Kennzahlen Aufzugsanlagen

	2015	2016	2017	2018	2019
Projektbewilligungen (total)	**855**	**905**	**991**	**854**	**828**
Personen- und Lastenaufzüge	769	824	891	737	727
Beförderungsanlagen für Menschen mit Behinderung	27	26	40	51	36
Übrige Beförderungsanlagen	59	55	60	66	65
Ausführungskontrollen Neu- und Umbauten	549	565	567	617	428
Periodische Kontrollen bestehender Anlagen	736	778	790	696	821
Nachkontrollen beanstandeter Anlagen (NU+PK)	1 750	1 221	1 121	1 409	1040
Augenscheine (NU+PK)	155	171	200	165[1]	72[1]
Lifteinsätze (insbesondere Personenbefreiung, SRZ)	108	104	105	77	103
Unfälle (durch Abteilung Aufzugsanlagen abgeklärt)	1	–	–	3	–

[1] Annahme, da die Erfassung im SAP nicht gänzlich sichergestellt ist.

Kennzahlen Baukontrolle

	2015	2016	2017	2018	2019
Sicherheitskontrollen	3335	3232	3055	2820	2692
Bauprojektkontrollen	5354	4998	5299	5697	4758
Bauprojektabnahmen und Nachkontrollen	3438	2877	3393	3134	2898

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Initiativen
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied / Kommission Geschäftsbezeichnung
Volksinitiative 2018/258	21.03.2018 18.04.2018	Initiativkomitee, vertreten durch Keller Georg Andreas Eine Europaallee genügt – jetzt SBB-Areal Neugasse kaufen

Im Hinblick auf die Realisierung einer gemeinnützigen Wohn- und Geschäftsüberbauung sei das rund 30'000 m2 umfassende Areal an der Neugasse zwischen den Bahngeleisen, dem Bahnviadukt, der Neugasse und der Überbauung Röntgenareal (Teil der Parzelle AU 7036) zu erwerben oder im Baurecht zu übernehmen. Der Erwerb kann auch zusammen mit gemeinnützigen Bauträgern erfolgen.

Mit Weisung vom 4. Juli 2018 hat der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Volksinitiative «Eine Europaallee genügt – jetzt SBB-Areal Neugasse kaufen» für teilweise gültig zu erklären und den Stadtrat zu beauftragen, eine ausformulierte Vorlage (Umsetzungsvorlage) auszuarbeiten. Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 10. April 2019 dem Stadtrat wie folgt beauftragt: Der Stadtrat wird beauftragt, eine ausformulierte Vorlage (Umsetzungsvorlage), die der Initiative entspricht, auszuarbeiten. Dabei ist auf das Drittel «Wohnen mit preislich limitierter Miete (SBB)» zu verzichten und der Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist auf mindestens die Hälfte des Wohnanteils (berechnet nach Wohnfläche) auf dem Gesamtareal zu erhöhen. Die Anteile für den gemeinnützigen Wohnungsbau (mindestens 50 %), für die gemeinnützigen Gewerbeflächen (mindestens 33 % der Gewerbefläche) und für die Schule (etwa. 3000 m^2) sind dauerhaft zu sichern. Die Erarbeitung der Umsetzungsvorlage ist derzeit im Hochbaudepartement in Bearbeitung und soll dem Gemeinderat im 1. Quartal 2020 vorgelegt werden.

Volksinitiative 700.100.120–00024	01.10.2019 20.11.2019	Initiativkomitee, vertreten durch Peter Wolfgang von Matt, Volksinitiative: «Volksinitiative zum Schutz der Besonnung des öffentlichen Grünraums am Seeufer» (Besonnungs-Initiative)

Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich sei wie folgt zu ergänzen:

Art. 2^{octies} Abs. 4 Gemeindeordnung (neu):

«Sie (die Gemeinde) schützt die Besonnung des öffentlichen Grünraums am Seeufer. Innerhalb ihrer Zuständigkeit verhindert sie bauliche Veränderungen, die einen Schattenwurf darauf bewirken oder vergrössern. Die Höhe des Baubestandes vom 1. April 2019 ist dabei massgebend.»

Einzelinitiative 2012/125	28.03.2012 09.05.2012	Frey Urs Änderung von Art. 4 der Bauordnung, Gestaltungsplan SBB-Areal Tiefenbrunnen

Änderung von Art. 4 der Bauordnung (Gestaltungsplanpflicht), Ergänzung mit einem neuen Absatz 11:

Im Gebiet SBB-Areal Tiefenbrunnen muss mit dem Gestaltungsplan sichergestellt werden, dass die Nutzung des gesamten Areals abgestimmt auf die Bedürfnisse der Benützer des öffentlichen Verkehrs und in Koordination mit der seeseitig geplanten Nutzungsintensivierung im Bereich Seepolizei / Kibag / Hafen Tiefenbrunnen erfolgt, und dass die Überbauung der exponierten Lage entsprechend städtebaulich und architektonisch besonders gut gestaltet wird.

Mit Weisung vom 11. September 2013 hat der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Einzelinitiative von Urs Frey betreffend Änderung von Art. 4 der Bauordnung, Bau- und Zonenordnung (BZO), Gestaltungsplan SBB-Areal Tiefenbrunnen, teilweise für ungültig zu erklären und den gültigen Teil des Initiativbegehrens abzulehnen. Mit Beschluss des Gemeinderats vom 14. Mai 2014 wurde die Vorlage an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, über das Gebiet eine Gestaltungsplanpflicht festzusetzen und den gemäss Art. 4 BZO erforderlichen Ergänzungsplan anzupassen (Gestaltungsplanpflicht über die Parzellen Kat.-Nr. Rl5374 und Teile von …) sowie die Vorlage öffentlich aufzulegen und dem Kanton zur Vorprüfung einzureichen. Die entsprechende Teilrevision der BZO, Gestaltungsplanpflicht «SBB-Areal Tiefenbrunnen», Zürich-Seefeld, Kreis 8, Änderung der BZO (Art. 4 Abs. 11, neu) und Ergänzungsplan Gestaltungsplanpflicht (neu) lag vom 5. Oktober 2016 bis 5. Dezember 2016 öffentlich auf und wurde der Baudirektion zur Vorprüfung eingereicht. Mit Weisung vom 3. Mai 2017 hat der Stadtrat dem Gemeinderat die vorerwähnte Teilrevision der BZO unterbreitet. Der Gemeinderat hat dieser Umsetzungsvorlage mit Beschluss vom 25. Oktober 2017 zugestimmt. Die Referendumsfrist ist am 1. Dezember 2017 unbenutzt abgelaufen. Die SBB haben mit Eingabe vom 18. Mai 2018 Rekurs beim Baurekursgericht gegen den Gemeinderatsbeschluss und die Genehmigungsverfügung der Baudirektion erhoben. Das Baurekursgericht hat mit Entscheid vom 13. September 2019 den Rekurs der SBB gutgeheissen und den Beschluss des Gemeinderates vom 25. Oktober 2017 sowie die Verfügung der Baudirektion Kanton Zürich vom 23. März 2018 aufgehoben. Gegen diesen Entscheid hat der Gemeinderat Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben. Diese Beschwerde ist derzeit beim Verwaltungsgericht noch hängig.

Einzelinitiative 2017/411	12.11.2017 10.01.2018	Graf Ulrich Ausbau des Freibads Auhof in Schwamdendingen

Um einer absehbaren Überlastung des Freibads in Schwamendingen entgegenzutreten, vergrössert die Stadt die bestehende Anlage. Insbesondere werden die Liegewiesen vergrössert und ein zusätzliches Becken errichtet, welches den heutigen Bedürfnissen entspricht.

Der Stadtrat hat mit Weisung vom 3. Juli 2019 (GR Nr. 2019/300) dem Gemeinderat die Ablehnung der Einzelinitiative beantragt. Die Weisung wurde der Spezialkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) zugewiesen. Die Behandlung in der Kommission ist noch nicht abgeschlossen.

II. Unerledigte Motionen und Postulate[1]
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied / Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 1998/344	28.10.1998 13.01.1999	Anita Zimmerling Enkelmann und Judith Bucher (beide SP) Kasernenareal, Auflösung des Polizeigefängnisses und Zuführung zu einer gesamtstädtischen Nutzung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit dem Kanton das Kasernenareal inkl. Zeughäuser einer gesamtstädtischen Nutzung zugeführt werden kann und das Provisorium für das Polizeigefängnis auf der Kasernenwiese schnellstmöglich aufgelöst werden kann.

Wenn die Kantonspolizei in das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) zieht, wird das Kasernenareals frei, das aufgrund seiner zentralen Lage und Grösse ein bedeutendes Areal im Stadtzentrum ist. Gemeinsam haben der Kanton als Eigentümer und die Stadt Zürich 2012 das Projekt «Zukunft Kasernenareal Zürich» gestartet, um eine Strategie für das Gesamtareal zu entwickeln und Lösungen für die frei werdenden Flächen bereit zu halten. In einem breit angelegten Beteiligungsverfahren wurde auch die Bevölkerung einbezogen. 2016 haben Regierungsrat und Stadtrat dem Masterplan «Zukunft Kasernenareal Zürich» zugestimmt. Dieser legt die Weiterentwicklung des Schlüsselareals fest und sieht vor, das Areal in vier Teile mit unterschiedlicher Ausrichtung zu gliedern, die ein sinnvolles Ganzes bilden. Mit dem Beschluss des Kantonsrats vom 28. Oktober 2019 werden die Grundsätze und Eckwerte des Masterplans im kantonalen Richtplan (Teil Siedlung, Landschaft und öffentliche Bauten und Anlagen) festgesetzt.

Die Militärkaserne wird das kantonale Bildungszentrum für Erwachsene (BIZE) beherbergen, wobei das Erdgeschoss weitgehend für publikumsorientierte Nutzungen geöffnet wird.

Ursprünglich hatte der Regierungsrat geplant, dass die Polizeikaserne bis auf Weiteres von der Kantonspolizei genutzt wird. Der Kantonsrat hat aber am 27. März 2017 entschieden, dass die Kantonspolizei das Kasernenareal mit dem Bezug des neuen Polizei- und Justizzentrums vollständig verlassen muss. Damit wird auch die Polizeikaserne einer neuen Nutzung gemäss Leitidee des Masterplans zugeführt. Nach der Aufhebung des provisorischen Polizeigefängnisses und dessen Umzäunung wird die Kasernenwiese zu einem zentralen Freiraum, der durch die Stadt betrieben wird.

Für die Zeughäuser steht ein Nutzungsmix aus kulturellen und sozialen Angeboten, autoarmen Gewerbebetrieben sowie Bildungs- und Freizeitnutzungen im Vordergrund. Gemäss Masterplan und Richtplan sollen die Zeughäuser samt Zeughaushof durch die Stadt Zürich betrieben werden. Der Gemeinderat hat 2017 den entsprechenden Baurechtsvertrag und den Projektierungskredit zu den Zeughäusern bewilligt. Der Regierungsrat hatte dem Baurechtsvertrag unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass der Kantonsrat die entsprechenden finanziellen Mittel genehmigt. Der Kantonsrat lehnte jedoch den Baurechtsvertrag mit der Stadt Zürich bzw. den 30-Millionen-Kredit für die Sanierung der Zeughäuser im Januar 2019 ab. Vorstösse aus beiden Parlamenten fordern nun die Umsetzung des Masterplans und eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Stadt und Kanton, auch der Erwerb des Zeughausareals durch die Stadt wird thematisiert. Sowohl Stadt- als auch Regierungsrat sind bereit, sämtliche möglichen Varianten zu prüfen um möglichst bald eine Einigung zu finden und den Masterplan «Zukunft Kasernenareal Zürich» umzusetzen.

Motion 2007/534	03.10.2007 08.12.2010	AL-Fraktion Kommunaler Richtplan für öffentliche Bauten, Erlass

Der Stadtrat legt dem Gemeinderat einen kommunalen Richtplan der öffentlichen Bauten und Anlagen zur Beschlussfassung vor. Sollten für die Erarbeitung dieses Richtplans mehr als zwei Jahre benötigt werden, erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat nach einem Jahr Bericht über die Arbeiten.

Die Weisung «Kommunaler Richtplan für öffentliche Bauten, Erlass» (GR Nr. 2012/491) wird mit der Weisung GR Nr. 2019/437 «Amt für Städtebau, kommunaler Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen der Stadt Zürich, Festsetzung, Abschreibung Motion» zur Abschreibung beantragt. Die Beratung erfolgt in der Besonderen Kommission kommunale Richtpläne «Siedlung, Landschaft öffentliche Bauten und Anlagen der Stadt Zürich/Verkehr» (BeKo RP SLÖBA/V).

[1] Abschreibungsanträge zu Postulaten wurden mit separater Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2009/534	18.11.2009 27.01.2010	Niklaus Scherr (AL) Bau- und Zonenordnung, Anrechnung von Wohnanteilsflächen, Ergänzung Art. 6

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten mit folgender Ergänzung von Art. 6 der Bau- und Zonenordnung:

Abs. 6 (neu)
Zweitwohnungen, Business-Appartements und dem Tourismus dienende Beherbergungsflächen werden nicht auf die Wohnanteilsfläche angerechnet.

Ohne anderslautende Festlegungen gilt dies auch für Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften.

In der Weisung vom 7. März 2012 (GR Nr. 2012/73) begründete der Stadtrat ausführlich, weshalb die in der Motion verlangte Regelung in der BZO aus verschiedenen Gründen in dieser Form und zum heutigen Zeitpunkt nicht zweckmässig und auch nicht rechtmässig ist. Er beantragte damals dem Gemeinderat, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Stadtrat unterstützte aber die Stossrichtung der Motion, indem künftig bei der Prüfung von Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften die Thematik mit den Privaten im Sinne der Motion beraten und ausgehandelt oder mittels geeigneter Vorschriften sichergestellt werden soll. Das Geschäft wurde in der Besonderen Kommission Richtplan / Bau- und Zonenordnung (BeKo RP/BZO) behandelt. Am 30. November 2016 wies der Gemeinderat den Abschreibungsantrag zurück und beauftragte den Stadtrat, einen Ergänzungsbericht zu folgenden Punkten zu erstellen: Begriffsklärungen, statistische Angaben, rechtliche Rahmenbedingungen, Abschätzungen zum Handlungsbedarf, Lösungsansätze in anderen Städten sowie Lenkungsvorschläge. Der Gemeinderat hat im Rahmen des Zusatzkredits II Geld für die Erarbeitung einer externen Studie gesprochen. Der umfangreiche Bericht wurde in Zusammenarbeit mit der Firma Fahrländer Partner Raumentwicklung AG erarbeitet und Ende Juni 2018 mit einer Medienmitteilung veröffentlicht. Der Spezialkommission Hochbaudepartement, Stadtentwicklung (SK HBD/SE) wurde der Bericht inkl. Lösungsansätze und Lenkungsvorschläge in der Sitzung vom 27. November 2018 präsentiert und erste Fragen wurden beantwortet. Die Behandlung des Geschäftes wurde 2019 fortgeführt. Dabei wurden weitere Fragen beantwortet und Anträge aus der Kommission kommentiert und diskutiert.

Postulat 2011/359	28.09.2011 13.03.2013	Kathy Steiner und Karin Meier-Bohrer (beide Grüne) Ideenwettbewerb für die Weiterentwicklung des Gebietes um die Wasserwerkstrasse, zwischen Kornhausbrücke und Textilfachschule

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein Ideenwettbewerb für die Weiterentwicklung des Gebietes zwischen Wasserwerkstrasse, Limmatkanal, Kornhausbrücke und Textilfachschule ausgerichtet werden kann. Der Ideenwettbewerb soll folgende Vorgaben haben:

- *kompatibel mit dem Modell der 2000-Watt-Gesellschaft*
- *die Zugänglichkeit vom oberhalb liegenden Wohnquartier wird optimiert*
- *neben der Umnutzung des ehemaligen Bahnhofsgebäudes wird auch eine Umnutzung der Teile der ewz-Gebäude, die nicht für Stromproduktion genutzt werden, miteinbezogen*
- *quartierverträgliche Nutzung*
- *In der «Wettbewerbs-Jury» muss eine angemessene Vertretung der Quartiere bzw. deren Bevölkerung (u.a. durch MitgliederInnen der Quartiervereine Wipkingen und Industrie) sein*

Der Nutzungsbedarf des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) auf dem Letten-Areal steht in engem Zusammenhang mit dem Projekt «Instandsetzung und Optimierung ewz Areal Herdern». Dieses wird zurzeit im Gemeinderat behandelt. Über den Objektkredit wird voraussichtlich im Mai 2020 abgestimmt. Bei Zustimmung wird der zukünftige Eigenbedarf des ewz auf dem Letten-Areal kleiner. Sobald die ewz-Nutzungsplanung feststeht, werden die Rahmenbedingungen für den Ideenwettbewerb klar sein. Zum heutigen Zeitpunkt sind die Voraussetzungen für den Start eines Ideenwettbewerbs jedoch weiterhin offen. Der nordwestliche Arealteil (WP5081) wird vom Verein Lokomotive / Quartierverein Wipkingen zwischengenutzt.

Postulat 2011/405	02.11.2011 13.03.2013	Maria Trottmann (GLP) Einbezug der Quartierbevölkerung bei der Beplanung des Areals Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie durch ein Mitwirkungsverfahren sicher gestellt werden kann, dass die Wünsche und Bedürfnisse der Quartierbevölkerung bei der Beplanung des Areals Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse in jedem wichtigen Planungsschritt einbezogen und berücksichtigt werden.

Anfangs Jahr schrieb das Amt für Städtebau (AfS) als federführendes Amt die notwendigen Arbeiten zur Unterstützung bei der Entwicklungsplanung aus und vergab die entsprechenden Aufträge, u. a. auch für die Prozessbegleitung Mitwirkung. In der Folge präzisierte der Drittauftragnehmer in Zusammenarbeit mit AfS, Stadtentwicklung (STEZ) und Soziale Dienste (SOD) das Mitwirkungsverfahren für den gesamten Planungsprozess sowie im Speziellen die öffentliche Veranstaltung im Quartier anfangs 2020. Diese dient der Information und dem Einbringen von Anliegen aus der Bevölkerung in die im Frühjahr 2020 startende Testplanung. Als vorgezogene Mitwirkung wurde im Frühling 2019 durch einen Landschaftsarchitekten und einen Soziologen eine Studie mit Fokus Stadt- und Sozialraum unter Einbezug von ausgewählten Vertreterinnen und Vertretern aus dem Quartier erarbeitet. Grün Stadt Zürich (GSZ), Tiefbauamt (TAZ), STEZ und SOD waren ebenfalls daran beteiligt. Die Studie hatte zum Ziel, wichtige Anforderungen betreffend Einbindung in die Nachbarschaft frühzeitig zu erkennen. Die Erkenntnisse werden in die Testplanung einfliessen. Als weitere Mitwirkung werden bis zu acht Organisationen ihre Anliegen mit einer Vertretung in die Testplanung einbringen können.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2013/323	21.11.2012 11.09.2013	Christine Seidler (SP) BZO, Berechnung des Wohnanteils ohne Anrechnung der Hotel- und Businessappartementnutzungen

Der Stadtrat wird beauftragt, die Bau- und Zonenordnung dahingehend anzupassen, dass in dafür geeigneten Gebieten Hotel- und Businessappartementnutzungen nicht dem Wohnanteil angerechnet werden.

Das Geschäft war der BeKo RP/BZO zur Behandlung zugewiesen. In der Sammelweisung BZO (STRB Nr. 226/2015) legte der Stadtrat dar, weshalb das Anliegen des Postulats mit der Gesamtüberarbeitung des Richtplans und mit der BZO-Teilrevision sowie mit der damals anstehenden Erarbeitung eines kommunalen Siedlungsplans erfüllt wird. Das Postulat wurde am 30. November 2016 vom Gemeinderat mit der Sammelweisung zur BZO behandelt, aber nicht abgeschrieben. Das Postulat soll wegen der inhaltlichen Parallelen zusammen mit der Motion GR Nr. 2009/534 behandelt werden, zu welcher der Gemeinderat am 30. November 2016 einen Ergänzungsbericht mit folgendem Inhalt verlangt hat: Begriffsklärungen, statistische Angaben, rechtliche Rahmenbedingungen, Abschätzungen zum Handlungsbedarf, Lösungsansätze in anderen Städten sowie Lenkungsvorschläge. Der Gemeinderat hat im Rahmen des Zusatzkredits II Geld für die Erarbeitung einer externen Studie gesprochen. Der umfangreiche Bericht wurde in Zusammenarbeit mit der Firma Fahrländer Partner Raumentwicklung AG erarbeitet und Ende Juni 2018 mit einer Medienmitteilung veröffentlicht. Der SK HBD/SE wurde der Bericht einschliesslich Lösungsansätze und Lenkungsvorschläge in der Sitzung vom 27. November 2018 präsentiert und erste Fragen wurden beantwortet. Die Behandlung des Geschäftes wurde 2019 fortgeführt. Dabei wurden weitere Fragen beantwortet und Anträge aus der Kommission kommentiert und diskutiert.

Motion 2013/3	09.01.2013 27.02.2013	AL-, CVP-, Grüne- und SP-Fraktionen BZO, Definierung von Rahmenbedingungen für einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen in Gestaltungsplänen

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Änderung der BZO vorzulegen, mit der die Rahmenbedingungen definiert werden, unter denen ein Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen in Gestaltungsplänen festgelegt werden kann.

Ein Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen soll insbesondere dann geprüft und im Rahmen einer umfassenden Güterabwägung vereinbart werden können, wenn mit dem Gestaltungsplan wertvermehrende Um- oder Aufzonungen verbunden sind.

In einem Ergänzungsplan können die Gebiete bezeichnet werden, in denen ein Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen angestrebt werden sollen. Mit dem Planerlass sind im Einzelfall folgende Festlegungen in analoger Anwendung der betreffenden Bestimmungen der kantonalen Wohnbaugesetzgebung vertraglich zu regeln:

Obergrenzen für die gesamten Investitions- und Baukosten;

- *Regelungen über die Bildung von Rückstellungen zwecks Äufnung eines Erneuerungs- und Amortisationsfonds;*
- *Anwendung der Kostenmiete mit Beschränkung der Nebenkosten.*
- *Die für die Erstellung von preisgünstigen Wohnungen festgelegte Fläche darf während der Gültigkeit des Gestaltungsplans nicht zweckentfremdet werden.*

Das Geschäft war der BeKo RP/BZO zur Behandlung zugewiesen. In der Sammelweisung BZO (STRB Nr. 226/2015) legte der Stadtrat dar, wie das Anliegen der Motion mit der Gesamtüberarbeitung des Richtplans und mit der BZO-Teilrevision sowie mit dem kommunalen Siedlungsplan erfüllt wird. Das Geschäft wurde am 30. November 2016 vom Gemeinderat mit der Sammelweisung zur BZO behandelt, aber nicht abgeschrieben. Der Stadtrat ist gewillt, den neuen kantonalen Gesetzesartikel für die Festlegung eines Mindestanteils preisgünstigen Wohnraums (Art. 49b PBG) anzuwenden. Der kommunale Siedlungsrichtplan wird eine inhaltliche Diskussion darüber ermöglichen, welche Möglichkeiten sich daraus für die Stadt Zürich ergeben. Die Verordnung zu Art. 49b PBG wurde per 1. November 2019 vom Regierungsrat in Kraft gesetzt. Das Hochbaudepartement ist dabei, bis voraussichtlich Sommer 2020 zuhanden des Gemeinderats einen Vorschlag zu erarbeiten, wie der Artikel auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann.

Motion 2013/49	27.02.2013 29.01.2014	Guido Trevisan und Gian von Planta (beide GLP) Papierwerd-Areal, Neugestaltung zu einem offenen Platz sowie Erarbeitung eines Nutzungskonzepts

Der Stadtrat wird aufgefordert eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, welche die Neugestaltung des Bereichs Papierwerd-Areal (Globusprovisorium) nach 2020 zum Ziel hat.

Das dazugehörige Nutzungskonzept soll einen Platz mit möglichst flexiblen, temporären Nutzungsmöglichkeiten und einen aufzuwertenden Zugang zur Limmat beinhalten.

Mit Weisung vom 1. Februar 2018 hat der Stadtrat dem Gemeinderat einen Projektierungskredit für die Neugestaltung des Papierwerd-Areals und die Abschreibung der Motion beantragt (STRB Nr. 2018/47). Das Geschäft wurde am 27. Februar 2019 jedoch an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, innert 12 Monaten eine neue Weisung für die Erarbeitung eines umfassenden Berichts mit einer Auslegeordnung über die möglichen und gewünschten Nutzungsvarianten an diesem Ort vorzulegen. Die entsprechende Weisung ist in Erarbeitung und wird dem Gemeinderat fristgerecht vorgelegt.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2013/110	27.03.2013 23.10.2013	Richard Wolff (AL) Kunstsammlung der Stadt, verbesserter Zugang für die Öffentlichkeit

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die bedeutende und wertvolle Kunstsammlung der Stadt Zürich vermehrt der Öffentlichkeit ohne Kostenfolge für die Stadt zugänglich gemacht werden kann.

Das 2018 gestartete Projekt zur umfangreicheren Sichtbarkeit des städtischen Kunstbestands im virtuellen Raum befindet sich in der Realisierungsphase. Für den Kunstbestand der drei Fachstellen Kunstsammlung (KuSa), Kunst und Bau (KuB) und Kunst im öffentlichen Raum (KiöR) wird eine gemeinsame Software für die Inventarisierung und Bewirtschaftung beschafft. Die Ablösung der veralteten Software verursacht einmalige Kosten von rund Fr. 170000.–, die betrieblichen Folgekosten betragen jährlich rund Fr. 20000.–. Mit der neuen Lösung wird die professionelle Veröffentlichung des Kunstbestands im virtuellen Raum ermöglicht. Der Projektabschluss ist Ende 2020 vorgesehen.

Motion 2013/183	22.05.2013 29.01.2014	SP-Fraktion Erlass eines kommunalen Siedlungsrichtplans

Der Stadtrat wird beauftragt, einen kommunalen Siedlungsrichtplan zu erlassen, welcher die räumlichen und sachlichen Ziele der Siedlungsentwicklung enger umschreibt als der regionale Richtplan. Insbesondere sind Festlegungen zu angestrebten Nutzungs- und Bebauungsstrukturen sowie zur Freiraumversorgung von Zürich und seinen Quartieren enthalten. Es werden Aussagen zu Potentialen der Siedlungsentwicklung gemacht.

Der kommunale Siedlungsrichtplan setzt behördenverbindlich Anteile für Nutzungen fest, welche Voraussetzungen für eine funktionierende, ökologische, ökonomische und sozial nachhaltige Stadtentwicklung sind. Dies mit Quantifizierung und möglichen Zeitrahmen.

Die Weisung «Motion der SP-Fraktion betreffend Erlass eines kommunalen Siedlungsrichtplans, Bericht und Abschreibung» (GR Nr. 2016/43) wird mit der Weisung GR Nr. 2019/437 «Amt für Städtebau, kommunaler Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen der Stadt Zürich, Festsetzung, Abschreibung Motion» zur Abschreibung beantragt. Die Beratung erfolgt in der BeKo RP SLÖBA/V.

Postulat 2014/71	12.03.2014 25.06.2014	GLP-Fraktion Beschlüsse über städtische Bauprojekte, Koordination der verschiedenen Phasen der Bauvorhaben mit der Terminplanung für die Entscheidungen des Gemeinderats

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Ablauf- und Terminplanung der gemeinderätlichen Beschlüsse über städtische Bauprojekte mit der Abfolge der verschiedenen Phasen der Bauvorhaben in Einklang gebracht werden, damit der Gemeinderat seine Wünsche zur konkreten Ausgestaltung der Bauprojekte rechtzeitig und angemessen in die Planung einbringen kann.

Der Stadtrat hat im Sinne des Postulats zwei wesentliche Modifikationen des Planungsverlaufs beschlossen. Mit dem STRB Nr. 2015/969 wurde neu festgelegt, dass der Rechnungsprüfungskommission sowohl die Raumbedarfsstrategien der Nutzerdepartemente wie auch die Teilportfoliostrategie von Immobilien Stadt Zürich zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Damit verfügt der Gemeinderat in einer sehr frühen Phase (Strategie) über die nötigen Informationen, um sich mit Vorstössen in ein Geschäft / Projekt einzubringen.

Zudem wird in einem Pilot bei drei Projekten folgendes Verfahren ausprobiert: Die bislang in der Phase der Projektierung angesetzte Beratung und Entscheidungsfindung des Gemeinderats zum Projektierungskreditantrag wird vorverschoben und erfolgt bereits zu Beginn der Planerwahl- oder Wettbewerbsvorbereitungen. Mit der Auslösung des Wettbewerbs wird zugewartet, bis der Entscheid und allfällige Änderungsvorschläge des Gemeinderats vorliegen. Damit ist gewährleistet, dass die Anpassungen des Gemeinderats in das Wettbewerbsprogramm einfliessen und somit der Gemeinderat seine Wünsche zur konkreten Ausgestaltung der Bauprojekte rechtzeitig und angemessen in die Planung einbringen kann. Bei den Pilotprojekten handelt es sich um den Ersatzneubau Sportzentrum Oerlikon (GR Nr. 2018/324), Neubau SRZ-Wache West/Centravo-Areal und – anstelle des zurzeit sistierten Ersatzneubauprojekts Alterszentrum Grünau – der Ersatzneubau Schulanlage Triemli / In der Ey. Für die beiden letztgenannten Projekte werden dem Gemeinderat Anfang 2020 die Projektierungskredite beantragt. Das Projekt für den Ersatzneubau des Sportzentrums Oerlikon befindet sich in der Projektierungsphase. Das Vorgehen soll zudem auch bei den kommenden Schulbauprojekten Tüffenwies, Hochstrasse / Werkhof und Luchswiesen zur Anwendung kommen.

Bei der Auswertung des Piloten nach Abschluss der Projekte ist zu beurteilen, ob sich durch dieses Verfahren die oftmals kritisierte Planungsdauer nicht verlängert, bzw. die Planung unterbrochen werden muss und sich dadurch die Dauer der Behandlung des Objektkredits verkürzen lässt, da die Vorschläge des Gemeinderats bereits in die Projektierung eingeflossen sind.

Postulat 2014/204	18.06.2014 12.11.2014	GLP-Fraktion Anpassung der Bauplanung des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) mit dem Ziel der Freigabe des gesamten Kasernenareals für die Stadtbevölkerung

Der Stadtrat wird aufgefordert, sich beim Regierungsrat dafür einzusetzen, dass das gesamte Kasernenareal von sämtlicher polizeilichen Nutzung befreit wird und der Stadtzürcher Bevölkerung langfristig und unwiderruflich zur Verfügung stehen kann.

Siehe Text zu GR Nr. 1998/344

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2014/284	10.09.2014 12.11.2014	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen Bau- und Zonenordnung (BZO), Ergänzung mit einer Pflicht zu erneuerbaren Energiezonen

Der Stadtrat wird beauftragt, die Bau- und Zonenordnung mit einer Pflicht zu erneuerbaren Energiezonen zu ergänzen. Als Basis dazu dient das revidierte Planungs- und Baugesetz (PBG, Paragraf 78a).

Der Stadtrat hat mit Weisung vom 7. November 2018 (STRB Nr. 420/2018) dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Motion abzuschreiben. Die Weisung wurde am 21. November 2018 der SK HBD/SE zur Behandlung zugewiesen. Die Behandlung in der Kommission ist noch nicht abgeschlossen.

Motion 2014/319	22.10.2014 28.01.2015	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen Bau- und Zonenordnung (BZO), Realisierung eines Mindestanteils an preisgünstigem Wohnraum bei Zonenänderungen, Sonderbauvorschriften und Gestaltungsplänen mit erhöhten Ausnützungsmöglichkeiten

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Änderung der Bau- und Zonenordnung (BZO) vorzulegen, welche festlegt, dass in Zonen, die teilweise oder ganz für Wohnzwecke bestimmt sind, bei Zonenänderungen, Sonderbauvorschriften und Gestaltungsplänen, welche zu erhöhten Ausnützungsmöglichkeiten führen, ein Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum realisiert wird. In einem Ergänzungsplan werden die Gebiete bezeichnet, in denen ein Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen angestrebt werden soll. Als Grundlage für diese BZO-Änderung dient der neue Artikel 49b des Planungs- und Baugesetzes (PBG) des Kantons Zürich.

Der Stadtrat hat mit Weisung vom 11. Januar 2017 (STRB Nr. 1/2017) dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Motion abzuschreiben. Die Weisung wurde der SK HBD/SE zur Behandlung zugewiesen.

Motion 2014/368	19.11.2014 28.01.2015	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen Erarbeitung eines Masterplans für das Gebiet Adlisberg zur Sicherung der Erholungsflächen für die Stadtbevölkerung und zum Schutz der Lebensräume von Pflanzen und Tieren

Der Stadtrat wird beauftragt, im Gebiet Adlisberg einen Masterplan zu erstellen, der die notwendigen Erholungsflächen für die Stadtbevölkerung, den Schutz der Lebensräume von Pflanzen und Tieren sicherstellt und die privaten Nutzungen definiert. Dolder Bad wie Dolder Kunsteisbahn sollen weiterhin für die Allgemeinheit offen stehen. Der Masterplan ist Bestandteil der Siedlungsplanung (kommunalen Richtplan).

Der Stadtrat hat mit Weisung vom 7. Juni 2017 (STRB Nr. 431/2017) dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Motion abzuschreiben. Die Beratung erfolgt in der BeKo RP SLÖBA/V.

Postulat 2016/167	18.05.2016 29.06.2016	Matthias Probst (Grüne) und Davy Graf (SP) Gebiet in städtischem Besitz entlang der Thurgauerstrasse, Entwicklung als autoarmes Quartier

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das zusammenhängende Gebiet entlang der Thurgauerstrasse, das sich im Besitz der Stadt Zürich befindet, als autoarmes Quartier entwickelt werden kann.

Der Stadtrat hat mit Weisung vom 7. März 2018 (STRB Nr. 159/2018) beantragt, den öffentlichen Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C bis F Wohnen/Gewerbe» festzusetzen und das Postulat abzuschreiben. Die Weisung wurde der SK HBD/SE zur Behandlung zugewiesen.

Postulat 2016/206	08.06.2016 15.03.2017	Patrick Hadi Huber und Marco Denoth (beide SP) Projekte von Baugenossenschaften, Integration von subventioniertem Wohnungsbau bei Bauprojekten mit einer Mehrausnützung

Der Stadtrat wird aufgefordert bei Bauprojekten von gemeinnützigen Bauträgern, bei denen eine Mehrausnützung über die rechtsgültige BZO mittels öffentlichen bzw. privaten Gestaltungsplänen oder Aufzonierungen zur Diskussion steht, vor der Planauflage das Gespräch mit den gemeinnützigen Bauträgern mit dem Ziel zu suchen, subventionierten Wohnungsbau in das jeweilige Projekt zu integrieren. Im Rahmen der entsprechenden Weisung an den Gemeinderat ist sodann Bericht zu erstatten, mit wem diesbezüglich Verhandlungen geführt wurden.

2019 wurde keine Sondernutzungsplanung, die die oben genannten Kriterien erfüllt, behandelt. Der Stadtrat setzt sich bei Genossenschaften aber für mehr subventionierten Wohnungsbau ein und wird jeweils im Fall einer entsprechenden Weisung darüber berichten.

Motion 2016/340	05.10.2016 20.09.2017	Urs Helfenstein (SP) und Karin Rykart Sutter (Grüne) Projektierungskredit zum Carparkplatz unter Berücksichtigung einer quartierverträglichen Umsetzung und der wohn-, energie-, und verkehrspolitischen Aufträge der Gemeindeordnung

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für einen Projektierungskredit zum Carparkplatzareal zu unterbreiten. Die Planung für das Carparkplatzareal soll in einem offenen und partizipativen Prozess erfolgen mit dem Ziel, an diesem städtebaulich wichtigen Ort eine quartierverträgliche Entwicklung umzusetzen. Dabei sind die wohn-, energie- und verkehrspolitischen Aufträge der Gemeindeordnung zu berücksichtigen. Es ist auch zu prüfen, ob der Carparkplatz nach Möglichkeit an diesem Standort erhalten werden kann.

Der Stadtrat hat mit Weisung vom 21. August 2019 (STRB Nr. 697/2019) – gestützt auf den vorgelegten, qualifiziert begründeten Bericht – darauf verzichtet, die verlangten Anträge vorzulegen und beantragt, die Motion abzuschreiben. Die Weisung wurde der SK HBD/SE zur Behandlung zugewiesen.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2017/167	07.06.2017 20.09.2017	Andreas Kirstein und Rosa Maino (beide AL) Projektierungskredit für die Erweiterung des Schulhauses Saatlen

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit für die Erweiterung des Schulhauses Saatlen zu unterbreiten.

Der Stadtrat hat mit Weisung vom 3. Juli 2019 (GR Nr. 2019/301) dem Gemeinderat einen Projektierungskredit für den Ersatzneubau der Schulanlage Saatlen von 14,4 Millionen Franken und die Abschreibung der Motion beantragt. Die Weisung wurde der SK PRD/SSD zugewiesen. Die Behandlung in der Kommission ist noch nicht abgeschlossen.

Postulat 2018/26	21.06.2017 24.01.2018	Elena Marti und Marcel Bührig (beide Grüne) Bau einer zusätzlichen Badeanstalt an der Limmat

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um an der Limmat eine weitere öffentliche Badeanstalt zu eröffnen.

Postulat 2017/344	27.09.2017 15.11.2017	Balz Bürgisser und Muammer Kurtulmus (beide Grüne) Erweiterung des Hortgebäudes auf dem Schulareal Allenmoos

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, das Hortgebäude auf dem Schulareal Allenmoos zu erweitern, so dass zusätzliche Schulräume entstehen.

In einer strategischen Studie wurden mögliche Erweiterungsmöglichkeiten der Schulanlage Allenmoos untersucht. Da das Schulhaus bald das Ende des Lebenszyklus erreicht, soll es durch einen Neubau ersetzt werden, der 24 Klassen, eine Dreifachsporthalle und eine Schulschwimmanlage aufnehmen kann. Das Betreuungsgebäude soll erhalten werden, zumal es 2011/12 für rund 7,35 Millionen Franken instandgesetzt und umgebaut wurde. Der Projektierungskredit für den Ersatzneubau wird im Herbst 2020 dem Gemeinderat beantragt (siehe auch Motion betreffend Projektierungskredit für die Erweiterung des Schulhauses Allenmoos GR Nr. 2018/145).

Postulat 2017/368	25.10.2017 08.11.2017	Christoph Luchsinger und Patrick Albrecht (beide FDP) Weitergabe der durch Digitalisierung und E-Government erzielten Effizienzgewinne bei Bewilligungsverfahren an die Gesuchstellenden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie durch Digitalisierung und E-Government erzielte Effizienzgewinne bei Baubewilligungsverfahren in Form von Gebührensenkungen an die Gesuchstellenden weitergegeben werden können. Der Stadtrat sollte dabei anhand des Kostendeckungsgrades regelmässig prüfen, ob sich eine Gebührensenkung aufdrängt. Dazu sollten in den Ausführungsbestimmungen Vorkehrungen für eine zwingende Gebührenreduktion enthalten sein, sofern der Kostendeckungsgrad über 2–3 Jahre eine zu bestimmende Höhe überschreitet. Alle fünf Jahre soll der Stadtrat dem Gemeinderat über diese Fortschritte Bericht erstatten.

Der Kostendeckungsgrad für 2018 wurde ermittelt und als Referenzwert für die Folgejahre festgesetzt. Ebenfalls wurde das Verfahren bestimmt, wie dieser Kostendeckungsgrad regelmässig ermittelt werden kann. Diese Methodik wird im 2. Quartal 2020 in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) präsentiert. Bei Zustimmung der GPK wird die Kennzahl erstmals im Geschäftsbericht 2020 publiziert.

Postulat 2017/378	01.11.2017 15.11.2017	SP-Fraktion Aufhebung der ZM-Pavillons auf den Schulanlagen Allenmoos und Kügeliloo im Zusammenhang mit der Realisierung des Schulhauses Guggach

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass das Schulhaus Guggach genügend gross geplant wird, dass eine möglichst rasche Aufhebung der auf den Schulanlagen Allenmoos und Kügeliloo gestellten ZM-Pavillons ermöglicht wird.

Die geplante Schulanlage (SA) Guggach mit zwölf Primarschulklassen und zwei externen Kindergärten befindet sich zwischen den Einzugsgebieten der Schulen Allenmoos und Kügeliloo. Aus dem heutigen Einzugsgebiet der Schule Allenmoos können acht Primarschulklassen der SA Guggach zugewiesen werden, von der Schule Kügeliloo vier Klassen. Die Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen wird genau beobachtet. Es kann zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass mit der Entlastung durch die neue SA Guggach und die Erweiterung bzw. den Ersatzneubau der SA Allenmoos die ZM-Pavillons Allenmoos und Kügeliloo aufgehoben werden können.

Postulat 2017/438	06.12.2017 10.01.2018	SP-, SVP-, FDP-, GLP-, AL- und CVP-Fraktionen Entlassung von Schulhäusern aus dem «Spezialinventar Schulhäuser»

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, welche Schulhäuser in der Stadt Zürich aus dem «Spezialinventar Schulhäuser» entlassen werden können.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/19	17.01.2018 07.02.2018	Mathias Egloff und Florian Blättler (beide SP) Neubau für die Kriminalabteilung am Mühleweg, Umgebungsgestaltung mit einheimischen Baumarten

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die geplante Umgebungsgestaltung im Projekt Neubau Kriminalpolizei 2017/207 ausschliesslich mit einheimischen Baumarten, zum Beispiel Spitzahorn und Feldahorn ausgeführt werden kann.

Die ursprüngliche Umgebungsgestaltung für die Kriminalabteilung Mühleweg sah folgende Baumarten vor: Fünf Ahornbäume (fremdländisch) und zehn Sandbirken (einheimisch). Da die Gestaltung sowohl mit fremdländischen Ahornbäumen als auch mit einheimischen Bäumen bewilligungsfähig ist und einheimische Bäume nicht teurer sind als fremdländische, wird dem Wunsch des Postulats entsprochen und es werden ausschliesslich einheimische Bäume gepflanzt.

Die Bauarbeiten für das Projekt Kriminalabteilung Mühleweg schreiten planmässig voran. Die Rohbauarbeiten wurden per Ende Oktober 2019 vollendet. Der Innenausbau soll bis Mitte 2021 abgeschlossen werden. Voraussichtlich im 3. Quartal 2020 werden die Arbeiten für die Umgebungsgestaltung aufgenommen.

Postulat 2018/37	31.01.2018 03.07.2019	Urs Egger und Michael Baumer (beide FDP) Schaffung von mehr Rechtssicherheit für den Betrieb von Aussenwirtschaften bei Gastrobetrieben durch den Erlass von verbindlichen Regelungen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie durch eine Änderung der BZO, der Allgemeinen Polizeiverordnung oder durch Erlass einer gesonderten Verordnung verbindliche Regelungen für den Betrieb von Aussenwirtschaften bei Gastrobetrieben mehr Rechtssicherheit für die Betreiber geschaffen werden kann. Eine mögliche Lösung ist die Schaffung von Zonen, in denen die Aussennutzung bis maximal 22.00 Uhr, 23.00 Uhr oder 24.00 Uhr geregelt ist.

Postulat 2018/110	14.03.2018 28.03.2018	Renate Fischer und Pawel Silberring (beide SP) Bessere Zugänglichkeit der Ausstellungen des Amts für Städtebau zu Gebietsentwicklungen für die Öffentlichkeit

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Ausstellungen des Amts für Städtebau zu Gebietsentwicklungen für die Öffentlichkeit besser zugänglich gemacht werden können.

Motion 2018/145	11.04.2018 03.10.2018	Matthias Probst und Balz Bürgisser (beide Grüne) Projektierungskredit für die Erweiterung des Schulhauses Allenmoos

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit für die Erweiterung/Ersatzneubau des Schulhauses Allenmoos um mindestens 6 Klassen zu unterbreiten, z. B. beim Standort des jetzigen Hortgebäudes. Diese Erweiterung / der Ersatzneubau berücksichtigt die Gesamtsituation im Quartier Unterstrass und trägt zur nachhaltigen Lösung in der Schulraumplanung bei.

Siehe Text zu Postulat GR Nr. 2017 / 344.

Postulat 2018/147	11.04.2018 03.07.2019	Matthias Probst und Karin Meier-Bohrer (beide Grüne) Übernahme des frei werdenden Gebäudes der Quartierwache Nord durch das Gemeinschaftszentrum Oerlikon

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die frei werdende Quartierwache der Stadtpolizei für das Gemeinschaftszentrum Oerlikon oder anderweitig zugunsten der Bevölkerung genutzt werden kann.

Postulat 2018/161	18.04.2018 31.10.2018	Elena Marti (Grüne) und Anjushka Früh (SP) Bereitstellung einer Ersatzliegenschaft für das Projekt «Dosendealer/Verein Farben für Zürich»

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie für das Projekt «Dosendealer / Verein Farben für Zürich» eine passende Ersatzliegenschaft bereitgestellt werden kann.

Motion 2018/340	12.09.2018 18.09.2019	Balz Bürgisser und Muammer Kurtulmus (beide Grüne) Projektierungskredit für die Aufstockung oder Erweiterung des Schulhauses Hirzenbach

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit zu unterbreiten, mit dem durch Aufstockung oder Erweiterung bzw. Ersatzneubau bestehender Schulanlagen oder durch neue Schulanlagen raschestmöglich der zusätzlich benötigte Schulraum im Quartier Hirzenbach zur Verfügung gestellt werden kann. Ziel: Genügend Schulraum im Quartier Hirzenbach – ohne Einsatz von Pavillons.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/341	12.09.2018 18.09.2019	Andri Silberschmidt (FDP) und Gabriele Kisker (Grüne) Anpassung der bau- und planungsrechtlichen Bestimmungen zur baurechtlichen Bewilligung von Zwischennutzungen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, welche rechtlichen (insbesondere bau- und planungsrechtlichen) Bestimmungen geändert werden müssen, gestützt auf die dann Zwischennutzungen baurechtlich bewilligt werden können. Bei Zwischen- und Umnutzungen, welche eine gewisse Zeit nicht überschreiten, sollen die Bewilligungsverfahren und Auflagen, soweit es der Ermessenspielraum zulässt, vereinfacht werden. Notwendige kommunale Änderungen sind dem Gemeinderat mittels Weisung vorzulegen. Sind kantonale Bestimmungen zu ändern, wird der Stadtrat aufgefordert, sich beim Kanton für die entsprechenden Gesetzesänderungen einzusetzen.

Motion 2018/399	24.10.2018 23.01.2019	Eduard Guggenheim (AL) und Stefan Urech (SVP) Kostengünstige und zweckmässige Sanierung des Schauspielhauses unter weitgehender Erhaltung des Zuschauerraums

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Projektierungskredit-Weisung zu unterbreiten, die aufzeigt, wie das Schauspielhaus entweder

a. unter weitgehender Erhaltung des Zuschauerraums qualitätsbewusst auf kostengünstige und zweckmässige Art saniert oder
b. mittels teilweisem oder ganzem Rückbau des denkmalgeschützten Zuschauerraums und weiteren Massnahmen für einen ökonomisch, künstlerisch und betrieblich sinnvollen zukünftigen Theaterbetrieb erweitert und modernisiert werden kann. Dabei soll das heutige Betriebskonzept (Repertoirebetrieb, Guckkastenbühne) beibehalten werden.

Es sollen die möglichen Lösungsvarianten, die geplanten Nutzungen, der notwendige Zeitbedarf für die Bauzeit mit dafür notwendigen betrieblichen Lösungen und die gesamten Kosten mit den Betriebskosten aufgezeigt werden. Dabei sollen die Möglichkeiten von Fremdmieten (insbesondere der Stadt selbst gehörender Flächen wie beispielsweise des aktuell an Dritte vermieteten Restaurants) und Möglichkeiten bei Land- und Immobilienerwerb einbezogen werden und ebenfalls dargelegt werden, weshalb kein Ersatzneubau der gesamten Liegenschaft angestrebt wird.

Postulat 2018/401	24.10.2018 18.09.2019	Pawel Silberring und Renate Fischer (beide SP) Verhinderung der Realisierung eines allfälligen Seerestaurants am Seeufer beim Bürkliplatz in alleiniger kantonaler Kompetenz

Der Stadtrat wird gebeten, beim Kanton darauf hinzuwirken, dass ein allfälliges Seerestaurant am Zürichseeufer, Zürich Bürkliplatz nicht allein vom Kanton geplant und realisiert wird. Ziel dabei soll sein, keine zusätzlichen Bauten im See zu erstellen sondern allenfalls bei einer Neugestaltung des ZSG Gebäudes den Einbau einer Verpflegungsmöglichkeit mit Aussensitzplätzen am Ufer zu prüfen.

Postulat 2018/411	31.10.2018 18.09.2019	Alan David Sangines und Vera Ziswiler (beide SP) Vollbeflaggung der Stadt während dem Zurich Pride Festival

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er während dem Zurich Pride Festival eine Vollbeflaggung der Stadt Zürich, insbesondere bei den Amtshäusern und den Fahrzeugen der VBZ, sicherstellen kann. Die anfallenden Kosten sollen vollumfänglich dem Organisationskomitee belastet werden.

Postulat 2018/424	07.11.2018 20.11.2019	Andri Silberschmidt (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP) Digitalisierung der Baubewilligungsverfahren samt Auflagenbereinigung

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Baubewilligungsverfahren samt Auflagenbereinigung so weit als möglich digitalisiert werden kann, um die Aufwendungen für die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller, die Verwaltung sowie die interessierte Öffentlichkeit zu senken.

Postulat 2018/482	05.12.2018 20.11.2019	Walter Anken und Thomas Schwendener (beide SVP) Prüfung einer Miete von nahen Gebäuden als Schulraumersatz vor Neu- oder Erweiterungsbauten von Schulhäusern

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob man bei Schulraum-Engpässen in der Nähe des betroffenen Schulhauses ein geeignetes Büro- oder anderes Gebäude als Schulraumersatz für eine beschränkte Zeit mieten kann.

Motion 2018/505	19.12.2018 06.02.2019	Roger Bartholdi und Stefan Urech (beide SVP) Zweckmässiger Neubau des Schulhauses Utogrund mit mindestens 12 Klassen

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Weisung für einen zweckmässigen Neubau des Schulhaus Utogrund mit mindestens 12 Klassen zu unterbreiten. Dabei sollen Bereiche der Sportanlage Utogrund den Schülerinnen und Schülern als Freiraum zur Verfügung stehen. Zusammen mit dem Schulhaus Freilager sollen die Pavillons in den umliegenden Schulhäusern nicht mehr benötigt und entfernt werden. Es ist in der Planung zu berücksichtigen, dass ein späterer Ausbau des Schulhaus Utogrund möglich ist.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2018/506	19.12.2018 20.11.2019	Ann-Catherine Nabholz und Sven Sobernheim (beide GLP) Anpassung der Bau- und Zonenordnung (BZO), Aufhebung des Mehrlängenzuschlags

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Weisung zur Anpassung der BZO vorzulegen, welche die Aufhebung des Mehrlängenzuschlags in geeigneten Gebieten unter Berücksichtigung einer sozialverträglichen Verdichtung und des Masterplans Klima beinhaltet.

Postulat 2018/423	07.11.2018 21.11.2018	Marco Denoth (SP) und Albert Leiser (FDP) Integration der Vernehmlassungsstellen im Baubewilligungsverfahren ins Amt für Baubewilligung

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Vernehmlassungsstellen im Baubewilligungsverfahren ins Amt für Baubewilligung zu integrieren sind, um die Prozesse für die Bauherrschaften im Sinne von «one face to the customer» deutlich zu verbessern.

Motion 2019/4	09.01.2019 06.02.2019	Marcel Müller (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) Deckung des Schulraumbedarfs für die Primarschulstufe im Gebiet Untermoos-Rautistrasse-Flurstrasse-Badenerstrasse-Dennlerstrasse

Der Stadtrat wird beauftragt, im Schulkreis Letzi durch Bau, Kauf oder Miete genügend Schulraum für die Primarschulstufe zur Verfügung zu stellen. Ziel: Genügend Schulraum im Schulkreis Letzi – ohne Einsatz von Schulpavillons.

Motion 2019/25	23.01.2019 06.03.2019	Grüne-Fraktion Umsetzungsvorlage zu den Bestimmungen der Grünstadtinitiative gemäss Art. 2^{octies} der Gemeindeordnung (GO)

Der Stadtrat wird beauftragt, eine (oder wenn nötig: mehrere) Umsetzungsvorlage auszuarbeiten, mit der die Bestimmungen der Grünstadtinitiative im neuen Artikel 2octies der Gemeindeordnung operationalisiert werden.

Postulat 2019/27	23.01.2019 20.11.2019	Grüne-Fraktion Bessere Einbindung von Grün Stadt Zürich (GSZ) in die Bau- und Projektierungsprozesse im Hoch- und Tiefbaubereich

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Grün Stadt Zürich (GSZ) in den Bau- und Projektierungsprozessen der Stadt im Hochbau- wie im Tiefbaubereich besser eingebunden werden kann

Motion 2019/44	30.01.2019 26.06.2019	Gabriele Kisker und Luca Maggi (beide Grüne) Neue Gebietsplanung rund um die Rote Fabrik unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Stadtbevölkerung nach Erholung, Freiraum und preisgünstigem Wohnraum

Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine Weisung für eine Gebietsplanung rund um die Rote Fabrik (Seeufer, Mythenquai (Höhe Pier 7) bis und mit Rote Fabrik) vorzulegen, die geeignet ist die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung nach Erholung, Freiraum und preisgünstigem Wohnraum zu erfüllen. Die neue Gebietsplanung ersetzt die bestehenden Sonderbauvorschriften KIBAG.

Postulat 2019/74	27.02.2019 10.04.2019	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Vereinbarung mit den SBB betreffend Nutzung der Wohnungen auf dem überbauten Teil des Areals an der Neugasse und der Überbauung Röntgenareal als Hauptwohnsitz

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er mit der SBB vereinbaren kann, dass in den Wohnungen auf dem von der SBB überbauten Teil des Areals an der Neugasse zwischen Bahngeleisen, dem Bahnviadukt, der Neugasse und der Überbauung Röntgenareal (Teil der Parzelle AU 7036) nur Wohnungen entstehen, die dauerhaft als Hauptwohnsitz genutzt werden.

Motion 2019/90	13.03.2019 26.06.2019	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Einführung einer Gestaltungsplanpflicht für das Areal der ehemaligen Lehmgrube Giesshübel

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat für das Areal der ehemaligen Lehmgrube Giesshübel, die Parzellen WD 8670 (Uetlihof) und WD 9065 (Brunaupark), eine Vorlage zur Einführung einer Gestaltungsplanpflicht zu unterbreiten.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/136	10.04.2019 25.09.2019	FDP-Fraktion Vereinfachung des Baus von Solaranlagen auf Dächern

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Bau von Solaranlagen auf Dächern soweit als möglich vereinfacht werden kann.

Postulat 2019/141	10.04.2019 15.05.2019	FDP-Fraktion Vereinfachung von wirksamen energetischen Sanierungen bei denkmalgeschützten oder inventarisierten Gebäuden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie wirksame energetische Sanierungen, welche das Stadtbild und das Bild des Gebäudes nicht massgeblich beinträchtigen, auch bei denkmalgeschützten oder -inventarisierten Gebäuden bestmöglich vereinfacht werden können.

Motion 2019/151	17.04.2019 15.05.2019	AL-, SP-, GLP- und Grüne-Fraktionen Aufnahme des «Weissbuchs Hochschulgebiet Zürich Zentrum» in den Regionalen Richtplan

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, um das «Weissbuch Hochschulgebiet Zürich Zentrum» vom März 2018 bzw. dessen Inhalte in geeigneter Form in den Regionalen Richtplan Stadt Zürich aufzunehmen und damit behördenverbindlich festzusetzen.

Postulat 2019/153	17.04.2019 15.05.2019	SP-, FDP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen Frühere Realisierung des Mehrwerts als Sternwartpark durch eine Neugestaltung der Umgebung gemäss Weissbuch für das Hochschulgebiet Zentrum Zürich

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf dem Areal der Semper Sternwarte -und falls möglich ebenso auf den Arealen des LFG-, des LFH-, des LFO- und des LFV-Gebäudes der ETH- mit einer Neugestaltung der Umgebung ein vergleichsweise einfach zu erzielender Mehrwert als Sternwartpark zu einem früheren Zeitpunkt als jetzt geplant, realisiert werden kann. Die Realisierung soll das Weissbuch für das Hochschulgebiet Zentrum Zürich befolgen.

Postulat 2019/155	17.04.2019 05.06.2019	Florian Blättler (SP) und Christian Monn (GLP) Sicherung des Raumbedarfs der Fachschule Viventa Jungholz in städtischen Liegenschaften

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Fachschule Viventa Jungholz nach Ablauf des Vertrages in städtischen Liegenschaften unterbringen kann.

Postulat 2019/249	05.06.2019 19.06.2019	Balz Bürgisser (Grüne) und Roger Bartholdi (SVP) Berücksichtigung eines späteren Ausbaus bei der Planung von neuen Schul- und Hortgebäuden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass bei der Planung von neuen Schulhäusern und Hortgebäuden beachtet wird, dass ein späterer Ausbau möglich ist, ohne deren Fussabdruck zu erhöhen.

Postulat 2019/279	19.06.2019 03.07.2019	Markus Merki (GLP) und Ernst Danner (EVP) Berücksichtigung der Quartieranliegen im Rahmen der Sanierung der Umgebung des Schulhauses Buhnrain

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Sanierung der Umgebung des Schulhaus Buhnrains auch die Anliegen des Quartiers berücksichtigt werden können. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass der Platz weiter für Festivitäten genutzt werden kann und wenn möglich fest installierte Stromanschlüsse realisiert werden können.

Postulat 2019/382	11.09.2019 02.10.2019	Maria del Carmen Señorán und Emanuel Eugster (beide SVP) Bericht mit allen «Lessons Learned» nach Abschluss der Sanierung von Kongresshaus und Tonhalle zur Verhinderung künftiger Planungsfehler und Kostenüberschreitungen

Der Stadtrat wird aufgefordert, nach Abschluss der Sanierung von Kongresshaus und Tonhalle einen Bericht mit allen «Lessons Learned» vorzulegen. Der Bericht soll darlegen, welche Massnahmen im Hochbaudepartement und beim Stadtrat vorgesehen werden, um künftig Planungsfehler und Kostenüberschreitungen zu verhindern. Ebenfalls soll der Bericht darlegen, wer für die Kostenüberschreitungen verantwortlich ist.

Departement der Industriellen Betriebe

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Departement der Industriellen Betriebe

1.	**Vorwort**	**267**
2.	**Jahresschwerpunkte**	**268**
3.	**Kennzahlen Departement der Industriellen Betriebe**	**269**
4.	**Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen**	**270**
4.1	**Departementssekretariat**	**270**
4.1.1	Aufgaben	270
4.1.2	Regionale Verkehrskonferenz	270
4.2	**Energiebeauftragte**	**270**
4.3	**Wasserversorgung**	**271**
4.3.1	Aufgaben	271
4.3.2	Jahresschwerpunkte	271
4.3.3	Personal	271
4.3.4	Arbeitssicherheit und Umwelt	271
4.3.5	Finanzen und Informatik	271
4.3.6	Produktion	272
4.3.7	Verteilung	273
4.3.8	Qualitätsüberwachung	273
4.3.9	Kennzahlen Produktion und Leitungsnetz	274
4.4	**Elektrizitätswerk**	**274**
4.4.1	Aufgaben	274
4.4.2	Jahresschwerpunkte	274
4.4.3	Natur und Umwelt	275
4.4.4	Innovation	276
4.4.5	Infrastruktur	277
4.4.6	Partnerschaften und Investitionen	278
4.4.7	Nutzen für Kundschaft und Mitarbeitende	278
4.4.8	Finanzen	279
4.5	**Verkehrsbetriebe**	**280**
4.5.1	Aufgaben	280
4.5.2	Jahresschwerpunkte	281
4.5.3	Nutzen für die Kundschaft	281
4.5.4	Substanzerhaltung	284
4.5.5	Kennzahlen Fahrgäste und Angebot	285
4.5.6	Mitarbeitende	285
4.5.7	Finanzen	285
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**286**

1. Vorwort

Michael Baumer. (Bild: DIB)

«Mit dem Kauf des Windparks Måkaknuten im Südosten Norwegens kann das ewz die jährliche Stromproduktion aus Windkraft um 50 % ausbauen.»

Bei den Industriellen Betrieben haben die Ereignisse rund um das Warten auf die neue Tramgeneration vieles andere überstrahlt. Im Verlauf des Jahres stellte sich heraus, dass es zur Bewältigung des Tramengpasses Massnahmen brauchte, die für eine ganze Fahrplanperiode standhalten würden. Mit der neuen Führung der Linien 6 und 10 sowie der Taktreduktion auf der Linie 15 soll der VBZ-Fahrplan bezüglich Niederflurigkeit, Pünktlichkeit und Kapazität stabil bleiben. Das neue «Flexity Zürich» ist planmässig eingetroffen und wird ungefähr ab Mitte 2020 auf Zürichs Strassen verkehren.

Eine Modernisierung findet auch bei der Busflotte statt. Nachdem der Versuchsbetrieb mit Batteriebussen auf Quartierlinien erfolgreich verlaufen ist, beschaffen die VBZ acht derartige Fahrzeuge und setzen damit ihre Elektrobusstrategie weiter um. Noch am Anfang der Testphase steht das Projekt VBZ-FlexNetz, das eine Art Rufbussystem zu Randzeiten im Gebiet Altstetten/Albisrieden vorsieht. Der Gemeinderat hat dafür einen Kredit von 2,98 Millionen Franken bewilligt. Auch die Mobilitätsplattform, ein weiteres Innovationsprojekt der VBZ, hat mit der Vergabe des Auftrags einen Schritt vorwärts gemacht. Die zu entwickelnde App soll Fahrgästen im Raum Zürich helfen, möglichst rasch und einfach von A nach B zu kommen, indem sie verschiedene Verkehrsmittel kombinieren.

Das ewz hat den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorangetrieben. Mit dem Kauf des Windparks Måkaknuten im Südosten Norwegens kann das ewz die jährliche Stromproduktion aus Windkraft um 50 % ausbauen. Die Strategie der ewz-Stromproduktion und damit auch der 200-Millionen-Rahmenkredit für den Erwerb von Produktionsanlagen widerspiegeln sich im Stromprodukt ewz.natur. Dieses ist Teil der neuen, gestrafften Angebotspalette des ewz, die der Gemeinderat im Rahmen einer Tarifrevision beschlossen hat.

Einen namhaften Beitrag zu den 2000-Watt-Zielen wird auch der Energieverbund Altstetten leisten, für den die Stimmberechtigten einen Kredit von 128,7 Millionen Franken freigegeben haben. Energiequellen sind das gereinigte Abwasser aus dem Klärwerk Werdhölzli sowie die Abwärme aus der dortigen Klärschlammverwertung. Während die Umsetzung dieses Projekts gerade erst begonnen hat, fand ein anderes grosses ewz-Vorhaben seinen Abschluss: Das flächendeckende Glasfasernetz ist fertig gebaut und gut 90 % der Liegenschaften sind angeschlossen. Damit verfügt die Stadt Zürich über eine neue Infrastruktur, die für den Standort vorteilhaft ist. Wie in der Abstimmungsvorlage 2012 angekündigt, müssen sich ab Anfang 2020 Grundeigentümerinnen und -eigentümer an den Kosten für den Anschluss ans Netz beteiligen.

Das ewz trägt aber nicht nur mit eigenen Projekten zur Reduktion des CO_2-Ausstosses bei, sondern fördert auch Projekte von Dritten. Neben Photovoltaik-Anlagen und Wärmepumpen gilt das neu für den Aufbau von Ladestationen sowie für die Beschaffung von Elektrobussen für den öffentlichen Nahverkehr. In eigener Sache hingegen ist das ewz mit der Neugestaltung seines Areals Herdern unterwegs. An diesem Standort will das ewz seinen Geschäftsbereich Netze zusammenfassen. Dafür braucht es eine Instandsetzung und Erweiterung des Hauptgebäudes, eine neue Lagerhalle sowie eine Optimierung des Areals im Aussenbereich. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat einen Kredit von 167,44 Millionen Franken beantragt. Das letzte Wort dazu haben die Stimmberechtigten.

Eine weitere Vorlage zuhanden der Stimmberechtigten kommt von der Wasserversorgung. Diese will eine rund 1,35 km lange Leitung zwischen der Limmat- und der Glattzone bauen. Damit kann die Wasserversorgung die Betriebssicherheit erhöhen und die Verbindung zur Vertragspartnerin mit dem höchsten Wasserbezug stärken. Der dafür nötige Kredit beläuft sich auf 25,25 Millionen Franken. Ferner ist die Wasserversorgung mit der Sanierung des Seewasserwerks Moos befasst. Der Stadtrat hat entschieden, welche Objekte unter Schutz gestellt und welche aus dem Inventar entlassen werden. Die Projektierung ist im Gange. Die Bauarbeiten, die bei laufendem Betrieb erfolgen sollen, werden sich ab 2021 voraussichtlich über acht Jahre hinziehen.

Stadtrat Michael Baumer
Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe

2. Jahresschwerpunkte

Die Jahresschwerpunkte des Departements ergeben sich aus denjenigen der Dienstabteilungen, die unter Punkt 2 in den jeweiligen Kapiteln erscheinen. Zudem gibt der Vorsteher in seiner Einleitung einen Überblick über die Hauptereignisse des zurückliegenden Jahres. Auf ein weiteres Zusammentragen derselben Inhalte wird an dieser Stelle verzichtet.

3. Kennzahlen Departement der Industriellen Betriebe

	2015	2016	2017	2018	2019[1]
Mitarbeitende total	**3935**	**3956**	**3951**	**4073**	**4119**
davon Frauen	734	754	745	779	808
davon Männer	3201	3202	3206	3294	3311
Ø FTE / Stw.-Ä.[2]	**3657**	**3670**	**3677**	**3718**	**3787**
Führungskader total	**433**	**452**	**449**	**500**	**535**
davon Frauen	52	69	67	76	82
davon Männer	381	383	382	424	453
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)					
Funktionsstufe	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**
FS 16–18	– –	16,0 84,0	12,0 88,0	13,0 87,0	13,0 87,0
FS 14–15	– –	20,0 80,0	20,8 79,2	22,4 77,6	18,2 81,8
FS 12–13	– –	15,9 84,1	16,8 83,2	17,9 82,1	17,8 82,2
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 % (Vollzeitstellen)					
Total	**3258**	**3271**	**3247**	**3318**	**3329**
Frauen	418	424	400	415	424
Männer	2840	2847	2847	2903	2905
Frauen (in %)	12,8	13,0	12,3	12,5	12,7
Männer (in %)	87,2	87,0	87,7	87,5	87,3
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 % (Teilzeitstellen I)					
Total	**532**	**546**	**567**	**608**	**642**
Frauen	257	269	292	310	323
Männer	275	277	275	298	319
Frauen (in %)	48,3	49,3	51,5	51,0	50,3
Männer (in %)	51,7	50,7	48,5	49,0	49,7
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)					
Total	**206**	**195**	**195**	**212**	**210**
Frauen	72	73	65	68	74
Männer	134	122	130	144	136
Frauen (in %)	35,0	37,4	33,3	32,1	35,2
Männer (in %)	65,0	62,6	66,7	67,9	64,8
Lernende					
Total	**89**	**94**	**89**	**87**	**97**
davon Frauen	8	13	19	20	19
davon Männer	81	81	70	67	78
Personalaufwand	463 523 067	465 030 373	467 535 091	472 148 149	467 206 642
Sach- und übriger Betriebsaufwand	662 898 517	662 298 915	683 609 294	784 945 636	773 937 359
Übriger Aufwand	483 499 718	896 844 642	649 332 931	497 973 646	613 073 533
Total Aufwand	1 609 921 302	2 024 173 930	1 800 477 316	1 755 067 431	1 854 217 534
Bruttoinvestitionen[3]	329 492 886	216 605 433	223 907 338	336 733 989	269 231 136

[1] Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2
[2] Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP-HCM-Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.
[3] Investitionsausgaben des Verwaltungsvermögens

Definitionen:
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeiterkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind.
Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt.
Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

4.1 Departementssekretariat

4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat ist der eigentliche «Konzernstab» des Departementsvorstehers der Industriellen Betriebe. Es unterstützt ihn bei der Entwicklung von Zielen und Strategien sowie deren Umsetzung. Es leistet ihm Support bei der Vorbereitung, Koordination und Erledigung der Geschäfte der Dienstabteilungen Wasserversorgung, Elektrizitätswerk, Verkehrsbetriebe, von der Energie 360° AG und weiteren Beteiligungsgesellschaften. Ferner führt es das Sekretariat der Regionalen Verkehrskonferenz der Gemeinde Zürich (RVKZ) und bietet Unterstützung im Steuerungsgremium Koordination Energie sowie der Beratenden Investitionskommission des Stadtrats für das Elektrizitätswerk (BIK).

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten die Dienstabteilungen in strategischen, rechtlichen und formalen Fragen und stehen ihnen bei der internen Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit zur Seite. Sie sorgen für einen reibungslosen Informationsfluss zwischen den Dienstabteilungen und dem Vorsteher und wirken ausserdem als Bindeglied zu anderen städtischen Dienststellen, aussenstehenden Organisationen sowie Einwohnerinnen und Einwohnern.

4.1.2 Regionale Verkehrskonferenz

Die Regionale Verkehrskonferenz Zürich (RVKZ) hielt unter dem Vorsitz des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe zwei Sitzungen ab. Das Gremium besteht aus elf stimmberechtigten Mitgliedern, davon sieben Mitglieder des Gemeinderats, je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Quartiervereine und des Gewerbeverbands sowie eine Vertretung aus dem Tiefbauamt. In der Sitzung vom Mai behandelte die RVKZ 160 Begehren zum Entwurf für den Verbundfahrplan 2020–2021, davon 158 Begehren aus der Öffentlichkeit und zwei politische Vorstösse. Gegenüber dem letzten Fahrplanverfahren ist die Zahl der zu behandelnden Begehren leicht zurückgegangen; sie pendelt sich aber auf hohem Niveau ein. Ihre Entscheide leitete die RVKZ an den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) weiter. In der Sitzung vom November informierte der ZVV zusammen mit den VBZ über den Finanzierungsprozess im Fahrplanverfahren. Die VBZ gaben zu den temporären Überbrückungslösungen auf dem Tramnetz und über die vom ZVV bewilligten Änderungen zum Fahrplanwechsel 2020 Auskunft. Im Hinblick auf das Fahrplanverfahren 2022/2023 informierten die VBZ über die Auswirkungen von Tempo 30 auf dem ÖV-Netz sowie über das neue Nachtnetzkonzept des ZVV. Zudem erläuterten sie ihre Überlegungen zu einem künftigen Wendezeitenmodell. Weiter stellten die VBZ die Handlungsfelder zum Fahrplanverfahren 2022/2023 vor. Die RVKZ entschied über deren Priorisierung.

4.2 Energiebeauftragte

Dem Team der Energiebeauftragten obliegt es, die städtische Energiepolitik zu koordinieren und regelmässig zu überprüfen. Ferner ist es federführend bei der Formulierung energiepolitischer Massnahmen für die 2000-Watt-Gesellschaft, beim Label «Energiestadt» und bei der kommunalen Energieplanung. Organisatorisch ist es beim Departement der Industriellen Betriebe angesiedelt.

Jährlich organisiert und begleitet die Energiebeauftragte den im «Masterplan Energie der Stadt Zürich» definierten Umsetzungsprozess. Gemeinsam mit 17 involvierten Dienstabteilungen und Organisationen wurden mehrere Hundert konkrete energiepolitische Massnahmen formuliert und die Aktivitäten des Vorjahres einem Controlling unterzogen.

Die Berichterstattung über die Umsetzung der 2000-Watt-Vorgaben erfolgte zum zweiten Mal in einem Zweijahresbericht «Bericht Energiepolitik 2017–2018» – koordiniert mit dem Bericht zur Zielerreichung des Programms «7-Meilenschritte» des AHB. Bei der Reduktion des Primärenergiebedarfs wird das im Rahmen der 2000-Watt-Vorgaben definierte Zwischenziel 2020 erreicht, bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen nähert sich die Stadt Zürich dem Zwischenziel an. Die langfristige Absenkung insbesondere der Treibhausgasemissionen ist eine grosse Herausforderung. Erschwerend ist, dass die Zielerreichung von Entwicklungen beeinflusst wird, die sich kommunalen Massnahmen weitgehend entziehen.

Eine wichtige Aufgabe bildet die kommunale Energieplanung. Sie wurde in Teilbereichen überarbeitet. Im Vordergrund stand die Festlegung von Gebieten für einen Ausbau der bestehenden Fernwärmeversorgung und für neue Energieverbunde sowie die departementsübergreifende Koordination des Ausbaus der thermischen Netze – gemeinsam mit dem TAZ und den Energieversorgern ewz, ERZ und Energie 360°.

Das Team der Energiebeauftragten wirkte in verschiedenen stadtinternen Arbeitsgruppen mit, beispielsweise in der Umweltdelegation, im Stadtverkehr 2025, bei der Erarbeitung des kommunalen Richtplans sowie in verschiedenen Gremien der Organisation zur Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft und zur Überprüfung der klimapolitischen Ziele der Stadt. Es koordinierte stadtinterne Vernehmlassungen zu kantonalen und nationalen energiepolitischen Vorlagen, wie beispielsweise die Vernehmlassung des Gasversorgungsgesetzes. Zusammen mit dem ewz und Grün Stadt Zürich gab die Energiebeauftragte den Anstoss zur Photovoltaik-Ausstellung «Solarstrom für alle».

Bei der Umsetzung des 2010 vom Gemeinderat beschlossenen zehnjährigen Forschungsprogramms «Energieforschung Stadt Zürich – ein ewz-Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft» stellt die Energiebeauftragte die Interessenwahrung der Stadt und die Koordination zu laufenden stadtinternen Projekten sicher. Das Team lieferte Beiträge insbesondere für die Projekte «Kreative Lösungen im Gebäudebereich», «Autofreie Haushalte in der Stadt Zürich» und «Entscheidungsverhalten beim Kauf von Elektrofahrzeugen».

Die Energiebeauftragte vertritt die energiepolitischen Anliegen der Stadt auch im Austausch mit staatlichen und privaten Organisationen sowie im Rahmen von energiepolitisch relevanten Stellungnahmen der Stadt Zürich. Dabei zeigte sich, dass das Interesse an den strategischen Umsetzungsprojekten der Stadt Zürich sowohl national als auch international ungebrochen hoch ist. Auf nationaler Ebene im Vordergrund steht der Austausch mit den Energiebeauftragten der grossen Städte in der landesweiten Organisation «Kommunale Infrastruktur», dem Schweizerischen Städteverband, dem Kanton Zürich und dem Bundesamt für Energie. An internationalen Fachtagungen und für internationale Delegationen hielt das Team der Energiebeauftragten verschiedene Referate zur Energiepolitik der Stadt und zur 2000-Watt-Gesellschaft.

Aktuelle Informationen sind unter https://www.stadt-zuerich.ch/energiebeauftragte zu finden.

4.3 Wasserversorgung

4.3.1 Aufgaben

Die Wasserversorgung beliefert die Stadt Zürich sowie im Rahmen vertraglicher Verpflichtungen 67 Gemeinden der Region ganz oder teilweise mit Trinkwasser. Sie ist für den gesamten Prozess von der Rohwassergewinnung über die Aufbereitung und Qualitätskontrollen bis zur Verteilung des Wassers im städtischen Leitungsnetz verantwortlich. Darin enthalten ist auch der Laborbetrieb. Gleichzeitig erstellt, betreibt und unterhält sie die dazu nötigen Anlagen. Zudem kontrolliert sie die Wasserinstallationen bei Neubauten.

Der Bau und der Betrieb der städtischen Brunnen ergänzen die Aufgaben. Die Wasserversorgung hat die Versorgungssicherheit mit Trinkwasser in allen Lagen zu gewährleisten. Dazu zählen im Speziellen die Vorkehrungen für die Wasserversorgung in Notlagen.

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Die umfangreichste und wichtigste Tätigkeit der Wasserversorgung ist der Erhalt und die Erneuerung der Infrastruktur zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Das Seewasserwerk Lengg stand nach den mehrjährigen Sanierungsarbeiten ohne Einschränkungen zur Verfügung. Die Projektierung für die ab 2022 anstehende umfassende Erneuerung des Seewasserwerks Moos wurde weitergeführt. Beim Grundwasserwerk Hardhof wurden die Grundlagen für eine Gesamtsanierung des Werks erarbeitet. Im Herbst konnte die Wasserversorgung mit der Sanierung des Rohrkellers im Reservoir Sonnenberg beginnen. Im Oktober beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat einen Objektkredit von 25,25 Millionen Franken für den Bau einer Verbindung zwischen der Limmatzone und der Glattzone. Mit der neuen Leitung erhöht sich die Betriebssicherheit, und die Vernetzung der Trinkwasserversorgung zur Vertragspartnerin mit dem höchsten Bezug wird gestärkt. Das letzte Wort haben die Stimmberechtigten.

4.3.3 Personal

Ende 2019 waren 279 Mitarbeitende bei der Wasserversorgung beschäftigt (ohne Lernende und Praktikanten), die sich durchschnittlich 265 Stellenwerte teilten. Der Anteil der Frauen lag im Dezember bei 19,9 %, was erneut eine kleine Steigerung bedeutet. 46 Mitarbeitende waren im Dezember in einem Teilzeitpensum angestellt, wobei der Anteil bei den Männern 8 % und bei den Frauen 50 % betrug.

Die Fluktuation lag mit 3 % (ohne Pensionierungen) tiefer als im Vorjahr. Die Rekrutierung von Fachspezialistinnen und Fachspezialisten in technischen und handwerklichen Berufen bleibt eine grosse Herausforderung.

4.3.4 Arbeitssicherheit und Umwelt

Die Zahl der gemeldeten Berufsunfälle ist mit 22 Fällen leicht höher ausgefallen als im Vorjahr mit 20 Unfällen. Nicht ganz die Hälfte aller Unfälle sind sogenannte Bagatellfälle, die zu einem Ausfall von weniger als drei Tagen führten. Zur Arbeitssicherheit führte die Wasserversorgung zahlreiche interne Schulungen durch. Damit erlangen die Mitarbeitenden die notwendigen Kenntnisse zur sicheren und umweltgerechten Ausführung ihrer Arbeit.

Radonmessung in Anlagen auf Stadtgebiet
Radon als radioaktives Edelgas entsteht aus Uran, das im Boden vorkommt. Es kann durch Grund- und Quellwasser in die Wasserversorgungsanlagen gelangen. Dort könnte es sich durch die Entgasung in der Luft anreichern. Eine übermässige Belastung kann Lungenkrebs verursachen. Die Wasserversorgung führte in 15 Anlagen Radonmessungen durch. Die gemessenen Werte erfordern jedoch keine Massnahmen zum Schutz vor Radon.

4.3.5 Finanzen und Informatik

Die Jahresrechnung 2019 ist erstmals nach dem neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodell HRM2 erstellt worden, das Anfang Jahr eingeführt wurde. Aufgrund der Umstellung lassen sich nicht alle Werte mit dem Vorjahr vergleichen.

Der Ertragsüberschuss beläuft sich auf total 22,1 Millionen Franken und liegt mit 13,7 Millionen Franken deutlich über dem Vorjahr. Die markante Steigerung ist vor allem auf die

Reduktion der Abschreibungen zurückzuführen, die an die aktuelle Empfehlung des Schweizerischen Verbandes für Gas und Wasser (SVGW) angepasst wurden. Der Sachaufwand und die Personalkosten liegen unter dem Vorjahresniveau, die Kapitalzinsen im Rahmen des Vorjahres. Der Ertrag von knapp 100 Millionen Franken stammt hauptsächlich aus den Wasserverkäufen in der Stadt sowie an die Vertragspartner. Er liegt im Rahmen des Vorjahres. Der Gewinn wird dem Ausgleichskonto der Spezialfinanzierung zugewiesen.

Sämtliches Wasser wird gemessen. (Bild: WVZ)

Die Bilanzsumme beträgt 287,6 Millionen Franken und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 15,8 Millionen Franken. Der Buchwert aller Anlagen beläuft sich nach Investitionen von netto 26,5 Millionen Franken und Abschreibungen in der Höhe von 11,6 Millionen Franken auf 252,7 Millionen Franken. Das Finanzvermögen liegt mit 34,9 Millionen Franken leicht über dem Vorjahreswert. Die Finanzierung erfolgt über das Kontokorrent der Finanzverwaltung. Diese Verpflichtung hat sich aufgrund einer geringeren Kapitalbeanspruchung um 6,7 Millionen Franken auf 93,4 Millionen Franken reduziert.

Das im November 2018 gestartete Projekt «Tarifüberprüfung» mit den zu klärenden Bereichen Finanzstrategie, technische Aspekte der Bemessungsgrundlage, rechtliche Aspekte und Berechnung von Tarifvarianten wurde in Zusammenarbeit mit dem Departement vorangetrieben.

Informatik
Bei der Informatik erhöhte die Wasserversorgung den Grad der Digitalisierung: So werden geschäftsrelevante Dokumente elektronisch verwaltet, Genehmigungsverfahren durch Workflows unterstützt und Messdaten aus dem Wasserverteilnetz mit modernen Low-Power-Network-Technologien übertragen. Im Bereich Prozessleittechnik baute die Wasserversorgung den Schutz gegen Cyber-Angriffe mit innovativer Technik weiter aus.

4.3.6 Produktion

Wasserverbrauch allgemein
Die Gesamtabgabe lag mit 55,2 Millionen m³ im Durchschnitt der letzten 20 Jahre. Mit 41,66 Millionen m³ wurde in der Stadt der tiefste Verbrauch seit 1960 verzeichnet. Bei den Vertragspartnern lag der Bezug mit 13,54 Millionen m³ hingegen erneut sehr hoch. Ihr Anteil am Gesamtbezug übertrifft mit 24,5 % den Rekordwert des Vorjahres nochmals leicht.

Die höchste Wasserproduktion wurde am 28. Juni mit 228 393 m³ erreicht, was praktisch dem Vorjahreswert entspricht. Am selben Tag verzeichnete auch die Stadt mit 159 897 m³ die höchste Verbrauchsmenge. Bei den Vertragspartnern fiel diese auf den 1. Juni und betrug 69 734 m³. Der durchschnittliche Tagesverbrauch pro Einwohnerin und Einwohner lag in der Stadt bei 263 Litern. Der Spitzenverbrauch betrug 368 Liter.

Grundwasserwerk Hardhof
Drei der vier Horizontalfilterbrunnen wurden mit Desinfektionsanlagen ausgerüstet, die das Wasser durch Ultraviolettbestrahlung entkeimen. Beim vierten Brunnen erfolgt dies 2020.

Am 10. September färbten Umweltaktivistinnen und -aktivisten die Limmat mit dem Farbstoff Uranin grün ein. Vorsichtshalber stellte die Wasserversorgung die Anreicherung des Grundwassers vorübergehend ein, um eine Beeinträchtigung des Grundwasserfelds zu verhindern.

Seewasserwerke Lengg und Moos
Das Bauprojekt für die Erneuerung des Seewasserwerks Moos ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass es 2020 abgeschlossen werden kann. Der Stadtratsbeschluss zur Unterschutzstellung der historisch schützenswerten Objekte im Rahmen der geplanten Sanierung des Seewasserwerks erhielt im Dezember Rechtskraft.

Neubau Reservoir Käferberg
Nach der Inbetriebsetzung des neuen Reservoirs Käferberg wurde der Standort des alten Reservoirs renaturiert. Gebäude und Kammer des alten Reservoirs 1 bleiben als denkmalgeschützte Objekte erhalten. 2020 wird Grün Stadt Zürich die restlichen Flächen wiederaufforsten.

Reservoir Sonnenberg
Ende September begann die Wasserversorgung mit der Sanierung des Rohrkellers im Reservoir Sonnenberg; sie dauert bis 2021. Da die Haupttransportleitung im Keller umgelegt wird, wird es wiederholt zu betrieblichen Einschränkungen in der Hangzone Sonnenberg kommen. Dank der beiden 8000 m³ fassenden Kammern im neuen Reservoir Käferberg können diese besser bewältigt werden.

Reservoir Witikon
Das seit Oktober 2017 entleerte Reservoir Witikon konnte nach Abschluss der Leitungsbauten wieder in Betrieb genommen werden.

Quellen Sihl-/Lorzetal
In der Nacht vom 11. zum 12. März stürzten beim Sihlsprung rund 400 m³ Fels zu Tal und verschütteten die Quellwasser-Leitung auf einer Länge von rund 30 m. Sie blieb glücklicherweise unbeschadet. Am 8. September kam es an der Sihltalstrasse 63 in Langnau am Albis zu einem Rohrbruch an der Quellwasser-Transportleitung. Dies führte zu einem beträchtlichen Sachschaden bei der dortigen Tennissportanlage.

Im Februar waren die Leitungsbauarbeiten durch die Gemeinde Adliswil in der Sihlstrasse abgeschlossen und die Wasserversorgung konnte das seit Ende Oktober 2018 abgeleitete Quellwasser aus dem Sihl- und Lorzetal wieder nutzen.

4.3.7 Verteilung

Allgemeines
Die Wasserversorgung verlegte rund 25,16 km neue Leitungen. Dies entspricht einer Erneuerungsquote von 1,65 % der gesamten Rohrnetzlänge. Insgesamt investierte die Wasserversorgung gegen 20,7 Millionen Franken in die Erneuerung und Substanzerhaltung des Rohrnetzes.

Rohrnetzplanung und GIS
Mit der Rohrnetzplanung reagiert die Wasserversorgung aktiv und vorausschauend auf betriebliche Veränderungen und auf geplante innerstädtische Projekte. Zudem werden Leitungsabschnitte mit schadensanfälligen Graugussleitungen nach und nach ersetzt. Für das Geografische Informationssystem (GIS) realisierte die Wasserversorgung eine effiziente Abwicklung von Kundenaufträgen der Haustechnik und Installationskontrolle. Die Arbeiten für die mobile Instandhaltung im Rohrnetzbetrieb wurden weitergeführt.

Online-Überwachung
Für die Online-Überwachung und Analyse der Trinkwasserqualität im Verteilnetz installierte die Wasserversorgung weitere Messgeräte in der Hangzone Sonnenberg. Zusammen mit dem hydraulischen Echtzeit-Rechenmodell ist in dieser Pilotzone auch die Anwendung der Software zur Event Detection (EDS) umgesetzt.

Für die Sensorik sind die Bedingungen in Schächten und Rohrleitungen anspruchsvoll. Voraussetzung für eine zuverlässige Online-Messung sind nicht nur robuste Sensoren. Auch eine sichere Datenübertragung in Echtzeit ist notwendig, um zuverlässig auf Alarme und Veränderungen reagieren zu können. Im Vordergrund steht nun der zuverlässige Betrieb der Mess-Sensorik und der praxisgerechte Einsatz für die Pilotzone.

Projektierungsarbeiten für den Wasserleitungsbau
Die Wasserversorgung setzt Bauprojekte mehrheitlich im Rahmen der stadtweiten Koordination der Tiefbauarbeiten um. Die Wasserversorgung stiess rund 80 neue Projekte an und war an über 200 Projekten der öffentlichen Hand beteiligt.

Vorsorgliche Instandhaltung und Rohrleitungsschäden
Die Wasserversorgung wechselte über 3567 Wasserzähler aus und kontrollierte rund 3751 Hydranten.

Die Rohrschäden verharrten auf tiefem Niveau. Total wurden 382 Rohrschäden gemeldet, davon 38 % an den Hausanschlussleitungen. Rohrschäden mit grösseren Auswirkungen auf Personen oder Sachen gab es keine.

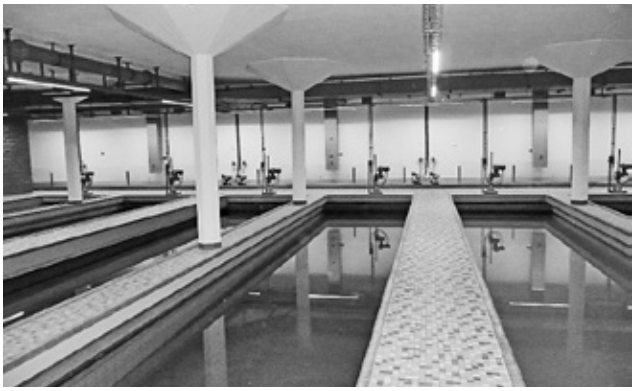
Brunnenplanung und Instandhaltung
Die Baubewilligung für den Jubiläumsbrunnen «Sardona» zum 150-Jahr-Jubiläum der Wasserversorgung liegt vor. Die Bauarbeiten für den neuen Brunnen am Utoquai beginnen im ersten Quartal 2020.

Die Wasserversorgung sanierte diverse Einzelbrunnen und ersetzte in Zusammenarbeit mit Grün Stadt Zürich verschiedene Waldbrunnen.

4.3.8 Qualitätsüberwachung

Wasserqualität
Das Trinkwasser der Stadt Zürich ist von sehr guter Qualität. Das bestätigen über 10 000 im eigenen Labor untersuchte Wasserproben sowie die unabhängige Kontrolle der Lebensmittelbehörde. Damit diese Qualität auch in den nächsten Jahren Bestand hat, sind grosse Anstrengungen nötig: von Massnahmen zum Gewässerschutz wie der laufenden Überarbeitung der Schutzzonen im Grundwasserwerk Hardhof bis zur Entwicklung der Nachweismethoden im Labor. Wenn neue Substanzen im Trinkwasser auftauchen, braucht es für eine sachliche Berichterstattung rasch zuverlässige Daten aus vertrauenswürdiger Quelle. Insbesondere Wasserversorgungen im landwirtschaftlich intensiv genutzten Mittelland stehen angesichts von Pestizidrückständen im Trinkwasser besonders unter Druck. Das Einzugsgebiet der Wasserversorgung ist landwirtschaftlich wenig genutzt, aber mit ihrem Fachwissen und dem gut ausgestatteten Labor ist die Wasserversorgung für Behörden und andere Wasserversorger eine wichtige Anlaufstelle.

Entwicklungen
In der Qualitätsüberwachung hat die Digitalisierung Einzug gehalten. Ausgeklügelte Sensoren, die chemisch-physikalische Parameter und seit Kurzem auch mikrobiologische Qualitätswerte in Echtzeit zugänglich machen, sind aus einer modernen Prozessüberwachung nicht mehr wegzudenken. Im vergangenen Jahr wurde die Online-Sensorik sowohl in den Wasserwerken als auch im Verteilnetz weiter ausgebaut. Dank dieser Datenfülle lassen sich die Prozessstufen in der Produktion und der Verteilung besser nachvollziehen und somit auch gezielter an relevanten Stellen überwachen.



Schnellfilter im Seewasserwerk Lengg. (Bild: WVZ)

Die Wasserversorgung entwickelt die analytischen Methoden des Labors laufend weiter, um die steigenden Anforderungen an die Wasserqualität und die Informationspflicht gegenüber Konsumentinnen und Konsumenten sowie Behörden erfüllen zu können. So hat sie die chemische Analytik um neu aufgetretene Substanzen erweitert, allen voran das Fungizid Chlorothalonil. Innert weniger Monate konnte das Labor der Wasserversorgung als eines der ersten Labors die Chlorothalonil-Analyse soweit validieren, dass damit zuverlässige Resultate zur Verfügung gestellt werden können.

4.3.9 Kennzahlen Produktion und Leitungsnetz

	2015	2016	2017	2018	2019
Produktion Seewasser (in Mio. m^3)	37,74	39,38	38,22	44,75	42,65
Produktion Grundwasser (in Mio. m^3)	7,72	6,86	9,61	8,54	6,99
Produktion Quellwasser (in Mio. m^3)	7,04	5,65	5,58	3,66	5,59
Wasserabgabe Stadt (in Mio. m^3)	42,58	43,03	42,90	43,27	41,66
Mittlere Tagesabgabe Stadt (in m^3)	118657	116025	117639	118556	114134
Maximale Tagesabgabe Stadt (in m^3)	150444	143612	157641	153840	151222
Wasserabgabe Partner (in Mio. m^3)	10,12	8,85	10,47	13,66	13,54
Mittlere Tagesabgabe Partner (in m^3)	27713	24191	28676	37418	37089
Maximale Tagesabgabe Partner (in m^3)	65773	33832	65736	75648	69734
Mittlerer Tagesverbrauch (in Liter pro Person)	293	283	278	276	263
Max. Tagesverbrauch (in Liter pro Person)	372	350	372	358	368
Erneuerungsrate Rohrnetz (in %)	2,06	2,07	1,70	1,60	1,65
Rohrbrüche	516	436	504	391	382

4.4 Elektrizitätswerk

4.4.1 Aufgaben

Das ewz sorgt dafür, dass in der Stadt Zürich und in Teilen des Kantons Graubünden die Energie rund um die Uhr und in der richtigen Menge zur Verfügung steht. Schweizweit baut das ewz ökologisch und ökonomisch sinnvolle Energieversorgungsanlagen für einzelne Gebäude sowie Wärmeverbunde für Quartiere und Gemeinden. Das ewz unterstützt Unternehmen beim Bau und Betrieb von elektrischen Anlagen und Energieverteilungen auf allen Spannungsebenen. In eigenen und in Partner-Kraftwerken im In- und Ausland produziert das ewz Strom. Der Anteil der Produktion aus erneuerbaren Quellen wie Sonne, Wind und Wasser steigt kontinuierlich. So trägt das ewz massgeblich zu einer 2000-Watt-kompatiblen Energieversorgung in der Stadt Zürich bei.

Das ewz beliefert Haushalte und kleine Unternehmen seit 2015 mit 100 % erneuerbarer Energie und bietet marktberechtigten Unternehmen individuelle Stromlieferungen an. In der Stadt Zürich betreibt das ewz ein flächendeckendes, diskriminierungsfrei nutzbares Glasfasernetz und bietet massgeschneiderte Telecom-Lösungen für Unternehmen an. Zusätzlich kümmert sich das ewz auch um die öffentliche Beleuchtung und die rund 340 öffentlichen Uhren in der Stadt Zürich.

4.4.2 Jahresschwerpunkte

Auszeichnung für Nachhaltigkeit
Der Branchenführer von Nachhaltigkeitsbewertungen, EcoVadis, untersucht jährlich 55000 Unternehmen aus 198 Branchen in 155 Ländern und zeichnete das ewz zum vierten Mal in Folge mit Gold für dessen Nachhaltigkeits-Management aus. Mit 72 von 100 Punkten gehört das ewz zu den besten 5 % aller bewerteten Unternehmen weltweit.

Energieverbund Altstetten–Höngg
Die Stimmberechtigten haben am 10. Februar den Energieverbund Altstetten–Höngg mit einem Ja-Stimmenanteil von 87,7 % deutlich angenommen. Dieser nutzt als Energiequelle zum Heizen und Kühlen von Liegenschaften das gereinigte Abwasser aus dem Klärwerk Werdhölzli sowie die Abwärme der dortigen Klärschlammverwertung. Am 5. März erfolgte der Spatenstich für die Swiss Life Arena, die neue Eishockey- und Sportarena der ZSC Lions. Deren Energiezentrale ist ein wichtiger Knotenpunkt im Energieverbund und wird überschüssige Wärme und Kälte in die verschiedenen Anergienetze abgeben. In der ersten Phase der Bauarbeiten für den Energieverbund verlegte das ewz die Anergie- und Fernwärme-Leitungen. Dabei wurde die Autobahn A1 mit einer Spühlbohrung unterquert. Die ersten Liegenschaften werden bereits im Herbst 2020 mit Wärme versorgt.

Vaudoise Aréna
In Lausanne hat das ewz mit der Projektgesellschaft LaZur Energie SA eine komplexe Energielösung für die neue Sportanlage, die Vaudoise Aréna, umgesetzt. Sie besteht aus drei Eisfeldern, vier Schwimmbecken und Sporträumen. Die bei der Kälteerzeugung entstehende Abwärme wird direkt für die Produktion von Warmwasser genutzt. So werden jährlich bis zu 6000 MWh Wärme geliefert, was den CO_2-Ausstoss gegenüber einer Anlage mit fossilen Brennstoffen um bis zu 1200 t vermindert. Die Energiezentrale mit fünf Kältemaschinen und zwei Wärmepumpen, die den Strom der Photovoltaik-Anlage auf dem Dach nutzen, ging fristgerecht Ende September in Betrieb.

Vier 160 m lange Anergieleitungen wurden im Spühlbohrverfahren unter der Autobahn A1 durchgestossen. (Bild: ewz)

Energiedienstleistungen
Das ewz konnte neun neue Anlagen in Betrieb nehmen. Alle Anlagen zusammen vermindern den CO_2-Ausstoss um rund 54 889 Millionen Tonnen. Unter den Projekten befindet sich beispielsweise der Wärmeverbund Herrliberg. Neben Wohn- und Gewerbeliegenschaften werden diverse Gebäude der Gemeinde an den Wärmeverbund angeschlossen. Als umweltfreundliche, CO_2-neutrale Energiequellen dienen Holz aus der Region und Erdwärme. Das Erdwärmesondenfeld auf dem Sportplatz Breiti dient als saisonaler Energiespeicher, der über Sonnenkollektoren auf den Dächern der Schulanlage mit Wärme gespeist wird.

Leistungsauftrag Energiedienstleistungen	
Bewilligte Projekte (Kredite) in Mio. Fr.	652,4
Total Investitionen (netto) in Mio. Fr.	352,4
Total Ertrag 2018 EDL einschliesslich interne Leistungen in Millionen Franken	71,6
CO_2-Reduktion 2019 in t	54 889
Energieverkauf 2019 (Wärme und Kälte) in GWh	360,5
Anlagen in Betrieb	303

Rahmenkredit für erneuerbare Energien
Die neu erworbenen französischen Windparks Craincourt, Autremencourt und Vihiersois konnten in Betrieb genommen werden und produzieren seit Mitte Jahr zuverlässig Strom. Zusammen mit dem bestehenden ewz-Windpark Epinette verfügt das ewz in Frankreich über 25 Windturbinen mit einer Leistung von 60 MW.

Am 6. März erwarb das ewz einen dritten Windpark im Südwesten Norwegens. Der Windpark Måkaknuten umfasst 22 Turbinen mit einer installierten Leistung von 94,6 MW und lässt eine jährliche Stromproduktion von rund 350 GWh erwarten. Aufgrund seiner Nähe zu den ewz-Windparks Stigafjellet und Høg Jæren ergeben sich Synergien im Betrieb der Anlagen. Mit dem Bau der Fundamente für die Windturbinen der Windparks Måkaknuten und Stigafjellet wurde im Herbst begonnen. Im Frühling 2020 werden die ersten Windkraftanlagen errichtet und im Herbst in Betrieb gehen.

Mit den bis Ende 2020 in Betrieb gehenden Windparks in Deutschland (Trianel Borkum II) und Norwegen (Stigafjellet und Måkaknuten) werden zusammen mit den bestehenden Anlagen insgesamt 113 Windturbinen in 18 Windparks für das ewz im Einsatz sein. Diese können rund ein Drittel der in der Stadt Zürich verbrauchten Strommenge produzieren. Die jährliche Produktion aus allen Windkraft-Beteiligungen wird rund 1048 GWh betragen, was annähernd dem ewz-Anteil der Stromproduktion des Kernkraftwerks Gösgen entspricht.

Kernenergie-Beteiligungen
2016 beschlossen die Stimmberechtigten der Stadt Zürich, dass der Bezug von Kernenergie durch das ewz längstens bis zum Jahr 2034 zulässig ist. Sie erteilten dem Stadtrat die Kompetenz für die Veräusserung der Minderheits-Beteiligungen an der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) und an der Aktiengesellschaft für Kernenergie-Beteiligungen Luzern (AKEB). Das ewz hat den Verkaufsprozess gestartet und zur Unterstützung ein Prüfungs- und Beratungsunternehmen verpflichtet. Das Mandat umfasst die Ansprache von Interessentinnen und Interessenten weltweit und, falls die Erfolgschancen dafür intakt sind, die Unterstützung des ewz im eigentlichen Verkaufsprozess. Parallel dazu plant das ewz mit möglichen Interessierten aus der Schweiz und aus Frankreich erste Sondierungsgespräche.

Bevölkerung kennt die Energiestrategie 2050 nicht
Gemäss einer repräsentativen Umfrage des ewz hat der Ausbau von erneuerbaren Energien aus Wasser, Wind und Sonne Priorität. Die Umfrage bei 1003 Personen in der ganzen Schweiz zeigt aber auch, dass 83 % der Bevölkerung die Energiestrategie 2050 nicht kennen. Wird sie erläutert, halten deren Umsetzung nur etwa 40 % der Befragten für realistisch. Für diese ist die Förderung der erneuerbaren Energien das wichtigste Ziel, vor der Senkung des Energieverbrauchs und der Erhöhung der Energieeffizienz. Das ewz sieht sich mit der Umfrage bestätigt, weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende zu leisten, indem es Ansätze zur Verminderung des Ressourceneinsatzes aufzeigt, den effizienten Einsatz der Energie verstärkt sowie auf einen starken Ausbau und die Nutzung der erneuerbaren Energien setzt.

4.4.3 Natur und Umwelt

Naturemade-star-Fonds
Das ewz ist der führende Anbieter von ökologisch produziertem Strom in der Schweiz und der mit Abstand grösste Produzent von Strom aus Wasserkraftanlagen mit dem Qualitätszeichen naturemade star. Im naturemade-star-Fonds des ewz stehen jährlich rund 4,5 Millionen Franken zur Verfügung, mit denen verschiedenste Schutzprojekte und Massnahmen zur ökologischen Aufwertung von Gewässern unterstützt werden.

Der naturemade-star-Fonds des ewz unterstützte die Revitalisierung der Aue Panas-ch im Unterengadin mit 500 000 Franken. (Bild: ewz)

Am 1. Juli erfolgte im aargauischen Sins der Spatenstich für ein neues Auengebiet. Dessen Kosten belaufen sich auf rund 10 Millionen Franken. Rund die Hälfte übernimmt der Bund und 1,9 Millionen Franken der naturemade-star-Fonds des ewz. Am Greifensee beteiligt sich der naturemade-star-Fonds des ewz mit 1,2 Millionen Franken an einem weiteren Renaturierungsprojekt. Dort wird im Auftrag der Greifensee-Stiftung eine 5 ha grosse, artenarme Wiese in ein grossräumiges Feuchtgebiet umgewandelt.

Restwassermengen in Mittelbünden
Die Umsetzung der Massnahmen für die Restwassersanierung nach Art. 80 des Gewässerschutzgesetzes ist weiter fortgeschritten. Der Ausbruch einer Kaverne im Marmorera-Staudamm konnte planmässig beendet und die Dotiereinrichtung eingebaut werden. Über diese Anlage werden nach Inbetriebnahme Anfang 2020 rund 400 Liter Wasser pro Sekunde in die Rona eingeleitet, damit zusammen mit den Seitenbächen in der Rona-Ebene rund 700 Liter pro Sekunde fliessen. Im kommenden Jahr wird eine Durchströmturbine eingebaut. Mit der Nutzung des Dotierwassers können jährlich rund 1,3 GWh Strom produziert werden.

Restwassermengen im Bergell
Das ewz muss seit 2015 beim Stauwehr Löbbia ebenfalls Dotierwasser abgeben. Die verfügten Mengen wurden Mitte 2015 durch die naturemade-star-Zertifizierung nochmals erhöht und betragen heute maximal 1000 Liter pro Sekunde. Das Dotierwasser im Bergell soll künftig ebenfalls mit einer Durchströmturbine genutzt werden. Aufgrund der geringen Fallhöhe von 17 m werden etwa 0,5 GWh pro Jahr produziert. Bauarbeiten und Inbetriebnahme sind für 2020 vorgesehen.

4.4.4 Innovation

Albigna Solar
Seit Mai 2018 wurde mit einer Pilotanlage an der nach Süden bzw. zum See gerichteten Wand der Staumauer Albigna die Machbarkeit einer hochalpinen Photovoltaik-Anlage geprüft. Die Auswertung zeigte, dass das Vorhaben machbar und wirtschaftlich ist. Der Standort auf 2165 m ü. M. ermöglicht im Vergleich zu Dachanlagen im Mittelland bessere Ertragswerte (ungefähr 1242 kWh pro kWp Leistung und Jahr). Die intensivere Sonneneinstrahlung in diesen Höhenlagen und die reflektierende Schneedecke wirken sich positiv auf die Stromproduktion aus. Zudem steigt bei tieferen Temperaturen die Effizienz von PV-Anlagen. Die Installation von rund 1000 Modulen beginnt im Frühling 2020. Mit der Leistung von insgesamt 300 kWp können jährlich rund 370 MWh Strom produziert werden.

Erfolgreicher Photovoltaik-Test in Mittelbünden
In Mittelbünden sind rund 380 PV-Anlagen ins ewz-Netz eingebunden. Da sie die Qualität des Netzes beeinflussen, wurden Tests zum Ansteuern dieser PV-Anlagen durchgeführt. Diese verliefen erfolgreich. Die Informationen über das Verhalten der PV-Anlagen im Netz ermöglichen dem ewz, die Netzstabilität, insbesondere zu Spitzenzeiten, zu gewährleisten.

Intelligente Netze
Die steigende Beanspruchung des Stromnetzes, etwa durch eine zunehmende Anzahl von Elektrofahrzeugen oder vermehrten Einsatz von PV-Anlagen, sowie die Marktsituation mit hohen Investitionskosten und niedrigen Preisen bedingen neue Ansätze bei der Netzsteuerung. Im Quartier Greencity in der Manegg nahm das ewz den Prototyp einer Smart-Grid-Plattform in Betrieb. Damit ist es nun möglich, Echtzeitdaten im Niederspannungsnetz zu erfassen und Engpässe oder freie Kapazitäten festzustellen. Im Rahmen der Energiestrategie 2050 müssen zudem bis Ende 2027 80 % der Stromzähler durch digitale Smart Meter ersetzt werden. Für dieses intelligente Messsystem hat das ewz die Vorgaben definiert sowie die Geräte und Systeme öffentlich ausgeschrieben. Damit sind 2020 die Komponenten, Prozesse und Systeme für den Rollout bereit.

Beteiligungsmodell ewz.solarzüri
Das Solarstromangebot «ewz.solarzüri», bei dem sich Kundinnen und Kunden finanziell an einer PV-Anlage beteiligen können, stiess auch dieses Jahr auf grosses Interesse. Der Bau von PV-Anlagen stockt jedoch, da während des Baubewilligungsverfahrens mehrere Rekurse eingegangen sind. Bei Gebäuden, die im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder ISOS und/oder im Inventar der kunst- und kulturhistorischen Schutzobjekte der Stadt Zürich aufgeführt sind, muss für PV-Anlagen eine Baubewilligung eingereicht werden. Inzwischen umfasst das Solarstromangebot 15 «ewz. solarzüri»-Anlagen. 3976 Kundinnen und Kunden sind an einer PV-Anlage beteiligt.

Digitalisierung
In Zusammenarbeit mit Organisation und Informatik Zürich (OIZ) realisiert das ewz ein Long Range Wide Area Network (LoRaWAN). Zwölf Gateways bieten inzwischen eine sehr gute Grundabdeckung für digitale Anwendungen in der Stadt Zürich. Das LoRaWAN kommt insbesondere für die Vernetzung von Sensoren in öffentlichen Räumen und in Gebäuden zum Einsatz. Pilotanwendungen erfolgten bei der Belegungsmessung in VBZ-Fahrzeugen und bei der Messung des Raumklimas in Lern- und Sitzungszimmern.

Am schweizweiten Digitaltag vom 3. September präsentierten ewz, VBZ, OIZ und die Stadtentwicklung an einem gemeinsamen Stand im Hauptbahnhof die smarte Haltestelle und den interaktiven Stadtplan. Nebst vielen Interessierten besuchte auch Bundespräsident Ueli Maurer den Stand und testete das intelligente Licht an der Mini-Haltestelle. Diese Pilotprojekte wurden auch am Digital Festival Zürich, einer Inkubationsplattform für digitale Zukunftsthemen, präsentiert.

Elektromobilität
Das ewz steigerte den Bestand von eigenen Personenwagen mit alternativen Antrieben von 27,9 % auf 28,6 % und liegt auf dem angestrebten Zielpfad von 30 % im Jahr 2020. Das ewz setzt seit über 15 Jahren auf alternative Antriebe, daher tragen Ersatzbeschaffungen kaum mehr zu einer weiteren Steigerung bei. Der Personenwagen-Bestand konnte um 4 Fahrzeuge reduziert werden und beträgt nun 175 Fahrzeuge.

Das ewz betreibt zurzeit Schnellladestationen für Elektrofahrzeuge im Werkhof, beim Betriebsgebäude Oerlikon, an der BP-Tankstelle Wollishofen, an der Wieslergasse in Höngg, an der Bocklerstrasse in Schwamendingen und an der Thurgauerstrasse in Seebach. Davon gehören 4 zu den 30 Schnellladestationen, die ABB Schweiz anlässlich ihres Firmenjubiläums der Stadtzürcher Bevölkerung geschenkt hat. Die restlichen ABB-Ladestationen werden bis Ende 2020 an öffentlich zu-

gänglichen und verkehrstechnisch günstigen Standorten in der Stadt Zürich installiert. Sie werden mit 100 % zertifiziertem Naturstrom (ewz.pronatur) versorgt.

Intelligente Strassenbeleuchtung
Das ewz hat den Auftrag, den öffentlichen Raum der Stadt Zürich zu beleuchten. Die Beleuchtung soll energieeffizient, umweltbewusst und nachhaltig sein sowie unnötige Lichtemissionen vermeiden. Dabei gilt es, die Sicherheit für Verkehr und Personen zu beachten. Die LED-Strassenbeleuchtung kann abhängig vom Verkehr über ein Kommunikations-Modul in drei Stufen auf die erforderliche Beleuchtungsstärke angepasst werden. Für die Zählung der Fahrzeuge kommen Radar und Wärmebildkameras zum Einsatz. Es sind bereits sechs Strassenzüge dementsprechend ausgerüstet: Duttweilerbrücke, Birmensdorfer-, Hagenholz-, Thurgauer-, Überland- und Witikonerstrasse. Jährlich sollen zwei bis fünf Strassenzüge mit Radar- oder Wärmebild-Zählung und zwei bis vier Fusswege mit Bewegungsmeldern ausgerüstet werden.

Züri Fäscht 2019
Das ewz belieferte das Züri Fäscht 2019 mit 100 % erneuerbarer Energie. Neben den 660 Ständen mussten diverse Anschlüsse mit Strom versorgt werden, etwa für mobile WC-Anlagen, Bühnen und Sicherheits-Bildschirme. Dieser Strom wurde über 45 fixe und 2 mobile Trafostationen eingespeist. Insgesamt waren 404 Verteilerkästen im Einsatz und das ewz verlegte an die 13 km Stromkabel. Zudem präsentierte das ewz am Züri Fäscht die erste öffentliche Drohnenshow in der Schweiz. Dabei flog ein intelligenter Schwarm von 150 Spezialdrohnen in unterschiedlichen Formationen und Farben passend zur Musik über dem Seebecken. Die Choreografie verknüpfte Sujets des Zürcher Volksfests und der Zukunft erneuerbarer Energien und begeisterte das Publikum.

Single Stream Recycling
Das ewz führte 2018 das Single Stream Recycling, eine Gesamtentsorgungslösung für verschiedenste Wertstoffe, ein. Der Betriebskehricht geht wie bisher an das ERZ. Die Industrie- und Sonderabfälle werden jedoch nicht mehr durch das ewz sortiert und der Entsorgung oder Wiederverwertung zugeführt. Diese Aufgabe übernimmt ein einziger Entsorger, der die Abfälle unsortiert übernimmt und diese in seinem Betrieb unter Berücksichtigung der Entsorgungs- und Recyclingströme professionell verarbeitet. Trotz erheblichen Anteilen an verschmutzten Abfällen wie dem Treibgut aus Flusskraftwerk-Rechen konnte der bisherige Recyclinggrad von 60 % (Durchschnitt 2013–2017) auf 65 % (2018) gesteigert werden. Dabei ist der Entsorgungsprozess für das ewz kostenneutral, da die Erträge aus der Stoffverwertung sämtliche Kosten decken.

4.4.5 Infrastruktur

Kraftwerk Wettingen
Die Grossrevision der drei Maschinengruppen wird im Februar 2020 abgeschlossen sein. Die Generatoren mussten wegen Staubablagerungen fachgerecht durch eine spezialisierte Firma gereinigt werden. Anschliessend wurden die Drosselklappen und die Sekundärtechnik erneuert sowie die Einlaufrechen ersetzt. Mit dieser Revision sichert das ewz den Weiterbetrieb seines grössten Laufkraftwerks und damit die jährliche Produktion von naturemade-star-zertifiziertem Strom im Umfang von rund 143 GWh pro Jahr.

Unterwerk Waldegg
Die Versorgungssicherheit von Zürich wird mit dem geplanten Bau des Kuppel-Unterwerks Waldegg markant erhöht. In der laufenden Machbarkeitsstudie prüft das ewz verschiedene Bau- und Zufahrtsvarianten, um eine Lösung zu finden, die Wirtschaftlichkeit und Landschaftsverträglichkeit optimal vereint. Mitte 2020 werden erste Zwischenresultate vorliegen und mit verschiedenen Bewilligungsinstanzen vorbesprochen. Das Unterwerk soll 2025 in Betrieb gehen und wird 44,3 Millionen Franken kosten.

Unterwerk Sils Albula
Die Inbetriebsetzung des neuen Unterwerks Sils Albula wurde am 26. September mit dem Anschluss des 60-kV-Transformators an die Hochspannungs-Schaltanlage termingerecht abgeschlossen. Die Erstellung des Neubaus kostete rund 15,5 Millionen Franken und dauerte knapp zwei Jahre. Das ewz ist in etwa einem Drittel das Kantons Graubünden für die zuverlässige und sichere Stromversorgung zuständig. Das Churer Rheintal, die Tunnelanlagen der Autobahn A13 sowie die Tourismusregionen Lenzerheide und Arosa werden mit Strom aus dem Unterwerk Sils Albula versorgt.

Unterwerk Hönggerberg
Die Umbauarbeiten für das Unterwerk Hönggerberg starteten im November 2017 und werden bei laufendem Betrieb ausgeführt. Mit der Lieferung von zwei 150-kV-Transformatoren stehen nun wieder drei Transformatoren für die zuverlässige Stromversorgung zur Verfügung. Die 22-kV-Schaltanlage wurde bis auf wenige Felder fertiggestellt. Die Inbetriebnahme und Umstellung von 11 kV auf 22 kV erfolgt im Frühjahr 2020. Somit können nun auch die Quartiere Höngg und Affoltern als letzte Gebiete in der Stadt Zürich mit einer höheren Spannung versorgt werden.

Unterwerk Letten
Nachdem 2018 die Schutz- und Steuerungstechnik für die 22-kV-Mittelspannungsanlage erneuert wurden, folgte 2019 der 150-kV-Hochspannungsteil. Nicht nur das Engineering, sondern auch die Umbauarbeiten führten ewz-Mitarbeitende aus. Dies bei laufendem Betrieb, was eine besondere Herausforderung war. Dafür wurden jeweils eines oder mehrere der total elf Hochspannungsfelder abgestellt. Dabei war die Versorgung der Stadtkreise 5, 6, 10 sowie von Teilen des Hauptbahnhofs jederzeit gewährleistet. Der Abschluss ist auf Frühjahr 2020 vorgesehen.

Unterwerk Katz
Um die Stromversorgung der Innenstadt auch künftig sicherzustellen, wurde die über 40-jährige 150-kV-Schaltanlage ersetzt. Zudem erreichte einer der drei Transformatoren mit 45 Jahren die technische Lebensdauer und musste ausgebaut werden. Erschwert wurden die Arbeiten, weil sie bei laufendem Betrieb stattfanden und wegen der beengten Verhältnisse im Unterwerk, das sich unter dem Alten Botanischen Garten befindet. Die Sanierung des Unterwerks dauert noch bis Ende 2021.

Glasfasernetz
Die Stimmberechtigten haben im Jahr 2012 einem Objektkredit von 400 Millionen Franken zugestimmt, um die Stadt Zürich bis Ende 2019 flächendeckend mit einem Glasfasernetz zu erschliessen. Ende Jahr wurden die letzten Bauarbeiten für

das Glasfasernetz in der Ersterschliessung ausgeführt. 39 000 Liegenschaften mit 272 800 Nutzungseinheiten (Privathaushalte sowie Büro- und Gewerbebetriebe) sind angeschlossen. Das sind rund 90 % aller Liegenschaften und 54 000 Glasfaseranschlüsse mehr als im Jahr 2012 geplant. Dank der effizienten und laufend optimierten Bauweise wurden die Arbeiten innerhalb des bewilligten Kredits ausgeführt. Sämtliche Kosten der Grunderschliessung bis Ende 2019 werden vom ewz und der Swisscom getragen. Ab Anfang Januar 2020 gilt für den Anschluss von Neu- und Ersatzbauten, dass das ewz für den Abschnitt vom Interkonnektions-Punkt bis zum Hausanschluss im gesamten Stadtgebiet zuständig ist. Da jeder Neubau auch ans Stromnetz angeschlossen wird, ergeben sich Synergien. Die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer müssen sich künftig an den Kosten für den Anschluss an dieses Netz beteiligen. Der Stadtrat hat im September ein Reglement erlassen, das die Konditionen dafür festlegt.

Werkhof Herdern
Das ewz will seine Gebäude auf dem Areal Herdern in Zürich-West erneuern und die Logistik optimieren. Zukünftig sollen auf dem Areal etwa 600 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, damit das ewz die Arbeitsplätze in Zürich an den zwei Hauptstandorten Oerlikon und Herdern konzentrieren kann. Vorgesehen ist die Erweiterung des Hauptgebäudes, der Ersatz der Lagerhalle durch einen Neubau sowie eine Optimierung des Areals im Aussenbereich. Zudem soll das Betriebsgebäude instand gesetzt werden. Schliesslich wird eine Verlängerung des Mühlewegs zusammen mit weiteren baulichen Massnahmen dazu führen, dass das Areal für die Öffentlichkeit durchlässig ist. Der Stadtrat beantragt für das gesamte Vorhaben einen Objektkredit von 167,4 Millionen Franken. Das letzte Wort haben die Stimmberechtigten.

4.4.6 Partnerschaften und Investitionen

Trianel Windpark Borkum II
Beim Trianel Windpark Borkum II, der rund 45 km nordwestlich der Nordseeinsel Borkum entsteht, wurden die Innerpark-Kabel fertig verlegt und mit der Setzung der Türme und der Installationen der Gondeln und Rotorblätter begonnen. Inzwischen sind gut die Hälfte der Windkraftanlagen in Betrieb. Die restlichen 10 bis 15 Anlagen werden in den ersten Monaten 2020 zum ersten Mal Strom produzieren. Das ewz ist am Trianel Windpark Borkum II in einem Konsortium mit Fontavis mit 24,51 % beteiligt. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf etwa 800 Millionen Euro. Jährlich sollen rund 800 GWh mit Windkraft produziert werden.

Windpark Mollendruz
Das ewz möchte zusammen mit lokalen Partnern im Waadtländer Jura seit über zehn Jahren die beiden Windparks Mollendruz und Provence realisieren. Aktuell sind diverse Beschwerden von Natur- und Landschaftsschutzverbänden vor dem Waadtländer Kantonsgericht hängig. Der Entscheid des Gerichts wird im Verlauf des Jahres 2020 erwartet. Je nach Entscheid werden das ewz und die am Projekt beteiligten Gemeinden das Baugesuch einreichen können. Bisher hat das ewz rund 4 Millionen Franken in dieses Projekt investiert.

Holzheizkraftwerk Sisslerfeld
Am 9. April wurde das Holzheizkraftwerk im aargauischen Sisslerfeld auf dem Gelände der DSM Nutritional Products AG in Betrieb genommen. Es produziert pro Jahr 267 GWh Dampf und 42 GWh Strom. Die CO_2-Emissionen sind gegenüber einer konventionellen Anlage mit fossilen Energieträgern um etwa 48 000 t pro Jahr tiefer. Betrieben wird das Holzheizkraftwerk von der Energiepark Sisslerfeld AG, an der ENGIE Schweiz mit 60 % und das ewz mit 40 % beteiligt sind. Den ewz-Anteil an den Investitionskosten von rund 60 Millionen Franken konnte das ewz aus dem Rahmenkredit für erneuerbare Energien finanzieren.

Das Holzheizkraftwerk Sisslerfeld mit den vier Holzschnitzellagerboxen im Vordergrund. (Bild: ewz)

4.4.7 Nutzen für Kundschaft und Mitarbeitende

Projektgeschäft Telecom
Beim Aufbau des städtischen ZüriNetz der OIZ leistete das ewz einen aktiven Beitrag. So wurden 176 Kleinstandorte über das ewz.zürinet angebunden. 353 mittlere und grössere Standorte wurden mittels Glasfasern der neusten Generation erschlossen, davon 82 mit separaten, redundanten Leitungen in die beiden städtischen Rechenzentren.

Im Juni installierte die Stadt Zürich an 15 belebten öffentlichen Plätzen Stelen mit einem interaktiven Stadtplan. Der «eCity-Plan» lässt sich über einen Touchscreen bedienen und verfügt über mehrere Karten, die die Orientierung in der Stadt erleichtern. Aktuelle Informationen zu Veranstaltungen, zu Kultur und öffentlichem Verkehr ergänzen das mehrsprachige Angebot, das weitgehend barrierefrei ist und öffentliches WLAN bietet. Daher sind die eCityPläne nicht nur für die breite Bevölkerung, sondern auch für Besucherinnen und Besucher attraktiv. Das ewz liefert die Glasfaseranbindung, das öffentliche WLAN und den Strom.

Stromtarife 2020
Den Kundinnen und Kunden in der Grundversorgung stehen ab Januar 2020 drei neue Produkte zur Verfügung. Das Standardprodukt ewz.natur enthält Strom aus Wasser-, Sonnen- und Windkraft, der zu 100 % in ewz-eigenen Produktionsanlagen in der Schweiz und in Europa hergestellt wird. Wer bisher das Produkt ewz.basis bezogen hat, erhält jetzt automatisch ewz.natur – und das zum selben Preis. Das neue ökologische Spitzenprodukt ewz.pronatur besteht aus naturemade-star-zertifiziertem Naturstrom, der vollständig aus Schweizer Wasser-, Solar- und Windanlagen gewonnen wird. Pro verkaufte Kilowattstunde fliesst zudem 1 Rappen in den naturemade-star-Fonds für Renaturierungsprojekte in der Schweiz. Wer aktuell ewz.ökopower bezieht, erhält ab Januar 2020 automatisch ewz.pronatur. Das dritte Produkt, ewz.econatur, enthält Strom aus erneuerbarer Energie aus der Schweiz und Europa.

Mindestens gleichbleibender Solarstrom-Anteil
Mit rund 3,5 % Solarstrom enthält das neue Produkt ewz.

pronatur ab 2020 1 % mehr Sonnenenergie als das bisherige Produkt ewz.ökopower. Zusammen mit den etwa 0,4 % Solarenergie im neuen Standardprodukt ewz.natur bleibt der Solarstromanteil über alle ewz-Produkte gleich hoch wie bisher und wird dank dem weiteren Zubau von Photovoltaik-Anlagen kontinuierlich steigen. Mieterinnen und Mieter sowie Unternehmen ohne eigene Liegenschaft können sich darüber hinaus mit ewz.solarzüri an einer öffentlichen Solaranlage beteiligen. Sie fördern damit die lokale Solarstromerzeugung.

Anpassungen Netztarif
Während Spitzenlastzeiten können Wärmepumpen und andere steuerbare Anlagen, beispielsweise Kühlhäuser, für kurze Zeit ohne Komforteinbusse gesperrt werden. Kundinnen und Kunden, die geeignete Anlagen für diese Option zur Verfügung stellen, profitieren von Vergünstigungen von bis zu 2 Rappen pro kWh. Damit leisten sie einen aktiven Beitrag, damit das ewz die Spannung im Stromnetz bei allfälligen Spitzenlasten stabil halten kann. Für Elektrofahrzeuge wurden vorteilhafte Netznutzungstarife eingeführt, die mit attraktiven Niedertarifzeiten Anreize schaffen, die Fahrzeuge ausserhalb von Spitzenlastzeiten zu laden.

2000-Watt-Beiträge
Das ewz bezahlt Beiträge für die Anschaffung von effizienten und nachhaltigen Anlagen und für andere Massnahmen, die dazu beitragen, die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen. Neben PV-Anlagen und Wärmepumpen wird künftig auch die Elektromobilität gefördert. Im Vordergrund steht der Aufbau von Ladestationen. Darüber hinaus können Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs Fördergelder für die Beschaffung von Elektrobussen beantragen. Besonders gross ist das Potenzial für die Reduktion von Treibhausgasen bei den Dieselbussen. Elektrobusse sind in Beschaffung und Betrieb derzeit aber noch markant teurer als Dieselfahrzeuge. Die nun vorgesehenen Fördermittel sollen die Differenz ausgleichen und den Entscheid für Elektrobusse erleichtern. Insgesamt wurden rund 3 Millionen Franken an Fördermitteln gesprochen.

Effizienzbonus für Unternehmen
Auf freiwilliger Basis legen Unternehmen mit dem Bund oder der Baudirektion des Kantons Zürich verbindliche Ziele zur Senkung des Energieverbrauchs fest. Erfüllen diese Unternehmen im Versorgungsgebiet des ewz die gesetzten Effizienzziele, profitieren sie neben tieferen Energiekosten auch vom Effizienzbonus. Das in der Schweiz in dieser Art einmalige Programm schüttet pro Jahr knapp 16 Millionen Franken aus. Die dem ewz.effizienzbonus anrechenbaren Energieeinsparungen betrugen 2018 rund 8,8 GWh; der Wert für 2019 wird erst Mitte 2020 bekannt sein. Der Effizienzbonus setzt nicht nur Anreize zur Senkung des Stromverbrauchs, sondern auch für Effizienzsteigerungen beim Heizen, weil sich die Zielvereinbarungen auf den gesamten Energieverbrauch eines Unternehmens beziehen. Die ewz-Energieberaterinnen und -Energieberater begleiteten rund 70 Unternehmen bei der Entwicklung ihrer Zielvereinbarung.

Mitarbeitende
Ende Jahr waren 1212 Mitarbeitende beim ewz beschäftigt (ohne Lernende und Praktikanten), die sich 1141 Stellenwerte teilten. Der Anteil der Frauen lag bei 19,1 %. 239 Mitarbeitende waren in einem Teilzeitpensum angestellt, wobei der Anteil bei den Männern 12,4 % und bei den Frauen 50,4 % betrug. Das ewz will den Frauenanteil im Unternehmen und im Kader bis 2025 auf 25 % erhöhen. So wird bei den jährlichen Nachfolge- und Talentrunden auf die Teilnahme von Frauen geachtet, die Präsenz auf digitalen Kanälen wie frauenjobs.ch verstärkt oder der frauenfreundliche Hackathon «Hack'n'Lead» unterstützt.

4.4.8 Finanzen

Der Betriebsertrag des ewz beträgt im Berichtsjahr rund 988,3 Mio. Franken und liegt somit rund 46,7 Mio. Franken oder 5 % über dem Vorjahreswert. Der Betriebsaufwand reduzierte sich gesamthaft um 35,6 Mio. Franken. Hauptgrund sind die tieferen Energiebeschaffungskosten bei den Partnerwerken. Das starke Börsenjahr führte dazu, dass die Bewertung der anteiligen Stilllegungs- und Entsorgungsfonds insbesondere beim Kernkraftwerk Gösgen die jährlichen Kosten für die Partnerwerke massiv reduzierte. Die Personalkosten reduzierten sich um 3,3 Mio. Franken oder 2,2% aufgrund der veränderten Rechnungslegung nach HRM2 bei den Personalrückstellungen. Das Betriebsergebnis vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern hat sich gegenüber dem Vorjahr um 82,2 Mio. Franken oder 49,4% verbessert. Ergänzend zu den tieferen Betriebskosten konnten die Erlöse aufgrund der höheren Strommarktpreise gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden, was das Resultat positiv beeinflusst. Im Vorjahr war die Entwicklung der Stilllegungs- und Entsorgungsfonds unterdurchschnittlich, was das Resultat 2018 negativ beeinflusste. Die Abschreibungen veränderten sich gegenüber dem Vorjahr unwesentlich. Das ewz ist im Kanton Zürich und auf Bundesebene als Dienstabteilung der Stadt Zürich steuerbefreit. Der ausgewiesene Steueraufwand ist für die interkantonalen Betriebsstätten, welche sich vorwiegend im Kanton Graubünden befinden. Das Jahresergebnis stieg um 73,4 Mio. Franken auf 189,8 Mio. Franken (Vorjahr 116,4 Mio. Franken). Die Gewinnablieferung an die Stadtkasse wurde nach der Verordnung über die Gewinnablieferung des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (VGew) festgelegt und beträgt 80 Mio. Franken. Aufgrund des guten Jahresergebnisses kann das ewz somit den Maximalbetrag an die Stadt Zürich abliefern. Das Umlaufvermögen betrug 25% der Bilanzsumme und erhöhte sich um 31 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr. Das Anlagevermögen erhöhte sich um 70 Mio. Franken infolge der getätigten Investitionen sowie Bewertungsanpassungen aufgrund der HRM2- Einführung. Im Geschäftsjahr 2019 investierte das ewz netto rund 129,8 Mio. Franken in Anlagen und Beteiligungen. Neben Investitionen in Netzanlagen und konventionelle Energieproduktionsanlagen hat das ewz auch für den Ausbau des Glasfasernetzes in der Stadt Zürich, für erneuerbare Energien und für Anlagen des Geschäftsfelds Energiedienstleistungen hohe Beträge aufgewendet. Das kurzfristige Fremdkapital reduzierte sich um 19,7 Mio. Franken. Gesamthaft mussten Rückstellungen im Umfang von 11 Mio. Franken gebildet werden. Der Mittelfluss aus Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 186,2 Mio. Franken (Vorjahr 216,2 Mio. Franken) verringert. Die Abweichung von 30 Mio. Franken lässt sich mit Veränderungen im Nettoumlaufvermögen erklären. Aufgrund einer veränderten Rechnungsstellung sind die Debitorenbestände gestiegen und die aktive Rechnungsabgrenzung für nicht verrechnete Energielieferungen hat sich erhöht. Sämtliche Finanzierungstätigkeiten werden über die Stadt Zürich abgewickelt. Das ewz hat dafür ein Kontokorrent mit der Stadtrechnung. Der Saldo des Kontokorrents verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 22,2 Mio. Franken.

Leistungs- und Energiedaten		2015	2016	2017	2018	2019
1. Installierte Kraftwerksleistung						
Wasserkraft	MW	931,0	931,0	931,0	986,1	986,1
Kernkraftwerke	MW	295,8	295,8	295,8	295,8	295,8
Windkraftanlagen	MW	126,5	126,5	126,5	126,5	174,5
Biomasse	MW	0,0	0,0	0,0	0,0	3,4
Photovoltaik und Solarenergie	MW	3,0	3,0	3,0	4,1	4,1
Brennstoffzellen	MW	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Total	**MW**	**1356,5**	**1356,5**	**1356,5**	**1412,7**	**1464,1**
2. Elektrizitätserzeugung						
Wasserkraft	GWh	2750,8	2363,8	2205,1	2247,1	2486,7
Kernkraft	GWh	2248,3	2034,2	2139,9	2232,8	2156,3
Windkraft	GWh	338,5	326,7	344,7	328,0	447,8
Kehrichtheizkraftwerk	GWh	94,4	61,7	63,0	61,1	94,3
Biomasse	GWh	16,5	15,6	16,8	16,2	30,1
Photovoltaik und Solarenergie	GWh	22,7	23,2	25,9	27,1	28,0
Brennstoffzelle	GWh	1,3	1,1	1,7	1,7	1,6
Gas/Diesel	GWh	0,8	0,9	0,9	0,7	0.6
Total	**GWh**	**5473,4**	**4827,2**	**4798,1**	**4914,7**	**5245,4**
3. Elektrizitätsbeschaffung						
Bezug aus eigenen Werken	GWh	1401,4	1305,5	1203,9	1323,2	1340,8
Bezug aus Partnerwerken	GWh	3239,0	2932,8	3086,7	3095,3	3286,2
Bezug von Dritten	GWh	340,1	232,2	165,4	171,2	174,7
Handel	GWh	1793,9	3028,3	4345,6	4119,8	4188,3
Total	**GWh**	**6774,4**	**7499,0**	**8801,6**	**8709,5**	**8990,0**
4. Elektrizitätsabgabe						
Abgabe Schweiz	GWh	3858,5	3819,5	3931,9	3869,0	3638,5
Handel	GWh	2745,1	3462,7	4639,4	4660,3	5154,2
Vertrieb Speicherpumpen	GWh	170,7	216,7	230,4	180,2	197,3
Total	**GWh**	**6774,4**	**7499,0**	**8801,6**	**8709,5**	**8990,0**
5. Fördersysteme und Power Purchase Agreement						
Bezug zur Einspeisung Fördersysteme und PPA	GWh	492,8	356,6	342,1	325,0	443,7
Abgabe Fördersysteme und PPA	GWh	492,8	356,6	342,1	325,0	443,7

4.5 Verkehrsbetriebe

4.5.1 Aufgaben

Die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) sind neben der SBB die grössten Anbieter von Transportdienstleistungen im Zürcher Verkehrsverbund (ZVV). Als integriertes Unternehmen planen sie das Angebot, erbringen Fahrdienstleistungen, erneuern die Infrastruktur und warten die Fahrzeuge. Als kompetenter Partner für den öffentlichen Verkehr arbeiten die VBZ eng mit anderen städtischen und kantonalen Dienststellen zusammen, bei der Umsetzung der städtischen Mobilitätsstrategie insbesondere mit der Dienstabteilung Verkehr und dem Tiefbauamt der Stadt Zürich.

Die VBZ bieten als Mittel- und Feinverteiler den Menschen in der Stadt Zürich und der umliegenden Region im Limmattal,

am Unteren Zimmerberg und am Unteren Pfannenstiel sowie im mittleren und oberen Glattal eine qualitativ hochstehende Versorgung mit dem öffentlichen Nahverkehr während 365 Tagen im Jahr, mindestens 20 Stunden am Tag. Sie tragen ausserdem die Verantwortung für die Betriebsführung der Forchbahn AG, der UBS Polybahn AG, der Dolderbahn-Betriebs-AG sowie der Stiftung Behinderten-Transporte Zürich (BTZ). Im Auftrag der Verkehrsbetriebe Glattal (VBG) erbringen sie die Fahrleistung für die Glattalbahn.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Neue Tramgeneration
Die Anlieferung des ersten Flexity-Trams erfolgte plangemäss Mitte November. Das Tram wird umfangreichen Tests unterzogen und fährt ab Frühsommer 2020 im regulären Betrieb. Auf Ende 2020 werden dann neun bis zehn Fahrzeuge auf dem VBZ-Netz verkehren.

Das erste Flexity-Tram auf dem Areal der VBZ. (Bild: VBZ)

Überbrückungsmassnahmen auf dem Tramnetz
Der knappe Fahrzeugbestand bis zum Einsatz der neuen Flexity-Trams erforderte verschiedene Massnahmen, insbesondere im Hinblick auf die generell stärkere Auslastung im Winterhalbjahr und aufgrund von mehreren Kollisionen mit zum Teil ausserordentlich schweren Schadensfolgen sowie umfangreicheren Instandhaltungsarbeiten. Ziel ist ein stabiler und zuverlässiger Fahrplan bezüglich Niederflurigkeit, Pünktlichkeit und Kapazität bis zum Einsatz der neuen Tramgeneration.

Vorprojekt Tram Affoltern
Die VBZ konnten das Vorprojekt für das Tram Affoltern dem ZVV zur Genehmigung vorlegen. Dieses ist in enger Zusammenarbeit mit anderen Dienstabteilungen entstanden, insbesondere dem Tiefbauamt und dem Amt für Städtebau. An drei Begleitgruppensitzungen sowie einer öffentlichen Quartierveranstaltung konnte das Quartier seine Bedürfnisse einbringen. Die VBZ werden sie soweit möglich ins Projekt einfliessen lassen. Ab Frühjahr 2020 soll das Bauprojekt erarbeitet werden. Im Jahr 2022 ist die Eingabe des Plangenehmigungsdossiers beim Bundesamt für Verkehr geplant.

Neue Uniform
Der Stadtrat hat den Auftrag für die neue Uniform der VBZ vergeben. Der Vergabepreis für einen Zeitraum von maximal sieben Jahren beträgt 13,66 Millionen Franken. Seit Herbst tragen etwa 1550 Mitarbeitende eine solche Uniform.

4.5.3 Nutzen für die Kundschaft

Netz- und Marktentwicklung

FlexNetz
Im Juni bewilligte der Gemeinderat einen Kredit von 2,98 Millionen Franken für das VBZ-FlexNetz. Es handelt sich dabei um einen Versuch mit Kleinbussen in Altstetten und Albisrieden, der im September 2020 beginnen und 18 Monate dauern soll. Die Fahrten werden per Smartphone gebucht. Die Fahrzeiten und Routen orientieren sich an den Bedürfnissen der Fahrgäste. Fahrten mit ähnlichen Zielen werden vom System automatisch gebündelt und mit dem gleichen Bus ausgeführt.

Elektrifizierungsstrategie «eBus VBZ»
Für die Umstellung der Busflotte auf elektrischen Betrieb starteten die VBZ die Projektierung der Fahrleitungen für die Linien 69 und 80, nachdem der Zürcher Regierungsrat einen entsprechenden Kredit bewilligt hatte. Die Umstellung der Linie 69 auf Batterietrolleybus-Betrieb ist auf Anfang 2024, jene der Linie 80 auf Mitte 2025 geplant.

Ein solcher Betrieb ist für die stark nachgefragte Linie 83 bereits ab 2020 vorgesehen. Der Start für die dazu erforderliche Beschaffung von acht Batterietrolleybussen fiel mit dem 80-Jahre-Jubiläum des Trolleybusses in Zürich zusammen. Parallel dazu projektieren und erstellen die VBZ die dafür notwendige Ladeinfrastruktur in der Garage Hardau. Sie soll Ende 2021 betriebsbereit sein.

Durch die Inbetriebnahme von 16 neuen E-Hybridbussen verringerte sich der Treibstoffverbrauch beim Standardbus weiter. Diese Dieselhybridbusse fahren mit einer leistungsfähigen Traktionsbatterie und können auf der Strecke zwischengeladen werden. Eine solche Zwischenladestation soll ab 2020 auf der Buslinie 67 zum Einsatz kommen.

Einen Zuwachs gab es auch bei den Dieselhybrid-Gelenkbussen. Mittlerweile betreiben die VBZ eine der grössten Hybridbusflotten der Schweiz.

Weitere Informationen zu den Elektrobussen der VBZ unter www.vbz.ch/ebus

Mobilitätsplattform
Die VBZ haben den Auftrag für die Entwicklung einer Mobilitätsplattform an die HaCon Ingenieursgesellschaft vergeben. Das Projekt umfasst die Beschaffung, den Aufbau und den langfristig ausgerichteten Betrieb einer Mobilitätsplattform für die Region Zürich. Diese Plattform soll den Fahrgästen die Möglichkeit bieten, mit einer App multimodale Verbindungsanfragen über alle angeschlossenen Mobilitätsdienstleistungen auszulösen. Das zur Verfügung stehende Angebot für die Fortbewegung ist auf einer Übersichtskarte dargestellt. Auf der Plattform werden als erste Mobilitätsdienstleister mindestens ein Car-Sharing-, zwei Bike-Sharing- und zwei Taxi-Anbieter aus dem Raum Zürich vertreten sein. Bis Sommer 2020 wird die Mobilitätsplattform voraussichtlich aufgebaut sein.

Arbeitsgruppe «ÖV-Zuverlässigkeit»
Die departementsübergreifende Arbeitsgruppe «ÖV-Zuverlässigkeit» verfolgt das Ziel, breit abgestützte Lösungsansätze für Bus- und Trambevorzugung zu entwickeln. Die Gruppe

arbeitet aber auch auf das im «Stadtverkehr 2025» formulierte Ziel hin, den öffentlichen sowie den Fuss- und Veloverkehr attraktiver zu gestalten.

Behindertengerechte Infrastruktur für Tram und Bus
Die VBZ setzen den behindertengerechten Ausbau der Haltestellen fort. Neu ist an den Haltestellen Bucheggplatz, Bahnhof Selnau und Farbhof ein stufenfreier Einstieg möglich. Ebenfalls stufenlos benutzbar sind die Haltestellen der verlängerten Tramlinie 2: In der Stadt Zürich ist das die Haltestelle Micafil, in Schlieren sind das die Haltestellen Mülligen, Gasometerbrücke, Wagonfabrik, Zentrum/Bahnhof und Geissweid. In der Stadt Zürich sind somit 124 Tramhaltestellen stufenlos benutzbar. Bei 31 Tramhaltestellen ist der Einsatz der mobilen Faltrampe ohne Einschränkungen möglich.

Ausbauten im Raum Hauptbahnhof
Für den in der Netzentwicklung «Züri-Linie 2030» und im Agglomerationsprogramm enthaltenen Ausbau der Bahnhofbrücke wurde eine Verkehrsfluss-Simulation durchgeführt, die den Nutzen dieses Ausbaus bestätigte.

Verlängerung der Linie 2 nach Schlieren
Die Verlängerung der Linie 2 nach Schlieren wurde am 2. September plangemäss in Betrieb genommen.

Attraktivitätssteigerung Buslinie 31
Zur Verbesserung der Betriebsstabilität der Buslinie 31 wurden im Rahmen des Programms «Stadtverkehr 2025» verschiedene Beschleunigungsmassnahmen entwickelt. Die erste war die elektronische Busspur zwischen Duttweilerbrücke und Herdernstrasse. Die Busse befahren diese Spur in der Strassenmitte wechselweise in beiden Richtungen. Der Zugang wird signaltechnisch geregelt.

Vor Einrichtung der Busspur kam es auf diesem Abschnitt stadteinwärts häufig zu Staus. Die Verlustzeiten betrugen während der Spitzenzeiten je nach Verkehrssituation eine bis fünf Minuten, in Einzelsituationen sogar noch mehr. Nach Inbetriebnahme der Busspur konnten die Verlustzeiten weitestgehend eliminiert und insbesondere die unplanbaren Schwankungen der Fahrzeit reduziert werden.

Die Verlängerung der Linie 2 nach Schlieren erfolgte im September. (Bild: VBZ)

Entwicklungsplanung Hochschulquartier
Die ETH, die Universität Zürich und das Universitätsspital planen einen grossräumigen Ausbau des Hochschulgebiets, wobei ein Teil des Mehrverkehrs durch die Tramlinien 5, 6, 9 und 10 aufgenommen werden soll. Aufbauend auf dem «Masterplan 2014» und diversen Vertiefungsstudien haben die VBZ im Rahmen der Vorstudie über den Perimeter Rämi- und Gloriastrasse eine Simulation durchgeführt, die auch die Verlegung der Haltestelle Kantonsschule ans Gloriadreieck sowie den Ausbau der Haltestelle Platte berücksichtigt. Die Trammittellage erwies sich als Bestvariante. Aufstiegshilfen zur Verbesserung des Fussverkehrs und zur Entlastung der Tramlinien wurden weiter vertieft, darunter auch eine unterirdische Variante nach dem Vorbild der Minimetrò von Perugia.

Gebietsplanung Lengg
Der unter Federführung der kantonalen Baudirektion erarbeitete Masterplan für das Gebiet Lengg enthält die Grundsätze für die räumliche Entwicklung des Gesundheits-, Bildungs- und Forschungsstandorts. Im Rahmen der Masterplanung entwickelten die VBZ ein ÖV-Konzept, das einen markanten Ausbau des Tram- und Busangebots im Umfeld vorsieht. Die Planung der dafür nötigen Haltestellen und Infrastrukturanpassungen in der Stadt Zürich und der Gemeinde Zollikon wurde gestartet. Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich ab 2022.

Buswendeschleife Bahnhof Wollishofen
Nach jahrelangen Planungen nahmen die VBZ im Dezember 2018 die Wendeschleife einschliesslich Bushaltestellen am Bahnhof Wollishofen in Betrieb. Bis dorthin konnten die Buslinien 70, 184 und 185 von Wollishofen und Morgental verlängert werden. Die neue Verbindung wird bereits gut genutzt. Aufgrund der Verzögerung des Bauprojekts im Quartierzentrum brauchte es am Morgental provisorische Haltestellen. Entlang der Albisstrasse wurden zwei neue Haltekanten notwendig (Dangelstrasse, Wollishofen). Deshalb verkehrten die Buslinien 184 und 185 zwischen Sunnau und Morgental noch bis Februar via Widmer- und Kalchbühlstrasse.

Der SwissTrolley plus bei der Jubiläumsveranstaltung im Tram-Museum Burgwies. (Bild: VBZ)

Angebot
Zum Fahrplanwechsel konnten in der Stadt Zürich der Tagesbetrieb der Linie 83 von Montag bis Samstag und eine neue Führung der Linie 66 in Betrieb genommen werden. Die Linie 66 verkehrt neu bis Kantonsschule Enge und im Abschnitt Neubühl–Morgental in höherem Takt, sodass sie optimal an die Linie 7 angeschlossen ist.

Erneut haben die VBZ Frühverbindungen ausgebaut und auf der Linie 33 einen zusätzlichen Kurs zur Betriebsstabilisierung eingesetzt. Der Betrieb der Linie 91 wurde an Wochentagen am Abend um eineinhalb Stunden verlängert, ebenso jener der Linie 6 im Abschnitt Bahnhofstrasse–Bahnhof Enge. Die Linie 15 hingegen nimmt aufgrund der geringen Nachfrage am

Samstag- und Sonntagmorgen ihren Betrieb später auf. Das bereits durch die ETH Zürich vorfinanzierte verdichtete Angebot auf der Linie 80 während des Semesters wurde in das Verbundangebot übernommen, sodass nun unabhängig von den Semesterferien in der Hauptverkehrszeit der 6-Minuten-Takt gilt.

Im Nachtnetz konnte der Bus N8 zum Hönggerberg in den Halbstundentakt verdichtet werden. Aufgrund der Einführung einer neuen Nacht-S-Bahn nach Wallisellen wurde die Linienführung des Busses N11 ab Schwamendingerplatz neu jeweils stündlich nach Bahnhof Oerlikon und Bahnhof Stettbach geführt.

Nach der erfolgreichen Verlängerung der Linien 184/185 zum Bahnhof Wollishofen konnte auf den Fahrplanwechsel auf beiden Linien der 15-Minuten-Takt (überlagernder 7,5-Minuten-Takt) eingeführt werden.

Im Limmattal wurde weiter ausgebaut. Im Abschnitt Unterengstringen–Bahnhof Altstetten Nord verkehren die Buslinien während der Hauptverkehrszeit im überlagernden 7,5-Minuten-Takt.

Eine Verdichtung fand auch im Gebiet Pfannenstiel statt. Die Linie 919 verkehrt neu zwischen Itschnach, Fallacher und Bahnhof Küsnacht in der Hauptverkehrszeit im 15-Minuten-Takt.

Mit der verlängerten Linie 910 ab Zollikon, Station, nach Ebmatingen, Looren, konnte das Glattal an den Pfannenstiel und an den Bahnhof Tiefenbrunnen angebunden werden.

Mit der Entflechtung der Linien 743/744 und 745 kann ein stabiler Betrieb gewährleistet und auf der Linie 743 können Gelenkbusse eingesetzt werden.

Produkte und Dienstleistungen

Verkauf und Dienstleistungen für den Zürcher Verkehrsverbund ZVV

Die VBZ verkaufen das vollständige Sortiment des ZVV und des angrenzenden Z-Pass-Gebiets. Als Service für die Bevölkerung der Stadt wird an den Beratungsstellen auch fast das gesamte nationale Ticketsortiment einschliesslich SwissPass angeboten. Dank den umfangreichen und bedienungsfreundlichen Ticketing-Apps von SBB und ZVV verlagert sich der Absatz immer stärker auf die neuen Vertriebskanäle auf dem Smartphone. Dementsprechend nimmt der Verkauf an den Beratungsstellen weiter ab.

Mit dem Verkauf von Fahrausweisen haben die VBZ für den ZVV einen Umsatz von 152,5 Millionen Franken erzielt, das sind 34,1 % weniger/mehr als im Vorjahr. An den Beratungsstellen hat der Gesamtumsatz um 9,1 % abgenommen und beträgt 50,8 Millionen Franken.

Die Verlagerung in die digitalen Vertriebskanäle macht sich auch bei den Ticketautomaten bemerkbar. Der Umsatz hat um 8,1 % abgenommen auf 859 Millionen Franken. Diese Entwicklung wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Rückläufig ist auch der Verkauf im Bus auf den Überlandlinien. Damit werden die Fahrdienstmitarbeitenden zunehmend von der Verkaufstätigkeit entlastet. Bei den VBZ werden neun von zehn Tickets in Selbstbedienung gekauft.

Die Beratungsstellen konzentrieren sich immer stärker auf Beratungs- und «Service après-vente»-Leistungen wie beispielsweise Rückerstattungen oder die Nachkontrolle vergessener Abonnemente.

Der persönliche Kontakt mit Kundinnen und Kunden wird aber auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Bei der Messung der Servicequalität erzielten die Mitarbeitenden der VBZ-Beratungsstellen mit 84,4 Punkten erneut ein sehr gutes Resultat.

Traffic Media

Die Volatilität im Schweizer Werbemarkt hat dieses Jahr auch TrafficMedia getroffen. Die Netto-Einnahmen an und in den Fahrzeugen betragen 8,43 Millionen Franken, was einem Minus gegenüber dem Vorjahr von 4,65 % entspricht.

Obwohl die Einführung der «Cobra-Dachwerbung X-Large» einen positiven Beitrag geleistet hat, konnte die um 4,19 % gesunkene Nachfrage nach Hängekartons nicht kompensiert werden. Andere Produkte konnten das Vorjahresniveau halten.

Die neue Zusammenarbeit mit PubliBike hat einen geringen Ertrag eingebracht. Ob dieses Produkt marktfähig ist, wird das Endergebnis im zweiten Jahr aufzeigen.

Die Nachfrage von kürzeren Werbebuchungen war dieses Jahr bei allen Produkten besonders ausgeprägt, was zu überdurchschnittlichem Aufwand und geringerem Ertrag führte.

Veranstaltungskooperationen

Bei knapp 40 Veranstaltungen oder Veranstaltungsreihen war für die Besucherinnen und Besucher die Anreise mit dem ÖV im Eintrittsbillett inbegriffen. Zusätzlich boten zahlreiche Veranstaltungen wie Kongresse oder Sportveranstaltungen ihren Teilnehmenden die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel während der Veranstaltungsdauer mittels ZVV-Spezialkarten an. Viele weitere Firmen erwarben die ZVV-Spezialkarten für ihre spezifischen Bedürfnisse. Mit diesen Kooperationen kann der öffentliche Verkehr seine Leistungsfähigkeit beweisen und gewinnt auch im Freizeitbereich an Bedeutung. Die VBZ und die Veranstalter fördern durch gezielte Kommunikationsmassnahmen die unkomplizierte und umweltfreundliche Anreise zum Veranstaltungsort. Dank den Fortführungen der engen Zusammenarbeit mit den Veranstaltern und der Förderung des Verkaufs von Werbung konnte der Umsatz um weitere 7 % gesteigert werden. Der Umsatz der Ticketintegration nahm hingegen um 23 % ab.

Extrafahrten

Die VBZ-Genuss-Linie musste den Ausfall des Partytrams von Februar bis August hinnehmen. Trotzdem konnte mit dem Welt-der-Schinken-Tram im Fahrzeug Elefant 1330 ein spannendes Angebot kreiert werden, das bei den Gästen gut ankam. Im September und Oktober drehte das Ticino-Tram und ab November das Fonduetram wieder im Partytram seine Runden. Erneut war im November und Dezember das Storchen-Tram unterwegs. Insgesamt konnte die VBZ-Genuss-Linie 4146 Gäste auf den öffentlichen Fahrten bedienen.

Die Weihnachtszeit wurde wiederum mit dem Jelmoli-Märlitram eingeläutet. Erstmalig wurde der Päcklibus nicht mehr aufgestellt, weil die Nutzung in den letzten Jahren markant abgenommen hat.

Produkte und Dienstleistungen

	2015	2016	2017	2018	2019
Ticketumsatz total (in Mio. Fr.)	237,8	243,9	249,1	231,6	152,5
davon VBZ-Ticketerias einschliesslich HB und Ergänzungsleistungen	60,2	57,1	55,1	56,1	50,8
davon ZVV-Contact einschliesslich ESR ZVV-Contact Hardau + ESR	77,8	82,4	89,5	69,1	66,9
davon Umsatz Ticketautomaten	90,8	94,0	94,8	93,5	85,9
Kundenkontakte bei ZVV-Contact	156330	157913	160908	172171	220451
davon Kundenreaktionen	12383	13732	13055	18071	36607
Fundbüro: abgegebene Fundgegenstände	33829	36450	35569	35604	38151
VBZ Traffic Media, Umsatz (in Mio. Fr.)	15,4	14,3	8,54* 11,18**	8,84 11,27	8,43 11,68
VBZ-Extrafahrten, Umsatz (in Mio. Fr.)	1,5	1,5	1,5	1,5	1,26

*Umsatz Tram/Bus-Werbung.
** Umsatz Haltestellen-Plakate.

Durch die Fahrzeugknappheit im Linienverkehr standen die Linienfahrzeuge nur sehr eingeschränkt für Extrafahrten zur Verfügung. Für einige Aufträge konnten Alternativlösungen gefunden werden, manche Anfragen mussten jedoch abgelehnt werden.

Insgesamt weist das Geschäftsfeld Extrafahrten einen Umsatz von 1,26 Millionen Franken aus.

ZVV-Contact
Im Auftrag des ZVV betreiben die VBZ den Kundendienst für alle Verbundpartner. Die Zahl aller Kontakte bei ZVV-Contact betrug 220451. Dieser Wert ist um 28 % höher als im Vorjahr. 85,05 % aller Anrufe wurden innert 15 Sekunden beantwortet. Auf 94,4 % aller E-Mails erfolgte innert 5 Stunden eine erste Antwort. Über all diese Kanäle wurden pro Woche durchschnittlich 704 Kundenreaktionen bearbeitet, im ganzen Jahr waren es 36607. Das Kontakt- und Arbeitsvolumen hat im Zusammenhang mit den neuen digitalen Vertriebskanälen des ZVV um 42 % zugenommen. Dies führte zu einer Aufstockung des Personalbestands, deren Kosten der ZVV übernimmt.

ZVV-Contact Kundencenter Zürich HB
Das ZVV-Contact Kundencenter im Hauptbahnhof konnte den Umsatz mit 23,8 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr um 2,6 % steigern. Insgesamt verzeichnete es 208070 Besucherinnen und Besucher. Dies ist eine Abnahme von 6,5 % gegenüber dem Vorjahr. Die Übrigen haben sich selber bedient, oder Mitarbeitende konnten deren Bedürfnisse bereits im Wartebereich abdecken.

Fundbüro
38151 verlorene Gegenstände fanden den Weg ins Fundbüro. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 7,2 %. Davon konnten 49,5 % an die Besitzer ausgehändigt werden. Am Schalter wurden 44079 Kundinnen und Kunden betreut und 12072 Telefonanrufe entgegengenommen. Die Express-Suche wurde 593 Mal erfolgreich genutzt. Das Fundbüro nahm 179854 Franken durch Gebühren und den Verkauf nicht abgeholter Fundgegenstände ein. Der Verkauf erfolgte über fundsachenverkauf.ch.

Nach dem Umbau im vierten Quartal präsentieren sich der Kundenraum und die Arbeitsplätze des Fundbüros heller und freundlicher. Auch energietechnisch befinden sich die Räume auf dem aktuellen Stand.

Das Wachstum der Stadt Zürich und des hiesigen Tourismus macht sich im Fundbüro bemerkbar. In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Fundgegenstände um rund ein Drittel zugenommen. Bisher konnten die VBZ dieses Wachstum durch eine höhere Effizienz auffangen. Mittlerweile ist die Kapazität des Fundbüros aber an seine Grenzen gelangt, und es drängt sich eine grundlegende Überarbeitung der Prozesse auf.

4.5.4 Substanzerhaltung

Systeme und Anlagen
Der Umbau für den Ersatz der Bordrechner und des Fahrgastinformationssystems ist wie geplant angelaufen. Unter der Leitung des ZVV sind 12 % der bestehenden Fahrzeugflotte im ZVV erfolgreich umgerüstet worden. Der Umbau der restlichen Fahrzeuge dauert bis Ende 2024.

Wartehallen
Für Gleisbaustellen und Tiefbauprojekte demontierten die VBZ 12 Wartehallen und montierten sie nach Ende der Bauarbeiten neu. Zudem bauten sie 3 Wartehallen ab und erstellten 10 neue.

Gleisbaustellen
Es gab insgesamt 21 Gleisbaustellen, davon 13 Gleisschlagwochenenden und 8 Kleinbaustellen. Für die 2391 Gleismeter wurden ungefähr 282 t Stahl und 3094 t Beton benötigt. Zudem wurden 15 Weichen, 7 Kreuzungen, 6 Schienenbenetzungsanlagen, 2 Schienenauszugsvorrichtungen und 1 Weichenendteil eingebaut.

4.5.5 Kennzahlen Fahrgäste und Angebot

	2015	2016	2017	2018	2019
Fahrgäste in Mio. (Einsteigende)	327,34	324,03	325,24	324,71	327,96
Personen-km (in Mio.)	667,79	663,01	665,34	669,98	681,90
Fahrleistungen VBZ Stadt (in Mio. Wagen-km)	28,91	29,10	29,02	29,63	29,09
Fahrleistungen VBZ Region (in Mio. Wagen-km)	3,00	2,96	2,98	3,01	3,00
Fahrleistungen Transportbeauftragte (in Mio. Wagen-km)	4,33	4,60	4,60	4,56	4,56
Linienlänge Stadtnetz (in km)	286,00	286,20	286,20	286,80	287,80
Linienlänge Regionalnetz (in km)	219,60	223,60	223,60	221,40	223,80
Linienlänge Nachtbuslinien (in km)	183,30	182,70	184,60	186,70	186,60
Schienenfahrzeuge	258	258	258	258	259
Busse (Niederflur)	223 (223)	220 (220)	223	230	231

* Fahrgastzahlen ohne Nachtnetz.

Gleisschlagbaustellen
– Hohlstrasse, Auswechslung der Anschlussgleise zur Brücke
– Albisriederstrasse
– Schaffhauserstrasse, Haltestelle Milchbuck
– Winterthurerstrasse
– Birmensdorferstrasse
– Selnaustrasse
– Wipkingerbrücke
– Bahnhofquai
– Bleicherweg
– Triemliplatz
– Kreuzbühlstrasse
– Weinbergstrasse
– Bahnhof Enge

Digitale Projektierung
Der Bund schreibt vor, dass bis 2025 Infrastrukturbetreiber ihre Projekte mit der BIM-Methode (Building Information Modeling) zur Genehmigung einreichen. Es handelt sich dabei um ein digitales Verfahren, bei dem alle Beteiligten am gleichen Modell projektieren, koordinieren und gestützt darauf das Vorhaben umsetzen. 2019 starteten die VBZ zwei Pilotprojekte nach dieser Methode. Beim Gleisersatz Haltestelle Luchswiesen sollen die Vorteile von BIM an einem Tiefbau-Pilotprojekt getestet und die daraus resultierenden Erfahrungen in die zukünftigen BIM-Prozesse und -Anwendungen einfliessen. Das Projekt sieht einen Gleisersatz sowie den Umbau der Haltestelle für durchgehende Behindertengerechtigkeit vor. Auch das Tiefbauamt beteiligt sich am Pilotversuch.

4.5.6 Mitarbeitende

Bei den VBZ waren Ende Jahr 519 Mitarbeiterinnen und 2129 Mitarbeiter beschäftigt (ohne Lernende und Praktikanten), die sich 2425,1 Stellenwerte teilten. 609 Mitarbeitende waren in einem Teilzeitpensum angestellt, wobei der Anteil bei den Männern rund 16 % und bei den Frauen 53 % betrug. Die Fluktuation lag bei 3,2 % (ohne Pensionierungen), einschliesslich der Altersrücktritte betrug sie 6,7 %.

Der allgemein zu beobachtende Fachkräftemangel ist auch bei den VBZ spürbar. Trotzdem sind seit April dieses Jahres im Fahrdienst alle Stellen besetzt. Die VBZ begegnen den Herausforderungen in der Personalgewinnung mit der im September neu aufgeschalteten Karrierewebsite sowie mit weiteren Personalmarketingmassnahmen.

4.5.7 Finanzen

Der ZVV entschädigte die VBZ 2019 mit 528 951 731 Franken. Bei einem Betriebsaufwand in der Höhe von 528 850 614 Franken resultierte ein Ertragsüberschuss von 101 117 Franken. Der Gewinn wurde vollumfänglich der freien Spezialreserve zugewiesen (Einlage in das Ausgleichskonto der Spezialfinanzierung). Der Gewinn der Linienerfolgsrechnung Regionalverkehr von 1 684 755 Franken wurde in die gebundene Spezialreserve verbucht.

Die Nettoinvestitionen beliefen sich im Berichtsjahr auf 102 403 644 Franken.

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Motionen und Postulate[1]
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2000/109	08.03.2000 05.04.2000	Joe A. Manser (SP) und Max Fritz (FDP) Tramfahrzeuge, rollstuhlgängiger Einstieg

Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, wie bei sämtlichen neuen Fahrzeugen für den Trambetrieb der VBZ, wie Cobra, Sänfte für Tram 2000 etc., mindestens ein Einstieg voll rollstuhlgängig ist. Dabei ist insbesondere auch eine gute Benutzbarkeit mit einem Elektrorollstuhl zu gewährleisten.

Die hierfür erforderlichen Massnahmen können sowohl beim Fahrzeug als auch bei der Haltestelle getroffen werden. Bei der Abwägung der möglichen Massnahmen ist jedoch eine angemessene zeitliche Realisierbarkeit sowie die Kompatibilität der unterschiedlichen Lösungsvarianten zu berücksichtigen (Cobra, Sänfte, div. Haltestellen-Typen, etc).

Damit soll beim Trambetrieb der VBZ dem unternehmerischen Auftrag des Kantonsrates vom 6.3.95 für die langfristige Entwicklung des ZVV-Angebotes (siehe Begründung) entsprochen werden.

Gemäss dem Konzept «Mobil Plus» des Zürcher Verkehrsverbunds (ZVV) wurde für Personen mit beeinträchtigter Mobilität bis 2014 ein Grobnetz realisiert, mit dem sie den öffentlichen Verkehr im Kanton Zürich weitgehend selbstständig und unabhängig benützen können. Über 80 Prozent der S-Bahnhöfe und Tramhaltestellen in der Stadt Zürich sind seit Ende 2019 für Personen mit eingeschränkter Mobilität benutzbar. Dies bedeutet, dass 124 Tramhaltestellen teilweise oder durchgehend erhöhte Haltekanten haben und an weiteren 31 Tramhaltestellen der Einstieg mit dem Rollstuhl mit Hilfe einer Rampe möglich ist. 28 Tramhaltestellen sind noch nicht als behindertengerecht einzustufen. Im elektronischen Fahrplan sind mit der Funktion «Hindernisfrei Reisen» Informationen zum Ausbaustand der Haltestellen sowie zum Einsatz niederfluriger Fahrzeuge verfügbar. Zudem ist ein Netzplan mit dem aktuellen Ausbaustand auf der Internetseite des ZVV aufgeschaltet. In der Stadt Zürich wurden, wo topografisch möglich und städtebaulich vertretbar, die Haltekanten durchgehend oder mindestens teilweise erhöht (Minimallösung ist ein sogenanntes «Kissen» bei der dritten Tramtüre). So wird ein stufenfreier Einstieg mit dem Rollstuhl in die Tramtypen Cobra und Sänfte ermöglicht. Seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2010 ist mindestens jedes zweite Tram ein solches Niederflurfahrzeug, mit Ausnahme der Linien 5 und 15. Fahrzeugseitige Lösungen wie eine nachträglich eingebaute Rampe oder ein Schiebetritt wurden mehrfach geprüft, haben aber beim Tram technisch nicht überzeugt. Cobra- und Sänftetrams sind deshalb mit Handfaltrampen ausgerüstet. Der Einstieg mit dem Rollstuhl wird damit auch an Haltestellen ohne hohe Haltekante mit Hilfe des Fahrpersonals möglich.

Der weitere Ausbau erfolgt gemäss dem ZVV-Konzept «Behindertengerechter öffentlicher Verkehr im Kanton Zürich 2024» sowie im Rahmen laufender Erneuerungsprojekte. Gemäss heutiger Planung sind 2024 rund 92 Prozent aller S-Bahnhöfe und 98 Prozent aller Tramhaltestellen für Fahrgäste mit eingeschränkter Mobilität benutzbar; davon verfügen rund 87 Prozent über erhöhte Haltekanten und 11 Prozent lassen sich mit einer Rampe nutzen. Mit der kommenden Ablösung der Tram 2000 durch die neuen Flexity-Trams wird schliesslich auch die Tramflotte der Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) vollständig niederflurig sein.

Postulat 2000/149	29.03.2000 28.06.2000	Katharina Prelicz-Huber (Grüne) Hardturmstrasse, Begrünung des Tramtrassees

Der Stadtrat wird gebeten, die bereits mehrfach versprochene Begrünung des Tramtrassees zur wirksamen Reduktion der Lärmbelastung durch die Tramlinie 4 an der Hardturmstrasse zu realisieren.

Im Rahmen der Überarbeitung des Projekts zur Neugestaltung der Hardturmstrasse wird ein Grüntrassee geprüft.

Postulat 2000/548	15.11.2000 21.05.2003	Marcel Savarioud (SP) Schwamendingen, Verlängerung der Tramlinie 9 bis Bahnhof Stettbach

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Gebiete Hirzenbach und Luegisland in Schwamendingen mit dem öffentlichen Verkehr besser an den Bahnhof Stettbach angeschlossen werden können.

In der Studie «VBZ-Liniennetzentwicklung 2025» aus dem Jahr 2006 sowie in der VBZ-Netzentwicklungsstrategie «züri-linie 2030» von 2013 wurde eine Verlängerung der Linie 9 zum Bahnhof Stettbach geprüft. Die Studien zeigten aufgrund der absehbaren Nachfrage keinen Bedarf für eine solche zusätzliche Tramverbindung. Obwohl kein Richtplaneintrag vorliegt, werden die VBZ die Möglichkeiten einer besseren Anbindung der Gebiete Hirzenbach und Luegisland an den Bahnhof Stettbach im Rahmen der Weiterentwicklung des ÖV-Angebots regelmässig prüfen.

---

[1] Abschreibungsanträge zu Postulaten wurden mit separater Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2001/7	10.01.2001 21.05.2003	Markus Zimmermann (SP) Westtangente, Einrichtung einer Busspur zwischen Escher-Wyss-Platz und Bucheggplatz

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf dem Abschnitt der Westtangente zwischen dem Escher-Wyss-Platz und dem Bucheggplatz in beiden Fahrtrichtungen eine Busspur eingerichtet werden kann.

Der Gemeinderat hat am 16. April 2014 einer «gesamtverkehrlichen Betriebsoptimierung» zugestimmt (GR Nr. 2014/27), die die folgenden Massnahmen umfasste:

– Verlängerung der vorhandenen Busspur auf der Hardbrücke in Fahrtrichtung Bucheggplatz bis zur Einmündung Röschibachstrasse
– Regelung der Einmündung Röschibachstrasse mittels einer Lichtsignalanlage (LSA) einschliesslich Buspriorisierung
– Anpassung des Fahrstreifenregimes an der Bucheggstrasse im Bereich Guggach- bis Langackerstrasse (Unterbindung der Einfahrt in den Hirschwiesentunnel vom Bucheggplatz her; die übrigen Fahrbeziehungen bleiben hiervon unberührt)

Im September 2015 wurde die Busschleuse Röschibachstrasse in Betrieb genommen, wodurch die durchschnittlichen Fahrzeiten der Linien 33 und 72 auf dem Abschnitt zwischen Escher-Wyss-Platz und Nordstrasse während der Hauptverkehrszeit am Abend um rund 80 Sekunden reduziert werden konnten. Zudem reduzierte sich die Streuung der Fahrzeiten wesentlich, wodurch die Fahrplanstabilität der beiden Linien markant verbessert wurde.

In Fahrtrichtung Escher-Wyss-Platz konnten durch die Zuflusssteuerung an der LSA Rosengartenstrasse/Wibichstrasse die Busbehinderungen ebenfalls reduziert und ein stabilerer Verkehrsfluss erzielt werden. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass die temporären Auswirkungen der Baustelle Tramverbindung Hardbrücke mit dem Bauabschluss seit Ende 2017 weggefallen sind.

Postulat 2001/359	26.06.2001 11.07.2001	Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung Hürlimann-Areal, Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erschliessung des Hürlimann-Areals in Zürich-Enge mit öffentlichen Verkehrsmitteln sichergestellt werden kann. Erstes Ziel muss es sein, die neue SZU-Station, die im privaten Gestaltungsplan Hürlimann-Areal vorgesehen ist, zu verwirklichen.

Eine Station «Hürlimann-Areal» der Shiltal Zürich Uetliberg Bahn SZU erwies sich in mehrfacher Prüfung aufgrund der hohen Investitionskosten und der Reisezeitverluste für durchreisende Fahrgäste als nicht zweckmässig. Der Kantonsrat hat den Bau abgelehnt, der ZVV erachtet das Gebiet als erschlossen. Der Stadtrat sieht hier keine weiteren Chancen für eine Realisierung.

Als Massnahme im Rahmen der VBZ-Netzentwicklungsstrategie «züri-linie 2030» wird die Trolleybuslinie 72 künftig zwischen Schmiede Wiedikon und Manesseplatz in beiden Fahrtrichtungen über die Zurlindenstrasse geführt, mit einer neuen Haltestelle am Ende der Fussgängerverbindung Herterbrücke–Hertersteg. Aufgrund von Einsprachen zu Tempo 30 auf der Zurlindenstrasse und damit einhergehender Unwägbarkeiten verzögerte sich die weitere Projektierung bis Mitte 2016 und damit auch der Realisierungstermin. 2017 wurde die Arbeit am Vorprojekt wieder aufgenommen, wobei die öffentliche Auflage im Februar 2018 erfolgte. Die Realisierung wurde zwecks Baukoordination auf 2020 verschoben. Die Inbetriebnahme ist auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2020 geplant und entsprechend im Fahrplanverfahren bewilligt.

Die bisher geprüften Varianten mit einer nach § 20 Personenverkehrsgesetz privat finanzierten Verlängerung der Buslinie 66 zum Hauptbahnhof wurden nicht weiterverfolgt.

Die Forderungen des ursprünglichen Postulats GR Nr. 2001/359 zur Sicherstellung der Erschliessung des Hürlimann-Areals mit öffentlichen Verkehrsmitteln werden damit – soweit umsetzbar und wirtschaftlich möglich – erfüllt.

Postulat 2007/74	07.02.2007 23.06.2010	Bastien Girod und Matthias Probst (beide Grüne) VBZ, velofreundliche Tramgeleise

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ein Projekt zur Erarbeitung von Ideen zur Ausgestaltung und Umsetzung von velofreundlichen Tramgeleisen zu initiieren. Wenn möglich, ist dieses Projekt in Zusammenarbeit mit lokalen Forschungsinstituten und entsprechenden Studiengängen durchzuführen.

Aktuelle Patentrecherchen der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH) haben gezeigt, dass bereits alles erfunden ist, was sich nach aktuellem Stand der Technik als gangbarer Weg herauskristallisiert hatte. Das älteste Patent reicht bis ins Jahr 1889 zurück. Das Projekt wird jedoch noch nicht aufgegeben, sondern weitergetrieben, und die VBZ arbeiten nach wie vor zusammen mit der ETH an einem Lösungsansatz, der sich bis heute als erfolgsversprechend präsentiert. Das Ziel ist schliesslich nicht das Patent, sondern eine technisch-wirtschaftlich vertretbare Lösung zu finden.

Parallel haben Vertreter der Industrie ihr Interesse bekundet, auf dem Netz der VBZ einen Test zu machen. Da der Test auf dem Liniennetz stattfinden soll, muss die angedachte Lösung erst im Rahmen eines Plangenehmigungsverfahrens vom Bundesamt für Verkehr bewilligt werden.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2010/272	22.08.2007 23.06.2010	Marcel Savarioud und Hans Jörg Käppeli (beide SP) VBZ, Umstellung von Auto- auf Trolleybuslinien

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche zum Inhalt hat, mindestens 20 km von den bestehenden 90 km Autobuslinien auf Stadtgebiet zu Trolleybuslinien umzustellen.

Die VBZ haben sich das Ziel gesetzt, die heutige Dieselbusflotte bis zum Jahr 2030 weitgehend durch elektrische Antriebe abzulösen. Die Strategie «eBus VBZ» geht dabei von den unterschiedlichen Charakteristiken der Buslinien aus (Gefässgrösse, Linienlänge, Taktdichte, Topographie, Energieverbrauch, Nachfrageverteilung, Wendezeiten, Einsatzdauern usw.) und legt passende Elektrifizierungskonzepte für die jeweiligen Flottenteile fest.

Durch die Fortschritte in der Batterietechnologie hat sich der bewährte Trolleybus zum modernen «Batterietrolley» weiterentwickelt, wodurch das System wirtschaftlicher und flexibler geworden ist. Seit 2017 verfügt die gesamte Trolleybusflotte der VBZ über Traktionsbatterien. Die Strecke Hardplatz–Albisriederplatz wird bereits planmässig im Batteriemodus befahren, und bei Baustellen kann zumeist auf einen Ersatzverkehr mit Dieselbussen verzichtet werden. Mit dem Forschungsfahrzeug «SwissTrolley plus» haben die VBZ diesen Ansatz konsequent weiterverfolgt. Mit diesem Fahrzeugkonzept kann die Fahrleitungsinfrastruktur des Trolleybusses soweit reduziert werden, wie dies hinsichtlich einer (auch im Störungs- und Umleitungsfall) ausreichenden Energieversorgung und einem sinnvoll zusammenhängenden Gesamtnetz möglich ist.

Das bestehende Fahrleitungsnetz soll deshalb als leistungsfähige Basisinfrastruktur für die Elektrobusflotte in Zürich beibehalten und gezielt ausgebaut werden. Auch der ZVV listet den Ausbau der Trolleybuslinien in der Stadt Zürich in seiner Strategie der Jahre 2022–2025 als Stossrichtung auf. In einem ersten Schritt wird im Jahr 2020 die heutige Dieselbuslinie 83 auf «Batterietrolley»-Betrieb umgestellt. Ausserdem ist die Umstellung der beiden stark nachgefragten und topographisch anspruchsvollen Dieselbuslinien 69 und 80 in den Jahren 2024 und 2025 vorgesehen. Angesichts der dynamischen Technologieentwicklung in den letzten Jahren haben die VBZ in Zusammenarbeit mit dem ZVV in einer Zweckmässigkeitsbeurteilung aufgezeigt, dass der «Batterietrolley» auf diesen Hauptbuslinien weiterhin die zweckmässigste und wirtschaftlichste Möglichkeit zur Elektrifizierung ist. Die Projektierungsarbeiten für die notwendigen Fahrleitungsabschnitte sind Ende 2019 angelaufen. Darüber hinaus bestehen Planungen, auch die Linie 89 auf Trolleybusbetrieb umzustellen.

Postulat 2008/144	27.03.2008 21.05.2008	Mario Mariani (CVP) und Claudia Rabelbauer (EVP) Zollfreilager-Areal Flurstrasse/Rautistrasse, Anbindung an den öffentlichen Verkehr

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das neue Wohngebiet auf dem Areal des ehemaligen Zollfreilagers in Zürich Altstetten besser in das öffentliche Verkehrssystem eingebunden werden kann.

Im Rahmen der Ausarbeitung des Gestaltungsplans für das Zollfreilager wurde die Verkehrserschliessung neu beurteilt. Das Zollfreilager ist durch die bestehenden Haltestellen räumlich entsprechend den Vorgaben der kantonalen Angebotsverordnung vollständig erschlossen (das Gebiet liegt im Umkreis von 400 m zur nächsten ÖV-Haltestelle). Im Dezember 2011 wurden die Betriebszeiten der Buslinie 89 abends und am Sonntag erweitert. Seit Dezember 2015 wird die Linie 89 als Hauptlinie im städtischen Taktraster betrieben (7½-Minuten-Takt tagsüber Montag bis Freitag, 15-Minuten-Takt in den Randzeiten und am Wochenende). Im Jahr 2017 wurde die Umstellung der Linie 89 auf Gelenkbusse abgeschlossen, um den Fahrgästen der Linie 89 auch während der Hauptverkehrszeiten genügend Kapazität anbieten zu können.

Zudem wurden die Linien 71 und 95 zu einer neuen Linie 83 verknüpft, die vom Bahnhof Altstetten via Flurstrasse, Albisriederplatz, Bahnhof Hardbrücke bis Milchbuck verkehrt. Dadurch wurde das Zollfreilager neben dem Bahnhof Altstetten neu auch an den Bahnhof Hardbrücke angebunden, und es wird eine umsteigefreie Direktfahrt nach Zürich-West und in Richtung Zürich-Nord angeboten. Zwischen dem Zollfreilager und dem Bahnhof Altstetten bestehen somit während der Spitzenzeiten mit den Linien 83 und 89 rund 16 Fahrtmöglichkeiten pro Stunde und Richtung. Die Betriebszeiten der Linie 83 wurden per Dezember 2018 weiter ausgedehnt (morgens ab 6 bis etwa 9 Uhr und am Abend ab etwa 16 bis 20 Uhr). Per Dezember 2019 wurde der Tagesbetrieb auf der Linie 83 von Montag bis Samstag eingeführt. Ein weiterer Ausbau ist im Rahmen des Fahrplanverfahrens 2022/23 geplant, vorausgesetzt die finanziellen Mittel werden durch den ZVV bereitgestellt.

Im Rahmen der Gesamtüberarbeitung des regionalen Richtplans wurde eine neue Tramlinie Rautistrasse–Altstetterstrasse–Lindenplatz–Bahnhof Altstetten mit langfristigem Realisierungshorizont in den Richtplan aufgenommen. Der regionale Richtplan wurde am 21. Juni 2017 durch den Regierungsrat festgesetzt. Nicht festgesetzt wurde dagegen eine Buslinie Bahnhof Altstetten–Lindenplatz–Rautistrasse–Flurstrasse–Freilagerstrasse–Albisrieden mit kurzfristigem Realisierungshorizont.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2009/322	01.07.2009 20.08.2009	Christine Seidler und Dorothea Frei (beide SP) Verkehrskonzept für den öffentlichen Verkehr sowie den Fahrrad- und Fussverkehr im Zusammenhang mit der Zooerweiterung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, im Rahmen der Zooerweiterung ein erweitertes Verkehrskonzept zu erarbeiten, das den öffentlichen Verkehr (ÖV) sowie den Fahrrad- und Fussverkehr bevorzugt. Bezüglich ÖV soll insbesondere eine auf Spitzenzeiten ausgerichtete Fahrplanverdichtung sowie der Einsatz für den Kinderwagentransport geeigneter Fahrzeuge bzw. Anhänger geprüft werden.

Bereits heute sind auf der Tramlinie 6 zu 100 Prozent für den Kinderwagentransport geeignete Niederflurfahrzeuge (mehrheitlich Cobras, teilweise Sänften) im Einsatz. Am Sonntagnachmittag verkehrt – ganz im Sinne der geforderten auf Spitzenzeiten ausgerichteten Fahrplanverdichtung – zusätzlich die Linie 5 mit Sänften zum Zoo. Anreize zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr werden durch Anfahrtsinformationen auf der Zoo-Webseite sowie regelmässigen Aktionen mit vergünstigten Eintritten für ÖV-Reisende gesetzt. Für eine zusätzliche Lenkungswirkung hatte der Gemeinderat auf Antrag des Stadtrats im April 2011 eine Erhöhung der Parkgebühren an Sonn- und Feiertagen beschlossen.

Um das Quartier vom Suchverkehr zu entlasten, setzt der Zoo an Sonn- und Feiertagen sowie in den Ferien Verkehrskadetten ein. Diese weisen die mit dem motorisierten Individualverkehr anreisenden Zoogäste bereits bei der Endhaltestelle der Tramlinie 6 auf die Parkplätze bei der Eisbahn Dolder ein. Ein kostenloser Shuttle-Bus fährt von dort zum Zoo-Haupteingang.

Um die Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln künftig noch attraktiver zu gestalten, plant der Zoo eine Seilbahn vom Bahnhof Stettbach zum Eingang Masoalahalle. Der kantonale Gestaltungsplan wurde 2011 festgesetzt, 2014 jedoch vom Verwaltungsgericht aufgehoben. 2018 wurde ein zweiter Anlauf genommen und ein auf der Grundlage eines Verkehrsgutachtens überarbeitetes Projekt eingereicht. Die weitere Planung und die Suche nach Finanzierungsmitteln erfolgt durch die Zoo Seilbahn AG.

Weiter wird zurzeit ein Verkehrskonzept unter Leitung des Tiefbauamts erarbeitet. Darin wird die verkehrliche Situation neu erhoben und beurteilt sowie Massnahmen erarbeitet. Im Sommer 2020 soll das Konzept abgeschlossen sein.

Postulat 2009/540	18.11.2009 27.06.2012	Marianne Aubert und Simone Brander (beide SP) Tramschienen, Verbesserung der Sicherheit für Velofahrende

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Tramschienen, speziell auf Plätzen und Kreuzungen, mit elastischem Material, Gummilippen, Federn oder ähnlichem für Velofahrende deutlich sicherer gemacht werden können. Ein Ideenwettbewerb könnte ausgeschrieben werden.

Aktuelle Patentrecherchen der ETH haben gezeigt, dass bereits alles erfunden ist, was sich nach aktuellem Stand der Technik als gangbarer Weg herauskristallisiert hatte. Das älteste Patent reicht bis ins Jahr 1889 zurück. Das Projekt wird jedoch noch nicht aufgegeben, sondern weitergetrieben, und die VBZ arbeiten nach wie vor zusammen mit der ETH an einem Lösungsansatz, der sich bis heute als erfolgsversprechend präsentiert. Das Ziel ist schliesslich nicht das Patent, sondern eine technisch-wirtschaftlich vertretbare Lösung zu finden.

Parallel haben Vertreter der Industrie ihr Interesse bekundet, auf dem Netz der VBZ einen Test zu machen. Da der Test auf dem Liniennetz stattfinden soll, muss die angedachte Lösung erst im Rahmen eines Plangenehmigungsverfahren vom Bundesamt für Verkehr bewilligt werden.

Postulat 2010/265	16.06.2010 27.06.2012	Florian Utz (SP) und Guido Trevisan (GLP) Einführung einer Buslinie auf der Route Hauptbahnhof–Am Wasser–Rütihof

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Buslinie auf der Route Hauptbahnhof-Breitensteinstrasse/Am Wasser-Frankental-Rütihof eingeführt werden kann.

Gemäss den Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr (LS 740.1) ist das Gebiet entlang der Breitensteinstrasse/Am Wasser vollständig erschlossen. Mit den beiden Tramlinien 13 und 17 ist das Gebiet direkt mit dem Zürcher Hauptbahnhof verbunden. Die Kapazitäten auf den beiden Tramlinien sind ausreichend. Mit der Inbetriebnahme der Tramverbindung Hardbrücke wurde das Gebiet ab dem Fahrplanwechsel Dezember 2017 zusätzlich direkt mit dem Bahnhof Hardbrücke verbunden (Verlängerung Tramlinie 8 bis Hardturm). Die Zugänglichkeit zu den Tramlinien südlich der Limmat wurde mit dem 2005 eröffneten Ampère-Steg weiter verbessert, so dass ab fast jeder Tramhaltestelle in der Hardturmstrasse eine Fusswegverbindung über die Limmat an die Breitensteinstrasse besteht.

Die Gebiete Rütihof und Frankental sind ebenfalls direkt mit dem Hauptbahnhof und dem Bahnhof Altstetten verbunden. Die Kapazitäten auf diesen Strecken reichen aus. Es bedarf keiner zusätzlichen Linie zum Hauptbahnhof. Zwischen den Gebieten Rütihof/Frankental und Am Wasser bestehen keine nennenswerten verkehrlichen Beziehungen, die eine direkte ÖV-Verbindung rechtfertigen würden. Mit den heutigen Linien und Umsteigemöglichkeiten sind die Gebiete adäquat miteinander verbunden.

Aufgrund der kantonalen Vorgaben besteht somit kein Anspruch auf eine zusätzliche Erschliessung des Gebiets Breitensteinstrasse/Am Wasser. Trotzdem wurde das Gebiet ab 1999 mit einem Kleinbus erschlossen. Mangels Nachfrage wurde die Buslinie 71 jedoch im Dezember 2008 wieder eingestellt. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Strassenverbindung nördlich der Limmat sehr stauanfällig ist und somit ein zuverlässiger Busbetrieb nicht gewährleistet werden könnte. Die Fahrzeiten zwischen Rütihof oder Frankental und dem Hauptbahnhof, wären via Am Wasser tendenziell länger als bei den bestehenden Verbindungen via Meierhofplatz.

Da das Gebiet vollständig erschlossen und adäquat mit dem Zentrum verbunden ist, würde eine zusätzliche Linie keinen nennenswerten Nutzen für die Fahrgäste stiften, wäre aber mit jährlich wiederkehrenden Mehrkosten von mehreren Millionen Franken und grösseren Investitionskosten verbunden.

Im Rahmen der Gesamtüberarbeitung des regionalen Richtplans wurde der vom Gemeinderat beantragte Eintrag für eine Buslinie Hauptbahnhof–Am Wasser–Rütihof vom Regierungsrat gestrichen (RRB Nr. 576/2017). Dieser Entscheid ist unterdessen rechtskräftig.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2011/465	07.12.2011 12.06.2013	Andrea Hochreutener und Andrea Nüssli (beide SP) Angebotsverbesserungen für die Aussenquartiere, die nur mit einer ÖV-Linie an das Stadtnetz angeschlossen sind

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich beim ZVV für eine Angebotsverbesserung für die Aussenquartiere, welche nur mit einer ÖV-Linie ans Stadtnetz angeschlossen sind, einsetzen kann. Es sollen die Anschlüsse und die Verdichtung des Taktes am Abend verbessert werden.

Ein bedeutender Teil des Stadtgebiets liegt innerhalb des Einzugsbereichs einer S-Bahn-Station. Das städtische Verkehrsnetz bindet alle Quartiere ausserhalb des Einzugsperimeters der S Bahn im städtischen Takt an den Hauptbahnhof oder den nächstliegenden S-Bahnhof an.

Mit der Anbindung des Siedlungsgebiets an die nächstliegende S-Bahn-Station ist die Erschliessungspflicht gemäss der kantonalen Gesetzgebung erfüllt. 99 % der Stadtzürcher Bevölkerung sind abends im städtischen Takt (alle 15 Minuten oder häufiger) versorgt. Kapazitätsprobleme bestehen in den Aussenquartieren der Stadt Zürich kaum, während der Randstunden sind durchgehend Kapazitätsreserven vorhanden. Die Anschlüsse sind bestmöglich aufeinander abgestimmt.

Zusätzliche Buslinien oder eine noch dichtere Erschliessung verursachen erhebliche Mehrkosten. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis wäre deutlich schlechter. Deshalb ist eine Genehmigung durch den ZVV praktisch ausgeschlossen.

Postulat 2012/79	07.03.2012 21.03.2012	Marianne Aubert und Jean-Daniel Strub (beide SP) Verbesserte Anbindung für das neu entstehende Spitalgebiet Lengg / Balgrist und das Wohnquartier Lengg/äussere Zollikerstrasse/Im Walder durch den öffentlichen Verkehr

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für das neu entstehende Spitalgebiet Lengg/Balgrist und das Wohnquartier Lengg/äussere Zollikerstrasse/Im Walder eine gute Anbindung und Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr, sowohl vom Bahnhof Tiefenbrunnen/Seefeldstrasse, wie auch von der Forchstrasse her, gewährleistet werden kann.

Gemäss dem kantonalen Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr sind die Gebiete Lengg und diejenigen entlang der Zollikerstrasse vollständig erschlossen. Eine Anbindung an die rechtsufrige S-Bahn-Linie wäre aus verkehrlicher Sicht zwar erstrebenswert, doch lässt das heutige Strassennetz eine attraktive Anbindung an den Bahnhof Tiefenbrunnen aus dem Gebiet Lengg nicht zu.

Unter Federführung des kantonalen Amts für Raumentwicklung wurde 2017 ein Masterplan für die Entwicklung des Gesundheitsstandorts Balgrist/Lengg erstellt. Im Rahmen dieser Planung wurde auch ein ÖV-Konzept für die Anbindung der Spitalstandorte erarbeitet. Die VBZ haben hierzu in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Ämtern des Kantons und der Stadt Zürich sowie den Vertreterinnen und Vertretern des Quartiers Riesbach und der Gemeinde Zollikon Lösungen entwickelt. Neben einem Ausbau des Tramangebotes auf der Forchstrasse ist vorgesehen, das Gebiet Lengg mit einer neuen Buslinie an den Bahnhof Zollikon anzubinden. Zudem soll die bestehende Buslinie 77 verlängert werden, um die EPI-Klinik an den Tramknoten Balgrist anzubinden.

Ziel ist es, bis zur Eröffnung des Kinderspitals im Gebiet Lengg die verbesserte Buserschliessung mit neuen Haltestellen und Verknüpfungspunkten zum ÖV-Netz umzusetzen. Die entsprechenden finanziellen Mittel dazu werden im Rahmen des Fahrplanverfahrens 2022/23 beantragt. Der Ausbau des Tramangebotes mit zusätzlichen Kapazitäten auf der Forchstrasse erfolgt abhängig von der Nachfrageentwicklung.

Postulat 2013/98	20.03.2013 11.06.2014	Grüne-Fraktion Beitritt zur «Blue Community-Initiative» sowie Prüfung einer Entwicklungszusammenarbeit der Wasserversorgung Zürich

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich anhand einer öffentlichen Erklärung Teil der «Blue Community-Initiative» und zur «blauen Gemeinde an der Limmat» werden und wie die Zürcher Wasserversorgung eine Entwicklungszusammenarbeit in Form einer Public-Public-Partnership eingehen kann.

Der Stadtrat hat mit Weisung GR Nr. 2016/334 seine Überzeugung bekundet, dass die Forderungen der Initiative bereits erfüllt sind und eine Selbstverpflichtung keine weitergehende Wirkung hätte. Hingegen vertritt gemäss Protokoll der 142. Ratssitzung vom 25. Januar 2017 die Mehrheit des Gemeinderats die Meinung, dass mit einem Beitritt weltweit ein solidarisches Zeichen gesetzt werden könnte. Weiterhin wird ein zusätzliches Engagement der Wasserversorgung in Form einer Entwicklungszusammenarbeit gefordert, was der Stadtrat aufgrund des übergeordneten kantonalen Rechts für unzulässig erachtet. Der Stadtrat hält an seiner in der Weisung GR Nr. 2016/334 einlässlich begründeten Auffassung fest. Er verweist zudem auf die zahlreichen alljährlich durch die Stadt unterstützten Entwicklungszusammenarbeitsprojekte im Bereich Trinkwasser und Gewässerschutz (vgl. letztmals STRB Nr. 862/2019 vom 25. September 2019, u. a. Ziffern 1.23–1.25, 1.32, 2.18, 2.21, 2.22, 2.24, 2.25, und davor Nr. 860/2018 vom 3. Oktober 2018 sowie STRB Nr. 917/2017 vom 8. November 2017).

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2013/185	22.05.2013 11.06.2014	Renate Fischer (SP) und Martin Bürki (FDP) Bevölkerungsentwicklung im Sihltal, rechtzeitiger Kapazitätsausbau der Sihltalbahn

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich, hinsichtlich der erwarteten Bevölkerungsentwicklung im Sihltal, für einen rechtzeitigen Kapazitätsausbau der Sihltalbahn, bei der auch die Taktsicherheit in Spitzenzeiten garantiert ist, einsetzen kann.

Die Sihltalbahn, Linie S4, wird von der SZU bedient. Während der Spitzenzeiten wird im Kernabschnitt zwischen Zürich HB und Langnau ein 10-Minuten-Takt angeboten, tagsüber besteht ein 20-Minuten-Takt.

Im Rahmen des Programms Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) hat die SZU ihre Vorhaben für die mittelfristige Angebotsentwicklung vorgelegt. Geplant ist eine Verdichtung des Angebots zum 7 ½-Minuten-Takt, wodurch deutlich höhere Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden können. Die angestrebte Angebotsentwicklung erfordert verschiedene Infrastrukturausbauten, deren Finanzierung über den Bund erfolgt. Die dazu erforderlichen Mittel von rund 35 Millionen. Franken fanden Aufnahme in die Botschaft des Bundesrats vom 31. Oktober 2018 zum Ausbau der Bahninfrastruktur 2030/35. Mit dem Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2035 für die Eisenbahninfrastruktur vom 21. Juni 2019 wurde die Finanzierung des Kapazitätsausbaus der SZU im beantragten Umfang bewilligt. Er soll in der Folge mittels mehrerer Infrastrukturprojekte und der Beschaffung neuen Rollmaterials, dessen Finanzierung beim ZVV zu beantragen ist, bis 2035 durch die SZU umgesetzt werden.

Postulat 2013/235	19.06.2013 03.07.2013	Guido Trevisan (GLP) und Marcel Schönbächler (CVP) Zukünftige Tramgeneration, bessere Lesbarkeit der seitlichen Beschriftungen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er bei der Bestellung der zukünftigen Tramgeneration darauf hinwirken kann, dass die seitlichen Beschriftungen (Liniennummer sowie Fahrziel) besser lesbar sind.

Den VBZ sind die Sicht- und Erkennbarkeit der Aussenanzeigen ein wichtiges Anliegen. Daher wurden im Rahmen der Ausschreibungsunterlagen der zukünftigen Tramgeneration entsprechende Mindestgrössen der Linien- und Zielanzeigen definiert. Die eingegangenen Angebote richten sich danach und liegen in der Grössenordnung der Cobra-Anzeigen. Die VBZ haben aber im Detail geprüft, wie die Lesbarkeit im Vergleich zu den Cobra-Anzeigen verbessert werden kann. Das Ergebnis stellt den besten Kompromiss für die Bedürfnisse der Fahrgäste im Innern und ausserhalb der Fahrzeuge dar.

Auflösung und Lesbarkeit der Zielanzeige verbessern sich, da neu eine weisse 32-Pixel-Anzeige (analog dem neuen Swisstrolley-Plus-Trolleybus von Hess) eingesetzt wird. Technologie, Auflösung und Farbgebung dieser Anzeige wurden bereits mit den Behindertenverbänden und dem ZVV (als Finanzierer) abgestimmt und unter verschiedenen Lichtverhältnissen als beste Variante evaluiert. Die Dimensionen der Anzeigen wurden bei der Trambeschaffung ebenfalls vorgängig mit dem Verband der Behindertenorganisationen (vormals Barrierefreier öffentlicher Verkehr [BöV], heute Inclusion Handicap) abgestimmt. Somit erfüllen die Anzeigen die besonderen Anforderungen von Fahrgästen mit eingeschränkter Mobilität gemäss der Verordnung des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) über die technischen Anforderungen an die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs.

Die Grössen wurden zudem so gewählt, dass die seitlichen Linien- und Zielanzeigen in einem Seitenfenster Platz finden, um nicht die Aussicht nach aussen zu verschlechtern. Eine Ausweitung auf zwei Fenster ist denkbar, jedoch aus dem genannten Grund sowie im Hinblick auf die Fahrzeugkonstruktion nicht sinnvoll.

Um den Erkennungswert der Liniennummer hoch zu halten, setzen die VBZ, entgegen dem Branchentrend und dem Kostendruck, weiterhin auf farbige Linienanzeigen. Bei den Flexity-Zürich-Fahrzeugen kommen erstmals hochauflösende, farbige RGB-Linienanzeiger zum Einsatz. Die Linienanzeige im Front- und Heckbereich liegt, analog dem Tram 2000, wieder über der Zielanzeige. Zudem kommt eine sehr grosse, vollfarbige, hochauflösende LED-Anzeige mit einer flächenmässig mehr als doppelt so grossen Anzeige wie beim Cobra-Tram zum Einsatz. Dank der neuen Technologie sind auch die seitlichen Linienanzeiger flächenmässig über 60 % grösser als bei den Cobra-Anzeigen. Der Einsatz von Rollbändern für die Zielanzeige kommt aus Gründen der Flexibilität des Einsatzes der Fahrzeuge nicht in Frage (vgl. auch den Bericht zum Postulat GR Nr. 2006/315).

Ganz allgemein richten sich die Anforderungen der VBZ nach am Markt verfügbaren, technisch bewährten Fahrzeuglösungen. Darin enthalten sind auch Standardlösungen für die Linien- und Zielanzeigen sowie deren Anordnung und Integration im Fahrzeug. Standard ist eine einfache Montage im Seitenfenster. Viel grössere Anzeigen für Fahrzeuge sind, wenn überhaupt, nur als Sonderlösung erhältlich. Solche Lösungen sind sehr kostspielig und bergen Risiken für die Entwicklung und die Ersatzteilversorgung, die die VBZ nicht eingehen wollen.

Die VBZ werden im Rahmen der laufenden Tramentwicklung weiterhin darauf hinwirken, dass die neuen Flexity-Trams letztlich das geeignetste Produkt nach dem Stand der Technik enthalten werden.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2014/263	27.08.2014 25.03.2015	Hans Jörg Käppeli (SP) und Andreas Kirstein (AL) Verlegung der Haltestelle der Buslinien 61 und 62 beim Bahnhof Affoltern auf die nördliche Seite der Gleise

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie für die Buslinien 61 und 62 in Fahrrrichtung Mühlacker bzw. Unteraffoltern/Schwandenholz beim Bahnhof Affoltern die Haltestelle auf die nördliche Seite der Gleise verlegt werden kann.

Am Bahnhof Affoltern ist die Buslinie 61/62 als wichtige Tangentialverbindung in Zürich Nord mit den auf der Furttallinie verkehrenden S-Bahnen (S6 und S21) verknüpft. Die Busse queren die SBB ebenerdig auf der Zehntenhausstrasse. Bei den Durchfahrten der S-Bahnen kommt es zu längeren Barriereschliessungen, die regelmässig zu Rückstaus des motorisierten Individualverkehrs (MIV) führen. Zwar sind die Fahrpläne der Buslinien so konzipiert, dass deren Durchfahrten möglichst ausserhalb der Barriereschliesszeiten erfolgen; aufgrund von Unregelmässigkeiten sowohl beim Bus- wie auch beim Bahnverkehr, aber auch bei der Durchfahrt von Güterzügen, kommt es dennoch häufiger zu Busankünften bei geschlossener Barriere.

Die Bushaltestellen befinden sich jeweils in Fahrtrichtung vor der SBB. Während auf der nördlichen Zufahrt eine kurze Busspur vorhanden ist, werden die Busse südseitig auf einer rund 70 m langen Rechtsabbiegespur geführt, sodass auch bei Rückstau vor der Barriere die Haltestelle in der Regel angefahren werden kann, und die Fahrgäste ihre S-Bahn noch erreichen. Erst bei längeren Schliesszeiten reicht der Stau so weit zurück, dass die Busse die Haltestelle nicht mehr behinderungsfrei erreichen.

Da die Furttallinie im Rechtsbetrieb befahren wird und der Bahnhof Affoltern über Aussenperrons verfügt, müssen die Fahrgäste auf der wichtigen Umsteigebeziehung zwischen den Bussen von/nach Mühlacker/Waidhof sowie den S-Bahnen von/nach Zürich HB jeweils die Gleise queren. Bei geöffneter Barriere ist dies ebenerdig möglich, bei geschlossener Barriere steht unmittelbar angrenzend eine Unterführung zur Verfügung, die allerdings nicht behindertengerecht ausgestaltet ist.

Nach Einschätzung der VBZ funktioniert der Umstieg in der heutigen Situation auch dann, wenn der Bus Richtung Mühlacker/Waidhof bei Ankunft der S-Bahn bereits an der Haltestelle wartet. Die Umsteigenden kennen die örtlichen Gegebenheiten, sodass sie via Unterführung relativ rasch und noch vor Öffnung der Barriere bei der Bushaltestelle angelangen. Ausgenommen sind indes Fahrgäste mit eingeschränkter Mobilität, welche die Unterführung nicht nutzen können.

Mit einer Verlegung der Haltestelle auf die Nordseite würde für Umsteigende aus Richtung Zürich HB nach Mühlacker/Waidhof die Gleisquerung entfallen (nur in dieser Richtung); profitieren würden vor allem jene Fahrgäste, die die Unterführung nicht nutzen können, für die übrigen Fahrgäste würde sich eine gewisse Komfortsteigerung ergeben. Grundsätzlich unterstützt der Stadtrat deshalb die angeregte Verlegung der Haltestelle, möchte diese aber aus den nachstehenden Gründen im Zusammenhang mit dem Tram Affoltern und der damit verbundenen Anpassung des Verkehrsregimes im Zentrum von Affoltern umsetzen.

Faktisch käme mit der heutigen Linienführung nur die Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle nördlich der SBB-Gleise in Betracht. Mit der zusätzlichen Haltestelle müssten demnach sämtliche Fahrten der Linie 61/62 am Bahnhof Affoltern zweimal anhalten. Eine Aufhebung der bestehenden Haltestelle südlich der SBB-Gleise würde nämlich die oben beschriebene Befahrung des Rechtsabbiegestreifens verunmöglichen, sodass die Busse bei geschlossener Barriere noch stärker vom Rückstau betroffen wären.

Das mit dem Tram Affoltern vorgesehene Verkehrsregime im Zentrum Affoltern sieht vor, dass die Busse zukünftig via Jonas-Furrer-Strasse–Riedenhaldenstrasse zum Bahnhof geführt werden. Mit der veränderten Führung entfällt die oben beschriebene Problematik. Im Rahmen des Vorprojekts Tram Affoltern wurde deshalb entschieden, für eine Haltestelle nördlich der SBB ein separates Bedürfnis auszulösen. Eine Realisierung der Haltestelle ist für 2025 vorgesehen.

Postulat 2015/70	11.03.2015 08.07.2015	Andrea Nüssli und Simone Brander (beide SP) Verbesserung der Bus-Anbindung des Rütihofquartiers an die Stadtbahnhöfe Oerlikon und Altstetten

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, sich beim ZVV einzusetzen, wie die Bus-Anbindung des Rütihofquartiers an die Stadtbahnhöfe Oerlikon und Altstetten verbessert werden können. Dazu soll insbesondere geprüft werden, wie der Takt der Buslinie 89 am Tag verdichtet und bis Mitternacht und an sieben Wochentagen ausgebaut werden kann.

Das Angebot der Linien 46 und 89 wurde per Dezember 2017 und Dezember 2018 weiter ausgebaut. Die Linie 46 verkehrt neu in den Spitzenzeiten am Abend alle 5 Minuten durchgehend bis Rütihof (statt alle 6 Minuten bisher). Die Linie 89 verkehrt seit Fahrplanwechsel im Dezember 2018 am Sonntag bis 21 Uhr auch zwischen Bahnhof Altstetten und Heizenholz.

Die aktuellen und prognostizierten Fahrgastzahlen zeigen, dass die Nachfrage ausserhalb der Spitzenzeiten auf der Linie 89 zwischen Bahnhof Altstetten und Heizenholz sehr niedrig ist. Ein Busbetrieb auf diesem Abschnitt, täglich auch nach 21 Uhr, zieht erhebliche Mehrkosten nach sich, dies bei einer zu erwartenden Nachfrage, die noch niedriger als tagsüber ist. Demzufolge hat sich auch die Regionale Verkehrskonferenz Zürich (RVKZ) im Fahrplanverfahren 2018/19 für eine niedrige Priorität ausgesprochen. Eine erneute Prüfung wurde im Fahrplanverfahren 2020/21 vorgenommen, jedoch vom ZVV trotz entsprechendem Antrag der VBZ nicht in die Vorgaben aufgenommen, womit keine entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Ein im Rahmen desselben Fahrplanverfahrens eingereichtes Begehren wurde zudem von der RVKZ abgelehnt, da sich an der Ausgangslage (fehlende Nachfrage für einen wirtschaftlichen Betrieb) nichts geändert hat und zudem ähnliche Begehren auch schon in den beiden vorherigen Fahrplanverfahren abgelehnt wurden.

Die Anbindung nach Oerlikon ist mit dem aktuellen Liniennetz, bezogen auf das aktuelle Verkehrsbedürfnis, als ausreichend zu bewerten. Es ist möglich, sowohl mit der Linie 89 via Altstetten und weiter mit der S-Bahn als auch mit der Linie 46 via Meierhofplatz und weiter mit der Linie 80 nach Oerlikon zu reisen (oder zum Flughafen via Bahnhof Wipkingen). Eine direkte Linie verursacht erhebliche Mehrkosten, ohne dabei jedoch zusätzliche Fahrgäste anzuziehen. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis wäre entsprechend ungünstig.

Als Verbindung zwischen den Stadtbahnhöfen Altstetten und Oerlikon steht (nebst den S-Bahnen) die Linie 80 zur Verfügung. Die Linie 89 könnte diese Funktion mit dem Umweg via Rütihof nicht ausfüllen, da die Fahrzeiten deutlich länger wären als mit den bestehenden Angeboten.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2016/83	16.03.2016 30.03.2016	Roger Liebi und Peter Schick (beide SVP) Erstellung einer Schnellbahn/U-Bahn unter Gegenüberstellung der Kosten und des volkswirtschaftlichen Gesamtnutzens

Wir bitten den Stadtrat um Evaluierung einer im Terminus des Richtplanes langfristig zu erstellenden Schnellbahn/U-Bahn. Dies soll unter Gegenüberstellung der voraussichtlichen Kosten, entsprechenden Beteiligungen von Bund und Kanton und dem volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen geschehen. Die Schnellbahn/U-Bahn soll primär die Tangenten um und im Stadtgebiet stärken und damit das ÖV-Zentrum weiter entlasten.

Die langfristige Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrsangebots in der Stadt werden die VBZ im Jahr 2020 mit der Aktualisierung der Netzentwicklungsstudie untersuchen. Die Überweisung eines vergleichbaren Postulats (KR Nr. 319/2015) wurde jedoch am 18. September 2017 im Kantonsrat mit einer deutlichen Mehrheit von 146 zu 16 Stimmen abgelehnt. In seinen Erwägungen hat der Regierungsrat damals verschiedene Aspekte aufgeführt gegen eine U-Bahn als die geeignete Lösung zur weiteren Verbesserung des ÖV-Systems; u. a. die Grösse der Stadt, einschliesslich der näheren Agglomeration, das bestehende, leistungsfähige Netz von S-Bahn, Tram und Bus sowie dessen künftiger Ausgestaltung. Zudem wäre der Bau mit sehr hohen Investitionskosten für Strecke, Haltestellen, Abstell- und Unterhaltsanlagen sowie erheblichen zusätzlichen Betriebskosten verbunden.

Postulat 2017/2	11.01.2017 25.01.2017	Mario Mariani (CVP) und Mathias Manz (SP) Freilager-Areal in Albisrieden, bessere Anbindung an das Busnetz

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Freilager in Albisrieden besser an das Busliniennetz angeschlossen werden kann. Dabei soll einerseits die Schaffung einer bis zwei neuen Haltestellen und andererseits die Erhöhung der Frequenzen der Busse im Brennpunkt der Prüfung stehen.

Der Stadtrat hat bereits in seiner Berichterstattung zum Postulat GR Nr. 2008/144 (Mario Mariani und Claudia Rabelbauer-Pfiffner, Zollfreilager-Areal Flurstrasse/Rautistrasse, Anbindung an den öffentlichen Verkehr) dargelegt, dass das Zollfreilager-Areal gemäss den Vorgaben der kantonalen Angebotsverordnung vollständig mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen ist. Weite Teile des Freilager-Areals unterschreiten den Schwellenwert von 400 m Luftlinie zur nächsten Haltestelle sogar deutlich.

Zusätzlich erfolgt die Erschliessung nach wirtschaftlichen und angebotsplanerischen Überlegungen. Die Schaffung neuer Haltestellen im Umkreis des Freilager-Areals könnte aus wirtschaftlichen Gründen nur mit einer Schwächung der heutigen Bus-Achse Hubertus–Bahnhof Altstetten erfolgen, was aus Nachfrage- und Attraktivitätsgründen nicht sinnvoll ist. Würden viele Haltestellen jeweils nur von einer Buslinie bedient werden, muss man sich als Fahrgast vorher überlegen, zu welcher Haltestelle man geht. Im Gegensatz zum bestehenden Konzept verkehrt an dieser Haltestelle dann jedoch seltener ein Bus, als wenn alle Buslinien die gleiche Haltestelle bedienen (zumal bis Hubertus und Bahnhof Altstetten auch dieselbe Relation bedient wird).

Die beiden zum Freilager fahrenden Buslinien verkehren bereits seit einigen Jahren in den Stosszeiten im stadtweit üblichen 7½-Minuten-Takt, so dass sich ein überlagernder 3¾-Minuten-Takt ergibt. Tagsüber verkehrt die Linie 89 ebenfalls im 7½-Minuten-Takt, zu den Randzeiten und am Wochenende im 15-Minuten-Takt. Die Linie 83 verkehrt ab Fahrplanwechsel von Montag bis Samstag ebenfalls tagsüber im 15-Minuten-Takt, was dann beispielsweise am Samstag zusammen mit der Linie 89 einen überlagerten 7½-Minuten-Takt ergibt. Ein weiterer Ausbau der Linie 83 hinsichtlich Takt und Betriebszeiten ist vorgesehen und wird bei entsprechender Bereitstellung finanzieller Mittel im Rahmen des Fahrplanverfahrens umgesetzt.

Postulat 2018/143	12.07.2017 11.04.2018	Michael Baumer und Christoph Luchsinger (beide FDP) Erarbeitung der Grundlagen für eine Anbindung der ETH Hönggerberg mittels Seilbahn mit Bedürfnisanalyse und Wirtschaftlichkeitsrechnung

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit vorzulegen, mit dem die nötigen Grundlagen für eine Anbindung der ETH Hönggerberg mittels Seilbahn erarbeitet werden, inklusive Bedürfnisanalyse und Wirtschaftlichkeitsrechnung.

Postulat 2017/304	06.09.2017 08.11.2017	Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Balz Bürgisser (Grüne) Bessere Erschliessung von Witikon mit einer direkten Busverbindung via Zoo zum Bahnhof Stettbach

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Witikon mit einer direkten Busverbindung via Zoo zum Bahnhof Stettbach besser erschlossen werden kann.

Die Verbindung Witikon–Zoo–Stettbach ist bereits mit dem bestehenden Fahrplanangebot möglich. Nach Stettbach gelangt man alternativ via Fällanden oder mit der Linie 31 via Kreuzplatz–Bahnhof Stadelhofen zum Bahnhof Stettbach. Auch der Zoo ist von Witikon aus mit einmaligem Umsteigen erreichbar. Die gewünschte Verbindung weist ein viel zu niedriges Potential aus, um wirtschaftlich betrieben werden zu können. Einerseits, weil zwischen Witikon und Zoo kaum Siedlungsgebiete liegen, andererseits auch, weil der Umweg via Zoo eine potentielle Direktverbindung Witikon–Stettbach unattraktiv macht und keinen zeitlichen Vorteil mehr bietet. Gleichermassen wird die Linie 751 (Kirche Fluntern–Gockhausen–Stettbach) damit konkurrenziert, weshalb dort das Angebot reduziert werden müsste (zulasten der Verbindungen nach Kirche Fluntern). Um die Verbindung attraktiv zu gestalten, müsste sie in einem dichten Takt verkehren, was aus wirtschaftlicher Sicht kaum zu realisieren ist. Allein die Kosten für einen 30-Minuten-Takt von Montag bis Sonntag liegen bereits über den durchschnittlich insgesamt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel eines Fahrplanverfahrens. Auch dient die Katzenschwanzstrasse als Stauraum für den motorisierten Individualverkehr, um die Buslinien 31, 701, 703 und 704, die in Witikon verkehren, pünktlich durch Witikon betreiben zu können. Ausserdem hat die bestehende Verbindung Stettbach–Zoo (Linie 751) noch genügend Platzreserven, um eine allfällige zusätzliche Nachfrage Richtung Zoo aufnehmen zu können, weshalb auch unter diesem Gesichtspunkt keine zusätzliche Verbindung notwendig ist. Dennoch haben die VBZ beim ZVV im Rahmen des Fahrplanverfahrens 2022/23 einen entsprechenden Antrag gestellt.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/5	10.01.2018 11.04.2018	Balz Bürgisser (Grüne) und Jean-Daniel Strub (SP) Gewährleistung der Fahrplanstabilität der Buslinie 31

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Fahrplanstabilität der Buslinie 31 baldmöglichst gewährleistet werden kann.

Postulat 2018/36	31.01.2018 11.04.2018	Bernhard im Oberdorf und Heinz Schatt (beide SVP) Erhalt des VBZ-Schalters in Schwamendingen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er sich beim ZVV dafür einsetzen kann, dass der VBZ-Schalter in der Post Schwamendingen erhalten werden kann oder ein Ersatz in der Nähe realisiert wird.

Postulat 2018/79	28.02.2018 11.04.2018	Raphaël Tschanz und Albert Leiser (beide FDP) Erhalt des VBZ-Schalters am Goldbrunnenplatz

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er sich beim ZVV dafür einsetzen kann, dass der VBZ-Schalter am Goldbrunnenplatz erhalten werden kann oder ein Ersatz in der Nähe realisiert wird.

Postulat 2018/410	31.10.2018 14.11.2018	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen Einführung eines einheitlichen Tarifs beim Energieverbund Altstetten unter dem Lead des ewz

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt Zürich beim Energieverbund Altstetten einen einheitlichen Tarif unter dem Lead des ewz einführen kann, der auch für allfällige Sekundärverbunde gilt, ähnlich wie dies in den Fernwärmegebieten von ERZ Fernwärme funktioniert.

Postulat 2018/463	28.11.2018 28.08.2019	Pablo Bünger (FDP) und Helen Glaser (SP) Direkte Trolleybusverbindung zwischen Kienastenwies und Hauptbahnhof via Hottingerplatz und Neumarkt

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er sich beim ZVV und insbesondere im Verkehrsrat dafür einsetzen kann, dass spätestens auf den Zeitpunkt der Umsetzung der Haltestellen- bzw. Platzprojekte Römerhof, Hottingerplatz und Heimplatz hin eine direkte Trolleybusverbindung zwischen Kienastenwies und Hauptbahnhof via Hottingerplatz und Neumarkt umgesetzt wird.

Auf jeden Fall ist bei den zu prüfenden Optionen sicherzustellen, dass die Buslinie 31 zwischen Hegibachplatz und Hauptbahnhof via Zeltweg erhalten bleibt.

Postulat 2018/465	09.01.2019 20.03.2019	Markus Kunz (Grüne) und Michael Kraft (SP) Bericht zur Reduktion der CO_2-Emissionen und zur Realisierung eines CO_2-freien Energiemix der städtischen Betreiber von Fernwärmenetzen und Energieverbunden

Der Stadtrat wird aufgefordert in einem Bericht darzulegen, wie die städtischen Betreiber von Fernwärmenetzen und Energieverbunden mittelfristig einen 100-prozentig CO_2-freien Energiemix anbieten können und wie sie zweitens den fossilen Anteil im Energiemix umgehend zu reduzieren beginnen. Der Bericht soll zudem aufzeigen, wie und zu welchen Kosten den Kundinnen und Kunden der städtischen Fernwärmenetze und Energieverbunde schon heute ein vollständig CO_2-freies Produkt angeboten werden kann.

Motion 2019/3	28.11.2018 25.09.2019	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Ausarbeitung einer Energieversorgungsverordnung

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Energieversorgungsverordnung vorzulegen. Diese soll insbesondere Aussagen zu den folgenden Punkten machen: Ziele der Energieversorgung in der Stadt, ökologische Eckpunkte der Energieversorgung (Emissionsziele und Absenkpfad gemäss Abkommen von Paris, Energieträger etc.), wirtschaftliche Ziele und Eckpunkte der Corporate Governance..

Postulat 2019/5	09.01.2019 16.01.2019	Përparim Avdili und Albert Leiser (beide FDP) Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebots auf der Rautistrasse

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die öffentliche Verkehrsbindung auf der Rautistrasse verbessert und für die Buslinien 67 und 78 sowohl grössere Busse zur Verfügung gestellt als auch in höheren Frequenzen auch ausserhalb der Stosszeiten gefahren werden kann, bestenfalls im gewohnten 7-Minuten-Takt.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/121	27.03.2019 10.04.2019	Felix Stocker und Hans Jörg Käppeli (beide SP) Grossflächige Kennzeichnung der Tramtüren für Personen mit Kinderwagen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Türen der Trams der Zürcher Verkehrsbetriebe, die für den Einstieg von Personen mit Kinderwagen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität vorgesehen sind, nach dem Vorbild der Basler Verkehrsbetriebe grossflächig als solche signalisiert werden können.

Postulat 2019/130	03.04.2019 10.04.2019	Matthias Probst (Grüne) und Michael Kraft (SP) Einmalige Abschreibung von Verträgen mit frühen Anbietern von Solarenergie zur Senkung der Tarife

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Verträge mit Anlagen der Solarstrombörse mit älteren Solaranlagen so einmalig abgeschrieben werden können, dass der Solarstrom aus diesen Anlagen nicht mehr als 18 Rappen pro Kilowattstunde kostet.

Postulat 2019/137	10.04.2019 25.09.2019	FDP-Fraktion Schaffung von Anreizen für die Nutzung von Dachflächen durch «ewz.solarzüri» oder vergleichbare Anbieter

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er Anreize für Eigentümerinnen und Eigentümer schaffen kann, damit diese vermehrt ihre Dachflächen für «ewz.solarzüri» oder vergleichbare Anbieter zur Verfügung stellen.

Motion 2019/212	22.05.2019 25.09.2019	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen und die Parlamentsgruppe EVP Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat die notwendigen Anpassungen sowohl bei Verordnungen des ewz wie auch der Bau- und Zonenordnung vorzulegen, welche einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Zürich ermöglichen sollen mit dem Ziel, dass bis 2030 mind. 10 % des städtischen Strombedarfs damit abgedeckt wird.

Sofern der Zubau über eigenen oder zugemietete Dachflächen erfolgt (Eigenverbrauch oder ewz.solarzüri), ist dafür ein Rahmenkredit für eine erste Ausbautranche zu beantragen. Für eine allfällige Garantiefinanzierung oder einen verbesserten kommunalen Rücknahmetarif zur Stärkung des Anreizsystems bei Privaten (ewz.meinsolar), ist dafür ein Rahmenkredit zu beantragen.

Postulat 2019/216	22.05.2019 25.09.2019	SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen sowie der Parlamentsgruppe EVP Bericht und allfällige Projektkredite zur Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse und Massnahmen aus dem «Konzept Energieversorgung 2050 der Stadt Zürich»

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat in einem Bericht aufzuzeigen, wie die im «Konzept Energieversorgung 2050 der Stadt Zürich» gewonnenen Erkenntnisse und Massnahmen umgesetzt werden und ob bezüglich der im Konzept nur grob skizzierten umsetzungstechnischen Fragen für die weitere Konkretisierung einer fossil-freien Energieversorgung neue Resultate vorliegen. Dabei ist auch aufgezeigt, welche Anstrengungen unternommen werden müssen, wenn als Ziel fürs Jahr 2030 das Effizienz-Szenario a zu einem grossen Teil umgesetzt werden soll. Die Grundlagen im regionalen

Richtplan wie auch in der Bau- und Zonenordnung mit den dafür notwendigen erneuerbaren Energiezonen sollen für die erste Ausbautranche beantragt werden. Allfällige Projektkredite sollen dem Gemeinderat gleichzeitig mit dem Bericht beantragt werden.

Postulat 2019/247	05.06.2019 19.06.2019	SP-, FDP- und Grüne-Fraktionen Ersatzangebot für Menschen mit einer Mobilitätsbehinderung als Ergänzung zum VBZ-Pilotprojekt «VBZ FlexNetz»

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie als Ergänzung zum VBZ-Pilotprojekt «FlexNetz» (Weisung GR Nr. 2018/434), ein adäquates Ersatzangebot für Menschen mit einer Mobilitätsbehinderung bereitgestellt werden kann. Damit soll die Chancengleichheit für Menschen mit einer Mobilitätsbehinderung gewährleistet werden, gemäss den rechtlichen Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG), der Zürcher Kantonsverfassung sowie der von der Schweiz ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention.

Postulat 2019/536	04.12.2019 11.12.2019	Ernst Danner und Roger Föhn (beide EVP) Bereitstellung der notwendigen Fachkompetenz für einen verstärkten Einsatz der Stadt zugunsten der Anbindung Zürichs an das europäische Hochleistungsnetz der Bahn

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Stadtverwaltung die notwendige Fachkompetenz erstellt werden kann für einen verstärkten Einsatz der Stadt zugunsten der Anbindung Zürichs an das europäische Hochleistungsnetz des Bahnverkehrs, damit Bahnverbindungen attraktiver werden als Kurzstreckenflüge.

Schul- und Sport-departement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Schul- und Sportdepartement

1.	**Vorwort**	**299**
2.	**Jahresschwerpunkte**	**300**
3.	**Kennzahlen Schul- und Sportdepartement**	**301**
4.	**Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen**	**302**
4.1	**Departementssekretariat und Zentrale Verwaltung**	**302**
4.1.1	Aufgaben	302
4.1.2	Jahresschwerpunkte	302
4.2	**Schulamt**	**304**
4.2.1	Aufgaben	304
4.2.2	Jahresschwerpunkte	304
4.2.3	Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote	306
4.2.4.	Schulpflege und Kreisschulbehörden	308
4.2.4.1	Aufgaben	308
4.2.4.2	Jahresschwerpunkte	308
4.2.4.3	Berichte aus den Schulkreisen	308
4.2.5	Spezifische Kennzahlen Schulamt	312
4.3	**Schulgesundheitsdienste**	**313**
4.3.1	Aufgaben	313
4.3.2	Jahresschwerpunkte	313
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	315
4.4	**Musikschule Konservatorium Zürich und Schulkommission**	**315**
4.4.1	Aufgaben	315
4.4.2	Jahresschwerpunkte	315
4.4.3	Konzerte und Projekte	316
4.4.4	Schulkommission	317
4.4.5	Spezifische Kennzahlen	317
4.5	**Sportamt**	**318**
4.5.1	Aufgaben	318
4.5.2	Jahresschwerpunkte	318
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	319
4.6	**Fachschule Viventa und Schulkommission**	**321**
4.6.1	Aufgaben	321
4.6.2	Jahresschwerpunkte	321
4.6.3	Schulkommission Fachschule Viventa	322
4.6.4	Spezifische Kennzahlen	323
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**324**

1. Vorwort

Filippo Leutenegger. (Bild: Youri Claessens)

Auch im Berichtsjahr war das Schul- und Sportdepartement (SSD) im Bereich der Schulraumplanung stark gefordert. Die Stadt Zürich ist als Wohnort gerade auch für Familien nach wie vor sehr attraktiv. Dies schlägt sich in den Schülerinnen- und Schülerzahlen nieder: Diese haben im Schuljahr 2019/20 um über 1100 zugenommen. Dank der Eröffnung von drei neuen Schulhäusern und der Realisierung von acht neuen ZüriModular-Pavillons (ZM-Pavillons) konnte dennoch ausreichend Schulraum für die heute insgesamt 33 400 Schülerinnen und Schüler bereitgestellt werden.

Auf den Schuljahresbeginn 2019/20 haben weitere zwölf Schulen den Betrieb als Tagesschule aufgenommen. Mit dem Projekt «Betreuung Freizeit» (BeFrei) soll sichergestellt werden, dass das Tagesschulmodell für die Eltern bezahlbar bleibt und für die Stadt Zürich finanzierbar ist. Das Projekt strebt eine enge Zusammenarbeit zwischen schuleigenen, schulnahen und externen Kooperationspartnern im Bereich der Betreuung an. Die Projekte «Tagesschule 2025» und «BeFrei» bilden zusammen den städtischen Strategie-Schwerpunkt «Lebensraum Schule».

Ein persönliches Anliegen war mir die administrative Entlastung des Schulpersonals – insbesondere im komplexen Bereich des Rechnungswesens. So konnten in Absprache mit der Finanzkontrolle die Ausführungsbestimmungen zum Globalkredit vereinfacht werden, was zu einer administrativen Entlastung führt und vom Schulpersonal positiv aufgenommen wurde. Daneben ist es ebenfalls gelungen, eine Lösung für die Versicherung von Kleinpensen zu finden. Diese können künftig bei der Personalvorsorge des Kantons Zürich oder bei der Pensionskasse Musik und Bildung versichert werden. Damit konnte einem vielfach geäusserten Bedürfnis entsprochen werden. Zudem wurden in einem Pilotversuch ausgewählte Schulen mit Kreditkarten ausgestattet, um die Abrechnung von Auslagen des Schulpersonals weiter zu vereinfachen. Es ist geplant, die Kreditkarten für die Schulen auf das Schuljahr 2020/21 flächendeckend einzuführen.

Mit der Zunahme der Schulkinder und dem Ausbau der Tagesschulen steigt auch der Bedarf an Fachpersonen Betreuung. Als überzeugter Anhänger des dualen Bildungssystems freut es mich, dass wir für das Schuljahr 2019/20 die Anzahl Lehrstellen erneut erhöhen konnten. Aktuell absolvieren insgesamt 217 Frauen und Männer eine Berufsausbildung in der schulischen Betreuung, was einem Zuwachs von fast 50 % entspricht.

Auch die Fachschule Viventa (FSV) erzielte im Bereich der Berufsvorbereitung wiederum ausgezeichnete Ergebnisse. Von den rund 450 Jugendlichen fanden über 93 % eine Anschlusslösung. Ebenfalls gut unterwegs ist das Sonderschulangebot «15plusSHS». Insgesamt 60 Jugendliche sind in diesem Angebot gestartet. Dank entsprechender Begleitung konnten zwölf Schülerinnen und Schüler erfolgreich in die Regelklassen der Berufsvorbereitung integriert werden.

Die Schulgesundheitsdienste (SG) sind damit beschäftigt, ein Konzept für den Umgang mit Depressionen und Angststörungen bei Schülerinnen und Schülern auszuarbeiten. In einem ersten Schritt wurden die bereits bestehenden Angebote geprüft, sodass ganz konkret Lücken geschlossen werden können. Es ist vorgesehen, die geplanten Massnahmen der Schulpflege (ZSP) im Frühjahr 2020 zum Beschluss vorzulegen.

Gerne bezeichnen wir Zürich als Bäderstadt. Gerade in den Hitzeperioden sorgen die Freibäder für willkommene Abkühlung. Im Berichtsjahr zählten die städtischen Badeanlagen insgesamt 3,41 Millionen Eintritte. Die sechs vom Sportamt (SPA) betriebenen Hallenbäder verzeichneten einen neuen Gästerekord, und die Freibäder erzielten mit über 2 Millionen Eintritten das zweitbeste je erzielte Ergebnis während einer Sommersaison. Immer wieder verlangten Bürgerinnen und Bürger die Verlängerung der Badesaison. Im Rahmen eines Pilotversuchs wurde im Berichtsjahr in drei Sommerbädern die Badesaison um insgesamt neun Wochen verlängert. Diese Saisonverlängerung kam bei den Badegästen sehr gut an. Eine detaillierte Auswertung des Pilotversuchs wird zeigen, wie sich die Öffnungszeiten künftig gestalten werden.

Ganz im Zeichen des städtischen Strategie-Schwerpunkts «Digitale Stadt» hat Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) im Berichtsjahr «eBill» eingeführt. Bereits vor rund zwei Jahren hat MKZ das Kundenkonto «Mein MKZ» lanciert, um die Administration rund um den Musikunterricht digital abzuwickeln. Die Einführung von «eBill» schliesst nun die letzte Lücke, denn die Rechnungsstellung erfolgt künftig elektronisch. Damit übernimmt MKZ eine Pionierrolle in der städtischen Verwaltung. Der technische und administrative Einführungsaufwand dürfte sich auszahlen, da «eBill» die tägliche Arbeit erleichtert sowie Ressourcen und Umwelt schont.

Meine vielen Schulbesuche zeigen, dass die Belastung des Schulpersonals durch administrative Aufgaben nach wie vor hoch ist. Zwar konnten im Berichtsjahr verschiedene Verbesserungen insbesondere im Bereich des Rechnungswesens erzielt werden, aber gewisse Abläufe müssen weiterhin vereinfacht und verschlankt werden. Erste Schritte zur Digitalisierung von Zahlungsprozessen wurden gemacht. Diese Prozesse müssen zielgerichtet weiterverfolgt werden. Eine gute Entlastung bringen die Schulleitungssekretariate. Im Berichtsjahr haben weitere 27 Sekretariate den Betrieb aufgenommen. Mit Beginn des Jahres 2022 sollen an allen Schulen der Stadt Zürich die Schulleitungssekretariate eingeführt sein.

Stadtrat Filippo Leutenegger
Vorsteher des Schul- und Sportdepartements

2. Jahresschwerpunkte

Die Jahresschwerpunkte des Departements ergeben sich aus denjenigen der Dienstabteilungen, die unter Punkt zwei in den jeweiligen Kapiteln vermerkt sind. Zudem gibt der Vorsteher in seinem Vorwort einen Überblick über die Hauptereignisse des Berichtsjahrs. Auf ein weiteres Zusammentragen derselben Inhalte wird an dieser Stelle verzichtet.

3. Kennzahlen Schul- und Sportdepartement

	2015	2016	2017	2018	2019[1]
Mitarbeitende total	**7767**	**7032**	**7082**	**7294**	**7774**
davon Frauen	5578	5124	5179	5338	5718
davon Männer	2189	1908	1903	1956	2056
Ø FTE/Stw.-Ä.[2]	**3405**	**3249**	**3306**	**3431**	**3649**
Führungskader total	**1257**	**1211**	**1196**	**1077**	**990**
davon Frauen	851	809	803	707	647
davon Männer	406	402	393	370	343
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)					
Funktionsstufe	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**
FS 16–18	– –	9,1 90,9	9,1 90,9	10,0 90,0	18,2 81,8
FS 14–15	– –	35,7 64,3	40,0 60,0	34,0 66,0	36,0 64,0
FS 12–13	– –	63,6 36,4	64,0 36,0	68,8 31,2	66,7 33,3
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 % (Vollzeitstellen)					
Total	**909**	**830**	**842**	**880**	**899**
Frauen	413	390	388	403	404
Männer	496	440	454	477	495
Frauen (in %)	45,4	47,0	46,1	45,8	44,9
Männer (in %)	54,6	53,0	53,9	54,2	55,1
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 %(Teilzeitstellen I)					
Total	**2113**	**2221**	**2352**	**2538**	**2738**
Frauen	1645	1704	1803	1937	2100
Männer	468	517	549	601	638
Frauen (in %)	77,9	76,7	76,7	76,3	76,7
Männer (in %)	22,1	23,3	23,3	23,7	23,3
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)					
Total[3]	**6652**	**5635**	**5135**	**5253**	**5638**
Frauen	4835	4209	3867	3979	4293
Männer	1817	1426	1268	1274	1345
Frauen (in %)	72,7	74,7	75,3	75,7	76,1
Männer (in %)	27,3	25,3	24,7	24,3	23,9
Lernende					
Total	**154**	**167**	**164**	**179**	**202**
davon Frauen	90	92	97	105	106
davon Männer	64	75	67	74	96
Personalaufwand	431 835 206	422 264 506	426 768 978	440 128 142	452 536 521
Sach- und übriger Betriebsaufwand	93 230 525	96 092 682	97 955 148	101 159 512	136 424 330
Übriger Aufwand	587 885 524	619 596 662	625 698 081	641 503 496	631 821 895
Total Aufwand	1 112 951 255	1 137 953 850	1 150 422 207	1 182 791 150	1 220 782 746
Bruttoinvestitionen[4]	894 050	1 126 709	1 009 270	698 511	6 953 817

[1] Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2.
[2] Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP-HCM-Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.
[3] Der Rückgang der Anzahl Mitarbeitende bzw. Anstellungen im Jahr 2016 ergibt sich aus der Umstellung im städtischen SAP HCM und der damit zusammenhängenden Neudefinition der stellenwertbildenden Mitarbeiterkreise. Im SSD werden dadurch die Dolmetscherinnen und Dolmetscher (Mitarbeiterkreis 27) sowie die Leiterinnen und Leiter für freiwillige Sportkurse für Jugendliche und für freiwillige Schulsportkurse (Mitarbeiterkreis 60) in dieser Auswertung nicht mehr mitgezählt.
[4] Investitionsausgaben des Verwaltungsvermögens

Definitionen:
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeiterkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind.
Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt.
Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

4.1 Departementssekretariat und Zentrale Verwaltung

4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat (DS) und die Zentrale Verwaltung unterstützen den Vorsteher des Schul- und Sportdepartements (VSS) in der Führung und Steuerung des Departements. Sie erfüllen departementale Querschnittsaufgaben in den Bereichen Recht, Finanzcontrolling, Informatik sowie Personal und sind für die Prozessführung bei strategischen Themen des Departements verantwortlich. Die Führung des Beitragswesens für bildungs- und kulturnahe Institutionen sowie die Ausübung der Aufsicht über die Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV) und das Nordamerika Native Museum (NONAM) sind spezielle Aufgabenbereiche des Departementssekretariats.

4.1.2 Jahresschwerpunkte

Fachstelle für Gewaltprävention (FfG)
Seit Jahrzehnten beschäftigt das Thema «Gewalt in der Schule» nicht nur die pädagogische, sondern auch die öffentliche Diskussion. Körperliche und psychische Übergriffe auf Mitschülerinnen und Mitschüler (wie auch auf Lehrpersonen) finden grosse Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und oft eine enorme Resonanz in den Medien. Es entsteht der Eindruck, Gewalt und Aggression in den Schulen würden stetig zunehmen, was in dieser pauschalisierten Form nicht der Fall ist.

Gewalt von Schülerinnen und Schülern lässt sich nicht völlig vermeiden. Aggressionen gehören zum menschlichen Verhaltensmuster und sind grundsätzlich normale Reaktionen in ganz bestimmten Situationen, werden aber sehr individuell ausgelebt. Die FfG begleitet Schulen in anspruchsvollen Situationen und versucht, gemeinsam mit allen Beteiligten ein möglichst aggressions- und gewaltfreies Klima zu schaffen. Dabei werden insbesondere die Kompetenzen des sozialen Zusammenlebens gefördert, um Gewaltvorfälle auf ein Minimum zu reduzieren.

Nur das frühzeitige Erkennen von schwierigen Situationen ermöglicht wirkungsvolle Präventionsarbeit. Dabei stehen der FfG unter anderem elektronische Tools für die Früherkennung zur Verfügung. Zu Verunsicherung führen ab und zu auch Aussagen religiösen Ursprungs, die von den Schülerinnen und Schülern oft zwar lediglich als Provokation gemeint sind, aber dennoch zu Spannungen in den Schulen führen, und so das Schul- und Klassenklima kurzfristig beeinträchtigen können. Aber auch neue technische und mediale Entwicklungen sind ständige Herausforderungen, mit der sich die Schule konfrontiert sieht. Ausprägungen von Gewalt wie das Filmen von Übergriffen auf Mitschülerinnen und Mitschüler mit dem Smartphone oder die beleidigenden Äusserungen in diversen sozialen Foren und Chats belegen dies.

Fazit: Die Ausprägung von physischer, also körperlicher, Gewalt bleibt weiterhin verbreitet. Daneben haben sich Mobbing, Bullying und herablassende Beleidigungen als Form von psychischer und verbaler Gewalt im Schulkontext etabliert, was bei den Opfern in aller Regel sogar noch stärkere Verletzungen und Demütigungen zur Folge hat als körperliche Übergriffe.

Bei der Kontaktaufnahme über das Intake der FfG werden Ratsuchende mit Wissensvermittlung und Handlungsempfehlungen unterstützt, was zum Verständnis und zur Beruhigung der jeweiligen Situation beitragen kann. Im Laufe des Berichtsjahrs bearbeitete die Fachstelle für Gewaltprävention 221 Fälle und erreichte damit 2371 Schülerinnen und Schüler. Die Interventionsanfragen betreffen dabei häufig Mobbing, Klassenklima, destruktive Gruppendynamik, Bedrohung und Soziale Medien.

Fälle	2016	2017	2018	2019
	203	191	204	221

Beitragswesen
Das Beitragswesen des SSD unterstützt verschiedene private oder öffentlich-rechtliche bildungsnahe Institutionen in der Stadt Zürich wie Bibliotheken, Institutionen im musischen Bereich oder Einrichtungen für Aus- und Weiterbildungen sowie Freizeitgestaltung.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr Betriebsbeiträge in Höhe von 19,1 Millionen Franken geleistet. Der mit Abstand grösste Anteil des Beitragswesens entfällt jeweils auf die beiden grossen Bibliotheken der Stadt: auf die Zentralbibliothek 7,4 Millionen Franken und auf die Pestalozzi-Bibliothek Zürich (PBZ) 9,9 Millionen Franken. Die städtische Förderung des Bibliothekswesens konzentriert sich auf die Subventionierung dieser beiden grossen öffentlichen Bibliotheken in der Stadt sowie auf die Finanzierung der Bibliotheken der städtischen Volksschulen. Zudem wird das Schweizerische Sozialarchiv Zürich mit jährlich rund 0,5 Millionen Franken unterstützt. Damit ist eine breite bibliothekarische Grundversorgung für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt gewährleistet. Die übrigen 1,3 Millionen Franken verteilen sich auf elf kleinere Institutionen.

Die Erhöhung des Betriebsbeitrags an die PBZ von 9,6 Millionen (2018) auf 9,9 Millionen Franken (2019) erfolgte im Rahmen des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 3555 vom 6. Dezember 2017 betreffend städtische Betriebsbeiträge 2018–2020 und ist begründet mit der Eröffnung der neuen Stadtteilbibliothek Schütze am 19. August 2019. Diese ist Teil des Gesamtkonzepts der Überbauung des Schütze-Areals mit Schule, Bibliothek, Sporthalle, Quartierhaus und Parkanlage und ersetzt die bisherige kleine PBZ-Bibliothek in Wipkingen. Mit rund 1000 m^2 Fläche ist die Bibliothek Schütze die drittgrösste im PBZ-Netz. Sie versorgt Schule und Öffentlichkeit mit bibliothekarischen Leistungen und bietet Raum zum Arbeiten, Studieren und Verweilen. Damit nimmt sie eine wichtige Funktion für den «Lebensraum Schule» und für das Quartierleben in Zürich-West ein.

Nordamerika Native Museum (NONAM)
Im Berichtsjahr präsentierte das NONAM mit «Katsinam – Wolkenvolk und Ahnengeister» und «Curtis – The North American Indian. Ein Fotograf und sein Mythos» zwei erfolgreiche Ausstellungen. Die original Fotogravuren des amerikanischen Fotografen begeisterten ein breites Publikum und sorgten für regen Besucherzulauf. Ein Höhepunkt der Ausstellung war die künst-

lerische Intervention des Navajo-Fotografen Will Wilson, der im Rahmen seines Kunstprojekts «CIPX» während der Vernissage und am Eröffnungswochenende zahlreiche Museumsgäste mittels einer aufwendigen Fototechnik des 19. Jahrhunderts porträtierte.

Neben den Ausstellungen lockte ein abwechslungsreiches Programm mit Lesungen, Vorträgen und Konzerten Besucherinnen und Besucher jeden Alters ins Museum. Der traditionelle Arktis Tag wartete auf mit Kehlkopfgesang aus Tschukotka sowie mit Bildern und Berichten des Zürcher Fotografen Markus Bühler über das Leben der Inuit im äussersten Norden Grönlands. Anlässlich des Internationalen Museumstags war das NONAM erfüllt von den Kindern und Klängen von MKZ, die das Haus zur Freude der zahlreich erschienenen Familien und Verwandten in einen experimentellen Klangraum verwandelten. Während der Langen Nacht der Museen verzeichnete das NONAM mit 800 Gästen einen neuen Rekord. Die Crow-Creek-Dakota-Tänzerin Jasmin Pickner unterhielt das Publikum mit Hoop Dance und Berichten aus dem heutigen Leben im indigenen Amerika. Erstmals beteiligte sich das Museum im Berichtsjahr am Schweizer Vorlesetag und an «Zürich liest». Zu Gast waren die Literaturvermittlerin Evelyn Gangl und die Autorin Therese Bichsel, die aus ihrem Werk «Überleben am Red River» vorlas. Zum Jahresabschluss war das NONAM Ende November im eigenen Haus mit einem Podium zum Thema «Wildes Zürich» und Gästen aus Literatur, Ethnologie und Museen zu Gast beim mobilen Museumsformat «Einfach Zürich».

Die Kulturvermittlung sorgte mit vielen attraktiven Formaten für ein abwechslungsreiches Vermittlungsprogramm. Mit Offener Werkstatt, Ferienprogramm, Kinderparcours, Early Birds, Storytelling, NONAMini und vielem mehr kamen Kinder und Erwachsene auf ihre Kosten.

4660 Kinder besuchten das Museum mit Schule, Kindergarten und Hort. Von diesen besuchen 2040 Kinder Institutionen der Stadt Zürich. Mit 18 495 Besucherinnen und Besuchern verzeichnete das NONAM 4400 Gäste mehr als im Vorjahr.

Seit 2019 bereichern zwei Schenkungen die Sammlung NONAM. Christin und Antonio Ferretti aus Lugano überliessen dem Museum mehr als 200 Katsina-Figuren mit zugehörigen Objekten. Dr. Martin Fromer aus Savigny schenkte dem NONAM ein sehr gut erhaltenes, authentisches Birkenrindenkanu aus Quebec.

Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV)
Die SBMV ist eine zentrale Beschaffungs- und Dienstleistungsstelle der Verwaltungsabteilungen, Schulen, Kindergärten und Betreuungseinrichtungen der Stadt Zürich.

Ihre Hauptaufgabe ist die wirtschaftliche und nachhaltige Beschaffung von Unterrichts- und Spielmaterial, Drucksachen, Büromaterial und weiterem Verbrauchsmaterial, technischen Kleingeräten und audiovisuellen Anlagen. Zu den Kernaufgaben als Dienstleisterin gehört neben der Beratung im Bereich audiovisueller Anlagen, deren Installation und Unterhalt, der kostenlose Verleih von audiovisuellen Geräten und Robotik sowie die regelmässige Wartung der Metall- und Hobelwerkstätten.

Im Berichtsjahr wurden unter anderem die Schulhäuser Schauenberg, Pfingstweid, Schütze, 15 Kindergärten, 8 ZM-Pavillons und 29 Betreuungseinrichtungen mit Material der SBMV ausgestattet. Es erfolgte die Nachrüstung von 56 Werkenräume und Werkstätten mit Maschinen und Werkzeug, die für die Umsetzung des Lehrplans 21 im Fach «Textiles und Technisches Gestalten» benötigt werden. 747 Multimediarollis wurden für das Projekt «Projektion und Präsentation» ausgeliefert. In über 50 Gebäuden wurden Audiogeräte und -anlagen, Theaterbeleuchtungen, Beamer und Grossbildschirme installiert. Die SBMV lieferte über 100 Millionen Blatt Papier und wechselte 27 000 Supplies (Toner, Resttonerbehälter und Drums) aus. 34 % der Bestellungen wurden über das hauseigene Lager und die eigene Logistik ausgeliefert, sechs Submissionen im Staatsvertrags- (GATT / WTO) und eine Submission im Nichtstaatsvertragsbereich abgeschlossen.

Die SBMV belieferte die Dienstabteilungen der Stadt Zürich im Berichtsjahr mit Material und Dienstleistungen im Wert von rund 22 Millionen Franken.

4.2 Schulamt

4.2.1 Aufgaben

Seit 1. Februar 2019 ist Michael Anders neuer Direktor des SAM. Das SAM unterstützt die Schulen und den Departementsvorsteher bei der Steuerung und Entwicklung der städtischen Volksschulen. Es koordiniert die Tätigkeiten der Schulkreise, arbeitet mit den kantonalen Schulbehörden zusammen und führt die Finanzen des Gesamtsystems der städtischen öffentlichen Schulen. Zudem berät das SAM den Departementsvorsteher in schulspezifischen stadträtlichen Angelegenheiten, führt das Sekretariat der Zürcher Schulpflege (ZSP) und gewährleistet eine enge Zusammenarbeit mit den Kreisschulbehörden (KSB). Ein wichtiges Anliegen war im Berichtsjahr die Reduktion von administrativen Aufgaben des Schulpersonals, an der das SAM auch weiterhin arbeiten wird. Zugleich wurde und wird weiterhin die digitale Transformation ein zentrales Thema für das SAM sein.

4.2.2 Jahresschwerpunkte

Im August wurden auf Schuljahresbeginn 2019/20 drei neue Schulen eröffnet: Pfingstweid, Schauenberg und Schütze. Diese und neun weitere Schulen haben im Rahmen der Phase II des Projekts «Tagesschule 2025» den Betrieb als Tagesschule aufgenommen. Damit werden nun insgesamt 18 Schulen als Tagesschulen geführt. Das Projekt wird in Phase II weiterhin evaluiert. Mit der Abnahme des Antrags für das Projekt «Betreuung Freizeit» (BeFrei) durch die ZSP wird die Betreuung in der ausserschulischen Zeit weiterentwickelt. Einerseits wird es dabei um die Kooperation der Schulen mit schuleigenen und externen Anbietern gehen und andererseits um die Ausgestaltung der ungebundenen Betreuungsangebote sowie der Tarifierung. Gemeinsam mit dem Projekt «Tagesschule 2025» bildet «BeFrei» den städtischen Strategie-Schwerpunkt «Lebensraum Schule».

Auch in diesem Jahr war die Bereitstellung von Schulraum eine grosse Herausforderung, zumal freie Standorte für ZM-Pavillons immer schwieriger zu finden sind. Dennoch konnten acht neue ZM-Pavillons realisiert werden. Zusammen mit den drei neuen Schulen und den abgeschlossenen Instandsetzungen sowie mit Zumietungen konnte im Schuljahr 2019/20 ausreichend Schulraum für die rund 33 400 Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen des Projekts KITS Next Generation (KITS NG) erhielten erneut alle Fünftklässlerinnen und Fünftklässler persönliche Tablets. Erste Erkenntnisse zeigen, dass die Zufriedenheit der Beteiligten mit dem Einsatz der Tablets hoch ist, aber die Information der Eltern über das digitale Lerninstrument intensiviert werden sollte. In diesem Sinne werden die Anstrengungen im SAM zur Unterstützung der Schulen im Kommunikationsprozess optimiert.

Bewilligungsverfahren für Erhebung durch externe Stellen an der Volksschule der Stadt Zürich
Die Volksschulen der Stadt Zürich werden häufig für Umfragen oder andere Formen von Datenerhebungen angefragt. Universitäten, Fachhochschulen und weitere Stellen ausserhalb des SSD müssen deshalb beim SAM für Datenerhebungen eine Bewilligung einholen. Das Bewilligungsverfahren verfolgt verschiedene Ziele:

– Entlastung Schülerschaft und Schulpersonal von Aufwand und Störungen durch Erhebungen
– Sicherstellen des Datenschutzes bei Erhebungen
– Qualitäts- und Ergebnissicherung

Die Kriterien zur Prüfung von Anträgen zur Durchführung von Erhebungen sind neben oben genannten Punkten (Belastung der Schulen, Datenschutz) unter anderem die Relevanz der Fragestellung und der erwartete Nutzen für die Volksschule der Stadt Zürich.

Das Bewilligungsverfahren wurde Ende 2018 überarbeitet und in einer optimierten Form im Internet sowie auf der Plattform für das Schulpersonal kommuniziert. Gleichzeitig hat das SAM die Zusammenarbeit mit der Bildungsplanung des Kantons Zürich intensiviert, die ebenfalls geplante Forschungsprojekte an Schulen prüft.

Finanzen und Services
Seit Oktober des Berichtsjahrs sind im Bereich Support sämtliche Prozesse der Abwicklung von Finanzprozessen sowie weiterer Dienstleistungen in der Abteilung Finanzen und Services zusammengeführt. Dazu gehört auch die Einführung von Schulleitungssekretariaten an den Stadtzürcher Regelschulen.

Im Jahr 2013 hat die ZSP dem Projektantrag «SSR – Sekretariate für die Schulleitungen der Regelschulen der Stadt Zürich» zugestimmt. Der Projektantrag sieht eine Einführung in drei Ausbauschritten vor:

– «SSR-Test» (2014–2016) mit drei Testschulen in einem Schulkreis
– «SSR-Pilot» (2017–2019) mit 25 Pilotschulen – verteilt auf alle Schulkreise
– «SSR-Umsetzung» (ab 2019–2022)

Nach Abschluss der Pilotphase haben im Frühling und Sommer 2019 im Rahmen der Projektphase «SSR-Pilot» weitere 27 Schulleitungssekretariate den Betrieb aufgenommen. Die im Jahr 2018 begonnene Evaluation zum Einsatz der Sekretariate wurde auch im Berichtsjahr weitergeführt. Die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Einführung der Sekretariate sind durchwegs positiv. Die Schulleitungen stellen fest, dass sie massgeblich von administrativ-organisatorischen Arbeiten entlastet sind und sich verstärkt der pädagogischen und personellen Führung widmen können. Speziell zeigt sich dieses Resultat bei den Schulen der Testphase, deren Sekretariate schon seit fünf Jahren im Einsatz sind.

Die verbleibenden Schulen werden in der 2. Etappe (ab 1. Mai 2020; 26 Schulen) sowie in der 3. Etappe (ab 1. Mai 2021; 21 Schulen) mit einem Schulleitungssekretariat ausgestattet. Mit Beginn des Jahres 2022 sind an den Schulen der Stadt Zürich die Schulleitungssekretariate flächendeckend eingeführt.

Das SAM hat im Berichtsjahr die ersten Schritte zur Digitalisierung von Zahlungsprozessen in die Wege geleitet. Prioritär sollen alle Kreditorenrechnungen aus dem SAM über den städtischen Kreditoren-Workflow (SKWF) abgewickelt werden. Später kommen weitere Rechnungen aus den Schulkreisen und den Schulen hinzu. Die ersten Erfahrungen mit dem SKWF sind positiv.

Ferner wurde ein Pilotversuch gestartet mit dem Ziel, die Schulen mit Kreditkarten auszustatten und so die Abrechnung von Auslagen des Schulpersonals zu vereinfachen. Eine flächendeckende Einführung ist auf Beginn des Schuljahrs 2020/21 vorgesehen.

Start des Projekts Betreuung Freizeit («BeFrei»)
Seit August des Berichtsjahrs ist das Projekt «BeFrei» (ehemals «Lebensraum Schule 2025») im Bereich Pädagogik angesiedelt und steht dadurch in enger Verbindung zum Projekt «Tagesschule 2025», mit dem es zusammen den städtischen Strategie-Schwerpunkt «Lebensraum Schule» bildet. Der Antrag für das Projekt wurde am 5. November 2019 von der ZSP verabschiedet. Im Projekt wird die Zusammenarbeit mit schuleigenen, schulnahen und externen Kooperationspartnern weiterentwickelt. Das angestrebte Modell soll freiwillig, verlässlich, für die Eltern zahlbar und für die Stadt Zürich finanzierbar sein sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

Auf politischer Ebene erhält die Weiterentwicklung der ungebundenen Betreuungsangebote durch eine vom Gemeinderat am 5. Dezember 2018 überwiesene Motion zur Revision der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (GR Nr. 2018/75) an Bedeutung. Der von SP, FDP und den Grünen eingereichte Vorstoss verlangt die Aufteilung des Nachmittagstarifs für die ungebundene Betreuungszeit ab Schulschluss am Nachmittag. In dieselbe Richtung geht auch die von der AL verfasste Motion GR Nr. 2018/474, die am 5. Dezember 2018 als Postulat überwiesen wurde. Darin wird der Stadtrat aufgefordert, zu prüfen, wie die Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich hinsichtlich der Tarifierung, der Erweiterung des Nachmittags- und Abendangebots sowie der Flexibilisierung des An- und Abmeldeverfahrens angepasst werden kann. Die sich aus diesen Anliegen für die Weiterentwicklung der ungebundenen Betreuungsangebote ergebenden inhaltlichen, organisatorischen, finanziellen und personellen Fragestellungen werden im Projekt «BeFrei» bearbeitet.

In der Betreuung braucht es auch Raum zum freien Spiel. (Bild: Donat Bräm)

Tagesschule 2025: Start der ersten Etappe der Projektphase II
Seit dem Start des Schuljahrs 2019/20 besuchen rund 5070 Schülerinnen und Schüler (einschliesslich 1. Kindergarten) eine der 18 Tagesschulen 2025. Zusätzlich zu den sechs Pilotschulen der Projektphase I (Aegerten, Albisriederplatz, Am Wasser, Blumenfeld, Leutschenbach, Schauenberg) haben im Sommer 2019 zwölf weitere Schulen ihren Betrieb als Tagesschule 2025 aufgenommen (Altstetterstrasse, Balgrist-Kartaus, Bungertwies, Himmeri als Fusion der Schulen Staudenbühl und Heumatt, Hirzenbach, Hutten, Kornhaus, Limmat, Neubühl, Nordstrasse, Pfingstweid, Schütze). Die Vorbereitungsarbeiten für den Start als Tagesschule 2025 waren zeit- und arbeitsintensiv. Der Aufwand hat sich gelohnt: Der Betrieb ist gemäss Rückmeldungen in allen zwölf neuen Tagesschulen gut angelaufen.

Persönliche Tablets in den fünften und sechsten Klassen: Positiver Zwischenbericht
Die Schülerinnen und Schüler der fünften und sechsten Klassen arbeiten im Unterricht mit persönlichen Tablets. Gemäss Beschluss des Stadtrates (STRB Nr. 1104/2017) erhalten sie das Tablet im Rahmen des Projekts «KITS NG» jeweils zu Beginn der fünften Klasse. Der Einsatz dieser Geräte wird durch eine Evaluation eng begleitet und soll den Nutzen sowie mögliche Schwachstellen des Projekts aufzeigen. Das Forschungs- und Beratungsinstitut INFRAS, Zürich, hat zu diesem Zweck im Auftrag des SAM Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen in Online-Umfragen und Interviews befragt.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Projekt auf Kurs ist. Der zweite Zwischenbericht hält fest, «dass sich aufgrund der bisherigen Evaluationsergebnisse kein spezifischer Handlungsbedarf in Bezug auf Konzept und Vorgehen ergibt». Aufgrund der Rückmeldungen der Lehrpersonen empfiehlt INFRAS einige Optimierungsmassnahmen, beispielsweise die «Unterstützung der Schulen bei der Zusammenarbeit mit den Eltern» oder die «Vervollständigung der WLAN-Abdeckung». Das SAM hat diese Empfehlungen aufgenommen und in Zusammenarbeit mit der ZSP laufend Massnahmen erarbeitet, die in die Projektplanung einfliessen. So konnte zum Beispiel die WLAN-Abdeckung in den Schulen durch den Austausch von älteren Geräten und die Montage zusätzlicher Access-Points verbessert werden. Einige der Verbesserungsvorschläge von INFRAS zeigen auf, dass die Lehrpersonen die zahlreichen Unterstützungsangebote des SAM zum Einsatz der Tablets im Unterricht nur teilweise wahrnehmen. Aus diesem Grund hat das SAM die Kommunikation in diesem Bereich überprüft und an verschiedenen Veranstaltungen direkt informiert, zum Beispiel an Schulleitungstagungen oder in Fachkonventen.

Insgesamt bestätigt sich gemäss INFRAS mit der zweiten Erhebungswelle «der Eindruck der hohen Zufriedenheit der Beteiligten mit den Tablets».

Zwei Schüler erkunden ihr neues Tablet. (Bild: Schulamt)

Schulische Betreuung
Das im Oktober 2015 gestartete Projekt «Anmeldung und Datenflüsse Betreuung: Umsetzung elektronische Betreuungsvereinbarung» wurde im Schuljahr 2018/19 nach der flächendeckenden Einführung in allen Regel- und Tagesschulen abgeschlossen. Aktuell nutzen bereits drei Viertel aller Eltern die digitale Betreuungsvereinbarung auf «Mein Konto». Reichen die Eltern die Betreuungsvereinbarung in Papierform ein, wird diese für die Betreuungsplanung und -verrechnung durch die Schulen digitalisiert.

Die Lebensmittelbezüge wurden in der schulischen Betreuung in den Jahren 2017 und 2018 neu geregelt. Neben dem bis zum Jahr 2022 gültigen Vertrag für die Kaltanlieferung durch die Menu and More AG hat das SAM auch Verträge mit verschiedenen Lieferanten für ergänzende Einkäufe (Saviva AG, Transgourmet Schweiz AG usw.) abgeschlossen und eine elektronische Bestellplattform für die Schulen eingeführt. Im Berichtsjahr haben die Schulen bereits 75 % der Ergänzungseinkäufe über die neue Bestellplattform und die submittierten Lieferanten getätigt.

Aufgrund der grossen Nachfrage seitens Berufsbildung und des steigenden Bedarfs an Fachpersonen Betreuung wurde im Hinblick auf das Schuljahr 2019/20 die Anzahl Ausbildungsplätze erhöht. Aktuell befinden sich insgesamt 132 Frauen und 85 Männer in einer Berufsausbildung in der schulischen Betreuung.

Schulraumentwicklung
Die Anzahl von Kindern und Jugendlichen im Volksschulalter hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Im Schuljahr 2019/20 besuchen etwa 33 400 Kinder und Jugendliche die Volksschule der Stadt Zürich (ohne Aufnahmeklassen). Dies sind über 1100 Schülerinnen und Schüler oder 67 Klassen mehr als im Vorjahr. In den kommenden acht Jahren wird gesamtstädtisch ein weiterer Anstieg um etwa 18 % erwartet.

Um den Schulraumbedarf zu decken, sind verschiedene Massnahmen notwendig. In der «Raumbedarfsstrategie Schulen» werden bis 2030 neun neue Schulhausstandorte sowie über 15 Erweiterungs- und Ersatzneubauten beantragt. Zusätzlich sind weiterhin ZM-Pavillons sowie Einmietungen, vor allem für Kindergärten und Betreuungseinrichtungen, notwendig.

Im Berichtsjahr konnten unter anderem die folgenden Massnahmen abgeschlossen werden:

– Neubau Schulhaus Schütze
– Neubau Schulanlage Pfingstweid
– Ersatzneubau Schulanlage Schauenberg
– Gesamtinstandsetzung Schulanlage Looren
– ZM-Pavillon Langmatt
– ZM-Pavillon Friesenberg (Aufstockung)
– ZM-Pavillon Hirzenbach
– ZM-Pavillon Manegg I (Aufstockung)
– ZM-Pavillon Milchbuck III
– ZM-Pavillon Riedhof II
– ZM-Pavillon Sihlweid
– ZM-Pavillon Untermoos III
– Diverse Einmietungen

Neubau Schulanlage Pfingstweid – Ansicht Süd (Quartierparkseite). (Bild: Jürg Zimmermann, Zürich)

4.2.3 Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote

Heilpädagogische Schule (HPS)
Der Wachstumstrend der HPS setzte sich weiter fort. Die Schule und ihr Angebot wächst kontinuierlich, wenn auch nach wie vor nicht ganz im selben Umfang wie die Regelschule. Im Schuljahr 2018/19 wurden im Rahmen von separierten Klassen 164 Schülerinnen und Schüler geschult, im Rahmen der integrierten Schulung waren es 248 Schülerinnen und Schüler (einschliesslich jene des Angebots «15plusSHS»). Zu- und Wegzüge von Familien während des Schuljahrs führten wie jedes Jahr zu Schwankungen bei den Schülerzahlen. Ab August 2019 wurden weitere sieben integrierte Schulungen eingerichtet.

Mit dem Neubau der Schulen Allmend und Freilager werden zwei weitere dezentrale Standorte der HPS verwirklicht. In beiden Schulen wird ein Stützpunkt der HPS mit drei separierten Klassen und entsprechendem Betreuungs- und Therapieangebot Platz haben. Wenn diese Schulen bezogen sind, wird das Konzept der dezentralen Organisation der HPS umgesetzt sein. Aktuell wird in diesen Projekten intensive Planungsarbeit geleistet.

Die dezentrale Struktur der HPS verlangt eine ausgebaute Praxis der fachlichen Vernetzung: Durch ihr Fachwissensmanagement verbindet die Schule Personal, das sich im gleichen Fachbereich spezialisiert hat, und ermöglicht gezielte Beratung und Unterstützung im Team.

Besondere Beachtung erhielt die schulergänzende Betreuung, insbesondere der Ferienhort. Verlangten noch vor wenigen Jahren nur vereinzelt Familien eine Betreuung ihres Kindes während der Schulferien, so führt die HPS jetzt regelmässig während allen Schulferienwochen zwei, in den Frühlings-, Sommer- und Herbstferien drei eigenständige Ferienhorte.

Schule der Stadt Zürich für Körperbehinderte (SKB)
An der Tagessonderschule wurden insgesamt 75 Schülerinnen und Schüler gefördert, wobei ab November 2019 zwei Schüler kurzfristig zusätzlich aufgenommen wurden. Im Januar 2019 musste der überraschende Tod eines Kindes verarbeitet werden. In der integrierten Sonderschulung befanden sich 50, ab August 2019 54 Schülerinnen und Schüler.

Hier zeigten sich tendenziell leicht steigende Schülerzahlen. Angesichts der generell steigenden Schülerzahlen dürfte sich diese Tendenz auch in den künftigen Jahren fortsetzen.

Im Rahmen von vier Q-Tagen wurde mit allen beteiligten Mitarbeitenden an der Umsetzung des Schulprogramms 2018–2020 gearbeitet. Eine Standortbestimmung im Januar 2019 belegte, dass die einzelnen Projektgruppen gut unterwegs sind. Auch gegen Ende des Berichtsjahrs zeigte sich bei den Mitarbeitenden ein überaus erfreuliches Engagement für die Entwicklung der SKB.

Eine wesentliche strukturelle Veränderung wurde ab 1. Juli 2019 im in den vergangenen Jahren stark gewachsenen Fachbereich Betreuung umgesetzt. Dieser umfasst rund 60 Mitarbeitende, die bis anhin vom Fachleiter direkt geführt wurden. In einem im Rahmen des Schulprogramms partizipativ gestalteten Prozess wurden Kleinteams gebildet und Teamleitungen eingesetzt. Vier von fünf dieser Stellen konnten intern besetzt werden. Die Veränderung wird von allen Beteiligten in beeindruckender Weise mitgetragen. Nach den ersten Monaten seit der Umsetzung dürfen wir festhalten, dass wesentliche und wirksame Schritte in Richtung einer professionellen Struktur mit machbaren Führungsspannen gelungen sind.

Schule für Sehbehinderte (SfS)
Ende Schuljahr 2018/19 traten vier Schülerinnen und Schüler aus der Tagesschule der SfS aus. Sie begannen eine Ausbildung, traten in ein Brückenangebot über, besuchen jetzt ein Sonderschulinternat oder werden an ihrem Wohnort integriert geschult. Vier Schülerinnen und Schüler wechselten im Sommer des Berichtsjahrs von der Integration in die Separation, und eine Schülerin ist in den Kindergarten eingetreten. Die Schülerzahl an der Tagesschule bewegt sich zwischen 27 und 30 Schülerinnen und Schülern. In der Integration stieg die Schülerzahl auf mittlerweile über 110 Schülerinnen und Schüler. Vor allem im Bereich «Beratung und Unterstützung» gab es viele Neuanmeldungen, aber auch in der integrierten Sonderschulung hat die Schülerzahl zugenommen.

In der Integration ist das Lernen mit elektronischen Lehrmitteln (E-Texten) nach wie vor ein wichtiges Thema. Der Umgang mit sehbehindertenspezifischen Hilfsmitteln, speziell mit dem Notebook, ist ein zentraler Inhalt der Beratung und Unterstützung. Der selbstständige Einsatz der Hilfsmittel erleichtert den Schülerinnen und Schülern das Lernen und gleicht ein Stück weit die Nachteile aus, die durch eine Sehbehinderung entstehen. Der Schwerpunkt in der Schulentwicklung der SfS lag im Berichtsjahr im Erarbeiten eines neuen Leitbilds. Gemeinsam mit dem ganzen Schulteam und einer Arbeitsgruppe wurde ein neues Leitbild entwickelt und passend zur Schule umgesetzt. Als Umsetzungsschwerpunkt innerhalb des Teams mit den verschiedenen Anspruchsgruppen und den Schülerinnen und Schülern wurde der Bereich «Kooperation» gewählt.

Moderne Hilfsmittel unterstützen den Unterricht. (Bild: PongSakorn)

Psychomotorik und Logopädie
Die integrative Ausrichtung der Volksschule wurde von den Therapien auch 2019 mitgetragen. Als gesetzlich verankerte Massnahme unterstützen Therapeutinnen und Therapeuten beider Fachbereiche die Stadtzürcher Volksschülerinnen und -schüler gezielt. Anmeldungen zur entsprechenden Fachabklärung werden von den Lehrpersonen im Einverständnis mit den Eltern gemacht. Jede Massnahme wird konsensorientiert im schulischen Standortgespräch mit allen Beteiligten entschieden. Neben Einzel- und Gruppentherapien werden dem Bedarf der Schulen entsprechend Klassen- und Gruppenprojekte, Beratungen und Weiterbildungen für das Schulpersonal durchgeführt.

In Absprache mit Schulleitungen und Lehrpersonen haben Therapeutinnen und Therapeuten beider Fachbereiche massgeschneiderte Projekte in Turnhallen und Klassenzimmern der Volksschule geplant und umgesetzt. Die Fachleitung stellt den fachlichen Austausch zwischen den Therapeutinnen und Therapeuten und die Qualität der Therapien sicher. Sie fördert ausserdem den Kontakt und Austausch zu den Schulleitungen, den KSB und deren Präsidien, um die therapeutischen Angebote möglichst gewinnbringend in der integrativen Schule zu organisieren.

Institutionelle Aufsicht Sonderschulen und Therapien
Seit 1. August 2018 beaufsichtigt die ZSP die städtischen Sonderschulen und Therapien. Dies ist eine Folge der Auflösung der Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote im Sinne der Volksabstimmung vom 26. November 2017. Im Rahmen der institutionellen Aufsicht beauftragte die ZSP je ein Mitglied aus

jeder KSB mit der Durchführung von Aufsichtsbesuchen in den drei städtischen Sonderschulen, dem Angebot «15plusSHS» an der FSV, der Logopädie- und der Psychomotoriktherapie. Alle sieben Beauftragten besuchten 2019 erstmals die genannten Schulen und therapeutischen Angebote. Sie verfassten je einen Bericht über ihren Gesamteindruck, über mit dem SAM vereinbarte Beobachtungsschwerpunkte und über ihren Austausch mit den Schul- und Fachstellenleitungen. Das SAM konsolidierte die Besuchsberichte zu einem Gesamtbericht zuhanden der ZSP. Dieser Bericht wurde von der ZSP an ihrer Sitzung vom 10. September 2019 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Im September 2019 fand das zweite Informations- und Austauschtreffen unter der Leitung des Direktors SAM statt. Es nahmen die von den KSB delegierten Aufsichtspersonen, die Schulleitungen der Sonderschulen und Fachstellenleitungen der Therapien sowie die für Sonderpädagogik zuständigen Personen im SAM teil. Sie wurden über das neue Kinder- und Jugendheimgesetz informiert. Im Weiteren wurden die Besuche des aktuellen Schuljahrs geplant.

Gesamtstädtische Behördenvernetzung Sonderschulen und Therapien
Eine weitere Folge der angepassten Behördenorganisation gemäss Volksabstimmung vom 26. November 2017 ist der Auftrag, diejenigen Mitglieder der KSB zu vernetzen, die Behördenaufgaben im Bereich der Sonderpädagogik wahrnehmen (Art. 29 bis Verordnung über die Volksschule in der Stadt Zürich [VVZ, AS 412.100]). Dieser gesamtstädtische Vernetzungsanlass zum Zwecke des Austauschs, der Information und der Weiterbildung fand erstmals am 27. Februar 2019 statt und wird weiterhin einmal jährlich im Frühjahr durchgeführt. 52 Mitglieder der KSB besuchten den Anlass. Das Programm bot einen Vortrag, eine Podiumsdiskussion und einen Rundgang durch Informationsposten, an denen die städtischen Sonderschulen und therapeutischen Angebote vorgestellt wurden. Zudem wurden weitere Themen der Sonderpädagogik, der Begabungsförderung und der Integration von fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern vorgestellt. Zudem fanden von den Schulpräsidien geleitete Diskussionsforen statt.

4.2.4. Schulpflege und Kreisschulbehörden

4.2.4.1 Aufgaben

Die ZSP setzt sich aus dem VSS als Schulpräsident (Vorsitz) und den sieben Präsidentinnen und Präsidenten der KSB zusammen. Sie befasst sich mit strategischen und politischen Geschäften, erörtert schulorganisatorische Fragen und fasst die dazu notwendigen Beschlüsse. Als Kollegialbehörde agiert sie in einem komplexen und dynamischen Umfeld mit mannigfaltigen Problemstellungen und zahlreichen Akteuren.

4.2.4.2 Jahresschwerpunkte

Im Fokus der regelmässig stattfindenden Sitzungen und der vier halb- bzw. der ganztägigen Retraiten standen im Berichtsjahr unter anderem die Weiterentwicklung des Projekts «Tagesschule 2025» und die Vorbereitungen für die definitive, flächendeckende Einführung des Modells Tagesschule. Damit einher gehen die dazugehörigen Anschlusslösungen sowie die Neudefinition des Konzepts «Lebensraum Schule». Die Tagesschulen bilden künftig ergänzt durch «BeFrei» den «Lebensraum Schule». Im Weiteren ist die ZSP stets bestrebt, angesichts der stetig wachsenden Zahl von durchschnittlich rund 1200 neuen Schülerinnen und Schülern pro Jahr, in Zusammenarbeit mit dem Hochbaudepartement den notwendigen Schulraum bereitzustellen.

Mit diversen Projekten im Bereich Schulinformatik unterstützt die ZSP die Ziele des Lehrplans 21 im Bereich Medien und Informatik.

Im Berichtsjahr behandelte die ZSP zwei Motionen, drei Postulate, zwei Interpellationen und neun Schriftliche Anfragen.

4.2.4.3 Berichte aus den Schulkreisen

Schulkreis Schwamendingen
(Barbara Fotsch, Präsidentin)

2019 war für den Schulkreis Schwamendingen ein intensives Jahr. In vier Schulen ist es zu einem Leitungswechsel gekommen, insgesamt haben fünf neue Schulleitende ihre Aufgaben zwischen Januar und September aufgenommen.

Im Sommer startete die Schule Hirzenbach nach einer intensiven Vorbereitungsphase erfolgreich als Tagesschule. Im letzten Moment konnte der grosse Küchenumbau noch rechtzeitig abgeschlossen werden, sodass ab August die Schulkinder, die die Tagesschule besuchen, vom neuen Leiter Grossregenerierküche und seinem Team verköstigt werden konnten. In den vom Gemeinderat zusätzlich gesprochenen Aufgabenstunden gestaltet die Schule sogenannte Trainingsstunden, in denen die Schülerinnen und Schüler ihre Hausaufgaben mit Unterstützung einer Lehr- oder Betreuungsperson erledigen.

Auch die Schule Mattenhof bereitete sich intensiv auf den Tagesschul-Start im Sommer 2020 vor und hat ihr Umsetzungskonzept kurz vor Weihnachten verabschiedet.

Rezeption Tagesschule Hirzenbach. (Bild: David Hofmann, Lehrer im Hirzenbach)

In Bezug auf eine sinnvolle Steuerung der Schulentwicklung auf Kreisebene stieg der Schulkreis Schwamendingen in einen Organisationsentwicklungsprozess ein. Primäre Anliegen sind die Gewinnung von neuen Handlungsspielräumen, Entlastung der Schulen sowie die Klärung von Rollen und der Steuerung auf Kreisebene.

In diesem Rahmen hat die Behörde auch ihr Leitbild aus dem Jahr 2011 überarbeitet. Nach zwei intensiven Diskussionen

in den Plenarversammlungen im April und September des Berichtsjahrs wurde das neue Leitbild im November verabschiedet. Es ist neu kürzer, in den Formulierungen präziser und rollenspezifischer verfasst.

Im Bereich der Sonderpädagogik setzten sich die Behördenmitglieder anlässlich einer Plenarversammlung angeregt mit dem Bericht der ZSP zu den Stadtzürcher Sonderschulen und Therapien auseinander und tauschten sich zu den verschiedenen integrativen Sonderschulsettings in den Schwamendinger Schulen aus. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 49 Kinder in zehn verschiedenen Schulen im Setting Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Sonderschule (ISS) oder Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule (ISR) beschult.

Schulkreis Uto
(Roberto Rodríguez, Präsident)

Nach der Einführung des Lehrplan 21 in der Primarschule war im Sommer die Sekundarschule an der Reihe. Die KSB Uto führte dazu gut besuchte Elternveranstaltungen durch. Die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) und die Schulleitungen haben einen Leitfaden «Guter Unterricht im Sinne des Lehrplan 21» erarbeitet, dieser wurde den Lehrpersonen in KSB-Workshops nähergebracht.

Die Einführung der Tagesschulen wird durch die KSB eng begleitet und gesteuert. Neben den Schulen Aegerten, Neubühl und Hans Asper (ab 2020) würden auch andere Schulen gerne in das Projekt «Tagesschule 2025» einsteigen. Jedoch prägt das Schülerwachstum (7381 per September 2019) die Schulraumdisposition massiv. Trotzdem haben einige Schulen Elemente aus dem Projekt «Tagesschule 2025» übernommen: Fünf Primarschulen haben beispielsweise die Hausaufgaben abgeschafft und im Regelunterricht integriert, und alle haben das Betreuungsangebot ausgebaut.

Dank transparenter Elternkommunikation konnte die Anzahl Zuteilungsgesuche innerhalb von fünf Jahren von 22 % auf 8 % gesenkt werden. Unsere strikte Haltung mit Gesuchen ermöglichte es, die Klassengrösse mit durchschnittlich 20,2 Schülerinnen und Schülern weiterhin tief zu halten.

Die Fluktuation der 1174 Mitarbeitenden (Stand Juni 2019) ist weiterhin gering. Eine Schulleitung wurde pensioniert und die Stelle neu besetzt. Die Verantwortung für die Mitarbeitendenbeurteilung (MAB) liegt neu bei der Schulleitung, und es zeichnet sich bereits ein leichter Rückgang bei den überdurchschnittlichen Beurteilungen ab. Beurteilungen, bei denen die Leistungsziele nur «teilweise» oder «ungenügend» erreicht wurden, haben zugenommen, was eine kritischere Haltung der Schulleitungen belegt.

Mit Sicht auf die notwendige Schulentwicklung hin zur Tagesschule hat das Plenum entschieden, die Schulen Am Uetliberg und Falletsche-Leimbach aufzuteilen. Die Schuleinheiten werden damit kleiner und übersichtlicher. Auch Aspekte wie Aussenraum, Mehrfachnutzung von Spezialräumen, Führungsspanne und Elternkommunikation wurden dabei berücksichtigt. Damit sind die planerischen Voraussetzungen gegeben, die Volksschule in der Stadt Zürich in Richtung Tagesschule weiterzuentwickeln und als Standortvorteil zu erhalten.

ICT in den Schulzimmern. (Bild: Isabelle Rohrer, PICTS-Verantwortliche SK Uto)

Schulkreis Waidberg
(Gabriela Rothenfluh, Präsidentin)

Im Berichtsjahr gingen rund 5400 Kinder und Jugendliche vom ersten Kindergarten bis zur Sekundarstufe im Schulkreis Waidberg zur Schule. Neben acht Kindergartenklassen wurden sechs Primarschul- und zwei Sekundarschulklassen eröffnet.

Im Schuljahr 2019/20 starteten mit den Schulen Nordstrasse und Hutten zwei weitere Schulen im Schulkreis als Tagesschulen. Überdies begann die Schule Riedhof-Pünten erfolgreich als Pilotschule im Pilotprojekt zur Begabungs- und Begabtenförderung.

Ein Fokus lag auf dem Thema Sonderpädagogik. Zusammen mit Fachpersonen der Stadt und des Kantons wurde sowohl in den Gremien der KSB als auch im Rahmen der Schulleitungskonferenz über die aktuellen Herausforderungen diskutiert. Mit Hilfe einer Befragung der Schulleitungen führte die KSB zudem eine Situationsanalyse zur sonderpädagogischen Praxis im Schulkreis durch.

Zwei Schulen feierten im Berichtsjahr ein Jubiläum. Auf eine bereits 125-jährige Geschichte blickt die im Südosten des Schulkreises gelegene Primarschule Hutten zurück. Am anderen Ende des Schulkreises feierte in Höngg die Schule Rütihof ihr 25-jähriges Bestehen. Beide Feste fanden bei schönstem Sommerwetter statt und wurden von zahlreichen Kindern, Eltern, dem Schulpersonal sowie Nachbarinnen und Nachbarn besucht.

In der ersten Juliwoche des Berichtsjahrs war eine Delegation von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen aus Taiwan in der Schule Weinberg-Turner zu Gast. Bei Schulbesuchen, diversen Exkursionen und beim Sommerfest kam es zu wertvollen und lehrreichen Begegnungen.

Primarschule Hutten: 125 Jahre alt und kein bisschen müde. (Bild: Marc Schneider)

Schulkreis Zürichberg
(Roger Curchod, Präsident)

Die markante Zunahme der Kinderzahlen, städtebauliche Sachzwänge und das Tagesschulprojekt – alles Faktoren, die die Zuteilung in eine Schule stark beeinflussen. Künftig wird für die Zuteilung daher vermehrt die Geschwistersituation einer Familie und weniger das traditionelle Einzugsgebiet einer Schule massgebend sein.

Die Schulen Balgrist-Kartaus und Bungertwies starteten im August 2019 als erste im Schulkreis Zürichberg in das Projekt «Tagesschule 2025». Mit der Überführung in das Modell «Tagesschule 2025» verlor die Schule Bungertwies den Charakter einer Wahlschule und erhielt ein eigenes Einzugsgebiet. Dies stellt eine bedeutende Änderung der grundlegenden organisatorischen Rahmenbedingungen dar.

Der Neu- und Umbau der Schule Hofacker ist gut unterwegs. Im Februar 2021 wird der Neubau bezugsbereit sein. Gleichzeitig startet die Instandstellung der beiden bestehenden Gebäude. Die neue Dreifachturnhalle, die im Schulhaus Hofacker ebenfalls realisiert wird, stellt für die Schule, aber auch für das ganze Quartier einen Gewinn dar.

Bei der Zuteilung achtet die Kreisschulbehörde nach wie vor auf die Länge und Gefährlichkeit des Schulwegs. Allerdings muss sie auch den Ausgleich der Klassenbestände zwischen den Schulhäusern und innerhalb der Schulhäuser im Auge behalten. Dass sich deshalb – vor allem aber auch in Abhängigkeit der Bevölkerungsentwicklung im ganzen Schulkreis – die Einzugsgebiete der einzelnen Schulhäuser von Jahr zu Jahr verändern, ist unumgänglich.

Getreu der Philosophie, die dem Projekt «Tagesschule 2025» zugrunde liegt, setzt die Kreisschulbehörde künftig alles daran, Geschwister – wenn immer möglich – der gleichen Schule (Organisationseinheit) zuzuteilen. Zu einem Paradigmenwechsel kommt es, indem künftig die Geschwistersituation einer Familie gegenüber dem Einzugsgebiet einer Schule priorisiert werden soll.

Schulkreis Glattal
(Vera Lang Temperli, Präsidentin)

Die Entwicklungsarbeit im Schulkreis Glattal fokussierte auf das Thema Selbstorganisiertes Lernen (SOL). Der Projektrahmen SOL wurde überarbeitet und umfasst neben der Sekundarstufe neu alle Schulstufen sowie die Betreuung. Er wird der Geschäftsleitung im Jahr 2020 zur Abnahme vorgelegt. Grundpfeiler des Glattaler SOL-Verständnisses sind die drei Elemente Lernaufgabe, Lernberatung und Lerndokumentation. Sogenannte Kreisfachschaften sollen künftig schulübergreifend Lernaufgaben zusammenstellen und dem Lehrpersonal auf einer Lernplattform zugänglich machen. Am 23. Mai 2019 wurde zum ersten Mal der jährliche Sicherungsaustausch zur «Neuen Autorität» mit Schulleitungen, Leitungen Betreuung und der Geschäftsleitung durchgeführt.

In den Schulen Buhn, Holderbach, Isengrind und Schauenberg fand im Berichtsjahr die zweite Etappe der Einführung der Schulleitungssekretariate statt.

Am 19. August 2019 startete das neue Schulhaus Schauenberg seinen Betrieb. Der sehr schöne und gelungene Bau bietet Platz für 15 Klassen und die benötigten Fach- und Gruppenräume. Die Mensa mit Betreuungsräumen und Grossregenerierküche ermöglicht ein vollständiges Betreuungsangebot für den Tagesschulbetrieb. Die Doppelturnhalle und die grosszügigen Aussenflächen für Sport und Spiel sind auch für das Quartier ein grosser Gewinn. Die Schulen Staudenbühl und Heumatt wurden zur Tagesschule Himmeri zusammengeschlossen und sowohl betrieblich als auch personell an die neuen Tagesschulstrukturen angepasst. Für die dringend benötigte Sekundarschulanlage Im Isengrind hat der Stadtrat den Kredit für die Durchführung eines Wettbewerbs bewilligt und dem Gemeinderat einen Projektierungskredit beantragt. Das Schulhaus wird Platz für 20 Klassen bieten und soll spätestens 2027 in Betrieb gehen.

Die Mitglieder der KSB trafen sich zu drei Plenarversammlungen. Die Geschäftsleitung tagte monatlich. Sie nahm die erstmalig von den Schulen erstellten Medien- und ICT-Konzepte sowie einzelne Betriebs- und Förderkonzepte ab, besprach die Geschäfte der Plenarversammlung und entschied über Einsprachen von Eltern.

Schulkreis Letzi
(Barbara Grisch, Präsidentin)

Der Schulkreis Letzi verzeichnet im Bereich der Schülerzahlen weiterhin ein starkes Wachstum. Mit dem sehr erfreulichen Ergebnis der Volksabstimmung vom Mai 2019 zur Schule Freilager ist ein Meilenstein für die weitere Entwicklung gesetzt worden. Die Schule Untermoos-Freilager überbrückt die Zeit bis zur Eröffnung der Schule Freilager mit dem dritten ZM-Pavillon auf ihrer Anlage. Auch die Sanierung der Schulschwimmanlage Altweg stellt neue Herausforderungen, müssen doch die Klassen mit Bussen in andere Schwimmanlagen transportiert werden. Die Planungsfragen fordern alle beteiligten Stellen stark. Sehr positiv zu werten ist, dass alle Betroffenen auch ungewohnten Lösungen offen gegenüberstehen.

Das Wachstum bedingt auch eine laufende Integration von Schülerinnen und Schülern sowie Mitarbeitenden. Die Schulleitungssekretariate erweisen sich als wirksame Entlastung. Die Behörde stützt die Schulleitungen im anspruchsvollen Führungshandeln.

Der Einstieg der Schule Altstetterstrasse als Tagesschule wurde seitens Schulleitung und Leitung Betreuung gemeinsam mit den Mitarbeitenden und unter Einbezug von Kindern und Eltern sorgfältig und vorausschauend geplant. Er verlief dementsprechend erfolgreich.

Die Schule Altweg führte zum 50-Jahre-Jubiläum eine Theaterprojektwoche durch, die auf grosse Begeisterung bei allen Beteiligten und Interessierten stiess.

Im ersten Jahr der Legislatur sind drei Behördenmitglieder zurückgetreten. Die neuen Behördenmitglieder werden sorgfältig in ihr Amt eingeführt. Die Übertragung der Beurteilungsverantwortung innerhalb der MAB der Lehrpersonen an die Schulleitenden bewährt sich in der Praxis. An den Plenarsitzungen war die Bautätigkeit im Schulkreis Letzi und der damit verbundene Anstieg der Anzahl Schulkinder neben Schulentwicklungsfragen ein wichtiges Thema.

Schulkreis Limmattal
(Katrin Wüthrich, Präsidentin)

Mit den beiden neu erstellten Primarschulhäusern Schütze und Pfingstweid ist dringend benötigter Schulraum entstanden. Das Pfingstweid bietet rund 120 Kindern Platz und weist ein einzigartiges Architektur- und Energiekonzept auf. Das Schulhaus Schütze ist für ungefähr 260 Kinder ausgelegt und Teil eines multifunktionalen Quartierparks.

Die Gebäude sind so konzipiert, dass Unterricht und Betreuung die Räume gemeinsam nutzen können. Damit wurden gute Bedingungen für das Pilotprojekt «Tagesschule 2025» geschaffen. Zusammen mit den Schulen Albisriederplatz, Kornhaus und Limmat ist ihnen eine erfolgreiche Umsetzung gelungen, wie eine Standortbestimmung im September 2019 von KSB, Elternvertretungen und Schulen ergab. Auch wenn noch Fragen offen sind: Die Idee einer Tagesschule wird begrüsst.

Das Team der Schule Feld hat sich mit dem versuchsweise eingeführten «LernRaum» schon stark in Richtung Tagesschule und einer veränderten Aufgabenpraxis begeben. Auch die anderen Sekundarschulen setzten sich mit individualisierenden Unterrichtsformen auseinander. Die im Berichtsjahr neu gewählte Behörde befasste sich mit den Themen «Tagesschule 2025» und «Chancengerechtigkeit». In dieser Legislatur sind zusätzliche Weiterbildungen geplant, sodass die Milizbehörde ein qualifiziertes Gegenüber für die Schulen bildet. Auch Kontinuität gab es zu feiern: Das 100-Jahr-Jubiläum der Schule Sihlfeld wurde mit einer Zirkus-Projektwoche, einem Fest und einer Lichtshow fröhlich begangen.

Lichtkunst von Gerry Hofstetter mit Kinderzeichnungen und Wintersingen bei der 100-Jahr-Feier des Schulhaus Sihlfeld. (Bild: Katrin Wüthrich, KSB Limmattal)

4.2.5 Spezifische Kennzahlen Schulamt

	2015	2016	2017	2018	2019
Schülerinnen und Schüler	29415	30446	31324	32438	33583
davon Kleinklassen/Aufnahmeklassen	208	254	242	232	198
davon Oberstufe	5554	5612	5704	5765	5903
davon Primarschule	16861	17661	18346	19064	19729
davon Kindergarten	6792	6919	7032	7377	7753
SchülerInnen in den städtischen Sonderschulen[1]	199	209	168	179	177
Klassen	1484	1535	1594	1637	1704
davon Aufnahmeklassen	21	24	26	22	21
davon Oberstufe	292	292	298	303	313
davon Primarschule	822	862	901	936	972
davon Grundstufe	–	–	–	–	–
davon Kindergarten	349	357	369	376	398
Durchschnittlicher Klassenbestand	19,82	19,83	19,65	19,82	19,71
Durchschnittlicher Ausländeranteil (in %)	25,55	25,55	25,35	25,16	24,80
Durchschnittlicher Fremdsprachigenanteil (in %)	47,03	47,19	47,19	46,94	46,80
Schülerinnen und Schüler in Horten[2]	14773	16368	17565	18908	20674
Horte[3]	431	435	452	471	493

[1] Nur städtische Kinder; ohne integrierte SonderschülerInnen, die die Regelklassen besuchen.
[2] Ohne SonderschülerInnen, die die Betreuungseinrichtungen der Sonderschulen besuchen.
[3] Ohne Betreuungseinrichtungen der Sonderschulen, private Angebote und Mensa Im Birch.

Die detaillierten Kennzahlen des SAM sind im Internet unter
www.stadt-zuerich.ch/ssd > Über das Departement > Zahlen und Fakten abrufbar.

4.3 Schulgesundheitsdienste

4.3.1 Aufgaben

Gesundheit ist ein kostbares Gut. Gesundheit beeinflusst die Lebensqualität eines Menschen und seine Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe. Die SG unterstützen mit einem breiten Angebot an medizinischen, psychologischen, zahnärztlichen und suchtpräventiven Leistungen eine gesunde Entwicklung von Schulkindern vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe. Ziel der SG ist es, gesundheitsfördernde Bedingungen für alle Beteiligten an der Schule zu schaffen, ihre Gesundheit aktiv zu schützen und zu erhalten sowie körperliche, seelische und soziale Gesundheitsrisiken frühzeitig zu erkennen und Betroffene entsprechend zu beraten und zu unterstützen. Dabei wird Wert auf ein ressourcenorientiertes Vorgehen gelegt, das auf Stärken und Fähigkeiten der Beteiligten setzt und nicht Defizite und Schwächen in den Vordergrund stellt. Auf aktuelle Herausforderungen wird mit gezielten Projekten reagiert, die oft interdisziplinär angelegt sind.

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Mit den Stellenantritten der neuen Leiterin der Suchtpräventionsstelle per Dezember 2018 und der neuen Leiterin Human Resources per März des Berichtsjahrs hat die Geschäftsleitung der SG den seit einigen Jahren eingesetzten Generationenwechsel bei den Fachdienstleitungen und den Stabsdiensten abgeschlossen. Gleichzeitig wurde der Entwicklungsprozess zur Stärkung des mittleren Kaders weiter vorangetrieben. Praxis-, Team-, Klinik- und Bereichsleiterinnen und -leiter setzten sich im Rahmen von Workshops aktiv mit ihrem Führungsverständnis und betriebswirtschaftlichen Fragestellungen auseinander, die sie im Rahmen ihrer Managementtätigkeit herausfordern. Der Prozess wird im nächsten Jahr fortgesetzt.

Die konzeptionellen Arbeiten zum Thema «Depressionen und Angststörungen» konnten aufgrund eines Ressourcenengpasses erst im zweiten Halbjahr richtig angegangen werden. Dabei wurde zuerst geprüft, welche präventiven und therapeutischen Angebote heute schon existieren und wo konkrete Lücken bestehen, die es zu schliessen gilt. Nach Ausarbeitung der notwendigen Unterlagen werden die geplanten Massnahmen der ZSP im Frühjahr 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Mittelfristig bevorstehende Raumkündigungen bei Fremdmieten sowie die zunehmende Raumknappheit in einzelnen Filialen haben die SG dazu gezwungen, ihre bisherige Raumstrategie zu überarbeiten. In Übereinstimmung mit der stadträtlichen Strategie, Fremdmieten zu reduzieren und Personal in städtischen Gebäuden zu konzentrieren, wurde der IMMO im Frühjahr der Auftrag für die Suche nach künftigen Ersatzstandorten für den Schulärztlichen Dienst (SAD) und den Schulpsychologischen Dienst (SPD) erteilt.

Schulärztlicher Dienst (SAD)
Das Projekt «Kids mit Allergien, Herzfehler, Diabetes & Co.? In der Schule sicher betreut und kompetent unterstützt!» konnte nach Verschlankung der Abläufe und Vereinfachung der Vorlagen abgeschlossen und nach Zustimmung durch die ZSP in das Angebot «Zäme unterwegs – chronische Erkrankung und Schule» überführt werden.

Die von der Fachstelle für Sexualpädagogik «Lust&Frust» seit Schuljahr 2018/19 angebotenen sexualpädagogischen Veranstaltungen für städtische Sonderschulen haben sich etabliert und werden insbesondere von den Fachpersonen sehr geschätzt.

Auch der im Schuljahr 2018/19 implementierte Prozess «Beantragung, Finanzierung und Überprüfung der sonderpädagogischen Massnahme Audiopädagogik» hat sich bewährt. Er ermöglicht eine gerechte Zuteilung der Ressourcen zur integrativen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit einer Hörbehinderung und weist die steigenden Kosten transparent aus.

Bei dem seit August 2018 geltenden neuen Ablauf zur Kopflausbekämpfung zeigten sich weitere Optimierungsmöglichkeiten. Die in einer Arbeitsgruppe erarbeiteten Vorschläge sollen nach erfolgtem ZSP-Beschluss im neuen Jahr umgesetzt werden.

Die Performance-Arbeiten an der schulärztlichen Software «SaMedAn» wurden weiter vorangetrieben und sollen bis Mitte 2020 abgeschlossen sein. Der Datenexport für statistische Auswertungen ist nach wie vor aufwendig, aber es zeichnen sich langsam Fortschritte ab.

Schulpsychologischer Dienst (SPD)
Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen bearbeiteten im Berichtsjahr rund 3000 Beratungsfälle. Den Grossteil machten dabei 2700 Abklärungen und Beratungen von Schülerinnen und Schülern mit jeweils mehreren Terminen aus. Zu den weiteren 300 Beratungsfällen gehören schulbezogene Beratungen (z. B. in Schuhaussprechstunden oder interdisziplinären Teams), Einzelberatungen von Fachpersonen sowie Therapiegruppen für Eltern und Kinder oder für traumatisierte Kinder und Jugendliche.

Rund 7 % der Schülerinnen und Schüler standen im Kontakt mit dem SPD. Das Verhältnis zwischen Neuanmeldungen und Weiterführung bestehender Beratungen lag bei 1: 2. Bei einer von sieben Anmeldungen ging es um sonderschulische Fragen, bei allen anderen um regelschulische Massnahmen. Die neue Befunddiagnostik zeigt, dass vor allem sozialemotionale Themen bedeutsam waren, gefolgt von Problemen mit den schulischen Fertigkeiten und der Kognition.

Zusammen mit den KSB wurden in mehreren Schulkreisen die Abläufe und Kriterien für Sonderschulungen überprüft und geschärft. Weitere thematische Schwerpunkte bildeten Beratungen im Rahmen des Projekts «Stärkung der Integrationskraft der Stadtzürcher Schulen» (SIS), die Klärung des Vorgehens beim Nachteilsausgleich und die Beratung der Schulen bei Schulabsentismus.

Eine Pensenaufstockung um zwei Stellen brachte ab April des Berichtsjahrs eine gewisse Entlastung. Gleichzeitig stossen einzelne Zweigstellen in Bezug auf die Platzverhältnisse an ihre Grenzen.

Schulzahnärztlicher Dienst (SZD)
Der am 1. Juni 2018 eingeführte neue Tarif hat sich im Berichtsjahr deutlich ausgewirkt und zu einer Verbesserung des Kostendeckungsgrads geführt. Nach wie vor ist der SZD dank Fachkompetenz und Tarifgestaltung für die Kundinnen und Kunden sehr attraktiv.

Der Ersatz des bestehenden Praxismanagementsystems wurde weiterverfolgt. Die erneute Ausschreibung im Einladungsverfahren ergab einen klaren Favoriten, die definitive Entscheidung steht aber noch aus. Da das bestehende System vorläufig noch funktioniert, bleibt genügend Zeit für eine sorgfältige, schrittweise Einführung des neuen Systems.

Die Planung der neuen Klinik in der Liegenschaft Eggbühl, mit der auf die längerfristig stark steigenden Schülerzahlen in Zürich-Nord reagiert wird, ist im Zeitplan. Die Eröffnung ist für Herbst 2020 vorgesehen. Der geplante Ersatz für die Klinik Münchhalde in der Siedlung Hornbach wird nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht realisierbar sein, sodass hierfür eine alternative Lösung gesucht werden muss.

Die jährlichen Gebisskontrollen in den Schulzahnkliniken fanden im üblichen Rahmen statt. Die Untersuchungen ganzer Klassen sind sehr effizient. Sie stellen einen hohen Erfassungsgrad und eine gute Chancengerechtigkeit sicher. Die Unterstützung durch die Lehrpersonen ist hier äusserst wertvoll.

Der Bedarf für Lektionen der Schulzahnpflegeinstruktorinnen ist aufgrund zusätzlicher Schulklassen gestiegen. Der Mehrbedarf konnte durch interne Reorganisationsmassnahmen teilweise aufgefangen werden, künftig müssen aber etwas mehr Personalressourcen dafür zugeteilt werden.

Suchtpräventionsstelle (SUP)
Suchtrisiken früh erkennen und rasch handeln: Der SUP war es auch im Berichtsjahr ein wichtiges Anliegen, diversen Zielgruppen Bewusstsein und Handlungskompetenz dafür zu vermitteln.

In diesem Sinne hat sie den «risikoCHECK» entwickelt. Die Kurzberatung bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Standortbestimmung punkto Eigenkonsum von Substanzen oder digitalen Medien. Das Pilotprojekt im ersten Halbjahr verlief erfolgreich. Der «risikoCHECK» wurde daraufhin ins reguläre Angebot integriert.

Suchtrisiken früh erkennen und rasch handeln – nur wie? Eine Zürcher Schule hat sich im Berichtsjahr auf den Weg gemacht, um ein Konzept zum Thema Früherkennung und Frühintervention zu entwickeln. Die SUP unterstützt und begleitet sie dabei.

Im Übrigen war die SUP aktiv wie gewohnt: Sie informierte Multiplikatorinnen und Multiplikatoren über Substanzen und Suchtverhalten. Sie animierte Eltern, sich über digitale Medien auszutauschen. Sie führte Kinder und Jugendliche durch ihre Angebote, engagierte sich im Jugendschutz und bot Angehörigen und Betroffenen eine erste Anlaufstelle.

Prägend war das laufende Jahr auch in anderer Hinsicht: In ihrem ersten Jahr als Stellenleiterin führte Petra Buchta das Team durch einen Reorganisationsprozess. Ergebnis: Die SUP verstärkt ihre Präsenz in den Quartieren und bietet Schulen, Vereinen und Institutionen mit fest zugeteilten Teams direkte Ansprechpersonen.

4.3.3 Spezifische Kennzahlen

Nettoaufwand der Schulgesundheitsdienste pro Schülerin und Schüler

	2015	2016	2017	2018	2019
Schülerinnen und Schüler	29415	30446	31324	32438	33583
Nettoaufwand	19091310	18983884	19014436	19634887	19310878
pro Schülerin und Schüler	**649**	**624**	**607**	**605**	**575**

Kommentar
Die Kennzahl Nettoaufwand pro Schülerin und Schüler umfasst alle Kosten (Personal-, Sach-, Infrastrukturkosten) und Einnahmen der vier Fachabteilungen und des Stab der SG. Entsprechend breit ist der Leistungskatalog, der sämtliche Leistungen der vier Fachdienste umfasst. Eingeschlossen sind auch die Aktivitäten in Privatschulen im Rahmen des gesetzlichen Auftrags, wobei die Privatschülerinnen und -schüler in der Schülerzahl der Tabelle nicht berücksichtigt sind. Ebenfalls eingerechnet sind die Leistungen der SUP ausserhalb der Volksschule, d. h. in Betrieben und in der breiten Öffentlichkeit.

4.4 Musikschule Konservatorium Zürich und Schulkommission

4.4.1 Aufgaben

MKZ ist das Kompetenzzentrum der Stadt Zürich für Musik, Tanz und Theater und richtet ihr Angebot an Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus Stadt und Kanton Zürich. Der Schwerpunkt liegt auf der Breitenförderung im Volksschulalter. Einen hohen Stellenwert geniesst dabei das gemeinsame Singen, Spielen und Musizieren, das wesentlich zur Integration von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft beiträgt und den Zürcher Orchester-, Blasmusik- und Gesangsvereinen regelmässig zu Nachwuchs verhilft.

Entsprechend den unterschiedlichen Zielsetzungen von Schülerinnen und Schülern bietet MKZ den Instrumental- und Gesangsunterricht seit Sommer 2015 in vier Profilen an, die von der Breiten- bis zur Spitzenförderung reichen. Für besonders talentierte und motivierte Schülerinnen und Schüler führt MKZ spezielle Förderprogramme, angehende Musikerinnen und Musiker können sich im Pre-College MKZ während ein bis zwei Jahren intensiv auf ein Musikstudium vorbereiten. Im Rahmen der Volksschule führt MKZ den Unterricht im Bereich Musikalische Grundausbildung (MGA) und das Klassenmusizieren durch. Die Schülerinnen und Schüler von MKZ präsentieren ihr Können alljährlich in über 700 öffentlichen Konzerten und Veranstaltungen.

4.4.2 Jahresschwerpunkte

MKZ als «Gesundheitsfördernde Musikschule» zertifiziert
Seit sechs Jahren befasst sich MKZ im Bereich Weiterbildung intensiv mit dem Thema Musikphysiologie. Ziel ist, dass Lehrpersonen möglichst beschwerdefrei üben, spielen sowie unterrichten und ihr erworbenes Wissen auch an Schülerinnen und Schüler weitergeben können. So wurde ein gesamtzürcherisches, musikphysiologisches Beratungsangebot für Lehrer- und Schülerschaft geschaffen, wofür MKZ Anfang des Berichtsjahrs das Zertifikat «Gesundheitsfördernde Musikschule» verliehen wurde. Das Beratungs- und Weiterbildungsangebot sowie die Zertifizierung sind Resultat der Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule der Künste und dem Verband Zürcher Musikschulen.

MKZ meets EMO: Pädagogisches Austauschprojekt mit dem Espoo Music Institute (EMO) aus Finnland
Das Partnerschaftsprojekt «MKZ meets EMO» fördert im internationalen Austausch Weiterbildungen, Unterrichtshospitationen und Lehrtätigkeit von Lehrpersonen beider Institutionen. Im zweiten Jahr des Projekts stand der praktische Unterrichtsaustausch im Mittelpunkt.

Vom 1. bis 4. April des Berichtsjahrs fand der Besuch ausgewählter MKZ-Lehrpersonen der Schwerpunktbereiche Klassenmusizieren, Förderprogramm und Pop/Rock/Jazz am EMO in Finnland statt. Diese MKZ-Lehrpersonen haben die Aufgabe, die neuen Inputs, Erfahrungen und Methoden des EMO in die Fachschaft weiterzugeben und an der Schulentwicklung mitzuwirken.

Vom 30. September bis 3. Oktober 2019 weilte eine Delegation aus Finnland in Zürich. Zahlreiche Fächer und Unterrichtsangebote öffneten ihre Türen für die finnischen Gäste: So gab es Chor-, Band- oder Orchesterproben zu beobachten, Klassenmusizieren und MGA wurden besucht oder auch eine Vorlesung und praktische Demonstration zum Thema Musikphysiologie angeboten. Die finnischen Gäste unterrichteten Schülerinnen und Schüler von MKZ-Lehrpersonen, die den Unterricht mitverfolgten oder allenfalls beim Übersetzen halfen. Danach diskutierten sie über ihre Methoden. Dieser Austausch fand grossen Anklang bei den Lehrpersonen. Andere Formen der Vermittlung gestalteten sich als Unterrichtsdemos mit anschliessender Gruppendiskussion. Gemeinsame Konzertbesuche, die Teilnahme an Jam-Sessions, informeller Austausch sowie Workshops mit Präsentation im Plenum rundeten den viertägigen Besuch der finnischen Delegation ab.

Alle Teilnehmenden und die Organisationsteams waren und sind sich einig: Dieser Austausch ist extrem wertvoll, solche Perspektivenwechsel wirken sich befruchtend auf die Gestaltung des Berufsauftrags und der Unterrichtstätigkeit aus und kommen letztlich den Schülerinnen und Schülern zugute.

Die Stiftung MOVETIA, die den Austausch und die Mobilität in der Aus- und Weiterbildung für Lehrpersonen fördert, unterstützt dieses Projekt finanziell.

eBill
Mit der Einführung von «eBill» für Kundinnen und Kunden übernimmt MKZ eine Pionierrolle in der Verwaltung der Stadt Zürich.

Vor rund zwei Jahren hat MKZ das Kundenkonto «Mein MKZ» lanciert, um die Administration rund um den Musikunterricht digital abzuwickeln. Mit der Einführung von «eBill» schliesst MKZ die letzte Lücke: die elektronische Rechnungsstellung. Sie tut dies als eine der ersten Dienstabteilungen der Stadt Zürich im Rahmen des Strategie-Schwerpunkts «Digitale Stadt». Nach dem anfänglichen technischen und administrativen Einführungsaufwand erleichtert diese Massnahme die tägliche Arbeit und schont nicht zuletzt Umwelt und Ressourcen.

4.4.3 Konzerte und Projekte

«Auswärtsspiele» als Werbung in eigener Sache
Gleich zweimal bespielte MKZ mit Chören, Ensembles, Bands und Single-Acts im Berichtsjahr den Münsterhof: im Juli im Rahmen des Züri Fäscht, sowie im November und Dezember im Rahmen des neu lancierten Weihnachtsmarkts. Durch die Zusammenarbeit mit externen Veranstaltern versucht MKZ, ihr Publikum stetig zu erweitern und sich so in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend als Kulturveranstalterin zu etablieren. Mit beiden Veranstaltungen waren sämtliche Beteiligten hochzufrieden.

MKZ am Züri Fäscht mit dem Mini-Festival «Kidz on the Rock». (Bild: KOM MKZ)

Jugend Sinfonieorchester Zürich (JSOZ): Vielbeschäftigt und erfolgreich im Jahr 2019
Die jungen Mitglieder des Elite-Ensembles von MKZ stellten sich im Frühling einer besonderen Herausforderung: Sie spielten im Radiostudio Zürich eine CD ein. Als Koproduzentin wirkte SRF2 Kultur. Die Konzerte mit dem CD-Repertoire (Mendelssohns «Hebriden-Ouvertüre» und Berlioz' «Symphonie fantastique») fanden in Zürich und Schaffhausen vor ausverkauften Sälen statt. In der zweiten Jahreshälfte (7. bis 6. Oktober) unternahm das JSOZ eine Tournee in Nordeuropa. Die Konzerte in Finnland, Estland und Lettland mit Werken von Tschaikowski und Sibelius waren ein voller Erfolg. Als krönender Abschluss spielte das Orchester nach seiner Rückkehr in der Tonhalle Maag vor fast ausverkauftem Haus.

MKZ-Bandfestival
Das MKZ-Bandfestival vereinte im März des Berichtsjahrs Bands und Duo-Acts aller Stilrichtungen auf zwei Bühnen im renommierten Jazzclub Moods. Mit der Wahl des Spielorts unterstreichen die beiden städtischen Institutionen Moods und MKZ auch ihre erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich der Nachwuchsförderung Pop/Rock/Jazz.

Jugendblasorchester Zürich unter neuer Leitung
Für die Fortsetzung des Projekts konnten die Verantwortlichen einen neuen Dirigenten gewinnen, den gefragten Schweizer Blasmusikkomponisten Mario Bürki. Das Konzertrepertoire beim Auftritt im Toni-Areal beinhaltete unter anderem zwei Kompositionen des Dirigenten. Um eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Orchesters zu gewährleisten, haben sich MKZ und Mario Bürki auf eine drei Jahre dauernde Zusammenarbeit verständigt.

Förderpreise MKZ: Finalwettbewerbe auf Top-Niveau
Der 6. Pop/Rock/Jazz-Final (12. November 2019, Jazzclub Moods) sah den E-Gitarristen und Sänger Dan Hunziker als strahlenden Sieger. Der 20-jährige Aargauer gewann die Jury nicht nur mit seiner Musikalität, sondern auch mit seiner Spielfreude und Bühnenpräsenz. Dan Hunziker studiert im Pre-College von MKZ mit dem Ziel, in nicht allzu ferner Zukunft als Gitarrenlehrer seine Freude an der Musik sowie sein Wissen weiterzugeben.

Sieger Pop/Rock/Jazz-Final: Dan Hunziker. (Bild: Patrick Gutenberg)

Das Finale des Förderpreis Klassik am 1. Dezember 2019 (Musikzentrum Florhofgasse, Grosser Saal) beeindruckte Jury und Publikum mit einem vielseitigen Programm und jungen Musikerinnen und Musikern auf höchstem Niveau. Der 13-jährige Raphael Nussbaumer gewann nicht nur den Förderpreis, sondern auch den Vuillaume-Sonderpreis, der alle zwei Jahre an den besten Wettbewerbsbeitrag im Fach Violine verliehen wird. Raphael Nussbaumer erhält von MKZ ein Instrument aus der gleichnamigen Geigenwerkstatt (spätes 19. Jahrhundert) zur Verfügung gestellt.

Sieger Förderpreis Klassik und Vuillaume-Sonderpreis: Raphael Nussbaumer. (Bild: Frederic Meyer)

Die MKZ-Förderpreise verlieh Andrea F. G. Raschèr, Präsident der Förderstiftung MKZ. Die damit verbundenen Preisgelder sind an einen externen musikalischen Verwendungszweck gebunden.

4.4.4 Schulkommission

Die Schulkommission MKZ tagte im Berichtsjahr vier Mal. Sie behandelte dabei folgende Geschäfte:

- Rechnung 2018
- Geschäftsbericht 2018
- Einfrage zum Vernehmlassungsentwurf «Totalrevision Gemeindeordnung»
- Berichte der Mitglieder der Schulkommission MKZ für das Schuljahr 2018/19
- Budget 2020
- Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2020–2023
- Wahl der Lehrpersonen für MAB Schuljahr 2019/20
- Bericht und Abnahme der MAB für Lehrpersonen aus dem Schuljahr 2018/19
- Bildungsreglement für das Lehr- und Therapiepersonal der städtischen Volksschule

4.4.5 Spezifische Kennzahlen

Anzahl Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen

Fälle	2015	2016	2017	2018	2019
Schülerinnen und Schüler Musikalische Grundausbildung	6173	6507	6863	6962	7039
Schülerinnen und Schüler Musikunterricht	17008	17973	16126	16105	16329
Total Schülerinnen und Schüler	23181	24480	22989	23067	23368
Lehrerinnen und Lehrer	572	579	568	550	557
Vikarinnen und Vikare	29	31	25	35	23
Total Lehrpersonen	601	610	593	585	580

Kommentar
Schülerinnen und Schüler, die mehr als ein Fach belegen, werden entsprechend mehrfach gezählt.

4.5 Sportamt

4.5.1 Aufgaben

Der Leistungsauftrag des SPA wird jährlich mit dem Produktegruppen-Globalbudget durch den Gemeinderat beschlossen. Die wichtigsten Aufgaben sind: Bereitstellung und Betrieb der Sport- und Badeanlagen, Motivieren der Bevölkerung zum Sporttreiben, Organisation von Sportangeboten für Schulkinder, Förderung des Jugendsports sowie im Auftrag der Volksschule erbrachte Leistungen zugunsten des obligatorischen Schulsports. Die Grundsätze und Ziele der Sportpolitik und der städtischen Sportförderung sind im «Sportpolitischen Konzept der Stadt Zürich» definiert. Der künftige Bedarf an Sportanlagen ist in der «Raumbedarfsstrategie Sport» festgehalten.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Gemeinsam mit GSZ wurde das Konzept zur Förderung des ungebundenen Sports verfasst. Damit sollen Sportaktivitäten, die in der Regel ausserhalb des organisierten Sports ausgeübt werden, durch die Stadt ermöglicht und gefördert werden. Dazu zählen zum Beispiel Radfahren, Schwimmen, Laufen oder Wandern. Die Bevölkerung soll sich altersunabhängig und nah am Wohnort sportlich betätigen können. Sportangebote und -infrastruktur sollen besonders auch Personen ansprechen, die sportlich unterdurchschnittlich aktiv sind.

Sportveranstaltungen und Sporterfolge
Verschiedene Breitensportanlässe wie der «Silvesterlauf» (18 829 Teilnehmende), das IRONMAN-Wochenende mit Firmentriathlon, «Zurich Triathlon» und «IRONKIDS» (5771 Teilnehmende), der «Zürich Marathon» (10 154 Teilnehmende), der «Pink Ribbon Charity Walk» (5000 Teilnehmende) das «Limmatschwimmen» (4500 Teilnehmende), die «Stadtzürcher Seeüberquerung» (8447 Teilnehmende) sowie der «Rock'n'Run» (847 Teilnehmende) und die Laufsportveranstaltung «Wake up and run» (300 Teilnehmende) ermöglichten einer breiten Bevölkerung, sportlich aktiv zu sein.

Stadtzürcher Vereine vermeldeten 158 Schweizermeistertitel, 74 davon aus dem Nachwuchssport. Athletinnen und Athleten mit Wohnort Zürich oder aus Stadtzürcher Vereinen gewannen vier Medaillen an Welt- und vier an Europameisterschaften.

42 195 m durch Zürich: Die Marathonstrecke am «Zürich Marathon» führt vom Mythenquai nach Meilen und wieder zurück in die Zürcher Innenstadt. (Bild: Zürich Marathon)

Sportanlagen
Auf den vom Sportamt betriebenen Anlagen wurden 1,4 Millionen Trainierende sowie Wettkämpferinnen und Wettkämpfer gezählt. Verschiedene Sportanlagen erfuhren eine Sanierung oder Aufwertung: Ein Naturrasenfeld auf der Rasensportanlage Allmend Brunau sowie je ein Kunstrasenfeld auf den Sportanlagen Heerenschürli und Juchhof 2 wurden saniert. Auf der Sportanlage Steinkluppe wurde zudem der Rollschuhplatz saniert und das grosse Kunstrasenspielfeld mit einer neuen Beleuchtung ausgestattet.

Das Sportzentrum Heuried und die Kunsteisbahn Oerlikon stehen in der Wintersaison von Oktober bis März der Bevölkerung zum Eislaufen zur Verfügung. Während der Eissaison fand der Anlass «Gratis aufs Glatteis» im Januar und November auf der Kunsteisbahn Oerlikon und im Sportzentrum Heuried statt.

Im Stadion Letzigrund fanden 42 Fussballspiele (Männer: 27 Super League, 9 Challenge League, 4 Schweizer Cup, 1 Europa League; Frauen: 1 Champions League) sowie vier Konzerte von Metallica, Phil Collins, Bon Jovi und Pink statt. Zu den weiteren Grossanlässen zählten das Leichtathletikmeeting «Weltklasse Zürich», der «UBS-Kids Cup» sowie der «Pink Ribbon Charity Walk».

Gratis aufs Glatteis: Über 4000 Personen nutzten die beiden Veranstaltungstage in den Eissportanlagen Heuried und Oerlikon. (Bild: Sportamt)

Badeanlagen
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 3,41 Millionen Eintritte in allen städtischen Badeanlagen registriert. In den sieben Hallenbädern wurden rund 1,36 Millionen Eintritte gezählt, was dem zweitbesten je erzielten Ergebnis entspricht. In den sechs durch das Sportamt selbst betriebenen Hallenbädern konnte mit 1,06 Millionen Eintritten ein neuer Rekord erzielt werden. Rund 2,05 Millionen der gezählten Eintritte entfielen auf die 17 Freibäder. Dies entspricht dem zweitbesten je erzielten Ergebnis einer Sommersaison. Besucherstärkster Tag war der 30. Juni mit 86 707 Eintritten, was einem neuen Tagesrekord entspricht.

Bisher waren alle vom Sportamt betriebenen Sommerbäder jeweils von Mitte Mai bis Mitte September geöffnet. Im Berichtsjahr wurde als Pilotversuch die Saison in drei Bädern um insgesamt neun Wochen verlängert. Dies betraf die Bäder Utoquai (Mitte April bis Ende Oktober), Seebach und Letzigraben (beide Anfang Mai bis Ende September), was von der Bevölkerung ausgiebig genutzt wurde.

Das Freibad Letzigraben öffnete nach der Badesaison ab Oktober ebenfalls als Pilotprojekt für die Bevölkerung. Während des Winterhalbjahrs dient die Anlage als Erholungsraum und Parkanlage ohne Badebetrieb.

Saisonverlängerung: Das Seebad Utoquai lud von Mitte April bis Ende Oktober zum Schwimmen ein. (Bild: Sportamt)

Schulsport

Kinder und Jugendliche verbringen immer mehr Zeit im «Lebensraum Schule». Deshalb spielen neben dem Unterricht auch die Betreuung und die Freizeit in der Schule eine wichtige Rolle in der Bewegungserziehung und -förderung. Das SPA unterstützte über das Kompetenzzentrum Sportunterricht das Schulpersonal mit Weiterbildungskursen für Lehrpersonen, Betreuungspersonal und Leitende von freiwilligen Schulsportangeboten.

Im Rahmen des obligatorischen Schwimmunterrichts von der 1. bis zur 4. Klasse wurden über 27 000 Lektionen erteilt. Die Schulen der Stadt Zürich führten 484 Sporthalbtage durch. In Zusammenarbeit mit den Schulen wurden 435 Jahreskurse Sport mit rund 5800 Teilnehmenden pro Woche durchgeführt. Neu ist die Anmeldung für die Jahreskurse der Schulen an das städtische Online-Serviceportal «Mein Konto» angeschlossen. Schülerinnen und Schüler können sich für die Kurse sowohl direkt vor Ort als auch online anmelden.

Zum Schuljahr 2019/20 sind mit den Schulen Schütze und Pfingstweid zwei neue Schulanlagen mit je einer Einfachsporthalle eröffnet worden. Auch der Ersatzneubau der Schulanlage Schauenberg mit einer Doppelhalle sowie die Schulschwimmanlage Looren konnten im Sommer 2019 ihren Betrieb aufnehmen. Alle drei Schulanlagen verfügen über attraktive Aussenanlagen, die auch der Quartierbevölkerung zur Verfügung stehen.

Doppelhalle für den Sport: die neue Sporthalle im Schulhaus Schauenberg. (Bild: Roland Bernath, Zürich)

Sportförderung

Die Jugendsportförderung in den Vereinen entwickelte sich erfreulich. Insgesamt profitierten über 200 Stadtzürcher Vereine von den städtischen Jugendsportbeiträgen. Die Zahl von aktiven Stadtzürcher Kindern und Jugendlichen in den Vereinen wuchs auf über 16 500. Die vielfältigen Angebote der Vereine ermöglichten eine sinnvolle und gesundheitsfördernde Freizeitbeschäftigung.

In den Semesterkursen Sport für Kinder und Jugendliche konnten über 60 Sportarten ausprobiert werden. Die 121 Semesterkurse Sport wurden von 1750 Teilnehmenden besucht. 10 311 Teilnehmende nahmen an 585 Sport- und Freizeitkursen während der Schulferien teil.

Mit dem «Sportpreis 2019» wurde Julie Derron (Triathlon) ausgezeichnet. Den «Nachwuchspreis» erhielt der Leichtathlet Ricky Petrucciani (Leichtathletik-Club Zürich). Mit dem «Sportförderpreis» wurde der Verein Züritrails für sein langjähriges Engagement im Bikesport ausgezeichnet.

Der Auftrag, die Bevölkerung über die Sportmöglichkeiten zu informieren und zu Bewegung und Sport zu ermuntern, wurde über mehrere Kanäle wahrgenommen. Die Website des Sportamts war mit über 6000 Klicks pro Tag das wichtigste Informationsmittel. Die Zahl der Newsletter-Abonnemente erhöhte sich auf über 20 500.

4.5.3 Spezifische Kennzahlen

Freiwillige Kurse und Lager (Anzahl Schülerinnen und Schüler)

	2015	2016	2017	2018	2019
Freiwillige Sportkurse des Sportamts (Wochendurchschnitt)	1 778	1 770	1 946	1 987	1 750
Freiwillige Sportkurse der Schulen (Wochendurchschnitt)	5 363	5 475	5 424	6 024	5 814
Feriensportkurse	5 706	6 340	8 391	9 645	10 311
Zürcher Sport-Ferienlager in Fiesch	689	681	681	692	676
Schneesportlager	918	966	1 040	1 173	1 008

Weitere Kennzahlen Jugendsport

	2015	2016	2017	2018	2019
Schulschwimmen (Anzahl Lektionen pro Jahr)	23099	23667	24896	26085	27021
Anzahl Jugendliche in Sportvereinen (mit Wohnsitz Zürich)	14894	15201	15406	16072	16545
Anzahl subventionierte Sportvereine mit Jugendgruppen	212	219	210	206	209

Frequenzen der wichtigsten städtischen Sportanlagen (Anzahl Nutzende pro Jahr)

	2015	2016	2017	2018	2019
Hallenbäder, durch Sportamt betrieben[1]	1028327	1062826	1046528	1030670	1063931
Hallenbäder, durch Dritte betrieben[2]	298690	316155	307896	296469	292605
Freibäder, durch Sportamt betrieben[3]	1837154	1615594	1754282	2276849	1969479
Freibäder, durch Dritte betrieben[4]	66278	59376	71098	88826	81179
Schulschwimmanlagen (inkl. Schwimmunterricht)	437742	446604	423000	448120	465433
Kunsteisbahnen[3]	265876	235089	120338	309220	388239
Rasensportanlagen	756135	779777	792525	790895	772796
Sporthallen (ohne Schulsporthallen)	416485	452015	485663	476867	467567
Stadion Letzigrund (Zuschauerinnen und Zuschauer)	478657	661210	557861	512325	493575

[1] Februar 2016 bis Oktober 2017 Schliessung Hallenbad Leimbach wegen Sanierung
[2] Hallenbad Altstetten
[3] März 2015 bis September 2017 Schliessung Heuried wegen Neubaus
[4] Seebad Enge, Männerbad Schanzengraben

Städtische Sportanlagen, Bestand per 31.12.2019

	Anzahl	Bemerkungen
Mehrfachhallen (Doppel- und Dreifachhallen)	13	davon 6 Dreifachhallen
Einfachhallen	138	–
Spezialhallen	17	davon 8 Gymnastikräume und die Saalsporthalle
Sommerbadeanlagen	17	6 Beckenbäder, 11 See- und Flussbäder
Hallenbäder	7	davon 2 mit 50-m-Becken
Schulschwimmanlagen	17	–
Rasensportfelder	106	70 Naturrasen-, 35 Kunstrasenplätze, 1 Sandplatz
Tennisplätze	154	44 öffentliche Vermietung, 110 private Vermietung
Leichtathletikanlagen mit 400-m-Rundbahnen	5	–
Kunsteisbahn-Anlagen	3	7 Eisfelder, davon 2 gedeckt
Diverse Spezialanlagen	33	–

4.6 Fachschule Viventa und Schulkommission

4.6.1 Aufgaben

Die Fachschule FSV bietet als Kompetenzzentrum für die Aus- und Weiterbildung in der Stadt Zürich ein breites Angebot in den Bereichen Berufsvorbereitung, Integration sowie Berufs-, Erwachsenen- und Elternbildung. Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) ermöglicht Jugendlichen den Brückenschlag zwischen der obligatorischen Volksschule und dem Berufsleben. Das vergleichbare Schulungsangebot für Jugendliche aus den drei städtischen Sonderschulen wird unter dem Begriff «15plusSHS» geführt. Mit Deutsch- und Kulturkursen für fremdsprachige Jugendliche und Erwachsene übernimmt die FSV zudem eine wichtige Rolle in der städtischen Integrationspolitik.

4.6.2 Jahresschwerpunkte

Wesentlichster Taktgeber im Berichtsjahr war der Lehrplan 21: Er gab das Tempo vor, um für die damit verbundene bevorstehende Digitalisierung des Unterrichts der FSV entsprechende Grundlagen zu entwickeln, auf denen im Folgejahr gezielt aufgebaut werden kann. Ein Steuerungsausschuss und eine Projektgruppe – bestehend aus Lehrpersonen, Bereichsleitungen und Mitgliedern der Schulleitung – entwickelten dafür gemeinsam ein pädagogisches ICT-Konzept. Dieses Konzept stellt einerseits einen konkreten Marschplan und inhaltliche Vorgaben dar. Andererseits definiert es diejenigen ICT-Kompetenzen, die den Schülerinnen und Schülern als Bestandteile des Unterrichts zu vermitteln sind und über die im Umkehrschluss die Lehrpersonen der FSV ab spätestens Schuljahr 2021/22 verfügen müssen.

Dieses pädagogische ICT-Konzept wurde ursprünglich mit dem Schwerpunkt BVJ entwickelt, erlangte aber nach weiteren Überarbeitungen in vielen Belangen Allgemeingültigkeit für die gesamte Schule. Parallel zum Projekt «Pädagogisches ICT-Konzept» lief das Projekt «Berufsbildung im Wandel», das sich mit den im Kontext der Digitalisierung ergebenden Veränderungen der Berufsbildung auseinandersetzt. Beide Projekte wiederum bilden die Grundlage des im Jahr 2020 bevorstehenden Grossprojekts, mit dem der digitale Wandel der gesamten FSV definiert sowie das Lehren und Lernen nach Lehrplan 21 digital umgesetzt werden kann. Für den Auf- und Ausbau der ICT-Kompetenzen der Lehrpersonen wird zudem ein Kursprogramm entwickelt, das Anfang 2020 startet. Der Weiterbildungstag 2019 wurde als motivierender Kick-off zur digitalen Transformation der FSV mit spezifischer Wissensvermittlung in Form von Referaten und Workshops gestaltet.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die MAB für Lehrpersonen sowie die gründliche Überarbeitung der entsprechenden Instrumente. Eine Arbeitsgruppe – bestehend aus Mitgliedern der Schulkommission und der Schulleitung – hat das Beurteilungssystem unter aktivem Einbezug der Bereichsleitenden präzisiert, differenziert und gleichzeitig vereinfacht. Damit steht nun ein Instrument zur Verfügung, womit den Lehrpersonen ihr Potenzial nachvollziehbar aufgezeigt werden kann. Die Schulkommissionsmitglieder wurden in der Anwendung des neuen Systems, das seit Schuljahresstart 2019/20 im Einsatz ist, geschult.

Das bisherige Wahlfachangebot des Berufsvorbereitungsjahrs wurde einer grundsätzlichen Evaluation unterzogen – auch in Bezug auf seinen direkten schulischen Nutzen – und neu in einen konzeptionellen Rahmen gebettet. Nach erfolgreicher Pilotphase wurde das neue Wahlfachangebot mit zwei Fächerkategorien im Schuljahr 2019/20 fest eingeführt. Mit dem Angebot der Kategorie A, neu als Ergänzungsfächer bezeichnet, können elementare Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern gezielt gestärkt werden. Zur Kategorie B zählen Freifächer, in denen Wissen und Fähigkeiten, losgelöst vom eigentlichen Unterrichtsstoff und Lehrplan, vermittelt werden. Diese Freifächer können von Schülerinnen und Schülern gewählt werden, die keine schulischen Defizite aufzuholen haben.

Berufsvorbereitung
Der Abschluss des BVJ im Sommer 2019 stimmte den Grossteil der austretenden Schülerinnen und Schüler in beruflicher oder schulischer Hinsicht zuversichtlich. Von insgesamt 450 Jugendlichen (einschliesslich Angebot Integration) fanden 93,3 % eine Anschlusslösung. Von 77 Schülerinnen und Schülern, die das BVJ «Sprache und Integration» (BVJ S+I) abgeschlossen haben, fanden 7 keine Anschlusslösung. Ergänzend dazu ist die Tatsache zu nennen, dass die Zulassungskriterien zum BVJ und die Vorgaben des Kantons von der FSV vollumfänglich erreicht wurden.

Der Schulstart mit 407 Jugendlichen im August 2019 wurde nebst regulärem Unterricht von vielseitigen Projekten wie anspruchsvollen Outdoor-Übungen, Besichtigungen und ersten Berufserkundungen begleitet. Die Fokussierung auf die Berufswahl verzeichnete rasch erste Erfolge. Bis Ende November fand jeder Vierte der Jugendlichen eine Lehrstelle. Gegen Ende Jahr wird sich diese Quote durch die gängige Praxis der Lehrbetriebe, vor Weihnachten Zusagen zu erteilen, erfahrungsgemäss noch verdoppeln. Den Schülerinnen und Schülern stehen zudem passende und auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittene Instrumente aus dem Bereich der Unterstützungsangebote wie Beratungen, Lernförderungen, Klassentrainings usw. zur Verfügung.

Im Sonderschul-Angebot «15plusSHS» verlief der Start mit 60 Jugendlichen sehr vielversprechend. 12 der Schülerinnen und Schüler wurden mit entsprechender Begleitung erfolgreich in die Regelklassen aller Profile der Berufsvorbereitung integriert. 48 der Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlich schweren Beeinträchtigungsgraden durchlaufen die Berufsvorbereitung in separierten Klassen an zwei Standorten.

Im Vergleich zu vergangenen Schuljahren zeigt sich für den Schulbeginn 2019/20 erneut, dass der Anteil mit 213 jungen Männern wie gewohnt höher ausfällt als jener der jungen Frauen mit 194; davon sind 279 Schweizerinnen und Schweizer, während 128 einer anderen Nationalität angehören. Der Anteil Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache beträgt 67 %. Die Berufswahl der Jugendlichen ist im Hinblick auf die Anzahl von 250 zur Verfügung stehenden Lehrberufen ein komplexer Prozess geworden. Auszumachen ist, dass die kaufmännischen Berufe und die Informatikberufe nach wie vor sehr hoch im Trend liegen. Die Handwerks- und Gastroberufe hingegen werden trotz günstiger

Zukunftsperspektiven weniger oft gewählt. Eine umfangreiche Beratung in Zusammenarbeit mit den Berufsberatenden ist auch im digitalen Zeitalter der Informationsbeschaffung unabdingbar.

Integration
Die beiden Integrationsbereiche der FSV, das BVJ S+I sowie die Integrationskurse für Erwachsene, konnten ihre Zusammenarbeit mit diversen Partnerorganisationen festigen und dabei wertvolle Synergien erzeugen. Im Berichtsjahr konnte die Evaluation der Passerelle abgeschlossen werden. Mit leichten Anpassungen wurde die Passerelle nun in den Regelbetrieb überführt. Damit ist ein erster Schritt der Aktualisierung der Lehrpläne erfolgt, die den Integrationsangeboten der FSV zugrunde liegen. Weitere Schritte sind für die kommenden Jahre geplant. Eine regelmässige Überarbeitung der Angebote ist gerade angesichts der ausgeprägten Volatilität des Integrationssegments von grosser Bedeutung.

Erwachsenen- und Elternbildung
Die Anzahl durchgeführter Kurse ist sowohl in der Eltern- als auch in der Erwachsenenbildung gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben. Positiv ist, dass die Kundenrückmeldungen häufig den Hinweis auf eine Empfehlung durch aktuelle oder ehemalige Kursteilnehmende enthalten. Dies belegt die Wertschätzung der Kundinnen und Kunden für das Kursangebot der Erwachsenen- und Elternbildung.

Im Sinne der kontinuierlichen Qualitätsentwicklung wurde innerhalb des Kursleitenden-Teams der Austausch in den Fachgruppen weiter intensiviert und ausgebaut. Das ermöglicht einerseits den themenspezifischen Austausch unter den Kursleitenden, bildet andererseits aber auch den Rahmen für die kollegiale Besprechung von herausfordernden Situationen.

Berufsbildung
Beide Berufsbildungsbereiche der FSV, die Berufsbildung Hauswirtschaft und die Berufsbildung Fachfrau/Fachmann Gesundheit (FaGe), haben inzwischen die ersten Zyklen mit neuer Bildungsverordnung hinter sich. Die guten Vorbereitungsarbeiten haben sich ausgezahlt.

Innerhalb der Berufsbildung Hauswirtschaft wird seit August 2019 erstmals die Integrationsvorlehre Hauswirtschaft angeboten. Im Auftrag der EB Zürich führt die FSV darin die berufskundlichen Module durch. Die Klasse ist mit zehn sehr motivierten jungen Erwachsenen im Alter von 17 bis 30 Jahren für eine erste Durchführung erfreulich gut besetzt.

Die Berufsbildung FaGe arbeitet gemäss Vorgaben des Careum Bildungszentrums seit August 2019 nach dem Konzept von BYOD (Bring Your Own Device) und mit digitalen Lehrmitteln. In beiden Berufsschulbereichen der FSV werden digitale Tools und Medien im Unterricht vermehrt eingesetzt.

Zentrale Dienste
Die Schuladministration wurde weiter digitalisiert und bietet seit Schuljahresstart 2019/20 die Möglichkeit zur Online-Anmeldung für das BVJ. Dadurch verringert sich seitens Verwaltung der mit der Anmeldung verbundene administrative Aufwand für die Vollständigkeitsprüfung der eingereichten Dokumente.

Des Weiteren wurden die Funktionalitäten des Schuladministrationssystems (Information Manager) ausgebaut. Neu überprüft das System bei der Kursanmeldung unter anderem, ob die Kursteilnehmenden bei Kursstart im Besitz einer gültigen KulturLegi sind. Falls ja, wird die daraus resultierende Rabattposition bei der Rechnungsstellung direkt und automatisch erfasst.

Entsprechend dem Weiterbildungskonzept der FSV wurde ab dem Berichtsjahr der Weiterbildungstag der Verwaltung neu eingeführt. Zentrale Inhalte dieses Weiterbildungstags sind Themen, die für die Mitarbeitenden der Verwaltung eine Allgemeingültigkeit haben.

Im Bereich Immobilien wurde eine Raumstrategie für die gesamte Schule entwickelt, die Planung und Bedarf des Schulraums der FSV langfristig aufzeigt. Diese wurde im September 2019 vom Stadtrat verabschiedet. Im Berichtsjahr wurde zudem die Gartenanlage der Immobilie «Schulhaus Wengi» neu konzipiert. Diese kleine Oase mitten im dicht bebauten Quartier steht nunmehr Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen der FSV sowie – zu gewissen Zeiten – der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung.

4.6.3 Schulkommission Fachschule Viventa

Das Plenum und der Geschäftsleitende Ausschuss der Schulkommission der FSV trafen sich im Berichtsjahr zu je drei oder vier regulären Sitzungen. Während des laufenden Jahres war lediglich ein Austritt aus dem Plenum zu verzeichnen.

Zu den wichtigsten Geschäften gehörten:

- Abnahme des Geschäftsberichts 2018
- Abnahme Rechnung und Reporting 2018
- Abnahme Grobbudget 2020 und FAP 2020/23
- Überarbeitung und Schulung MAB-Bogen
- Abnahme Konzept Wahlfächer
- Abnahme Antrag Integrationsvorlehre Hauswirtschaft
- Stufenanstieg für alle Lehrpersonen
- MAB für Lehrpersonen an der FSV
- Ferienplan 2020/21

Im Schuljahr 2018/19 wurden, nebst 60 Schulbesuchen durch die Mitglieder der Schulkommission, 26 Zwischenbeurteilungen und 13 Hauptqualifikationen durchgeführt.

4.6.4 Spezifische Kennzahlen

Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), Anschlusslösungen nach Schuljahr

	Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Schuljahr[1]									
	2014/15		2015/16		2016/17		2017/18		2018/19	
Anschlusslösung	Effektiv	in %	Effektiv	in %	Effektiv	in %	Effektiv	in %	Effektiv	in %
Berufsausbildung	341	59,1	292	59,0	360	66,2	320	58,8	267	59,3
Zwischenlösung	144	25,0	116	23,4	151	27,8	157	28,9	131	29,1
Mittelschule	11	1,9	25	5,1	10	1,8	11	2,0	13	2,9
Andere Lösung	46	8,0	35	7,1	14	2,6	13	2,4	9	2,0
Ohne Lösung	35	6,0	27	5,5	9	1,7	43	7,9	30	6,7
Total SuS	**577**	**100**	**495**	**100**	**544**	**100**	**544**	**100**	**450**	**100**

[1] Stichtag 15. September des Abschlussjahres.

Klassenzahlen pro Schuljahr[1]

	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19
Berufsvorbereitungsjahr	43	42	41	43	41
«Deutsch für Flüchtlinge»	–	–	4	2	1
Integrationskurse für Erwachsene	6	6	6	7	7
Eltern lernen Deutsch in der Schule ELDIS	16	16	10	6	–
Grundbildung Hauswirtschaft	20	21	21	19	20
Grundbildung Gesundheit	43	46	50	53	55
Berufliche Weiterbildung	6	7	3	2	3
SEK für Erwachsene	2	2	2	2	2
«15plusSHS»	–	–	–	6	6
Total Fachschule Viventa	**136**	**140**	**137**	**140**	**135**

[1] Stichtag 15. September des Abschlussjahres.

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Initiativen
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied / Kommission Geschäftsbezeichnung
Volksinitiative 2018/155	12.09.2017 25.10.2017	Initiativkommittee, vertreten durch Harald Lukes «Sportstadt Züri»

Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich wird ergänzt mit folgendem Artikel 2^{novies}:

Art. 2^{novies} ^{1}Die Stadt Zürich setzt sich aktiv für die Förderung des Sports und für die Erhöhung des Anteils der bewegungsaktiven Bevölkerung in allen Alterskategorien ein und gewährt möglichst allen Menschen Zugang zum Sport. Besonders gefördert wird die sportliche Aktivität von Menschen mit kleinem Einkommen.

^{2}Der Zugang zu den städtischen Sport- und Badeanlagen ist kostenlos. Von Einzelpersonen und Familien wird für die Benutzung der Sport- und Badeanlagen der Stadt Zürich kein Eintritt verlangt. Nicht-gewinnorientierte Sportorganisationen mit Sitz in der Stadt Zürich, deren Einnahmen unter 100 000 Franken im Jahr liegen, zahlen zu sportlichen Zwecken keine Benutzungsgebühr in städtischen Sport- und Badeanlagen. Bei den wenigen Sportorganisationen mit Einnahmen ab 100'000 Franken werden stufenweise Gebühren erhoben, die ihrer Finanzkraft Rechnung tragen. Die Gebührenreglemente sind entsprechend anzupassen.

Der Stadtrat hat mit Weisung GR Nr. 2018/155 dem Gemeinderat zuhanden der Gemeinde die Ablehnung der Volksinitiative «Sportstadt Züri» vom 12. September 2017 beantragt. Die Weisung ist in der Spezialkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) per Ende 2019 noch in Beratung.

II. Unerledigte Motionen und Postulate[1]

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied / Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2015/33	28.01.2015 08.04.2015	Rosa Maino und Walter Angst (beide AL) Pilotprojekt mit gebundenen Tagesschulen, Planung einer stabilen und überschaubaren Mittagsbetreuung für die Kindergarten- und Unterstufenkinder

Der Stadtrat wird beauftragt, das Städtische Pilotprojekt mit gebundenen Tagesschulen für alle Projektphasen (1–3) unter räumlichen und personellen Voraussetzungen zu planen, die Kindergarten- und Unterstufenkindern eine Mittagsbetreuung in überschaubaren und stabilen Gruppen garantiert.

Die Phase II des Projekts Tagesschule 2025 startete am 1. August 2018; die ersten zwölf neuen Pilotschulen starteten im August 2019 als Tagesschulen 2025. Von den neuen Pilotschulen liegen die schuleigenen Umsetzungskonzepte vor, die von den jeweiligen Kreisschulbehörden bewilligt wurden. Aus diesen Konzepten geht hervor, dass in allen Pilotschulen die Schülerinnen und Schüler der Kindergartenstufe in separaten Räumlichkeiten verpflegt und betreut werden. Die Kinder der Unterstufe werden nicht in allen Schulen bis in die dritte Klasse separat verpflegt und betreut. Dies nicht zuletzt auch in Anlehnung an den ersten Zyklus gemäss Lehrplan 21, der bis zur zweiten Klasse dauert. Die Evaluation der Phase II startete im August 2019. Ein erster Bericht, welcher Auskunft über die neuen Pilotschulen gibt, wird erst auf November 2020 erwartet. Der Stadtrat sowie die Schulpflege beantragen daher die Aufrechterhaltung des Postulats.

Postulat 2015/386	02.12.2015 12.12.2015	AL-Fraktion Ressourcen für die Förderung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler durch eine Reorganisation der mit der Organisation und Verwaltung der Volksschule beschäftigten Einheiten

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob durch eine Reorganisation der verschiedenen mit der Organisation und Verwaltung der Volksschule beschäftigten Einheiten Doppelspurigkeiten reduziert werden können.

Das Postulat wird zusammen mit der Motion GR Nr. 2018 / 31 (Reorganisation der Schulbehörden als Fundament für eine zukunftsfähige Organisations- und Führungsstruktur der Stadtzürcher Volksschule nach dem Grundsatz einer starken demokratischen Verankerung) von Jean-Daniel Strub (SP) und Rosa Maino (AL) bearbeitet. Der Stadtrat sowie die Schulpflege beantragen daher die Aufrechterhaltung des Postulats.

Postulat 2017/106	12.04.2017 13.09.2017	Marcel Bührig (Grüne) und Jean-Daniel Strub (SP) Regelmässiger Besuch eines Erste Hilfe-Kurses für alle im pädagogischen Bereich tätigen städtischen Angestellten

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie für alle im pädagogischen Bereich tätigen städtischen Angestellten (Lehrkräfte, SchulsozialarbeiterInnen, BetreuungsfachpersonenHauswartInnen etc.) alle vier bis sechs Jahre ein Erste Hilfe-Kurs – Erste Hilfe für Erwachsene und Kinder – im Rahmen eines Weiterbildungsangebotes abgehalten werden kann.

In den Schulen der Stadt arbeiten 9123 Angestellte (Stand Juni 2019); 5983 sind städtisch und 3140 kantonal angestellt. Der zeitliche und finanzielle Aufwand für deren Weiterbildung wäre entsprechend hoch. Die in der Schule auftretenden pflegerischen und medizinischen Behandlungsfälle weisen ausserdem eine grosse Bandbreite auf und reichen von der Versorgung einer Schnittwunde mit einem Pflaster bis zur Anwendung einer Herz-Lungen-Wiederbelebungstechnik bei einem Atem-Kreislauf-Stillstand. Dieser Vielfalt kann weder ein Erste-Hilfe-Kurs noch ein anderer Standardkurs vollauf gerecht werden. Deshalb gilt es im Voraus zu klären, welche Kompetenzen prioritär vermittelt werden sollen.

Bei einem Atem-Kreislauf-Stillstand entscheiden Minuten über das Schicksal der Betroffenen. Wenn das Hirn länger als drei Minuten keinen Sauerstoff erhält, entstehen schwerwiegende neurologische Schäden. Bis ein professionelles Rettungsteam vor Ort ist, dauert es meist deutlich länger. Gemäss Angaben von Schutz & Rettung Zürich erfolgten in den Jahren 2016–2018 an Schulen der Stadt Zürich (ohne Kindergarten) jährlich 10–16 Ambulanzeinsätze mit Prioritätsstufe 1. Hier präsentierte sich die Situation für den Disponenten von Schutz & Rettung offensichtlich als lebensbedrohlich. Eine Befähigung von Laien, bei einem Kreislauf-Kollaps vor Eintreffen der Einsatzkräfte oder der Polizei eine Herz-Lungen-Wiederbelebungstechnik anwenden zu können, ist somit bei der Weiterbildung das zentralste Erfordernis.

Für die Ausbildung und Anwendung von Wiederbelebungsmassnahmen legt der «Swiss Resuscitation Council» (Schweizerischer Rat für Wiederbelebung) Standards fest. Für einen Komplettkurs oder «Refresher» liegen die Preisangebote zwischen 75 und 110 Franken pro Person (Anfragen Stand 2019). Wenn alle im pädagogischen Bereich tätigen Personen ausgebildet würden, wozu erst die entsprechenden Kapazitäten zur Verfügung stehen müssten, ergäbe dies bei der kostengünstigsten Variante Kurskosten von total 685 000 Franken. Damit diese Weiterbildung nachhaltig ist, sollte der Kurs gemäss Einschätzung der Fachpersonen im Minimum alle vier Jahre besucht werden. Somit entstünden durchschnittliche Jahreskosten von im günstigsten Fall 170 000 Franken, zu Beginn der Umsetzung jedoch deutlich höhere. Zu klären wäre zudem, wem gegenüber die Teilnahme bestätigt werden muss und welche Folgen ein Versäumnis hätte.

Möglicherweise gibt es eine kostengünstigere und effektivere Alternative. Erfahrungen aus verschiedenen Ländern haben gezeigt, dass bereits Schulkinder in Basic Life Support (BLS-AED) ausgebildet werden können. Seit Mai 2019 prüft auf Initiative des Sicherheitsdepartements und mit Zustimmung des Stadtrats eine städtische Arbeitsgruppe unter Leitung des Universitätsspitals Zürich, wie Lehrpersonen befähigt werden können, den Schülerinnen und Schülern das erwünschte theoretische und praktische Know-how beizubringen. Der Vorteil dieses Ansatzes liegt darin, dass lediglich eine Auswahl der im pädagogischen Bereich tätigen Angestellten geschult werden muss und dass eine flächendeckende Verbreitung der Kenntnisse längerfristig dennoch stattfindet. Um über die Durchführung eines entsprechenden Pilotprojekts zu entscheiden, braucht es noch etwas Zeit. Da sich mit diesem Lösungsansatz eine sinnvolle und effiziente Alternative abzeichnet, soll das Postulat noch nicht abgeschrieben werden.

[1] Abschreibungsanträge zu Postulaten wurden mit separater Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/314	17.05.2017 29.08.2018	Marianne Aubert und Marco Denoth (beide SP) Bereitstellung von mehr Wasserfläche für Freizeit und Sport im Winterhalbjahr

Der Stadtrat wird beauftragt, für Freizeit und Sport auch im Winterhalbjahr mehr Wasserfläche bereitzustellen. Dies könnte durch ein neues Hallenbad oder auch durch Traglufthallen über bestehenden Sommerschwimmbädern erreicht werden. Dafür soll dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorgelegt werden.

Motion 2017/210	28.06.2017 29.08.2018	Walter Angst (AL) und Isabel Garcia (GLP) Objektkredit für die Bereitstellung einer Kindergarten- und Horteinrichtung im Gebiet zwischen Sihlcity und Bahnhof Giesshübel

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Objektkredit für die Bereitstellung einer Kindergarten- und Horteinrichtung im Gebiet zwischen Sihlcity und Bahnhof Giesshübel vorzulegen.

Postulat 2017/249	12.07.2017 04.04.2018	Markus Knauss und Balz Bürgisser (beide Grüne) Reduktion der Anzahl Parkplätze auf Schularealen mit ZM-Pavillons oder Neubauten zugunsten von Freiraum für Schülerinnen und Schüler und Erarbeitung von Mobilitätskonzepten

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Anzahl Parkplätze auf Schularealen, auf denen ein ZM-Pavillon steht oder ein Neubau erstellt wird, zugunsten von Freiraum für die Schülerinnen und Schüler reduziert werden kann. Dazu ist für diese Schulanlagen jeweils ein Mobilitätskonzept zu erarbeiten.

Postulat 2017/345	27.09.2017 05.12.2018	Balz Bürgisser und Karin Meier-Bohrer (beide Grüne) Durchführung von drei Lektionen Sportunterricht im Kindergarten, davon zwei Lektionen in einer Sporthalle

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet wird, dass im Kindergarten wöchentlich drei Lektionen Sport durchgeführt werden – mindestens zwei davon in einer Sporthalle.

Postulat 2017/385	08.11.2017 05.12.2018	Dubravko Sinovcic und Samuel Balsiger (beide SVP) Verzicht auf die Streichung von 10 000 Franken an die Lesegesellschaft Wollishofen durch Einsparung des Betrags im Kulturbereich

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie und unter welchen Bedingungen die Lesegesellschaft Wollishofen in der bestehenden Form künftig finanziell unterstützt werden kann.

Motion 2018/31	31.01.2018 05.12.2018	Jean-Daniel Strub (SP) und Rosa Maino (AL) Reorganisation der Schulbehörden als Fundament für eine zukunftsfähige Organisations- und Führungsstruktur der Stadtzürcher Volksschule nach dem Grundsatz einer starken demokratischen Verankerung

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Reorganisation der Schulbehörden in der Stadt Zürich vorzulegen, die das Fundament für eine zukunftsfähige Organisations- und Führungsstruktur der Stadtzürcher Volksschule legt. Oberster Grundsatz dieser Reorganisation ist eine starke demokratische Verankerung der Volksschule in der Stadt Zürich. Zielsetzung ist es, die Funktionen und Kompetenzen der einzelnen Behördenebenen (Kreisschulbehörden, Schulpflege, Stadtrat) und die entsprechenden Führungs- und Aufsichtsstrukturen zu klären. Ebenso soll das Aufgabenportfolio der Kreisschulbehörden so ausgestaltet werden, dass die Funktion auch zukünftig für gewählte Mitglieder der Laienbehörde attraktiv und qualifizierend ist.

Für die Erarbeitung der Vorlage ist ein zweistufiges Vorgehen zu wählen: Bevor der Stadtrat eine entsprechende Weisung erarbeitet, soll ein per Losverfahren zusammengesetztes Gremium aus einer geeigneten Anzahl interessierter Einzelpersonen der Bevölkerung unter unabhängiger Führung Empfehlungen für die Grundpfeiler einer künftigen, am Grundsatz der demokratischen Verankerung orientierten Organisation der Schulbehörden in der Stadt Zürich verfassen. Diese Empfehlungen sind bei der Ausarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen und dem Gemeinderat für die Beratung der Weisung vorzulegen. Sie haben aber keinen Beschlusscharakter. Das Gremium konstituiert sich selbst und soll Expertinnen und Experten zu den Beratungen beziehen können.

Postulat 2018/34	31.01.2018 28.02.2018	Daniel Regli und Elisabeth Liebi (beide SVP) Selbständige Gestaltung der Mittagszeit durch die Schülerinnen und Schüler in Zürcher Tagesschulen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass Schülerinnen und Schülern in Zürcher Tagesschulen anhaltend das Recht zugestanden wird, ihre Mittagszeit unter altersgerechter Aufsicht selbständig zu gestalten. Dem mehrfach geäusserten Wunsch der Schülerinnen und Schüler, ihre Mittagszeit vor allem mit ihren Freunden zu verbringen, soll stattgegeben werden. Die Zeit über Mittag soll primär der Ernährung, der Erholung, dem Spiel und der Gemeinschaft dienen. Um dem Erholungsbedürfnis Rechnung zu tragen sind in den Schulhäusern zudem ausreichend Rückzugsräume zu schaffen.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/39	31.01.2018 07.03.2018	Muammer Kurtulmus und Balz Bürgisser (beide Grüne) Förderung der Eltern, die im Rahmen des Pilotprojekts Tagesschule 2025 auf Grund fehlender Ressourcen ihre Kinder kaum fördern können

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet wird, dass Eltern, die auf Grund fehlender Ressourcen ihre Kinder kaum fördern können, gezielt unterstützt werden. Insbesondere sind Eltern zu unterstützen, deren Kinder eine Schule besuchen, die am Pilotprojekt Tagesschule 2025 teilnimmt, damit ein wichtiges Ziel der Tagesschulen, mehr Bildungsgerechtigkeit in der Volksschule, erreicht wird.

Postulat 2018/40	31.01.2018 07.03.2018	Balz Bürgisser und Muammer Kurtulmus (beide Grüne) Einbezug der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern beim Erstellen der Umsetzungskonzepte an den Pilotschulen im Projekt Tagesschule 2025

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass beim Erstellen der Umsetzungskonzepte an den Pilotschulen im Projekt Tagesschule 2025 Schülerinnen und Schüler sowie Eltern einbezogen werden.

Postulat 2018/51	07.02.2018 07.03.2018	SP-, FDP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen Integration der Aufgabenhilfe in die Schulzeit an Tagen mit gebundenem Mittag für alle Schülerinnen und Schüler der Tagesschulen

Der Stadtrat und die Schulpflege (vormals Konferenz der Schulpräsidien [PK]) werden aufgefordert zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass in den Pilotschulen, die an der Pilotphase II der Tagesschule 2025 beteiligt sind, die Aufgabenhilfe an den Tagen mit gebundenem Mittag für alle Schülerinnen und Schüler in der Schule stattfinden kann, wobei eine Abmeldemöglichkeit vorzusehen ist. Diesem Anspruch ist durch eine Verlängerung der Schulzeit an den Tagen mit gebundenem Mittag im notwendigen Mass bei gleichzeitiger kindgerechter und ausgewogener Verteilung derselben auf die Schultage Rechnung zu tragen.

Postulat 2018/52	07.02.2018 07.03.2018	SP-, FDP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen Flexibilität für die Umsetzung von pädagogischen und schulorganisatorischen Konzepten für die Tagesschulen der zweiten Pilotphase

Der Stadtrat und die Schulpflege (vormals Konferenz der Schulpräsidien [PK]) werden aufgefordert zu prüfen, wie die Versuchsbestimmungen für die Pilotphase II (2019-2022) für die Einführung der Tagesschule 2025 in der Stadt Zürich so ausgestaltet werden können, dass den Schulen Flexibilität für die Umsetzung der Versuchsphase gewährleistet wird. Diese Flexibilität soll es erlauben, dass die teilnehmenden Schulen innerhalb der zentralen Parameter, wie sie in der Weisung 2017/283 festgehalten sind, den Freiraum erhalten, um unterschiedliche pädagogische und schulorganisatorische Konzepte, die den lokalen Gegebenheiten oder pädagogischen Schwerpunkten der jeweiligen Schulen Rechnung tragen, zu erarbeiten und umzusetzen.

Postulat 2018/53	07.02.2018 07.03.2018	SP-, FDP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen Zuteilung aller Kinder einer Familie in die gleiche Schule

Der Stadtrat und die Schulpflege (vormals Konferenz der Schulpräsidien [PK]) werden aufgefordert zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass ab der Pilotphase II der Einführung der Tagesschule 2025 in der Stadt Zürich alle Kinder einer Familie in allen Schulkreisen grundsätzlich der gleichen Schule zugeteilt werden.

Postulat 2018/55	07.02.2018 07.03.2018	SP- und Grüne-Fraktionen Umsetzung pädagogischer Strukturen und Programme zur Förderung der Bildungsgerechtigkeit an den Pilotschulen des Projekts Tagesschule 2025

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass an den Pilotschulen im Projekt Tagesschule 2025 pädagogische Strukturen geschaffen und Programme umgesetzt werden, die zur Bildungsgerechtigkeit beitragen. Die Wirkung dieser Massnahmen zur Erhöhung der Bildungsgerechtigkeit ist nach ca. zwei Jahren zu evaluieren, und diese Ergebnisse sind in die Erarbeitung der nötigen Vorlagen für die flächendeckende Einführung der Tagesschule 2025 einzubeziehen.

Postulat 2018/58	07.02.2018 07.03.2018	AL-Fraktion Einheitliche Stundenpläne und Stundenplanprofile pro Familie in allen Volksschulen der Stadt

Der Stadtrat wird aufgefordert, in sämtlichen Volksschulen der Stadt Zürich – also auch in denjenigen, in denen die TS 2025 noch nicht eingeführt ist – einheitliche Stundenpläne und pro Familie ein einheitliches Stundenplanprofil einzuführen. Die Einführung soll spätestens auf den auf Beginn des Schuljahres 2022/23 erfolgen.

Motion 2018/75	28.02.2018 05.12.2018	SP-, FDP- und Grüne-Fraktionen Revision der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung betreffend einem neuen Nachmittagstarif für die ungebundene Betreuungszeit ab Schulschluss am Nachmittag

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Revision der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (AS 410.130, insb. Anhang 3) vorzulegen, die für die schulergänzende Betreuung einen neuen Nachmittagstarif für die ungebundene Betreuungszeit ab Schulschluss am Nachmittag einführt. Mit dieser Aufteilung des Nachmittagstarifs wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Schülerinnen und Schüler in der Abendbetreuung nur maximal die Hälfte der Zeit, die aktuell mit dem vollen Nachmittagsbetrag in Rechnung gestellt wird, in den Betreuungseinrichtungen anwesend sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/474	28.02.2018 05.12.2018	AL-Fraktion Anpassung der Verordnung über familienergänzende Kinderbetreuung betreffend der Tarifierung des Betreuungsangebots aufgrund der vorhandenen Daten des Steuer- und Bevölkerungsamts, der Erweiterung des Nachmittags- und Abendangebots sowie einer Flexibilisierung des An- und Abmeldeverfahrens

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Anpassung der Verordnung über familienergänzende Kinderbetreuung (AS 410.130–3. Teil: Betreuungsangebote im Schulbereich; Art. 28 Tagesstruktur, und weitere) mit folgendem Auftrag vorzulegen:

1. Einheitliche Tarifierung für gebundene und ungebundene Betreuung, mit einem reduzierten Tarif für die Mittagsbetreuung.
2. Erweiterung des Nachmittags- und Abendangebots von heute 18 auf 19 Uhr und bei ausgewiesener Nachfrage auch darüber hinaus.
3. Tarifierung für Nachmittags- und Abendbetreuung nach effektiver Dauer der Betreuung.
4. Tarifkalkulation aufgrund vorhandener Daten des Steuer- und Bevölkerungsamts.
5. Flexibilisierung bei den An- , Abmelde- und Kündigungsverfahren, flexiblere Handhabung bei der Buchung von zusätzlichen Einzeltagen (bei Q-Tagen, Ferienbetreuung…)

Postulat 2018/206	30.05.2018 13.03.2019	Balz Bürgisser und Karin Meier-Bohrer (beide Grüne) Schulwegerleichterungen für Schülerinnen und Schüler, die den Ferienhort besuchen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass Schülerinnen und Schüler der Volksschule der Stadt Zürich, die in den Schulferien den zugeteilten städtischen Ferienhort besuchen, Schulwegerleichterungen erhalten, falls die Bewältigung des Weges zum Hort zu Fuss aus besonderen Gründen nicht zumutbar ist.

Postulat 2018/317	29.08.2018 13.03.2019	Urs Helfenstein und Marco Denoth (beide SP) Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie an allen Schulen der Stadt, die an eine Kantons- oder Berufsmaturitätsschule heranführen können, eine qualitativ hochwertige, freiwillige Prüfungsvorbereitung für Kantons- und Berufsmaturitätsschulen proaktiv angeboten werden kann, die heute bestehende ungleiche Chancen beim Zugang zu diesen Bildungseinrichtungen beseitigt. Falls nötig, sollen die dafür notwendigen Ressourcen und Mittel gesprochen werden.

Postulat 2018/360	19.09.2018 13.03.2019	Balz Bürgisser und Katharina Prelicz-Huber (beide Grüne) Verhinderung von Abmeldungen vom Tagesschulbetrieb aus finanziellen Gründen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass Eltern mit geringem Einkommen und wenig Vermögen, deren Kinder eine städtische Tagesschule besuchen, ihre Kinder nicht vom Tagesschulbetrieb abmelden – aus finanziellen Gründen.

Postulat 2018/376	26.09.2018 11.09.2019	Martin Götzl und Thomas Schwendener (beide SVP) Nutzbarmachung des Gebiets «Gugel/Hürst» in Zürich-Seebach für Sporttreibende

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Gebiet «Gugel/Hürst» in Zürich-Seebach, unter Berücksichtigung der Freihalteflächen, für Sporttreibende nutzbar gemacht werden könnte.

Postulat 2018/383	03.10.2018 11.09.2019	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen Schaffung eines Angebots an Waldkindergärten in allen Schulkreisen der Stadt

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in allen sieben Schulkreisen der Stadt Zürich gewisse Kindergartenklassen zu einem Mindestanteil von 50 % nach dem Prinzip des Waldkindergartens geführt werden können. Dabei soll die Bevölkerung in allen Stadtkreisen gleichermassen Zugang zu diesem Angebot haben. Die Waldkindergärten sollen regelmässig evaluiert werden.

Postulat 2018/386	03.10.2018 11.09.2019	Thomas Schwendener und Martin Götzl (beide SVP) Erweiterung der Sportanlage Eichrain mit zusätzlichen Garderoben, Duschen und einer Flutlichtanlage

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Sportanlage «Eichrain» in Zürich-Seebach durch zusätzliche Garderoben mit Duschen für die Fussballspielenden optimaler genutzt werden kann.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/414	31.10.2018 11.09.2019	Yasmine Bourgeois und Corina Ursprung (beide FDP) Integration von Seniorinnen und Senioren in die Betreuung von Klein- und Schulkindern

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Seniorinnen und Senioren in die Betreuung von Klein- und Schulkindern integriert werden können, und wo dabei die Grenzen liegen. So sollen Synergien genutzt und gleichzeitig ein Mehrwert für die junge und die älteren Generationen geschaffen werden. Dabei sollen verschiedene Modelle auf ihre Praktikabilität, ihren gesellschaftlichen Mehrwert und ihre finanziellen Konsequenzen hin überprüft werden. Die Erkenntnisse sollen in künftige Projekte im Bereich der Kinderbetreuung wie auch der Unterbringung, Beschäftigung und Betreuung älterer Personen einfliessen.

Private Institutionen im Bereich der Betreuung von Kindern und der Unterbringung, Beschäftigung und Betreuung älterer Personen sind mit einzubeziehen, sofern seitens dieser Privaten ein entsprechender Wunsch besteht.

Wo älteren Personen Aufgaben zugewiesen werden, kann der Einsatz als Freiwilligenarbeit erfolgen oder aber ganz oder teilweise finanziell vergütet werden.

Postulat 2018/464	28.11.2018 14.12.2018	Balz Bürgisser (Grüne) und Ursula Näf (SP) Erhöhung der Stellenprozente der Fachstelle für Gewaltprävention

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Gesamtzahl der Stellenprozente der Fachstelle für Gewaltprävention erhöhen kann. Die Anzahl Stellenprozente der Fachstelle soll regelmässig überprüft und dem Bedarf angepasst werden. Der Bedarf ist zusammen mit dem Sozialdepartement (Schulsozialarbeit) zu erheben. Es ist sicherzustellen, dass Anfragen von Schulen innerhalb der gewünschten Fristen (keine Wartelisten – bei Kriseninterventionen sofort) bearbeitet werden können. Ein in den letzten Jahren aufgelaufener Nachholbedarf ist zu beheben.

Postulat 2018/469	28.11.2018 11.09.2019	Isabel Garcia und Markus Baumann (beide GLP) Erweiterung des Betriebskonzepts des Letzigrund-Stadions auf die Mannschafts-Rasensportarten American Football und Rugby

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie nach Inbetriebnahme des Fussballstadions auf dem Hardturm-Areal das Betriebskonzept des Letzigrund-Stadions dahingehend angepasst werden kann, dass neben der Leichtathletik, kulturellen Events, Wohltätigkeitsveranstaltungen sowie Nutzungen durch nichtkommerzielle Fussballclubs auch weitere Sportarten (zum Beispiel Rugby und American Football) inkl. Frauenmannschaften und Sport-Veranstaltungen dort eine neue Heimat finden. Dabei soll auch geprüft werden, wie der Parkplatz auf dem Stadiongelände für sportliche Aktivitäten umgenutzt werden kann. Grundsätzlich soll der Letzigrund mit seinen Nebenplätzen weitestgehend der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Motion 2018/504	19.12.2018 13.03.2019	Walter Angst (AL) und Jean-Daniel Strub (SP) Kompetenzübertragung betreffend Erlass der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung an den Gemeinderat

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat im Rahmen der Totalrevision der Gemeindeordnung folgende Änderung von Art 2bis Gemeindeordnung zur Beschlussfassung durch die Gemeinde zu unterbreiten, die sicherstellt, dass die Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in gemeinderätlicher Kompetenz liegt. Der Artikel soll lauten: «Die Stadt Zürich gewährleistet in Zusammenarbeit mit Privaten ein der ausgewiesenen Nachfrage entsprechendes und qualitativ gutes, breit gefächertes Angebot an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Säuglinge, Kinder und Jugendliche bis zum Abschluss der obligatorischen Schulpflicht. Eine vom Gemeinderat zu erlassende Verordnung regelt den Elternbeitrag nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und die subventionierten Leistungen.»

Postulat 2019/8	09.01.2019 23.01.2019	Isabel Garcia und Markus Baumann (beide GLP) Einführung eines digitalen Reservationssystems für die von der Stadt betriebenen Sportstätten

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein digitales Reservationssystem für alle von der Stadt Zürich betriebenen Sportstätten eingeführt werden kann.

Postulat 2019/82	06.03.2019 27.03.2019	Roger Bartholdi (SVP) und Pascal Lamprecht (SP) Umbau des Hallenbads Altstetten, Planung von möglichst kurzen Schliessungszeiten, Unterstützung der Betriebsgenossenschaft im Bauverfahren und bei Übergangslösungen für das Personal sowie Angebot von Alternativen für den Schulschwimmsport

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Schliessungszeiten des Hallenbads Altstetten aufgrund des geplanten Umbaus so kurz wie möglich sind. Dabei soll die Stadt die Betriebsgenossenschaft insbesondere hinsichtlich des Bauverfahrens und bei Übergangslösungen für deren Personal unterstützen, aber auch Alternativen für den Schulschwimmsport während der Schliessungszeit anbieten.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/94	13.03.2019 27.03.2019	Yasmine Bourgeois und Elisabeth Schoch (beide FDP) Weiterentwicklung oder Ersetzung des städtischen Webshops zur Materialbeschaffung mittels einer webbasierten Applikation

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der interne, städtische Webshop zur Materialbeschaffung mittels einer webbasierten Applikation so weiterentwickelt oder ersetzt werden kann, dass Materialbestellungen einfach digital getätigt werden können, Budgetlimiten automatisch kontrolliert werden, Bewilligungsprozesse digital unterstützt und beschleunigt werden sowie die Zuordnung zu den entsprechenden Kostenstellen automatisch erfolgt.

Postulat 2019/96	13.03.2019 27.03.2019	Yasmine Bourgeois und Severin Pflüger (beide FDP) Einführung von «smarten» Sharing-Konzepten in den städtischen Schulen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob und wie in den städtischen Schulen «smarte» SharingKonzepte eingeführt werden können, beispielsweise in der Form mobiler Experimentierlabors (Bus) für Naturwissenschaften (Chemie, Physik, Biologie) oder für zukunftsgerichtete Technologien (bspw. programmierbare Roboter).

Postulat 2019/295	26.06.2019 21.08.2019	Balz Bürgisser und Markus Knauss (beide Grüne) Reduzierung der Anzahl Auto-Parkplätze der Schule Allmend für mehr Grünfläche und Freiraum

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Anzahl Auto-Parkplätze der Schule Allmend reduziert werden kann. Für die verbleibenden Parkplätze soll in bestehenden Tiefgaragen auf dem Manegg-Areal Platz gefunden werden, wobei die Kosten für die anzumietenden Parkplätze den Benützerinnen und Benützern zu belasten sind. Ziel: Mehr Grünfläche und mehr Freiraum für die Schülerinnen und Schüler auf dem Schulareal Allmend.

Postulat 2019/311	03.07.2019 21.08.2019	Zilla Roose (SP) und Markus Merki (GLP) Verbesserung der Abstellmöglichkeiten für Fahrräder bei den Sportplätzen Hardhof

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei den Sportplätzen Hardhof und insbesondere um das Garderoben-/Gastronomiegebäude herum die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder verbessert werden können. Der notwendige Flächenbedarf soll nicht auf Kosten des Kinderspielplatzes, der Sportplätze oder der Gastronomiefläche gedeckt werden.

Postulat 2019/391	18.09.2019 02.10.2019	Marcel Tobler und Pascal Lamprecht (beide SP) Vereinfachung der Kommunikation zwischen Lehrpersonen, Schulleitungen, Horten und den Eltern und Erziehungsberechtigten mit elektronischen Mitteln

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Kommunikation und der Informationsaustausch zwischen Lehrpersonen, Schulleitungen und Horten auf der eine Seite und den Eltern und Erziehungsberechtigten auf der anderen Seite mit elektronischen Mitteln, beispielsweise mit Smartphone-Apps, vereinfacht werden kann.

Postulat 2019/467	30.10.2019 13.11.2019	Balz Bürgisser (Grüne) und Roger Bartholdi (SVP) Deckung des Bedarfs an zusätzlichen Räumen bei der Instandsetzung einer Schulanlage

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Instandsetzung einer Schulanlage der Bedarf nach zusätzlichen Räumen für Unterricht und Betreuung erfüllt werden kann.

Postulat 2019/510	27.11.2019 13.12.2019	Yasmine Bourgeois und Christian Huser (beide FDP) Einsätze von Betreuungspersonen als Klassenassistenzen bei geringerer Auslastung

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Betreuungspersonen der städtischen Schulen und Tagesschulen in den weniger belasteten Stunden unbürokratisch und anstelle von zusätzlichen Bezugspersonen, als Klassenassistenzen eingesetzt werden können.

Postulat 2019/511	27.11.2019 13.12.2019	Balz Bürgisser (Grüne) und Patrik Maillard (AL) Erhöhung der Ressourcen für betreute Aufgabenstunden an Schulen, die nicht zu den Pilotschulen «Tagesschule 2025» gehören

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass die Ressourcen für betreute Aufgabenstunden an Regelschulen gleichwertig sind wie die an Pilotschulen der «Tagesschule 2025». Diese Ressourcen sollen zweckgebunden für betreute Aufgabenstunden eingesetzt werden, wobei verschiedene Modelle von Aufgabenstunden (Aufgabenhilfe) möglich sind. Dabei soll auf die bestehenden Personalstellenwerte zurückgegriffen werden.

Sozial-
departement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sozialdepartement

1.	**Vorwort**	**333**
2.	**Jahresschwerpunkte**	**334**
3.	**Kennzahlen Sozialdepartement**	**335**
4.	**Departementssekretariat, Dienstabteilungen**	**336**
4.1	**Departementssekretariat**	**336**
4.1.1	Aufgaben	336
4.1.2	Jahresschwerpunkte	336
4.1.3	Asyl-Organisation Zürich (AOZ): Geschäftsstelle des Verwaltungsrats	336
4.1.4	Spezifische Kennzahlen	337
4.2	**Support Sozialdepartement**	**338**
4.2.1	Aufgaben	338
4.2.2	Jahresschwerpunkte	338
4.2.3	Kennzahlen	338
4.3	**Laufbahnzentrum**	**339**
4.3.1	Aufgaben	339
4.3.2	Jahresschwerpunkte	339
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	340
4.4	**Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV**	**342**
4.4.1	Aufgaben	342
4.4.2	Jahresschwerpunkte	342
4.4.3	Spezifische Kennzahlen	343
4.4.4	Spezifische Kennzahlen öffentliche Pflegebeiträge	345
4.5	**Soziale Dienste**	**346**
4.5.1	Aufgaben	346
4.5.2	Jahresschwerpunkte	346
4.5.3	Spezifische Kennzahlen zur wirtschaftlichen Hilfe nach Sozialhilfegesetz (SHG)	346
4.5.4	Spezifische Kennzahlen zur persönlichen Hilfe nach SHG	350
4.5.5	Spezifische Kennzahlen zur Kinder- und Jugendhilfe	350
4.5.6	Spezifische Kennzahlen zu den zivilrechtlichen Erwachsenen- und Kindesschutzmassnahmen	352
4.5.7	Spezifische Kennzahlen zum Fachressort Soziales Stadtleben	353
4.6	**Soziale Einrichtungen und Betriebe**	**354**
4.6.1	Aufgaben	354
4.6.2	Jahresschwerpunkte	354
4.6.3	Spezifische Kennzahlen	356
4.7	**Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)**	**358**
4.7.1	Aufgaben	358
4.7.2	Verfahren	359
4.7.3	Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen	360
4.7.4	Betreuungstätigkeit von beruflichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Privatpersonen	361
4.7.5	Unterbringung Minderjähriger	361
4.7.6	Fürsorgerische Unterbringung Erwachsener	362
4.7.7	Fokusthema: Einsetzung privater Beiständinnen und Beistände	362
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**363**

1. Vorwort

Raphael Golta. (Bild: Iris Stutz)

«Neuland»

Im Jahr 2019 hat das Sozialdepartement neben den ganz alltäglichen Geschäften und Projekten in vielerlei Hinsicht auch Neuland betreten.

Ein Beispiel dafür stellt unsere neue Bildungsstrategie dar: Künftig richten wir uns mit gezielten Angeboten nicht mehr nur an Sozialhilfebeziehende, sondern auch an alle übrigen Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher, die keine qualifizierende Erstausbildung besitzen oder deren Arbeitsplatz in der nahen Zukunft gefährdet ist. Bei ihnen allen soll durch Beratungs- und Sensibilisierungsmassnahmen die Frage nach dem langfristigen Erhalt der eigenen Arbeitsmarktfähigkeit stärker ins Bewusstsein rücken. Denn je früher sich Menschen mit ihrer beruflichen Perspektive kritisch auseinandersetzen, desto besser. Gezielte und engmaschige Unterstützung und Begleitung bieten wir auch Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab 16 Jahren, die grosse Mühe beim Übertritt von der Schule ins Erwerbsleben haben. Unser Ziel ist, dass alle jungen Stadtzürcherinnen und -zürcher mit spätestens 25 Jahren mit beiden Beinen im Berufsleben oder in einer Ausbildung stehen – und die dafür notwendige Unterstützung durch das Sozialdepartement erhalten. Ein weiteres Element der Bildungsstrategie bildet die Erarbeitung einer neuen Rechtsgrundlage, mit der Weiterbildungen künftig finanziell unterstützt werden sollen. Damit schliessen wir bestehende Lücken im bisherigen Stipendienwesen und schaffen neue Finanzierungsmöglichkeiten für sogenannte Arbeitsmarkt-Stipendien. So sollen auch Menschen mit tiefen oder mittleren Einkommen das Konzept des «lebenslangen Lernens» in die Praxis umsetzen können.

Ebenfalls Neuland betreten haben wir im Sommer 2019 mit der Eröffnung von zwei neuen Wohnangeboten in den als «Gammelhäuser» bekannt gewordenen Liegenschaften an der Neufrankengasse im Langstrassenquartier. Damit hat das Sozialdepartement seine Angebotspalette der Wohnintegration auf Zielgruppen erweitert, für die es bislang keine adäquaten Unterbringungsmöglichkeiten gab: Einzelpersonen und Paare ohne Kinder unterstützen wir in einem «Übergangswohnen» mit ambulanter Betreuung. Stark desintegrierte Menschen, die sich einer Betreuung weitgehend verweigern und bisher in keiner städtischen oder privaten Wohneinrichtung bestehen konnten, finden einen Platz in der «Beaufsichtigten Wohnintegration». Dieses Angebot ist neuartig in der Schweiz und sowohl zuweisende Stellen, andere involvierte Institutionen als auch die Bewohnerinnen und Bewohner selbst sind bisher sehr zufrieden damit. Insbesondere freut mich auch, dass die Nachbarschaft die Einrichtungen gut aufgenommen hat – auch dank sorgfältiger Einbindung des Quartiers in das Projekt (vgl. auch Kapitel «2. Jahresschwerpunkte»).

Nicht zuletzt hat uns im Jahr 2019 das Stadtzürcher Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal beschäftigt, das Anfang November eröffnet wurde. Durch die enge Zusammenarbeit von Stadt und Bund und weiteren involvierten Stellen kam es bei diesem Projekt auch zu Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten – insbesondere bezüglich der Umsetzung einer liberalen Betriebsordnung und zu Fragen hinsichtlich der Wohnlichkeit im neuen Zentrum. Auch wenn die öffentliche Diskussion über die strittigen Punkte zuweilen recht hitzig war, bin ich überzeugt, dass wir zusammen mit dem Bund gute Lösungen erarbeiten und einen angemessenen Aufenthalt der Asylsuchenden im Bundesasylzentrum sicherstellen können. Nicht zuletzt, weil sowohl die Beschulung der Kinder in Aufnahmeklassen der öffentlichen Schule als auch der Begegnungsraum im Zentrum bereits massgeblich zur menschenwürdigen Unterbringung beitragen (vgl. Kapitel «2. Jahresschwerpunkte»).

Neben all den Expeditionen ins Neuland ging uns 2019 natürlich auch das Tagesgeschäft nicht aus: Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich auch in diesem Jahr in verschiedenen Bereichen mit viel Engagement und Überzeugung für die Stadtzürcherinnen und -zürcher eingesetzt – insbesondere auch für jene Menschen, die nicht auf Rosen gebettet sind. Damit Zürich die offene und soziale Stadt bleibt, die sie heute ist!

Stadtrat Raphael Golta
Vorsteher des Sozialdepartements

2. Jahresschwerpunkte

Bereits im Jahr 2018 hat das Sozialdepartement vier Fokusthemen ins Leben gerufen, auf die es seine Ressourcen und Kompetenzen in den kommenden Jahren gezielt fokussieren wird: Arbeitsmarkt, Wohnen, Flüchtlinge und Kinderbetreuung. Besonders intensiv beschäftigte sich das Sozialdepartement im Jahr 2019 mit einer neuen Bildungsstrategie im Rahmen des Fokusthemas Arbeitsmarkt, zwei neuen Wohnangeboten an der Neufrankengasse sowie der Eröffnung des Bundesasylzentrums auf dem Duttweiler-Areal.

Bildung für Geringqualifizierte und Jugendliche
Im Berichtsjahr hat das Sozialdepartement im Rahmen der Bildungsstrategie verschiedene Teilstrategien erarbeitet. So werden künftig Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 25 Jahren bei ihrer Ausbildung und den ersten Schritten im Berufsleben konkret unterstützt. Mit verschiedenen Massnahmen soll hierbei vor allem das Denken über Systemgrenzen hinaus gefördert werden, damit die Ressourcen aller involvierten Stellen möglichst effizient für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingesetzt werden, deren Übertritt ins Erwerbsleben gefährdet ist.

Daneben hat das Sozialdepartement im Jahr 2019 weitere Zielgruppen identifiziert, deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt in Zukunft gefährdet sind und die gezielt mit Aus- und Weiterbildungsmassnahmen unterstützt werden sollen. Zudem wurde intensiv an einer neuen Stipendienverordnung gearbeitet.

Eröffnung Wohnangebote Neufrankengasse
Im Sommer 2019 hat das Sozialdepartement zwei neue städtische Wohneinrichtungen an der Neufrankengasse im Kreis 4 eröffnet: Das Angebot «Übergangswohnen für Einzelpersonen und Paare» richtet sich an Sozialhilfebeziehende ohne Kinder, die grundsätzlich gute Chancen auf eine Reintegration in den freien Wohnungsmarkt haben, aber aktuell nicht über genügend Ressourcen für eine erfolgreiche Wohnungssuche verfügen. Die «Beaufsichtigte Wohnintegration» hingegen wurde für stark desintegrierte Menschen geschaffen, die bisher in keiner städtischen oder privaten Wohneinrichtung längerfristig bestehen konnten und darum zwischen den bestehenden Angeboten hin- und hergependelt sind. Ihre dauerhafte Unterbringung verhilft den Betroffenen einerseits zu einer dringend notwendigen Stabilisierung ihrer Lebenssituation und sorgt andererseits für eine deutliche Entlastung des Versorgungssystems.

Erfreulicherweise haben Nachbarschaft und Quartierbevölkerung die neuen Wohnangebote sehr gut aufgenommen und beurteilen diese grundsätzlich als sinnvoll und notwendig. An einer gut besuchten Quartierveranstaltung im Berichtsjahr hatten die Anwohnerinnen und Anwohner Gelegenheit, die neuen Nutzungen kennenzulernen und Fragen zu stellen. Und um mögliche Anliegen rund um den Betrieb der Wohnangebote direkt und zeitnah zu diskutieren, steht der Nachbarschaft die Teilnahme an einer regelmässig stattfindenden Resonanzgruppe offen. Darüber hinaus funktioniert auch die enge Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnerinnen und -partnern wie der Stadtpolizei, sip züri und den Notfallpsychiaterinnen und -psychiatern sehr gut.

Inbetriebnahme Bundesasylzentrum
Anfang November 2019 konnte das Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal im Kreis 5 in Betrieb genommen werden. Im Berichtsjahr setzte das Sozialdepartement – zusammen mit anderen städtischen und kantonalen Stellen – die Beschulung der Kinder und Jugendlichen aus dem BAZ in insgesamt vier Aufnahmeklassen in öffentlichen Schulen um. So werden die 4- bis 13-Jährigen seit Beginn des Schuljahres 2019/20 im Schulhaus Pfingstweid unterrichtet, die 14- bis 17-Jährigen im Schulhaus Limmat A. Dies ermöglicht den Kindern und Jugendlichen Kontakt zu Gleichaltrigen und bringt ein Stück Normalität in ihren Alltag. Zudem können sich die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern schneller an die Erwartungen der öffentlichen Schule in der Schweiz gewöhnen. Die Kinder und Lehrpersonen fühlen sich an der öffentlichen Schule aufgehoben. Aufgrund der wöchentlichen Wechsel bei den Schülerinnen und Schülern sowie der äusserst heterogenen Klassenzusammensetzung bezüglich Schulerfahrung, Herkunftssprache und -kultur, birgt der Schulalltag jedoch auch einige Herausforderungen.

Zudem hat das SD mit dem Gemeinschaftszentrum Wipkingen einen erfahrenen Betreiber für einen Begegnungsraum im Bundesasylzentrum gefunden. Der Raum verfügt über eine einfache und flexible Infrastruktur und kann bis zu 50 Personen aufnehmen. Verschiedene soziokulturelle Projekte und Aktivitäten wie Yoga für Frauen oder gemeinsames Backen ermöglichen den Austausch und den Kontakt zwischen der Quartierbevölkerung und den Bewohnerinnen und Bewohnern des Zentrums. Das Angebot bietet neue Möglichkeiten für rasche und niederschwellige erste Integrationserfolge der Bewohnerinnen und Bewohner. Das Gemeinschaftszentrum nimmt – in Zusammenarbeit mit dem Staatsekretariat für Migration und der Asyl-Organisation Zürich – laufend die unterschiedlichen Bedürfnisse der Akteure auf und entwickelt neue Ideen und Angebote, die die Begegnung fördern.

3. Kennzahlen Sozialdepartement

	2015	2016	2017	2018	2019[1]
Mitarbeitende total	**2098**	**2107**	**2106**	**2112**	**2195**
davon Frauen	1436	1434	1436	1433	1515
davon Männer	662	673	670	679	680
Ø FTE / Stw.-Ä.[2]	**1513**	**1520**	**1516**	**1521**	**1557**
Führungskader total	**249**	**255**	**252**	**242**	**248**
davon Frauen	130	137	135	122	130
davon Männer	119	118	117	120	118
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)					
Funktionsstufe	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**	**Frauen|Männer**
FS 16–18	– –	44,4 55,6	55,6 44,4	62,5 37,5	54,6 45,4
FS 14–15	– –	55,6 44,4	54,3 45,7	48,5 51,5	54,6 45,4
FS 12–13	– –	57,1 42,9	58,0 42,0	57,7 42,3	56,6 43,4
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 % (Vollzeitstellen)					
Total	**518**	**525**	**539**	**515**	**543**
Frauen	287	296	303	286	305
Männer	231	229	236	229	238
Frauen (in %)	55,4	56,4	56,2	55,5	56,2
Männer (in %)	44,6	43,6	43,8	44,5	43,8
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 % (Teilzeitstellen I)					
Total	**1308**	**1297**	**1294**	**1329**	**1386**
Frauen	933	916	923	945	1010
Männer	375	381	371	384	376
Frauen (in %)	71,3	70,6	71,3	71,1	72,9
Männer (in %)	28,7	29,4	28,7	28,9	27,1
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)					
Total	**478**	**486**	**463**	**476**	**482**
Frauen	359	368	350	354	361
Männer	119	118	113	122	121
Frauen (in %)	75,1	75,7	75,6	74,4	74,9
Männer (in %)	24,9	24,3	24,4	25,6	25,1
Lernende					
Total	**103**	**102**	**111**	**111**	**114**
davon Frauen	79	78	80	79	78
davon Männer	24	24	31	32	36
Personalaufwand	213659831	213241931	213183571	214593391	213693687
Sach- und übriger Betriebsaufwand	31849914	32031546	30364212	27919135	31559408
Übriger Aufwand	1143506586	1166364555	1199972252	1122442045	1148356799
Total Aufwand	1389016331	1411638032	1443520035	1364954571	1393609894
Bruttoinvestitionen[3]	46050	29000	32500	6400	4151047

[1] Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2
[2] Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP-HCM-Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.
[3] Investitionsausgaben des Verwaltungsvermögens

Definitionen:
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeiterkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind.
Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt.
Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

4.1 Departementssekretariat

4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat (DS SD) leistet Führungsunterstützung und koordiniert Geschäfte, die von politisch-strategischer Bedeutung sind und den Zuständigkeitsbereich einzelner Dienstabteilungen überschreiten. Dazu gehören sämtliche Stadtrats- und Gemeinderatsgeschäfte, Rechts- und Finanzfragen, die Budgetkoordination, das Controlling, die hoheitliche Aufgabe der Krippenaufsicht, die Ausrichtung von Beiträgen an private Leistungsanbieter, die Planung und Koordination von Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Funktion des Beauftragten für Quartieranliegen.

4.1.2 Jahresschwerpunkte

Neben dem Tagesgeschäft und den Jahresschwerpunkten des gesamten Departements standen im Departementssekretariat im Jahr 2019 folgende Aufgaben und Geschäfte im Mittelpunkt:

Bundesfinanzhilfen Kinderbetreuung
Der Bund gewährt seit Mitte 2018 Finanzhilfen für die Erhöhung kantonaler und kommunaler Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung auf Gesuch hin. Der Kanton Zürich hat das DS SD im Jahr 2019 mit den Abklärungen, Datenerhebungen und Koordinationstätigkeiten für das Gesuch beauftragt. Sämtliche Gemeinden haben im Berichtsjahr die benötigten Daten für die Vorprüfung geliefert. Voraussichtlich kann ein Gesuch um Finanzhilfen für alle Gemeinden im Kanton im Betrag von über 18 Millionen Franken gestellt werden. Die Finanzhilfen könnten noch höher ausfallen, wenn sich zusätzliche Gemeinden für eine Erhöhung ihrer Beteiligung an den Kosten der familienergänzenden Betreuung in den Jahren 2021–2023 entscheiden.

Förderung Kinder mit besonderen Bedürfnissen
Das Sozialdepartement stellt sicher, dass auch Kinder mit besonderen Bedürfnissen einen gleichberechtigten Zugang zu den subventionierten Betreuungsangeboten in der Stadt Zürich haben. Um das zu ermöglichen, beteiligt sich das Sozialdepartement seit 2018 noch stärker an den Mehrkosten für erhöhte Betreuungs- und Koordinationsaufwände, ohne den Elternbeitrag zu steigern. Dadurch nimmt die Stadt Zürich eine Vorreiterrolle ein. Die Anzahl der Kinder, die dadurch im Vorschulbereich integrativ gefördert werden, ist auch 2019 weiter angestiegen, wodurch immer mehr Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden können.

Zusätzliche Aufgaben Krippenaufsicht
Durch die Änderung des Kindes- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) wird die Kompetenzordnung zur Bewilligung und Aufsicht von Kinderkrippen und Kinderhorten dahingehend geändert, dass die Zuständigkeit nur noch einer anderen Gemeinde übertragen werden kann. Drei Gemeinden haben aus diesem Grund neu eine Leistungsvereinbarung mit dem DS SD abgeschlossen und die Aufsichts- und Bewilligungstätigkeit an die Krippenaufsicht der Stadt Zürich übertragen.

4.1.3 Asyl-Organisation Zürich (AOZ): Geschäftsstelle des Verwaltungsrats

Aufgrund des starken Anstiegs und ebenso raschen Rückgangs der Asylgesuche in den vergangenen Jahren beschäftigte sich der Verwaltungsrat (VR) der AOZ im Berichtsjahr vorwiegend mit Fragen zur notwendigen Struktur einer Organisation, um solchen ausserordentlichen Entwicklungen begegnen zu können. Zusammen mit der Geschäftsleitung der AOZ analysierte der VR die Ereignisse der Vorjahre und erarbeitete daraus erste Massnahmen.

Ferner beschloss er den Bau einer weiteren temporären Wohnsiedlung und setzte sich mit den Konsequenzen der Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz im Kanton Zürich auseinander. Zudem behandelte der VR als erste Rechtsmittelinstanz drei Fälle, in denen betroffene Klientinnen oder Klienten, die mit Asylfürsorge unterstützt werden, ein Begehren um Neubeurteilung gestellt hatten.

4.1.4 Spezifische Kennzahlen

Kontraktmanagement

	2015	2016	2017	2018	2019
Organisationen mit einem Kontrakt	213	219	223	233	238
– davon Kitas	117	127	133	144	144
Kontrakte	360	381	398	423	440
– davon Kitas	213	239	262	293	304
Gesamtsumme Subventionen (in Fr.)	101 626 845,20	107 594 485,54	115 968 438,70	104 957 666,25	114 960 756,71 [3]
Raumkosten [1]	8 295 255,60	8 127 753,15	8 077 642,85	7 761 733,35	6 835 328,85 [4]
Subventionen inkl. Raumkosten	**109 922 100,80**	**115 722 238,69**	**124 046 081,55**	**112 719 399,60**	**121 796 085,56**
Soziale Integration (in Fr.)	18 131 268,65	22 739 966,30	24 660 038,00	6 829 106,90	7 004 498,52 [3]
Berufliche Integration	3 537 889,15	3 679 619,80	3 572 121,45	3 560 430,60	3 457 473,30
Frühbereich	62 588 561,80	63 842 377,99	70 118 667,10	77 012 427,55 [2]	84 734 546,80 [2]
Soziokultur	17 369 125,60	17 332 521,45	17 617 612,15	17 555 701,20	19 764 238,09
Total (in Fr.)	**101 626 845,20**	**107 594 485,54**	**115 968 438,70**	**104 957 666,25**	**114 960 756,71**

[1] Von der IMMO direkt dem Sozialdepartement belastete Mietkosten für Immobiliennutzung privater Institutionen.
[2] Ausbau im Rahmen des Strategie-Schwerpunkts «Lücken in der Kinderbetreuung schliessen».
[3] Bis 2017 einschliesslich Asyl-Organisation Zürich.
[4] Ab 2019 neue Dienstleistungsvereinbarung mit IMMO Zürich und Auslagerung von IMMO-Dienstleistungen zu privaten Organisationen.

4.2 Support Sozialdepartement

4.2.1 Aufgaben

Support Sozialdepartement (SDS) unterstützt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Departementssekretariats (DS SD) sowie der Dienstabteilungen Soziale Dienste (SOD), Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB) und Laufbahnzentrum (LBZ) mit Dienstleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik sowie Controlling + Infrastruktur. Dank weitgehender Standardisierung und Prozessorientierung können die Supportdienstleistungen effizient, effektiv und wirtschaftlich angeboten werden.

4.2.2 Jahresschwerpunkte

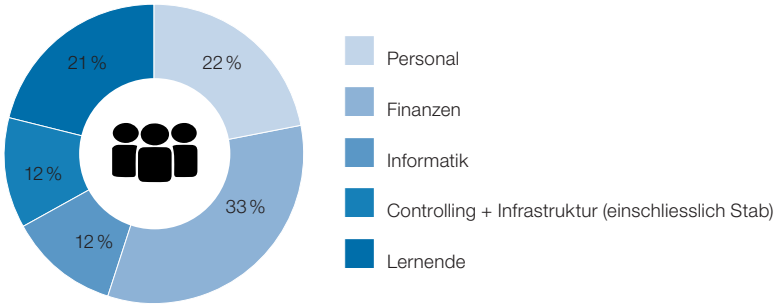
Führungswechsel
Am 2. September 2019 übernahm der ehemalige Vizedirektor des Supports Sozialdepartement, Beat Geitlinger, die Direktion von SDS. Die bisherige Direktorin, Erika Bachmann, übernahm die vakante Leitung der Abteilung Personal des Sozialdepartements und fungiert als Vizedirektorin von SDS.

Mediamatik-Lehre im SD
Bereits zum zweiten Mal wurde im Sozialdepartement – als Teil des städtischen Ausbildungsverbunds – während eines Jahres ein Ausbildungsplatz für eine Mediamatikerin oder einen Mediamatiker angeboten. Die Lehre als Mediamatikerin oder Mediamatiker umfasst Fertigkeiten und Know-how in den Bereichen Multimedia, Informatik, Marketing und Administration. Zu den Aufgabenfeldern der Mediamatik-Lernenden im SDS gehört unter anderem die Bearbeitung von Bildmaterial für Präsentationen und Dokumentationen, die Bewirtschaftung des Intranetauftritts und das Kreieren der Icons, die für die Kennzahlen in diesem Geschäftsbericht verwendet wurden. Auch im kommenden Jahr wird das Sozialdepartement wieder einen Platz für eine Mediamatikerin oder einen Mediamatiker anbieten und so einerseits den Nachwuchs fördern und andererseits von dem breiten Wissen im Bereich digitale Medien von Jugendlichen profitieren.

Co-Leitung als neuer Führungsansatz
Seit Februar 2019 teilen sich zwei Teilzeitführungskräfte die Leitung des Teams Elternbeitragscontrolling (6 Mitarbeitende und 2 Lernende). Beide arbeiten in einem 60%-Pensum und haben einen gemeinsamen Bürotag, an dem sie wichtige Themen und Pendenzen koordinieren und Entwicklungen im Zuständigkeitsbereich planen und umsetzen.

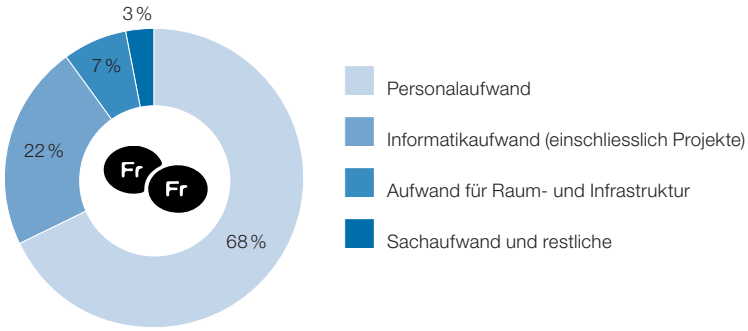
Das Prinzip der Co-Leitung bringt dem Arbeitgeber gewichtige Vorteile: Durch die Co-Leitung verdoppeln sich etwa die Kompetenzen und Berufserfahrungen in einer Funktion und das Problem der Stellvertretung kann einfach gelöst werden. Ausserdem fördert die Co-Leitung Teilzeitarbeitende und ist demnach attraktiv für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dementsprechend sind beide Co-Leiterinnen des Teams Elternbeitragscontrolling Mütter von je zwei Kindern im Vorschul- und Schulalter.

4.2.3 Kennzahlen



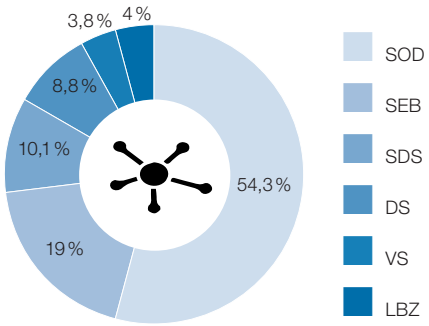
Anzahl Mitarbeitende je Abteilung im Jahr 2019.

Im Support Sozialdepartement arbeiten insgesamt 210 Mitarbeitende, davon 44 Lernende. Der grösste Teil der Mitarbeitenden im SDS arbeitet in der Abteilung Finanzen (69 Personen), gefolgt von den Mitarbeitenden in der Abteilung Personal (45 Personen) und Controlling + Infrastruktur (26 Personen). Die Informatik wird mit 26 Personen bewirtschaftet.



Budgetverteilung im Jahr 2019.

Insgesamt verfügte SDS 2019 über ein Budget von 25,23 Millionen Franken, wobei der grösste Teil (rund 70 %) für den Personalaufwand eingesetzt wird. An zweiter Stelle steht der Informatikaufwand mit rund 5,23 Millionen (rund 20 %).



Ausgaben im Jahr 2019.

SDS ist eine Supportabteilung und erbringt Dienstleistungen für verschiedene Kundinnen und Kunden im Sozialdepartement. Der grösste Anteil der Ressourcen, mit rund 55 %, wird für die SOD verwendet. An zweiter Stelle steht der Einsatz für die SEB mit rund 20 %.

4.3 Laufbahnzentrum

4.3.1 Aufgaben

Das Laufbahnzentrum (LBZ) hat den gesetzlichen Auftrag, Jugendliche bei der Berufswahl sowie Erwachsene in Weiterbildungsfragen und bei der Gestaltung ihrer Laufbahn zu unterstützen. Vor dem Hintergrund des schnellen Wandels von Wirtschaft und Arbeitsmarkt gewinnen die Dienstleistungen des LBZ weiter an Bedeutung:

– Berufs- und Laufbahnberatung
– Aufbereitung von Informationen zu Ausbildung, Beruf, Laufbahn und Arbeitsmarkt
– Unterstützung bei der Umsetzung von Aus- und Weiterbildungen (Stipendienberatung, Lehrstellencoaching, Netz2 – Case Management Berufsbildung)

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Fokus Arbeitsmarktfähigkeit
Der Arbeitsmarkt befindet sich im Wandel. Das Auftragsvolumen in der Erwachsenenberatung hat entsprechend zugenommen – ausgelöst durch mehr Beratungen im Auftrag Dritter. Unter der Führung des LBZ hat das SD im Berichtsjahr Zielgruppen identifiziert, deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt gefährdet sind und die künftig mit Aus- und Weiterbildungsmassnahmen gefördert werden sollen (vgl. auch Kapitel «2. Jahresschwerpunkte»). Das LBZ erweitert seine Angebote zu Themen rund um die Arbeitsmarktfähigkeit laufend. Als erste Sensibilisierungs-Massnahme wurde 2019 beispielsweise der Arbeitsmarktfähigkeits-Check entwickelt – ein Instrument, das auf einfache Weise aufzeigt, was Arbeitsmarktfähigkeit beinhaltet und Hinweise gibt, wie sie gestärkt werden kann (www.laufbahn-check.ch/arbeitsmarkt-faehigkeitscheck). Das neu entwickelte Angebot «Laufbahn über Mittag», ebenfalls zum Thema Arbeitsmarktfähigkeit, stiess auf reges Interesse: Die stadtintern ausgeschriebenen Durchführungen waren innert weniger Stunden ausgebucht.

Die Beratenden und Coaches sind am Puls der Entwicklungen des Arbeitsmarkts – neben den direkten Informationen aus den zahlreichen Beratungen hält sie der regelmässige Austausch mit Vertretern von Unternehmen und Branchenorganisationen up to date sowie auch die systematisch erhobenen Informationen der internen Informationsspezialistinnen und -spezialisten zu den quantitativen und qualitativen Entwicklungen.

Stärkung der Begleitmassnahmen für Jugendliche beim Berufseinstieg
Das LBZ beteiligte sich 2019 an der Entwicklung der Bildungsstrategie für Jugendliche und junge Erwachsene und hat bereits erste Massnahmen der Umsetzung vorbereitet (vgl. auch Kapitel «2. Jahresschwerpunkte»). So sieht die Strategie verstärkte Begleitmassnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene mit erschwerten Bedingungen beim Berufseinstieg vor. Die Kompetenzen zu den Themen Berufseinstieg und Adoleszenz sollen dienstabteilungsübergreifend in einem Kompetenzzentrum gebündelt werden, das organisatorisch beim LBZ angesiedelt ist. Als erste Massnahme wurden zwei vergleichbare Angebote gebündelt: Coaching 16:25, bisher bei den Sozialen Diensten, wird mit dem Case Management Berufsbildung (Netz2) des LBZ in einer neuen Abteilung des LBZ zusammengeführt.

100-Jahr-Jubiläum
Im Berichtsjahr feierte das Laufbahnzentrum sein 100-jähriges Bestehen. Mit Angeboten und Aktivitäten hat die Stadtzürcher Bevölkerung davon profitiert. Auf spielerische Art können Jugendliche seit 2019 neu mit dem Berufswahl-Trail in den Berufswahlprozess starten: An zwölf Posten werden Informationen zu Lehrberufen vermittelt und Rätsel gelöst. Der Trail wurde von Foxtrail und LBZ in Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben realisiert. Für die Erwachsenen wurden während sechs Monaten insgesamt 17 Laufbahnberatungen verlost.

Die Gewinnerinnen und Gewinner konnten sich kostenlos im LBZ beraten lassen. (Bild: LBZ)

So gewannen zum Beispiel sechs Personen eine berufliche Neuorientierung. Diese beinhaltete eine Laufbahnberatung von drei Stunden und einen Schnuppertag in einem Betrieb. Damit konnte früh der Realitätsbezug geschaffen und die Arbeitsmarktfähigkeit überprüft werden. Daneben nahm das LBZ bevölkerungsnah an Quartiervereinsanlässen teil. Anhand eines Glücksrads mit dem Laufbahngestaltungsmodell des LBZ kamen die Laufbahnberaterinnen und -berater mit der Bevölkerung auf spielerische Art ins Gespräch. Es konnten Tipps und Gedankenanstösse vermittelt und auf die Bedeutung des lebenslangen Lernens sowie einer regelmässigen beruflichen Standortbestimmung hingewiesen werden. Für die städtischen Mitarbeitenden wurden 2019 zwei Veranstaltungen entwickelt: «Welche Werte sind Ihnen im Beruf wichtig?» sowie «Sind Sie fit für den Arbeitsmarkt von morgen?».

Das LBZ nahm 2019 an verschiedenen Quartiervereinsanlässen teil. (Bild: LBZ)

4.3.3 Spezifische Kennzahlen

Berufs- und Laufbahnberatungen

Beratene Personen	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung 2018 zu 2019	
Bis 20 Jahre (inkl. Coaching)	2701	2708	2765[1]	2770	2807	+37	+1,3 %
20–39 Jahre	2086	1991	2016	2124	2076	–48	–2,3 %
Ab 40 Jahre	851	751	834	883	851	–32	–3,6 %
Total	**5638**	**5450**	**5615[1]**	**5777**	**5734**	**–43**	**–0,7 %**
davon Fälle RAV	567	639	621	627	599	–28	–4,5 %
davon Fälle SOD	165	158	273	332	398	+66	+19,9 %
Kurzberatungen in den RAV–Zentren	698	726	744	760	793	+33	+4,3 %

[1] Anpassungen gemäss effektiven Coachingfällen.

Geschlecht

Beratene Personen	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung 2018 zu 2019	
Weiblich	2861	2817	2708	2850	2848		
in %	51	52	48	49	50	–2	–0,1 %
Männlich	2777	2633	2907	2927	2886	–41	–1,4 %
in %	49	48	52	51	50		

Ausbildungs- und Beschäftigungssituation 2019

	Anzahl	in %
In Berufswahl/Ausbildung	2876	50,2
Erwerbstätig	1277	22,3
Registrierte Stellensuchende	708	12,3
Nicht registrierte Erwerbslose und Nichterwerbstätige	873	15,2
Total	**5734**	**100,0**

Berufswahlvorbereitung

	2015	2016	2017	2018	2019
Klasseninputs	205	199	171	152	189
Klassenorientierungen im Laufbahnzentrum	135	128	135	143	132
Kurzberatungen im Schulhaus – Anzahl Präsenzstunden	3806	4396	4583	4246	4687
Kurzberatungen im Schulhaus – Anzahl Teilnehmende	10985	11928	12345	11997	12331
Elternorientierungen	85	82	79	91	99

Besuchende / Kontakte Laufbahnzentrum

	2015	2016	2017	2018	2019
Besucherinnen und Besucher	17805	13924	16468	17124	16088
Besuche in Gruppen oder Schulklassen	4466	4301	4079	4096	5133
Auskünfte (telefonisch, online)	5866	5942	5167	4566	3898
Total Kontakte	**28137**	**24167**	**25714**	**25786**	**25119**

Coaching

	2015	2016	2017	2018	2019
Lehrstellenberatung/-coaching	448	543	480[1]	509	549
Netz2 – Case Management Berufsbildung	58	67	65	49	66

[1] Provisorischer Wert von 450 mit effektivem Wert nachträglich korrigiert.

Stipendienberatung

	2015	2016	2017	2018	2019
Einzelberatungen	185	233	191	189	154
Ausbildungsbeiträge nach Fonds (in Fr.)					
Städtische Stipendien	1936300	1920650	1819350	2170030	1972200
StadtbürgerInnenfonds	64700	32300	64500	61600	47100
Ausbildungsdarlehen	27800	21000	22200	8000	8000
Private Stipendienstiftungen	689600	738550	439300[1]	525400[1]	414300[1]
Total	**2718400**	**2712500**	**2345350**	**2765030**	**2441600**

[1] Stipendiengesuche werden erst nach Vorliegen des kantonalen Entscheids bearbeitet. Der zurzeit lange Entscheidungsprozess beim Kanton verzögert die städtische Gesuchsbearbeitung.

4.4 Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV

4.4.1 Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Amts für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL) besteht darin, einkommensschwachen Zürcher AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentnern eine angemessene materielle Existenz zu garantieren oder ihnen mittels Zusatzleistungen (ZL) die selbstständige Bezahlung ungedeckter Heimkosten zu ermöglichen. Zudem können bestimmte Krankheits- und Behinderungskosten vergütet werden. Für die Aufgabenerfüllung stehen dem AZL bundesrechtliche Ergänzungsleistungen (EL), kantonale Beihilfen und Zuschüsse, jährliche Gemeindezuschüsse, Pflegekostenzuschüsse, ausserordentliche Gemeindezuschüsse sowie Einmalzulagen zur Verfügung. Sämtliche Leistungsarten sind an die Erfüllung bestimmter Anspruchsvoraussetzungen geknüpft.

Die Abteilung Pflegebeiträge des AZL ist zudem für die Auszahlung der öffentlichen Pflegebeiträge im stationären Bereich an die Leistungserbringer zuständig.

4.4.2 Jahresschwerpunkte

EL-Reform
Die Reform über die Ergänzungsleistungen wurde am 22. März 2019 vom Bundesparlament verabschiedet und wird am 1. Januar 2021 in Kraft treten. Die wichtigsten Massnahmen der Reform sind: die Einführung einer Vermögensschwelle, die Neuregelung der Verzichtsanrechnung und die Senkung der Vermögensfreibeträge. Daneben werden auch die maximalen Mietzinsbeiträge erhöht, der EL-Mindestbetrag gesenkt, das Einkommen des Ehegatten stärker angerechnet, der Lebensbedarf von Kindern unter 11 Jahren gesenkt und nur noch maximal die effektive Krankenversicherungsprämie berücksichtigt. Ein Novum im Bereich der Sozialversicherungen ist die Einführung der EL-Rückerstattungspflicht, wenn der Nachlass 40 000 Franken übersteigt.

Der Zeitplan ist ehrgeizig, und die Umsetzungsarbeiten haben das AZL bereits 2019 stark beschäftigt. So arbeitet das AZL intensiv in den kantonalen Arbeitsgruppen zur Umsetzung der EL-Reform mit. Seitens der IT muss eine elektronische Datenschnittstelle zwischen dem AZL, der SVA und den Krankenversicherern geschaffen werden, damit jeweils die aktuelle effektive Krankenversicherungsprämie für die Berechnung mitberücksichtigt werden kann. Zudem stellt vor allem auch die Übergangsfrist eine grosse Herausforderung dar, die während dreier Jahre Vergleichsrechnungen zwischen altem und neuem Recht erforderlich macht.

Auch das operative Tagesgeschäft ist von den Änderungen der EL-Reform betroffen; Prozesse müssen neu geschaffen oder angepasst werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Ausführungsbestimmungen und Weisungen des Bundes im Frühjahr des Jahres 2020 feststehen. Ebenfalls erforderlich ist eine Anpassung der städtischen Zusatzleistungsverordnung im Hinblick auf die Neuregelung der Mietzinsmaxima auf Bundesebene.

Auch kommunikationsmässig wird die EL-Reform das AZL intern und extern stark fordern; Mitarbeitende müssen geschult, Rentnerinnen und Rentner sowie involvierte Stellen über die anstehenden Änderungen informiert und Inhalte in Kommunikations- und Arbeitsmitteln angepasst werden.

Altersstrategie
Beim gesamtstädtischen Projekt der neuen Altersstrategie arbeitete das AZL im Berichtsjahr aktiv mit. Insbesondere Finanzierungsaspekte wurden durchleuchtet und Handlungsfelder aufgezeigt.

Erhöhung Einmalzulage
Rund 13 000 ZL-Rentnerinnen und -Rentner erfüllen die Anspruchsvoraussetzungen für eine Einmalzulage, die jeweils im Dezember ausgerichtet wird. Die Einmalzulage hat seit jeher eine grosse Bedeutung, da sie eine zusätzliche Teilnahme am Sozial- und Kulturleben ermöglicht. Seit 2002 sind die Beträge unverändert geblieben. Der Stadtrat hat – basierend auf dem Budgetbeschluss des Gemeinderats – für das Jahr 2019 die Einmalzulagen für Alleinstehende auf 500 Franken (Vorjahr: 300 Franken) und für Ehepaare sowie Alleinstehende mit Kindern auf 750 Franken (Vorjahr: 450 Franken) erhöht.

Gut beraten
Das AZL steht im regen Austausch mit Rentnerinnen und Rentnern. Um die Beratungstätigkeit der Mitarbeitenden zusätzlich zu unterstützen, wurden im Jahr 2019 verschiedene Massnahmen aufgegleist. Damit Rentnerinnen und Rentner optimal über die Angebote der einzelnen Fach- und Beratungsstellen informiert werden können, hat das AZL diverse Beratungsstellen eingeladen, in Referaten über ihre Tätigkeit zu informieren und offene Fragen zu klären. Zudem wurden die Mitarbeitenden weitergebildet, damit sie ihre Kompetenzen in herausfordernden Kommunikationssituationen wie zum Beispiel mit aggressiven oder psychisch angeschlagenen Personen noch gezielter einsetzen können.

ZLPro
Der Betrieb der Fachapplikation ZLPro zeichnete sich 2019 durch eine weiterhin sehr hohe Stabilität aus. Mit fünf Releases wurden Weiterentwicklungen ausgeliefert, die der Fallbewirtschaftung weitere Systemunterstützung ermöglicht. Die Städte Bülach und Adliswil integrierten ihre Fälle erfolgreich in ZLPro. Die Stadt Wädenswil wird ab 2020 ZLPro für ihre Fallbewirtschaftung einsetzen. Die Anzahl ZLPro-Mandanten wächst damit auf 19 Kommunen im Kanton Zürich an, ein Zeichen für die hohe Zufriedenheit bei der täglichen Arbeit mit ZLPro.

4.4.3 Spezifische Kennzahlen

Aufwendungen und Erträge

(in Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Ergänzungsleistungen					
Jährliche Ergänzungsleistungen [1]	417 361 996	424 854 654	430 966 067	337 271 058	337 660 277
Krankheits- und Behinderungskosten	29 176 921	30 298 375	30 411 999	31 267 081	32 196 222
Beihilfen und Zuschüsse					
Beihilfen (monatlich ausbezahlt)	25 684 289	25 821 205	26 021 481	21 089 047	20 908 602
Zuschüsse [2]	2 688 002	2 612 156	2 414 696	1 913 949	2 064 539
Gemeindezuschüsse					
Jährliche Gemeindezuschüsse (monatlich ausbezahlt)	37 975 649	38 124 318	38 145 837	38 333 423	38 401 280
Ausserordentliche Gemeindezuschüsse	172 561	131 825	136 601	351 063	336 677
Einmalzulagen	3 926 400	3 929 250	3 894 600	3 900 450	6 486 000
Total Aufwendungen	**516 985 818**	**525 771 783**	**531 991 281**	**434 126 071**	**438 053 597**
Staatsbeiträge	157 670 393	160 021 237	161 039 031	164 476 476	165 643 295
Prämienverbilligungen [1]	100 980 737	104 509 609	109 033 161	2 733 361	831 129
Rückerstattungen	21 086 057	21 281 397	19 356 092	20 023 492	20 851 506
Total Erträge	**279 737 187**	**285 812 243**	**289 428 284**	**187 233 329**	**187 325 930**
Nettobelastung Stadt	**237 248 631**	**239 959 540**	**242 562 997**	**246 892 742**	**250 727 667**

[1] Umsetzung Art. 21a Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen (ELG) per 1.1.2018; Direktüberweisung der Prämienverbilligung an die Krankenversicherung.
[2] Zuschüsse nach kantonalem Recht; Einführung per 1.1.2008 (§ 19a Zusatzleistungsgesetz [ZLG]).

Laufende Fälle

Stichtag im Dezember	2015	2016	2017	2018	2019
AHV-Rentnerinnen und -Rentner einschliesslich Hinterlassener in Wohnungen	7 582	7 770	7 861	8 001	8 177
AHV-Rentnerinnen und -Rentner einschliesslich Hinterlassener in Heimen	3 393	3 440	3 395	3 418	3 364
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Wohnungen	4 821	4 745	4 706	4 667	4 638
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Heimen	1 399	1 377	1 379	1 438	1 438
Total	**17 195**	**17 332**	**17 341**	**17 524**	**17 617**

Durchschnittliche Zusatzleistungen

Pro Fall im Dezember (in Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
AHV-Rentnerinnen und -Rentner einschliesslich Hinterlassener in Wohnungen	1517	1550	1588	1595	1629
AHV-Rentnerinnen und -Rentner einschliesslich Hinterlassener in Heimen	3531	3542	3616	3672	3700
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Wohnungen	1701	1724	1747	1756	1765
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Heimen	3838	3814	3943	4147	4220

Diverse Indikatoren

	2015	2016	2017[1]	2018	2019
Verfügungen im Rahmen von Neu- und Wiederanmeldungen	2635	2714	2924	2836	2748
Periodische Überprüfungen laufender Fälle	6073	5930	5712	5987	6091
Mutationen von Berechnungsgrundlagen laufender Fälle	14760	13290	13100	13418	12282
Anspruchsverlust infolge Tod	1372	1169	1383	1174	1167
Abgänge infolge Wegfalls der Anspruchsvoraussetzung	1289	1253	1241	1231	1250
Verfügungen für Krankheits- und Behinderungskosten	24839	24844	25171	25818	26805

[1] Die Indikatoren 2017 wurden aufgrund des Systemwechsels hochgerechnet.

Kommentar:
Die Anzahl der Rentenberechtigten mit Zusatzleistungen zur AHV/IV stieg im Berichtsjahr gegenüber 2018 weiter an. Ende 2019 (Stichtag im Dezember) wurden 17617 (Vorjahr: 17524) laufende Fälle gezählt. Dies entspricht einer Zunahme um 93 Fälle, was +0,5 % ausmacht (+1,1 %). Die Veränderung setzt sich zusammen aus einer Zunahme bei den AHV-Rentenberechtigten von 122 Fällen (+1,1 %) und einer Abnahme bei den IV-Rentenberechtigten von 29 Fällen (–0,5 %).

Die ZL-Aufwendungen haben im Jahr 2019 mit 438053597 Franken gegenüber 434126071 Franken im Vorjahr um 0,9 % zugenommen (Abnahme 18,4 %). Prämienverbilligungsanteile, die zu 100 % subventioniert werden, haben gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Millionen Franken abgenommen (Abnahme 106,3 Millionen Franken). Dieser Wert wird infolge der Gesetzesänderung per 1. Januar 2018 weiterhin kontinuierlich abnehmen.

Die Bruttoleistungen verteilen sich zu 84,4 % (84,9 %) auf Ergänzungsleistungen (einschliesslich Krankheits- und Behinderungskosten), zu 4,8 % (4,9 %) auf kantonale Beihilfen, zu 0,5 % (0,4 %) auf Zuschüsse nach kantonalem Recht, zu 8,8 % (7,2 %) auf jährliche Gemeindezuschüsse und zu 1,6 % (1,0 %) auf ausserordentliche Gemeindezuschüsse und Einmalzulagen. Der Ansatz für die Einmalzulagen wurde im Jahr 2019 erhöht: 500 Franken (300 Franken) für Alleinstehende und 750 Franken (450 Franken) für Ehepaare.

Entsprechend dem Trend der Vorjahre sind die Auslagen bei der Vergütung von Krankheitskosten im Berichtsjahr von 31267081 Franken auf 32196222 Franken weiter angestiegen. Dies entspricht einer Zunahme um 3,0 % (2,8 %).

Die Nettobelastung der Stadt hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 % auf 250727667 Franken erhöht. Die Ausgaben sind um 3,9 Millionen Franken (Abnahme 97,9 Millionen Franken) und die Erträge um 92601 Franken (Abnahme 102,2 Millionen Franken) gestiegen.

4.4.4 Spezifische Kennzahlen öffentliche Pflegebeiträge

Aufwendungen nach Trägerschaft

in Fr.	2015	2016	2017	2018	2019
Städtische Alterszentren (ASZ), Pflegezentren (PZZ) und Spitäler	61 263 715	65 258 049	69 589 687	75 883 524	78 195 267
Private Institutionen	51 764 067	56 910 725	59 541 817	60 953 459	62 569 104
Total	**113 027 782**	**122 168 774**	**129 131 504**	**136 836 983**	**140 764 371**

Anzahl beitragsberechtigte Pflegetage nach Trägerschaft

in Tagen	2015	2016	2017	2018	2019
Städtische Alterszentren (ASZ), Pflegezentren (PZZ) und Spitäler	878 899	878 812	866 644	874 742	844 860
Private Institutionen	827 752	871 369	876 522	867 734	841 919
Total	**1 706 651**	**1 750 181**	**1 743 166**	**1 742 476**	**1 686 779**

Kommentar:
Die Aufwendungen für die öffentlichen Pflegebeiträge im stationären Bereich haben mit 140 764 371 Franken gegenüber 136 836 983 Franken im Vorjahr um 2,9 % zugenommen. Diese Kostenzunahme ist auf die erhöhten Normdefizittarife des Kantons zurückzuführen, wobei eine geringere Nachfrage nach Pflegeplätzen (ca. –3 %) eine grössere Kostenzunahme verhinderte. Die darin enthaltenen MiGeL-Pauschalen sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert, gehen aber infolge gleichbleibender Leistungen der Krankenversicherer voll zulasten der Stadt Zürich.

4.5 Soziale Dienste

4.5.1 Aufgaben

Die Sozialen Dienste (SOD) handeln im Rahmen der sozialen Grundversorgung gestützt auf das Sozialhilfegesetz, das Kinder- und Jugendhilfegesetz und das Zivilgesetzbuch. Die SOD richten ihre Leistungen aus auf eine nachhaltige soziale und berufliche Integration der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich sowie auf die hohe Qualität des Zusammenlebens in den Quartieren. In den fünf polyvalenten Sozialzentren wird eine umfassende soziale Grundversorgung für die Bewohnerinnen und Bewohner einer Region sichergestellt. Die Dienstleistungen reichen von der Soziokultur über die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, die gesetzliche Betreuung und Vertretung im Rahmen einer zivilrechtlichen Massnahme bis hin zur wirtschaftlichen und persönlichen Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Ausbau Ressourcen Soziale Arbeit
Der Gemeinderat hat den SOD mit dem Budget 2019 zusätzliche 25,8 Stellenwerte in der Sozialen Arbeit gesprochen. Damit wollte er den Caseload der Sozialarbeitenden in der Einzelfallhilfe von 95 auf rund 85 kumulierte Fälle pro Stellenwert Soziale Arbeit senken und somit die sozialarbeiterische Fachlichkeit und die persönliche Hilfe stärken. Dieser Auftrag des Gemeinderats konnte 2019 umgesetzt werden. Die zusätzlichen Ressourcen wurden ab der zweiten Hälfte 2019 leistungsgebunden eingesetzt. Dies bedeutet, dass die Sozialarbeitenden heute pro Fall mehr Zeit haben für eine individuelle Beratung der Klientinnen und Klienten. Gleichzeitig erbringen sie gewisse Beratungsleistungen in grösserem Ausmass – und zwar nicht nur für Sozialhilfebeziehende, sondern auch für andere Hilfesuchende. Der Stellenwert der persönlichen Hilfe wird in der Stadt Zürich dank den zusätzlichen Ressourcen nochmals deutlich erhöht: Die SOD stärken damit die sozialarbeiterischen Kernaufgaben «Ermöglichen, Befähigen und Motivieren».

Umzug des Sozialzentrums Ausstellungsstrasse in das Amtshaus Helvetiaplatz
Ende Februar 2019 zogen 180 Mitarbeitende der SOD vom Sozialzentrum Ausstellungsstrasse in das Sozialzentrum Helvetiaplatz. Zuvor wurde das Amtshaus während zweieinhalb Jahren instand gesetzt und hinsichtlich der nutzerspezifischen Besonderheiten eines Sozialzentrums mit seiner vielfältigen Angebots- und Dienstleistungspalette aufbereitet. Im Sozialzentrum Helvetiaplatz, das für die Einwohnerinnen und Einwohner der Sozialregion Limmattal zuständig ist, befinden sich neu neben dem Intake und den Quartierteams auch die gesamtstädtischen Angebote Mütter- und Väterberatung, Soziokultur, Büro für Sozialraum & Stadtleben sowie der Schreibdienst. Den bisherigen Standort des Sozialzentrums an der Ausstellungsstrasse hatte die Stadt vom Kanton gemietet. Die Liegenschaft steht dem Kanton nun wieder für andere Nutzungen zur Verfügung.

Neuer Aufnahmeprozess
Um den Zugang zu sozialen Dienstleistungen zu verbessern und die persönliche Hilfe zu stärken, haben die SOD den Prozess der Kontaktaufnahme mit den Sozialzentren neu aufgesetzt. Seit September 2019 gibt es in jedem Sozialzentrum eine «Information» als erste Anlaufstelle. Dort werden die Besucherinnen und Besucher willkommen geheissen, an die für ihr Anliegen zuständige Stelle weiterverwiesen oder direkt im Rahmen eines Orientierungsgesprächs von Sozialarbeitenden beraten. Im Orientierungsgespräch nehmen die Sozialarbeitenden zusammen mit den Klientinnen und Klienten eine Auslegeordnung der Themen vor und definieren gemeinsam das weitere Vorgehen. Benötigen die Klientinnen oder Klienten wirtschaftliche Hilfe nach Sozialhilfegesetz, erhalten sie im Orientierungsgespräch alle relevanten Informationen und Unterlagen. Die Themen der persönlichen Hilfe nach Sozialhilfegesetz werden unabhängig von der Anspruchsprüfung der wirtschaftlichen Hilfe angegangen. Durch diesen neuen Prozess können die Sozialen Dienste die persönliche Hilfe stärken und Klientinnen und Klienten schneller und umfassender unterstützen.

Büro für Sozialraum & Stadtleben
Vor einem Jahr startete das Büro für Sozialraum & Stadtleben (BSS) mit einer inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung. Die grösste Änderung besteht darin, dass die Mitarbeitenden des BSS nicht mehr Ansprechpersonen für bestimmte Stadtquartiere sind, sondern auf Nachfrage anderer städtischer Dienstabteilungen oder im Auftrag des Sozialdepartements arbeiten. Zum Ende des Berichtsjahres zeigt sich, dass sich die neue Ausrichtung bewährt und eine rege Nachfrage nach den Dienstleistungen des BSS besteht. Folgende drei Beispiele illustrieren die Vielfältigkeit der Arbeitsinhalte des BSS:

– Das MieterInnen-Büro leistet im Sinne der persönlichen Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz intensive Unterstützung für Mieterinnen und Mieter in von Ersatzneubauten betroffenen Siedlungen.
– Die Unterstützung in Mitwirkungsverfahren der Bevölkerung durch das BSS wurde von verschiedenen Dienstabteilungen der Stadt Zürich in Anspruch genommen.
– Verschiedene Sozialraum- und Bedarfsanalysen bilden eine wichtige Grundlage für die Leistungsplanung im Sozialdepartement.

Die Aufgaben und die damit verbundenen zeitlichen Ressourcen pro Arbeitsbereich werden laufend der jeweiligen Nachfrage angepasst.

4.5.3 Spezifische Kennzahlen zur wirtschaftlichen Hilfe nach Sozialhilfegesetz (SHG)

In der Stadt Zürich wurden im Jahr 2019 durchschnittlich pro Monat 9736 Fälle (Haushalte) mit Sozialhilfe unterstützt (2018: 10 317). Dass die Zahl leicht unter dem Wert des Vorjahres liegt, hängt primär damit zusammen, dass vorläufig Aufgenommene seit Mitte 2018 keine Sozialhilfe mehr erhalten.

Die Anpassung des Sozialhilfegesetzes (SHG) wirkt sich auch auf die Zahl der abgelösten Sozialhilfefälle aus: Die ungewöhnlich hohe Zahl von 5418 Ablösungen im Jahr 2018 umfasst auch 1190 Fälle von vorläufig Aufgenommenen, die nicht

wirklich abgelöst wurden, sondern seit 1. Juli 2018 neu nach Asylfürsorgeverordnung unterstützt werden und deshalb nicht mehr als Sozialhilfefälle gezählt werden. Im Jahr 2019 lag die Zahl der abgelösten Sozialhilfefälle mit 4151 wieder im Bereich früherer Jahre.

Im ganzen Jahr 2019 wurden insgesamt 20 192 Personen vorübergehend oder permanent mit Sozialhilfe unterstützt (2018: 22 108). Dies entspricht einer kumulierten Sozialhilfequote von 4,9 % (2018: 5,4 %).

Fälle (Jahresdurchschnitt)

	2015	2016	2017	2018	2019
Wirtschaftliche Hilfe: Sozialhilfe und erzieherische finanzielle Hilfen	9800	10096	10645	10459	9874
Sozialhilfefälle (Stadt Zürich)	9675	9974	10513	10317	9736
– davon Fälle mit Fallführung SOD	8205	8369	8705	8777	8642
– davon Fälle mit Fallführung AOZ	1470	1605	1809	1540	1094
Fälle mit erzieherischen finanziellen Hilfen (SOD)	795	634	646	651	635

Fälle kumuliert

	2015	2016	2017	2018	2019
Wirtschaftliche Hilfe: Sozialhilfe und erzieherische finanzielle Hilfen	13967	14338	15092	15316	14037
Sozialhilfefälle (Stadt Zürich)	13765	14159	14923	15134	13832
– davon Fälle mit Fallführung SOD	11853	12053	12535	12519	12335
– davon Fälle mit Fallführung AOZ	1912	2106	2388	2615	1497
Fälle mit erzieherischen finanziellen Hilfen (SOD)	1649	1397	1232	1258	1294

Sozialhilfe: Neue und abgeschlossene Fälle

	2015	2016	2017	2018	2019
Neue Sozialhilfefälle (Stadt Zürich)	4224	4391	4708	4295	4008
– davon Fälle mit Fallführung SOD	3673	3815	3996	3683	3624
– davon Fälle mit Fallführung AOZ	551	576	712	612	384
Neue Fälle mit erzieherischen finanziellen Hilfen	722	550	545	526	605
Abgelöste Sozialhilfefälle (Stadt Zürich)	4041	3937	4084	5418	4151
– davon Fälle mit Fallführung SOD	3691	3497	3619	3789	3784
– davon Fälle mit Fallführung AOZ	350	440	465	1629	367
Abgelöste Fälle mit erzieherischen finanziellen Hilfen	822	886	502	564	536

Sozialhilfebeziehende: Anzahl Personen im Jahresdurchschnitt

	2015	2016	2017	2018	2019
Sozialhilfebeziehende im Jahresdurchschnitt (Stadt Zürich)	14654	15186	16050	15589	14780
– davon Personen in Fällen mit Fallführung SOD	12019	12403	13093	13160	12969
– davon Personen in Fällen mit Fallführung AOZ	2635	2783	2956	2429	1811

Sozialhilfebeziehende: Anzahl Personen kumuliert

	2015	2016	2017	2018	2019
Sozialhilfebeziehende kumuliert (Stadt Zürich)	19992	20799	21888	22108	20192
– davon Personen in Fällen mit Fallführung SOD	16688	17275	18109	18004	17703
– davon Personen in Fällen mit Fallführung AOZ	3304	3524	3779	4104	2489

Sozialhilfequoten

	2015	2016	2017	2018	2019
Durchschnittliche Sozialhilfequote (Sozialhilfebeziehende im Jahresdurchschnitt, in % der zivilrechtlichen Bevölkerung am Jahresanfang)	3,8 %	3,9 %	4,0 %	3,9 %	3,6 %
Kumulative Sozialhilfequote (Sozialhilfebeziehende kumuliert, in % der zivilrechtlichen Bevölkerung am Jahresende)	5,1 %	5,2 %	5,4 %	5,4 %	4,9 %

Aufwand Wirtschaftliche Hilfe

	2015	2016	2017	2018	2019
Materielle Grundsicherung					
– Grundbedarf Lebensunterhalt	98909493	101683522	105998218	105491002	104146892
– Wohnkosten	89218165	91228845	96613736	97188343	98337397
– Medizinische Grundversorgung	22152044	22844050	18362837	18148868	16604461
– abzüglich Aufwandsminderungen (Löhne und Einkommen der Klientinnen und Klienten)	–43944845	–44520303	–48621709	–47521318	–47215227
Situationsbedingte Leistungen					
– allgemein und stat. Aufenthalt Erwachsene	33477740	34572782	42330613	42009178	44111688
– berufliche und soziale Integration	40629368	36440524	40021152	39971186	38890170
– erzieherische Hilfen	39604322	38022803	40839469	41253357	40600393
Zwischentotal Aufwand Wirtschaftliche Hilfe	**280046287**	**280272223**	**295544316**	**296540616**	**295475774**
Beiträge Krankenkassenprämien	33959706	36361083	40310312	41260543	40973538
Total (inkl. Krankenkassenprämien)	**314005993**	**316633306**	**335854628**	**337801159**	**336449312**

Ertrag Wirtschaftliche Hilfe[1]

	2015	2016	2017	2018	2019
Kostenersatz Kanton und Gemeinden	32 369 541	34 787 318	39 418 352	43 266 036	41 027 985
Rückerstattung von Heimatbehörden	6 996 924	6 583 657	2 685 746	115 719	0
Selbstzahler	9 577 327	9 365 774	12 111 085	10 489 865	12 423 431
Verwandte	4 263 612	4 496 402	4 071 620	4 116 341	4 831 444
Sozialinstitutionen	50 171 177	52 091 446	51 812 819	58 220 015	58 117 641
Zwischentotal Kostenersatz und Rückerstattungen	**103 378 581**	**107 324 597**	**110 099 622**	**116 207 976**	**116 400 501**
Staatsbeitrag Wirtschaftliche Hilfe	6 996 924	6 968 677	6 224 399	7 091 640	7 045 133
Total Ertrag	**110 375 505**	**114 293 274**	**116 324 021**	**123 299 616**	**123 445 634**

[1] Bis 2017 wurden im Geschäftsbericht nicht Aufwand und Ertrag dargestellt, sondern Zahlungen und Rückerstattungen (Geldfluss). Die hier dargestellten Ertragszahlen für die Jahre 2015 bis 2017 weichen deshalb leicht ab von den in den Vorjahren dargestellten Rückerstattungszahlen.

4.5.4 Spezifische Kennzahlen zur persönlichen Hilfe nach SHG

Persönliche Hilfe nach SHG durch die Intakes, Quartierteams, Zentrale Abklärungs- und Vermittlungsstelle und Sozialberatung in den RAV

	2015	2016	2017	2018	2019
Fälle mit persönlicher Hilfe kumuliert	12129	12510	13117	13143	12919

Infodona

	2015	2016	2017	2018	2019
Beratene Personen	1827	1735	1968	1983	2053
Beratungen pro Jahr	5316	5361	6013	5792	6174

Freiwillige Einkommens- und Vermögensverwaltung

	2015	2016	2017	2018	2019
Personen mit freiwilliger Einkommens- und Vermögensverwaltung	345	310	314	341	375

4.5.5 Spezifische Kennzahlen zur Kinder- und Jugendhilfe

Erzieherische finanzielle Hilfen
Die erzieherischen finanziellen Hilfen umfassen sowohl ambulante als auch stationäre Massnahmen. Die Kennzahlen sind im Abschnitt «Wirtschaftliche Hilfe nach SHG» enthalten.

Erzieherische Beratung ohne finanzielle Unterstützung

	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Fälle mit freiwilligen Beratungen durch die Quartierteams der SOD	n. v.	n. v.	n. v.	441	372

Alimentenstelle

	2015	2016	2017	2018	2019
Alimentenbevorschussungsfälle	1701	1740	1657	1573	1530
Alimentenbevorschussung (in Fr.)	10676412	10309118	10107120	10083159	10211600
Rückerstattungen Alimenten-bevorschussung (in Fr.)	–3249602	–3444284	–3198202	–3298741	–3387677
Alimentenvermittlungen (in Fr.)	2691668	2287844	1704877	1447446	1455630

Mütter-/Väterberatung

	2015	2016	2017	2018	2019
Erfasste Kinder	6338	6608	6542	8586	8140
Einzelberatungen	27222	26058	22775	23031	21367
Teilnehmende an Gruppenberatungen	780	1178	3098	3662	3702

Jugendberatung

	2015	2016	2017	2018	2019
Beratungen in Anwesenheit der Klientinnen und Klienten: beratene Personen/Familien	463	440	510	465	390
Telefonische und E-Mail-Beratungen: beratene Personen	991	989	881	1 048	510
Beratungsstunden	4 402	4 565	4 972	4 850	5 095

Fachstelle Elternschaft und Unterhalt

	2015	2016	2017	2018	2019
Feststellung Vaterschaft und Sorgerechtsregelung kumuliert	n. v.	296	316	298	345
Regelung Unterhalt kumuliert (einvernehmliche Fälle, Erstregelung, Abänderung und Folgevereinbarungen)	n. v.	387	376	360	407
Betreuungs- und Besuchsrechtsregelungen kumuliert (einvernehmliche Fälle)	–	–	85	202	205

Fachstelle Pflegekinder

	2015	2016	2017	2018	2019
Beaufsichtigte Tagesverhältnisse kumuliert	152	156	157	158	150
Beaufsichtigte Pflegeverhältnisse kumuliert	142	148	145	152	144

Abklärungsaufträge

	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl neue Abklärungsaufträge im Bereich Kindesschutz	332	323	348	322	352

Interdisziplinäre Fachberatung Kindesschutz

	2015	2016	2017	2018	2019
Neu gemeldete Fälle	29	25	29	29	18

Schulsozialarbeit

	2015	2016	2017	2018	2019
Schulsozialarbeitende	64	64	64	62	73
Betreute Schulen	95	96	98	98	98

4.5.6 Spezifische Kennzahlen zu den zivilrechtlichen Erwachsenen- und Kindesschutzmassnahmen

Erwachsenenschutz (durch Soziale Dienste geführte Fälle)

	2015	2016	2017	2018	2019
Fälle (Jahresdurchschnitt)	3736	3632	3662	3698	3680
Fälle kumuliert	4330	4208	4176	4237	4211
Neue Fälle	437	435	407	391	399

Kindesschutz (durch Soziale Dienste geführte Fälle)

	2015	2016	2017	2018	2019
Fälle (Jahresdurchschnitt)	2240	2181	2134	2123	2133
Fälle kumuliert	2529	2395	2350	2305	2357
Neue Fälle	426	333	361	367	374

Spezielle Leistungen

	2015	2016	2017	2018	2019
Begleitung privater Beiständinnen und Beistände: begleitete private Beiständinnen und Beistände kumuliert	1003	993	969	948	932
Begleitung privater Beiständinnen und Beistände: von den privaten Beiständinnen und Beiständen geführte Massnahmen kumuliert	1439	1376	1346	1297	1290

4.5.7 Spezifische Kennzahlen zum Fachressort Soziales Stadtleben

Soziokultur

	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Vermietungen und Veranstaltungen in den soziokulturellen Einrichtungen [1]	7050	7443	7871	8254	13874
Nutzungsstunden in den Werkstätten des Dynamo [2]	6228	7658	8868	10607	11500
Anzahl BesucherInnen, NutzerInnen und Gäste in den soziokulturellen Einrichtungen	412954	472655	375785	449512	432984
Durch die Raumbörse vermietete Fläche (in m^2)	8243	9674	15642	15242	20318
Mietende und Untermietende der Raumbörse	414	455	623	689	926
Nutzungen der Objekte der Raumbörse (Einzelbesuche)	221812	254772	286012	307432	317400

[1] Die deutlich höhere Anzahl von Vermietungen und Veranstaltungen im Jahr 2019 im Vergleich zu den Vorjahren ist die Folge einer korrekteren Zählweise. Bis 2018 wurden Dauermieten in den Quartiertreffs nicht differenziert erfasst.
[2] 2014 wurde das Dynamo umgebaut, und 2015 startete der Betrieb erst im April.

4.6 Soziale Einrichtungen und Betriebe

4.6.1 Aufgaben

Die Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) führen Angebote, in denen Menschen beruflich und gesellschaftlich integriert werden.

- Der Geschäftsbereich Wohnen und Obdach umfasst Akutunterkünfte, Einrichtungen für begleitetes und betreutes Wohnen, Notwohnungen und Heime.
- Der Geschäftsbereich Schutz und Prävention bietet ein breites Angebot an präventiven, sozialen und medizinischen Hilfestellungen für Suchtmittel konsumierende Menschen und setzt sich für ein friedliches Zusammenleben im öffentlichen Raum ein.
- Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung umfasst Kindertagesstätten – darunter drei Kinderhäuser – an zehn Standorten.
- Der Geschäftsbereich Arbeitsintegration unterhält Betriebe und Programme zur beruflichen und sozialen Integration von Sozialhilfebeziehenden, erwerbslosen Jugendlichen und IV-Beziehenden.

4.6.2 Jahresschwerpunkte

Eröffnung Angebote Neufrankengasse
Der Geschäftsbereich Wohnen und Obdach befasste sich in der ersten Jahreshälfte intensiv mit den Vorbereitungen für die beiden neuen Angebote «Übergangswohnen für Einzelpersonen und Paare» sowie «Beaufsichtigte Wohnintegration» (vgl. auch Kapitel «2. Jahresschwerpunkte»). Bei Letzterem betrat das Team mit der Betreuung von sogenannten «Systemsprengerinnen und Systemsprengern», also Menschen in einem stark fortgeschrittenen Prozess der sozialen Desintegration mit erheblichen psychischen Beeinträchtigungen und teilweise erhöhtem Potenzial für Gewalt, auch inhaltlich Neuland. Ein vergleichbares Angebot, das diesen Klientinnen und Klienten eine dauerhafte, möglichst ausschlussfreie und stabilisierende Unterbringung ermöglicht, gab es bis dato schweizweit nicht.

Die im Juli eröffneten Angebote waren bis Ende Jahr bereits sehr gut ausgelastet. Nicht nur die zuweisenden Stellen und die anderen, bei solch betreuungsintensiven Fällen involvierten Stellen und Institutionen, sondern auch die Klientinnen und Klienten selber zeigen sich mit diesem ergänzenden Angebot bisher sehr zufrieden.

Erfolgreicher Start in den ehemaligen «Gammelhäusern» im Kreis 4: Pilotprojekt für stark desintegrierte Menschen. (Bild: Goran Basic)

Belegung der Notschlafstelle gesunken
In der städtischen Notschlafstelle an der Rosengartenstrasse wurden im Jahr 2019 insgesamt 9066 Übernachtungen registriert. Die Auslastung war somit deutlich tiefer als in den Vorjahren (2018: 12 421; 2017: 11 791). Die durchschnittliche Belegung lag bei 25 Personen pro Tag (48 % Auslastung). Am höchsten war die Belegung im Mai (66 % Auslastung), am tiefsten im Dezember (39 % Auslastung). Bei einem Viertel der Obdachsuchenden handelte es sich um Frauen, die in einem abgetrennten Bereich untergebracht werden. Das Durchschnittsalter der Nutzerinnen und Nutzer lag bei 43 Jahren.

Die Notschlafstelle verfügt regulär über 52 Schlafplätze, es können aber jederzeit bis zu 80 Personen aufgenommen werden.

Zielgruppenspezifische Prävention im Bereich Safer Sex und Safer Use
Der Geschäftsbereich Schutz und Prävention hat im Berichtsjahr Pilotprojekte in den Bereichen Male Sexwork (MSW), Trans Sexwork (TSW; Sexarbeit von Transmenschen) sowie Chemsex (Konsum von illegalen Substanzen im Kontext von Sex) initiiert. Ziel ist es, diese durch herkömmliche Sozialarbeit kaum zu erreichenden Menschen auf die Themen Safer Sex und Safer Use zu sensibilisieren, insbesondere auch, um die Ausbreitung von HIV zu verhindern. Zusätzlich sollen Erkenntnisse zu den Bedürfnissen und Problemstellungen dieser Zielgruppen gesammelt werden, um entsprechende Präventionsmassnahmen zu lancieren und bestehende städtische wie private Angebote zielführend zu koordinieren.

Winter-t-alk
Zur Entlastung des Treffpunkts «t-alk» für Alkoholikerinnen und Alkoholiker beim Sihlcity hat die Abteilung Treffpunkte des Geschäftsbereichs Schutz und Prävention Anfang Oktober 2019 den «Winter-t-alk» eröffnet. Dieser ist bis März 2020 jeweils von Donnerstag bis Samstag tagsüber geöffnet. Der «Winter-t-alk» entlastet den Standort an der Bederstrasse, der letzten Winter an seine Kapazitätsgrenzen gelangt war. Das Angebot ist in der K&A Brunau beheimatet, die momentan für Zwischennutzungen zur Verfügung steht. Beide Treffpunkte bieten Überlebenshilfe, niederschwellige sozialarbeiterische Beratung, Tagesstruktur, soziale Kontakte sowie stundenweise Beschäftigung mit der Jobkarte für Menschen mit Alkoholabhängigkeit.

Der «Winter-t-alk» wurde in den ersten Monaten bereits gut frequentiert. (Bild: Stadt Zürich)

Plattform Kita-Praxis erweitert Angebote
Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung hat 2019 erneut in den Wissenstransfer mit den privaten Kita-Betreibenden, ihren Mitarbeitenden und weiteren Fachleuten aus dem Umfeld der Kinderbetreuung investiert. Auf der Plattform Kita-Praxis (www.stadt-zuerich.ch/kita-praxis) hat der Geschäftsbereich diverse neue Konsultationsangebote aufgeschaltet. Zur Verfügung stehen Fachthemen für die Betreuung von Kindern im Vorschulbereich, neu auch Themen wie pädagogische Qualitätsentwicklung, Raumgestaltung mit Bezug zum Bildungskonzept sowie Sexualpädagogik oder ästhetische Bildung. Interessierte Fachleute haben die Möglichkeit, die Umsetzung der Konzepte vor Ort in einer der stadteigenen Kitas näher kennenzulernen oder sich die Konzepte am eigenen Standort von Fachpersonal der stadteigenen Kitas näherbringen zu lassen. Unter den neuen Angeboten wurde insbesondere jenes der Raumgestaltung nachgefragt. Nach wie vor beliebt sind aber auch Inputs zur Eingewöhnung, bei der bildungsorientierten Arbeit und bei der Kita-Organisation.

Strategie berufliche und soziale Integration auf Kurs
Der mit der neuen Strategie der beruflichen und sozialen Integration verbundene Paradigmenwechsel hat sich im Geschäftsbereich Arbeitsintegration gut etabliert, die Umsetzung verläuft positiv. Die Verteilung der Klientinnen und Klienten auf die Zielgruppen im Rahmen der 4-wöchigen Basisbeschäftigung zeigt, dass der Anteil von Klientinnen und Klienten in der Zielgruppe 4 (theoretische Arbeitsmarktnähe bei fehlender Handlungsbereitschaft) weiterhin sehr klein ist. In der Basisbeschäftigung ist der Anteil motivierter Klientinnen und Klienten insgesamt erfreulich hoch. Die Evaluation und die Weiterentwicklung der neuen Instrumente und Module wird in Arbeitsgruppen laufend verfolgt.

Bewährte Zusammenarbeit mit Publibike
Der Ausbau des Veloverleihsystems von Publibike wurde zum Jahreswechsel abgeschlossen. Ab 2020 werden im Gesamtnetz dauerhaft über 2000 Velos und E-Bikes betrieben. Die Verleihzahlen haben sich 2019 positiv entwickelt. Das Team Netzwartung Züri Velo ist für die Ausgleichslogistik zwischen den Verleihstationen sowie für die Wartung und Instandhaltung der Fahrzeugflotte zuständig. Umfangreichere Reparaturarbeiten werden von der Velowerkstatt der städtischen Arbeitsintegration übernommen. Die Zusammenarbeit zwischen SEB und Publibike bewährt sich.

4.6.3 Spezifische Kennzahlen

Wohnen und Obdach

Plätze	Messgrösse	2015	2016	2017	2018	2019
Notschlafstelle	Bett	52	52	52	52	52
Nachtpension	Bett	17	17	17	17	17
Ambulante Wohnintegration	Einzelzimmer	360	363	353	341	325
Beaufsichtigte Wohnintegration[1]	Einzelzimmer	–	–	–	–	42
Stationäre Wohnintegration	Einzelzimmer	47	48	49	55	56
Notunterkunft für Familien	Zimmer	56	59	52	51	51
Übergangswohnen für junge Erwachsene	Einzelzimmer	29	31	31	31	31
Übergangswohnen für Familien	Wohnung	144	152	171	167	150
Übergangswohnen für Einzelpersonen und Paare[2]	Wohnung	–	–	–	–	30
Personen						
Notschlafstelle	Person	533	545	572	560	492
Nachtpension	Person	41	44	42	35	35
Ambulante Wohnintegration	Person	411	391	364	344	333
Beaufsichtigte Wohnintegration[1]	Person	–	–	–	–	36
Stationäre Wohnintegration	Person	58	62	65	70	74
Notunterkunft für Familien	Person	261	329	336	299	296
Übergangswohnen für junge Erwachsene	Person	70	61	73	74	68
Übergangswohnen für Familien	Person	678	669	771	713	645
Übergangswohnen für Einzelpersonen und Paare[2]	Person	–	–	–	–	31

[1] Neues Angebot seit 1. Juli 2019.
[2] Neues Angebot seit 1. August 2019.

Schutz und Prävention

Öffnungsstunden	Messgrösse	2015	2016	2017	2018	2019
Treffpunkte	Stunden	5285	5263	5244	5206	5248
Saferparty Streetwork[1]	Stunden	938	1025	1162	1178	1168
Flora Dora: Strichplatz	Stunden	3650	3404	3228	3232	3250
Kontakt- und Anlaufstellen	Stunden	10763	10446	9809	9316	8428
Konsumationen						
Kontakt- und Anlaufstellen	Injektionen	58407	47030	57357	58676	57330
	Inhalationen	167955	168831	176120	171838	174716
Präsenz im öffentlichen Raum						
sip züri	Patrouillen-stunden	9464	11220	10568	9843	9748
Jugendberatung Streetwork[2]	Mitarbeiter-stunden	1903	2383	2532	2928	2763
Frauenberatung Flora Dora[3]	Mitarbeiter-stunden	5459	4509	4387	4786	5006
Ein Bus[4]	Mitarbeiter-stunden	–	–	–	–	4370
Drug-Checking						
Saferparty Streetwork	Analysen	1575	2053	2033	2165	2280

[1] Treffpunkt Streetwork und Drug-Checking-Angebote.
[2] Aufsuchende Sozialarbeit inklusive Beratungsstunden Drug-Checking und mobiles Drug-Checking.
[3] Aufsuchende Sozialarbeit inklusive Beratungsstunden Strichplatz.
[4] Das Pilotprojekt Ein Bus wurde 2019 definitiv eingeführt.

Kinderbetreuung

Gewichtete Belegung	Messgrösse	2015	2016	2017	2018	2019
In Kitas	Betreuungs-tage	70364	76957	86836	93738	93978
Krisenintervention	Betreuungs-tage	5925	7305	6240	5813	6941
Im Begleiteten Besuchstreff[1]	Besuche und Übergaben	–	–	–	576	549
Betreute Kinder						
In Kitas	Kinder[2]	436	471	557	576	574
davon mit besonderem Betreuungsbedarf	Kinder[2]	27	23	45	36	22
Betreute Familien						
Im Begleiteten Besuchstreff[1]	Familien	–	–	–	58	50
Ausbildungsverhältnisse						
Fachperson Betreuung	Ausbildungs-verhältnisse[2]	50	52	58	58	61
Höhere Fachschule	Ausbildungs-verhältnisse[2]	10	10	13	11	9
Wissenstransfer						
Vermittlung Fach- und Praxiswissen	Konsul-tationen	74	71	74	37	59
Zeitaufwand[3]	Stunden	–	–	–	293	275

[1] Angebot seit 1. Januar 2018 bei den SEB.
[2] Am Stichtag 31. Dezember.
[3] Wird erst seit 1. Juli 2018 erhoben.

Arbeitsintegration

Belegung	Messgrösse	2015	2016	2017	2018	2019
Abklärung [1]	Arbeitsplatz [2]	128	128	142	135	127
Qualifizierung	Arbeitsplatz [2]	16	22	21	25	16
Teillohn	Arbeitsplatz [2]	499	458	461	455	429
Gemeinnützige Arbeit	Arbeitsplatz [2]	209	204	225	221	199
Angebote für Jugendliche [3]	Arbeitsplatz [2]	63	67	64	96	175
Angebote für Menschen mit Handicap [4]	Arbeitsplatz [2]	76	73	70	71	69
Stellenvermittlung	Dossier [5]	196	202	220	218	222
Integration bei Teilnehmenden mit Sozialhilfe						
Stellenantritte 1. Arbeitsmarkt	Stellenantritt	186	228	251	256	254
Austritte	Austritt	653	727	702	665	686
Integrationsquote Total	Prozent	28 %	31 %	36 %	38 %	37 %
Integrationsquote Qualifizierung	Prozent	31 %	37 %	31 %	52 %	32 %
Integrationsquote Vermittlung	Prozent	39 %	42 %	52 %	52 %	55 %
Integrationsquote Teillohn	Prozent	23 %	25 %	32 %	33 %	26 %
Integrationsquote Gemeinnützige Arbeit	Prozent	28 %	27 %	22 %	30 %	29 %
Integration bei Jugendlichen						
Integrationsquote Berufsvorbereitung	Prozent	38 %	56 %	62 %	47 %	65 %
Jobkartenarbeit						
Jobkarte	Stunden	129 234	148 259	162 102	158 535	149 802

[1] Basisbeschäftigung und Werkatelier.
[2] Durchschnittliche Anzahl belegte Arbeitsplätze.
[3] Angebote Berufsvorbereitung, Praktikum 16/25 und Back to School.
[4] Angebote Dauerarbeitsplätze und Berufliche Massnahme IV.
[5] Durchschnittliche Anzahl bearbeitete KlientInnen-Dossiers.

4.7 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

4.7.1 Aufgaben

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich (KESB) ist eine der grössten Fachbehörden der Schweiz im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz. Sie ist eine unabhängige Behörde mit hoheitlichen Befugnissen.

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sind von Bundesrechts wegen interdisziplinär zusammengesetzt. Bei der KESB der Stadt Zürich sind Behördenmitglieder der Fachrichtungen Recht, Soziale Arbeit, Psychologie und Gesundheit vertreten.

Die KESB ordnet Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen an und prüft Rechtsgeschäfte, die für die Betroffenen von grosser Tragweite sind. Sie übt selber keine Betreuungsfunktionen aus, sondern überträgt diese an Beiständinnen und Beistände und überwacht deren Mandatsführung. Dabei verfolgt die KESB stets das Ziel, Selbstständigkeit und Integration der betroffenen Personen zu fördern.

Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen werden erst dann angeordnet, wenn die erforderliche Hilfe nicht anderweitig erbracht werden kann (Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft, Sozialdienste usw.). So kann die KESB jedes Jahr in rund 900 gemeldeten Fällen von Massnahmen absehen, weil die notwendige Hilfe anderweitig sichergestellt werden kann.

Im Bereich des Kindesrechts ist die KESB für das Aussprechen von Adoptionen zuständig.

Die KESB entscheidet auch über die elterliche Sorge und (bei Einigkeit) über die Unterhaltsregelung für Kinder unverheirateter Eltern. Des Weiteren entscheidet die KESB über das Besuchsrecht unverheirateter Eltern und über die Neuregelung des persönlichen Verkehrs geschiedener Eltern.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist sie zur Einweisung von minderjährigen oder erwachsenen Personen in stationäre Einrichtungen zuständig.

4.7.2 Verfahren

Jede Person kann sich an die KESB wenden, wenn Minderjährige oder Erwachsene gefährdet sind und behördliche Hilfe und Unterstützung brauchen.

Jede Meldung an die KESB löst ein Verfahren aus. Dabei trifft die KESB von Amts wegen alle Abklärungen, die zur Feststellung des Sachverhalts und zur Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen erforderlich sind. Nur aufgrund sorgfältiger Untersuchung der Verhältnisse und unter Abwägung aller für den Entscheid wesentlichen Umstände kann eine dem Grad der Schutzbedürftigkeit der Betroffenen optimal angepasste Hilfeleistung angeordnet werden. Daher sind auch die Betroffenen zur Mitwirkung verpflichtet.

Die betroffenen Personen haben Anspruch auf rechtliches Gehör. Sie werden über die Rechtslage aufgeklärt und über die vorgesehenen Massnahmen und deren Wirkungen umfassend orientiert. Es wird ihnen Gelegenheit gegeben, sich zu allen für den Entscheid wesentlichen Punkten zu äussern, Sachverhalte zu bestreiten oder richtigzustellen und ihren Standpunkt darzulegen. Gegen die Entscheide der KESB kann ein Rechtsmittel erhoben werden.

Im vorliegenden Geschäftsbericht werden diejenigen Verfahren ausgewiesen, die auch bei den anderen KESB im Kanton Zürich erhoben werden. Dabei ist zu beachten, dass für eine Person auch mehrere Verfahren eröffnet und geführt werden können.

Verfahren für Minderjährige	2015	2016	2017	2018	2019
Pendente Verfahren per 1.1.	1217	1175	1237	1058	1081
Neu eröffnete Verfahren 1.1.–31.12.	5143	4762	4825	4841	5332
Abgeschlossene Verfahren 1.1.–31.12.	5185	4700	5004	4818	5150
Pendente Verfahren per 31.12.	1175	1237	1058	1081	1263

Verfahren für Erwachsene	2015	2016	2017	2018	2019
Pendente Verfahren per 1.1.	2146	1552	1218	1219	1217
Neu eröffnete Verfahren 1.1.–31.12.	8619	7939	7593	8071	8190
Abgeschlossene Verfahren 1.1.–31.12.	9213	8273	7592	8073	8174
Pendente Verfahren per 31.12.	1552	1218	1219	1217	1233

4.7.3 Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen

Minderjährige Personen
Wie jedes staatliche Handeln müssen sich die Anordnungen der KESB auf eine gesetzliche Grundlage stützen (im Bereich des Kindesschutzes v. a. auf Art. 307–327 ZGB).

Die weitaus häufigste Kindesschutzmassnahme ist die sogenannte Erziehungsbeistandschaft: Gestützt auf Art. 308 ZGB kann einem Kind ein Beistand gegeben werden, wenn sein Wohl gefährdet ist und die Eltern nicht von sich aus für Abhilfe sorgen können.

Wenn die Eltern gestorben sind oder wenn – was äusserst selten vorkommt – die KESB den Eltern zum Schutz des Kindes die elterliche Sorge entziehen muss, ist eine Vormundschaft anzuordnen.

Minderjährige Personen mit Beistandschaften	2015	2016	2017	2018	2019
Bestand per 1.1.	2215	2254	2201	2227	2201
Anordnungen 1.1.–31.12.	417	336	413	359	374
Aufhebungen 1.1.–31.12.	378	389	387	385	356
Bestand per 31.12.	2254	2201	2227	2201	2219

Minderjährige Personen unter Vormundschaft	2015	2016	2017	2018	2019
Bestand per 1.1.	76	69	59	59	57
Anordnungen 1.1.–31.12.	11	15	9	14	8
Aufhebungen 1.1.–31.12.	18	25	9	16	18
Bestand per 31.12.	69	59	59	57	47

Volljährige Personen
Das Recht kennt für volljährige Personen vier Arten von Beistandschaften:

- Begleitbeistandschaft (Art. 393 ZGB) für Personen, die für die Erledigung bestimmter Angelegenheiten begleitende Unterstützung brauchen
- Vertretungsbeistandschaft mit oder ohne Vermögensverwaltung (Art. 394 in Verbindung mit Art. 395 ZGB oder Art. 394 ZGB) für Menschen, die bestimmte Angelegenheiten nicht erledigen können und deshalb vertreten werden müssen
- Mitwirkungsbeistandschaft (Art. 396 ZGB), falls bestimmte Handlungen der betroffenen Person zu deren Schutz der Zustimmung einer Beiständin oder eines Beistandes unterstellt werden müssen
- Umfassende Beistandschaft (Art. 398 ZGB), wenn jemand besonders hilfsbedürftig ist

Gestützt auf dieses Instrumentarium ist im Einzelfall eine Beistandschaft nach Mass zu gestalten. Dabei ist das Augenmerk nicht einzig auf die auszugleichenden Defizite, sondern ebenso sehr auf die Ressourcen, über die die betroffene Person verfügt, zu richten. Nur so wird dem zentralen Grundsatz, die Selbstbestimmung so weit wie möglich zu erhalten und zu fördern, hinreichend Rechnung getragen und der Wille der betroffenen Person, das Leben entsprechend ihren Fähigkeiten nach eigenen Wünschen und Vorstellungen zu gestalten, geachtet.

Die behördliche Massnahme ist somit entsprechend den Bedürfnissen im Einzelfall und unter Berücksichtigung der Verhältnismässigkeit masszuschneidern.

Volljährige Personen mit Beistandschaften	2015	2016	2017	2018	2019
Bestand per 1.1.	4411	4575	4574	4582	4578
Anordnungen 1.1.–31.12.	522	502	485	500	470
Aufhebungen 1.1.–31.12.	358	503	477	504	510
Bestand per 31.12.	4575	4574	4582	4578	4538

Volljährige Personen mit umfassender Beistandschaft (Art. 398 ZGB)[1]	2015	2016	2017	2018	2019
Bestand per 1.1.	459	277	244	236	217
Anordnungen 1.1.–31.12.	2	2	1	1	0
Aufhebungen 1.1.–31.12.	184	35	9	20	11
Bestand per 31.12.	277	244	236	217	206

[1] Der frühere hohe Bestand an umfassenden Beistandschaften erklärt sich damit, dass die bisherigen Vormundschaften von Gesetzes wegen per 1. Januar 2013 in umfassende Beistandschaften umgewandelt worden sind. Die KESB hat bei diesen umfassenden Beistandschaften so bald wie möglich die erforderlichen Anpassungen an das neue Recht vorgenommen und dabei entsprechend dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit insbesondere abgeklärt, ob der erforderliche Schutz der betroffenen Person auch im Rahmen anderer Massnahmen des neuen Rechts gewährt werden kann. Dies führte dazu, dass immer weniger umfassende Beistandschaften geführt werden, da der erforderliche Schutz zumeist auch im Rahmen einer Vertretungsbeistandschaft gewährt werden kann.

4.7.4 Betreuungstätigkeit von beruflichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Privatpersonen

Die KESB hat bei der Anordnung einer Kindes- oder Erwachsenenschutzmassnahme eine geeignete Person als Mandatsträgerin oder Mandatsträger zu ernennen. Die Betroffenen und deren Eltern haben das Recht, eine Person, zu der sie Vertrauen haben (Familienangehörige, Bekannte usw.), als Mandatsträgerin oder Mandatsträger vorzuschlagen. Dabei ist die konkrete Eignung der vorgeschlagenen Person sorgfältig zu prüfen.

Als Mandatsträgerinnen und Mandatsträger kommen private Personen oder Mitarbeitende der Sozialen Dienste (Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände) in Betracht. Alle haben bei der Erfüllung ihrer Aufgabe die gleiche Rechtsstellung.

Die Führung eines behördlichen Mandats ist aufwendig und anspruchsvoll. Die privaten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden daher durch eine Fachstelle der Sozialen Dienste instruiert und begleitet und bei Bedarf auch durch die KESB beraten.

Mandatsträgerinnen und Mandatsträger	2015	2016	2017	2018	2019
Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände	222	215	235	226	225
Private Beistandspersonen	1 010	1 014	1 001	980	965

Anzahl betreute Personen	2015	2016	2017	2018	2019
Durch Berufsbeistände betreute Personen	5 849	5 733	5 774	5 753	5 725
Durch Privatbeistände betreute Personen	1 326	1 345	1 330	1 300	1 285

4.7.5 Unterbringung Minderjähriger

Wenn eine Beistandschaft oder andere Hilfestellungen zum Schutz eines Kindes nicht ausreichen, hat die KESB das Kind in angemessener Weise unterzubringen (Pflegefamilie, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, psychiatrische Kliniken).

Solche Entscheidungen greifen stark in die Privatsphäre und die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen ein und sind für alle Beteiligten oft sehr belastend. Aus diesem Grund ernennt die KESB für die betroffenen Kinder und Jugendlichen bei Bedarf eine Kinderanwältin oder einen Kinderanwalt, die sie in diesen Verfahren vertreten.

Unterbringung Minderjähriger	2015	2016	2017	2018	2019
Bestand per 1.1.	353	330	299	282	280
Anordnungen 1.1.–31.12.	73	54	67	72	61
Aufhebungen 1.1.–31.12.	96	85	84	74	60
Bestand per 31.12.	330	299	282	280	281

4.7.6 Fürsorgerische Unterbringung Erwachsener

Eine Person, die an einer psychischen Störung oder an geistiger Behinderung leidet oder schwer verwahrlost ist, darf in einer geeigneten Einrichtung untergebracht werden, wenn die nötige Behandlung oder Betreuung nicht anders erfolgen kann (Art. 426 ZGB).

Für die fürsorgerische Unterbringung in eine psychiatrische Klinik oder eine andere geeignete Einrichtung ist im Kanton Zürich in der Regel eine Ärztin oder ein Arzt zuständig. Die ärztliche Einweisung ist allerdings beschränkt auf sechs Wochen. Für längere Unterbringungen ist ein Einweisungsentscheid der KESB erforderlich (Art. 429 ZGB).

Die KESB hat von Amts wegen jede fürsorgerische Unterbringung nach sechs Monaten und anschliessend nach weiteren sechs Monaten zu überprüfen; in der Folge sind jährliche Überprüfungen notwendig (Art. 431 ZGB). Ausgewiesen werden nur diejenigen Fälle, bei denen die periodische Überprüfung ergeben hat, dass die fürsorgerische Unterbringung weiterhin erforderlich ist.

Fürsorgerische Unterbringung (FU)	2015	2016	2017	2018	2019
FU durch KESB (Art. 426 ZGB)	2	3	0	1	3
Verlängerung ärztliche FU (Art. 429 ZGB)	81	88	77	87	58
Periodische Überprüfungen (Art. 431 ZGB)	27	56	61	55	63

4.7.7 Fokusthema: Einsetzung privater Beiständinnen und Beistände

Die KESB führte am 27. Mai 2019 ein Mediengespräch zum Thema «Einsetzung privater Beiständinnen und Beistände – Möglichkeiten und Grenzen» durch. Sie nahm damit Bezug auf neuere gesellschaftliche und politische Entwicklungen und erläuterte ihre Praxis anhand von Fallbeispielen. Das Mediengespräch fand ein breites Echo mit Berichten in Printmedien, Radios und Lokalfernsehen.

Die von der KESB angeordneten Beistandschaften werden von Berufsbeiständen oder Privatpersonen geführt. Dies können Angehörige oder auch Freiwillige sein. Der KESB ist es ein wichtiges Anliegen, wenn möglich private Beiständinnen und Beistände einzusetzen. Dies hat aber auch Grenzen: Verwandte sind oft, aber nicht immer, eine gute Lösung für die verbeiständete Person. Innerfamiliäre Konflikte, Interessenkollisionen und komplexe Betreuungssituationen können die Einsetzung einer Berufsbeiständin oder eines Berufsbeistands notwendig machen.

Als Beiständinnen oder Beistände kommen persönlich und fachlich geeignete Personen infrage, die für diese Aufgabe genügend Zeit aufwenden können. Das können Privatpersonen aus dem persönlichen Umfeld sein (Angehörige, das heisst vor allem Eltern, Kinder, Geschwister oder Bekannte), freiwillige andere Privatpersonen oder Berufsbeiständinnen und -beistände.

Die KESB prüft immer im konkreten Einzelfall, ob eine Privatperson eingesetzt werden kann. Die betroffene Person hat dabei ein Vorschlagsrecht. Wünsche von Angehörigen werden, wenn immer möglich, berücksichtigt. Für die Einsetzung von Privatpersonen sprechen vor allem eine bereits bestehende Vertrauensbeziehung, Kenntnis der Verhältnisse und die zeitliche Verfügbarkeit. Es kann aber auch Gründe für die Einsetzung von professionellen Beiständinnen und Beiständen geben: Dann, wenn die schutzbedürftige Person eine Unterstützung durch Angehörige ablehnt, ein Interessenkonflikt (etwa ein massiver Streit innerhalb der Familie) besteht oder ein Angehöriger aus persönlichen oder fachlichen Gründen nicht geeignet ist. So sind zum Beispiel schwere psychische Erkrankungen, Gewaltbereitschaft oder Suchterkrankungen in der Regel allzu komplexe Situationen für Private. In diesen Fällen braucht es Fachpersonen als Beiständinnen und Beistände. Bei Beistandschaften für Kinder und Jugendliche werden fast immer Fachleute eingesetzt.

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Motionen und Postulate[1]
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2014/82	17.04.2013 19.03.2014	Isabel Garcia und Matthias Wiesmann (beide GLP) Einführung einer Jugendinitiative als Instrument für die Mitwirkung von Jugendlichen am politischen Prozess

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Anpassung der Gemeindeordnung bzw. der nachgelagerten gesetzlichen Grundlagen zu unterbreiten, mit der die Jugend-Initiative als Instrument für die Mitwirkung von Jugendlichen am politischen Prozess eingeführt wird. Die Jugend-Initiative soll für alle in der Stadt Zürich wohnhaften Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren sowie unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit offen stehen. Zur Einreichung einer Jugend-Initiative sind mindestens 200 Unterschriften notwendig. Das Verfahren lehnt sich an jenes der Behandlung von Einzelinitiativen an.

Mit der Totalrevision der Gemeindeordnung (GR 2019/355) soll das Instrument des Jugendvorstosses in der Gemeindeordnung verankert werden. Die Forderungen des Postulats werden im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Gemeindeordnung bearbeitet.

Postulat 2014/186	11.06.2014 27.08.2014	Alan David Sangines (SP) und Matthias Probst (Grüne) Erhöhung der Anzahl von Kontingentflüchtlingen aus Syrien sowie Lockerung der Einreisebestimmungen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich über geeignete Gremien (beispielsweise Städteverband, direkte Gespräche etc.) beim Bund dafür einsetzen kann, dass dieser die Anzahl von Kontingentflüchtlingen aus Syrien markant erhöht und die Einreisebestimmungen für Menschen aus Syrien lockert.

Die Stadt Zürich engagiert sich im Bereich «Resettlement» weiterhin via Städteverband in den entsprechenden Gremien des Bundes. So wurde dieses Anliegen in der Begleitgruppe für die Umsetzung des vom Bundesrat Ende 2018 beschlossenen Resettlementkonzepts thematisiert, in der auch der Städteverband vertreten ist. Zudem haben Anfang September 2019 der Städteverband, die Städteinitative Sozialpolitik sowie die Städte Bern und Zürich ihre Bereitschaft für eine zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen in einem Brief an das Staatssekretariat für Migration nochmals bekräftigt.

Postulat 2016/92	24.06.2015 23.03.2016	Ursula Uttinger und Severin Pflüger (beide FDP) Vermietung eines Anteils der Wohnungen an Sozialhilfe-Empfangende, Flüchtlinge oder vorläufig Aufgenommene bei der Vergabe eines Baurechts oder bei Gewährung von Abschreibungsbeiträgen

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, die bei der Vergabe von Baurecht die Baurechtsempfänger und bei Abschreibungsbeiträgen die Beitragsempfänger verpflichtet, 5% der erstellten Wohnungen an Sozialhilfe-Empfangende, anerkannte Flüchtlinge oder vorläufig Aufgenommene zu vermieten.

Die Liegenschaften Stadt Zürich haben mit 20 Baugenossenschaften Baurechtsverträge abgeschlossen, die eine «1-Prozent-Klausel» enthalten. Diese Klausel legt fest, dass ein Prozent der Genossenschaftswohnungen auf Stadtgebiet dem Sozialdepartement oder anderen Organisationen mit sozialen Zwecksetzungen vermietet werden müssen. In Absprache mit dem Finanzdepartement wird die Erfüllung der 1-Prozent-Klausel durch das Sozialdepartement jährlich überprüft und die dabei konstruktive Zusammenarbeit der Genossenschaften mit dem Sozialdepartement bei der Unterbringung von Klientinnen und Klienten der Asyl-Organsiation Zürich (AOZ) und der Sozialen Dienste (SOD) weiter etabliert. Diese Erfahrungen sollen weiter vertieft werden, bevor über die Abschreibung des Postulats entschieden wird.

[1] Abschreibungsanträge zu Postulaten wurden mit separater Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2015/356	11.11.2015 20.01.2016	Hans Urs von Matt und Marcel Savarioud (beide SP) Ausserfamiliäre Betreuungseinrichtungen, Erhöhung des Anteils an männlichem Personal

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mit geeigneten Massnahmen und durch die Zusammenarbeit mit Fachinitiativen der Anteil von männlichem Personal in den städtischen ausserfamiliären Betreuungseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindertagesstätten, Horte, Tagesschulen etc.) erhöht werden kann. Als Zielvorgabe soll vorgesehen werden, dass zumindest Männer und Frauen mit je mindestens 35 Prozent vertreten sein müssen.

Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung der Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) hatte sich im Jahr 2013 das Ziel gesetzt, den Männeranteil beim pädagogischen Personal in den stadteigenen Kitas von 5 % (ausgebildetes Personal) bzw. 15 % (Auszubildende) auf 20 % zu erhöhen. Mittels verschiedener Massnahmen im Bereich der Rekrutierung, der Sensibilisierung des Kaders bezüglich geschlechtersensibler Führung und der Zusammenarbeit der Teams, ist es in den Jahren bis 2019 gelungen, den Männeranteil beim ausgebildeten Personal auf 9 % und bei den Auszubildenden auf 23 % zu erhöhen (Stand Sommer 2019). In 9 der 12 Betriebe arbeiten heute Männer in der Betreuung. Im Betreuungszentrum, in dem auch Hortkinder betreut werden, beträgt der Männeranteil über 40 %. Die Erfahrung hat gezeigt, dass bei der Wahl des Berufs und der Lehrstelle junge Männer es einerseits bevorzugen, mit grösseren Kindern zu arbeiten und sich andererseits für Betriebe entscheiden, in denen es bereits andere Männer gibt. Diesem Umstand wird Rechnung getragen, indem das Schnuppern von männlichen Lehrstellensuchenden durch Männer aus dem Betrieb begleitet wird. Die Rekrutierung von ausgebildetem männlichem pädagogischen Personal ist nach wie vor sehr schwierig. Eine Auswertung für das Jahr 2019 hat gezeigt, dass nur gerade 10 % der A-Dossiers, die auf Ausschreibungen eingehen, von Männern stammen. Nach der ersten Bewerbungsrunde bleiben in der Regel höchstens die Hälfte aller Bewerbenden interessiert, so dass die Auswahl bei den Männern sehr gering ist.

Die Zielvorgabe ist wohl auch in den nächsten Jahren im Kita-Bereich kaum zu erreichen, sollte aber weiterhin angestrebt werden, weshalb das Postulat noch nicht abgeschrieben wird. Die Bemühungen, den Anteil der Männer beim pädagogischen Personal im Geschäftsbereich «Kinderbetreuung» zu erhöhen, werden selbstverständlich weitergeführt. Insbesondere ist geplant, zusammen mit der Fachstelle für Gleichstellung weitere Möglichkeiten zu prüfen, wie Männer in der Berufswahl und durch Stelleninserate besser angesprochen werden können und wie der Verbleib der im Geschäftsbereich ausgebildeten Männer unterstützt werden kann.

Postulat 2015/389	02.12.2015 27.01.2016	Walter Angst (AL) Klientinnen und Klienten der Sozialen Dienste und der AOZ, Erleichterung des Zugangs zu städtischem, genossenschaftlichem und privatem Wohnraum

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können, um Klientinnen und Klienten der Sozialen Dienste und der AOZ den Zugang zu städtischem, genossenschaftlichem und privatem Wohnraum zu erleichtern. Geprüft werden soll dabei auch, ob für die Sicherung stabiler Wohnverhältnisse auch Mittel für die Wohnberatung bereitgestellt werden müssten. Dies soll kostenneutral erfolgen.

Im Rahmen der Strategie Wohnintegration des Sozialdepartements werden vier Handlungsfelder bearbeitet:

– Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für sozial benachteiligte Personen verbessern
– Bereitstellung von Wohnraum für besondere Gruppen und Bedürfnisse
– Beratung und Unterstützung von Klientinnen und Klienten des Sozialdepartements und weiteren Bevölkerungsgruppen
– Gezielte Interventionen an Brennpunkten

Per Mitte 2019 wurde der überarbeitete Leistungskatalog für Sozialarbeitende im Bereich Wohnen und Unterkunft der Klientinnen und Klienten angepasst und in den Sozialzentren eingeführt. Die Unterstützungsangebote der Sozialarbeitenden wurden klar definiert, ebenso die Bereiche, in denen an externe Organisationen triagiert wird. Ebenfalls per Mitte 2019 wurde im Sozialzentrum Helvetiaplatz der neue, täglich geöffnete zentrale Schreibdienst für die Bevölkerung der Stadt eingerichtet: Freiwillige Personen unterstützten die Kundinnen und Kunden beim Erstellen von einfachen Schreiben, beim Ausfüllen von Formularen und beim Verstehen von amtlichen und anderen Dokumenten. Daneben übernehmen im Schreibdienst Mitarbeitende der Sozialen Dienste punktuelle Kurzberatungen oder triagieren an weitere Angebote. Die Unterstützung bei Fragen zum Wohnen, die Wohnraumsicherung und die Unterstützung bei der Wohnungssuche sind ein Schwerpunktthema des Schreibdienstes.

Im Bereich Zugang für sozial benachteilige Personen zu bezahlbarem Wohnraum wird das Sozialdepartement, in Zusammenarbeit mit stadtinternen und -externen Organisationen, im Jahr 2020 weitere mögliche Massnahmen erarbeiten.

Die Erfahrungen im Bereich der Unterstützung von Klientinnen und Klienten durch die Sozialarbeitenden und der Beratung im Schreibdienst sollen weiter vertieft werden und mögliche Massnahmen betreffend Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erarbeitet werden, bevor über die Abschreibung des Postulats entschieden wird.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2016/139	20.04.2016 07.09.2016	Karin Rykart Sutter und Muammer Kurtulmus (beide Grüne) Menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden im Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im geplanten Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal im Kreis 5 eine menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden ermöglichst wird. Insbesondere sollen folgende Massnahmen geprüft werden:

- *Kinder im Primarschulalter sollen in Aufnahmeklassen in öffentlichen Schulhäusern zur Schule gehen.*
- *Den Menschen im Bundeszentrum soll während des Aufenthalts eine sinnvolle Tagesstruktur ermöglicht werden. Dafür sollen genügend Beschäftigungs- und Bildungsangebote zur Verfügung stehen.*
- *Genügend und gut ausgebildetes Personal soll dafür sorgen, dass die anspruchsvollen Aufgaben im Bundeszentrum in hoher Qualität ausgeführt werden.*

Die ersten Wochen nach Betriebsaufnahme im Bundesasylzentrum (BAZ) haben gezeigt, dass in Bezug auf die Betreuung der Asylsuchenden im BAZ noch unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Staatssekretariat für Migration (SEM) und der Stadt Zürich bestehen. Der Vorsteher des Sozialdepartements ist daher im Gespräch mit dem SEM. Im Weiteren hat der Gemeinderat für 2020 zusätzliche Mittel für den Betrieb des Begegnungsraums im BAZ gesprochen. Das Sozialdepartement wird daher in den kommenden Monaten den vorhandenen inhaltlichen wie auch finanziellen Spielraum nutzen, um den Betrieb im BAZ so zu gestalten, dass er vermehrt den Vorstellungen der Stadt entspricht (siehe auch Postulate GR Nr. 2017/78 und GR Nr. 2017/81).

Postulat 2016/320	21.09.2016 09.11.2016	Markus Baumann und Maleica Landolt (beide GLP) Stärkere finanzielle Beteiligung der Zürcher Sportclubs GCZ und FCZ an der Fanarbeit sowie Umsetzung einheitlicher Präventionsmassnahmen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er in Zusammenarbeit mit dem Verein Fanarbeit auf die FC Zürich AG und die Grasshopper Club Zürich AG einwirken kann, sich finanziell stärker an der Fanarbeit zu beteiligen und einheitliche Präventivmassnahmen umzusetzen.

Im Rahmen des Projekts «Doppelpass» sowie hinsichtlich der Erneuerung des Kontrakts mit dem Verein «Fanarbeit» wurden bzw. werden auch die Ressourcen im Bereich «Fanarbeit» sowie das Engagement der Clubs in diesem Bereich überprüft. Eine entsprechende Berichterstattung dazu erfolgt im Rahmen der Beitragsweisung für den Verein «Fanarbeit» für die Jahre 2021–2024.

Postulat 2016/380	02.11.2016 15.03.2017	Ezgi Akyol (AL) und Linda Bär (SP) Unbegleitete Minderjährige aus dem Asylbereich (MNA), Unterbringung in MNA-Strukturen mit angemessenem Betreuungsschlüssel

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass unbegleitete Minderjährige aus dem Asylbereich (MNA) nicht im geplanten Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal untergebracht werden, sondern in MNA-Strukturen mit angemessenem Betreuungsschlüssel.

Wie in der Weisung vom 5. Dezember 2018 (GR Nr. 2018/473) ausgeführt, soll erst abgewartet werden, welche der vorgeschlagenen Massnahmen das Staatssekretariat für Migration aus dem Evaluationsbericht zum MNA-Pilotprojekt definitiv umsetzt und welche Erkenntnisse der Bericht nach zwei Jahren Betrieb des BAZ liefert. In der Zwischenzeit wird geklärt, wie der vom Gemeinderat im Rahmen des Budgetbeschlusses 2020 gesprochene zusätzliche Betrag für den Betrieb des Begegnungsraums im BAZ spezifisch auch für Aktivitäten zugunsten der MNA genutzt werden kann.

Postulat 2017/405	23.11.2016 22.11.2017	SP-Fraktion Durchführung eines Pilotversuchs mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen

Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Pilotversuch mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen durchzuführen. Im Rahmen dieses Versuchs sollen auch innovative Sicherungssysteme erprobt werden, die den Gang in die Sozialhilfe für bestimmte Gruppen unnötig machen (beispielsweise durch Ergänzungsleistungen für Familien).

Das Sozialdepartement hat als Antwort auf die Motion 2016/404 den Bericht «Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit?» verfasst, der sich mit den Herausforderungen des Arbeitsmarkts im Kontext der Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens, aber auch der bestehenden sozialen Sicherungssysteme, befasst. In diesem Rahmen prüft das SD derzeit verschiedene Massnahmen.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2016/430	07.12.2016 14.12.2016	SP-, FDP- und GLP-Fraktionen Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt und Organisationen aus den Quartieren, Vermeidung von Doppelspurigkeiten und Konkurrenzsituationen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass im Rahmen der angekündigten Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt und Organisationen aus den Quartieren (namentlich den Quartiervereinen) auch die Schnittstelle dieser Organisationen mit den Tätigkeiten der Quartierkoordination einer Prüfung unterzogen wird. Hierbei sind auch das Profil und die Zuständigkeiten der Quartierkoordination zu klären. Ziel soll es sein, Doppelspurigkeiten und Konkurrenzsituationen gegenüber den Organisationen aus den Quartieren zu vermeiden, wobei die Eigeninitiative in den Quartieren im Zentrum stehen soll.

Die Sozialen Dienste (SOD) haben mit der inhaltlichen Neupositionierung des Büros für Sozialraum und Stadtleben BSS (ehemals Quartierkoordination) im ersten Halbjahr 2018 das Profil des BSS geschärft und Zuständigkeiten geklärt. Mögliche Doppelspurigkeiten oder Konkurrenzsituationen mit Quartiervereinen sind nicht mehr gegeben.

Die SOD wie auch das BSS sind im Ende 2018 angelaufenen Prozess zur Überprüfung der Schnittstelle zwischen Stadt und Quartier prominent involviert und stellen somit sicher, dass die erreichte Klarheit bei der Abgrenzung zu den Quartiervereinen beiderseitig bestehen bleibt.

Der politische Teil des Schnittstellenprozesses wird voraussichtlich bis Mitte 2020 so weit vorangeschritten sein, dass entsprechende Anträge an Stadt- und Gemeinderat gestellt werden können.

Postulat 2017/78	29.03.2017 12.04.2017	Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Michael Kraft (SP) Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal, Ausarbeitung eines Betriebskonzepts und einer Hausordnung nach liberalen und offenen Kriterien sowie mit einer lokalen Gestaltungsfreiheit

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Rahmen der Verhandlungen zum Bundesasylzentrum Duttweiler-Areal mit dem SEM daraufhin wirken kann, dass bei der aktuellen Überarbeitung der «Verordnung des EJPD über den Betrieb von Unterkünften des Bundes im Asylbereich» sowohl das Betriebskonzept als auch die Hausordnung möglichst liberal, offen und mit lokaler Gestaltungsfreiheit ausgestattet werden können. Es gilt, einerseits dem urbanen Standort Rechnung zu tragen und andererseits den Wunsch zu berücksichtigen, dass im Quartier ein möglichst einfacher Austausch zwischen den Asylsuchenden und den Bewohnenden ermöglicht werden kann, welcher nicht mit restriktiven Öffnungszeiten bzw. Anwesenheitspflichten eingeschränkt wird.

Die ersten Wochen nach Betriebsaufnahme im BAZ haben gezeigt, dass in Bezug auf die Betreuung der Asylsuchenden im BAZ noch unterschiedliche Auffassungen zwischen dem SEM und der Stadt bestehen. Der Vorsteher des Sozialdepartements ist daher im Gespräch mit dem SEM. Im Weiteren hat der Gemeinderat für 2020 zusätzliche Mittel für den Betrieb des Begegnungsraums im BAZ gesprochen. Das Sozialdepartement wird daher in den kommenden Monaten den vorhandenen inhaltlichen wie auch finanziellen Spielraum nutzen, um den Betrieb im BAZ so zu gestalten, dass er den Vorstellungen der Stadt entspricht (siehe auch Postulate GR Nr. 2016/139 und GR Nr. 2017/81).

Postulat 2017/81	29.03.2017 12.04.2017	Ezgi Akyol und David Garcia Nuñez (beide AL) Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal, Realisierung von zusätzlichen Angeboten, die nicht durch das Staatssekretariat für Migration finanziert werden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal zusätzliche Angebote realisiert werden können, welche nicht vom Staatssekretariat für Migration (SEM) finanziert werden.

Die ersten Wochen nach Betriebsaufnahme im BAZ haben gezeigt, dass in Bezug auf die Betreuung der Asylsuchenden im BAZ noch unterschiedliche Auffassungen zwischen dem SEM und der Stadt bestehen. Der Vorsteher des Sozialdepartements ist daher im Gespräch mit dem SEM. Im Weiteren hat der Gemeinderat für 2020 zusätzliche Mittel für den Betrieb des Begegnungsraums im BAZ gesprochen. Das Sozialdepartement wird daher in den kommenden Monaten den vorhandenen inhaltlichen wie auch finanziellen Spielraum nutzen, um den Betrieb im BAZ so zu gestalten, dass er den Vorstellungen der Stadt entspricht (siehe auch Postulate GR Nr. 2016/139 und GR Nr. 2017/78).

Postulat 2017/144	17.05.2017 31.05.2017	Marcel Müller und Alexander Brunner (beide FDP) Vereinfachung und Flexibilisierung der Vorschriften im Bereich der Kindertagesstätten und -horte hinsichtlich der Ermöglichung von Kleinstrukturen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Vorschriften im Bereich der Kindertagesstätten und -horte im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung – und wie vom Bundesgesetz vorgesehen – vereinfacht und flexibilisiert werden können.

Eine vom Sozialdepartement in Auftrag gegebene Analyse der Rechtspraxis der Krippenaufsicht zeigte, dass mehr als 80 Prozent der Befragten mit der Arbeit der Krippenaufsicht der Stadt Zürich «sehr zufrieden» oder «eher zufrieden» sind. Die Prozesse werden als transparent und nachvollziehbar empfunden. Dem im Bericht skizzierten Potenzial bei der Flexibilisierung der Bewilligungspraxis wird voraussichtlich in weiten Teilen bereits durch die neue kantonale Verordnung Rechnung getragen werden.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2017/169	07.06.2017 22.11.2017	Alan David Sangines und Marco Denoth (beide SP) Unterbringung von LGBT-Geflüchteten (Lesbian, Gay, Bi, Transgender) in separaten Asylunterkünften

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er in der AOZ darauf hinwirken kann, dass LGBT-Geflüchtete in angezeigten Fällen in separaten Asylunterkünften untergebracht werden können.

Wenn LGBT-Flüchtlinge ihre sexuelle Orientierung gegenüber der AOZ offenlegen und deshalb eine andere Wohnsituation nötig ist, wird eine neue Wohnlösung gesucht. Bisher gelingt das der AOZ in den angezeigten Fällen. Die AOZ möchte aber aus verschiedenen Gründen davon absehen, dafür separate Asylunterkünfte bereitzustellen. Im Weiteren ist die AOZ im Gespräch mit entsprechenden NGO, um z. B. betroffene Flüchtlinge an die richtigen Stellen weiterverweisen oder Informationsmaterial in den Einrichtungen anbieten zu können.

Postulat 2017/380	01.11.2017 21.03.2018	Ezgi Akyol (AL) Schaffung von betreuten oder begleiteten Jugendwohngruppen für unbegleitete Minderjährige und junge Erwachsene aus dem Asylbereich

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt Zürich neue betreute oder begleitete Jugendwohngruppen für unbegleitete Minderjährige und junge Erwachsene aus dem Asylbereich schaffen kann.

In den letzten Jahren hat die AOZ mit dem Projekt «Begleitung junger Erwachsener» begleitete Wohngruppen für volljährig gewordene, unbegleitete Minderjährige aufgebaut und wird dieses Konzept weiterentwickeln. Mit dem Budgetbeschluss 2020 des Gemeinderats besteht ein konkreter Auftrag an die AOZ, ihr Engagement in diesem Bereich zu erweitern im Sinne des Postulats GR Nr. 2019/520.

Motion 2017/462	20.12.2017 07.11.2018	Katharina Prelicz-Huber und Markus Kunz (beide Grüne) Schaffung einer rechtlichen Grundlage zur Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zur Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation eine Weisung vorzulegen, die einerseits eine verbindliche rechtliche Grundlage schafft (mittels einem Eintrag in der Gemeindeordnung oder einer separaten Verordnung) und andererseits die Kredite schafft für die Planung und Umsetzung von (Quartier-) Projekten, in der Schule und in der Politik. Dabei ist darauf zu achten, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche (freiwillig) teilnehmen können, kinder- und jugendgerechte Formen gefunden, Kompetenzen wie bspw. ein Antragsrecht und ein eigenes Budget gesprochen werden können.

Die Motion wird mit der Totalrevision der Gemeindeordnung (GR 2019/355) zur Abschreibung beantragt.

Motion 2018/16	17.01.2018 07.11.2018	Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Markus Baumann (GLP) Anpassung der Beiträge für die Bildungsfinanzierung für Personen, die aufgrund ihrer finanziellen Situation auf Hilfe angewiesen sind, Teilrevision der städtischen Stipendienverordnung

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche die städtische Stipendienverordnung folgendermassen revidiert:

Art. 1, 2. Absatz:
Der Artikel ist dahingehend anzupassen, dass städtische Beiträge gezielt Personen zugute kommen sollen, die aufgrund ihrer finanziellen Situation auf Hilfe bei der Aus-, Nachhol- und Weiterbildungsfinanzierung sowie unter anderem im Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung im Arbeitsmarkt auf Fortbildung, die nicht durch den Arbeitgeber gefördert werden, angewiesen sind.

Art. 9 Beitragshöchstgrenzen
Der Artikel ist dahingehend anzupassen, dass die Beitragshöchstgrenzen erhöht und in Zusammenhang mit der Existenzsicherung gesetzt werden. Ziel muss sein, dass mit Hilfe der Stipendien oder Darlehen eine Aus-, Nachhol-, Fort- oder Weiterbildung absolviert werden kann, ohne die eigene Existenzsicherung oder die der Familie zu verlieren.

Postulat 2018/20	17.01.2018 07.11.2018	Marcel Müller (FDP) und Markus Hungerbühler (CVP) Sanktionen im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung gegen Asylsuchende, die andere Asylsuchende bedrängen oder mobben

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er gegen Asylsuchende, welche andere Asylsuchende wie bspw. LGBT-Geflüchtete oder wegen ihrer Religion verfolgte Menschen bedrängen resp. mobben im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten Sanktionen ergreifen und das Verständnis für unsere liberale Gesellschaft fördern kann.

Postulat 2018/80	28.02.2018 21.03.2018	Markus Baumann und Isabel Garcia (beide GLP) Einsatz von mindestens 10 Prozent der finanziellen Mittel für die unterstützten Trägerschaften von soziokulturellen Angeboten für die Digitalisierung der Infrastrukturen und Organisationen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bis zum Ende der laufenden Subventionsperiode (2019 bis 2024) für die 12 Trägerschaften von 35 Institutionen von soziokulturellen Angeboten in der Stadt Zürich finanzielle Mittel für die Digitalisierung von Infrastruktur und Organisation der Institutionen bereitgestellt werden können. Z. B. für Raumreservations-Anfragen, Cloud-Systeme, vernetzte digitale Agenda über die Sozialräume.

Die Digitalisierung in der Soziokultur muss mit dem Strategieschwerpunkt «Smarte Partizipation erproben» des Präsidialdepartements (Stadtentwicklung) koordiniert werden und wird in der nächsten Sammelweisung Soziokultur angegangen.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/239	20.06.2018 22.08.2018	Markus Baumann und Isabel Garcia (beide GLP) Wahrnehmen einer finanziellen Verantwortung von Unternehmen, die Abzahlungsgeschäfte, Konsumkredite und Leasingverträge anbieten, analog der Vereinbarungen mit Swiss Casinos

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Unternehmen, deren Dienstleistungen und Produkte über Abzahlungsgeschäfte, Konsumkredite oder Leasingverträge bezahlt werden, im Bereich der Schuldenprävention und Schuldenberatung analog der Vereinbarungen mit Swiss Casinos finanziell in die Verantwortung miteingebunden werden können.

Postulat 2018/281	11.07.2018 06.11.2019	SP-, Grüne- und AL-Fraktionen Engagement der Stadt zur Aufnahme von über das Mittelmeer geflüchteten Menschen in geeigneten Gremien beim Bund

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich über geeignete Gremien (beispielsweise Städteverband, direkte Gespräche, etc.) beim Bund dafür einsetzen kann, dass dieser geflüchtete Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufnimmt. Zürich soll sich dabei in die Reihe von Städten wie Palermo, Berlin, Barcelona, Kiel, Amsterdam, Stockholm und Neapel stellen, um den geflüchteten Menschen Schutz zu bieten.

Postulat 2018/375	26.09.2018 24.10.2018	Ezgi Akyol (AL) und Anjushka Früh (SP) Zeitnahe Publikation der von der Sozialbehörde erlassenen Richtlinien und Kriterien sowie der Handlungsanweisungen der Direktion der Sozialen Dienste

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sämtliche von der Sozialbehörde erlassenen Richtlinien und von ihr festgelegten Kriterien sowie Handlungsanweisungen der Direktion der Sozialen Dienste analog zu den Beschlüssen des Stadtrats und der Schulpflege im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips zeitnah publiziert werden können.

Postulat 2019/47	30.01.2019 06.03.2019	Mathias Manz und Ursula Näf (beide SP) Einfacherer Zugang zum Angebot «Legitimationskarte KulturLegi» der Caritas Zürich

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Zugang zum Angebot «Legitimationskarte KulturLegi» der Caritas Zürich vereinfacht werden kann. Möglichst allen Anspruchsgruppen sollte dabei der Nachweis über deren Bezugsberechtigung direkt zugestellt werden.

Postulat 2019/508	27.11.2019 18.12.2019	Marion Schmid (SP) und Maria del Carmen Señorán (SVP) Vollumfängliche Entschädigung der Leistungen des Frauenhauses Zürich Violetta für die Stadtzürcherinnen

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass das Frauenhaus Zürich Violetta für seine Leistungen, die es für Stadtzürcherinnen erbringt, vollumfänglich entschädigt wird.

Dafür sind die ungedeckten Kosten zu decken, die heute für jede Übernachtung entstehen, insbesondere wenn eine Frau und deren Kinder länger als 22 Tage im Frauenhaus bleiben.

Postulat 2019/520	27.11.2019 13.12.2019	Ezgi Akyol (AL) und Luca Maggi (Grüne) Ergänzung des Leistungsauftrags 2020 der AOZ mit einem Programm zur beruflichen Integration und dem selbstständigen Wohnen für geflüchtete Jugendliche und junge Erwachsene

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Leistungsauftrag 2020 der AOZ mit einem Programm zur beruflichen Integration und dem selbstständigen Wohnen für unbegleitete Minderjährige aus dem Asylbereich (MNA) sowie geflüchtete Jugendliche und junge Erwachsene zu ergänzen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen in begleiteten Wohngruppe und WGs untergebracht werden. Die Begleitung und Betreuung soll in Zusammenarbeit mit privaten Fachorganisationen stattfinden.

Motion 2019/524	04.12.2019 18.12.2019	Marion Schmid (SP) und Corina Ursprung (FDP) Einführung einer subjektorientierten Subvention für punktuelle Entlastungsangebote im Pflege- und Betreuungsbereich für pflegebedürftige Menschen, die noch zu Hause leben

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, die die Einrichtung einer subjektorientieren Subvention für punktuelle Entlastungsangebote im Pflege- und Betreuungsbereich für pflegebedürftige Menschen vorsieht, die noch zu Hause leben. Die Subventionen sollen die Nutzung solcher Angebote fördern und damit Betroffene stärken sowie die Personen aus dem nahen Umfeld entlasten, die diese Pflege und Betreuung üblicherweise wahrnehmen.

Der Anspruch auf die Beiträge soll nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der unterstützungsbedürftigen Menschen festgelegt werden. Zudem sollen die Beiträge nur für die Nutzung von Angeboten ausgerichtet werden, die die erforderlichen Qualitätskriterien erfüllen und über einen entsprechenden Leistungsauftrag der Stadt verfügen und nicht bereits über andere Finanzierungsquellen erschlossen sind. Die Details sollen in einer Verordnung geregelt werden. Die Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung kann hier als Beispiel dienen.

Sozialbehörde

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sozialbehörde

1.	**Organisation und Aufgaben**	**371**
2.	**Jahresschwerpunkte**	**372**
3.	**Sonderfälle**	**372**
4.	**Begehren um Neubeurteilung**	**373**
5.	**Inspektorat**	**374**

Sozialbehörde

1. Organisation und Aufgaben

Die Sozialbehörde der Stadt Zürich ist gemäss kantonalem Sozialhilfegesetz zuständig für die Durchführung und Gewährleistung der wirtschaftlichen und persönlichen Sozialhilfe (ausgenommen Asylfürsorge seit 1. Juli 2018) sowie die Berichterstattung an Bezirks- und Regierungsrat.

Gemäss Gemeindeordnung übt sie formell die Aufsicht über das Inspektorat für Ermittlungen aus. Sie besteht aus acht vom Gemeinderat gewählten Mitgliedern und der Vorsteherin oder dem Vorsteher des Sozialdepartements, die oder der von Amts wegen die Behörde präsidiert.

Die Gesamtbehörde hat folgende Aufgaben:

– Sie erlässt auf Antrag der Vorsteherin oder des Vorstehers des Sozialdepartements Richtlinien über die Gewährung persönlicher und wirtschaftlicher Hilfe.
– Sie entscheidet direkt über Sonderfälle gemäss den von ihr festgelegten Kriterien.
– Sie legt auf Antrag der Vorsteherin oder des Vorstehers des Sozialdepartements die Kompetenzen und Zuständigkeiten innerhalb der Sozialen Dienste bei der Durchführung der Sozialhilfe fest.
– Sie erlässt ein internes Organisations- und Kompetenzreglement.
– Sie erteilt die Ermittlungsaufträge an das Inspektorat.
– Sie behandelt Einsprachen gegen in ihren Zuständigkeitsbereich fallende Verfügungen der Sozialen Dienste.
– Sie erstattet dem Gemeinderat jährlich Bericht über ihre Tätigkeit.
– Sie erhält eine regelmässige Berichterstattung über die Erkenntnisse aus den Kontrollen und kann die Beobachtungsschwerpunkte der departementsinternen Fallrevision festlegen.

Die operative Durchführung der Sozialhilfe delegiert die Sozialbehörde mittels Kompetenzordnung mehrheitlich an die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste und der Asyl-Organisation Zürich (AOZ). Sie entscheidet auf Antrag der Verwaltung in Sonderfällen wie etwa der Unterstützung von Selbstständigerwerbenden und Personen in Ausbildung oder auch bei Ausnahmen zu bestehenden Richtlinien der Sozialbehörde.

Folgende Organe übernehmen die bei der Sozialbehörde verbliebenen operativen Aufgaben:

– Sonderfall- und Einsprachekommission (SEK): Diese Kommission entscheidet in Sonderfällen über Anträge aus der Verwaltung (Soziale Dienste und AOZ). Sie besteht aus zwei Kammern, deren Vorsitz je eine der Vizepräsidentinnen oder einer der Vizepräsidenten innehat. Die beiden Kammern tagen alternierend alle drei Wochen in Dreierbesetzung.
– Aufsicht über das Inspektorat und Erteilen von Ermittlungsaufträgen: Die 1. Vizepräsidentin oder der 1. Vizepräsident übt die Aufsicht über das Inspektorat aus, während die 2. Vizepräsidentin oder der 2. Vizepräsident wöchentlich die Ermittlungsaufträge bewilligt.
– Geschäftsstelle: Die Geschäftsstelle ist im Departementssekretariat des Sozialdepartements angesiedelt. Die Departementssekretärin oder der Departementssekretär waltet als Geschäftsführerin oder Geschäftsführer der Sozialbehörde.

2. Jahresschwerpunkte

Die Gesamtbehörde tagte 2019 fünf Mal und informierte sich über den Verlauf der Fallzahlen, Leistungen und Kosten der wirtschaftlichen Sozialhilfe in den Sozialen Diensten und der AOZ.

Inhaltlich setzte sich die Sozialbehörde mit dem Neuerlass der Gemeindeordnung auseinander. Die Haltung der Sozialbehörde floss in die Stellungnahme im Rahmen der stadtinternen Vernehmlassung ein. Ebenfalls im Rahmen einer Vernehmlassung setzte sich die Sozialbehörde mit der dritten Revisionsetappe der SKOS-Richtlinien auseinander, die sich technischen Aspekten widmet.

Da ein nicht unwesentlicher Teil der Fälle, die die Ombudsstelle der Stadt Zürich bearbeitet, Sozialhilfebeziehende betrifft, fand im Berichtsjahr wieder einmal ein Austausch mit der Ombudsfrau statt. Nebst einer ausführlichen Berichterstattung seitens Ombudsstelle fand auch eine Diskussion zum Thema Ermessen in der Sozialhilfe statt. Im Weiteren wurde die Richtlinie der Sozialbehörde betreffend Umgang mit familienähnlichen Wohn- und Lebensgemeinschaften überarbeitet.

3. Sonderfälle

Die Sonderfall- und Einsprachekommission tagte 2019 insgesamt 17 Mal (gleiche Anzahl Sitzungen wie im Jahr 2018) und entschied über 252 Sonderfälle von Klientinnen und Klienten (Soziale Dienste und AOZ).

	2015	2016	2017	2018	2019
Total der Sonderfälle, über die die SEK-Kammern entschieden haben	191	240	212	242	252
Gegenstand:					
Ausbildung/Weiterbildung	138	161	149	182	204
bewilligte Unterstützung	119	148	138	170	191
abgelehnte Unterstützung	19	13	11	12	13
Selbstständigerwerbende	46	69	53	50	41
bewilligte Unterstützung	39	57	47	42	34
abgelehnte Unterstützung	7	12	6	8	7
Rückerstattung	6	7	8	8	4
Verzicht	2	3	–	1	1
Nichtverzicht	4	4	8	7	3
Diverses	1	3	2	2	3
bewilligte Leistungen	1	3	2	2	2
abgelehnte Leistungen	–	–	–	–	1

4. Begehren um Neubeurteilung

Die Sonderfall- und Einsprachekommission macht bei Begehren um Neubeurteilung eine Vorprüfung und gibt eine Empfehlung zuhanden der Gesamtbehörde ab. Die Gesamtbehörde entschied 2019 über 305 Begehren von Klientinnen und Klienten um Neubeurteilung von Verfügungen der Verwaltung (Soziale Dienste und AOZ).

	2015	2016	2017	2018	2019
Total der Begehren, über die entschieden wurde	388	402	353	259	305
Gutheissungen	55	85	75	66	62
Abweisungen	201	187	161	103	128
Teilweise Gutheissungen	69	55	68	53	59
Nichteintretensentscheide	32	34	27	18	36
Infolge Gegenstandslosigkeit abgeschriebene Entscheide	31	41	22	19	20
Pendenzenstand [1]	199	166	167	205	178
Gegenstand:					
Rückerstattung	223	208	166	148	127
Ausbildung	–	–	–	3	1
Miete	–	26	9	2	7
Verrechnung	21	24	13	14	18
Umfang der wirtschaftlichen Sozialhilfe	54	35	36	20	37
Eigene Mittel der Hilfesuchenden	7	14	5	5	9
Anspruch	28	23	21	7	18
Abrechnung	26	19	9	7	12
Selbstständige Erwerbstätigkeit	–	1	–	1	1
Leistungskürzung	2	4	1	–	1
Eigenleistung seitens Hilfesuchenden	–	1	–	–	–
Situationsbedingte Leistungen	24	26	18	9	20
Auflagen	3	21	75	43	54

[1] Jeweils per 31. Dezember.

5. Inspektorat

Das Inspektorat ermittelt im Auftrag der Sozialbehörde bei Verdacht auf missbräuchlichen Leistungsbezug in der Sozialhilfe. Die 1. Vizepräsidentin der Behörde übt die formelle Aufsicht über das Inspektorat aus, während der 2. Vizepräsident die Ermittlungsaufträge bewilligt.

Da weiterhin eine Rechtsgrundlage für Observationen fehlt, konnte die Anfang 2017 beschlossene Sistierung der Observationstätigkeit des Inspektorats noch nicht aufgehoben werden. Die Möglichkeiten für die Realitätsprüfung durch das Inspektorat waren damit weiterhin eingeschränkt, was zu einem deutlichen Rückgang der Ermittlungsaufträge führte. Dies wiederum hatte zur Folge, dass die Mitarbeitenden des Inspektorats ganz oder teilweise im Rahmen verschiedener Einsätze in anderen Abteilungen des Sozialdepartements arbeiteten.

Im Jahr 2019 gingen insgesamt nur sieben Ermittlungsaufträge der Sozialen Dienste ein, neun konnten abgeschlossen werden, einer war am Jahresende noch pendent. Das Inspektorat stellt seine Dienstleistung zudem auch dem Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL) zur Verfügung. Die entsprechenden Ermittlungsaufträge sind in der unten stehenden Statistik nicht enthalten.

Vonseiten der AOZ sowie von Gemeinden mit Leistungsvereinbarungen gingen im Jahr 2019 zwei Aufträge ein. Der Grund für die geringe Anzahl dieser Ermittlungsaufträge ist abermals die Sistierung der Observationstätigkeit.

Auftragsübersicht

	2015	2016	2017*	2018*	2019*
Aufträge	90	66	29	12	7
Abschlüsse	73	77	53	20	9
Pendenzen am Jahresende	49	38	14	3	1
Anteil Ausländerinnen/Ausländer bei den Ermittlungsaufträgen	67 %	62 %	59 %	58 %	86 %
Anteil Ausländerinnen/Ausländer an den kumulierten Personen mit Existenzsicherung	52 %	53 %	54 %	54 %	51 %

*Ohne Observationen.

Bei allen sieben neuen Aufträgen an das Inspektorat bestand der hauptsächliche Ermittlungsgegenstand aus nicht deklarierten Vermögenswerten im Ausland.

Ermittlungsgegenstände der Aufträge (Mehrfachnennungen möglich)

	2015	2016	2017	2018	2019
Nicht deklariertes Einkommen	60	35	11	10	–
Nicht deklarierte Nebeneinkünfte	60	45	15	7	–
Nicht deklarierter Fahrzeugbesitz	10	9	5	4	–
Falsche Angaben zur Haushaltsgrösse	11	13	3	2	–
Andere Sachverhalte (falsche Angaben zum Wohnsitz, Landesabwesenheit, Scheinehe u. a. m.)	33	13	17	8	7
Durchschnittlicher Leistungsbezug pro Monat der abzuklärenden Fälle (in Fr.)	2646	2483	2264	2377	2392

Bei den neun abgeschlossenen Ermittlungen konnte in 56 Prozent der Fälle der Verdacht bestätigt werden. Die vorliegenden Zahlen lassen sich aber aus oben genannten Gründen nicht mit den Ergebnissen früherer Jahre vergleichen.

Resultate der abgeschlossenen Ermittlungen

	2015	2016	2017	2018	2019
Abschlüsse	73	77	53	23	9
Verdacht nicht erhärtet oder rückwirkend nicht zu bestätigen	18 (25 %)	31 (40 %)	14 (26 %)	12 (52 %)	4 (44 %)
Verdacht erhärtet durch folgende, mehrfach nennbare Sachverhalte:	55 (75 %)	46 (60 %)	39 (74 %)	11 (48 %)	5 (56 %)
a) nicht deklariertes Einkommen oder nicht deklarierte Nebeneinkünfte	34	31	32	11	1
b) nicht deklarierte Vermögenswerte	5	8	11	6	4
c) nicht deklarierter Fahrzeugbesitz	15	13	7	6	1
d) falsche Angaben zur Haushaltsgrösse	16	6	0	1	0
e) andere Sachverhalte (falsche Angaben zum Wohnsitz, Landesabwesenheit, Scheinehe u. a. m.)	20	20	27	3	6
Empfohlene Strafanzeigen nach abgeschlossener Ermittlung im Kalenderjahr	35	29	30	7	4

Die vermutete Schadenssumme bei den fünf aufgedeckten Fällen betrug im Durchschnitt 15 904 Franken pro Fall, was deutlich unter den Vorjahreswerten liegt. Ein Grund dafür ist die niedrige Anzahl abgeschlossener Fälle. Zudem werden Abklärungen mittlerweile früher in Bezug auf die Unterstützungszeit angesetzt. Daher weisen diese Fälle im Vergleich zu früheren Jahren eine geringere Schadenssumme aus.

Abgesehen von den Ermittlungsaufträgen der Sozialbehörde bearbeitete das Inspektorat 18 Abklärungsaufträge für die Abteilung Vertiefte Abklärungen sowie 7 Abklärungsaufträge für die Abteilung Zentrale Rückerstattungen der Sozialen Dienste. Der Gegenstand dieser Abklärungsaufträge betraf fast ausschliesslich Liegenschaftsbesitz im Ausland und Internetrecherchen. Die Unterstützung durch das Inspektorat wurde von den genannten Abteilungen etwa gleich häufig wie im Vorjahr in Anspruch genommen. Das Inspektorat hat in diesem Rahmen wesentlich zur Feststellung von nicht deklarierten Vermögenswerten und zur Klärung weiterer wichtiger Sachverhalte beigetragen.